

Universität Siegen
Fachbereich 1
Politikwissenschaft

„Aus dem Schatten in die Reichweite der Kameras“

Die Entwicklung trotzkistischer Organisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der neuen Sozialen Bewegungen von 1968 bis heute

Dissertation zur
Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Philosophie

im Fach Politikwissenschaft
der Universität Siegen 2006,
vorgelegt von Frank Nitzsche

DANKSAGUNG

an Herrn Prof. Bellers, Universität Siegen und Herrn Prof. (em.) Fülberth, Universität Marburg, die mich trotz (oder gerade wegen) des hier behandelten „Orchideenthemas“ unterstützt haben;
an Hilke Asman, für Verständnis, Kritik und Beistand;
an Wilfried Dubois, für exellente Korrekturarbeiten.

VORWORT

Anton Dannat, der mir dabei half, erste Schnesen in den Dschungel der trotzkistischen Organisationen zu schlagen, versicherte mir scherhaft, dass die „Sektenforschung“, die er als Tomologie bezeichnet (En|tom|ologie = In|sekten|forschung), etwas für Menschen wäre, die aufgrund ihrer eigenen pathologischen Neigungen ein Faible für die pathologischen Züge der Spaltungen des internationalen Trotzkismus entwickelt hätten. Ein weiterer Bekannter, Dr. Gerd Lehmann, Psychotherapeut und seit fast 70 Jahren Unterstützer der kommunistischen Bewegung, meinte darüber hinausgehend, dass sich nur pathologische Charaktere in solchen Miniorganisationen sammeln würden. Somit fand ich mich in der europäischen Tradition der „Psychologie des Verstehens“ wieder (auch Freud soll ja pathologische Neigungen gehabt haben) und war über diese zusätzliche Legitimation für dieses Thema hoch erfreut. Aber ernsthaft: Tatsächlich erscheinen mir die Spaltungen nach einer intensiven Beschäftigung mit der Geschichte eines Teils der trotzkistischen Bewegung in keiner Weise pathologisch zu sein, vielmehr spielten zumeist strategische und taktische Fragen in Zeiten von Epochentwältseln die entscheidende Rolle bei organisatorischen Abspaltungen. Der Streit um diese Fragen, der oft als ein Kampf um die reine Lehre erschien, war Ausdruck einer beständigen Gradwanderung zwischen Isolation und Anpassung, bei der dem „richtigen“ Programm einen höheren Stellenwert als der Einheit der Organisation beigemessen wurde. Die Spaltungswut der Trotzkisten wurde sprichwörtlich: „Was passiert, wenn sich zwei Trotzkisten treffen? – Sie gründen drei Parteien.“

Im folgenden soll die Geschichte von Organisationen beschrieben und analysiert werden, die sich als Bewahrer des revolutionären Marxismus verstanden und sich aufgrund unterschiedlicher Interpretationen desselben in Dutzende Internationalen und hunderte Organisationen aufspalteten. Es ist die Geschichte von Organisationen, deren Vorläufer aus einer Zeit kamen, in der „die Revolution“ auf der Tagesordnung stand und in der ihre Gründungsväter und -mütter davon ausgingen, dass nach dem Ende des 2. Weltkrieges eine internationale revolutionäre Organisation entstehen würde, die Millionen in „die letzte Schlacht“ gegen den Kapitalismus führen würde, da Sozialdemokratie und Stalinismus den 2. Weltkrieg politisch nicht überleben würden. Es ist auch die Geschichte eines Teils der alten Arbeiterbewegung (vor dem 2. Weltkrieg), die bis Ende der Sechziger mit dem Konzept des Entrismus in der Sozialdemokratie überwinterte, um sich in den politischen Bewegungen der späten Sechziger zu regenerieren. Trotz einer soziologisch zu konstatierenden Neuzusammensetzung ihrer Mitgliedschaft blieben diese Organisationen den Traditionen des kommunistischen Teils der alten Arbeiterbewegung in Theorie und Praxis treu. Des Weiteren ist es die Geschichte Tausender Menschen, für die die Revolution in den siebziger Jahren erneut eine Frage von wenigen Jahren darstellte, die sich als Avantgarde begriffen und vom Adressaten ihrer Hoffnungen, der Arbeiterklasse, nicht wahrgenommen wurden, die ihre Hoffnungen in die internationalen Befreiungsbewegungen und später in die Ökologiebewegung setzten, den Zusammenbruch des „Ostblocks“ miterlebten und sich durch die bleierne Zeit der neunziger Jahre bewegten.

Der „lange Marsch“ der Trotzkisten dauert nun schon beinahe 80 Jahre an (70 Jahre seit Gründung der Vierten Internationale 1938). Dieser Marsch hat Spuren hinterlassen, sowohl in der Geschichte wie in der Theorie der Trotzkisten selber. Diese nachzuvollziehen soll die vorliegende Arbeit ermöglichen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	7
1. Aktualität des Trotzkismus und Stand der Forschung	7
2. Trotzkismus und die ökonomisch-sozialen Entwicklungen nach dem 2. Weltkrieg	10
3. Thesen, Inhalt und Methode	13
4. Zur Kritik der Terminologie der Extremismusforschung	17
Teil 1	
Kapitel 1:Zur Entstehung und Entwicklung des Trotzkismus	26
1.1 Das theoretische Ideengebäude	26
1.1.1 Revolution in Permanenz und die permanente Revolution	26
1.1.2 Stalinismuskritik, politische Revolution und „degenerierter Arbeiterstaat“	27
1.1.3 IV. Internationale und das Übergangsprogramm.....	28
1.1.4 Die Taktik des Entrismus und der Aufbau revolutionärer Parteien.....	29
1.2 Kurze Geschichte der Strömungen des Trotzkismus	30
1.2.1 Die IV. Internationale nach 1945	30
1.2.2 Neue Arbeiterstaaten, Entrismus sui generis und Spaltung.....	31
1.2.3 Das Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale (VSVI).....	33
1.2.4 Die drei Sektoren der Weltrevolution und die Guerillabewegung.....	34
1.2.5 Eine Internationale aller progressiven Kräfte.....	36
1.2.6 Die Rolle Mandels in der internationalen radikalen Linken.....	36
1.2.7 Konkurrierende Internationalen	38
1.2.7.1 Internationales Komitee der Vierten Internationale (IKVI)	38
1.2.7.2 Organisationskomitee für den Wiederaufbau der Vierten Internationale und die Internationale Arbeiterliga	38
1.2.7.3 Internationale Spartakistische Tendenz (iSt)/Internationale Kommunistische Liga (IKL).....	39
1.2.7.4 Internationale Bolschewistische Tendenz (IBT)	40
1.2.7.5 Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI)	40
1.2.7.6 Internationale Marxistische Tendenz (IMT)	40
1.2.7.7 Internationale Sozialistische Tendenz (IST)	41
1.2.7.8 Liga für die 5. Internationale (LFI).....	41
Kapitel 2:Die historische und organisationspolitische Entwicklung des Trotzkismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz.....	43
2.1 Trotzkismus in Deutschland.....	43
2.1.2 Die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) von 1969 bis 1986	46
2.1.3 Die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) von 1986 bis 2000.....	50
2.1.4 Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD) und Spartacusbund von 1968 bis 1981.....	54
2.1.5 Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB).....	60
2.1.6 Die internationale sozialistische linke (isl)	61
2.1.7 Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) / Linksruck.....	61
2.1.8 Internationale Sozialistische Organisation (ISO)	64
2.1.9 Internationale Sozialisten (IS)	65
2.1.10 Gruppe Internationale SozialistInnen (GIS)	65
2.1.11 Antikapitalistisches Netzwerk (Antikapitalistas)	65
2.1.12 Voran/Sozialistische Alternative (SAV)	65
2.1.13 Der Funke	67
2.1.14 Sozialistische Arbeiterinitiative (SAI)	67
2.1.15 Gruppe sozialistischer Gewerkschafter (GSG).....	68
2.1.16 Gruppe Arbeitermacht (GAM)	68
2.1.17 Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) / Partei für soziale Gleichheit (PSG)	69

2.1.18	Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)/Spartakist-Arbeiterpartei Deutschland (SpAD).....	70
2.1.19	Gruppe Spartakus	71
2.1.20	Internationale Arbeiterkorrespondenz (IAK) / Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA).....	72
2.1.21	Sozialistische Liga (SL)	75
2.1.22	Kommunistische Organisation für die Vierte Internationale (KOVI-BRD)	76
2.1.23	Unser Wort, MRFI/ITO.....	76
2.1.24	Trotzkistische Fraktion.....	77
2.1.25	Nicht mehr existente Organisationen in Deutschland	77
2.1.3	Quantitatives Verhältnis der Trotzkisten zur Linken in Deutschland.....	79
2.2	Trotzkismus in Österreich.....	81
2.2.1	Von der KPÖ (Opposition) 1927 zu den Internationalen Kommunisten Österreichs (IKÖ) 1963.....	81
2.2.2	Der Zeitraum von 1963 bis 1972/73	85
2.2.3	Die Gruppe Revolutionäre Marxisten (GRM) / Sozialistische Alternative (SOAL)	86
2.2.4	Die Internationale Kommunistische Liga (IKL)	96
2.2.5	Die Revolutionär Kommunistische Liga (RKL)	98
2.2.6	Gruppe Arbeiter(Innen)standpunkt (ASt).....	100
2.2.7	Arbeitsgruppe Marxismus (AGM)	104
2.2.8	Initiative für eine revolutionäre Organisation (IRO)	105
2.2.9	Gruppe für revolutionäre Arbeiter/innen/politik (GRA)	105
2.2.10	Vorwärts / Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) / Sozialistische LinksPartei (SLP).....	105
2.2.11	Der Funke	112
2.2.12	Antifaschistische Linke (AL)	113
2.2.13	Linkswende.....	114
2.2.14	Nicht mehr existente Gruppen.....	115
2.2.15	Gemeinsame Wahlplattformen, Aktionseinheiten und gegenseitige Kritik.....	118
2.3	Trotzkismus in der Schweiz.....	119
2.3.1	Marxistische Aktion der Schweiz (MAS).....	119
2.3.2	Die Internationalen Kommunisten der Schweiz (IKS) und die Proletarische Aktion	120
2.3.3	Sozialistische Arbeiterkonferenz und Sozialistischer Arbeiterbund	121
2.3.4	Studenten-/Jugendbewegung 1968 und die radikale Linke	122
2.3.5	Revolutionär Marxistische Liga (RML) / Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)	123
2.3.5.1	Politikfelder und Kampagnenarbeit.....	134
2.3.5.1.1	Internationalismus	134
2.3.5.1.2	Frauenpolitische Arbeit	135
2.3.5.1.3	Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.....	136
2.3.5.1.4	Jugend- und Studierendenarbeit.....	138
2.3.5.1.5	Hochschulpolitische Arbeit	142
2.3.5.1.6	Teilnahme an Wahlen	142
2.3.5.1.7	Referenden und Initiativen	143
2.3.6	SolidaritéS	144
2.3.7	Bewegung für den Sozialismus (BFS).....	145
2.3.8	Groupe Trotskyste de Suisse (GTS) / Organisation Socialiste des Travailleurs (OST).....	147
	Kapitel 3:Grundlegende theoretische Differenzen der trotzkistischen Organisationen	149
3.1	Sozialdemokratie und Entrismustaktik	149
3.2	Übergangsprogramm/Programm	155
3.3	Organisationsaufbau	157
3.4	Stalinismus, UdSSR und DDR	160

Teil 2

Kapitel 4: Externe Einflussfaktoren: Politische Kultur und politisches Systems	163
4.1 Konservatismus und Radikalität der Schweizer	163
4.2 Die Schwäche der Linken in der Schweiz.....	165
4.3 Die halbdirekte Demokratie der Schweiz: Vor- und Nachteile für kleine Parteien.....	166
4.4 Systemintegration durch Wahlen.....	167

Kapitel 5: Intermediäre Einflussfaktoren: Transformationsprozesse sozialer Bewegungen und radikaler Organisationen.....	169
5.1 Soziale Umwelt und soziale Bewegungen.....	170
5.2 Typen von Organisationen und sozialer Bewegung	172
5.3 Konkurrierende Organisationen und soziale Umwelt	173
5.4 Typen von Organisationen und interne Prozesse	174

Kapitel 6: Interne Einflussfaktoren: Theorie, Programm und Sprachstil	176
6.1 Orthodoxie und Sprachstil.....	176
6.2 Methode.....	176
6.3 Ergebnisse	179

Teil 3

Kapitel 7: Die Trotzkisten unter dem Einfluss der sozialen Bewegungen.....	180
7.1 Entrismusphase und Charakteristika der trotzkistischen Bewegung.....	181
7.2 Die 68er-Bewegung	184
7.2.1 Die Orientierung der Trotzkisten auf die Studenten- und Jugendbewegung.....	191
7.2.2 Politik, Organisationsaufbau und Kadergewinnung in der Zeit der Studenten- und Jugendbewegung.....	194
7.2.3 Sozialstrukturelle und organisatorische Bilanz der Jugendorientierung.....	199
7.2.4 Bilanz einer theoretischen Neuorientierung: Die „Neue Avantgarde mit Massencharakter“ ..	200
7.3 Phase der Konsolidierung nach 1968 bis Mitte der siebziger Jahre	202
7.4 Die neuen sozialen Bewegungen	204
7.4.1 Die Orientierung der Trotzkisten auf die neuen sozialen Bewegungen	207
7.4.2 Politik, Organisationsaufbau und Kadergewinnung in den neuen sozialen Bewegungen	209
7.4.3 Bilanz der theoretischen Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen	212
7.5 Zwischen neuen und alten sozialen Bewegungen: Die Trotzkisten in den achtziger Jahren.	216
7.6 Die neunziger Jahre und der Charakter der einzelnen trotzkistischen Strömungen	224
7.7 Organisationspolitische Bilanz des Zeitraums nach 1968 bis 2000	225
7.8 Die globalisierungskritische Bewegung	226
7.8.1 Die Orientierung der Trotzkisten auf die globalisierungskritische Bewegung	227
7.8.2 Politik, Organisationsaufbau und Kadergewinnung in der globalisierungskritischen Bewegung	228
7.9 Die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG).....	234
7.9.1 Die Orientierung der Trotzkisten auf die WASG.....	235
7.9.2 Politik, Organisationsaufbau und Kadergewinnung in der WASG.....	237
7.9.3 Reformprogramm oder sozialistisches Programm?	239
7.9.4 Die Strategie des unabhängigen Aufbaus einer sozialistischen / revolutionären Partei	240

Kapitel 8: Ergebnisse	243
8.1 Organisationspolitische Migration als Überlebensstrategie.....	243
8.2 Ideologische Stabilisierung durch marxistische Krisentheorie.....	245
8.3 Konsequente Kaderpolitik als Grundlage des Organisationsaufbaus	246
8.4 Revolutionstheorie und Rolle der Arbeiterklasse als sinnstiftende Perspektive	247
8.5 Theoretische und praktische Flexibilität gegenüber neuen politischen Bewegungen.....	248

8.6	Antibürokratischer Marxismus als notwendige Grundlage zukünftiger sozialistischer Bewegungen.....	249
8.7	Die neuen sozialen Bewegungen als „Beschleuniger“ eines post-leninistischen Organisationsverständnisses?	251
 Teil 4		
	Zusammenfassung der angewandten Methodik und der Ergebnisse.....	253
	Nachtrag: Zur politischen Soziologie und zu Theorie und Praxis der trotzkistischen Organisationen	257
	 Abkürzungsverzeichnis:	268
	Abbildungsverzeichnis:.....	273
	Tabellenverzeichnis:.....	273
1.	Ungedruckte Quellen.....	274
	Archive.....	274
	Briefe und Emails	278
	Interviews und Gespräche.....	278
2.	Gedruckte Quellen	278
	Aufsätze und Monographien.....	278
	Broschüren, Dokumentationen, Schriften, Artikel.....	288
	Tageszeitungsartikel.....	292
	Flugblätter und Schriften beim Autor	292
3.	Internet.....	292

„Eines Tages wird man diese andere, verfolgte, geshmähte, isolierte, zerrissene Tradition in der Vielfalt ihrer unterschiedlichen Kanäle und Strömungen untersuchen müssen. Ob ihrer Reichtümer wird sie den zukünftigen Historiker womöglich überraschen“.

(Perry Anderson)

„Und doch gibt es selbst in diesem System den Unterschied zwischen einer Zeit, in der es vernünftig ist zu reden, und einer Zeit, in der es vernünftig ist zu handeln, und diese Zeiten sind gekennzeichnet durch die jeweilige konkret-gesellschaftliche Konstellation der Kräfte. Wo radikale Massenaktionen fehlen und die Linke unvergleichbar schwächer ist, müssen ihre Aktionen sich Selbstbeschränkung auferlegen. Was der Revolte durch die verstärkte Unterdrückung und Konzentration der zerstörerischen Kräfte in den Händen der Mächtigen aufgezwungen wird, muß für ihre Reorganisation, für die Überprüfung ihrer Politik genutzt werden. Strategien sind zu entwickeln, die geeignet sind, die Konterrevolution wirksam zu bekämpfen. Der Ausgang hängt entscheidend davon ab, daß die junge Generation weder ‚aussteigt‘, noch sich anpaßt, sondern lernt, sich nach einer Niederlage zu reorganisieren und mit der neuen Sinnlichkeit eine neue Rationalität zu entwickeln, um den langen Erziehungsprozeß zu überstehen - die unentbehrliche Voraussetzung für den Übergang zu politischen Aktionen großen Stils. Denn die nächste Revolution wird das Werk von Generationen sein; die ‚Endkrise des Kapitalismus‘ kann sehr wohl länger als ein Jahrhundert dauern“.

(Herbert Marcuse)

Einleitung

1. Aktualität des Trotzkismus und Stand der Forschung

„Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat die Beharrungskraft der trotzkistischen Strömungen etwas Schockierendes. Angesichts des Zusammenbruchs des ‚real existierenden Sozialismus‘ hätte niemand eine Kopeke darauf gewettet, dass dieses politische Phänomen überleben würde, zumal die letzten Achtundsechziger ihren Dienst quittierten. Aber diese Erwartungen erwiesen sich als falsch. (...) Die trotzkistischen Strömungen sind nicht wirklich verschwunden und haben sich niemals aufgelöst. Im Unterschied zu den Maoisten und Spontis, die sich im Laufe der siebziger Jahre überwiegend verflüchtigten, hielten sich die Trotzkisten hartnäckig. Sie überlebten die Krise des Kommunismus, den Tod Maos, den Zusammenbruch der Sowjetunion. Sie verschwanden gewiss mehrere Jahre von den Bühnen der Medien, aber sie entwickelten sich im Schatten, an der Basis, außer der Reichweite der Kameras weiter.“¹

Eine Untersuchung über den Trotzkismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz wirft die Frage auf, ob es sich bei dieser Bewegung überhaupt lohnt, ihre Geschichte möglichst detailliert wiederzugeben, da diese niemals einen bedeutenden Einfluss auf politische Entwicklungen in ihren Ländern nehmen konnte. Auch konnte niemals die Mitgliederstärke ihrer politischen Konkurrenten, der sozialdemokratischen, stalinistischen/kommunistischen und maoistischen Parteien und Organisationen erreicht werden, und selbst einen bedeutenden Beitrag zur Weiterentwicklung der marxistischen Theorie, der über den Kreis ihrer Anhängerschaft hinausgegangen wäre, konnten sie nicht leisten. Anders als in Ländern wie Brasilien, in dessen Regierung Trotzkisten mitarbeiten, oder Frankreich, wo trotzkistische Strömungen bei Präsidentschaftswahlen gemeinsam bis zu 10 % der Stimmen erhielten, blieb deren politischer Einfluss in Deutschland und Österreich marginal, und in der Schweiz relativ beschränkt.² Kein Regierungschef bekannte in diesen Ländern bislang, dass Deutschers Trotzkibiographie sein politisches Leben geprägt habe (Anthony Blair am Weltbuchtag der UNESCO 2006),³ kein Staatschef forderte hier die Bevölkerung zur Lektüre von Trotzkis „Die permanente Revolution“ auf (Hugo Chavez in einer Rede Ende 2005),⁴ kein Trotzkist hatte es hierzulande als (ehemaliger) geheimer Kader in der Sozialdemokratie bis zum Regierungschef gebracht (Lionel Jospin). Nie konnten die Trotzkisten hier einen Mitgliederbestand mit zeitweise mehreren Zehntausend Mitgliedern wie ihre Genossen in Großbritannien erreichen.

Der geringe Einfluss der Trotzkisten in den deutschsprachigen Ländern muss allerdings auch in Relation zu der historischen Schwäche der Linken dort gesehen werden. Mit der „Entsozialdemokratisierung“ der Sozialdemokratie, der Paralysierung der kommunistischen Parteien, der Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung und den Protesten von Arbeitslosen, verbunden mit einem gewissen Aufblackern von Arbeitskämpfen haben sich nun im neuen Jahrhundert politische und soziale Rahmenbedingungen eingestellt, die einen Nährboden für radikale politische Kräfte sind. Auf dieser Grundlage konnten trotzkistische Strömungen in den letzten Jahren in Deutschland und Österreich wachsen bzw. in der Schweiz neu entstehen.

Nachdem einzelne Organisationen wie die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) bzw. Linksruck mit ihrer „Infiltration“ in den Jusos „für Aufsehen sorgte“⁵ und sie zusammen mit der Sozialistischen Alternative (SAV) des öfteren in Zusammenhang mit der globalisierungskritischen Bewegung attac und der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) genannt wurden, scheinen sie wieder aus dem Schatten und in die „Reichweite der Kameras“ (Bourseiller) getreten zu sein.⁶ Aber nicht nur dort fin-

¹ C. Bourseiller, „Doktrinärer Rigorismus und strategischer Pragmatismus. Trotzki und der Trotzkismus“, in: U. Backes und S. Courtois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln 2002, S. 220, 221.

² Mandel zählte 1985 die schweizerische SAP zu den 15 trotzkistischen Parteien weltweit, die aufgrund ihrer organisatorischen Stärke und ihrer Verankerung im politischen und gewerkschaftlichen Leben ihres Landes den Status einer Sekte überwunden hätten. Vgl. R. J. Alexander, *International Trotskyism, 1929-1985. A Documented Analysis*, Durham u. London 1991, S. 23.

³ Vgl. „Trotzki-Tony“, in: *Junge Welt*, 4./5.03.2006, S. 12.

⁴ Vgl. H. Neuber, „Rebellen und Revolutionäre“, in: *Junge Welt*, 30.12.2005, S. 6.

⁵ S. Kailitz, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden 2004, S. 67.

⁶ Bourseiller bezieht sich hier auf Frankreich, wo das Bekanntwerden der (früheren) Mitgliedschaft des damaligen Premiers Lionel Jospin in einer trotzkistischen Organisation 1997 für Aufsehen sorgte. In Deutschland, Österreich und Schweiz finden trotzkistische Organisationen zumeist nur in den Printmedien Erwähnung. Laut Bensaid gehöre es in Frankreich heute „sogar

den sie Beachtung, sondern auch zunehmend im deutschen Verfassungsschutzbericht. Dies drückt sich darin aus, dass seit dem Jahresbericht 2000 auf den wachsenden politischen Einfluss der Trotzkisten in attac und in der WASG hingewiesen wird.

Der mögliche Erkenntniswert dieser Arbeit ergibt sich somit aus der Untersuchung der gesellschafts-politischen und innerorganisatorischen Bedingungen für die Fortexistenz einer kleinen marxistischen Strömung, deren Beharrungsvermögen allein schon Fragen aufwirft: Wie kann eine politische Strömung in drei der reichsten Länder der Welt auf dem revolutionären Marxismus beharren und überleben, obwohl ihre Orientierung auf die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt einerseits und die objektive Wirklichkeit der Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit andererseits die Trotzkisten einer permanenten Zerreißprobe aussetzen müsste? Warum sind die Trotzkisten nicht wie die so genannten Maoisten größtenteils verschwunden bzw. wie die kommunistischen Parteien überaltert? Warum sie nicht in der „Neuen Linken“ und den neuen sozialen Bewegungen aufgegangen bzw. wie diese zerfallen?

Die Konzentration auf die drei Länder Deutschland, Österreich und die Schweiz bieten für die Untersuchung Vorteile: Zum einen handelt es sich hier um Länder, die auf den Ebenen von politischer Kultur, politischem System, Sozialstruktur und Sozialsystem zumindest ähnlich sind. Bei einem Vergleich der trotzkistischen Bewegungen, bspw. in Deutschland, Frankreich und England, erklärt sich das unterschiedliche quantitative und qualitative Niveau der Bewegung ganz einfach aus der Unterschiedlichkeit von politischer Kultur, Tradition und politischem System der jeweiligen Länder. Dies zu prüfen wäre auch von Interesse, allerdings ist es reizvoller zu erklären, warum sich die verschiedenen Gruppen unter ähnlichen Bedingungen völlig unterschiedlich entwickelt haben, und diese Entwicklungen parallel in den drei Ländern zu beschreiben.

Literatur- und Quellenlage

Die mangelnde wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Strömung der Arbeiterbewegung stellt einen weiteren Grund für die Rechtfertigung dieser Arbeit dar. Günter Bartsch spricht 1977 in seinem Buch „Trotzkismus als Sowjetkommunismus“ von einer gähnenden Leere, die sich in den Bibliotheken aufzuheben, wenn man wissenschaftliche Arbeiten zum Wirken der Trotzkisten in Deutschland sucht. Dies gilt ebenso für eine Reihe anderer Länder und gilt auch analog für andere Strömungen der radikalen Linken. Ähnlich wie zu den „K-Gruppen“ ist die Literaturlage zum Trotzkismus „nicht sonderlich gut“, eine „vergleichende und gewichtende Gesamtdarstellung“ der Organisationen ist ein „Desiderat der Forschung“, „Monographien einzelner Gruppen sind äußerst rar“, „biographisch motivierte Abhandlungen ehemaliger Aktivisten (...) blieben hier Mangelware“.⁷ Auch in der „Kommunismusforschung“ wurden die Trotzkisten meist stiefmütterlich behandelt, insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass der Trotzkismus als „Sektenbewegung“ kaum eines wissenschaftlichen Diskurses für würdig befunden wurde. Robert J. Alexanders monumentales Werk zur Geschichte des internationalen Trotzkismus von 1929 bis 1985⁸ stellt eine der wenigen Ausnahmen dar und bleibt als Nachschlagewerk unübertroffen. Obwohl es mittlerweile eine Flut von Literatur über Trotzki, zur Geschichte der Vierten Internationale und ihrer Konkurrenzinternationalen gibt,⁹ findet sich wenig zur Geschichte der Organisationen in den ein-

fast zum guten Ton, einmal im Leben ‚Trotzkist‘ gewesen zu sein“ (D. Bensaid, *Was ist Trotzkismus?* Ein Essay, Köln 2004, S. 7.)

⁷ Steffen bezieht sich hier auf die maoistischen Gruppen, seine Aussagen gelten aber auch für die trotzkistischen Strömungen (M. Steffen, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes von 1971 bis 1991, Diss. Marburg 2002, S. 10).

⁸ Alexander, 1991.

⁹ Die Literatur zu Trotzki, seinen Theorien und der internationalen trotzkistischen Bewegung ist heute so umfangreich, dass sie kaum mehr bewältigt werden kann. Eine detaillierte Übersicht über die vorhandene Literatur geben Wolfgang und Petra Lubitz in der dritten überarbeiteten Fassung von *Trotsky Bibliography: An International Classified List of Publications about Leon Trotsky and Trotskyism 1905-1998*, München usw. 1999. Inklusive der sechs Indexkategorien beinhalten die beiden Bände über 800 Seiten.

Eine Online-Übersicht ausgesuchter Literatur findet sich auf verschiedenen Seiten im Internet.

<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/index.htm>; <http://www.marxists.de/trotzism/inhalt.htm>; <http://www.sozialistische-klassiker.de.vu/>.

Viele Arbeiten sind aus der Perspektive trotzkistischen Autoren verfasst. An aktuellen Darstellungen sind vor allem die Bücher

zernen Ländern, was auch damit zu tun hat, dass deren Geschichte bislang größtenteils nicht abgeschlossen ist. Sowohl Arbeiten älteren wie jüngeren Datums über den Trotzkismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz beschäftigen sich vor allem mit dem Zeitraum Mitte der zwanziger bis Anfang der dreißiger bzw. Ende der vierziger Jahre.¹⁰ Ausnahmen sind hier Günther Gellrichs Arbeit *Die GIM*, welche die Geschichte der Gruppe Internationale Marxisten von 1969 bis 1986 beschreibt¹¹ und Christoph Jünkes kurze Darstellung der Geschichte der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) (1986 bis 2000).¹² Arbeiten von Lucien Scherrer und Benoît Challand¹³ beschäftigten sich unter anderem mit der schweizerischen Revolutionär-Marxistischen Liga (RML) für den Zeitraum von 1969 bis 1980, Ulrich Angerer's Beitrag zum österreichischen Trotzkismus konzentriert sich auf den Zeitraum bis Mitte der Sechziger, bietet aber einen kurzen Überblick der weiteren Geschichte des österreichischen Trotzkismus bis heute und im Anhang eine Darstellung der jeweiligen Historie der jeweiligen Organisation aus der Sicht ihrer Vertreter.¹⁴

Somit wurde die Entwicklung der trotzkistischen Bewegung nach dem 2. Weltkrieg bis heute weder für Deutschland, noch für die Schweiz umfassend beschrieben und untersucht. Für Österreich hat Ullrich Angerer die Geschichte des Trotzkismus historisch aufgearbeitet, wobei auch hier nicht die Frage im Vordergrund stand, welche Eigenschaften die Trotzkisten politisch die Jahrzehnte überdauern ließen und welchen Einfluss die neuen sozialen Bewegungen auf diese hatten.

Die Fortexistenz der wichtigsten Organisationen verhindert den Zugriff auf öffentlich zugängliche Archivbestände zu einzelnen Gruppen,¹⁵ wobei die existierenden Archive teilweise eine gut sortierte Sammlung von Flugblättern, Zeitschriften und sonstigen Publikationen bieten.¹⁶ Als hauptsächliche Quellen der Primärliteratur dienten dieser Arbeit folgende Archive in Deutschland: Friedrich-Ebert-Stiftung (hier vor allem die Sammlung von Hermann Weber) und das Archiv soziale Bewegungen in Freiburg. Zudem war ich in der glücklichen Lage, in einem Berliner Antiquariat eine kleine Bibliothek trotzkistischer Schriften erstehten zu können. In Österreich konnte auf Bestände der Nationalbibliothek und der Arbeiterkammer Wien zurückgegriffen werden, einzelne Schriften wurden mir vom ArbeiterInnenstandpunkt (ASt) und der Sozialistischen Linkspartei (SLP) überlassen. Für die Recherchen zum Trotzkismus in der Schweiz stellen sich vor allem das Schweizer Sozialarchiv (SSA) in Zürich und das Archiv für Zeitgeschichte (AfZ) – ETH Zürich als sehr ergiebig heraus, weitere Zeitschriften konnten in der Zentralbibliothek Zürich eingesehen werden.

Einfluss trotzkistischer Organisationen

Eine zentrale These der vorliegenden Arbeit sieht die Überlebensfähigkeit der trotzkistischen Bewegungen in Abhängigkeit von den (neuen) sozialen Bewegungen, die insbesondere seit Ende der sechziger Jahren zur Grundlage deren Wachstums und damit zum Bezugspunkt ihrer praktischen Arbeit wurden, obwohl der theoretische Bezugspunkt die Arbeiterbewegung blieb. Paradoxe Weise konnten die Trotzkisten politisch überleben, eben weil diese Bewegungen niedergingen und die Arbeiterbewe-

von Daniel Bensaids (*Was ist Trotzkismus?* 2004) und Manuel Kellner (*Trotzkismus. Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft*, Stuttgart 2004) zu empfehlen.

¹⁰ A. Schüle, *Trotzkismus in Deutschland bis 1933*, Köln 1989; W. Alles. *Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930*, 2. Aufl., Köln 1994; D. Vogelsanger, *Trotzkismus in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Diss. Zürich 1986; J. F. Marquis, *Proletarische Aktion: Une organisation révolutionnaire en Suisse (1945-1949)*, Diss. Genf 1983.

¹¹ G. Gellrich, *Die GIM. Zur Politik und Geschichte der Gruppe Internationale Marxisten 1969-1986*, Köln 1999.

¹² C. Jünke, „Vereinigen statt spalten“. Eine kleine Geschichte der VSP. 1986 bis 2000“, Beilage zur *SoZ – Sozialistische Zeitung*, Köln, 16. Jg., Nr. 8/9, 26.4.2001.

¹³ L. Scherrer, *Potemkinsche Dörfer und Stadtguerilla. Die linksextremen Organisationen PdA, POCH und RML zwischen internationalistischer Theorie und Praxis, 1969-1981*, Lizziatsarbeit Bern 2004; B. Challand, *La Ligue marxiste révolutionnaire en Suisse romande (1969-1980)*, Fribourg 2000.

¹⁴ U. Angerer, „Trotzkismus in Österreich von den 20er Jahren bis heute“, in: *Marxismus*, Nr. 9, 2. Aufl., 1997, S. 11–227. Zudem existiert ein zweiter Band, der Interviews mit einer Reihe von Persönlichkeiten aus der trotzkistischen Bewegung enthält (*Trotzkismus in Österreich, Teil 2: Interviews*, *Marxismus*, Nr. 10, 1996).

¹⁵ Ausnahmen stellen hier die nicht mehr existierenden Organisationen RML/SAP und GIM dar, zu denen im Schweizer Sozialarchiv (SSA) in Zürich und im International Institute of Social History (IISH oder niederländisch IISG) in Amsterdam private Archive liegen.

¹⁶ Archiv APO und Soziale Bewegungen in Berlin; Sammlung Hermann Weber – Trotzkismus-Archiv, Friedrich Ebert Stiftung (FES) und eine kleinere Sammlung im Archiv der Sozialen Bewegungen Freiburg (ASF).

gung sich auch insgesamt von den neuen sozialen Bewegungen abschottete. Deren Fortexistenz hätte möglicherweise entweder zur Auflösung der trotzkistischen Organisationen in ihnen (ähnlich wie bei den sogenannten Maoisten) oder zur Erstarrung im Sektierertum geführt. Die spezifische taktische Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen ergab sich für die Trotzkisten gerade nicht auf der Grundlage des theoretischen Erbe Leo Trotzkis, sondern aufgrund deren Isolation innerhalb der Arbeiterbewegung, wobei sich die Frage stellt, inwieweit die „Ausbruchsversuche aus dem Ghetto“ zu einer Revision der Theorien Trotzkis geführt haben. Ob dabei Trotzkis Theorien „verraten“ oder produktiv weiterentwickelt wurden, ist seit Jahrzehnten ein Streitpunkt in der Bewegung, die sich in Dutzende Strömungen aufgespalten hat. Um die Teilung dieser Strömung in Pro und Kontra zu den sozialen Bewegungen überhaupt nachvollziehen zu können, ist die später folgende Einleitung zu den Theorien Trotzkis und der Entwicklung der IV. Internationale nach dem 2. Weltkrieg notwendig.

Die Bedeutung sozialer Bewegungen für die Reorganisation bzw. den weiteren organisatorischen Aufbau der Trotzkisten wird gerade bei attac und der WASG in Deutschland deutlich. Gruppen wie der Linksruck und die Sozialistische Alternative (SAV) werden seit 2002 regelmäßig in der Presse der „Unterwanderung“ und „feindlichen Übernahme“ dieser Organisationen bezichtigt. Obwohl dahinter auch die Diffamierung von interessierten Kreisen stehen mag, stimmt es, dass zumindest einzelne Aktivisten Führungspositionen besetzen konnten. In der WASG wurden so Positionen im erweiterten Bundesvorstand und in einer Reihe von Landesvorständen besetzt, einzelne Kreis- und Landesverbände werden angeblich von trotzkistischen Organisationen politisch dominiert. Deren Einfluss ist weniger in ihrer Mitgliederstärke zu suchen (wahrscheinlich machen sie aktuell, Juni 2006, deutlich unter 10 % der gesamten WASG-Mitgliedschaft aus), sondern in der hohen Dichte von ausgebildeten Kadern und Aktivisten. Auch hier trifft die Behauptung von Christophe Bourseiller zu:

„Der beträchtliche Einfluss des Trotzkismus steht folglich in keinem angemessenen Verhältnis zur Schwäche seiner Organisationen“.¹⁷

Von einem strategischen Einfluss dieser Gruppen zu sprechen wäre überzogen, zumal es sehr differente Positionen zur Programmatik der WASG gibt, die von der Forderung nach einem sozialistischen, einem antikapitalistischen bis zu einem antineoliberalen Programm gehen.

„Wenn er [der Trotzkismus, F. N.] eine Zukunft hat, dann als Teil eines Neuformierungsprozesses der antikapitalistischen Linken im Herzen der neuen Politisierungsprozesse“.¹⁸

Diese Behauptung gilt es im folgenden zu untersuchen, doch dies setzt notwendigerweise eine Darstellung des bislang zurückgelegten trotzkistischen „Sonderweges“ im Verhältnis zur sonstigen antikapitalistischen Linken voraus.

2. Trotzkismus und die ökonomisch-sozialen Entwicklungen nach dem 2. Weltkrieg

Die Trotzkisten wurden nach dem Ende des 2. Weltkrieges mit einer unvorhergesehenen Stärkung des Stalinismus konfrontiert, der erhoffte Übergang vom Weltkrieg in die Weltrevolution blieb aus. Die neuen politischen Phänomene konnten mit den auf die Zeit vor dem 2. Weltkrieg abhebenden Analysen und dem Begriffsinstrumentarium Trotzkis nicht adäquat verarbeitet werden, unterschiedliche Interpretationen von dessen Theorien führten dazu, dass sich im Laufe der Zeit die trotzkistischen Organisationen international und national mit zum Teil konträren theoretischen Positionen gegenüberstanden. Die trotzkistische Strömung spaltete sich aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen über die „neue Weltlage“. In ihrer beinahe völligen Isolation verfestigte sich in Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg die kurzfristige Taktik des „Entrismus“¹⁹ zu einer langgezogenen Phase der Mitarbeit in der Sozialdemokratie, da die Trotzkisten davon ausgingen, dass sich dort zukünftig soziale Kämpfe in einem politischen Differenzierungsprozess umsetzen und es zu Linksabspaltungen von der Sozialdemokratie kommen würde.

Gleichwohl unterschätzte aber die gesamte radikale Linke die soziale und politische Einbindung der Arbeiterschaft durch den historischen Kompromiss von Lohnarbeit und Kapital (Sozialpartnerschaft). In der Tradition der III. Internationale, auf die sich die revolutionäre Linke berief, wurden die bis in die

¹⁷ Bourseiller, 2002, S. 221.

¹⁸ Kellner, 2004, S. 156.

¹⁹ Siehe Kapitel 7.1.

Vorkriegsphase vorherrschende soziale und politische Exklusion der Arbeiterschaft und das daraus erwachsene Klassenbewusstsein auf die Nachkriegsverhältnisse projiziert. Allgemeine Erklärungen wie: niedriges Klassenbewusstsein, falsches Bewusstsein, Verrat durch SPD- und Gewerkschaftsführung (die im leninschen Verständnis als Agenten des Kapitals in der Arbeiterbewegung begriffen wurden), Bestechung der „Arbeiteraristokratie“²⁰, Konsumterror und ideologische Verblendung durch die Massenmedien, ökonomische Zugeständnisse aufgrund des Interesses der Unternehmer am sozialen Frieden und der „Irrglauben der Massen“ an den Parlamentarismus sollten erklären, warum die nicht weg zu diskutierende Integration der Arbeiterschaft nur eine oberflächliche sei. Daher auch die von vielen Linken ins Zentrum ihrer politischen Arbeit gestellte „Entlarvung“ des Parlamentarismus, der reformistischen Arbeiterführer und Politiker, der Medien und der kapitalistischen Ideologie mit dem Ziel, das Klassenbewusstseins der Arbeiterschaft zu heben. Demgegenüber stand der stark ausgeprägte Ökonomismus vieler kommunistischer Organisationen, die aufgrund eines schematischen Verständnisses des Basis-Überbau-Theorems annahmen, dass bei tiefen ökonomischen Krisen der „ideologische Überbau“ einem sich entwickelndem Klassenbewusstsein nichts entgegenzusetzen hätte. Hatte die revolutionäre Linke bis in die Siebziger die Integration der Arbeiterschaft in das kapitalistische System unterschätzt, so überschätzte sie nun die Auswirkungen der ökonomischen Krise auf das Massenbewusstsein und unterschätzte damit wiederum die ökonomischen und ideologischen Ressourcen der kapitalistischen Produktionsweise. Die Stabilität der hochindustrialisierten Länder, die in der Lage waren, nicht nur ökonomische und politische Krisen, sondern auch einen wachsenden Anteil von Arbeitslosen und Armen ökonomisch und politisch „zu verarbeiten“ und die „zarten Pflänzchen“ sozial-emancipativer Kräfte der Jugend-, Friedens- und Ökologiebewegung nicht nur zu re-integrieren, sondern diese in demokratietheoretischer Hinsicht für sich nutzbar zu machen (Stichwort: Civil- statt Klassengesellschaft), führte ab Ende der Siebziger zu einer Stagnation bzw. einem forcierten Niedergang der revolutionären Linken.

Wenn auch gerade die Trotzkisten ihren politischen Konkurrenten auf theoretischem Gebiet oft überlegen waren, eine Reihe von fähigen Führern und Theoretikern hervorbrachten und der undogmatischen Linken wichtige theoretische Impulse gaben, konnten doch nur wenige Persönlichkeiten internationale Bekanntheit erreichen (Rosdolsky, Deutscher, Mandel) und eine Weiterentwicklung der marxistischen Theorie leisten. Perry Anderson erklärt die theoretische Stagnation auf Seiten der revolutionären Linken mit der fehlenden „gesellschaftlichen Praxis des wirklichen Proletariats in dieser Zeit“:

„Die erzwungene Isolation von den Hauptteilen der organisierten Arbeiterklasse in der ganzen Welt zusammen mit dem fortwährenden Ausbleiben von revolutionären Massenerhebungen in den wichtigsten Ländern des Industriekapitalismus mußte sich auf die trotzkistische Tradition als ganze auswirken. (...) Das unablässige Beharren auf der Gültigkeit und der Wirklichkeit der sozialistischen Revolution und der proletarischen Demokratie gegenüber so vielen Ereignissen, die diesen Zielen zuwiderliefen, brachte den Trotzkismus unwillkürlich in die Nähe eines Konservatismus. Die Bewahrung der klassischen Lehren gewann die Oberhand über ihre Weiterentwicklung. Triumphgerede in der Sache der Arbeiterklasse und Katastrophengerede bei der Analyse des Kapitalismus, beides mehr aus dem Wollen als aus dem Intellekt erwachsen, waren die typischen Auswirkungen dieser Tradition in ihren alltäglichen Formen“.²¹

Die „trotzige Mißachtung des sich vollziehenden Umschwunges“ hielt die Trotzkisten davon ab, in den Pessimismus des westlichen Marxismus, den Reformismus der Sozialdemokratie oder den Realismus

²⁰ Vgl. W. I. Lenin, „Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe“ von *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (6. Juli 1920), in: *Werke*, Bd. 22, S. 198.

Eric J. Hobsbawm hat den Begriff der (englischen) Arbeiteraristokratie in einigen Beiträgen diskutiert: „Lenin und die ‚Arbeiteraristokratie‘“, in: ders., *Revolution und Revolte. Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1977, S. 174–184; „Debating the Labour Aristocracy“, in: ders., *Worlds of Labour. Further Studies in the History of Labour*, London 1984, S. 214–226; „The Aristocracy of Labour Reconsidered“, ebd., S. 227–251.

Vgl. auch Hans Willi Weinzen, „Arbeiteraristokratie“, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 1, 2. Ausg., Hamburg u. Berlin 1996, Sp. 422–429; Kuno Rinke, *Zur Geschichte des Begriffs und der Theorie von der Arbeiteraristokratie in der europäischen Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1933*, Frankfurt/M. usw. 1997.

²¹ P. Anderson, *Über den westlichen Marxismus*, Frankfurt a. M. 1978, S. 146f.

der stalinisierten III. Internationale zu fallen. Das „goldene Zeitalter des Kapitalismus“ (Hobsbawm) in den hochindustrialisierten Staaten stellte für die Trotzkisten keinen Grund dar, die Hände in den Schoß zu legen, denn weiterhin orientierten sie sich auf den Prozess der Weltrevolution. Dieser heute mystisch erscheinende Begriff schien damals auf einer realen Grundlage zu basieren. Nach dem II. Weltkrieg fanden eine Reihe von Revolutionen und Aufstände gerade außerhalb der hochindustrialisierten Länder statt, deren Niederlage oder spätere „Verbürgerlichung“ zumeist mit dem Fehlen einer „wirklich revolutionären Partei“ erklärt werden konnte und der Vorstellung der „Epoche der Weltrevolution“ eine nachvollziehbare Grundlage gaben.

Als Bestandteil der „alten Arbeiterbewegung“ wurden die Trotzkisten in den sechziger und siebziger Jahren mit neuen politischen Phänomen konfrontiert, für die es im orthodoxen Marxismus keine theoretischen Referenzpunkte gab: Eine Jugend- und Studentenbewegung stellte „die Systemfrage“ und ermöglichte eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, während die Arbeiterbewegung passiv blieb, bzw. soziale Kämpfe in Frankreich und Italien, sowie antibürokratische Bewegungen in der CSSR und anderen östlichen Staaten keine qualitativen gesellschaftlichen Veränderungen erreichen konnten. Eine Guerillabewegung stürzte in Kuba 1959 nach der chinesischen Revolution von 1949 erneut ein bürgerliches Regime und stellte damit die These von der Arbeiterklasse als einziges revolutionäres Subjekt in Frage. Auf den Sturz von Diktaturen in Westeuropa (Portugal, Spanien, Griechenland) und in Lateinamerika erfolgten keine sozialen Revolutionen. Bereits die kolonialen Revolutionen hatten einen national-bürgerlichen Charakter beibehalten, sich sozialistisch nennende Regime konnten sich zum großen Teil nicht lange halten bzw. verloren schnell wieder an Unterstützung. Die neuen sozialen Bewegungen (Ökologie-, Feminismus-, Friedensbewegungen) entwickelten aufgrund der Passivität der Arbeiterbewegung eine von dieser unabhängige Dynamik. Wurde die Jugend- und Studentenbewegung um 1968 vom Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale (VSI) noch als „neue Avantgarde“ begriffen, so gingen die Meinungen über die Progressivität der neuen sozialen Bewegungen nun weit auseinander. Teile der trotzkistischen Bewegung wurden in diese integriert. Dass zudem eine Reihe von neu entwickelten Theorien und Thesen (besonders die des VSI) „Schiffbruch erlitten“ (New Mass Vanguard, Rural Guerrilla Warfare, Turn to Industry etc.), verfestigte die Tendenz einiger trotzkistischer Strömungen zur Orthodoxie zusätzlich, zumal die Trotzkisten sich ohnehin als Verteidiger des originären Marxismus gegen dessen Verfremdung durch Stalinisten, Sozialdemokraten, Maoisten, „westlichen Marxisten“, Radikaldemokraten und sonstigen Linken verstanden. Trotz aller Enttäuschungen und Niederlagen konnten sich die Trotzkisten im Verhältnis zu den konkurrierenden Strömungen der Arbeiterbewegung einen Optimismus und eine Stringenz ihrer Theorien beibehalten, der sich nur mit dem Festhalten an der Idee von der historischen Rolle der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt erklären lässt, egal wie tief die materielle und ideologische Integration derselben in die kapitalistische Gesellschaft auch erscheinen mag:

„Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Überbevölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit, und daher den Arbeitslohn, in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendem Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter.“²²

Der Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten erfolgte für die Trotzkisten überraschend, auch wenn diese Perspektive immer Bestandteil ihrer Theorie der „degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten“ war. Erneut konnten sie keine signifikante Rolle in den politischen Prozessen spielen. Dieser Zusammenbruch bedeutete aber nicht nur das Ende des „Realsozialismus“, sondern auch für die gesamte antikapitalistische Linke eine Verstärkung der ohnehin weitreichenden gesellschaftlichen Isolation. Der „totale Sieg“ des kapitalistischen Gesellschaftsmodells über das „realsozialistische“ Gesellschaftsmodell führte zum Zusammenbruch einer Reihe von kleineren Gruppen und Organisationen, aber auch zum Niedergang der Linken insgesamt. Auch die trotzkistischen Zirkel und Organisationen,

²² K. Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1, Frankfurt/M. u. Berlin 1969, S. 681f.

die sich immerhin auf die Vorhersage Leo Trotzkis stützen konnten, dass, wenn die politische Revolution in der UdSSR nicht erfolgreich sein würde, die Bürokratie letztlich selber kapitalistische Verhältnisse herbeiführen werde, waren aufgrund des ideologischen Drucks und der Aussicht, weitere Jahrzehnte in politischer Isolation zu verbringen, einer Zerreißprobe ausgesetzt. Diejenigen, die nicht aufgaben, entschieden sich innerhalb der sozialdemokratischen Parteien zu verbleiben, um zu „überwintern“, andere wandten sich in den Neunzigern allen Bewegungen und Organisationen zu, die ein Mindestmaß an gesellschaftskritischem Potential zu bieten schienen, ein weiterer Teil hielt an der Perspektive der immanenten Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise und den zu erwartenden sozialen Auseinandersetzungen fest und versuchten die großen Lücken, die der Niedergang der Linken insgesamt in der Gewerkschafts-, der antirassistischen und antifaschistischen, der Schüler- und Studenten- und der Frauenbewegung hinterlassen hatte, ansatzweise zu füllen. Die Trotzkisten konnten sich so aufgrund ihrer Orthodoxie und ihres ungebrochenen Optimismus in die neunziger Jahre retten. In dieser Phase galt es wiederum, die Grundlagen marxistischer Theorie (trotzkistischer Prägung) zu verteidigen – unter weit schwierigeren Bedingungen als in den siebziger und achtziger Jahren. Zudem sah man sich durch den Wegbruch der anderen linken Strömungen dazu verpflichtet, exemplarische Kampagnen und Kämpfe zu führen – was einer Konzentration auf die Aufarbeitung und die Weiterentwicklung marxistischer Theorie nicht gerade zuträglich war. Auch wurden die Möglichkeiten einer baldigen Radikalisierung der Arbeiterschaft und des Ausbrechens verallgemeinerter sozialer Kämpfe massiv überschätzt – letztlich ein Erbe der Vergangenheit, in der jede politische und soziale Krise als Beginn einer verallgemeinerten Massenbewegung sozialer Kämpfe gedeutet wurde. Doch erst nach der Jahrtausendwende fanden in Deutschland und Österreich wieder größere und radikalere Proteste statt.

Während sich die radikale Linke in den Neunzigern im Niedergang befunden hatte und sich Dutzende Organisationen auflösten, existieren die trotzkistischen Gruppen weiter, stagnieren aber in den meisten Fällen.

3. Thesen, Inhalt und Methode

Ausgehend von der beschriebenen historischen Entwicklung der trotzkistischen Bewegung nach dem 2. Weltkrieg lässt sich nun folgende Theorie aufstellen: Die trotzkistischen Organisationen konnten organisationspolitisch überleben, weil sie sowohl die Orientierung auf das politische Subjekt Arbeiterbewegung (Gewerkschaft, Betriebsarbeit, Arbeiterparteien) beibehielten, wie auch im Rahmen ihrer Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen neue gesellschaftspolitische Fragestellungen aufnehmen und zum Teil für ihre Theorieansätze fruchtbar machen konnten. Die Möglichkeit der Fortexistenz der trotzkistischen Bewegung scheint auch für die Zukunft gegeben zu sein, da diese eine revolutionäre und antibürokratische Interpretation des Marxismus verinnerlicht hat, die es nicht nur erlaubte, den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ relativ unbeschadet zu überstehen, sondern auch Impulse für sozialistische Bewegungen der Zukunft geben kann. Diese Besonderheiten unterscheidet sie von anderen Strömungen auf der radikalen Linken und rechtfertigt eine Untersuchung der Bewegung, die zumeist aus „Kleingruppen“ besteht.

Folgende Thesen, welche in Kapitel VII in zu prüfende Hypothesen weiter differenziert werden, sollen untersuchungsleitend für die Frage nach der Fortexistenz der trotzkistischen Organisationen nach über 60 Jahren nach dem Tode ihres Namengebers, und nach 15 Jahren des Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ sein. Sie beziehen sich auf die trotzkistische Weltbewegung insgesamt und werden im Rahmen dieser Arbeit anhand der untersuchten Länder konkretisiert werden.

These 1

Die Fortexistenz des Trotzkismus als „revolutionärem Marxismus“ ergibt sich in historischer Perspektive aus der Möglichkeit der sozialen Revolution. Dieses Verhältnis von Subjekt und Geschichte ist ein zweiseitiges: Solange eine auf soziale Ungleichheit (und deren Folgen) basierende kapitalistische Gesellschaft existiert, solange wird es Menschen geben, die ein egalisierendes Gesellschaftsprojekt verfolgen – mit gemäßigten oder radikalen Mitteln. Die Existenz der marxistischen (trotzkistischen) Strömungen ergibt sich so aus der objektiven Wirklichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Bestimmte Interpretationen von historischen Erfahrungen manifestieren sich in Theorien (z.B. Marxis-

mus) und Zielstellungen kollektiver Subjekte. Das Festhalten der trotzkistischen Strömungen an dem Ziel der sozialen Revolution führt dazu, dass sie heute als einer der letzten organisierten politischen Kräfte in der Tradition eines revolutionären Marxismus stehen. Das Ziel, die objektive Wirklichkeit bzw. die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern zu wollen, bzw. der Glaube, dies verwirklichen zu können, erlaubt die Fortexistenz der trotzkistischen Organisationen als marxistische Strömung.

These 2

Durch den gesellschaftspolitisch bedingten teilweisen Wegfall von zentralen Theorien Trotzkis (Permanente Revolution, degenerierter Arbeiterstaat, Einheitsfront und Taktik des Entrismus), stellt sich die Frage, was die zukünftige ideologische Klammer des Trotzkismus sein wird. Unterschiedliche Strategien und Theorien wurden entwickelt, die einen gleichberechtigten Bezug aller Trotzkisten auf „den originalen Trotzki“ unmöglich gemacht haben, weshalb auch von verschiedenen Autoren der Begriff „Trotzkismen“ verwendet wird.²³ Bestimmte Integrationsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft, binnenorganisatorische Transformationsprozesse und das Festhalten an bzw. das Fallenlassen von exklusiven programmatischen und stilistischen Inhalten und Formen haben zu einer Ausdifferenzierung der Bewegung geführt, so dass rund 70 Jahre nach dem Tod Trotzkis kaum noch von „der“ trotzkistischen Bewegung gesprochen werden kann.

These 3

Die Fortexistenz des Trotzkismus als bestimmter Interpretation des Marxismus ist kein voluntaristischer Akt, sondern bedarf einer ideologischen und materiellen Grundlage. Die relative ideologische Stabilität des Trotzkismus ergibt sich aus der Annahme der Richtigkeit der eigenen Theorien im Verhältnis zu konkurrierenden Strömungen, also aus dem Scheitern und den Sackgassen der different interpretierten „Marxismen“ (Sozialdemokratie, Stalinismus, Maoismus, Neomarxismus). Daraus erklären sich auch die Orthodoxie und die geringe Weiterentwicklung der trotzkistischen Theorien. Die materielle Grundlage bilden soziale Bewegungen, an deren Auf und Ab die trotzkistischen Strömungen in gesellschaftlichen Krisen- und Stabilitätsphasen gebunden sind, in die sie intervenieren und ihre Organisationen revitalisieren. Dies geschieht aufgrund mehrerer für sie typischen Charakteristika:

- Einer Krisentheorie, die sich auf die marxschen Thesen der „Rebellion der Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse“ stützt, welche sich in Überproduktionskrisen und tendenziellem Fall der Profitrate ausdrücken.

Diese Krisentheorie wird den sich politisierende Schichten in und um soziale Bewegungen angeboten und verweist gleichzeitig auf mögliche Strategien zur Überwindung der Krise – durch die Überwindung des kapitalistischen Systems selber. In Zeiten ökonomischer und politischer Krise können dann Trotzkisten mit einer ausgearbeiteten Krisentheorie aufwarten und Unterstützung erhalten. Die Orientierung auf die sozialen Bewegungen, denen man aufgrund des eigenen marginalen politischen Einflusses „etwas anbieten muss“, geht allerdings mit der Tendenz einher, beständig die nächste tiefe Krise des Kapitalismus vorherzusagen und die Aufgeschlossenheit der Arbeiterklasse für eine sozialistische Demokratie nachzuweisen.²⁴

* Einer ausgeprägten Flexibilität in der Anwendung der marxistischen Theorie,²⁵ die es erlaubt in soziale Bewegungen zu intervenieren, den klassischen Marxismus mit den neuen politischen Phänomen zu synthetisieren und Teile der Bewegung auf die Arbeiterklasse als „revolutionäres Subjekt“ zu orientieren.

Den radikalsten Teilen der Bewegung wird somit eine politische Perspektive geboten, dem Niedergang der jeweiligen Bewegung wird mit der Orientierung auf neue Arbeitsfelder begegnet. Beispielhaft sei hier die Theorie der Permanenten Revolution angeführt, die den Internationalismus und die

²³ Vgl. Bensaid, 2004, oder D. Hallas: „Trotzkismus neu bewertet“, in: *Klassenkampf*, Nr. 8, Oktober 1980, S. 51.

²⁴ Vgl. Kellner, 2004, S. 105.

²⁵ Christophe Bourseiller sieht in zwei Merkmalen das „unverwechselbare Markenzeichen“ des Trotzkismus: „ein besonderer doktrinärer Rigorismus einerseits, ein grenzenloser Pragmatismus im taktischen Verhalten andererseits – bis hin zu Bündnissen nach rechts“ (Bourseiller, 2002, S. 214). „All das hat nichts wirklich Originelles“ schreibt Bourseiller einen Satz später. Warum ist es dann aber das „unverwechselbare Markenzeichen“, wenn nichts Originelles daran ist? Inwieweit „doktrinärer Rigorismus“ gerade im Gegenteil einen Pragmatismus im taktischen Verhalten verhindert, wird in Kapitel 7.8.1. („Die Orientierung der Trotzkisten auf die WASG“) dargestellt werden.

Weltrevolution als notwendigen Fixpunkt jeder revolutionären Theorie und Praxis begreift und so einen theoretischen Anschlusspunkt zu der globalisierungskritischen Bewegung seit Mitte der Neunziger bilden und die Trotzkisten in dieses politische Milieu intervenieren lassen konnte. Doch dies hat auch seine Kehrseiten. Die Offenheit für revolutionäre Strömungen

„anderer Herkunft sowie für emanzipative Bewegungen aller Art auch außerhalb der Arbeiterbewegung [wurde] sicherlich immer wieder mit ‚Aufweichungstendenzen‘ in den eigenen Reihen bezahlt“.²⁶

* Die Interventionsfähigkeit in die sozialen Bewegungen ergibt sich aus dem Selbstverständnis von Kaderorganisationen, welchem die Vorstellung zugrunde liegt, die zukünftige revolutionäre Arbeiterpartei und deren Führung erst noch aufbauen zu müssen und dafür in den sozialen Bewegungen neue Kader und Aktivisten zu sammeln, die „ihr Leben der Revolution widmen“.

Dieses Selbstverständnis macht die Mitglieder der trotzkistischen Organisationen relativ resistent gegen den Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Auf der Basis dieser Aktivitäten konnte ihr Mitgliederbestand vor allem durch Jugendliche erhöht werden. Dadurch ist die Zusammensetzung der Mitgliedschaft vieler trotzkistischer Gruppen von einer Mehrheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen geprägt, die durch erfahrene ältere Kader angeleitet werden. Dies drückt sich in einem hohen Aktivitätsgrad der Organisationen aus. Unterschiedliche Vorstellungen vom Aufbau und Charakter der Kaderorganisationen führen zu zwei differenten Aufbaumodellen: Während einige Strömungen sich „an allem orientieren, was sich bewegt“, verfolgen andere den Aufbau einer exklusiven Kaderpartei, die sich vorzugsweise der Kritik „kleinbürgerlicher Bewegungen“ und der anderer trotzkistischer Strömungen widmet, um revolutionären Kräfte „umzugruppieren“.

* Zur Flexibilität in der Anwendung der marxistischen Theorie kommt das Verständnis eines revolutionären Marxismus, der weder von der Rücksichtnahme auf „real existierende Sozialismen“ (UdSSR, China, Albanien, Kuba etc.)²⁷ noch von der „realpolitischen Impotenz“ des akademischen Marxismus desavouiert werden konnte.

Die Trotzkisten konnten sich im Unterschied zu ihren politischen Kontrahenten nie auf ein „trotzkistisches Land“ berufen, und blieben quantitativ ein unbedeutender Faktor in der Arbeiterbewegung. Die damit verbundene Suche nach einer „historischen Abkürzung“ (als zeitweilige Orientierung auf „nicht-proletarische“ Bewegungen) führte zu einer Reihe von (Ab)Spaltungen und damit zu miteinander konkurrierenden „Trotzkismen“, die aber wiederum unterschiedliche, sich radikalisierende Personen und Gruppen ansprechen konnten, was dem Trotzkismus in unterschiedlichen Ausprägungen die Weitereexistenz ermöglichte. Zudem konnte die Radikalität des Marxismus trotzkistischer Prägung radikalierte Schichten der sozialen Bewegungen in gesellschaftlichen Krisenzeiten anziehen, wirkte aber in Zeiten der politischen Stabilität als „Sektierertum“ und gewollte Selbstisolation um der „Reinheit des Programms“ willen.

These 4

Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Tendenz der Auflösung in neue Formationen der Arbeiter- und sozialen Bewegungen fortsetzen wird und sich einzelne Gruppen und Organisationen in den nächsten Jahren von der trotzkistischen, im Sinne einer revolutionär-marxistischen, Ideologie ablösen werden. Dabei wird der Bezug auf Trotzki abnehmen und durch den Bezug auf Marx ersetzt werden, andere Gruppen werden Trotzki gerade als Symbol eines antibürokratischen und revolutionären Marxismusverständnisses hochhalten. Um aber heute (und morgen) als Synonym des revolutionären Marxismus gelten zu können, war der Trotzkismus zu wenig einflussreich. Dies heißt aber nicht, dass seine Inhalte nicht zu einer möglichen Renaissance des Marxismus beitragen könnten, und dass es

²⁶ Kellner, 2004, S. 97.

²⁷ „Die Lebensfähigkeit des Trotzkismus in unserer Zeit hängt unmittelbar damit zusammen, daß er mit seiner Ideologie eine bestimmte Faszination auf gewisse linkssozialistische Kreise ausübt, die gleichzeitig Antiimperialisten und Gegner des real existierenden Sozialismus sein möchten. In Anbetracht eines relativ geringen politischen Einflusses der Trotzkisten in der Welt können sie hier als ‚Revolutionäre‘ auftreten, ohne irgendwelche politische Verantwortung übernehmen zu müssen“. (*Linksradikalismus. Linksradikale Kräfte in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen*, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1989, S. 142.)

nicht einzelnen Vertretern der trotzkistischen Strömung in Zukunft gelingen kann, den Kern einer revolutionären marxistischen Bewegung zu bilden.

Inhalt und Methoden

Die Arbeit entwickelt (soweit dies im gegebenen Rahmen möglich ist) eine systematische Darstellung der theoretischen und organisationspolitischen Entwicklung des Trotzkismus. Dies sowohl im Rahmen seiner Differenzierungen in konkurrierende Strömungen auf weltweiter Ebene, wie auch in den drei untersuchten Ländern seit Ende der zwanziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts bis heute. Daran anschließend werden die theoretischen Differenzen beschrieben, entlang derer sich die Bewegung in verschiedene Strömungen aufspaltet. Die hier angewandte historisch-empirische Methode ermöglicht in einem ersten Schritt einen sinnverstehenden Zugang zu der Entwicklung der trotzkistischen Organisationen in den drei Ländern. Im zweiten Teil der Arbeit wird die Entwicklung des Trotzkismus mit methodischen Ansätzen der politischen Kultur (-forschung), der Organisationssoziologie und einer empirischen Analyse der Sprachstile untersucht werden, um den Einfluss externer, intermedialer und interner Prozesse bzw. Strukturen auf Theorie und Praxis der Trotzkisten bestimmen zu können. Die Aufbereitung der im ersten Teil gewonnenen Daten vollzieht sich im dritten Teil der Arbeit entsprechend der Frage nach der Abhängigkeit der trotzkistischen Strömungen von den Entwicklungen der sozialen Bewegungen vor dem Hintergrund bestimmter sozial-ökonomischer und politischer Prozesse.²⁸ Hier soll auch der Anspruch einer kritischen Politikwissenschaft eingelöst werden, die solche unterschiedlichen politischen Phänomene wie die trotzkistischen Strömungen und die sozialen Bewegungen in Beziehung zur Totalität des Gesellschaftssystems setzen muss, um eine objektivistische Darstellung des Verhältnisses einzelner Phänomene durch die Auslassung ihres gesellschaftlichen Kontexts zu vermeiden. Politische Phänomene in ihrer historischen Konkretion können nur im Bezug zum Ganzen (so wie das Ganze nur durch seine einzelnen Teile) gedeutet werden:

„Daß ohne Beziehung auf Totalität, das reale, aber in keine handfeste Unmittelbarkeit zu übersetzende Gesamtsystem nichts Gesellschaftliches zu denken ist, da es jedoch nur soweit erkannt werden kann, wie es in Faktischem und Einzelнем ergriffen wird, verleiht in der Soziologie der *Deutung* ihr Gewicht. Sie ist die gesellschaftliche Physiognomik des Erscheinenden. Deuten heißt primär: an Zügen sozialer Gegebenheit der Totalität gewahr werden.“²⁹

Im dritten Teil werden Hypothesen vorgestellt, die die Entwicklung der Organisationen unter Bezug auf die oben genannten Thesen in Beziehung zu den gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Nachkriegszeit bis heute setzen. Dabei wird zu klären sein, inwieweit die dargestellten Eigenschaften der trotzkistischen Strömungen vor allem in Phasen gesellschaftlicher Stabilität als Erklärungsmoment für ihre Fortexistenz dienen können. Im Anschluss an die Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit wird davon ausgehend die Frage nach der Zukunft des Trotzkismus gestellt, und dies mit dem Verhältnis zu kommenden sozialen Auseinandersetzungen und zur Linken insgesamt beantwortet werden. Eine Reihe von Vorüberlegungen und Skizzen zu gängigen Vorurteilen gegenüber trotzkistischer Organisationen, zu deren sozialpsychologischen Verfassung als Kaderorganisationen und zum Verhältnis von Theorie und Praxis, aus dem sich der Charakter der trotzkistischen Organisationen in Bezug auf Dogmatismus, Orthodoxie und Heterodoxie herleiten lässt, werden in einem Nachtrag vorgestellt. Diese Überlegungen ließen sich nicht in die methodische Struktur der Arbeit eingliedern, ihre Auslassung würde allerdings der notwendigen Gesamtbetrachtung des Phänomens „Trotzkismus“ widersprechen.

²⁸ Dass sich die Auswahl und die Darstellung sozial-ökonomischer und politischer Daten, sowie die Art und Weise der Beschreibung der sozialen Bewegungen aus der Fragestellung und der subjektiven Forscherperspektive ergeben, bedarf eigentlich nicht eines Hinweises. Wichtig ist dabei die Betonung des gegenwartsbezogenen Vorverständnisses des Forschers, das mit in die Interpretation eingeht. Somit interpretiert jede Gegenwart die Vergangenheit auf je spezifische Art und Weise neu. Vgl. J. Belchers: *Betrachtungen zur Außenpolitik in China, Rußland und Indien*, Siegen 2006, (Schriftenreihe des Faches Politikwissenschaft), S. 12.

²⁹ T. W. Adorno, „Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie“, in: ders., *Aufsätze zur Gesellschaftstheorie und Methodologie*, Frankfurt/M. 1970, S. 205.

Das Ziel dieser Arbeit besteht somit in einer möglichst umfassenden Darstellung der Entwicklung der trotzkistischen Organisationen, ihrer theoretischen Grundlagen im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungsphasen und ihres spezifischen Politik- und Organisationsverständnis, was dem Leser ein eigenes Urteil über diese Strömung der Arbeiterbewegung erlauben soll.

4. Zur Kritik der Terminologie der Extremismusforschung

In einem gewissen Sinne kann die vorliegende Arbeit auch als Beitrag zur sogenannten Extremismusforschung gelten.³⁰ Dieses Forschungsfeld steht seit mehreren Jahren aufgrund der dort vollzogenen Gleichsetzung der „äußersten“ Linken und Rechten als „Extremisten“ in der Kritik,³¹ und stellt einen der „ideologischen Kampfplätze“ verschiedener Strömungen in der Politikwissenschaft dar. Diese Einleitung soll sich somit nicht nur mit einem Bericht zum Stand der Forschung zum Trotzkismus im Besonderen begnügen, sondern auch im allgemeinen Kontext der „Extremismusforschung“ Stellung zur Thematik Linksextremismus-/radikalismus beziehen.

Extremismus, Radikalismus und Totalitarismustheorie

In der vorliegenden Untersuchung werden die trotzkistischen, maoistischen, anarchistischen und spontaneistischen Gruppen und Parteien durchgängig als „linksradikal“ und nicht als „linksextremistisch“ bezeichnet. Dies steht im Gegensatz zur herrschenden Lehrmeinung in der deutschen Politikwissenschaft (Regimenlehre) und bedarf daher einer Begründung, der eine Skizzierung der theoretischen Problematik vorausgehen muss.

Der Extremismusbegriff fand in der Mitte der siebziger Jahre als organisationskonzeptuelle Konkretisierung des Totalitarismusbegriffs eine Verwendung zuerst in der Rechtspolitischen Theorie, um dann seit Mitte/Ende der achtziger Jahre in der sozialwissenschaftlichen Debatte den Radikalismusbegriff zu verdrängen.³² Dies dadurch, dass „Radikalismus“ und „Totalitarismus“ als begriffliche Plattform für Systemauseinandersetzungen (Ost-West) an Bedeutung verloren, während Begrifflichkeiten wie „Extremismus“ für innersystemische Auseinandersetzungen besser geeignet schienen.³³ Um den hier behaupteten ideologischen Gehalt des Extremismusbegriffes deutlich zu machen, bedarf es eines kurzen Exkurses zur Totalitarismusdebatte.

Der Totalitarismusbegriff fand als politisches Programm bei Mussolini seinen Anfang und wurde von dessen Kritikern und Gegnern als Kennzeichnung einer allumfassenden bzw. tief in die gesellschaftlichen Strukturen eindringenden Diktatur begriffen. Im Rahmen des „Kalten Krieges“ erhielt der Totalitarismusbegriff eine spezifische Konnotation, indem Nationalsozialismus und Kommunismus als wezensverwandte Phänomene der sich industrialisierenden Gesellschaft des 20. Jh. gedeutet wurden. Er diente laut Kühnl in dieser Ausprägung somit als Kombination von Rechtfertigungsideologien den alten Eliten³⁴ und sanktionierte eine antikommunistische Grundhaltung,³⁵ die zur Integrationsideologie der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Staaten wurde. Aus dem Blick geriet dabei der

³⁰ Als bekannteste Vertreter dieser Disziplin dürften Uwe Backes und Eckhard Jessegeiten, die unter anderem das seit 1989 erscheinende *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden) herausgeben. Auf diese bezieht sich eine teilweise recht scharfe Kritik: „Genau jene ‚Extremismusforschung‘, die so erstmals öffentlich in Mißkredit geraten ist, hat schon über ein Jahrzehnt hinweg für die Verharmlosung der Nazi-Vergangenheit sowie des gegenwärtigen Rechtsextremismus in den Sozialwissenschaften zentrale Impulse gegeben. Hierbei haben Backes und sein Kollege Eckhard Jesse neurechte Ideologeme des Geschichtsrevisionismus prolongiert und antisemitische Ressentiments hoffähig gemacht.“ (L. Rensmann, „Obskure Extremismus-Forschung“, in: Ossietzky, 3. Jg., Nr. 17, 26.08.2000, S. 586.)

³¹ Siehe neben der im folgenden angegebenen Literatur auch C. Butterwegge, Rechtsextremismus – Rand(gruppen)problem oder Phänomen der gesellschaftlichen Mitte? Zur Kritik an den schwammigen Begrifflichkeiten und den einflussreichsten Erklärungsansätzen. URL:

http://www.learnline.de/angebote/rechtsextremismus/medio/Hintergrund/grundor_mat/Randgruppheen.pdf (18.09.2005); G. Wiegel, *Die Zukunft der Vergangenheit*. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie. Köln 2001; W. Wippermann, *Totalitarismustheorien*. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

³² Vgl. K. Möller, „Extremismus“, in: B. Schäfers/ W. Zapf (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, 2. Ausg., Opladen 2001, S. 195f.

³³ Vgl. ebd., S. 196.

³⁴ R. Kühnl, „Zur politischen Funktion der Totalitarismustheorien in Deutschland“, in: M. Greiffenhagen / J. B. Müller / R. Kühnl (Hrsg.), *Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs*, München 1972, S. 13f.

³⁵ Siehe u. a. H. J. Spiro / B. R. Barber, „Counter-Ideological Uses of ‚Totalitarianism‘“, in: *Politics and Society*, Nr. 1, 1970, S. 3–22.

prozessuale Charakter des „Werdens und Vergehens“ von (psycho-) sozialen Strukturen einer Gesellschaft, die sich aufgrund der ihnen innewohnenden Widersprüche beständig verändern, und es setzte sich eine formale und positivistische Abstraktion eines totalen Staates bzw. einer totalitären Gesellschaft durch. Der Totalitarismusbegriff konnte in der Folgezeit inhaltlich nicht widerspruchsfrei auf den Begriff gebracht werden. Dies lag nur vordergründig an seinem offensichtlich ideologischen (im Sinne von Verblendungsstrategie) Gehalt, um dessen Definition sich Konservative, Liberale und Marxisten stritten. Tatsächlich verwies und verweist der Begriff auf die ideologische (im Sinne von Weltanschauung) demokratietheoretische Konzeption von Gesellschaft als solcher. Beispielsweise sah Herbert Marcuse in den westlichen Industriestaaten eine deutliche Tendenz zum Totalitarismus und weitete seine Definition auch auf die Staaten des Ostblocks³⁶ aus, der wesentliche Unterschied zwischen beiden totalitären Systemen bestünde im Expansionsdrang der westlichen Staaten.³⁷ Während Marcuse oder auch die Brüder Cohn-Bendit aufgrund ihrer Analyse der gesellschaftlichen „Überbaustrukturen“ die beiden Staatensysteme als totalitäre begriffen,³⁸ wiesen andere Sozialwissenschaftler auf die notwendige Bestimmung der Zweck-Mittel-Relation (siehe unten) hin, die sich durch die zugrunde liegenden sozialen Interessen, denen das jeweilige Gesellschaftssystem diene, unterscheiden. „Der Kommunismus als Erbe und der Nationalsozialismus als Gegner der Aufklärung“³⁹ mit konträren Eigentumsordnungen und Produktionsverhältnissen lasse eine Kennzeichnung beider Systeme als totalitär nicht zu. Inwieweit diese Einschätzung nun selber ideologisch durch die Hoffnung eines sich demokratisierenden „real existierenden Sozialismus“ begründet war, sei dahingestellt. So hatte Abendroth Hoffnungen in die Demokratisierung der osteuropäischen Staaten durch eine allgemeine Volksbildung,⁴⁰ und Koflers optimistischer Humanismus hoffte wohl ebenso auf eine Demokratisierung durch den Gang der Geschichte.⁴¹ Auch ehemals dem Trotzkismus nahe stehenden Theoretiker wie Isaac Deutscher hielten den autoritären Stalinismus für eine unvermeidbare Entwicklungsetappe.

Trotz (oder vielleicht gerade wegen) der ideologischen Konnotation wäre ein „objektiver“ Vergleich totalitärer Merkmale beider Systeme in der Regimenlehre sinnvoll gewesen. Greiffenhagen empfahl, besser von totalitären Phasen und Methoden statt von der leblosen Abstraktion „Totalitäres System“ zu sprechen,⁴² und dazu hätten auch die von C. J. Friedrich (1957) behaupteten Kennzeichnungen eines totalitären Systems: Ideologie, Einheitspartei, terroristische Geheimpolizei, Nachrichtenmonopol und zentralgelenkte Wirtschaft ergänzt und erweitert werden können,⁴³ die bis heute in einer abgewandelten Form die Erkennungsmerkmale „totalitärer Systeme“ geblieben sind. Warum man sich nicht zu einer „objektiven“ Analysemethode durchringen konnte, erklären die folgenden Sätze von Kühnl:

„Die bürgerliche Demokratie ist also in der Tat von zwei Seiten bedroht: Von links wird die Ausweitung der Demokratie auf Wirtschaft und Gesellschaft, von rechts die Abschaffung der demokratischen Rechte auch im Bereich der politischen Willensbildung verlangt. Für das Bewußtsein der Anhänger der bürgerlichen Demokratie stellt sich diese doppelte Bedrohung – subjektiv verständlich – als eine gemeinsame dar: Rechte und Linke erschei-

³⁶ Hin und wieder sollte man darauf hinweisen, dass „Ostblock“ ein politisch-ideologischer Begriff ist – wer hat schon mal von einem „Westblock“ gehört? Er bietet sich aber als kurzes und allgemeinverständliches Synonym für die „nicht-kapitalistischen, osteuropäischen Staaten unter dem Einflussbereich der Sowjetunion“ an.

³⁷ Vgl. Reinhard Kühnl, „Linke‘ Totalitarismusversionen“, in: Martin Greiffenhagen / Reinhard Kühnl / Johann Baptist Müller (Hrsg.), *Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs*. München: List, 1972, S. 112.

³⁸ Vgl. ebd., S. 108; D. Cohn-Bendit / G. Cohn-Bendit, *Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus*, Reinbek bei Hamburg 1968.

³⁹ Vgl. neben Möller, 2001, auch J. B. Müller, „Kommunismus und Nationalsozialismus. Ein sozio-ökonomischer Vergleich“, in: M. Greiffenhagen / J. B. Müller / R. Kühnl (Hrsg.), *Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs*, München 1972, S. 61–96.

⁴⁰ W. Abendroth, „Zum Problem der Rolle der Studenten und der Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen der spät-kapitalistischen Gesellschaft. Kritische Bemerkungen zur Analyse Herbert Marcuses“, in: *Das Argument*, Nr. 45, Dezember 1967, S. 410f.

⁴¹ Vgl. Kühnl 1972, S. 117f.

⁴² Vgl. M. Greiffenhagen, „Der Totalitarismusbegriff in der Regimenlehre“, in: M. Greiffenhagen / J. B. Müller / R. Kühnl (Hrsg.), *Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs*, München 1972, S. 58.

Greiffenhagen sieht den Nationalsozialismus nicht als totalitäres Regime, sondern als „autoritäres Regime“ (ebd., S. 50–55).

⁴³ C. J. Friedrich, *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart 1957.

nen als wesensgleich. Die identifizierende Totalitarismustheorie hat dieses Bewußtsein auf den Begriff gebracht.“⁴⁴

Tatsächlich erfolgt bis heute eine Identifizierung von Demokratie mit parlamentarischer Demokratie bzw. letztere sei die höchste Form der Demokratie. Jede Bestrebung über die parlamentarische Demokratie hinauszugelangen wird unterschiedslos als „totalitär“ oder „extremistisch“ definiert. Unter der Überschrift: „Was ist politischer Extremismus?“ erklärt so Kailitz:

„Demokratisch sind all jene Bestrebungen, die auf die Bewahrung oder Errichtung einer demokratischen Herrschaftsordnung zielen. Extremistisch sind dagegen all jene Bestrebungen, denen eine Identitätstheorie der Demokratie eigen ist und die auf die Bewahrung oder Errichtung einer autoritären oder totalitären Diktatur zielen. Die Unterteilung in Demokratien und Diktaturen wie in demokratisch und extremistisch erklärt die Unterscheidung zwischen politisch links und politisch rechts ausgerichteten politischen Systemen für nachrangig. Faschistische und kommunistische Systeme fallen gleichermaßen unter den Diktaturbegriff, die entsprechenden Parteien unter den Extremismusbegriff. Statt dieser positiven Begriffsbestimmung lässt sich Extremismus auch negativ definieren. Extremismus beschreibt demnach wesentlich die fundamentale Gegnerschaft zur Demokratie, konkret zu den Ideen des demokratischen Verfassungsstaats“.⁴⁵

Der Extremismusansatz sei nicht, wie ihm seine Gegner vorwerfen würden, „staats- oder systemtreu (...), sondern demokratietreu“⁴⁶ – eine Aussage, die den ganzen inneren Widerspruch dieser Theorieansatzes widerspiegelt. Um ihn dennoch aufrechtzuerhalten, sind mittlerweile Bezeichnungen wie autoritär, semitotalitär und semiautokratisch en vogue. Die heute weitgehend anerkannte Zweck-Mittel-Relation führt zu einer Bezeichnung der Mittel von separatistischen Bewegungen als „extrem und illegal“ (Bomben, Attentate), die Ideen seien aber demokratisch, während sozialistische Bewegungen, deren Mittel ausschließlich „legal und nicht-extrem“ sind (Wahlen, Demonstrationen) als extremistisch eingeordnet werden.

Dies führt uns zu der normativ orientierten Extremismustheorie von Backes und Jesse, die Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus oder kategorischer Utopieverzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus als Merkmale des Extremismus definieren.⁴⁷ Die Unschärfe dieser Begriffe ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass sich hier Extremismus durch seine vermeintlichen psychologischen Ausprägungen erkennen ließe – oder um es auf den Punkt zu bringen: „Wer eine andere Gesellschaft will, der muss verrückt sein“. Die Pathologisierung von (fundamental)er Kritik an der Gesellschaft ist dabei das eine, die negative Konnotation von „Extremismus“ ein weiteres Problem. „Extremus“ und „extremitas“ sind einer pejorativen Verwendung eigen, während das lateinische „radix“ meint, den Dingen auf den Grund zu gehen, sie bis an die Wurzel zurückzuverfolgen.⁴⁸ Hans D. Klingemann und Franz U. Pappi (1972) sowie Max Kaase (1983) ordnen insofern den Extremismus einer Wertdimension (Ziele) und den Radikalismus einer Normdimension (Mittel) zu.⁴⁹ Eine Erweiterung der Demokratie mit radikalen Mitteln begreift damit die Linke als radikal, aber nicht extrem (Linksradikalismus), die Abschaffung der Demokratie mit radikalen Mitteln begreift die Rechte als radikal und extremistisch (Rechtsextremismus).⁵⁰

Ich folge zunächst dieser Kategorisierung und möchte die mögliche Definition der antikapitalistisch-sozialistischen Linken als „linksradikal“ im Gegensatz zur Extremismustheorie an einem weiteren Beispiel verdeutlichen. Jesse betont:

⁴⁴ Kühnl, 1972, S. 21.

⁴⁵ Kailitz, 2004, S. 15.

⁴⁶ Ebd., S. 16.

⁴⁷ U. Backes / E. Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1993; U. Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989.

⁴⁸ Vgl. Möller, 2001, S. 195, 200.

⁴⁹ H. D. Klingemann / F. U. Pappi, *Politischer Radikalismus*, München u. Wien 1972; M. Kaase, „Linksextremismus“, in: D. Nohlen (Hrsg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 2: Westliche Industriegesellschaften, München u. Zürich 1983, S. 218–222.

⁵⁰ Vgl. Möller, 2001, S. 197.

„Alle Varianten des Extremismus negieren demzufolge die Pluralität der Interessen, das damit verbundene Mehrheitssystem und das Recht auf Opposition.“⁵¹

Bedenkt man eine Reihe von Beispielen aus der stalinistischen und maoistischen Bewegung, ist Jesses Behauptung sicherlich diskussionswürdig, und ich nehme nicht das Recht für mich in Anspruch, diese dagegen durchgängig verteidigen zu können. Für die trotzkistische Bewegung muss aber betont werden, dass gerade das Recht auf politische Opposition, auf Parteienpluralität und das Mehrheitssystem nachgerade eines ihrer Axiome darstellt.⁵² Eine Übergangsgesellschaft zu einer sozialistischen Demokratie ist ohne die Pluralität von Parteien und Oppositionen für Trotzkisten nicht vorstellbar, dies sowohl aus einem spezifischen Verständnis der marxistischen Theorie der „Übergangsgesellschaft“ wie auch aufgrund der eigenen bitteren Erfahrungen als Opposition gegen die sowjetische Bürokratie.⁵³ Auch hier trifft die zitierte Extremismusdefinition nicht zu.

Die bereits oben angesprochene eingeschränkte Verwendung des Begriffs „Linksradikalismus“ für die kommunistischen Parteien ist der historischen Aufladung durch den Widerspruch von Linksradikalismus und Kommunismus geschuldet. Dieser entstand u. a. durch eine unterschiedliche Staatstheorie (Bakunin vs. Marx), durch ein unterschiedliches Verständnis des taktischen Verhaltens zur bürgerlichen Demokratie (Lenin vs. Spartakusbund) und durch unterschiedliche Revolutionstheorien (Stalin vs. Trotzki und Mao). Der Inhalt dieser verschiedenen theoretischen und taktischen Fragen wird als bekannt vorausgesetzt und soll hier nicht dargestellt werden. Auf der Grundlage dieser verschiedenen Auffassungen grenzte sich der „offizielle“ Kommunismus gegen seine Kritiker ab, die als „Linksradikale“ und „Antileninisten“ bezeichnet wurden, waren es nun Anarchisten, Maoisten, Trotzkisten oder sonstige kritische Marxisten und Radikale.⁵⁴

Wenn sich auch aufgrund der sozialen Zusammensetzung, des Glaubens an die spontane revolutionäre Aktionsfähigkeit der „Massen“ und des Spontaneismus innerhalb der maoistischen und zum Teil der trotzkistischen Strömungen eine Reihe von Analogien zum „historischen Linksradikalismus“ der Phase vor der II. Internationale ziehen lassen, so trifft aber die Gleichsetzung nicht zu, da sich die genannten Strömungen (außer den Anarchisten) auf Thesen und Taktiken der Kommunistischen Internationale der zwanziger Jahre bezogen.⁵⁵ Aber auch die Politik der stalinistischen Parteien bewegte sich oft in einem Zickzackkurs zwischen Radikalität und Anpassung, erinnert sei an die Theorie des „Sozialfaschismus“, die Phase der „RGO-Politik“ und der „Zusammenbruchstheorie“ in den späten Zwanzigern/frühen Dreißigern.

Vor dem Hintergrund einer spezifischen Interpretation des Marxismus, welche einen „evolutionären Prozess“ der gesellschaftlichen Entwicklungen, also die Rolle der objektiven Entwicklungsgesetze, betonte, konnten die Stalinisten die Trotzkisten und Maoisten als „Linksradikale“ titulieren (im dem Sinne, dass sie den Marxismus gegen ultra-linke Abweichungen verteidigen), während die Stalinisten wiederum von diesen als Verfechter eines revisionistischen Marxismus bezeichnet wurden (vor dem Hintergrund, dass Trotzkisten und Maoisten die Rolle des Subjektes im revolutionären Prozess in den Vordergrund stellten).

Hier soll aber nicht über die erkenntnistheoretische Debatte über das Verhältnis von Subjekt-Objekt entschieden werden, sondern auf die mögliche Kompatibilität aller genannten Strömungen zum Linksradikalismus abgehoben werden. Obwohl die tatsächliche Politik der stalinisierten Parteien nicht als linksradikal bezeichnet werden kann, ist deren Subsumierung unter „Linksradikale“ aufgrund ihrer subjektiven Intention der Überwindung des Kapitalismus auf revolutionärem Weg möglich. Eine Kategorisierung der Strömungen in kommunistische (Stalinisten, Trotzkisten, Maoisten, Bandlerianer),

⁵¹ E. Jesse, „Extremismus“, in: U. Andersen / W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Ausg., Opladen 1995, S. 162.

⁵² Vgl. Kellner, 2004; Bensaïd, 2004; E. Mandel, „Über das Verhältnis Selbstorganisation der Klasse – Vorhutpartei“, in: T. Bergmann / G. Schäfer (Hrsg.), *Leo Trotzki : Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft*, Mainz 1993, S. 64–78; Alexander, 1991; P. Brandt/ R. Steinke, „Die Gruppe Internationale Marxisten“, in: R. Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1980*, Bd. II, Opladen 1984, S. 1599–1647; G. Bartsch, *Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus? Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände*, Berlin u. Bonn-Bad Godesberg 1977.

⁵³ Vgl. Kellner, 2004, S. 39f.

⁵⁴ Vgl. u. a. *Linksradikalismus*, 1989; H. Adamo, *Antileninismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1970.

⁵⁵ Vgl. M. Steffen, 2002, S. 9.

anarchistische (Syndikalisten, Anarchos), spontaneistische (Autonome) etc. ist sinnvoller als die verwirrende Subsumtion unter „Linksradikale“, doch zunächst ging es mir darum, dem Extremismusbegriff einer Kritik zu unterziehen. Im folgenden soll nun der Versuch unternommen werden, den jeweiligen Strömungen adäquate Benennungen zuzuweisen, die auf ihre Interpretation des Marxismus zurückführen und damit ihre wesentlichen Eigenschaften erkennen lassen.

Der „-ismus“ als statische Abstraktion erkenntnistheoretischer Prozesse

Bevor nun zu einer Kritik an der Einordnung der trotzkistischen Bewegung in die Neue Linke bzw. die K-Gruppen übergeleitet wird, soll zunächst das Problem der Begriffsgenese und -verwendung für die kommunistischen Strömungen der Stalinisten, Trotzkisten und Maoisten abgehandelt werden.

Der Begriff „Maoisten“ ist eine Zuschreibung von Wissenschaftlern und Mitarbeitern des Bundesamts für Verfassungsschutz und wurde von den betroffenen Gruppen abgelehnt, da es sich hierbei um eine ihnen zugeschriebene Fokussierung auf die Lehren Maos handelte. Die Kennzeichnung als „Marxisten-Leninisten“ (ML) entsprach eher deren Selbstdefinition und dem Wunsch nach Abgrenzung gegenüber dem „offiziellen“ Kommunismus.⁵⁶ „Stalinismus“ bezeichnete vor allem die Periode der diktatorischen Herrschaft der sowjetischen Bürokratie unter der Herrschaft Stalins bis zu dessen Tod 1953, wurde aber auch synonym (vor allem von kritischen und trotzkistischen Marxisten) für die Herrschaft einer privilegierten Schicht in den nicht-kapitalistischen Gesellschaften verwendet, die sich theoretisch auf die Konzeptionen Stalins orientierten (Einparteisystem, Sozialismus in einem Land, Zwei-Etappen-Theorie etc.). Somit können auch heute Länder wie China, Kuba, Nordkorea und Vietnam als „stalinistische Staaten“ bezeichnet werden – ein genauer Vergleich der Länder lässt allerdings die Verwendung dieses Begriffes nur in einem vorwissenschaftlichen Sinne zu.

Auch die Kennzeichnung „trotzkistisch“ stammt nicht von den Trotzkisten selber, sondern wurde bereits im vorrevolutionären Russland für diejenigen russischen Marxisten verwendet, die das „Überspringen“ der bürgerlich-kapitalistischen Phase in Russland für möglich hielten. Im Rahmen der Fraktionskämpfe innerhalb der KPR(B) bzw. der KPdSU(B) wurde die linke Opposition in einer pejorativen Semantik als „trotzkistisch“ bezeichnet, im Rahmen der entstehenden und der späteren IV. Internationale übernahmen eine Reihe von Strömungen und Organisationen diese Kennzeichnung, andere verwendeten dagegen die Begrifflichkeiten „Bolschewiki-Leninisten“, „Revolutionäre Kommunisten“, „Internationale Marxisten“ oder „Revolutionäre Marxisten“, um sich mit diesen Adjektiven gegen Sozialdemokratie und Stalinismus (aber auch deren Verunglimpfung gegenüber der eigenen Bewegung) abzugrenzen.⁵⁷

Die Verwendung der genannten Begriffe (Stalinismus, Maoismus, Trotzkismus) als notwendige Unterscheidungsmerkmale der marxistischen Bewegung muss auf unterschiedliche Interpretationen der marxistischen Theorie verweisen und kann nicht einfach in Beziehung zu deren Namensgeber erfolgen, wie es in der Extremismusforschung gehandhabt wird. Die Vernachlässigung der theoretischen und praxeologischen Differenzen und die Hervorhebung des formalen Unterscheidungskriterium, an wem sich die marxistische Strömung ursprünglich orientierte, führt dann auch zu solchen erstaunlichen Thesen:

„Zwischen Stalinisten und Maoisten gibt es auf der Ideenebene kaum Differenzen.“ „Der Trotzkismus ist im Grunde keine eigenständige Variante des Marxismus-Leninismus.“⁵⁸

Diese Behauptungen sind im besten Falle oberflächlich und sollen im folgenden einer kurzen Kritik unterzogen werden, denn auch heute unterscheiden sich die verschiedenen marxistischen Strömungen durch eine tiefgreifend differente Interpretation des Marxismus. Elemente stalinistischer, maoistischer und trotzkistischer Theorie finden sich weiterhin in den jeweiligen Strömungen, auch unabhängig davon, wie heute die Rolle und das Wirken ihrer Namensgeber gesehen wird und inwieweit ehemalige „Glaubenssätze“ negiert wurden. So verneinte die trotzkistische Strömung der International Socialist Tendency (IST) (in Deutschland Linksruck) Trotzkis Definition der UdSSR als „degenerierter Arbeiterstaat“ und begriff diesen als „staatskapitalistisch“. Die DKP hat mit grundlegenden Thesen

⁵⁶ Vgl. ebd.

⁵⁷ Vgl. Bensaïd, 2004, S. 8.

⁵⁸ Kailitz, 2004, S. 63, 66.

Stalins gebrochen, diverse ML-Gruppen relativierten vor ihrer Implosion die „Mao-Tse-tung-Ideen“.⁵⁹ Diese Gruppen und Organisationen nun als „semi-stalinistisch“ oder „semi-trotzkistisch“ usw. zu bezeichnen, führt am Problem der Validität von Begriffen vorbei. Die sogenannten trotzkistischen, stalinistischen und maoistischen Organisationen sind nicht mehr die von vor 40 oder 70 Jahren, sie haben sich im Laufe der Zeit gewandelt und somit ist nach ihren theoretischen Inhalten und nicht nach ihren Bezeichnungen zu fragen, da eine Gesellschaftstheorie auf die sich ändernde gesellschaftliche Wirklichkeit Bezug nehmen muss (und dabei nicht zeitgemäße Thesen fallengelassen werden müssen). Dieser Inhalt findet sich in der jeweiligen Interpretation der marxistischen Theorie von den Bedingungen zur Überwindung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Innerhalb der sozialdemokratischen und der späteren kommunistischen Strömungen (wie auch innerhalb der gesamten marxistischen Theoriebildung) fand das Problem der dialektischen Subjekt-Objekt-Beziehung seinen Ausdruck in der Frage nach den Bedingungen des Umschlagens des Bewusstseins der Massen vom „bewusstlosen“ Objekt der gesellschaftlichen Verhältnisse zum revolutionären Subjekt bzw. in der Frage nach dem Verhältnis von objektiven gesellschaftlichen Prozessen zum subjektiven Bewusstsein über diese Prozesse. Sorels „Mythos“, Luxemburgs „Spontaneität der Massen“, Lenins „Partei der Berufsrevolutionäre“, Lukács’ „Klassenbewusstsein“, Althusers Strukturalismus und Sartres Existentialismus, Stalins „Einheitspartei“, Trotzkis „Rätekonzeption“, Maos „Haupt- und Nebenwidersprüche“ und auch die „Verdinglichungstheorie“ der Frankfurter Schule: Alle beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Bewusstsein und Gesellschaftsstruktur, oder in Marxens Postulat zusammengefasst: „Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber nicht unter selbstgewählten Bedingungen“. Je nach Interpretation lässt sich dabei die Subjekt- oder die Objektseite als primäre Instanz betonen (was allerdings sehr verallgemeinert ist, weil es die bei den marxistischen Denkern immer mitgedachte dialektische Beziehung unterschlägt): Entweder gibt es eine Determinierung des geschichtlichen Prozesses hin zu einer kommunistischen Gesellschaft, oder es gibt einen voluntaristischen Akt des bewussten Sturzes der alten Gesellschaft (oder Alternativen sind im Sinne Adornos „undenkbar“ geworden; dies als Ausdruck der objektiven gesellschaftlichen Prozesse im Sinne von Schellings anti-evolutionistischer Philosophie). Man mag dieses Problem auf die Synthese von hegelianischer Philosophie und materialistischer Geschichtsauffassung zurückführen, oder es im Vorzug des „jungen“ Marx gegenüber dem „alten“ (und vice versa) sehen, letztlich ergeben sich die Trennlinien zwischen der kommunistischen Bewegung aus der Antwort darauf, unter welchen Bedingungen die Menschen ihre Geschichte selbst (als bewusste Subjekte) machen.

Im Rahmen des Widerstandes der Linken Opposition gegen die Bürokratisierung der KPR(B)/KPdSU(B) griff Trotzki auf die Formel der Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse im Rahmen der Rätedemokratie zurück, in der Parteien als eine politische Organisationsform zwar weiter existieren, aber die Entscheidungen und Ausführungen, also die Selbstverwaltung, den Räten überlassen bleibt. Die Selbstorganisation der Arbeiterklasse sollte zu einem Axiom des Trotzkismus werden und kann als Spannungsverhältnis zwischen einer „libertären“ und zentralistischen Auffassung über das Verhältnis von kommunistischer Partei und Rätestrukturen begriffen werden. Damit ist weder dem kommunistischen Verständnis des demokratischen Zentralismus als Organisationsform Abbruch getan, noch dem anarchistischen Mythos des freien Individuums Vorschub geleistet, vielmehr lässt sich dieses Spannungsverhältnis von Marxens Vorstellung ableiten, dass „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“⁶⁰ sei. Diese Auffassung stützt in theoretischer Hinsicht auch das antibürokratische Programm der Trotzkisten ab Mitte der zwanziger Jahre in Russland und sollte auch in den westlichen Ländern zu einem Definitionsmerkmal des Trotzkismus werden, so dass der Trotzkismus als antibürokratische Strömung des Kommunismus bezeichnet werden kann. Die

⁵⁹ Ähnlich wie bei den Trotzkisten stellt sich bei den sogenannten Maoisten die Frage, ob diese aufgrund ihrer unterschiedlichen Bezugnahme auf das theoretische Referenzsystem des Maoismus überhaupt unter einer Bezeichnung subsumiert werden können: „Die KPD und der KBW hielten an ihrer Orientierung an der chinesischen Politik und am Maoismus fest (...). Die KPD/ML brach 1978 an der Seite Albaniens mit der chinesischen Politik (...), AB und KABD distanzierten sich 1977 von der chinesischen Politik, hielten aber am Maoismus fest. Ähnlich verfuhr der KB, der sich ja bereits in der kritischen Zurückweisung der ‚reaktionären‘ außenpolitischen Umorientierung der VR China seit Mitte der siebziger Jahre als Gruppe ohne ‚sozialistisches Vaterland‘ verstand.“ (Steffen, 2002, S. 239.)

⁶⁰ K. Marx / F. Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, in: dies., Werke (im folgenden zitiert: MEW), Bd. 4, S. 482.

Bedeutung des Postulats der Selbstorganisation für die Theoriebildung und deren unterschiedliche inhaltliche Umsetzung durch die trotzkistischen Organisationen wird in der vorliegenden Untersuchung dargestellt.

Im Unterschied zur Auffassung der Trotzkisten betonten die Stalinisten⁶¹ in einer zumeist starren Interpretation des historischen Materialismus den objektiven Prozess der geschichtlichen Bewegung zum Kommunismus, in dem die „werkätigen Massen des Volkes“ „von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführt“⁶² werden. Die Partei als die Avantgarde der Arbeiterklasse verkörperte zwar nicht die von den Extremismusforschern behauptete Identitätstheorie der Demokratie („volonté générale“), doch es wurde eine „grundsätzliche Übereinstimmung“ „zwischen den persönlichen Interessen des Einzelnen, dem Streben der gesellschaftlichen Kollektive der Werktätigen und den Interessen der gesamten Gesellschaft“⁶³ (als „volonté de tous“) gesehen. Die Verunglimpfung politischer Opposition als „Abweichung“, apogetisches statt kritisches Denken⁶⁴, die Unterwerfung handelnder Subjekte unter die Erfordernisse der Ökonomie und der Bündnispolitik; kurzum die Unterordnung kollektiver Subjekte unter die Parteilinie aufgrund deren behaupteten Einsicht in den objektiven Geschichtsprozess lässt eine Kennzeichnung der Stalinisten als „autoritäre Kommunisten“ zu.

Eine inhaltliche Bestimmung und gleichzeitige Differenzierung zu den „autoritären“ Kommunisten ist bei den Maoisten schwieriger vorzunehmen. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 kritisiert Chruschtschow den Personenkult und die Politik Stalins. Die Maoisten dagegen verteidigten dessen Politik und bezichtigten die Kremlführung des Verrats am Sozialismus. Diese habe die UdSSR in einen „sozial-imperialistischen Staat“ verwandelt. Das ganze Auftreten der ML-Gruppen, ihre demonstrative Lustfeindlichkeit, die Verabsolutierung des (demokratischen) Zentralismus und der Proletenkult verweisen ebenfalls in Richtung eines „autoritären Kommunismus“, doch eine tiefere Analyse ihrer Marxismusinterpretation zeigt einen extremen Subjektivismus, durch den das politische Verständnis und das rigide Auftreten als Ausdruck einer Reduzierung der revolutionären Subjekte auf ihr Bewusstsein verstanden werden kann, wobei eine Analyse der materiellen Bedingungen völlig ausgeklammert blieb.⁶⁵ In Anlehnung an Enrica Collotti Pischel kann diese Geisteshaltung als „voluntaristischer Illuminismus“ bezeichnet werden, als „Glauben an die unendliche Macht des Menschen (bzw. der organisierten Massen an eine politisch wirksame Kraft), die objektive Wirklichkeit zu beherrschen“.⁶⁶ Die Hintergründe dafür können im Erlebnis des bewaffneten Kampfes und im Sieg der chinesischen Revolution gesehen werden, sein weiteres Wirken drückte sich im „Großen Sprung nach Vorne“ und der „Kulturrevolution“ aus. Erkenntnistheoretisch wurde dies mit der Entsprechung von menschlicher Erkenntnis und „objektiven Entwicklungsgesetzen des Weltlaufs“ gerechtfertigt: „In dieser Hinsicht ist das Objektive Werk des Subjektiven“⁶⁷.

Dies erinnert zwar an Lenins Vorstellung, dass in revolutionären Zeiten das Prinzip der Politik über die Ökonomie zu herrschen hat: „Das Bewußtsein der Menschen widerspiegelt nicht nur die objektive Welt, sondern schafft sie auch“⁶⁸, doch Lenin betont hier das dialektische Subjekt-Objekt-Verhältnis

⁶¹ Die verallgemeinernden Bezeichnungen Trotzkisten, Stalinisten und Maoisten etc. unterschlagen, dass sich innerhalb dieser Strömungen Organisationen mit teilweise völlig unterschiedlichen Theorien und Praxen befinden. „Die“ Trotzkisten oder „die“ Stalinisten als homogene Bewegungen existieren nicht, allerdings ist die Weglassung von Anführungszeichen bei Nennung dieser Strömungen dem Umstand geschuldet, dass sie sich alle an bestimmten historischen und theoretischen Bezugspunkten orientieren.

⁶² Vgl. Autorenkollektiv, *Kleines politisches Wörterbuch*, Berlin 1973, S. 770 (Artikel „sozialistische Demokratie“).

⁶³ Ebd., S. 771.

⁶⁴ Vgl. L. Spira, „KPÖ: Die wieder verlorene Autonomie“, in: B. Kuschey (Hrsg.), *Linke Spuren. Marxismus seit den 60er Jahren*, Wien 1987, S. 156.

⁶⁵ „Der als ‚Quintessenz‘ dieser Erfahrung zu bezeichnende Glaube an die ‚Schöpferkraft der Massen‘ (...), der mit einer Unterbewertung der in den technisch-industriellen Entwicklungsstand einer Gesellschaft eingeschriebenen Sachzwänge korrespondierte, kann als eines der zentralen Essentials des maoistischen Konzeptes begriffen werden.“ (Steffen, 2002, S. 26.)

⁶⁶ E. C. Pischel, zitiert nach S. R. Schram, *Die permanente Revolution in China. Dokumente und Kommentar*, Frankfurt/M. 1966, S. 81.

Siehe dazu auch P. Weber-Schäfer, „Zum politischen Denken Mao Tse-tungs“, in: *Maoismus. Kontinuität und Diskontinuität. Bilanz und Perspektiven der Entwicklung nach dem Tode Mao Tse-tungs*, Bochum 1977, S. 3–32.

⁶⁷ Wu Jiang, „Ein Verfechter der Theorie der permanenten Revolution muß mit Notwendigkeit konsequenter dialektischer Materialist sein“ (1958), zitiert nach Schram, 1966, S. 81, 134.

⁶⁸ W. I. Lenin, „Konspekt zu Hegels ‚Wissenschaft der Logik‘“, in: *Lenin Werke*, Bd. 38, S. 203.

und verneint nicht wie Wu Jiang völlig die materialistische Komponente. Diese Extremposition wurde zwar nicht durchgehalten, fand sich aber in Teilen in der ML-Bewegung der siebziger Jahre wieder und widerspiegelt sich heute noch in der Programmatik der MLPD. Diese erkennt die Existenz von Widersprüchen in der frühen Sowjetunion an, welche die materielle Grundlage zur Machtergreifung einer „kleinbürgerlich entarteten Bürokratie“ darstellte. Stalins Hauptfehler habe allerdings in der Ver nachlässigung des ideologischen Kampfes gegen die „kleinbürgerliche Denkweise“ bestanden. Diese Aufgabe hat sich nun die MLPD vorgenommen:

„Die Höherentwicklung des proletarischen Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse bis zum sozialistischen Bewusstsein ist das Ergebnis der bewussten Organisierung der Überlegenheit der proletarischen Denkweise im Kampf gegen die kleinbürgerliche Denkweise.“⁶⁹

Dabei hat „die MLPD das System der Selbstkontrolle entwickelt, um mit der kleinbürgerlichen Denkweise fertig zu werden. Dieses System der Selbstkontrolle vereinigt die Kontrolle von oben durch unabhängige Kontrollkommissionen mit der Kontrolle von unten durch die Mitglieder durch prinzipielle Kritik und Selbstkritik und mit der Selbstkontrolle durch die Kader. Nur wenn es der Partei gelingt, mit der Kleinbürgerlichen Denkweise fertig zu werden, ist es auch der Arbeiterklasse möglich, das System der kleinbürgerlichen Denkweise zu durchbrechen, und es wird zu einem neuen Aufschwung im Kampf für den Sozialismus kommen“.⁷⁰

Diese längeren Ausführungen sind dem Nachweis der möglichen Bestimmung von Begrifflichkeiten durch ihren Inhalt und nicht durch ihre Form geschuldet und wenden sich damit auch gegen die Vertreter einer positivistischen Politikwissenschaft, die heute mit einem veralteten Begriffsinstrumentarium operieren. Insoweit sollte die im obigen Abschnitt kritisierte Kategorisierung bestimmter Strömungen als „linksradikal“ zugunsten der Kategorie „kommunistisch“ umformuliert und mit einer inhaltlichen Differenzierung (autoritär, antibürokratisch, voluntaristisch) versehen werden. Um diese Kategorisierung aber produktiv wirksam zu machen, bedarf es einer weiteren Kritik des nach wie vor gängigen Kunstbegriffes „Neue Linke“.

Neue Linke und K-Gruppen

In der wissenschaftlichen Literatur werden unter der „Neuen Linken“ sowohl die antiautoritäre Studentenbewegung wie auch die aus deren „proletarischen Wende“ entstandenen „K-Gruppen“ (Maoisten), sowie die aus einem völlig anderen Hintergrund stammenden Trotzkisten, Anarchisten und die späteren Autonomen subsumiert. Gemeinsamer Referenzpunkt ist die Ablehnung des Kapitalismus und des „Sowjetkommunismus“, was die DKP aus dem Spektrum der Neuen Linken ausschließt. Diese wird zudem durch ihre länger zurück reichende Geschichte der „alten Linken“ zugerechnet, gleichwohl weist Fülberth auf deren „Doppelcharakter“ aufgrund ihrer sozialen Rekrutierung nach 1969 hin.⁷¹ Der Begriff „Neue Linke“ tauchte erstmals 1956 mit dem Entstehen der „Nouvelle Gauche“ in Frankreich auf. Etwa zur gleichen Zeit entstand in Großbritannien unter Beteiligung von ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei die „New Left“; ab Januar 1960 erschien in London die Theoriezeitschrift *New Left Review*.⁷² Eine andere Quelle des Begriffs stellt ein Artikel des US-amerikanischen Soziologen C. Wright Mills dar, der sich 1960 im „Letter to the New Left“ an Studenten und Intellektuelle der „Neuen Linke“ wandte. Eine weitere Verwendung fand dieser Begriff durch den deutschen SDS, der sich in dieser Selbstbeschreibung einmal von dem Godesberger Programm der SPD abgrenzte und ihn später zur Abgrenzung gegenüber der „alten Arbeiterbewegung“ verwendete.⁷³ Die

⁶⁹ MLPD (Hrsg.), *Programm der Marxistisch-Leninistischen Partei (MLPD)*, Essen 2000, S. 52.

⁷⁰ Ebd., S. 91.

⁷¹ G. Fülberth, *KPD und DKP 1945–1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung*, Heilbronn 1990, S. 125.

⁷² Vgl. Lin Chun, *Wortgewitter. Die britische Linke nach 1945*, Hamburg 1996, sowie D. Widgery [Hrsg.], *The Left in Britain 1956–1968*, Harmondsworth 1976.

⁷³ Vgl. *Linksradikalismus*, 1989, S. 17.

Literatur der siebziger Jahre spricht ebenfalls von den neu entstandenen linksradikalen Kräften als die „Neue Linke“, ohne immer über den Begriff selber zu reflektieren.⁷⁴

Problematisch an der Begrifflichkeit ist ihre undifferenzierte Bezeichnung aller Kräfte, die in den späten Sechzigern und frühen Siebzigern „Neu“ und „Links“ waren. Der Begriff lässt sich zeitlich eingeschränkt für die antiautoritäre, kapitalismuskritische und sich am westlichen Marxismus orientierende Studenten- und Jugendbewegung bis Anfang der Siebziger verwenden, die sich von Sozialdemokratie und den kommunistischen Parteien nicht angesprochen fühlte. Er stellt also einen Überbegriff bzw. eine begriffliche Klammer für eine Bewegung dar, die gleichzeitig neben der alten Arbeiterbewegung existierte und später zum Teil in ihr aufgehen, sich linksradikalen Parteien und Organisationen anschließen, aber sich auch als alternative Bewegung und neue soziale Bewegungen neu formieren sollte. Im Unterschied zur gängigen Einordnung der Trotzkisten und Maoisten in die „Neue Linke“, die vor allem auf deren Herkunft aus der antiautoritären Bewegung und ihre Rekrutierung aus den Mittelschichten rekurriert,⁷⁵ ist die Kontinuitätslinie dieser Strömungen zu der „alten Linken“ zu betrachten. Die maoistische Bewegung entstand in Deutschland nicht durch den chinesischen Export maoistischer Kader, und die Trotzkisten fielen auch nicht einfach so „vom Himmel“. Im ersten Fall trennten sich von der KPD einige kommunistische Kader, die die Abkehr von Stalin kritisierten und der Sowjetunion „Sozialimperialismus“ vorwarfen, und gründeten „marxistisch-leninistische“ Gruppen oder Bünde. Die Trotzkisten hatten zum Teil in der SPD „überwintert“ und zogen Studenten und junge Arbeiter an, die ebenfalls Stalinismus und Reformismus, aber auch den Sozialismus der ML-Gruppen ablehnten. Dass diese beiden Strömungen nun hauptsächlich politisierte Studenten aufnahmen und weniger in der Arbeiterschaft verankert waren als beispielsweise die DKP, bedeutet nicht, dass sie weniger „kommunistisch“ waren oder keine personelle Kontinuität zur alten KPD der zwanziger und dreißiger Jahre bestand. Gerade aber der Bruch mit der antiautoritär-spontaneistischen, analytisch auf die Reproduktionssphäre und soziale Randgruppen orientierten Studentenrebellion und die Hinwendung zum orthodoxen Marxismus trennte die Trotzkisten und Maoisten von den Neuen Linken (mit denen sie ideologisch nie auf einem Nenner waren) und den sich daraus entwickelnden neuen Formationen.

Die Neue Linke differenzierte sich also in Nicht-Kommunisten und „neue“ alte Kommunisten, für die man eine Benennung suchte (kommunistisch war ja schon die DKP). Also fand man für die Maoisten Schlagworte wie: K-Gruppen, ML-Gruppen, dogmatische Gruppen der neuen Linken, maoistische Gruppen, pro-chinesische kommunistische Gruppierungen. Einige Autoren versuchten später auch die DKP oder die trotzkistische GIM unter der Rubrik K-Gruppen einzuordnen,⁷⁶ auch in der Extremismusforschung werden „trotzkistische Gruppen“ weiterhin unter K-Gruppen abgehendelt.⁷⁷ Nach 30 Jahren Radikalismusforschung steht also fest, dass es sich bei den Kommunisten um kommunistischen Gruppen handelt, einige davon sind ML-, andere wieder K- und zum Teil sind sie auch die Neue Linke oder doch schon Geschichte.

Ich schlage dagegen in einem Fazit folgendes vor:

Aufgrund der radikalen Orientierung auf eine sozialistische Demokratie, die (aus einer normativen Sicht) mit extremen Mitteln erreicht werden soll, können die kommunistischen Strömungen als „linksradikal“ bezeichnet werden. Angemessener ist allerdings die Bezeichnung „kommunistische Bewegung“, die sich historisch neben anderen in drei Hauptströmungen aufgespalten hat. Eine autoritäre, eine antibürokratische und eine voluntaristische Strömung. Alle Strömungen der alten (kommunistischen) Linken profitierten quantitativ aus der Entstehung einer neuen Linken, welche sich recht schnell u. a. in die neuen sozialen Bewegungen auflösen sollte.

Teil 1

⁷⁴ Andreas von Weiß operiert mit dem Begriff „linksradikale Organisationen“ und schreibt diesen „neomarxistische oder neo-anarchistische Theorieentwürfe als Verhaltensmuster“ zu. Darunter subsumiert er allerdings fälschlicherweise sowjetmarxistische, maoistische und trotzkistische Gruppen, die ja gerade dezidierte Gegner des „Neomarxismus“ waren und sind. Vgl. A. von Weiß, „Linksradikale Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre politische Bedeutung“, in: *Zeitschrift für Politik*, N. F., Jg. 22, Heft 1, 1975, hier S. 41.

⁷⁵ Vgl. G. Langguth, *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance: Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983. Kritisch dazu Steffen, 2002.

⁷⁶ Vgl. Steffen, 2002, S. 8.

⁷⁷ Kailitz, 2004, S. 66f.

Kapitel 1: Zur Entstehung und Entwicklung des Trotzkismus

1.1 Das theoretische Ideengebäude

Im folgenden konzentriere ich mich auf diejenigen Theorieelemente, die den Trotzkismus sowohl von anderen Strömungen der Arbeiterbewegung unterscheiden wie auch für das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen von Relevanz sind.

Vor allem anderen verbindet man Trotzki mit der Kritik am Stalinismus, dann mit der Theorie der Permanenten Revolution und seinen internationalistischen Perspektiven, zudem dürfte auch die Taktik des „Entrismus“ innerhalb der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien (die erst nach Trotzkis Tod eine wichtige Rolle spielen sollte) bekannt sein. Trotzkis Theorien und die damit verbundenen Strategien, Taktiken und Programme bilden eine Einheit und sind auf das Ziel der sozialistischen Revolution ausgerichtet. Die Theorie der Permanenten Revolution ist dabei nicht von der Kritik am Stalinismus zu trennen, die Entrismustaktik nicht vom Aufbau eigenständiger revolutionärer Parteien, seine internationalistischen Perspektiven nicht von den Grundlagen der Theorien von Marx und Engels.

1.1.1 Revolution in Permanenz und die permanente Revolution

1848/49 scheiterten die demokratischen Revolutionen in Teilen des Deutschen Reiches. Marx und Engels zogen daraus folgende Schlüsse: Das Bürgertum habe den Gedanken an eine demokratische Revolution bereits aufgegeben, so dass diese nun durch ein Bündnis des radikalen Kleinbürgertums mit der selbständig organisierten Arbeiterklasse durchgeführt werden müsse, welche dabei über den Rahmen des bürgerlichen politischen Systems und auch über den kapitalistischen Rahmen hinausgehen werde. Erst mit der Abschaffung des Privateigentums in den wichtigsten industrialisierten Ländern könne die Revolution vorläufig abgeschlossen werden. In einer „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ (der Kommunisten) schrieben Marx und Engels 1850:

„Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschluß bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind. (...) Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.“⁷⁸

Die Lösung der „Revolution in Permanenz“ stammte ursprünglich von Blanqui, wurde dann von Marx, Engels und anderen ab 1850 übernommen, verschwand aber im Zuge der kapitalistischen Prosperität und den ausbleibenden revolutionären Kämpfen. Wieder entdeckt und weiterentwickelt wurde die Theorie der Permanenten Revolution von dem russischen Revolutionär Helphand (Parvus), der innerhalb der deutschen Sozialdemokratie bereits in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre statt der Trennung von Minimal- und Maximalprogramm eine praktische Verbindung zwischen Tagespolitik und Revolution forderte, die er in einer „permanent revolutionären Kette“ von zugkräftigen Übergangsfordernungen sah.⁷⁹ Trotzki systematisierte nach den Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 diese Theorie und vertrat 1906 in „Ergebnisse und Perspektiven – Die treibenden Kräfte der Revolution“ die These, dass im feudalistischen Russland die zu erwartende bürgerlich-demokratische Revolution direkt in eine sozialistische Revolution münden würde.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Stalins These des möglichen Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“ und dessen „Zwei-Etappen-Theorie“, die sich an die alte bolschewistische Formel der „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauernschaft“ anlehnte, formulierte Trotzki in seiner 1930

⁷⁸ „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850“, in: dies., Werke (im folgenden zitiert: MEW), Bd. 7, S. 247f., 254.

⁷⁹ Vgl. H. Dahmer, „Zur Geschichte der ‚Permanenten Revolution‘“, in: ders., *Politische Orientierungen*, Frankfurt/M. 1973, S. 13, Fußnote 14.

veröffentlichten Schrift *Die permanente Revolution*, dass in Bezug auf die Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung

„die volle und wirkliche Lösung ihrer demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nationen und vor allem ihrer Bauernmassen“.⁸⁰

Weiter werde die Diktatur des Proletariats direkt mit Eingriffen in die bürgerlichen Eigentumsrechte konfrontiert werden:

„Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein und wird dadurch allein schon zur permanenten Revolution. (...) Die Machteroberung durch das Proletariat schließt die Revolution nicht ab, sondern eröffnet sie nur. Der sozialistische Aufbau ist nur auf der Basis des Klassenkampfes im nationalen und internationalen Maßstab denkbar.“⁸¹

Dies richtete sich gegen Stalins Theorie einer langgezogenen Phase des Aufbaus bürgerlich-demokratischer Gesellschaften, die erst die materiellen Grundlagen für eine erfolgreiche sozialistische Revolution bieten würden, und gegen die These des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“, der relativ unabhängig vom Verlauf der internationalen Revolution sei. Implizit findet sich in der Vorstellung, dass die Revolution erst durch die Machteroberung eröffnet werde, bereits die Grundlage für Trotzkis Schrift *Die verratene Revolution* von 1936: Gesellschaftliche Widersprüche zerreißen die Sowjetunion, nur eine politische Revolution, welche die Bürokratie stürzt, könne die Ergebnisse der Oktoberrevolution verteidigen:

„Selbst dem Widerspruch zwischen hochentwickelten Weltproduktivkräften und kapitalistischen Eigentumsformen entsprungen, erzeugte die Oktoberrevolution ihrerseits den Widerspruch zwischen den gering entwickelten nationalen Produktivkräften und dem sozialistischen Eigentum. (...) Je länger die UdSSR in kapitalistischer Umkreisung bleibt, um so tiefer wird der Entartungsprozeß das gesellschaftliche Gewebe erfassen. Eine andauernde Isolation müßte unweigerlich nicht in Nationalkommunismus, sondern in der Restauration des Kapitalismus enden. (...) so wird das Proletariat im Kampf um den Sozialismus die Bürokratie entbürokratisieren müssen.“⁸²

1.1.2 Stalinismuskritik, politische Revolution und „degenerierter Arbeiterstaat“

Stalins Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ kann als Ausdruck der Stabilisierung des Kapitalismus in Europa nach den revolutionären Wellen der Jahre 1917 bis 1920, wie auch als Ausdruck der sich zunehmend auf den Erhalt des Status quo orientierenden Machtpolitik der Kremlbürokratie interpretiert werden.⁸³ Das Beharrungsvermögen und die Machtfülle der Bürokratie wurden von Trotzki auf die materielle Rückständigkeit des Landes zurückgeführt, da sich die Macht jeglicher Staatsapparate aus der Kontrolle und der Koordination der materiellen Ressourcen und deren Verteilung ergebe.⁸⁴ In der marxistischen Staatstheorie ist der Staatsapparat u. a. aus der Notwendigkeit des Schutzes des Eigentums einer herrschenden Minderheit gegenüber der besitzlosen Mehrheit entstanden. Mit dem Wegfall dieser herrschenden Minderheit müsse in einer sozialistischen Gesellschaft der Staat als Verteilungs- und vor allem Zwangsapparat absterben:

„Der Grad dieser Auflösung [des Staates in der sozialistischen Gesellschaft, F. N.] ist das beste Merkmal für die Tiefe und das Gelingen des sozialistischen Aufbaus.“⁸⁵

Der von der Mehrheit der Bevölkerung abgehobene und relativ autonom agierende Staatsapparat sei ein Erbe der vor-sozialistischen Gesellschaften und weise in seiner Existenz auf das Vorhandensein tiefgreifender gesellschaftlicher Widersprüche hin, die vom Staatsapparat selber gelegnet und ideo-logisch verbrämt werden müssten. Die tatsächliche Aufblähung des Staatsapparates in der UdSSR

⁸⁰ L. Trotzki, *Die permanente Revolution*, Frankfurt/M. 1981, S. 149.

⁸¹ Ebd., S. 151.

⁸² L. Trotzki, „Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie?“, in: ders., *Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur*, Bd. 1.2 (1936–1940), Hamburg 1988, S. 1000f.

⁸³ Vgl. Kellner, 2004, S. 58–61.

⁸⁴ Vgl. Trotzki, 1988, S. 804–811.

⁸⁵ Ebd., S. 806.

widersprach also entweder allen bisherigen Annahmen der marxistischen Staatstheorie oder die UdSSR musste als „Arbeiterstaat“ weiterhin in einem Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus stecken. Da aber die Bürokratie die Arbeiterklasse „politisch enteignet“ hatte (Einheitspartei, Entmachtung der Räte), konnte es sich hier nicht um einen „gesunden“ Arbeiterstaat, sondern höchstens um einen „deformierten“ bzw. „degenerierten“ Arbeiterstaat⁸⁶ handeln. Die Bürokratie, „von Anfang an als ein bürgerliches Organ des Arbeiterstaats“ entstanden, „wurde aus dem Diener der Gesellschaft wieder zu ihrem Herrn“.⁸⁷ Dem entspricht die Forderung der Trotzkisten nach einer „politischen Revolution“ (statt einer erneuten sozialen Revolution) durch die sowjetische Arbeiterklasse, da die soziale Grundlage in Form der Planwirtschaft nicht umgestürzt, sondern nur reformiert zu werden brauchte. Die Trotzkisten verteidigten dem entsprechend die nicht-kapitalistischen sozialen Grundlagen der UdSSR, während sie das politische System scharf kritisierten.

1.1.3 IV. Internationale und das Übergangsprogramm

Trotzki gelang es in den späten zwanziger Jahren, eine Reihe von Anhängern in verschiedenen kommunistischen Parteien zu gewinnen, die wie er die Hoffnung auf eine Reformierung derselben und der III. Internationale hegten. Seine Anhänger schlossen sich zur Internationalen Linken Opposition zusammen, die sich als Teil der III. Internationale verstand. Durch die kampflose Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933, welche durch die „Sozialfaschismustheorie“ (Faschismus und Sozialdemokratie seien die zwei Seiten derselben Medaille) der Kommunistischen Internationale (Komintern) vorbereitet wurde und ein Bündnis von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gegen Hitler verhinderte, wurden Trotzki und seine Anhänger von der Notwendigkeit einer neuen Internationale überzeugt.⁸⁸ In der „Erklärung der Vier“ vom Juli 1933, unterzeichnet durch die Internationale Linke Opposition (ILO), die deutsche Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und die niederländischen Parteien OSP und RSP, wurden der Bankrott der Komintern und die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen Internationale festgestellt. Obwohl die ILO, die spätere Internationale Kommunistische Liga (IKL), zeitweise gute Kontakte zur englischen Independent Labour Party (ILP) oder zur spanischen Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM) besaß, sollte eine gemeinsame Internationale nicht zustande kommen – die Gründung der IV. Internationale zog sich bis zum September 1938 hin, als sich 21 Delegierte von elf Organisationen versammelten. Die IV. Internationale war eine „Internationale von Kadern“ (Trotzki), die über keine Sektion mit Massenanhang verfügte. Sie entstand im Kontext einer Reihe von Niederlagen der internationalen Arbeiterklasse und sah ihre Aufgabe in der Weitergabe des theoretischen Erbes.⁸⁹ Ihr theoretisches Fundament bestand zum einen in der Analyse des Stalinismus und zum anderen in einem Übergangsprogramm, welches ausgehend von den Tagesforderungen für Verbesserungen der sozialen Lage der Arbeiter eine gedankliche Brücke zu den Notwendigkeiten von Arbeiterdemokratie, Selbstverwaltung und der sozialen Revolution schlug. Dagegen bestand das Programm der alten Sozialdemokratie aus zwei Teilen: einmal aus einem „Minimalprogramm“ für kurzfristige Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse und zum anderen aus dem „Maximalprogramm“ der sozialistischen Revolution. Diese Tradition wurde von der stalinisierten Komintern spätestens mit deren 7. Weltkongress von 1935 wiederbelebt, als im Rahmen der „antifaschistischen Volksfront-Politik“ auf die Orientierung zur sozialen Revolution aus Rücksichtnahme auf den Bündnispartner verzichtet wurde.⁹⁰ Das Übergangsprogramm ist allerdings keine „trotzkistische“ Besonderheit, sondern steht in der Tradition des 3. und 4. Weltkongresses der III. Internationale, be-

⁸⁶ „Deformiert“ meint, dass es sich um einen Staat handelt, in dem sich eine bürokratische Kaste noch nicht konsolidiert hat und somit eine Art „Doppelherrschaft“ von Arbeiterklasse und Bürokratie existiert. „Degeneriert“ meint die konsolidierte Herrschaft der Bürokratie, welche demzufolge eine politische Revolution durch die Arbeiterklasse notwendig macht. Trotzki veränderte seine Position zur Deformation des sowjetischen Staates 1935 in seiner Schrift „Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus“ (deutsch zuerst veröffentlicht in der Zeitung *Unser Wort* und als Broschüre in Paris 1935) und behauptete, dass sich seit 1927 das Stalin-Regime endgültig gefestigt habe – und damit der sowjetische Staat seitdem als „degeneriert“ zu bezeichnen gewesen wäre.

⁸⁷ Vgl. Trotzki, 1988, S. 811.

⁸⁸ Vgl. Kellner, 2004, S. 33f.

⁸⁹ Vgl. Bensaid, 2004, S. 33.

⁹⁰ Vgl. Kellner, 2004, S. 45f.

vor diese unter die Kontrolle der sowjetischen Bürokratie geriet. Das Übergangsprogramm von 1938⁹¹ richtete sich in einer kurz- und mittelfristigen Perspektive sowohl als „Kampfprogramm“ an die Arbeiterklasse in einer (vor)revolutionären Situation⁹² wie in einer längerfristigen Perspektive an die zukünftige revolutionäre Jugend.

1.1.4 Die Taktik des Entrismus und der Aufbau revolutionärer Parteien

Die Trotzkisten verfolgten laut dem „Übergangsprogramm“ von 1938 das Ziel, revolutionäre Massenparteien aufzubauen, die in der Lage sein sollten, die Arbeiterschaft zum revolutionären Sieg zu führen. Es war also auf eine Massenarbeit der trotzkistischen Organisationen ausgerichtet und nicht auf deren Fortexistenz als kleine Propagandaorganisationen. Die trotzkistischen Parteien kamen in den dreißiger und vierziger Jahren zumeist nicht über eine Größe von höchstens mehreren hundert Mitgliedern hinaus, Ausnahmen stellten die US-amerikanische Socialist Workers Party (SWP) mit ca. 1500 und die französische Parti Communiste Internationaliste (PCI) mit ca. 1000 Mitgliedern dar. Weiter existierten mehrere tausend Mitglieder zählende Parteien in Bolivien, Vietnam und Ceylon, die zeitweise einen bedeutenden, wenn nicht den wichtigsten politischen Faktor auf der Linken in ihren Ländern darstellten. Insgesamt gesehen fanden sich aber die Trotzkisten

„als Minderheitsströmung in einer Arbeiterbewegung wieder, die von zwei in unterschiedlichem Grade und auf unterschiedliche Weise ‚reformistischen‘ Flügeln beherrscht wurde, von zwei Arten von Parteien, die beide auf ihre Weise und aus unterschiedlichen Motiven heraus zur Aufrechterhaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung beitragen“.⁹³

Nachdem nun auf internationaler Ebene die Vereinigungsverhandlungen mit anderen linken Strömungen nicht erfolgreich und die Trotzkisten durch die Zusammenarbeit von sozialistischer Partei (SFIO) und kommunistischer Partei in Frankreich völlig isoliert waren, schlug Trotzki im Jahre 1934 den französischen Trotzkisten den Eintritt in die SFIO und im Jahre 1936 den US-Trotzkisten den Eintritt in die US-amerikanische Sozialistische Partei vor, um dort radikale Parteimitglieder um sich zu sammeln und diese beim Verlassen der Parteien mit herausziehen zu können. Diese Taktik war kurzfristig angelegt und orientierte sich an dem jeweiligen Grad der inneren Auseinandersetzungen in den Parteien. So fanden weitere Entrismusaktionen in sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien unter anderem in Belgien, der Schweiz, Großbritannien, Indien und Australien statt. Während Kellner meint, dass die französischen Trotzkisten aus der Entrismusphase gestärkt hervorgingen,⁹⁴ kommt Hallas zu einem entgegen gesetzten Ergebnis: Da die Entrismustaktik sehr umstritten war, vollzogen sich in dieser Phase permanente Spaltungen, welche die französische Sektion, die POI, 1938 beinahe zum Er liegen brachte. Die aus der US-amerikanischen SP gewonnenen Studenten gingen größtenteils in der Spaltung 1940 wieder verloren. Auch sonst wäre das ursprüngliche Ziel, durch den Entrismus zu einem Faktor in der Arbeiterbewegung zu werden, deutlich verfehlt worden.⁹⁵

Nach dem 2. Weltkrieg entwickelte das Internationale Sekretariat der IV. Internationale (IS) unter Pablo (Michel Raptis) die Taktik des „Entrismus sui generis“, die den sofortigen Eintritt der trotzkistischen Gruppen in die sozialdemokratischen bzw. kommunistischen Parteien verlangte, da der 3. Weltkrieg unmittelbar bevorstehe. In einer Reihe von Ländern traten die Trotzkisten in diese Parteien ein, die Mehrheit der französischen Sektion, die sich weigerte, wurde kurzerhand ausgeschlossen. Die spätere „Militant-Strömung“ in der englischen Labour Party (LP) entwickelte die Taktik des „Tendenz-Entrismus“ und verblieb dort 40 Jahre, da sie davon ausging, dass nur innerhalb der LP ein Massenanhang gewonnen werden könne. Bis heute arbeitet eine abgespaltene Strömung dieser Tendenz auf internationaler Ebene größtenteils in den sozialdemokratischen Parteien, auch einige Organisationen der internationalen Strömung der „Lambertisten“ setzen dort ihre Arbeit fort und haben aus der Taktik

⁹¹ Die Programmschrift „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale“ von 1938 wird allgemein als „das Übergangsprogramm“ bezeichnet.

⁹² Die verschiedenen Interpretationen des Übergangsprogramms als „überhistorisch“ oder als zeitlich bedingte Programmschrift sollten innerhalb der trotzkistischen Weltbewegung ihren Teil zu deren Zersplitterung beitragen.

⁹³ Kellner, 2004, S. 69.

⁹⁴ Ebd., S. 93.

⁹⁵ D. Hallas, *Geschichte der Vierten Internationale*, Köln 1995, S. 12f.

des Entrismus eine Strategie entwickelt. Wenn auch die Entrismustaktik und -strategie dazu führte, dass eine Reihe von trotzkistischen Strömungen bis zum Ausbruch größerer sozialer Bewegungen in den späten sechziger Jahren überleben konnten, so kann nicht wirklich von einer erfolgreichen Strategie zu Aufbau revolutionärer Parteien gesprochen werden:

„Insgesamt beurteilt, hat in den vergangenen fünfzig Jahren den Trotzkisten ihre entrustische Taktik nicht viel Erfolg eingebracht. In allen trotzkistischen Richtungen gibt es deshalb immer wieder heftige Diskussionen über die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens. Und das nicht zuletzt auch aus dem Grund, weil nicht wenige Trotzkisten, die Anhänger sozialreformistischer Parteien zu Trotzkisten bekehren sollten, im Laufe der Zeit selbst zu Sozialreformisten wurden“.⁹⁶

1.2 Kurze Geschichte der Strömungen des Trotzkismus

Hier sollen die Hauptdifferenzierungsmerkmale innerhalb der trotzkistischen Strömungen beschrieben werden, nach denen sich auch die beschriebenen Organisationen in den drei untersuchten Ländern differenzieren. Die unterschiedlichen theoretischen, taktischen und strategischen Positionen, die den internationalen Trotzkismus in Dutzende Strömungen aufgesplittet haben, sind dabei letztlich Folge der theoretischen Verarbeitung der politischen Ereignisse nach dem 2. Weltkrieg und bedürfen einer Erläuterung.

1.2.1 Die IV. Internationale nach 1945

Die Trotzkisten gingen davon aus, dass nach dem Zweiten Weltkrieg eine Welle revolutionärer Aufstände folgen würde⁹⁷ und die IV. Internationale, ähnlich wie die III. Internationale, Massenparteien in der ganzen Welt anführen könnte. Zudem hatte Trotzki in einer seiner letzten Schriften betont, dass wenn der Weltkrieg in die Weltrevolution führen würde, der Stalinismus durch die politische Revolution hinweggefegt würde.⁹⁸ Noch sechs Monate nach Beendigung des 2. Weltkrieges in Europa behauptete der Führer der US-amerikanischen trotzkistischen SWP, James P. Cannon:

„Der Krieg ist nicht zu Ende, und die Revolution, die wir aus dem Krieg in Europa entstehen sahen, ist nicht von der Tagesordnung gestrichen worden.“⁹⁹

Dies schien nicht mehr zu sein als eine kurzfristig angelegte Fehleinschätzung, aber der SWP ging es dabei um die Aufrechterhaltung grundlegender Perspektiven der gesamten Epoche. Trotzkis (und Lenins) Perspektive der sozialen Revolution in Europa ging von der Einschätzung aus, dass sich das kapitalistische System ökonomisch nicht mehr erholen könne. Die Oktoberrevolution als Revolution in einem unterentwickelten Land war gerade mit dieser Perspektive gerechtfertigt worden, dem entsprechend hing auch die Fortexistenz des „degenerierten Arbeiterstaates“ UdSSR davon ab:

„Hält man es für möglich, dass sie [die kapitalistische Welt, F. N.] eine neue Jahrzehnte-lange Blütezeit erlebt, dann ist es eine erbärmliche Abgeschmacktheit, von Sozialismus zu reden, dann wird man sagen müssen, daß wir uns in der Einschätzung der ganzen Epoche als einer Epoche der kapitalistischen Fäulnis geirrt haben, dann wäre die Sowjetunion nach der Pariser Kommune das zweite Experiment einer Diktatur des Proletariats gewesen, ein größere und fruchtbareres, aber nur ein Experiment (...). Liegen jedoch irgendwelche ernstzunehmenden Gründe vor, unsere Ansichten über die gesamte Epoche und den Sinn der Oktoberrevolution als ein Glied der Weltrevolution so entscheidend zu revidieren? Nein!“¹⁰⁰

⁹⁶ Autorenkollektiv, *Linksradikalismus. Linksradikale Kräfte in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen*, Berlin 1989, S. 300.

Vgl. auch Kellner, 2004, S. 95f.

⁹⁷ Tatsächlich kam es in Frankreich, Italien, Griechenland und Jugoslawien zu revolutionären Bewegungen und Aufständen, ebenso in der kolonialen Welt und auf dem asiatischen Kontinent (vgl. Bensaid, 2004, S. 57).

⁹⁸ „Nur die Weltrevolution kann die UdSSR für den Sozialismus retten. Aber die Weltrevolution bringt die unausweichliche Auflösung der Kreml-Oligarchie mit sich.“ (Manifest der IV. Internationale 1940 zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution. URL: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1940/kriegman/index.htm> [14.08.2004].)

⁹⁹ *The Militant*, 17.11.1945, zitiert nach: Hallas, *Geschichte*, 1995, S. 24.

¹⁰⁰ Text der Linken Opposition vom März 1927, zitiert nach Trotzki, 1988, S. 997f.

Innerhalb der französischen, der englischen und der argentinischen Sektionen wurde die These entwickelt, dass sich, wenn auch kurzfristig, ein bedeutender ökonomischer Aufschwung einstellen könnte.¹⁰¹ Diese Position wurde auf der Aprilkonferenz der IV. Internationalen in Belgien 1946 deutlich verworfen – Mandel ging davon aus, dass der US-Wirtschaft eine existentielle Krise bevorstand. Gegen die „ketzerischen Ansichten“ der drei Sektionen formierte sich eine breite Koalition von Cannon, Pablo, Mandel, Lambert, Healy und Frank (wir werden auf die einzelnen Personen zurückkommen), die nun gegen die Führung der PCI (Craipeau, Demazière) und RCP (Haston, Grant) vorgingen. Die PCI-Führung wurde 1947 abgesetzt; die RCP wurde im gleichen Jahr durch Healy und Lawrence gespalten, die mit dem Argument, dass die ökonomische Krise die Arbeiterschaft massenhaft in die Labour Party treiben würde,¹⁰² in diese eintraten und dort den „Klub“ bildeten, während Haston und Grant mit ihrer Gruppe die offene Parteiarbeit außerhalb der LP fortsetzten und erst zwei Jahre später dort eintraten.

1.2.2 Neue Arbeiterstaaten, Entrismus sui generis und Spaltung

Der 2. Weltkongress vom April 1948 bestätigte die auf der Konferenz vom April 1946 beschlossenen ökonomischen Analysen,¹⁰³ wies die von der UdSSR vertretene Charakterisierung der osteuropäischen Länder als „Volksdemokratien“ zurück und bezeichnete diese als „kapitalistische Pufferländer, in der der Staat ein bürgerlicher bleibe“.¹⁰⁴ Ohne revolutionäre Massenbewegungen könne es nicht zu einem Wechsel der sozial-ökonomischen Struktur kommen. Wenngleich die wichtigsten Teile der Wirtschaft nach und nach verstaatlicht wurden, änderte dies laut Mandel nichts am kapitalistischen Charakter. Nachdem nun aber in ganz Osteuropa bis 1949 dieser Prozess der „strukturellen Assimilierung“ (Mandel) in das politische und ökonomische Gebiet der UdSSR vollzogen wurde, die Bürokratie also die politische und ökonomische Kontrolle übernahm, musste man zwangsläufig zu dem Gedanken kommen, dass es sich um dabei um „degenerierten Arbeiterstaaten“ gleich ihrem sowjetischen Vorbild handeln musste. Es hatte aber erstens keine „proletarische Revolution“ stattgefunden, zweitens stellte sich die Frage, wie diese Staaten „degeneriert“ oder „deformiert“ sein konnten, wenn sie vorher keine „gesunden“ Arbeiterstaaten gewesen waren. Wenn man aber nun bestreit, dass es sich hier um deformierte Arbeiterstaaten handelte, konnte man auch ihr Spiegelbild, die UdSSR, nicht als degenerierten Arbeiterstaat ansehen. Entweder war also Trotzkis Charakterisierung der UdSSR als Arbeiterstaat falsch, oder es musste in den osteuropäischen Staaten doch eine Revolution stattgefunden haben – nämlich eine „Revolution von oben“. Dies stellte wiederum Trotzkis Charakterisierung des Stalinismus als „völlig reaktionär und (...) das Haupthindernis auf dem Weg zur Weltrevolution“¹⁰⁵ in Frage.

Im Laufe der Auseinandersetzungen charakterisierte die französische Organisation Lutte Ouvrière die UdSSR als „degenerierten Arbeiterstaat“ und die osteuropäischen Staaten als „staatskapitalistisch“, natürlich mussten demzufolge auch China und andere Staaten letzterem entsprechen. Einige englische Trotzkisten stuften alle nicht-kapitalistischen Staaten einschließlich der UdSSR als „staatskapitalistisch“ ein. Die Mehrheit der Trotzkisten vertrat die These, alle nicht-kapitalistischen Staaten seien „degenerierte Arbeiterstaaten“, eine Minderheit wies dies für China wiederum zurück. Eine kleine Minderheit neigte eher der bereits Ende der dreißiger Jahre von Bruno Rizzi, Burnham und anderen entwickelten These des „bürokratischen Kollektivismus“ zu.

Die Notwendigkeit, das theoretische Erbe und die neue Weltlage miteinander in Übereinstimmung zu bringen, führte also zu drei Ergebnissen: dem orthodoxen Festhalten an den Theorien Trotzkis, die Modifikation derselben im Verhältnis zur neuen Weltlage und der Aufgabe grundlegender Theorien Trotzkis. Dies musste zwangsläufig zu Auseinandersetzungen, theoretischen Fehleinschätzungen und Spaltungen führen. Zunächst aber hielt die Führung der IV. Internationale auf ihrem 2. Weltkongress

¹⁰¹ Vgl. Kellner, 2004, S. 81; Hallas, *Geschichte*, 1995, S. 28.

¹⁰² D. Hallas, *Kritik des orthodoxen Trotzkismus*, Köln 1995, S. 7.

¹⁰³ Bensaïd erklärt die theoretische Zurückweisung eines möglichen ökonomischen Aufschwungs durch die Befürchtungen der Führung der IV. Internationale, dass dies zu einer „rechten Kapitulation“ führen und keynesianistische Tendenzen innerhalb der IV. Internationale hätte stärken können (vgl. Bensaïd, 2004, S. 55).

¹⁰⁴ Zitiert nach Alexander, 1991, S. 312.

¹⁰⁵ L. Trotzki, *Verteidigung des Marxismus*, Berlin 1973, S. 27. Vgl. auch Bensaïd, 2004, S. 24.

im April und Mai 1948 an der These des kapitalistischen Charakters dieser Staaten fest, um sich den Thesen der „Revolution von oben“ entgegen zu stemmen und die Perspektiven Trotzki im „Übergangsprogramm“ aufrecht zu erhalten.

Als dann Tito im Juni 1948 aufgrund eigener nationaler Interessen mit der UdSSR brach, wurde dies als Ausdruck eines Gegensatzes zwischen einem Arbeiterstaat und der UdSSR gedeutet. Der Hintergrund dieser vollständigen Neudefinition des Charakters des jugoslawischen Staates durch die IV. Internationale bestand in der Vorstellung, dass die Regierungen der osteuropäischen Länder lediglich Agenturen des stalinistischen Kremls waren. Somit konnte ein Bruch mit dem Kreml nur bedeuten, dass Jugoslawien nicht mehr stalinistisch regiert sein konnte. Zudem wurde seit einiger Zeit eine zunehmende Krise des Stalinismus konstatiert, die nun auszubrechen schien. Folglich handelte es sich in Jugoslawien nun doch um einen Arbeiterstaat, der zwar „deformiert“ sei, aber keinesfalls degeneriert wie in der UdSSR. Wenn Jugoslawien nun ein (deformierter) Arbeiterstaat war, dessen sozial-ökonomische Struktur denen der anderen osteuropäischen Staaten glich, so konnten diese eben auch deformierte Arbeiterstaaten sein. Zudem war Mandels These von den kapitalistischen Pufferländern unhaltbar geworden. Zwar blieb das theoretische und semantische Problem der „Arbeiterstaaten“, die ohne Revolution durch die Arbeiter entstanden waren, doch nachdem man sich erst einmal auf eine positivistische Analogie eingelassen hatte, gab es kein Halten mehr. Für die Erkenntnis über die plötzliche Existenz eines Dutzend Arbeiterstaaten wurden zwei Erklärungen herangezogen. Erstens konnte ein nicht-kapitalistisches Land (und das waren diese Länder bis spätestens 1949 geworden) eben nur ein Arbeiterstaat sein, zweitens waren die Arbeitermassen kurzfristig in Bewegung gekommen, bevor sie von der Bürokratie wieder befriedet wurden, eine Möglichkeit, auf die schon Trotzki hingewiesen hatte.¹⁰⁶ Aus der These des „deformierten Arbeiterstaates“ Jugoslawien folgte wiederum zweierlei: Zum einen könnte der jugoslawische Arbeiterstaat politisch reformiert werden, zum anderen war damit eine trotzkistische Partei in Jugoslawien überflüssig, da keine politische Revolution gegen die Bürokratie als notwendig erachtet wurde. Begründet wurden diese neuen Einsichten damit, dass

„die KPen keine reinen reformistischen Parteien sind und unter bestimmten besonderen Bedingungen die Möglichkeit besitzen, eine revolutionäre Richtung einzuschlagen“¹⁰⁷

Mit dieser Position, die auf dem 2. Weltkongress von 1951¹⁰⁸ bestätigt wurde, erlangte (vorerst) eine KP die Charakterisierung einer potentiell revolutionären Partei, die durch den Druck der Massen zu revolutionärer Politik getrieben werden könne. Dies hieß aber nicht, dass nun die Kommunistische Partei Jugoslawiens oder Tito insgesamt glorifiziert wurden. Die Trotzkisten sahen die Möglichkeit, den Riss im vormalen monolithischen Block der stalinistischen Staaten zu nutzen und Kontakte und Unterstützung in Osteuropa aufzubauen.¹⁰⁹ Eine andere Möglichkeit hätte darin bestehen können, dass

„sie sich mit dem sektiererischen Ritual begnügen können, ihre Meinungsverschiedenheiten mit der titoistischen Führung auf kleinen Propagandaveranstaltungen und mit ihren bescheidenen publizistischen Mitteln kundzutun“.¹¹⁰

¹⁰⁶ Vgl. Trotzki, 1973, S. 27.

Bensaïd weist hier darauf hin, dass die Schwierigkeit der Bestimmung von Kriterien und Maßstäben für den Charakter des sozialen Transformationsprozesses (Arbeiterstaat) auch eine kritische Betrachtung der russischen Revolution beinhaltet: „Bestand das Kriterium für eine revolutionäre Veränderung in der Entstehung einer selbstorganisierten politischen Macht oder in der Enteignung der Bourgeoisie, in der politischen Form oder im sozialen Inhalt der Emanzipation?“ (Bensaïd, 2004, S. 70.) Bensaïd verwirft im übrigen (als führender Kopf des VSVI) mit dieser rhetorischen Frage die Position seiner Internationale zum Charakter der UdSSR, wobei er dies nicht analytisch herleitet, sondern „durch die Blume“ kundgibt.

¹⁰⁷ Pablo, Bericht für den Weltkongress 1951, zitiert nach: GAM, Der Letzte macht das Licht aus. Die Todesagonie des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale, o. J. URL: <http://www.arbeitermacht.de/dateien/broschueren/vs.htm> (24.12.2004). Vgl. auch Kellner, 2004, S. 87.

¹⁰⁸ 74 Teilnehmer aus 25 Ländern (P. Frank, *Die Geschichte der Vierten Internationale*, Hamburg 1974, S. 69).

¹⁰⁹ Jugoslawien war auch noch Jahrzehnte später eines der wenigen „stalinistischen“ Länder, in denen die IV. Internationale sich etwas freier bewegen konnte. Im November 1971 hielt Ernest Mandel ein Referat vor Belgrader Studenten zum Thema „Perspektiven des Trotzkismus“. 1972/73 erschien in Jugoslawien eine sechsbändige Ausgabe der Schriften Trotzkis. (Vgl. N. Madloch, Zur Auseinandersetzung mit der Ideologie, Politik und Praxis des Linksopportunitismus in Deutschland und in Westberlin, Diss., Berlin, 1976, Bd. 2, S. 78.)

¹¹⁰ Kellner, 2004, S. 84.

Jugoslawien stimmte später dem UN-Einsatz im Nordkorea-Krieg (1950–1953) zu. Hintergrund war die Einsicht Titos, dass er mit den USA gehen musste, da von der UdSSR keine Wirtschaftshilfe mehr zu erwarten war. Nun musste man „darauf warten, daß die Krise des Stalinismus anderswo auftaucht“. Die Chinesische Revolution „machte eine Überprüfung der Ausrichtung unserer Arbeit notwendig“.¹¹¹ Dies umschreibt die Konfusion in der IV. Internationale nach der chinesischen Revolution durch eine Bauernarmee, die nun völlig den Vorstellungen der Trotzkisten von der proletarischen Revolution entgegen lief. Hatte man aber bereits der stalinistischen Bürokratie zugestanden, deformierte Arbeiterstaaten schaffen zu können, so konnte dies wohl auch die „kleinbürgerliche Bauernschaft“ unter der Führung von Stalinisten tun. Neben Jugoslawien erschien auch China als „relativ gesunder Arbeiterstaat“, nachdem es zuvor noch als (staats)kapitalistisch¹¹² bezeichnet wurde. Bis zum 2. Weltkongress von 1951 hatte sich die These von den „deformierten Arbeiterstaaten“ durchgesetzt, China und Jugoslawien schienen relativ gesunde oder leicht „deformierte Arbeiterstaaten“ zu sein. Die Entstehung und Stabilität „deformierter Arbeiterstaaten“ musste historisch eingeordnet werden und die enttäuschten Hoffnungen auf die baldige Revolution schlugen in ihr Gegenteil um. Pablo behauptete 1951, dass man sich in einer Epoche zwischen Kapitalismus und Sozialismus befände, die Jahrhunderte andauern werde.¹¹³ Wenn dem aber so war, wie sollte man den Mitgliedern eine jahrhundertelange Aufgabe schmackhaft machen? Gleichzeitig rang die IV. Internationale mit weiteren Problemen. Aufgrund der weiterhin erwarteten Wirtschaftskrise und des durch die UdSSR, Osteuropa und China international eingeschränkten Spielraumes des Kapitalismus erwartete man bald den 3. Weltkrieg. Dieser würde in „Kriegsrevolutionen“ (man wiederholte damit die Vorkriegsperspektive) münden, in dem die kommunistischen Parteien ihrer Führung eine Linkswende aufzwingen würden (dies hatte sich ja anscheinend bereits in Osteuropa und China erwiesen). Dies rechtfertigte laut Pablo eine neue Art von Entrismus (*sui generis*), dessen Ziel nicht die Spaltung, sondern die Beeinflussung der kommunistischen Parteien sei.¹¹⁴ Für den Aufbau eigener trotzkistischer Parteien sei somit keine Zeit mehr, dort, wo die Arbeitsbedingungen in den sozialdemokratischen Parteien besser als in den stalinistischen (kommunistischen) Parteien schienen, trat man in diese ein. Diesem „Katastrophismus“ und der impliziten Hoffnung auf Reformen der stalinisierten kommunistischen Parteien stellten sich 1951 zuerst nur die Mehrheit der französischen Delegierten¹¹⁵ und erst 1953 weitere Sektionen entgegen, sie spalteten sich in diesem Jahr als Internationales Komitee (IKVI) ab.¹¹⁶ Nachdem die Weltkriegs- und Zusammenbruchsperspektiven im Laufe der fünfziger Jahre sukzessive aufgegeben wurden, bestand die ursprüngliche Notwendigkeit des Entrismus eigentlich nicht mehr. Doch die Arbeiter ließen nicht von ihren traditionellen Parteien, die sie u. a. als Garanten für die materielle Verbesserung ihrer Lage sahen. Den Trotzkisten blieb größtenteils nichts anderes übrig, als in den sozialdemokratischen Parteien weiter zu arbeiten.

1.2.3 Das Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale (VSVI)

Der 4. und 5. Kongress¹¹⁷ der IV. Internationale von 1954 und 1957 arbeitete die Abspaltung des IKVI auf. Durch den Ungarn-Aufstand, die Suez-Krise und die kolonialen Revolutionen erhielt die trotzkistische Bewegung neuen politischen Rückenwind. Die nationale Befreiungsbewegung stellte nach Ansicht der IV. Internationale einen integralen Bestandteil der Weltrevolution dar und bildete „im gegenwärtigen Zeitpunkt das Kettenglied zwischen der Oktoberrevolution und dem Sieg der Weltrevolution“.¹¹⁸

¹¹¹ Frank, 1974, S. 68.

¹¹² Vgl. „China: An Aborted Revolution“, in: *Fourth International*, Januar/Februar 1950, zitiert nach Hallas, *Kritik*, 1995, S. 10.

¹¹³ Vgl. Hallas, *Geschichte*, 1995, S. 34; D. North, *Das Erbe, das wir verteidigen*. Ein Beitrag zur Geschichte der Vierten Internationale, Essen 1988, S. 170.

¹¹⁴ Vgl. Internationales Sekretariat der Vierten Internationale, „Recall to Order“, 1959, und Hallas, *Geschichte*, 1995, S. 35.

„Sui generis“ meinte allerdings nicht den Totaleintritt, sondern die Aufrechterhaltung und den Ausbau der eigenen Organisationsarbeit.

¹¹⁵ Vgl. Alexander, 1991, S. 318, und J.-J. Marie, *Die ersten fünfzehn Jahre der IV. Internationale*, Dortmund 1979, S. 146–159.

¹¹⁶ Dies betraf die englische, französische, schweizerische, neuseeländische, argentinische und US-amerikanische Sektion.

¹¹⁷ 1954: Vertreter aus 21 Ländern, 1957: etwa 100 Vertreter aus 25 Ländern (Frank, 1974, S. 82, 85).

¹¹⁸ Frank, 1974, S. 87.

Die kubanische Revolution von 1959 stellte die gespaltene IV. Internationale vor ein neues Problem. Zuerst als kleinbürgerlich-demokratisch charakterisiert, erwies sich Castro durch den Druck der USA und den Einfluss von Guevara als ein revolutionärer Führer, der mit Hilfe einer Guerillaarmee und weitgehenden Verstaatlichungen einen scheinbar nicht deformierten Arbeiterstaat erschaffen hatte. Auch hier wurde die Möglichkeit gesehen, dass durch politische Reformen die beginnende Bürokratisierung zurückgedrängt werden könnte, ein sozialistisches Kuba ermöglicht und ein anspornendes Beispiel für die Arbeiterklasse in den stalinistischen Ländern zu haben.¹¹⁹

Auch die Führung der US-amerikanischen SWP sah Kuba als einen Arbeiterstaat an. Da man die These der deformierten Arbeiterstaaten mit dem IS geteilt und sich „nur“ über Pablos „jahrhunderte-lange Übergangsperiode“, seinen „Entrismus sui generis“ und seine Fraktionstätigkeit zerstritten hatte, wurde der Weg für eine Vereinigung mit dem IS der IV. Internationale im Jahre 1963 frei,¹²⁰ der sich allerdings die englische, französische und schweizerische Sektion des IKVI nicht anschlossen. Ein Jahr nach der Vereinigung trennte sich Pablo mit seinen Anhängern vom Vereinigten Sekretariat¹²¹, sie gründeten im November 1965 die „Marxistisch-Revolutionäre Tendenz der IV. Internationale“.

1.2.4 Die drei Sektoren der Weltrevolution und die Guerillabewegung

Die politische Situation in Lateinamerika, Afrika und Asien wurde in den sechziger Jahren zunehmend von der Guerillabewegung geprägt. Dies bot dem VSVI eine Orientierung weg von der Rolle des „nach links Drückens“ kolonialer Führungen und der mühsamen entrristischen Arbeit in den Massenorganisationen, hin zur Unterstützung von Guerillabewegungen. Die Orientierung auf die „Drei Sektoren der Weltrevolution“ (Kolonial-, imperialistische- und stalinistische Länder) stellte seit dem Vereinigungskongress von 1963 eine theoretisch-programmatische Entwicklung im VSVI dar, die als eine Weiterentwicklung von Trotzkis „Permanenter Revolution“ erschien: Die Weltrevolution, die nach 1946 ins Stocken geriet, würde durch die koloniale Revolution weitergetragen werden und damit auch die Kämpfe in den anderen zwei Sektoren befördern.¹²² Allerdings mussten dafür theoretische Abstriche an der politischen Rolle des „Industrieproletariats“ und dessen Führung gemacht werden:

„Auf dem Wege einer Revolution, die mit einfachen demokratischen Forderungen beginnt und mit der Zerschlagung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse endet, kann die Guerilla-Kriegsführung von landlosen Bauern und halb-proletarisierten Elementen unter der mit der Durchführung der Revolution beauftragten Führung eine entscheidende Rolle bei der Schwächung und beim Sturz der kolonialen und halbkolonialen Macht spielen.“¹²³

„Ihre Hauptstärke (des Proletariats) liegt nicht und kann auch nicht bei der industriellen Fabrikarbeiterchaft liegen, die, außer in Argentinien, nur eine kleine Minderheit der Lohnempfänger und nur eine verschwindende Minderheit der arbeitenden Bevölkerung dieser Länder darstellt.“¹²⁴

Die These von der Fortsetzung der Weltrevolution durch (zumindest) einen der drei Sektoren wirkt aus heutiger Sicht impressionistisch und konstruiert. Die IV. Internationale ging mit Trotzki aber davon aus, dass mit der Oktoberrevolution der Beginn der Weltrevolution eingeläutet worden war. Diese Weltrevolution war nach Meinung der Trotzkisten durch Auf- und Abwärtsbewegungen gekennzeichnet, sie wäre allerdings niemals unterbrochen worden. Also müsste sie irgendwo weiterwirken, wenn nicht in den Industrieländern, dann in der Dritten Welt, wenn nicht dort, dann in den stalinistischen Ländern usw. Die nationalen Führer von Guerillabewegungen, von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien wurden so zum „stumpfen Werkzeug“ der Weltrevolution, zu Erfüllungsgehilfen einer objektiv wirkenden Geschichte, und nur die Trotzkisten konnten als Bewahrer der unverfälschten Ideen von Marx, Engels, Luxemburg, Lenin etc. den Revolutionsführern den unverfälschten Marxismus nahe bringen:

¹¹⁹ Vgl. Kellner, 2004, S. 88f.

¹²⁰ Vgl. Frank, 1974, S. 97f.

¹²¹ Hintergründe dazu waren dessen Unterstützung der Befreiungsbewegung in Angola und die Reformen von Chruschtschow (vgl. Bensaid, 2004, S. 75).

¹²² Vgl. Kellner, 2004, S. 99.

¹²³ „Die theoretischen und politischen Grundlagen der Wiedervereinigung“ (1963), zitiert nach Frank, 1974, S. 167.

¹²⁴ „Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche“ (1963), zitiert nach Frank, 1974, S. 173.

„Die Verschmelzung der trotzkistischen Ideen mit dieser neuen fidelistischen Strömung wird auch insbesondere die Entwicklung einer bewußten revolutionären Führung in den Arbeiterstaaten beeinflussen, eine ‚titoistische‘ Abweichung verhindern und die Gewähr dafür geben, daß die politische Revolution durch einen wachsenden Massendruck und durch direkte Aktionen heranreift.“¹²⁵

In den Jahren 1968/69 schien sich die Wirkung der Weltrevolution in den drei Sektoren zu bestätigen: Mit dem Pariser Mai von 1968 wurde eine bis dahin unbekannte Revolte der (vor allem studentischen) Jugend sichtbar, in Europa kam es zu Massenstreiks, der Vietkong führte die Têt-Offensive durch, und im sowjetischen Einflussbereich kam es zum Prager Frühling. Diese Prozesse führten zu einer Umorientierung des VSVI auf seinem 9. Weltkongress¹²⁶ von 1969. Der Kongress stellte fest, dass sich das Hauptgewicht der Weltrevolution aus der Dritten Welt in die Metropolen zurück verlagert habe und dass die Studierendenbewegung die zeitweilige Vorhut eines „höheren Stadiums der Weltrevolution“ sei. Die Massenstreiks wurden als Vorboten der Entwicklung einer neuen Avantgarde verstanden; nun sei es die Aufgabe der IV. Internationale, die Studierenden auf die Arbeiterbewegung zu orientieren und revolutionäre Massenparteien aufzubauen. Da sich allerdings bedeutende Teile der Studierenden und der Jugend in den Industrieländern selber durch Ho Chi Minh, Guevara und andere Guerillas inspiriert sahen, verfestigte sich die Orientierung des VSVI in Richtung bewaffneter Kampf und kombinierte somit zwei der „drei Sektoren der Weltrevolution“. Dies wurde dann allerdings der SWP in den USA zu viel, nach dem 9. Weltkongress brach eine Debatte über die verschiedensten Positionen und Perspektiven aus, die bis 1979 andauern sollte. Nach dem Plenum des Internationalen Exekutivkomitees im Dezember 1972 riefen Hansen¹²⁷ und Camejo (SWP USA), Blanco (PRT Peru), Lorenzo und Moreno (PST Argentinien) zur Bildung einer oppositionellen Tendenz in der internationalen Organisation des Vereinigten Sekretariats auf, welche dann im März 1973 als „Leninistisch-Trotzkistische Tendenz“ (LTT, später Leninistisch-Trotzkistische Fraktion, LTF) gegründet wurde. Daraufhin formierte sich um Mandel, Maitan und Frank die Internationalistische Mehrheitstendenz (IMT).

1976 kam es aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen über die Folgen der portugiesischen Revolution von 1974/75 zum Bruch in der LTF. Nahuel Moreno (Hugo Bressano) gründete mit der Unterstützung einer Reihe von lateinamerikanischen Sektionen des VSVI die Bolschewistische Tendenz, die sich später als Fraktion konstituierte. 1977 übte die LTF Selbstkritik und löste die Fraktion auf. Drei Monate später wurde auch die IMT aufgelöst. Gemeinsam arbeitete man nun an der Vorbereitung des 11. Weltkongresses, der für 1979 geplant war. Mitte der Siebziger konnte das VSVI zwischen 35.000 bis 45.000 Mitglieder in etwa 50 Ländern zählen, davon 5000 in Frankreich.¹²⁸ Morenos Bolschewistische Fraktion und Teile einer (neu gegründeten) LTT spalteten sich 1979¹²⁹ vom VSVI ab, die SWP verließ dann endgültig das VSVI im Jahre 1990, nachdem es schon zu Beginn der Achtziger zu massiven Auseinandersetzungen gekommen war. Jack Barnes, der Vorsitzende der US-amerikanischen SWP, hatte 1982 in einer Rede das VSVI als „tatsächliche Sektierer“ bezeichnet,¹³⁰ zudem verabschiedete sich die SWP von der Notwendigkeit der „politischen Revolution“ in der UdSSR und anderen „deformierten Arbeiterstaaten“.¹³¹

¹²⁵ „Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche“, in: *die internationale*, Sondernummer 1, 1973, S. 18; zitiert nach G. Bartsch, *Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus? Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände*, Berlin u. Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 77.

¹²⁶ An dem 8. Weltkongress 1965 nahmen 60 Delegierte aus 25 Ländern teil, am 9. Weltkongress 1969 ca. 100 Personen aus 30 Ländern (Frank, 1974, S. 129).

¹²⁷ Joseph Hansen hatte am 9. Weltkongress eine Resolution gegen die unkritische Unterstützung der Guerillabewegung eingebracht, seine Rede wurde als pessimistisch kritisiert und die Resolution abgelehnt (vgl. T. Ali, *Street Fighting Years. Autobiographie eines '68ers*, Köln 1998, S. 267).

¹²⁸ Madloch, 1976 Bd. 2, S. 71f.

Laut Madloch gab es weltweit zu Beginn der achtziger Jahre in 55 kapitalistischen Ländern etwa 60.000 bis 70.000 in Gruppen organisierte Trotzkisten, die international in zwölf verschiedenen Richtungen aufgespalten waren (Autorenkollektiv, *Linksradikalismus*, 1989, S. 140).

¹²⁹ Dies geschah im Rahmen der Vorbereitungen zum 11. Weltkongress von 1979.

¹³⁰ Vgl. Alexander, 1991, S. 760.

¹³¹ Dies hing mit ihrer Annäherung an Castro zusammen, der Bewegungen gegen die Bürokratie in den Ostblockstaaten eher verurteilte als unterstützte. Die SWP sah zudem die Notwendigkeit, das „sozialistische Lager“ nicht zu schwächen, besonders als Reagan wieder den „kalten Krieg“ aufleben ließ (vgl. Kellner, 2004, S. 112).

Obwohl auf dem 10. Weltkongress von 1974¹³² die Guerillataktik auch von der Mehrheit zumindest kritisiert wurde, konnte man sich nicht zur Ablehnung dieser Taktik durchringen. Auf dem 10. Weltkongress wurden allerdings auch weitere Schritte in die Richtung einer Neuorientierung auf die europäische Arbeiterklasse beschlossen. Im besonderen sollten oppositionelle Gewerkschaftsgruppen und radikalierte Jungarbeiter gewonnen werden, zudem wollte man nun von Propagandagruppen zu kleinen Massenparteien wachsen.

Auf dem 11. Weltkongress von 1979 wurde dann eine „Wende zur Industrie“ beschlossen. Der „Umweg“ der Weltrevolution über die kolonialen Revolutionen sei abgeschlossen und habe sich in den klassischen sozialen Kämpfen in den Metropolen wiedergefunden.¹³³ Studentische Mitglieder sollten in die Betriebe gehen, um klassenkämpferische Strömung in den Gewerkschaften zu bilden, um eine Rolle in den kommenden Klassenkämpfen spielen zu können.¹³⁴

1.2.5 Eine Internationale aller progressiven Kräfte

Das VSVI suchte schon vor dem 12. Weltkongress von 1985 nach eventuellen Fusionsmöglichkeiten mit sich nach links bewegenden Massenströmungen und strebte damit auch Bündnisse und Fusionen mit Parteien und Gruppen an, die nicht aus der Tradition des Trotzkismus stammten. Der Hintergrund dieser Umorientierung wird von Kellner folgendermaßen beschrieben:

„Die IV. Internationale war nur noch eine von mehreren international organisierten Strömungen, die sich in der einen oder anderen Weise auf den Trotzkismus beziehen – die ihrerseits wiederum nur Teil der weltweit existierenden organisierten Kräfte waren, die die Perspektive einer sozialistischen Revolution vertraten. Diese Erkenntnis sickerte auch in die Köpfe der Mitglieder ein, und der XII. Weltkongress sprach sich für die Vereinigung der revolutionär-sozialistisch orientierten Kräfte aus.“¹³⁵

Die Resolution des 14. Weltkongresses von 1995 war von eher pessimistischer Natur: Die Internationale würde erst einmal nur langsam wachsen können. Da sich in der Vergangenheit der Trotzkismus von anderen revolutionären Kräften durch seine Analyse des Stalinismus unterschieden habe, die heute von vielen (an)erkannt werde, bestünden Abgrenzungsscheinungen immer weniger, zumal die trotzkistischen Thesen und Analysen über den Bürokratismus den Emanzipationsbewegungen helfen könnten, sich gegen Bürokratisierung und Stellvertreterpolitik zu wehren.¹³⁶ Nach acht Jahren fand zuletzt der 15. Weltkongress¹³⁷ des VSVI im Jahre 2003 statt. Heute gehören zum VSVI Sektionen in 20 Ländern, es gibt zehn sympathisierende Organisationen, die Mitgliederzahl inklusive Sympathisanten soll international zwischen 8000 und 10.000 betragen. In den achtziger Jahren sollen es um die 12.000 gewesen sein.

1.2.6 Die Rolle Mandels in der internationalen radikalen Linken

Da Ernest Mandel als anerkannter Theoretiker der radikalen Linken in Europa auch eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung der trotzkistischen Organisationen Ende der sechziger Jahre in Deutschland, Österreich und der Schweiz hatte, soll an dieser Stelle kurz auf seine Schriften und auf seine Rolle als führender Kopf des VS der IV. Internationale hingewiesen werden. Mandel, 1923 geboren, gehörte seit 1946 den Leitungsorganen der IV. Internationale an, arbeitete als Journalist für verschiedene Zeitungen und später als Wirtschaftswissenschaftler für den belgischen Gewerkschaftsdachver-

¹³² Am 10. Weltkongress nahmen etwa 250 Delegierte aus 41 Ländern teil (Anhang: „Der 10. Weltkongress der IV. Internationale“, in: Frank, 1974, S. 188).

¹³³ Vgl. Bensaid, 2004, S. 93.

¹³⁴ Vgl. Kellner, 2004, S. 107.

¹³⁵ Kellner, 2004, S. 110.

¹³⁶ Vgl. IV. Internationale (VSVI), Der Aufbau der Internationale heute. Resolution des 14. Weltkongresses der IV. Internationale, 1995. URL: <http://www.Inprekorr.de/aufbau.htm> (14.12.2004).

¹³⁷ Daran nahmen 200 Delegierte und Gäste von 50 Organisationen teil. Vgl. F. Sabado, „Der 15. Weltkongress der IV. Internationale“, in: *Inprekorr*, Nr. 376/377, März/April 2003, S. 50; W. Dubois, „Korrigiertes Selbstverständnis. XV. Weltkongress der IV. Internationale“, in: *Sozialistische Zeitung*, 18. Jg., Nr. 4, April 2003, S. 22.

band FGTB. 1964 debattierte er mit Charles Bettelheim und Ernesto Guevara über die Organisierung sozialistischer Ökonomien.¹³⁸

Mit der Veröffentlichung seines Werkes *Marxistische Wirtschaftstheorie* konnte er sich ab 1962 einen Namen unter linken Intellektuellen und Wissenschaftlern machen. Die in der *Marxistischen Wirtschaftstheorie* skizzierte Phase des „Spätkapitalismus“ sei vor allem durch Überkapitalisierung weniger Nationen, der Kartellisierung der Industrie, einer neuen Form des Staatsinterventionismus bis hin zum Verschmelzen von Staat und Kapital, der Rüstungswirtschaft und einer permanenten Geldinflation geprägt.¹³⁹ Sein wichtigstes ökonomische Werk, *Der Spätkapitalismus*¹⁴⁰ (1972), knüpfte an diese Analysen an und betonte im besonderen die Rolle des Staates und der Ideologie der „technologischen Rationalität“ im Bewusstsein der Menschen:

„Das Spezifische am Spätkapitalismus ist *gleichzeitig* die unmittelbar-ökonomische Rolle des bürgerlichen Staates, die energisch betriebene Entpolitisierung der Arbeiterklasse und der Mythos der technologisch begründeten allmächtigen Wirtschaft, die angeblich die Klassengegensätze überwindet, das Wachstum sichert, den Konsum ununterbrochen steigert und so einen ‚pluralistischen Staat‘ hervorbringt.“¹⁴¹

Doch gerade aus dem Widerspruch von den sich daraus ergebenden Erwartungen und der Wirklichkeit, aus der im Kapitalismus nicht aufhebbaren objektiven Entfremdung der Arbeiterklasse von Arbeit, Konsum, Freizeit und Überbausphäre, könne sich die subjektive Einsicht in diese Entfremdung ergeben, sich daraus Klassenbewusstsein entwickeln und so die Möglichkeit zur sozialistischen Selbstbefreiung entstehen.¹⁴² Der „französische Mai 1968“ habe der herrschenden Ideologie – in dem Glauben an die Allmacht der Technologie kulminierenden Ideologie, der für den Spätkapitalismus spezifischen Form der bürgerlichen Ideologie, die „die Fähigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung, ihre Krisenanfälligkeit allmählich zu beheben, ihre Widersprüche ‚technisch‘ zu lösen, rebellierende Gesellschaftsklassen zu integrieren und Explosionen zu vermeiden“ proklamiert – „einen vernichtenden Schlag zugefügt“.¹⁴³

Ab 1968 stieg Mandels Bekanntheitsgrad rapide an; er war einer der Hauptredner auf dem internationalen Vietnam-Kongress in Berlin (neben Tariq Ali, Rudi Dutschke und Erich Fried), wurde vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin für einen Lehrstuhl vorgeschlagen und erhielt 1972 Einreiseverbot nach West-Berlin (daneben bestanden Einreiseverbote in die Schweiz, Spanien, Frankreich und die USA).¹⁴⁴

Winfried Wolf vertritt die Einschätzung, dass Ernest Mandel auf dem Gebiet der Ökonomie und Herbert Marcuse auf dem Gebiet der Philosophie den größten Einfluss auf die Revolten in Westeuropa ausgeübt haben.¹⁴⁵ Davon konnten die Sektionen des VSVI in Deutschland, Österreich und der Schweiz auch insofern zehren, als Veranstaltungen mit Mandel in den späten Sechzigern und den Siebzigern jeweils hunderte Interessierte anlocken konnten.

Mandels Hauptbeitrag zur marxistischen Theorie besteht in der Aktualisierung marxistischer Analyse-kategorien und deren synthetisierten Anwendung auf ökonomischer, sozialer, politischer und ideologischer Ebene. In *Die langen Wellen im Kapitalismus* (1978)¹⁴⁶ erklärt er im Unterschied zu Kondratieff und Schumpeter, dass die Wachstumsphasen der kapitalistischen Wirtschaft keiner automatischen,

¹³⁸ Vgl. URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Ernest_Mandel (16.04.2006).

Ausführlicher: Wolfgang und Petra Lubitz, Wer war Ernest Mandel? Eine biographische Skizze, URL: http://www.trotskyana.net/Trotskyists/Ernest_Mandel/Ernest_Mandel_Biography.html.

¹³⁹ E. Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt/M. 1968, S. 502–575.

¹⁴⁰ Perry Anderson sieht in diesem Buch „die erste mit Hilfe der klassischen marxistischen Kategorien entworfene theoretische Analyse der weltweiten Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise seit dem Zweiten Weltkrieg“ (1978, S. 145).

¹⁴¹ E. Mandel, *Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung*, Frankfurt/M. 1972, S. 438f. (kursiv im Original).

¹⁴² Ebd., S. 522.

¹⁴³ Ebd., S. 445/446.

¹⁴⁴ Kellner 2004, S. 118.

¹⁴⁵ W. Wolf, „Gespenstisch heimatlos. Der Mythos Che Guevara und die weltweite Revolte 1967/68“, in: *junge Welt*, 10.10.1997, S. 15.

¹⁴⁶ E. Mandel, *Die Langen Wellen im Kapitalismus. Eine marxistische Erklärung*, Frankfurt/M. 1983.

innerökonomischen Notwendigkeit folgen würden, sondern mit außerökonomischen Bedingungen (politisches Kräfteverhältnis der Klassen) zu erklären seien.¹⁴⁷

Mandel blieb auch nach 1989 ein sprichwörtlicher Optimist und sah in Russland bereits Anfang der Neunziger den Klassenkampf wieder in eine neue Phase eintreten. Als 70-jähriger bereiste er die Sektionen des VSVI, um dort neue Mitglieder zu gewinnen. Nach seinem zweiten Herzinfarkt starb Mandel im Juli 1995.

1.2.7 Konkurrierende Internationalen

1.2.7.1 Internationales Komitee der Vierten Internationale (IKVI)

1953 spaltete sich die SWP in den USA, „der Klub“ in England, die PCI (Ex-Mehrheit) in Frankreich, eine Gruppe um Moreno in Argentinien und die Schweizer Sektion als Internationales Komitee (IKVI) von der IV. Internationale ab (siehe oben). Das IKVI blieb mit seinen Hauptkräften, Healy „Club“ – ab 1959 Socialist Labour League (SLL), ab 1973 Workers Revolutionary Party (WRP) – in England und der PCI/OCI in Frankreich bis 1971 bestehen. Die SLL konnte einen wachsenden Einfluss in der englischen Arbeiterbewegung ausüben und durch eine nicht-sektiererische Politik schnell wachsen. Gleichwohl hatte sie sich nicht von der These vom bevorstehenden ökonomischen Zusammenbruch getrennt,¹⁴⁸ ein gewisser Zug des „Katastrophismus“ blieb ihrer Politik immanent.¹⁴⁹ Dies führte zu Hyperaktivismus und einem sich entwickelndem Sektierertum.¹⁵⁰ Das IKVI weigerte sich in den späten Sechzigern, aufgrund deren „kleinbürgerlicher Natur“ an den Studenten- und Antikriegsbewegungen teilzunehmen.¹⁵¹ Statt dessen begann man bürgerlich-nationalistischen Regimes in einigen arabischen Ländern ab dem arabisch-israelischen Sechstagekrieg politische Unterstützung zu geben und erhielt im Laufe der Jahre angeblich über eine Millionen Pfund finanzieller Unterstützung aus Libyen, Kuwait, Katar, Abu Dhabi, Irak und anderen Staaten. So lobte man dann auch die „progressive sozialistische Politik“ Ghaddafis und den „antiimperialistischen Inhalt des Kampfes, den Chomeini führt“.¹⁵²

Healy und Lambert überwarfen sich im Oktober 1971. Lambert hatte sich aus der Sicht Healy mit dem „Zentristen“ Lora, dem Führer der bolivianischen POR, gegen das IKVI verbündet, dessen Mitarbeit in der „Asamblea Popular“ zu einer Anpassung an die bolivianischen Stalinisten führen würde.¹⁵³ Healy wiederum wurde von Lambert für sein Abdriften in Richtung einer idealistischen Philosophie kritisiert.¹⁵⁴ Nach der Spaltung begannen beide eine eigene Internationale aufzubauen. Healy behielt den Namen Internationales Komitee bei, das 1985 in konkurrierende Gruppen zerfiel, nachdem von seinem langjährigen Sekretär gegen ihn Vorwürfe des Sexismus erhoben wurden. Das heute von David North geführte IKVI hat Sektionen in sieben Ländern, darunter die Partei für soziale Gleichheit (PSG) in Deutschland.

1.2.7.2 Organisationskomitee für den Wiederaufbau der Vierten Internationale und die Internationale Arbeiterliga

Lambert gründete 1972 das Organisationskomitee für den Wiederaufbau der Vierten Internationale (OK), dem sich 1980 Moreno anschloss, der wiederum mit „seinen“ Sektionen 1979 aus dem VSVI ausgetreten war. Gemeinsam lehnten sie die sandinistische Revolution als „kleinbürgerlich-

¹⁴⁷ Vgl. W. Wolf, Gefährlicher Marxist und Visionär. Zum zehnten Todestag von Ernest Mandel. URL: http://www.marxistische-bibliothek.de/ernest_mandel.html (16.05.2006); G. Achcar, „Ernest Mandels Aktualität“, in: *Inprekorr*, Köln, Nr. 406/407, September/Oktober 2005, S. 50; URL: http://www.ernestmandel.org/de/ubermandel/txt/ernest_mandels_aktualitat.htm (16.05.2006).

¹⁴⁸ Hallas, *Kritik*, 1995b, S. 14.

¹⁴⁹ Vgl. Alexander, 1991, S. 477/478.

¹⁵⁰ Hallas, *Kritik*, S. 17f.

¹⁵¹ Vgl. A. Callinicos, Die antikapitalistische Bewegung und die revolutionäre Linke, März 2001. URL: http://www.linksruck.de/ueberuns/artikel/ac_iso.rtf (17.04.2004).

Davon berichtet auch Tariq Ali, der die SLL als „ultraorthodoxe Sekte“ mit einer „ausgesprochen esoterische(n) Form des Sektierertums“ bezeichnete, die „von ihrem obersten Führer Gerry Healy wie ein Einparteienstaat geleitet“ werde (Ali, 1998, S. 138).

¹⁵² Zitiert nach Trotzkistische Fraktion –Vierte Internationale: Aufruf zur kritischen Wahlunterstützung für die PSG bei der EU-Wahl, o. J. URL: http://www.ft-europa.org/deutsch/inland/Aufruf_zur_kritischen_Wahlunterstützung_für_die_PSG_bei_der_EUWahlen.htm (20.02.2006).

¹⁵³ Vgl. „Erklärung des Internationalen Komitees der IV. Internationale“, in: *Der Funke*, Nr. 1 bis Nr. 3, Februar und März 1972.

¹⁵⁴ Vgl. IAK (Hrsg.), *Klasseneinheitsfront, Arbeiterregierung, dialektischer Materialismus*, Dortmund 1975, S. 48.

nationalistisch“ ab.¹⁵⁵ Seit Ende 1979 arbeiteten Lambertisten, LTT-Unterstützer und Morenisten als Paritätisches Komitee für den Wiederaufbau (Reorganisierung)¹⁵⁶ der Vierten Internationale (PK) zusammen.¹⁵⁷ Nach einem Jahr zerfiel dieses Bündnis allerdings wieder, das zerfallene PK wurde 1982 in IV. Internationale – Internationales Zentrum für ihren Wiederaufbau (IZ) umbenannt (die deutsche Sektion heißt heute Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation). Im November 1991 initiierte Lambert in Frankreich die Arbeiterpartei (PT) und bildete darin mit seiner französischen Sektion die „kommunistisch-internationalistische Strömung“. Im Januar 1991 hatte er die Internationale Verbindung der ArbeiterInnen und der Völker ausgerufen, die sich in der Tradition der I. und II. Internationale begreift und das „organisatorische Sektierertum“ der III. Internationale verurteilt.¹⁵⁸ 1993 wurde die Wiederproklamation der IV. Internationale vorgenommen.

1982 gründete Moreno die Internationale Arbeiterliga (IAL), die sich nur in Lateinamerika behaupten konnte, aber angeblich international rund 10.000 Mitglieder hatte. Nachdem Nahuel Moreno 1987 gestorben war, sollte die IAL ab 1992 in konkurrierende Internationalen auseinander brechen, sie verlor dabei ein Drittel ihrer Mitgliedschaft und ihre Parlamentsabgeordneten.¹⁵⁹ 1988 gründete sich aus Abspaltungen die Trotzkistische Fraktion (TF-Vierte Internationale)¹⁶⁰, welche in Deutschland TF-Internationale Strategie heißt, und 1995 die Internationalen Arbeitereinheit (UIT oder UIT-CI), die in Deutschland durch die schon länger existierende Sozialistische Liga (SL) vertreten war.¹⁶¹

1.2.7.3 Internationale Spartakistische Tendenz (iSt)/Internationale Kommunistische Liga (IKL)

Innerhalb der US-amerikanischen SWP kam es im Verlauf der Diskussionen zur Charakterisierung der kubanischen Revolution und zur Frage einer eventuellen Wiedervereinigung mit Pablos/Mandels IV. Internationale zur Herausbildung einer Minderheitstendenz um James Robertson, die sich 1961 als Revolutionary Tendency konstituierte und 1965 ausgeschlossen wurde. Schon zuvor hatten Teile der Revolutionary Tendency Aktivitäten in Richtung Internationales Komitee entwickelt, doch auch dort wurden sie auf Betreiben von Gerry Healy 1966 ausgeschlossen. Aus dieser Tendenz entstand dann im September 1966 die Spartacist League (SL/USA); auf internationaler Ebene entwickelte sich bis zur formellen Gründung von 1974 die internationale Spartacist tendency (iSt), welche sich dann 1989 in International Communist League (ICL) umbenannte. Die iSt verteidigte den Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan und charakterisierte die polnische unabhängige Gewerkschaft Solidarnosc Ende 1981 als konterrevolutionär, da sie eine Restauration des Kapitalismus vorbereite:

„Solidarnosc konterrevolutionärer Kurs muß gestoppt werden! Wenn die Kremlstalinisten auf ihre notwendig stumpfsinnige und brutale Weise militärisch intervenieren, um sie zu stoppen, werden wir das unterstützen. Und wir laden im voraus die Verantwortung dafür auf uns; was immer für Idiotien und Grausamkeiten sie begehen werden, so fliehen wir doch nicht vor der Verteidigung des Zerschlagenes von Solidarnosc Konterrevolution.“¹⁶²

¹⁵⁵ Kellner, 2004, S. 137.

¹⁵⁶ Moreno wollte die IV. Internationale „reorganisieren“, Lambert dagegen „wiederaufbauen“.

¹⁵⁷ Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Organising_Committee_for_the_Reconstruction_of_the_Fourth_International; http://en.wikipedia.org/wiki/Parity_Committee_for_the_Reconstruction_of_the_Fourth_International das VSVI

¹⁵⁸ Vgl. International Trotskyist Opposition (ITO), Theses on the Crisis of the Fourth International and the Tasks of Consistent Trotskyists, 5. September 1998. http://ito.gn.apc.org/ito_crisisfi.htm (14.12.2005).

¹⁵⁹ Vgl. GAM, Opportunismus und gescheiterte Manöver. Die morenistische Internationale Arbeiterliga in den 80er Jahren, o. J. URL: <http://www.arbeitermacht.de/broschueren/sl/ka1.htm> (24.12.2004).

Weitere Informationen zu der IAL oder Liga Internacional de los Trabajadores - Cuarta Internacional (LIT-CI): http://es.wikipedia.org/wiki/Liga_Internacional_de_los_Trabajadores_-_Cuarta_Internacional.

Zur Krise der argentinischen MAS: [http://es.wikipedia.org/wiki/Movimiento_al_Socialismo_\(Argentina\)](http://es.wikipedia.org/wiki/Movimiento_al_Socialismo_(Argentina)); http://es.wikipedia.org/wiki/Nahuel_Moreno.

¹⁶⁰ Zur „Fracción Trotskista Cuarta Internacional“ siehe http://es.wikipedia.org/wiki/Fraccion_Trotskista_Cuarta_Internacional; http://de.wikipedia.org/wiki/Trotzkistische_Fraktion; <http://www.ft-ci.org/>.

¹⁶¹ Zur „Unidad Internacional de los Trabajadores“ (UIT): <http://www.uit-ci.org/>

¹⁶² Zitiert nach GAM, Der Letzte macht das Licht aus. Die Todesagonie des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale, o. J. URL: <http://www.arbeitermacht.de/dateien/broschueren/vs.htm> (24.12.2004).

In der DDR-Revolution verteidigte die deutsche Sektion der iSt/ICL, die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD), die DDR-Führung und forderte die Verteidigung von Mauerschützen, SED-Ministern und Staats-Mitarbeitern.¹⁶³ Die iSt/ICL hat heute Sektionen in 14 Ländern.

1.2.7.4 Internationale Bolschewistische Tendenz (IBT)

1982 spaltete sich von der iSt in den USA die External Tendency of the international Spartacist tendency ab, die mit einer weiteren Abspaltung der iSt in Deutschland von 1983, der Gruppe IV. Internationale, im Jahre 1985 die Internationale Bolschewistische Tendenz (IBT) gründete, die heute in den USA, Deutschland (Gruppe Spartakus), Neuseeland und England existiert.

1.2.7.5 Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI)

Wie bereits erwähnt, schätzte das IS der IV. Internationale in der Periode von 1946 bis 1951 die Weltlage als so instabil ein, dass jederzeit ein neuer Weltkrieg ausbrechen könnte.¹⁶⁴ Zum anderen wurde davon ausgegangen, dass sich der Kapitalismus ökonomisch nicht erholen könne und damit revolutionäre Erschütterungen vorprogrammiert seien. In dieser Phase opponierte die Mehrheit in der englischen Revolutionary Communist Party (RCP) unter Haston, Grant und Tearse sowohl gegen die Politik des Entrismus in die Labour Party wie auch gegen die Idee eines bevorstehenden Weltkrieges. Zudem sprach man sich gegen die Unterstützung Titos und gegen die Perspektive eines ökonomischen Zusammenbruchs aus. Als sich Healy 1953 von der IV. Internationale absprägte, verblieb Grants Gruppe in der Labour Party, trat mit Pablo in Kontakt, gründete 1955 die RSL und wurde 1957 als offizielle Sektion der IV. Internationale anerkannt. Auf Betreiben von Mandel und Pablo spaltete sich 1961 eine Gruppe von der RSL ab, die 1964 erneut in die Labour Party eintrat, dort eine eigene Zeitschrift publizierte und ein Jahr später als International Marxist Group (IMG) wieder austrat. Auf dem 8. Weltkongress von 1965 wurde die IMG als sympathisierende Organisation des VS VI anerkannt, ein Affront gegenüber der offiziellen Sektion, der RSL.¹⁶⁵ Nach anhaltenden Konfrontationen verließ dann Grants Gruppe das VS VI und gründete 1974 das Committee for a Workers' International (CWI). Diese Internationale hat heute Sektionen in über 35 Ländern, in Deutschland wird sie von der SAV repräsentiert. In England konnte die RSL (bekannter unter dem Namen Militant Tendency, benannt nach ihrer Zeitung *Militant*, die 1964 gegründet wurde) 1972 die Mehrheit der Labour-Jugend gewinnen, später errang sie sämtliche Sitze in deren nationalen Leitung. In den achtziger Jahren zählten über 8000 Mitglieder zu Militant, drei Abgeordnete waren trotz ihrer Bekanntheit als Trotzkisten im Unterhaus für die Labour Party vertreten, 1983 wurde die Mehrheit des Stadtrates in Liverpool von Militant-Mitgliedern gestellt.¹⁶⁶ Bis Anfang der neunziger Jahre vertraten Militant und das CWI die Position, dass man sich als Strömung in den traditionellen Arbeiterparteien statt in unabhängigen sozialistischen Parteien engagieren sollten.¹⁶⁷ Mit der neuen Weltlage, verursacht durch den Zusammenbruch des Ostblocks, wurde diese generalisierte Taktik nicht mehr aufrechterhalten, stattdessen die „offene Wende“ zur Gründung unabhängiger Parteien vollzogen.

1.2.7.6 Internationale Marxistische Tendenz (IMT)

1992 spaltete sich das CWI in Befürworter und Gegner einer eigenständigen Arbeit außerhalb der sozialdemokratischen Parteien („offene Wende“). Die Gruppen und Parteien, die weiterhin die entrustistische Taktik verfolgten, organisierten sich auf internationaler Ebene um die IMT, deren Perspektive im Aufbau eines linken Flügels innerhalb der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien wie z. B. in England zu liegen scheint:

¹⁶³ Vgl. usche, „Erich oder Nichterich“, in: *die tageszeitung*, 13.12.1991, S. 21; G. Aly, „Mielke-Prozeß: Lederhut hinter Panzerglas“, in: *die tageszeitung*, 11.02.1992, S. 5; C. Malzahn, „Vermutlich trägt er einen hellen Mantel“, in: *die tageszeitung*, 31.07.1992, S. 3.

¹⁶⁴ Das Weltkriegsszenario wurde noch bis 1955 aufrechterhalten.

¹⁶⁵ Vgl. Alexander, 1991, S. 492.

¹⁶⁶ P. Taaffe, „Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale“, in: SAV (Hrsg.), *Die Internationale: Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale*, Berlin 2000, S. 15.

Vgl. auch die ausführliche Untersuchung von Jens-Peter Steffen, *Militant Tendency. Trotzkismus in der Labour Party*, Frankfurt/M. usw. 1994.

¹⁶⁷ Vgl. Alexander, 1991, S. 491.

„In the next few years we can confidently predict that the mass workers' organisations – both the unions and the Labour Party – will be shaken from top to bottom. Nothing will be left of the ramshackle edifice of Blairism, which is built on sand. It will be blown away by events. The working class will reclaim its organisations, and on the basis of a socialist programme, will take its place in the fight to overthrow capitalism.“¹⁶⁸

Die IMT umfasst Sektionen in 21 Ländern, in Deutschland arbeitet Der Funke weiterhin in SPD und Jusos.

1.2.7.7 Internationale Sozialistische Tendenz (IST)

Die IST, dominiert von der Socialist Workers Party (SWP) in Großbritannien, umfasst mittlerweile Sektionen in 26 Ländern. Eine Gruppe um Tony Cliff trennte sich Ende 1948 aufgrund ihrer Staatskapitalismustheorie, der fraktionellen Auseinandersetzungen mit Gerry Healy und der mehr oder weniger unkritischen Unterstützung seitens der IV. Internationale für Jugoslawien von derselben. Man gründete mit 33 Personen die Socialist Review Group,¹⁶⁹ die entrustische Arbeit in der Labour Party begann. In den Sechzigern entstand daraus die Gruppe International Socialism (IS),¹⁷⁰ die 1964 die Labour Party wieder verließ, als man genügend Kader akkumuliert hatte. 1977 wurde IS mit mittlerweile über 4000 Mitgliedern in Socialist Workers Party (SWP) umbenannt. In Cliffs Organisation kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen, so entstand 1972 die Fraktion der Linken Opposition, die 1975 ausgeschlossen wurde¹⁷¹ und daraufhin Workers Power (WP) gründete. Diese organisierte sich dann mit anderen Parteien als BRKI (siehe unten). Die SWP und ihre Vorläuferorganisation besaßen aus mehreren Gründen eine hohe Attraktivität für sich radikalisierende Schichten. Zum einen lehnte sie es ab, die Sowjetunion und andere „deformierte Arbeiterstaaten“ zu verteidigen, was gerade in der Zeit des Antikommunismus der fünfziger bis siebziger Jahre von Vorteil war. In den Siebzigern arbeitete sie zudem in Kampagnen für die Gleichberechtigung von Homosexuellen und Immigranten, was ihr ein „linksliberales Label“ verlieh. Auch konnte sie sich in verschiedenen britischen Gewerkschaften Unterstützungsbasen aufbauen.¹⁷²

Die IST ist eine Internationale, die eher als Netzwerk fungiert, das die SWP aber alleine durch ihre Größe (ca. 4000 Mitglieder) politisch dominieren kann. Im Vordergrund steht der Aufbau nationaler Sektionen, was ein anderes Verständnis von der Rolle einer Internationale als das ihrer Konkurrenten verdeutlicht. In den neunziger Jahren kam es durch die Anwendung der Entrismustaktik in sozialdemokratischen Parteien zu Spaltungen in den Sektionen der IST in Kanada, Australien, Neuseeland, Deutschland und Südafrika. 2001 wurden Teile der Organisation in Griechenland und die gesamte US-Sektion, die ISO (welche ursprünglich von der SWP/US stammte), mit ca. 800 Mitgliedern ausgeschlossen. Die IST hat heute Sektionen in 28 Ländern. In Frankreich trat ihre kleine Gruppe der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) des VSFI bei, in England führte die International Socialist Group (ISG) des VSFI Beitrittsverhandlungen mit der SWP.¹⁷³

1.2.7.8 Liga für die 5. Internationale (LFI)

In den siebziger Jahren hatten sich durch Abspaltungen und Neugruppierungen eine Reihe von verstreuten trotzkistischen Gruppen in Europa herausgebildet, die mit den jeweiligen Interpretationen des „Trotzkismus“ durch die verschiedenen Internationalen wenig anfangen konnten und eine neue Internationale aufbauen wollten. Aus einem der vielen Diskussionsprozesse zwischen diesen Gruppen entstand nach 1976 die Notwendige Internationale Initiative (NII),¹⁷⁴ an der sich der deutsche

¹⁶⁸ R. Sewell, Crisis of Working Class Political Representation, 18 January 2006. URL: <http://www.socialist.net/content/view/2376/29/> (14.02.2006).

¹⁶⁹ Alexander, 1991, S. 483.

¹⁷⁰ Die International Socialists (IS) hatten Ende der Siebziger um die 5000 Mitglieder, ihre Wochenzeitung, *Socialist Worker* hatte eine Auflage von 30.000 Stück (W. Watt, „Die Linke in Großbritannien“, in: H. Rühle, / H.-J. Veen (Hrsg.), *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa*, Bd. II, Opladen 1979, S. 58.)

¹⁷¹ Vgl. Alexander, 1991, S. 486.

¹⁷² Vgl. A. Berthy, „Von der SWP zur SAG – Die Geschichte einer trotzkistischen Strömung“, in: *Die wahre Lebensfreude* (verbandsinterne Infoblätter der Jusos Hamburg), Oktober 1995. Papier beim Autor.

¹⁷³ Kellner, 2004, S. 136.

¹⁷⁴ Die NII ging auf die Initiative des Italieners Roberto Massari zurück, der 1974 mit dem VSFI brach, nachdem er dort zuvor die „Dritte Tendenz“ bzw. „Meshrayonka-Tendenz“ neben IMT und LTT angeführt hatte (vgl. Gellrich, 1999, S. 24).

Spartacusbund, seine österreichische Schwesterorganisation IKL, die italienische FMR und die englische ICL beteiligten.¹⁷⁵ Die NII zerfiel aufgrund unterschiedlicher programmatischer Vorstellungen. 1979 wurde von der britischen Workers Socialist League (WSL)¹⁷⁶ ein internationales Treffen organisiert.¹⁷⁷ Das Treffen führte zur Gründung des Trotzkistischen Internationalen Verbindungs-Komitees (TILC), das unter anderem von der Gruppe Workers Power (verbunden mit der Irish Workers Group) und der österreichischen IKL unterstützt wurde. Das TILC zerfiel, internationale Diskussionsprozesse wurden aber weitergeführt. 1983 wurde von vier Gruppen in Europa die Bewegung für eine revolutionäre kommunistische Internationale (BRKI) gegründet,¹⁷⁸ welche sich dann 1989 mit zwei weiteren Sektionen, Poder Obrero (Peru) und einer Gruppe in Bolivien in Liga für eine revolutionäre kommunistische Internationale (LRKI) umbenannte.¹⁷⁹ Seit 2003 nennt sich die LRKI nun Liga für die Fünfte Internationale (LFI). Sie hat Sektionen in sechs Ländern und vertritt die Position, dass „es nun über fünfzig Jahre her (ist), dass die Vierte Internationale als revolutionäres Instrument zerstört wurde“.¹⁸⁰

Die Positionen dieser Tendenz konnten in der deutschen GIM als „Kompaß-Tendenz“ in den Fraktionsauseinandersetzungen um 1974 einen gewissen Einfluss erlangen (vgl. ebd., 24f.).

¹⁷⁵ FMR: Frazione marxista rivoluzionaria, ICL: International Communist League (nicht zu verwechseln mit der iSt, die sich 1989 in ICL umbenannte).

¹⁷⁶ Thorne-TGruppe, Abspaltung von der WRP (Healy) aus dem Jahre 1974.

¹⁷⁷ Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Trotskyist_International_Liaison_Committee.

¹⁷⁸ Workers Power (England), Irish Workers Group (Irland), Gruppe Arbeitermacht (BRD), Pouvoir Ouvrier (Frankreich). 1986 trat der ASt, eine Abspaltung der Internationale Kommunistische Liga (Österreich), bei.

¹⁷⁹ LRCI, An ongoing history: the LRCI ten years on. April 19, 2000. URL:

<http://www.workerspower.com/wpglobal/lrcihistory.html> (06.11.2004). Siehe auch GAM/AST, „10 Jahre LRKI“, in: *Revolutionärer Marxismus*, Nr. 29, Winter 1999, S. 43–46.

¹⁸⁰ LRKI, Vorwärts zur Fünften Internationale! 6. Kongress der LRKI, in: Neue Internationale, Nr. 80, Mai 2003. URL: <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni80/fuenfte.htm> (28.10.2003).

Kapitel 2: Die historische und organisationspolitische Entwicklung des Trotzkismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz

2.1 Trotzkismus in Deutschland

2.1.1 Von der Linken Opposition der KPD zur deutschen Sektion der IV. Internationale

In den Jahren 1927 bis 1929 existierten eine Reihe von Oppositionsgruppen innerhalb der KPD, von denen die Gruppe um Arkadi Maslow, Ruth Fischer und Hugo Urbahns (die Sinowjew nahe standen) sowie die Weddinger Opposition für die entstehende trotzkistische Bewegung von Bedeutung waren. 1928 wurde durch die deutschen Anhänger Sinowjews der Leninbund mit rund 5000 bis 6000 Mitgliedern gegründet. Anfang 1930 wurde eine trotzkistische Fraktion ausgeschlossen, die im März 1930 die Vereinigte Linke Opposition der KPD gründete und Ende 1932 600 Mitglieder zählte. 1933 benannte sich die Linke Opposition in Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD) um.¹⁸¹ Die seit Ende 1934 im Untergrund arbeitenden IKD-Mitglieder wurden in den Jahren 1935/36 größtenteils verhaftet, viele in Konzentrationslagern interniert und umgebracht. Im April 1946 fand die erste Nachkriegskonferenz der deutschen Trotzkisten in München statt, auf der eine Reichsleitung der IKD gebildet wurde. Georg Jungclas und Wolfgang Salus wurden hauptamtliche Sekretäre.¹⁸² Ein weiteres Mitglied der IKD, Oskar Hippe, arbeitete seit Mai 1945 in der KPD und der späteren SED in Ostberlin und wurde 1946 für kurze Zeit Sekretär für Jugendarbeit beim FDGB-Bezirksausschuss Charlottenburg. 1946/47 baute er trotzkistische Gruppen in Merseburg, Halle und Weißenfels auf, bis er im September 1948 in Halle festgenommen und ein Jahr später zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. 1956 wurde er vorzeitig nach Westberlin entlassen.¹⁸³

Die IKD umfasste 1948 Gruppen in 14 Orten¹⁸⁴ und gab unter der Redaktion von Jungclas die Zeitschrift *Unser Weg* (1947 bis 1950) heraus. Jungclas wurde auf dem 2. Weltkongress der IV. Internationale zum Mitglied des Exekutivkomitees gewählt und blieb bis zu seinem Tode 1974 ununterbrochen in dieser Funktion.¹⁸⁵ Bereits 1947 arbeiteten Mitglieder der IKD in der SPD, und 1948 nahm Jakob Moneta als Delegierter des Kölner Bezirks am ersten Bundeskongress der Jungsozialisten in Gelsenkirchen teil.¹⁸⁶ Der Vorschlag dieser Mitglieder zum Eintritt in die SPD wurde auf einer Arbeitskonferenz der IKD von 1948 mehrheitlich abgelehnt.¹⁸⁷ Zunächst wurde die Sammlung der von SPD und KPD unabhängigen Linken als zentrale Aufgabe formuliert, durch den Bruch Titos mit dem Kreml ergab sich bald die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit ausgeschlossenen ehemaligen KPD-Mitgliedern.¹⁸⁸ 1951 wurde die Unabhängige Arbeiterpartei (UAP) gegründet, die einen Versuch der organisatorischen Zusammenfassung der von SPD und KPD unabhängigen Linken darstellte und in der unter anderen auch Wolfgang Leonhard mitarbeitete.¹⁸⁹ Die IV. Internationale orientierte sich zu

¹⁸¹ Vgl. A. Dannat, „Trotzkismus in Deutschland 1924-2000“, in: SAV (Hrsg.), *Die Internationale. Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale*, Berlin 2000, S. 27–29.

Mit der Umbenennung wurde der Anspruch, eine Opposition inner- bzw. außerhalb der KPD zu sein, aufgegeben.

¹⁸² N. Madloch, Zur Auseinandersetzung mit der Ideologie, Politik und Praxis des Linksopportunitismus in Deutschland und in Westberlin, Diss., Berlin, 1976, Bd. 2, S. 79.

¹⁸³ Vgl. Schüle, 1989, S. 149.

¹⁸⁴ P. Kulemann, *Die Linke in Westdeutschland nach 1945*, Hannover u. Frankfurt/M. 1978, S. 66.

¹⁸⁵ Das politische Leben von Georg Jungclas ist nachgezeichnet in: *Georg Jungclas. 1902-1975. Eine politische Dokumentation. Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre, mit einem Nachwort von Ernest Mandel*, Hamburg 1980.

¹⁸⁶ F. Bilz, „Auferstanden aus Ruinen. Neugründung, Konsolidierung, Anpassung – Die Zeit von 1945 bis 1960“, in: Jungsozialisten und Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Köln (Hrsg.), „...die treiben es ja auch zu weit“. 75 Jahre Kölner Jusos – ein Sammelband, Dortmund 1996, S. 37. URL: <http://www.spw-rheinland.de/index.php?lang=1&idcatside=170> (13.08.2004).

¹⁸⁷ Vgl. „Referatmanuskript des Genossen George Jungclas, gehalten auf einer Schulung der GIM und RKJ in Köln“, in: GIM Köln (Hrsg.), *Die Taktik des Entrismus. Dokumentation*, o. O. [Köln], o. J., S. 28.

¹⁸⁸ Vgl. Kellner, 2004, S. 85.

¹⁸⁹ Im selben Jahr siedelte Jungclas aus Aschaffenburg über Düsseldorf nach Köln um und baute die Kölner Gruppe der deutschen Sektion auf, der Ende der fünfziger Jahre zehn bis zwölf Mitglieder angehörten. So u. a. Georg Jungclas, Leni Perz (später verh. Jungclas), Heinz Beinert, Hans Peiffer, Horst Schöler, Willi Drehsen und ab Ende der 50er Jahre Herbert Fulfs und Helmut Wendler (Bilz, 1996, S. 40).

diesem Zeitpunkt noch an Tito als Hoffnungsträger gegen die stalinistische Bürokratie¹⁹⁰ und hatte den Aufbau der UAP seit 1950 unterstützt. Diese wurde mit jugoslawischen Geldern finanziert und konnte dem entsprechend eine Auflage von 30.000 Exemplaren ihrer Wochenzeitung *Freie Tribüne* aufweisen. Trotzdem umfasste sie nie mehr als 400 Mitglieder. Differenzen über die Haltung Titos zu Korea, den Charakter der Sowjetunion und der Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands führten noch im selben Jahr zum Zusammenbruch der UAP.

Nach dem 3. Weltkongress der IV. Internationale wurde auf internationaler Ebene in Folge der Erwartung eines wirtschaftlichen Niederganges und eines bevorstehenden Weltkrieges der Entrismus in die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien propagiert, und so traten die Mitglieder der IKD 1953 in die SPD ein. Bereits 1954 war der Einfluss der Gruppe so groß, dass ihr über die Jungsozialisten initiiertes „Manifest der Kölner Jungsozialisten zur Parteidiskussion“¹⁹¹, das sich für die Beibehaltung sozialistischer Politik in der bundesweiten SPD aussprach, vom Kreisparteitag der Kölner SPD unterstützt wurde (wobei dies auch der sozialistischen Ausrichtung der Kölner SPD zur damaligen Zeit entsprach).¹⁹²

Mitte der fünfziger Jahre konnte die deutsche Sektion einen maßgeblichen Einfluss auf die Jusos im Kölner Raum durch ihre Algeriensolidarität ausüben. Mit der Unterstützung des damaligen Bezirksvorsitzenden Wischnewski wurde konkrete Hilfe für die algerische FLN organisiert.¹⁹³ Von September 1958 bis April/Mai 1962 erschien die Zeitung *Freies Algerien* rund zwei Dutzend mal in einer Auflage zwischen 3000 und 4000 Stück, offiziell wurde sie vom Kölner Arbeitskreis der Freunde Algeriens unter Leitung von Wischnewskis herausgegeben. Inhaltlich wurde sie von Jungclas gestaltet, der seit 1957 Vorsitzender der SPD Köln-Nippes war. Die deutschen Trotzkisten arbeiteten an der Zeitschrift *Sozialistische Politik* (SOPO) mit, die von 1954 bis 1966 erschien und deren Ziel es war, die kritische Linke innerhalb der SPD und der Gewerkschaften zusammenzuführen. Mitarbeiter des mit einer Auflage von 1.200 Exemplaren recht kleinen Organs waren unter anderen Wolfgang Abendroth, Peter von Oertzen, Theo Pirker und Jürgen Seifert. Die fünfziger Jahre waren von antimilitaristischer und internationalistischer Arbeit geprägt, die Gruppe um Jungclas blieb weiterhin recht klein, war aber eine der zentralen Gruppen in der revolutionären Linken. Laut Poppenberg versuchte die Gruppe in der Paulskirchenbewegung Mitglieder zu gewinnen und Anfang der sechziger Jahre eine Partei aus ehemaligen SPD-Mitgliedern und „Republikflüchtlingen“ zu gründen und habe es 1961 Vereinigungsgespräche mit der „brandlerianischen“ Gruppe *Arbeiterpolitik* gegeben, die scheiterten.¹⁹⁴

Obwohl sich die SPD 1959 mit ihrem Godesberger Programm von einer sozialistischen Perspektive lossagte und 1961 ihren Studentenbund (SDS) ausschloss, verblieb die Jungclas-Gruppe in der SPD, was später von Jungclas als Fehler bilanziert wurde. Ende der fünfziger Jahre bestand die Gruppe aus rund 60 Personen.¹⁹⁵ In den sechziger Jahren arbeitete man erfolgreich in der Ostermarschbewegung mit, die allerdings von der SPD nicht unterstützt wurde. Auch nach der Großen Koalition von 1966 verblieb die Jungclas-Gruppe in der SPD:

¹⁹⁰ So hieß es in dem „Internationalen Informationsbulletin“ vom September 1950, dass Titos Anhänger „die Umgruppierung der revolutionären Kräfte auf internationaler Ebene“ vorbereiteten, damit die „Organisierung der neuen kommunistischen Opposition in den stalinistischen Parteien“ erleichtern, was es ermöglichen würde, „in naher Zukunft revolutionäre marxistische Formationen in einer ganzen Reihe von Ländern aufzubauen“ (zitiert nach North, 1988, S. 183).

Jean-Jacques Marie erinnert an die „Resolution über die Krise des Stalinismus und die Entwicklungen der jugoslawischen Revolution“ des VIII. Plenums des Internationalen Exekutivkomitees im Frühjahr 1950, in der die jugoslawische KP zum „stärksten Sprungbrett für den entscheidenden Sturmangriff auf den Stalinismus in seiner Krise wird“ (*Quatrième Internationale*, Mai-Juli 1950, zitiert nach Marie, 1979, S. 145).

¹⁹¹ Der Text ist als Faksimile zusammen mit einer Entschließung der Jahreshauptversammlung der Kölner Jungsozialisten vom Februar 1954 abgedruckt bei Bilz, 1996, S. 50/51.

Einer der Unterzeichner der Entschließung ist Hans-Jürgen Wischnewski, der eine kurze Zeit Mitglied der deutschen Sektion der IV. Internationale gewesen sein soll (vgl. G. Langguth, *Protestbewegung am Ende. Die Neue Linke als Vorhut der DKP*, Mainz 1971, S. 150).

¹⁹² Bilz, 1996, S. 49.

¹⁹³ Bilz, 1996, S. 46–48.

¹⁹⁴ Vgl. W. Poppenberg, Wirkungsbedingungen und Wirkungsfaktoren des Trotzkismus. Zu antileninistischen Parteauffassungen der trotzkistischen Gruppen in der BRD, Diss., Leipzig, 1979, S. 144.

¹⁹⁵ Bilz, 1996, S. 40.

„Die neue sozialistische Partei, deren Notwendigkeit nicht erst seit der Großen Koalition besteht und deren Konstituierung ein Axiom für die Strategie der linken revolutionären Kräfte sein muß, kann den Sprung aus der Erkenntnis zur Wirklichkeit erst dann tun, wenn es gelingt, entscheidende politische Klassenkräfte von ihrer politischen Führung zu lösen.“¹⁹⁶

Im gleichen Zeitraum beteiligte man sich darüber hinaus an der Fördergesellschaft des SDS, der Vereinigung unabhängiger Sozialisten (VUS), dem Freidenkerverband und der Deutschen Friedensunion (DFU). 83 Mitglieder zählt die Gruppe Anfang der sechziger Jahre.¹⁹⁷ Ab 1966 orientierte sie sich zunehmend auf die Ostermarsch- und Vietnam-Solidaritätsbewegung.¹⁹⁸

1968 nahm die deutsche Sektion, die weiterhin zwischen 50 bis 100 Mitglieder hatte, an Kampagnen gegen die Notstandsgesetze, gegen die NPD und gegen den Vietnam-Krieg teil und „trug entscheidend zum Gelingen des Berliner Vietnam-Kongresses bei“¹⁹⁹ an dem sich über 5000 Teilnehmer trafen. Im darauf folgenden Jahr entschied sie sich in Übereinstimmung mit dem VSVI zum Austritt aus der SPD²⁰⁰ und versuchte, die radikalierten Studierenden zu erreichen und einzubinden.

Im Oktober 1968 gründete die Westberliner Gruppe als Teil einer sich konstituierten Bolschewistischen Fraktion (Bolfra) in der deutschen Sektion des VSVI, zusammen mit Falken,²⁰¹ Oberschülern, Studierenden und Lehrlingen den Initiativausschuss für eine revolutionäre Jugendorganisation (später Kommunistische Jugendorganisation Spartacus-KJO) und wollte damit zweierlei erreichen: Erstens die Beendigung der entrustischen Arbeit der deutschen Sektion, zweitens die Organisierung der „Vorhut“ der Arbeiterjugend. 1969 kam es dann zur Spaltung: Auf der einen Seite benannte sich die Bolfra im Juni in Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD) um (der historische Name der deutschen Sektion der IV. Internationale), ihr gegenüber entstand die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) schon Pfingsten 1969 und wurde von der IV. Internationale als deutsche Sektion anerkannt. Neben der Auseinandersetzung um die Bilanz der Entrismusstrategie ging es vor allem um „statutarisch-organisatorische Fragen“.²⁰² Tatsächlich verließ die Bolfra den Kongress Pfingsten 1969, da sie unter der Führung von Jochen Ebmeier nicht mit Lothar Boepple²⁰³ einverstanden war, der Jungclas als Sektionssekretär nachfolgen sollte. Die GIM reflektierte im Juni 1970 selbstkritisch, dass

„theoretische Sterilität, das Warten auf ‚reale Kämpfe‘, sozialdemokratische Organisationspraktiken und ein unkritisches Verhältnis zum Internationalen Sekretariat (...) dem in einer 15jährigen entrustischen Praxis eingebütteten Arbeitsstil der älteren Genossen (entsprachen)“²⁰⁴.

Dagegen hätten die jüngeren Mitglieder rebelliert, aber auch die Rolle der Jugend zu stark betont. Auch um den Namen der neuen Organisation gab es Streit: Die Mehrheit der Mitglieder hatte auf der Konferenz die Annahme des Namens IKD abgelehnt, Jakob Moneta schlug den Namen Gruppe Internationale Marxisten (GIM) vor, was eine Mehrheit fand. Die Gruppe um Ebmeier nannte sich im Juni

¹⁹⁶ Jungclas, 1980, S. 268/269.

¹⁹⁷ Madloch, 1976, Bd. 2, S. 81.

¹⁹⁸ Vgl. Poppenberg, 1979, S. 144f.

¹⁹⁹ Vgl. Zentraler Rundbrief, Nr. 27, 7/1970. ASF: 9.1.5.III.

²⁰⁰ Der Austritt wurde nicht von allen Mitgliedern vollzogen. So verblieb, bis auf drei Mitglieder, der Großteil der etwa 15- bis 20-köpfigen Betriebszelle bei Daimler-Benz in Mannheim in der SPD. Dass nicht alle Mitglieder der deutschen Sektion austraten, wird auch in einer Dokumentation behauptet, die von Mitgliedern Unterbezirksvorstands der Jusos Bochum erstellt wurde (Autorenkollektiv Juso-UB-Vorstand Bochum [Hrsg.], *Die unbehelligte Unterwanderung der SPD durch Trotzkisten. Dokumentation*, Bochum 1975, S. 13).

²⁰¹ Auch in Köln hatte die deutsche Sektion einen großen Einfluss auf die lokalen Falken. Dort kontrollierte sie den Apparat des gesamten Unterbezirks (vgl. J. Schröder, *Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der ‚K-Gruppen‘*, Berlin 1990, S. 38).

²⁰² Vgl. GIM, *Wider den „National-Trotzkismus“*, Hamburg 1971; Langguth, 1971, S. 152.

²⁰³ In den fünfziger Jahren war dessen Vater, Willy Boepple, ebenfalls Mitglied des Internationalen Sekretariats (Madloch, 1976, Bd. 2, S. 80).

²⁰⁴ Zentraler Rundbrief, Nr. 27, 7/1970. ASF: 9.1.15.III.

1969 dann in IKD um.²⁰⁵ Zum Zeitpunkt der Gründung soll die GIM nicht mehr als 30 Mitglieder umfasst haben.²⁰⁶

2.1.2 Die Gruppe Internationale Marxisten (GIM) von 1969 bis 1986

Ab 1969 baute die GIM mit der Revolutionär-Kommunistischen Jugend (RKJ) eine sympathisierende Jugendorganisation auf, welche als „Vorhut der radikalierten Jugend“ dieselbe organisatorisch bündeln sollte. Anfang September 1970 kamen in Solingen 46 Vertreter von neun Gruppen der RKJ bzw. ihr nahe stehenden Gruppen zusammen. Diese Gruppen mit insgesamt rund 150 Mitglieder entstanden teils durch die Initiative örtlicher GIM-Gruppen (Hamburg, Mannheim, Stuttgart), teils aber auch aus Sozialistischen Clubs (Marl), Sozialistischen Betriebsgruppen (Speyer), Sozialistischen Schülerkollektiven (Neustadt), Falken (Köln, Düsseldorf) und aus Abspaltungen aus weiteren Schüler- und Studentengruppen.²⁰⁷ Auf der ersten Nationalen Konferenz Ende Mai 1971 repräsentierten 57 Vertreter insgesamt 16 Gruppen und „Stützpunkte“, gewählt wurden ein Zentralkomitee, eine Zentralkommission und ein Zentralbüro mit Sitz in Mannheim.²⁰⁸ Schon nach 27 Monaten vereinigten sich die GIM und die RKJ zur Jahreswende 1972/73, wobei die Gründung der RKJ im September 1970²⁰⁹ als Fehler bilanziert wurde. Immerhin konnte die RKJ in ihrer Hochzeit mit 400 Mitgliedern und derselben Anzahl von Sympathisanten in 30 Städten den Einfluss der GIM beträchtlich ausdehnen, allerdings wird die Mitgliederzahl der vereinigten Organisation auf gerade einmal 300 geschätzt.²¹⁰

Trotz interner Fraktionierungen im Zusammenhang mit den internationalen Auseinandersetzungen innerhalb des VSVI zwischen dem 9. und 10. Weltkongress (1969 und 1974) konnte die GIM von 450 (1971) auf 600 Mitglieder (1976) wachsen. Die Fraktionierungen hatten noch keine internen Lähmungsscheinungen provoziert und die GIM konnte weiterhin von den sozialen Protestbewegungen personell profitieren. Ab 1976 äußerte sich dann aber verstärkt

„die völlige und totale politische Orientierungslosigkeit, das völlige Fehlen irgendeiner allgemein akzeptierten, oder auch nur allgemein diskutierten, Analyse der politischen Situation und der sich daraus ergebenden Aufgaben für die GIM, ein Vakuum, das durch den oberflächlichen Aktivismus der Wahlkampagne nicht verdeckt wird“.²¹¹

1977 hatte die GIM trotz wachsender interner Auseinandersetzungen noch zwischen 400 und 500 Mitglieder²¹² in 45 Orts- und Betriebsgruppen.²¹³ Neue Fraktionen entstanden im Vorlauf der Nationalen Konferenz im Jahre 1977, von denen die Proletarische Fraktion (die dann 1979 ebenso wie die Kompaß-Fraktion²¹⁴ größtenteils austreten sollte) den „Aufbau funktionsfähiger Kollektive in den Großbetrieben“ und die Gewinnung von einfachen Arbeitern forderte.²¹⁵ Die Unfähigkeit der GIM, sich

²⁰⁵ Telefonisches Gespräch mit Helmut Wendler am 12.03.2005. Die weitere Entwicklung der IKD wird im Anschluss an die Darstellung der Geschichte der VSP beschrieben.

²⁰⁶ Angaben der Herausgeber in: Jungclas, 1980, S. 276.

²⁰⁷ RKJ-Info Nr. 5, Oktober 1970. ASF: 9.1.5.III.

²⁰⁸ Langguth, 1971, S. 156, 158.

²⁰⁹ Gellrich, 1999, S. 18.

²¹⁰ Vgl. Brandt/Steinke, 1984, S. 1628.

Die GIM war zumindest Anfang der siebziger Jahre in einigen Städten deutlich stärker als ihre „maoistischen“ Konkurrenzorganisationen. So in Köln, Mannheim, Speyer, Fulda und der Region Vogelsberg-Osthessen, Stuttgart (Schröder, 1990).

²¹¹ Typoskript, 6.10.1976. FES, Trotzkismus Archiv, Ordner (Box) Nr. 73.

²¹² Bartsch spricht von 1.200 Mitgliedern, was übertrieben sein dürfte (Bartsch, 1977, S. 127). Schlomann geht aufgrund der Angaben des Verfassungsschutzes von 1977 von gerade einmal 400 Mitgliedern aus (F.-W. Schlomann, „Trotzkisten – Europäische Arbeiter-Partei – „Maoisten“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn, Nr. 27/80, 5. Juli 1980, S. 13). Langguth wiederum spricht von 500 Mitgliedern (1983, S. 133).

Da Bartsch seine Zahlen nicht belegt, kann nach den Angaben des Verfassungsschutzes von Zahlen um die 400 Mitglieder ausgegangen werden.

²¹³ Madloch gibt eigene Angaben der GIM zur Aufschlüsselung dieser Gruppen wieder: 22 Ortsgruppen, zehn Stützpunkte, acht Hochschulgruppen, sieben Sympathisantengruppen, fünf „was tun“-Lesekreise, zwei Betriebsgruppen (Madloch, 1976 Bd. 2, S. 93).

²¹⁴ In Frankfurt wurde von 1981 bis 1984 die Zeitung *Kompaß – Sozialistische Zeitung* herausgegeben (vgl. W. Lubitz / P. Lubitz, *Trotskyist Serials Bibliography, 1927-1991*, München usw. 1993, S. 150, Nr. 0861. In der PDF-Version des Buchs von Wolfgang und Petra Lubitz: S. 62 (URL: http://www.trotskyana.net/LubitzBibliographies/Serials_Bibliography/zsn-bibl_ms.pdf [18.02.2005]).

²¹⁵ Werner Hülsberg, „9.-10. Juni in Frankfurt: Nationale Konferenz der GIM“, in: *was tun*, Nr. 267/268, 28.6.1979, S. 26.

1977 gab es zwei weitere Fraktionen in der GIM: die „Sozialistische Alternative“, die für den Aufbau einer organisationsüber-

unter Industriearbeitern zu verankern, sei auf deren verspätete Orientierung auf die Jugendradikalisierung zurückzuführen, und daraus folge die Konsequenz:

„Eine Beherrschung durch Antikapitalisten aus nichtproletarischen Schichten, die unfähig und unwillig sind, ihr angestammtes Milieu zu verlassen und sich in den Dienst der proletarischen Organisation zu stellen. Aus einer Taktik wurde ein neues Organisationspräge. Mit Arbeitsfeldern überall, nur nicht im Proletariat“.²¹⁶

Zumindest für die theoretischen Vorstellungen der GIM über die Rolle der Betriebsarbeit kann dieser Einschätzung widersprochen werden. Das Institut für politologische Zeitfragen (IPZ), das sich seit 1970 mit „Fragen der Subversion“ in der Schweiz beschäftigte, bescheinigte der GIM im Jahre 1980 die Entwicklung einer zumindest „theoretisch (...) konsequenten Strategie für einen offensiven betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf“.²¹⁷ Bereits ein Jahr zuvor hatte sich der von dem Institut der deutschen Wirtschaft herausgegebene *gewerkschaftsreport* mit „Trotzkisten und Gewerkschaften“ auseinandersetzt: Der Einfluss trotzkistischer Ideologie auf Gewerkschaften und linke Szene sei nicht unbedeutend, da diese noch stärker als andere kommunistische Richtungen die Einflussnahme auf Gewerkschaften und Betriebe als Schwerpunkt behandeln.²¹⁸ Als Beispiele dazu wird die Initiative des Arbeitskreis Leben (AKL) im Jahre 1978 angeführt, in dem sich Antiatom-Bewegung und Gewerkschafter vernetzen sollten. Im März 1978 nahmen an einer ersten Tagung rund 100 Gewerkschafter aus 20 Städten teil, Anfang 1979 existierten etwa 26 örtliche AKL-Gruppen. Diese müssten laut GIM eine dreifache Diskussion mit den Gewerkschaftsmitgliedern führen: über Atomenergie, über innergewerkschaftliche Demokratie und über die Bekämpfung des reaktionären Flügels in den Gewerkschaften.²¹⁹ Innerhalb der deutschen Gewerkschaften hatten nur einige wenige Persönlichkeiten der GIM einen starken Einfluss. Jakob Moneta war von 1962 bis 1978 Chefredakteur der *Metall* und des Funktionärsorgans *Der Gewerkschafter*. Ernest Mandel schrieb hier unter einem Pseudonym eine Reihe von Artikeln, die sich vor allem mit der kommenden Wirtschaftskrise in den frühen Siebzigern auseinandersetzen. Rudolf Segall hatte zudem einen beträchtlichen Einfluss auf die Linke in der IG Chemie,²²⁰ vier trotzkistische Betriebsräte arbeiteten in Mannheim.²²¹ Im Verhältnis zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der ML-Gruppen Mitte der Siebziger,²²² ist der quantitative Einfluss der Trotzkisten (im Unterschied zum qualitativen Einfluss) allerdings als gering zu bezeichnen.

Ein weiterer Schwerpunkt stellte neben der Betriebs- und Studierendenarbeit die Internationalismusarbeit dar. Gellrich stellt in seiner Arbeit über die GIM drei Beispiele vor, die er aufgrund der „Theorie der drei Sektoren der Weltrevolution“ auswählt: Im Sektor der kolonialen Revolution die Internationalismusarbeit zu Nicaragua, im Sektor der politischen Revolution die Arbeit der GIM zur polnischen Solidarnosc und im Sektor der sozialen Revolution die Arbeit zum britischen Bergarbeiterstreik.²²³ An dieser Stelle soll ergänzend darauf hingewiesen werden, dass die Initiativen der GIM durchaus weittragende Konsequenzen nach sich ziehen konnten. So ermöglichte Jakob Moneta, der sich unter anderem im Osteuropa- und im Bahro-Komitee, in der Initiative Solidarität mit Solidarnosc und im Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus engagierte, durch eine Einladung des IG-Metall-Vorstands, dass Wolf Biermann im November 1976 für Auftritte beim jährlichen Jugendmonat der IG

greifenden Partei argumentierte, welche das linke Milieu zusammenfassen sollte, und eine dritte Fraktion, die die Schwerpunktsetzung auf die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit verlangte. Die Leitungsgremien der GIM wurden durch die Fraktionskämpfe paralysiert, woraufhin, laut Peter Brandt und Rudolf Steinke, das VSVI die Bildung einer Paritätischen Kommission (PariKo) durchsetzte (Brandt/Steinke, 1984, S. 1610). Die PariKo wurde von der größten Minderheitsströmung um Herwart Achterberg vorgeschlagen.

²¹⁶ Fraktionserklärung der Proletarischen Fraktion, 12. Juni 1977. FES, Trotzkismus Archiv, Ordner (Box) Nr. 73.

²¹⁷ H. J. Horchem, „Kommunistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“, in: IPZ-Informationen, Nr. S/18, Juni 1980, S. 4.

²¹⁸ Vgl. U. Göbel, „Trotzkisten und Gewerkschaften“, in: *gewerkschaftsreport*, Heft 3, 1979, S. 6f.

²¹⁹ Vgl. ebd., S. 9.

²²⁰ Brief von Jakob Moneta an den Autor vom 15.12.2005.

²²¹ Brief von Jakob Moneta an den Autor vom 09.11.2005.

²²² Bei den Betriebsratswahlen 1975 gewannen diese bundesweit rund 120 Sitze (allein 100 davon entfielen auf KB-Mitglieder).

Vgl. M. Steffen, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes von 1971 bis 1991, Diss., Marburg, 2002, S. 163.

²²³ Gellrich, 1999, S. 69–76.

Metall aus der DDR ausreisen durfte. Nach seiner Ausbürgerung nahmen seine Ehefrau und er ihn und seine Mutter für mehrere Wochen in seinem Haus in Frankfurt auf.²²⁴

Auf der Nationalen Konferenz der GIM im Februar 1980 stritten erneut drei Fraktionen um die Charakterisierung der SPD und um die Aufarbeitung der Entwicklungen in Nicaragua und des 11. Weltkongresses von 1979 (die morenistische Bolschewistische Fraktion hatten sich komplett, die Leninistisch-Trotzkistische Fraktion teilweise abgespalten). Zur Frage der Wahlunterstützung für die SPD bei den Bundestagswahlen 1980 bildeten sich zeitweise sechs verschiedene Gruppen heraus. Die SPD-Nee-Fraktion erlangte eine Mehrheit, was das politische Eingreifen des Vereinigten Sekretariats zur Folge hatte. Nach Interventionen von Ernest Mandel und Jakob Moneta sprach sich dann eine Mehrheit auf einer zweiten Konferenz im Juni 1980 für einen Wahlauftruf zugunsten der SPD aus. Enttäuscht verließ ein Großteil der SPD-Nee-Fraktion die GIM.²²⁵

Die Aktivitäten der GIM waren in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vor allem durch zwei Kampagnen geprägt: Gegen Raketenstationierung und Aufrüstung und für die Einführung der 35-Stunden-Woche als Instrument gegen die wachsende Massenarbeitslosigkeit. Beide Themenkomplexe wurden von der GIM durch die Parole „Arbeitsplätze statt Rüstung“ verbunden, welche die im Verständnis der GIM strategisch notwendige Aufeinanderbezogenheit von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung ausdrücken sollte:

„Es ist ein politischer Erfolg der Friedensbewegung (der ihr selber gar nicht recht bewußt ist), daß sie Vorhutschichten der Arbeiterklasse integriert in gemeinsame Kampfaktionen gegen die Raketenstationierung. Damit ist ein wichtiger Schritt in Richtung der qualitativen Ausweitung und der Verbindung mit der Arbeiterklasse geschaffen. Es gilt ihn auszubauen“.²²⁶

Die GIM konnte zu dieser Zeit rund 250 Mitglieder²²⁷ in 17 Ortsgruppen²²⁸ zählen. Einen weiteren wichtigen Bestandteil der Arbeit zu dieser Zeit stellte der Aufbau einer unabhängigen Jugendorganisation dar. Nach der Fusion von GIM und RKJ 1973 publizierte eine mit der GIM assoziierte Gruppe bis 1982 die Zeitschrift *Thing – Zeitschrift zur Theorie und Praxis fortschrittlicher Jugendarbeit*. Lokale Schul- und Hochschulgruppen der GIM publizierten zudem den *Roten Maulwurf*. Eine bundesweit koordinierte Jugendarbeit hatte es bis Anfang der achtziger Jahre anscheinend nicht gegeben, wenn auch die GIM an den Hochschulen sehr aktiv war²²⁹ und sich im Jugendbereich auf das Thema Jugendarbeitslosigkeit konzentrierte. Als Anfang der achtziger Jahre erneut versucht wurde sich in Teilen der Jugend durch die Initiierung einer revolutionär-sozialistischen Jugendorganisation zu verankern, wurde die Zeitschrift *Thing* in *Roter Maulwurf* umbenannt. Die örtlichen Roten Maulwürfe wuchsen von drei Gruppen ab Oktober 1981 auf 17 Gruppen mit rund 150 Mitgliedern bis November 1983. Ab 1982 wurde vor dem Hintergrund einer gewissen Radikalisierung von Teilen der Jugend der Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Jugendorganisation verstärkt diskutiert, da sich laut GIM Jugendliche heute vor allem auf die Ökologie und Friedensbewegung orientieren würden – gleichwohl nähme der Abwendungsprozess von der SPD „keine erklärtermaßen [!] sozialistische Richtung“, so die Resolution der Delegiertenkonferenz der GIM zur Jugendarbeit von 1982.²³⁰ Da sich aber der Kapitalismus in einer Krise befände, würde „gerade die aktuelle Situation in Deutschland und der Stand der Jugendaradikalisierung (...) den Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation (erfordern)“.²³¹ Der Widerspruch zwischen beiden vorherigen Aussagen löst sich bereits in der folgenden Kapitelüberschrift: „Der Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation als erster Schritt heraus aus der Sack-

²²⁴ J. Moneta, *Solidarität im Zeitalter des Skeptizismus*. Kommentare aus drei Jahrzehnten, Köln 2004, S. 45f.

²²⁵ Vgl. Gellrich, 1999, S. 27, 36; Brandt/Steinke, 1984, S. 1612.

²²⁶ ZK-Material, Nr. 2/83. FES: Z 13332, S. 3.

²²⁷ Gellrich, 1999, S. 19.

²²⁸ Vgl. ZK-Material, Nr. 2/83, S. 8.

Ein wichtiger Hinweis zur Erklärung der gesunkenen Mitgliederzahl lässt sich auch aus der Bemerkung erschließen, dass es für „die Sympathisanten- und die Rekrutierungsarbeit seit Jahren kein allgemeines Modell mehr“ gäbe. Ebenso wenig gab es in den Ortsgruppen einen Verantwortlichen für die Mitgliedergewinnung.

²²⁹ Vgl. Gellrich, 1999, S. 91–100.

²³⁰ Vgl. Für eine revolutionär-sozialistische Jugendorganisation. Resolution der Delegierten-Konferenz der GIM zur Jugendarbeit Juni 1982, S. 12. ASF: 9.1.5. IV.

²³¹ Ebd., S. 22.

gasse“ – die GIM verstand trotz ihres Zweckoptimismus sehr wohl, dass es um ihr längerfristiges Überleben ging. 1984 benannten sich die Maulwürfe auf ihrem Gründungskongress mit 16 Ortsgruppen²³² in Revolutionäre Sozialistische Jugend (RSJ)-Roter Maulwurf um. Das Wachstum der Jugendorganisation wird von Gellrich auf die Teilnahme an der Friedens- und Alternativbewegung zurückgeführt, bei der die RSJ ein Profil aufgrund ihrer Orientierung auf die Arbeiterbewegung und ihrer Lateinamerika-Solidarität entwickeln konnte.²³³ Im Zuge der Vereinigungsdiskussionen der GIM mit der KPD kam es 1986 zu einer Fusion zwischen RSJ und der Jugendorganisation der KPD, Kommunistische Jugend Deutschland (KJD) als Autonome Sozialistische Jugendgruppen (ASJG).²³⁴

Vereinigungsphase 1986

In den frühen achtziger Jahren begannen sich die Organisationen auf der radikalen Linken langsam einander anzunähern, dies aus der Einsicht heraus, dass die Parteiaufbauprojekte der siebziger Jahre gescheitert zu sein schienen. Die politische Situation war in der damaligen BRD für die Linke durch zwei Umstände entscheidend geprägt. Zum Einen regierte seit 1982 eine konservativ-liberale Koalition und die reformorientierte Linke befand sich in der Defensive, zum Anderen konnten die Grünen einen großen Teil des radikal-linken Spektrums an sich binden. Innerhalb der GIM entwickelte sich das Bedürfnis von gemeinsamer Politik und Vereinigung der radikalen Linken gerade unter dem Eindruck des Aufgehens einer Reihe von Organisationen in den Grünen und dem Zerfall der eigenen Organisationen. Die ständigen Fraktionierungen hatten ihre Spuren hinterlassen:

„Denunziatorischer Diskussionsstil zerreißt das solidarische Band der Organisation (...)

Der Versuch, die Organisation (...) an eine Diskussion der entscheidenden Schwierigkeiten im Organisationsaufbau heranzuführen, ist an den internen Realitäten gescheitert (...). Die GIM steckt in einer tiefen Krise, deren wirkliches Ausmaß derzeit nur durch die Möglichkeit einer Vereinigung mit der KPD notdürftig überdeckt wird“.²³⁵

So erkläre sich auch die Vereinigungsbereitschaft einer Mehrheit der GIM und der KPD „nicht aus einer günstigen objektiven Situation, sondern vielmehr aus dem subjektiven Zustand von Schwäche und Erschöpfung, in dem sich beide Organisationen befinden“.²³⁶

Die GIM und die stalinistisch-maoistisch orientierte KPD hatten sich verstärkt seit 1984 angenähert. Diese galt bis Ende der Siebziger als „die Mutter aller K-Gruppen“ und wurde von der KP Albaniens offiziell als deren Bruderpartei anerkannt. Ihr damaliger Vorsitzender, Ernst Aust, war 1966 aus der damals illegalen KPD ausgeschieden und gründete mit befreundeten Organisationen die KPD/ML im Jahre 1968. Diese hatte seit Anfang der Achtziger ihre Vergangenheit zunehmend in Frage gestellt, sich vom Namenzusatz „ML“ getrennt und traf in ihrer Betriebs- und Propagandaarbeit auf die GIM, die ähnliche Forderungen und Herangehensweisen vertrat.²³⁷ Für die GIM und die KPD stellte sich nun die Frage, ob man mit einer Fusion einen Attraktionspol darstellen und zu einer Sammlungspartei für alle radikal-linken Strömungen werden könnte. Darüber hinaus sollte auch linken Gewerkschaftern eine Plattform geboten werden. Die Vereinigung beider Organisationen zur Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) fand im Oktober 1986 statt (siehe unten).

Publikationen

Von Mai 1968 bis Oktober 1986 erschien *was tun*, eine Zeitung, die sich nicht nur als Sprachrohr der GIM, sondern auch als offenes Diskussionsforum für die Beiträge anderer Sozialisten verstand.²³⁸ Die

²³² Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1984*, S. 34.

²³³ Gellrich, 1999, S. 98f.

²³⁴ Ebd., S. 100.

²³⁵ Ernst machen womit? Mit einer Politik die eingreift in Umgruppierungsprozesse, S. 2f. ZK-Sitzung 15./16.X.85, Material II. FES, Z 13332.

²³⁶ Ebd., S. 9.

²³⁷ Jünke, 2001, S. 3f.

²³⁸ Vgl. „In eigener Sache“, in: *was tun*, Jg. VII, Nr. 50, undatiert [April 1974], S. 2.

Vgl. auch in der gleichen Ausgabe: „Kommuqué“, S. 3, sowie „Nationale Konferenz der GIM. Der Klassenkampf in Westdeutschland und die Aufgaben der GIM“, S. 3/4.

Siehe auch die unmittelbar nach der Vereinigungskonferenz von GIM und KPD zur VSP erschienene letzte Ausgabe: *was tun. Sozialistische Zeitung*, 19. Jg., Nr. 439, 9.10.1986.

Auflagenzahl, die zu Beginn der Siebziger noch 9000 Exemplare umfasste, sank über 5000 im Jahre 1975 auf 2300 Exemplare Mitte der Achtziger.²³⁹ Die theoretische Zeitschrift *die internationale* (seit 1948 bzw. 1956 von der deutschen Sektion der IV. Internationale herausgegeben)²⁴⁰ wurde ab 1969 von der GIM publiziert. 1973 wurde die von der Westberliner Gruppe herausgegebene Publikation *Permanente Revolution in die internationale* integriert, im März 1985 wurde *die internationale* dann als Beilage der *Inprekorr*²⁴¹ (Internationale Pressekorrespondenz) eingefügt. Mit der Publikation der *Inprekorr*, die Berichte und theoretische Beiträge aus der IV. Internationale veröffentlichte, begann die GIM 1971.²⁴² Weitere Publikationen waren unregelmäßig veröffentlichte Broschüren der Roten Hefte, Reihe Betrieb und Gewerkschaft, ISP-Theorie und Sozialistische Gewerkschaftspolitik.²⁴³ Die GIM verfügte über einen Verlag, die Firma Internationale Sozialistische Publikationen oder ISP-Verlag.²⁴⁴

Organisationsstrukturen

Die Grundeinheiten der GIM bildeten die Ortsgruppen, die je nach Arbeitsfeldern auch Untergliederungen bilden konnten. Die Nationale Konferenz (NK), fand im jährlichen Rhythmus als Delegiertenkonferenz statt, zu der Delegierte von den Ortsgruppen aufgrund ihrer Positionen zu den jeweiligen Abstimmungsdokumenten gewählt wurden. Damit sollte gewährleistet werden, dass auch Minderheitenpositionen auf der Nationalen Konferenz vertreten waren.²⁴⁵ Die Konferenz wählte das etwa 25-köpfige Zentralkomitee (ZK), aus dessen Reihen ein Politisches Büro (PB) gewählt wurde. Das ZK konnte durch eine außerordentliche Konferenz, die von einem Viertel der Mitglieder einberufen werden konnte, abgewählt werden. Die Führung der GIM bestand 1975 u. a. aus Winfried Wolf, Herwart Achterberg, Anna Armand (Jakob Moneta), Jürgen Arz, Günter Minnerup, Manfred Müller und Boris Reinstein.²⁴⁶ Laut Madloch setzte sich das ZK durch die organisierten Tendenzen zusammen. So vertraten Mitte der siebziger Jahre sieben Mitglieder die Mehrheitstendenz, sechs die Kompaß- und zwei Mitglieder die LTT-Tendenz.²⁴⁷ Zu zentralen Arbeitsfeldern wurden ZK-Kommissionen eingerichtet, so zum Beispiel zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, zur Arbeit mit ausländischen Arbeitern, zu Frauen, Hochschule, Antimilitarismus und zu internationaler Solidarität.²⁴⁸

2.1.3 Die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) von 1986 bis 2000

„Vereinigen statt spalten“ wurde zur zentralen Lösung der im Oktober 1986 in Dortmund gegründeten Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP), die sich aus der Mehrheit der Mitgliedschaft von GIM und KPD zusammensetzte. Die neue Partei zählte bei ihrer Gründung rund 600 Mitglieder in 30 Ortsgruppen und entsandte 160 Delegierte zum Gründungskongress. Die erst zwölf-, dann 16-seitige *Soziali-*

²³⁹ Gellrich, 1999, S. 29.

²⁴⁰ Erscheinungsjahre: 1948/49 (Nr. 1 bis 3), sowie 1956 bis 1983. Neue Zählungen: 1956 bis 1968 (Jg. 1 bis 13), 1968 bis 1971 (Jg. 1 bis 4), 1973 bis 1983 (Nr. 1 bis 19). Vgl. Lubitz, 1993, S. 128, Nr. 0731; Internet-Version: S. 52.

²⁴¹ Ab deren Nummer 167 (Lubitz, 1993, S. 110, Nr. 0654; Internet-Version: S. 45).

²⁴² Die Zeitschrift *Inprekorr – Internationale Pressekorrespondenz* erscheint bis in die Gegenwart. Laut Impressum wird ist sie „das Organ der IV. Internationale in deutscher Sprache“ und wird sie „von der deutschen Sektion der IV. Internationale herausgegeben, von RSB und isl (...) in Zusammenarbeit mit GenossInnen aus Österreich und der Schweiz und unter der politischen Verantwortung des Exekutivbüros der IV. Internationale“. Als Kontaktadressen sind im Impressum Anschriften der isl in Köln, des RSB in Mannheim, der SOAL in Wien sowie von *Inprekorr* in Basel angegeben.

Verlag und Erscheinungsort (sowie Druckerei und die presserechtliche Verantwortlichkeit) haben im Laufe der Jahre häufiger gewechselt: Stuttgart, Frankfurt a. M., Brüssel, Frankfurt a. M., Köln. Diese Änderungen standen offenbar mit einem Wechsel der politischen Herausgeber, der Mitarbeiter und der Hauptverantwortung in einem Zusammenhang.

Die Angaben in der Bibliographie der trotzkistischen Periodika und Schriftenreihen von W. und P. Lubitz (Lubitz, 1993, S. 110, Nr. 0654; ; Internet-Version: S. 45) sind nicht mehr aktuell.

Der Inhalt von neueren Ausgaben, einige Informationen zum Selbstverständnis usw. sind auf der Webseite zu finden:
<http://inprekorr.de>.

²⁴³ Gellrich, 1999, S. 30.

²⁴⁴ Dass auch der Hamburger Verlag Association GmbH von ihr kontrolliert worden sein soll und daneben sechs weitere ihr nahe stehende Verlage existiert hätten, es zudem drei Vertriebsstellen in Hamburg, Gießen und Westberlin gegeben haben soll, wie Norbert Madloch behauptet, gehört in den Bereich der Legenden (vgl. Madloch, 1976 Bd. 2, S. 92).

²⁴⁵ Vgl. Gellrich, 1999, S. 23.

²⁴⁶ Poppenberg, 1979, S. 162.

²⁴⁷ Madloch, 1976, Bd. 2, S. 90.

²⁴⁸ Vgl. ebd.; Gellrich, 1999, S. 23.

stische Zeitung (SoZ) wurde mit einer Auflage von 2.500 Exemplaren zweiwöchentlich herausgegeben.

43 Mitglieder der ehemaligen GIM, die als organisierte Minderheit schon seit Ende 1985 für einen Eintritt in die Grünen plädiert hatten,²⁴⁹ traten diesen als Gruppe Horizonte mit dem Ziel des Aufbaus eines ökosozialistischen Flügels bei. Sie veröffentlichte 1987 und 1988 sechs Ausgaben der Zeitschrift *Horizonte*, verlor zunehmend an Zusammenhalt und löste sich im Laufe der Jahre 1989 und 1990 auf.²⁵⁰

Die deutsche Linke reagierte auf die Gründung einer Partei, die beispielhaft versuchte die zerstrittene Linke zu einigen, entweder verhalten oder gar nicht. Die SAG lehnte ab, mit dem KB, der MLPD und den Demokratischen Sozialisten (DS) kamen kurze Diskussionen und Kontakte zustande, einzig der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)²⁵¹ zeigte über zwei Jahre lang ein ernsthaftes Interesse.²⁵² Schon ein Jahr später vertraten auf der ersten Delegiertenkonferenz 117 Personen insgesamt 500 Mitglieder. Programmatisch wurden Positionen zur Frauenunterdrückung, Arbeitslosigkeit, Antifaschismus, Imperialismus und zur Globalisierung erarbeitet, die der VSP in den politischen Bewegungen bis 1990 (Antifaschismus, Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel, PorNo-Kampagne, Proteste gegen Jugendarbeitslosigkeit etc.) ein wachsendes Gewicht in der Linken ermöglichte. Dieses wachsende Gewicht muss aber im Verhältnis zu dem schlechenden Niedergang der gesamten deutschen radikalen Linken gesehen werden. Die KPD beispielsweise, die 1974 noch 5000 Mitglieder und Sympathisanten zur Abschlussveranstaltung ihres 1. Parteitages mobilisieren konnte, löste sich 1980 auf und konstatierte eine Krise der gesamten radikalen Linken. Darüber könnten auch solidarische gemeinsame Debatten nicht hinweg täuschen:

„Die Perspektive einer Linken, die nun zwar solidarisch miteinander verkehrt, um so mehr aber im eigenen Saft schmort, kann ich keinen großen Geschmack abgewinnen“, meinte bereits 1981 das ehemalige Mitglied des Zentralkomitees des Jugendverbandes der KPD, Bernd Ziesemer.²⁵³ Infofern sei „das Scheitern der ML-Bewegung nur die Spitze des Eisberges“ und die Linke sei „gezwungen dies wahrzunehmen“:

„Fraktionsmentalität und Äußerlichkeit gegenüber realen Interessen und Bewegungen werden alle Anstrengungen der Linken immer wieder zum Scheitern verurteilen, weil man die zugrundeliegenden emanzipatorischen Interessen nicht kennt, nicht wahrnehmen kann, missversteht.“²⁵⁴

Doch die Notwendigkeit einer perspektivischen Überwindung der Frontstellungen im linken Lager wurde zunehmend zu einer Conditio sine qua non derjenigen Linken, die schon früher zu einer kritischen Diskussion mit anderen Linken neigten bzw. dies nun als Ausbruchversuch aus dem „linken Ghetto“ begriffen. In den achtziger Jahren kam es so einer Reihe von Diskussionen, gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionseinheiten innerhalb der radikalen Linken. Einen tatsächlichen „Durchbruch“ in Form eines Zusammengehens unterschiedlicher Organisationen gab es trotzdem nur bei der GIM und der KPD. Nach dem Scheitern der Einigungsgespräche mit dem BWK setzten die VSPl er verstärkte Hoffnung in das Projekt einer „Radikalen Linken“, von dem sie sich neue Impulse versprachen.²⁵⁵ Die radikale Linke hatte Ende der achtziger Jahre gesellschaftspolitischen Rückenwind. Die Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1988 in West-Berlin, das Entstehen einer jungen antifaschistische Szene, Bewegungen an den Hochschulen, der Reformkurs Gorbatschows und die Wahl von Thomas Ebermann zum Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen sorgten für eine Aufbruchsstimmung, die in der VSP allerdings auch alte ungelöste Fragen wieder auf die Tagesordnung setzten.²⁵⁶ So ließ der

²⁴⁹ Gellrich, 1999, S. 107.

²⁵⁰ Die erste Ausgabe von *Horizonte* erschien mit dem Untertitel Info und der Angabe „Dezember 1986 / Januar 1987“, das letzte Heft bereits im Jahr 1988.

²⁵¹ Der BWK hatte sich im September 1980 vom Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) abgespalten.

²⁵² Jünke, 2001, S. 5.

²⁵³ Bernd Ziesemer, „Fraktionsmentalität und soziale Bewegungen. Zu einigen Aspekten des Scheiterns der KPD“, in: Karl Schlögel, Willi Jasper, Bernd Ziesemer, *Partei kaputt. Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken*, Berlin 1981, S. 81, 84.

²⁵⁴ Ebd., S. 84.

²⁵⁵ G. Olzog / H.-J. Liese, *Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung*, 19. Aufl., München 1991, S. 201.

²⁵⁶ Jünke, 2001, S. 6.

Reformkurs Gorbatschows die nicht aufgearbeiteten Differenzen innerhalb der VSP zum Charakter der Sowjetunion und der Bürokratie plötzlich aufbrechen. Vor diesen Differenzen hatten bereits vor der Vereinigung die Kräfte innerhalb der GIM gewarnt, die sich auf die Grünen orientiert hatten. Die ungelösten grundlegenden Differenzen zur Tradition der KPD würden „in der neuen, größeren Organisation ebenso scharf aufbrechen“.²⁵⁷ Die Aufbruchseuphorie konnte diese Differenzen noch zeitweilig überdecken, wenngleich ab 1988 wieder dunkle Wolken am politischen Horizont aufzogen. In diesem Jahr wurde der linke Flügel der Grünen gestürzt, Ebermann trat ein Jahr darauf aus dem Bundesvorstand zurück. Teile der Linken sannen nun darüber nach, inwieweit die Partei der Grünen zu spalten sein könnte und mit der Organisierung einer „Radikalen Linken“ ein Organisationsangebot an deren linken Flügel zu machen sei. Gleichzeitig rumorte es in der DKP, in der sich ein wachsender Teil der Mitgliedschaft für eine Öffnung gegenüber der radikalen Linken aussprach. Der Marburger Politologe Georg Fülberth fand mit dem Vorschlag eines strömungsübergreifenden Blocks auf einem Kongress des Kommunistischen Bundes (KB) im Januar 1989 „aufmerksame Zuhörer“,²⁵⁸ im Frühjahr 1989 fand der erste Vorbereitungskongress statt. Eine Reihe innen- und außenpolitischer Vorgänge ließ dann den Versuch einer konzentrierten Zusammenarbeit der radikalen Linken scheitern, und zwar so tiefgreifend, dass sie sich bis heute nicht davon erholt hat: Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung, die Niederlage der Sandinisten in Nicaragua, die Spaltung des KB und der Irakkrieg 1991. Tapfer wandte sich die VSP (wenn auch nicht vollständig) gegen die Parole der entstehenden anti-deutschen Bewegung „Nie wieder Deutschland“ mit der Forderung, dass nur das

„Ansetzen an den sozialen Ängsten und Forderungen die einzige Chance [sei], die Gegnerschaft gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse im künftigen Großdeutschland auszuweiten und die Notwendigkeit einer umfassenden Alternative dazu breiter zu verankern“.²⁵⁹

„Politisch-praktisch jedoch schwankte die VSP im Jahre 1990 zwischen den verschiedenen linken Tendenzen hin und her. Ein Teil der Organisation engagierte sich stark bei der Radikalen Linken, ein Teil bei der Linken Liste/PDS, manche bei beiden, und andere wollten sich auf den alleinigen Aufbau der VSP konzentrieren.“²⁶⁰

1989/90 orientierte sich die VSP-Mehrheit auf eine Zusammenarbeit mit der Vereinigten Linken (VL) in der DDR. Ehemalige GIM-Mitglieder in der VSP gruppieren sich daraufhin um die Zeitschrift *Avanti*, die von der Gruppe Revolutionäre SozialistInnen herausgegeben wurde.²⁶¹ Der Zusammenbruch der bürokratischen Diktaturen wurde von der VSP begrüßt, der Anschluss der DDR an die BRD wurde abgelehnt. In der Vereinigten Linken (VL) fand man einen Bündnispartner, der personell wie materiell bei den Volkskammerwahlen unterstützt wurde. Die VL organisierte Ende 1989 zwischen 300 und 500 Personen aus verschiedensten gesellschaftlichen Schichten.²⁶² In den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 kam sie auf 20.342 Stimmen²⁶³, ein enttäuschendes Ergebnis, das wahrscheinlich zu der nicht zustande gekommenen Vereinigung beider Parteien beitrug.

Die allgemeine Euphorie in der Linken schlug nach der Wiedervereinigung, dem „Rechtsruck“ in Deutschland, dem Sieg der „kapitalistischen Konterrevolution“ in den ehemaligen Ostblockstaaten und der Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua (Februar 1990) in Resignation um. Die PDS spielte zum damaligen Zeitpunkt für Teile der Linken eine ähnliche Rolle wie die Grünen Anfang der achtziger Jahre, da sie mit über 100.000 Mitgliedern und der internen Auseinandersetzung für einen „zeitgemäßen Sozialismus“ einen gewissen Anziehungspunkt darstellte. Jakob Moneta trat in die PDS ein und wurde von 1992 bis 1995 zu deren gewerkschaftspolitischen Sprecher.²⁶⁴

Obwohl sich die VSP im Golfkrieg 1991 weiterhin politisch und personell stark engagierte, war der innere Zerfallsprozess nicht aufzuhalten. Die im Oktober 1989 begonnene Publikation der Jugendzei-

²⁵⁷ Ernst machen womit? a.a.O.

²⁵⁸ Jünke, 2001, S. 7.

²⁵⁹ Zitiert nach ebd., S. 8.

²⁶⁰ Ebd., S. 8f.

²⁶¹ Näheres dazu beim Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB).

²⁶² Vgl. die *tageszeitung*, 23.09.1989, S. 3.

²⁶³ H. G. Lehmann, *Deutschland-Chronik 1945 bis 2000*, Bonn 2000, S. 392.

²⁶⁴ P. Moreau, „Biographisches Porträt: Jakob Moneta“, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 7, 1995, S. 187.

tung *Barrikade* wurde im September 1991 mit der neunten Ausgabe eingestellt.²⁶⁵ Ihr folgte ab Januar 1992 ein *Roter Maulwurf*.²⁶⁶

1991 kam die VSP in ihrem Papier „Bilanz und Perspektiven der Linken und der VSP“ zu dem Schluss, dass die ursprüngliche Vereinigungsperspektive auf einer zu verengten Sichtweise beruht habe und dass man sich allgemein kritischen Kräften stärker hätte öffnen müssen. Die Formierungsprozesse auf der Linken würden auch antiimperialistische, autonome, anarchistische, ökosozialistische, radikalfeministische und radikaldemokratische Strömungen umfassen. Zudem müsse man sich stärker vor Ort engagieren: Tarifrunden, Programm für den Wohnungsbau, Siedlungs- und Stadtsanierung, Verkehrs- und Energiesektor, Koordinierung der Gewerkschaftslinken in Ost und West.²⁶⁷ Damit war (aus heutiger Sicht) der Untergang der VSP vorprogrammiert. Während andere trotzkistische Parteien sich weiterhin auf den Aufbau von Kaderorganisationen konzentrierten (die Voran-Gruppe trat aus den Jusos aus, die SAG trat in diese ein, andere versuchten, sich theoretisch und programmatisch über die „neue Weltlage“ bewusst zu werden und ihre Mitgliedschaft zusammenzuhalten), versuchte die VSP, sich weiterhin an allem zu orientieren und anzuschließen, was ein neues „linkes Projekt“ zu versprechen schien – um dann Mitglieder an diese Projekte zu verlieren bzw. nach Ende der linken Projekte die Mitgliedschaft zu desillusionieren.

Die Zahl der Mitglieder sank unter 300, 1992 spaltete sich eine weitere Gruppe (Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer SozialistInnen) ab, die später den Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB) gründen sollten. 1994 wurde mit Winfried Wolf ein langjähriges Führungsmitglied der GIM/VSP über die PDS-Liste in den Bundestag gewählt, um dann Ende der Neunziger der Plattform zur Erneuerung der PDS beizutreten. 1995 benannte sich die 150 Mitglieder zählende VSP dann in Vereinigung für sozialistische Politik um. Nachdem man sich 1998 mit weniger als 100 Mitgliedern noch einmal zu einem bundesweiten Treffen durchringen konnte, wurde 2000 festgestellt, dass die Organisation aufzulösen sei, aber zumindest die SoZ weiterhin von der neuen Trägergemeinschaft, dem Verein für solidarische Perspektiven e.V. (VSP) gemeinsam herausgegeben werden sollte. Der ehemalige Verantwortliche für die Zeitschrift *Inprekorr*, Klemens Alff, fasst die Geschichte der VSP folgendermaßen zusammen:

„Nach der Gründung der VSP von 1986 wurde langsam klar, dass 1+1=1,5 ist. Man lag politisch am Boden, es wurde faktisch nichts mehr gemacht. Das gilt sowohl für die politische Arbeit, als auch für die völlige programmatische Lähmung. (...) Bei den wenigen aktiven Ortsgruppen mit ehemaligen KPD-Mitgliedern, die es auch dort gab, wo vorher keine GIM existierte, da wurde härtester Stalinismus betrieben und ziemlich bald war in der VSP kaum noch ein ehemaliger KPDler. Und die anderen Organisation, die da mitkunghalten, die waren nach schrecklicher, wie z. B. der BWK oder die Stalino-Anarchisten, da gab es so eine gemeinsame Beilage in der Zeitung. Jedenfalls gab es eine rasche Demoralisierung der Leute, obwohl auch einige eingetreten sind, die sonst vorher nirgendwo organisiert waren. (...) Und dann kamen auch noch postmoderne Tendenzen in die Debatten hinein, Foucault und so. Und das war natürlich dann ein Tiefpunkt bei kontinuierlicher Abnahme der Mitgliedschaft. (...) Das Interessante ist, dass die wenigen Leute, die damals in die VSP eingetreten sind, dann direkt zu ‚Hardcore-Trotzkisten‘ wurden, was aber die VSP auch nicht mehr retten konnte“.²⁶⁸

Dies sieht das langjährige Mitglied von GIM, VSP und RSB Peter Berens ganz anders:

„Nach der Gründung der VSP gab es bis 1989 erst einmal eine fast euphorische Parteiaufbauphase. Im Ruhrgebiet verfügte die VSP bei Thyssen in Duisburg, Babcock und MAN-GHH in Oberhausen, Siemens in Witten und Hoesch in Dortmund über jeweils mehrköpfige Betriebsgruppen. Nach der Gründung erschienen in diesen Betrieben wieder regelmäßig Betriebszeitungen. In einer ganzen Reihe von Betrieben arbeiteten einzelne Aktivisten. An der Betriebsarbeiterkonferenz der VSP in Dortmund nahmen mehr

²⁶⁵ Vgl. Lubitz, 1993, S. 16, Nr. 0087; Internet-Version: S. 6.

²⁶⁶ Von dieser, wie der Untertitel lautet, „revolutionär-sozialistische(n) Zeitung für junge Leute“ sind offenbar nur zwei Ausgaben erschienen.

²⁶⁷ Jünke, 2001, S. 9.

²⁶⁸ Interview mit Klemens Alff am 31.03.2005.

als 100 GenossInnen teil, die alle Vertrauensleute, Betriebsräte oder Vertrauenskörperleiter waren. Mit dem Zusammenbruch der DDR endete diese Phase und die Organisationsfeindlichkeit und Perspektivlosigkeit nahm überhand.²⁶⁹

Wie auch immer man die Parteigeschichte der VSP bewerten mag, die GIM und die VSP waren nicht nur Randerscheinungen in der deutschen Linken, vielmehr konnten sie über eine lange Zeit Diskussionen und Politik der gesamten deutschen Linken beeinflussen. Sie formulierten Positionen und Thesen zur Frauenfrage, Ökologie und Atomkraft, lange bevor andere Linke dies taten bzw. mit einer stärkeren Resonanz als andere linke Gruppen:²⁷⁰

„Bis Mitte der siebziger Jahre gab es keine politische Frage, neue Initiative oder Kampagne, in der die GIM nicht eine gleichberechtigte, oft führende Initiativrolle neben anderen Organisationen spielen konnte (Portugal- und Spaniensolidarität, §218-Aktionen, Russell-Tribunal, Rock gegen Rechts, Erwitte-Solidarität, Heinz-Brandt-Solidarität, Aktionskreis Leben usw. usf.).“²⁷¹

Von den einen als „Rechtstrotzkisten“²⁷² von den anderen als „Linkssozialisten“,²⁷³ Zentristen²⁷⁴ oder Reformisten bezeichnet, versuchten GIM und VSP beständig die Gratwanderung zwischen „Sektierertum“ und „Opportunismus“, also einerseits ein revolutionäres Programm aufrechtzuerhalten und andererseits sich nicht von den sozialen Bewegungen zu isolieren. Die GIM, auch „Gruppe interner Meinungsverschiedenheiten“²⁷⁵ genannt, bezahlte den Versuch einer undogmatischen Verknüpfung von Arbeiterbewegung und sozialer Bewegung und die Unfähigkeit, sich als revolutionäre Organisation in einer nicht-revolutionären Umgebung aufzubauen, mit ihrer Existenz.

Ihr Verständnis von einer Avantgarde, die auch gerade Intellektuelle umfasste, ließ sie für Personen interessant werden, die der GIM und der VSP einerseits eine breite intellektuelle und fundierte theoretische Basis verschafften, aber auf der anderen Seite auch zu Tendenzen führten, die sich der Idee des Aufbaus einer proletarischen revolutionären Partei nach und nach entzogen. Politiker wie der grüne Landtagsabgeordnete Daniel Kreutz, der ehemalige PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf, der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf, der PDS-Landesvizevorsitzende Udo Wolf, der Hamburger Abgeordnete Norbert Hackbusch, Kerstin Müller und Andrea Fischer von den Grünen waren Mitglieder der GIM und/oder der VSP. Jakob Moneta, der ehemalige Chefredakteur der IG-Metall-Mitgliederzeitung, Metall, hatte sich in den dreißiger Jahren in Palästina der trotzkistischen Bewegung angeschlossen und war seit Ende der vierziger Jahre Mitglied der deutschen Sektion; es ist auch behauptet worden, Hans-Jürgen Wischnewski sei in den fünfziger Jahren eine kurze Zeit Mitglied gewesen.²⁷⁶ Jan Philipp Reemtsma war lange Jahre Mäzen und Sympathisant der GIM.²⁷⁷ Bei intensiver Recherche würde man auf weitere Namen stoßen, allerdings können auch die verschiedenen „ML-Parteien“ eine solche Liste vorweisen.

2.1.4 Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD) und Spartacusbund von 1968 bis 1981

²⁶⁹ E-Mail von Peter Berens an den Autor vom 26.10.2006.

²⁷⁰ „Wie sonst vielleicht nur der gemäßigt maoistische, zirka viermal größere KB gelangte die GIM schon in den Siebzigern zu Positionen, die heute progressiver Stammtischstandard sind, in den damaligen linken Glaubenskriegen aber revolutionär-atheistisch wirkten: Für Feminismus, Ökologie, offene Grenzen, Meinungsfreiheit und Rätedemokratie, gegen alle, die dagegen sind.“ (C. Meueler, „Klappe auf statt Klappe zu“, in: *junge Welt*, 19.02.2000, S. 17.)

²⁷¹ ZK-Sitzung 5.16.X.85, Material II. FES, Z 13332, S. 6.

²⁷² W. Olles, „Wir sind die Rote Garde des Proletariats“, in: *Junge Freiheit*, 2.02.2001, S. 8.

²⁷³ Jünke, 2001.

²⁷⁴ Poppenberg, 1979, S. 73.

²⁷⁵ Interview mit Clemens Alff am 31.03.2005.

²⁷⁶ Dass Peter von Oertzen Mitglied der deutschen Sektion der IV. (VSVI) gewesen sein soll (Madloch, 1976, Bd. 1, S. 108), ist wohl eine Erfindung. Jakob Moneta bestreitet dies, weist aber auf dessen nach wie vor existierende Sympathie für die IV. Internationale/VSVI hin (Brief von Jakob Moneta an den Autor vom 15.12.2005).

Norbert Madloch behauptet auch, Heinz Kühn, der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, sei Mitglied der lamarckistischen IAK gewesen (Madloch, 1976 Bd. 1, S. 108).

²⁷⁷ C. Semler, „Der Heizer auf der Kommandobrücke“, in: *die tageszeitung*, 29.04.1996, S. 3.

Die Bolschewistische Fraktion (Bolfra) in der deutschen Sektion der IV. Internationale wollte mit dem 1968 gegründeten Initiativausschuss für eine revolutionäre Jugendorganisation²⁷⁸ eine Jugendorganisation schaffen, die der zukünftige Kern einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse sein sollte. Die „frischen Schichten“ der arbeitenden Jugend sollten mit der Unterstützung der Jugendorganisation Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse verankern und sich mit den kämpfenden Teilen der Arbeiterklasse vereinen.²⁷⁹ Die Bolfra verfolgte anfangs das Ziel, die deutsche Sektion des VSVI zur Ausdehnung der Jugendorganisation auf die gesamte BRD zu orientieren.²⁸⁰ Dahinter stand nicht nur die grundsätzliche Infragestellung der Entrismusstrategie, sondern die sich daraus ableitende theoretische Konzeption, dass zum Aufbau der Sektion die Schaffung einer revolutionären Jugendorganisation notwendig sei. Dies

„wurde einerseits aus der Unterbrechung der Kontinuität der deutschen Arbeiterbewegung durch die Erfahrung mit Faschismus, Stalinismus und der durch den langen Wirtschaftsboom begünstigten ‚technokratischen‘ Integrationspolitik der SPD, andererseits aus der Rolle der Jugend, insbesondere der proletarischen Jugend, im materiellen und ideologischen Reproduktionsprozess der bürgerlichen Gesellschaft in der Epoche des Neokapitalismus abgeleitet“²⁸¹.

Die IV. Internationale habe dagegen die auf kurzfristige Mitgliedergewinnung angelegte Entrismustaktik zu einer Strategie des Aufbaus einer revolutionären Partei gemacht. Die angenommene interne Differenzierung und der Bruch des linken Flügels mit der Massenpartei SPD seien nicht die einzigen Perspektive zum Aufbau einer revolutionären Partei, wie die IV. Internationale behauptete – die bolschewistische Partei sei ja auch nicht aus einem „Differenzierungsprozess innerhalb der reformistischen Massenorganisation“ hervorgegangen.²⁸²

Pfingsten 1969 spaltete sich die deutsche Sektion des VSVI. Die Bolfra benannte sich im Juni 1969 in IKD um, im März 1971 wurde die Kommunistische Jugendorganisation – Spartacus (KJO) in Frankfurt gegründet, welche weiter von der IKD politisch dominiert werden sollte. Bis zum Januar 1971 begriff sich die IKD weiterhin als Teil der IV. Internationale (VSVI) und wurde von dieser als „Minderheitstendenz der deutschen Sektion“ anerkannt. Die IKD entwickelte aber nun eine solche grundsätzliche Kritik zu den Positionen des VSVI,²⁸³ dass ein Verbleib in der Internationale eigentlich von beiden Seiten nicht mehr zu rechtfertigen war. Zur Spaltung fehlte nur noch ein Anlass: Nachdem der IKD auf dem Kongress für ein „Rotes Europa“ im November 1970²⁸⁴ das Rederecht beschnitten worden war, beschloss diese Anfang Januar 1971 alle Beziehungen zum VSVI abzubrechen. Die IKD sah in der IV. Internationale eine „revisionistische Entartung“, eine „opportunistische Degeneration“ und eine „Abkehr von der proletarischen Klassenlinie“ wirken.²⁸⁵ Dahinter stand hauptsächlich die Kritik an der Entrismusstrategie des VSVI, aber auch an deren Verständnis des Prozesses der permanenten Revolution beispielsweise in Lateinamerika, die in den Resolutionen des 9. Weltkongresses zum Ausdruck kam.²⁸⁶ Nach dem Bruch beider Organisation²⁸⁷ sagte ihr die GIM voraus, dass sie aufgrund der

²⁷⁸ Initiatoren waren der Kanzlersohn Peter Brandt, Jochen Ebmeier und Wolfgang Homann.

²⁷⁹ Vgl. Langguth, 1983, S. 141.

Vgl. auch Spartacus – Kommunistische Jugendorganisation. Die politischen Grundlagen der Kommunistischen Jugendorganisation. SSA: 335 415b-1.

²⁸⁰ Vgl. Brandt/Steinke, 1984, S. 1605.

²⁸¹ Vgl. ebd., S. 1606.

²⁸² Vgl. IKD, „Zur Plattform der Internationalen Kommunisten Deutschlands“, in: *Die Vierte Internationale*, Nr. 1, Jg. 1, Juli 1970, S. 15.

²⁸³ Vgl. IKD, *Marxismus oder Empirio-Dogmatismus*. Die Internationalen Kommunisten Deutschlands antworten dem „Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale“, o. O., 28. August 1970.

²⁸⁴ Auf diesem Kongress trat man gemeinsam mit den Unterstützergruppen der Spartacist League/US auf (vgl. *Internationale Korrespondenz*. Bulletin der IKD zum Aufbau der Vierten Internationale, Nr. 1, März 1973. ASF: 9.1.12. IV).

²⁸⁵ Vgl. „Erklärung der Internationalen Kommunisten Deutschlands über ihr Verhältnis zum ‚Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale‘“ (3.1.1971, einstimmig beschlossen von der Nationalen Konferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands), in: *Die vierte Internationale*, Berlin, Jg. 2, Nr. 1, Januar 1971, S. 4/5.

²⁸⁶ Siehe Kapitel 1.2.4.

²⁸⁷ In Frankfurt entstand aus der Spaltung der deutschen Sektion die F 2-Gruppe, die mit dem ursprünglich aus den Falken ausgeschlossenen „Freitagskreis“ zur „Freitagsgruppe“ fusionierte und wechselnde Bündnisse mit IKD und GIM einging (vgl. Zentraler Rundbrief, Nr. 27, 7/1970. ASF: 9.1.5.III).

ständigen Zweifel an ihrer Existenzberechtigung außerhalb der IV. Internationale zu „einer Existenz mit ununterbrochenen inneren Krisen“ verurteilt²⁸⁸ sei. Diese Prophezeiung sollte eintreffen.

KJO-Spartacus

Im Herbst 1970 konnte auf einer Vorkonferenz die Existenz von Spartacus-Gruppen in 30 bis 40 Städten vermerkt werden, Ende März 1971 fand in Frankfurt die formelle Gründung der Kommunistischen Jugendorganisation Spartacus (KJO) statt.²⁸⁹ Vorausgegangen war die Schaffung einer Organisationsstruktur, die sich aus Kontakten mit Gruppen von „jungen Arbeitnehmern, Lehrlingen, Oberschülern und Studenten sowie durch die Tätigkeit regionaler Zwischeninstanzen (vor allem im Weser/Ems-, Rhein/Ruhr-, Rhein/Main- und später auch im Rhein/Neckargebiet und in den Hansestädten)“²⁹⁰ ergab. Dabei konnten die KJO nicht nur aufgrund eines organisatorischen Angebots Gruppen für sich gewinnen, sondern wie im Falle der Gruppe Roter Anfang Bonn auch Studenten, die selbstständig die Theorie der Permanenten Revolution entdeckten und sich daraufhin einer trotzkistischen Organisation anschlossen.²⁹¹

Ende 1971 verfügte die KJO über 300 Mitglieder und 300 Sympathisanten. Führende Mitglieder zu diesem Zeitpunkt waren Peter Brandt und Wolfgang Zeller, die IKD-Führung wurde unter anderen von R. Wischniewski, G. Kanthak und Jochen Klinger vertreten.²⁹² Auseinandersetzungen um die Orientierung auf die Arbeiterjugend oder die „Gesamtklasse“²⁹³ führten schon im Dezember 1971 zur Abspaltung von mehr als der Hälfte der Mitgliedschaft der KJO und zur Gründung des Spartacus-BL (Bolschewiki-Leninisten)²⁹⁴. Dieser wollte sich nicht nur auf die Jugendarbeit konzentrieren und kritisierte die IKD/KJO für ihre verengten Perspektiven des „nurgewerkschaftlichen Syndikalismus“ und des „Nationalismus“.²⁹⁵

Die erste Bundeskonferenz von Spartacus-BL fand im Februar 1973 statt, auf der auch der Leiter der US-amerikanischen Spartacist League, James Robertson, anwesend war. Differenzen zur Frage des Charakters der SPD verhinderten einen Beitritt der BL zur späteren iSt. Im September 1973 kam es zu einer Abspaltung. Ein Teil trat den European Labour Committees (ELC) bei,²⁹⁶ einer von Lyn Marcus (Lyndon H. Larouche jr.) in den USA gegründeten Sammlungsbewegung, die trotzkistische Theorie mit Elementen der Psychoanalyse und Verschwörungstheorien verband und in Deutschland seit 1974 als Europäische Arbeiterpartei (EAP) auftrat. Sie als genuin „trotzkistisch“ zu bezeichnen, wäre allerdings falsch, dementsprechend soll sie nicht weiter behandelt werden.²⁹⁷

Damit existierten 1970 insgesamt acht trotzkistische Gruppen in Frankfurt: GIM, IKD, Freitagsgruppe, IAK, Junge Garde, SAG, Spartacus und die „Posadisten“. 1971 kamen noch BSA und SJB hinzu.

²⁸⁸ GIM, *Wider den „National-Trotzkismus“*, Hamburg 1971, S. 112.

²⁸⁹ Die IKD hatte zu diesem Zeitpunkt um die 70 Mitglieder in Berlin, Bremen, Darmstadt, Kiel und Frankfurt a. M. (vgl. *Das Junge Wort*, Nr. 95, 10. Juni 1973; Nachdruck des Berichtes des Bundesinnenministeriums von 1971), S. 11. FES: Trotzkismus-Archiv, Ordner Nr. 48.

Schon auf der Gründungskonferenz trat eine „Bolschewistische Fraktion“ (Bofra) auf, die sich am Ende des Jahres als Spartacus-BL abspalten sollte (Madloch, 1976 Bd. 2, S. 95).

Die Fraktionierungen der KJO bildeten seltsame Blüten: In Lüdenscheid stritten sich drei Mitglieder der Ortsgruppe, die drei Fraktionen gebildet hatten, um das vierte Mitglied (Schröder, 1990, S. 74, Anm. 65).

²⁹⁰ Brandt/Steinke, 1984, S. 1628.

²⁹¹ Langguth, 1971, S. 166.

²⁹² Ebd., S. 162.

²⁹³ Vgl. *Spartacus*, Nr. 26. Dezember/Januar 1972. ASF: 9.1.12 Spartacus-Gruppen.

²⁹⁴ Vgl. Brandt/Steinke, 1984, S. 1630.

Dieser brachte von Dezember 1971 bis November 1973 die Zeitung *Spartacus* heraus, deren Name zur Unterscheidung vom *Spartacus* der KJO in gotischen Lettern geschrieben wurde (Lubitz, 1993, S. 277, Nr. 1656; Internet-Version: S. 32, 113). Zudem erschien im Dezember 1972 eine Nummer des Theorieorgans *Ergebnisse und Perspektiven der internationalen Arbeiterbewegung* (Lubitz, 1993, S. 80, Nr. 0475; Internet-Version: S. 32).

Gruppen von Spartacus-BL existierten vor allem in Kiel, Aurich, Göttingen, Essen, Frankfurt a. M., Kornwestheim, München.

Teile der Mitgliedschaft in Frankfurt gingen in die Falken, um dort den „Dietzenbacher Kreis“ aufzubauen.

²⁹⁵ Zitiert nach Poppenberg, 1979, S. 74.

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Auch Robert J. Alexander behandelt diese Strömung nicht, da die verschiedenen nationalen Gruppen nach Larouche etabliert wurden und seine Nachfolger praktisch jeden Anspruch aufgaben, Trotzkisten zu sein (Alexander, 1991, S. ix).

Ebenfalls 1973 benannte sich die KJO in Kommunistische Organisation Spartacus (KO)[!] um (die zusammengeschmolzene IKD löste sich in die KO auf oder trennte sich von dieser²⁹⁸) und vollzog mit der Aufgabe ihrer reinen Jugendorientierung eine entsprechende Namensänderung. Dies löste aber nicht das Problem der unterschiedlichen Orientierungen und Arbeitsschwerpunkte. Eine Tendenz, die sich als Kompass-Gruppe (ca. 20 Personen) bereits im Dezember 1971²⁹⁹ formiert hatte, verlangte eine stärkere Orientierung auf die Gewerkschaftsarbeit, konnte sich aber nicht durchsetzen und wurde 1973 ausgeschlossen. Teile dieser Gruppe³⁰⁰ traten dann 1975 dem Sozialistischen Büro bei.³⁰¹ Eine andere Tendenz, ebenfalls um die 20 Personen (u. a. mit Brandt und Ebmeier), entwickelte als Gruppe Revolutionäre Realisten das Konzept eines erneuten Entrismus in die SPD, da man von einer Wiederbelebung des linken Flügels in der SPD ausging (wahrscheinlich vor dem Hintergrund des „Barzel-Coups“). Sie konnte eine Zeitlang einen gewissen Einfluss in den Jusos ausüben, „taktische Ungeschicklichkeiten, mehrere Ausschlußverfahren, vor allem aber die deutliche Rechtsentwicklung in der SPD verhinderte durchschlagende Erfolge und führten 1974/75 zum endgültigen Zerbrechen dieser Gruppe“.³⁰² Die Revolutionären Realisten gaben von Februar 1974 bis März 1976 24 Exemplare des Organs *Politische Briefe – Korrespondenz für den Aufbau einer marxistischen Linken in der SPD* heraus.³⁰³ Zudem erschienen je ein Exemplar der Zeitschriften *Vorbote – internationale marxistische Rundschau* (1974)³⁰⁴ und *Die Vierte Internationale – Bulletin* (herausgegeben von Internationale Kommunisten Deutschlands – Komitee für die Vierte Internationale, 1976)³⁰⁵, die sich ausführlichen Analysen und programmatischen Beiträgen widmeten.

Die Umorientierung der KO (und wahrscheinlich auch die Mitgliederverluste beider Gruppen) ermöglichten die Wiedervereinigung mit dem Spartacus-BL. Dies geschah auf einer Fusionskonferenz³⁰⁶ im Februar 1974³⁰⁷, auf der man den Namen Spartacusbund annahm. Dem vorausgegangen waren gemeinsame Gespräche, die sich in der Publikation eines „Gemeinsamen internen Bulletin von Spartacus & Spartacus BL“ von Dezember 1973 bis Februar 1974 niederschlugen.³⁰⁸

Ein kleiner Teil der BL-Mitglieder um Wolfgang Homann beteiligte sich nicht an der Fusion. Während der Spartacusbund davon ausging, dass die SPD eine bürgerliche Partei sei, die sich auf die Arbeiterklasse stütze, vertrat die Gruppe um Homann die Einschätzung, dass die SPD eine „bürgerliche Arbeiterpartei“ sei. Diese Position teilte man mit der Spartacist League/US (spätere iSt), zu der der Spartacus-BL bereits vor der Fusion Kontakte gepflegt hatte. Ein „Berliner Komitee zur Unterstützung der gemeinsamen Arbeit der Spartacist League und der ÖBL³⁰⁹ in Deutschland“ entstand, das 1974

²⁹⁸ Madloch schreibt von der Auflösung der IKD in die KJO im Sommer 1973 (Madloch, 1976, Bd. 2, S. 96.)

Langguth erwähnt, dass Reste der IKD zumindest noch bis Mitte der Siebziger existiert haben sollen (Langguth, 1976, S. 232, Fußnote 97).

Rahlmeyer meint, dass die KO Spartacus sich spätestens bei der Fusion mit den BL gegen die IKD positioniert hatte (Interview mit J. Rahlmeyer am 30.03.2005).

²⁹⁹ Interview mit J. Rahlmeyer am 30.03.2005.

³⁰⁰ Im Juni 1974 publizierte eine Kompaß-Gruppe in Berlin eine Ausgabe des *Kompaß* (Lubitz, 1993, S. 150, Nr. 0860; Internet-Version: S. 62).

³⁰¹ Brandt/Steinke, 1984, S. 1632.

³⁰² Ebd.

³⁰³ Lubitz, 1993, S. 208, Nr. 1219; Internet-Version: S. 86.

³⁰⁴ Lubitz, 1993, S. 301, Nr. 1806; Internet-Version: S. 124.

³⁰⁵ Lubitz, 1993, S. 298, Nr. 1791; Internet-Version: S. 122.

³⁰⁶ Laut Bartsch ging eine weitere „Gruppe Proletarischer Internationalismus (Trotzkisten)“ im Spartacusbund auf (G. Bartsch, Selbstzerstörung des Spartacusbundes? o. O., o. J., S. 35 – FES: Trotzkismus-Archiv, Ordner Nr. 37 [Nachlass G. Bartsch]). Diese brachten 1972 in Berlin eine nicht nummerierte Schrift *Ergebnisse & Perspektiven – Probleme der Praxis und Theorie des Marxismus* heraus, für die nur eine Ausgabe nachgewiesen ist (Lubitz, 1993, S. 79, Nr. 0741; Internet-Version: S. 32).

Laut Brandt/Steinke handelte es sich um einen Großteil der ehemaligen Führung der KJO, die, bevor sie sich den Spartacus BL anschlossen, eine kritische Arbeit über die Geschichte der IV. Internationale verfassten (Brandt/Steinke, 1984, S. 1631, Fußnote 60).

³⁰⁷ An dieser Konferenz nahmen auch Vertreter der US-amerikanischen Spartacist League und der österreichischen ÖBL teil (Madloch, 1976, Bd. 2, S. 97).

³⁰⁸ Das Bulletin wurde dann 1974/75 als *Spartacusbund – Internes Bulletin* weitergeführt (Lubitz, 1993, S. 278, Nr. 1662; Internet-Version: S. 114).

³⁰⁹ ÖBL – Österreichische Bolschewiki-Leninisten, österreichische Sektion der Spartacist League/US.

die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) gründen sollte. Die iSt/TLD versuchte nun den Spartacusbund von innen heraus weiter zu zersetzen, um weitere Mitglieder zu rekrutieren.

Der Spartacusbund

30 Orts- und Betriebsgruppen mit 300 bis 400 Mitgliedern zählte der Spartacusbund um 1975³¹⁰, arbeitete mit der österreichischen IKL noch bis Anfang der Achtziger am Aufbau einer neuen Internationale (siehe unten), zerfiel aber zusehends, und hatte bis Ende der Siebziger nur noch zwischen 20 bis 30 Mitglieder.³¹¹ Wahlkandidaturen 1975 in Bremen und 1976 in Baden-Württemberg endeten mit 117 und 94 Stimmen in einem Fiasko.

Die Fusion von KO und BL zum Spartacusbund fand zum Beginn der Niedergangsperiode der deutschen Linken um 1975 statt. Hatten sich bis dahin noch eine Reihe von betrieblichen „großen Kämpfen“ entwickelt, so begann nun der Druck der Rezession zu wirken. Der ökonomische Druck der Weltrezession auf die deutsche Arbeiterbewegung schlug sich als politischer Druck im Spartacusbund nieder, der besonders auf die Aktionseinheit syndikalistischer Gruppen in den Betrieben und Gewerkschaften gesetzt hatte, um diese in einem gemeinsamen Wahlantritt 1975 in NRW gegen die SPD zu orientieren. Der Rückzug dieser Gruppen in Richtung der SPD übte seine Sogwirkung damit auch auf den Spartacusbund aus:

„Statt Aktionseinheitspolitik, die die Organisation stärken sollte, wurde der Spieß umgedreht: Die Adressaten dieser Politik gewannen die proletarische Basis des Spartacusbundes für syndikalistische und linksreformistische Positionen“.³¹²

Aufgrund der Opposition gegen einen eigenständigen Wahlantritt in NRW verließ die Arbeiterbasis des Spartacusbundes im Ruhrgebiet, die sich als Bolschewistische Tendenz konstituiert hatte, die Organisation im Februar 1975 und gründete die Kommunistische Arbeitergruppe (KAG). Ein weiterer Grund ihres Austrittes lag in der Vorstellung, das Übergangsprogramm abschwächen und allgemein verständlicher machen zu müssen, um Arbeiter zu gewinnen.

1975 existierten zwei weitere Tendenzen: Die Tendenz Zwei, die sich vor allem in Frankfurt konzentrierte, vertrat die Position, dass „der Chauvinismus der deutschen Facharbeiterklasse den Bruch mit der SPD verhindere“. Es sei eine Fehleinschätzung zu glauben, dass die gesamte Klasse heute zu diesem Bruch bereit wäre. Tatsächlich hätten sich bislang nur die Immigrantenschichten vom Reformismus lösen können, und auf diese müsse man sich als die neue Avantgarde orientieren. Die Tendenz Eins verwarf dagegen den Gedanken, eine „Mini-Massenpartei“ aufzubauen zu wollen und argumentierte für den Aufbau einer Propagandagruppe. Beide Tendenzen lösten sich auf, nachdem die Bolschewistische Tendenz ausgetreten war und erarbeiteten nach der 5. Konferenz in Frankfurt Mitte 1975 ein gemeinsames Perspektivdokument.³¹³ Im Januar 1976 wurde die Trotzkistische Fraktion, die rund ein Viertel der größten Ortsgruppe in Berlin umfasste, ausgeschlossen.³¹⁴ Diese publizierte von Januar 1977 bis Winter 1980 die Zeitschrift *Commune – Revue des revolutionären Marxismus* in Berlin. Die Zeitschrift verstand sich als „notwendige Vorarbeit zur Bildung einer bolschewistischen Organisation“ und setzte sich „die Heranziehung eines revolutionären Kaders zur Aufgabe“.³¹⁵ Ihre Kritik an der radikalen Linken betraf vor allen deren „ökonomistische/syndikalistische/‘arbeiteristische’ Orientierung“, die ausgehend von dem Endruck der Septemberkämpfe 1969 eine Ausrichtung auf tarifliche Auseinandersetzungen entwickelte, und dies bei gleichzeitiger Unfähigkeit, eine Stoßrichtung gegen die Sozialdemokratie entfalten zu können.³¹⁶

³¹⁰ Poppenberg geht von ca. 600 Mitgliedern in ca. 35 Stadt- und Betriebsgruppen um das Jahr 1977 herum aus, was stark übertrieben sein dürfte (Poppenberg, 1980, S. 163). Wahrscheinlich stützt er sich dabei auf die Mitgliederzahlen der KJO-Spartacus und der IKD. Die Schwerpunkte des Spartacusbund sollen zu dieser Zeit in Niedersachsen, NRW, Hessen und Westberlin gelegen haben.

³¹¹ Brandt/Steinke, 1984, S. 1633.

³¹² „Editorial. BRD-Linke heute“, in: *Commune! Revue des revolutionären Marxismus*, Nullnummer, Januar 1977, S. 4. FES: Z 13046.

³¹³ Interview mit J. Rahlmeyer am 30.03.2005.

³¹⁴ Vgl. G. Bartsch, Selbstzerstörung des Spartacusbundes?

³¹⁵ „Was will die ‚Commune‘? in: *Commune! Revue des revolutionären Marxismus*, Nullnummer Januar 1977, S. 6. FES: Z 13046.

³¹⁶ „Editorial. BRD-Linke heute“, a.a.O., S. 3.

Seit 1976 wurde im internationalen Rahmen der Notwendigen Internationalen Initiative (NI)³¹⁷, an der sich der deutsche Spartacusbund, seine österreichische Schwesternorganisation IKL, die italienische FMR und die englische ICL beteiligten, am Aufbau einer neuen Internationale gearbeitet. Im Spartacusbund hatten sich derweil neue Tendenzen gebildet: Die Tendenz Neuer Kurs kritisierte die politischen Abweichungen in Richtung FMR, da diese mit einer Anpassung Richtung Feminismus, falscher Imperialismusanalyse etc. verbunden sei (also Anpassung an das VSVI). Die Essener Tendenz kritisierte, dass die FMR auf eine Abkehr von den realen Klassenkämpfen orientiere. Die Mehrheitstendenz, die Internationalistische Tendenz (IT), orientierte sich dagegen stark an der FMR.

Die Mehrheit im Zentralkomitee, die Internationalistische Tendenz (IT), erklärte im Mai 1977 den Spartacusbund für handlungsunfähig und faktisch aufgelöst. Ihr ging es nun darum, flexiblere Strukturen zu schaffen, die sich den ökologischen und feministischen Bewegungen öffnen sollte. Aus der IT entstand nach deren Abspaltung vom Spartacusbund eine Gruppe mit dem Kürzel IG, von denen ein Teil wiederum der internationalen Revolutionär-Marxistischen Fraktion (RMF)³¹⁸ beitrat. Deren deutsche Sektion gründete dann Mitte März 1978 die Kommunistische Liga (KL)³¹⁹ und trat in einen Fusionsprozess mit der GIM ein. Dieser scheiterte aufgrund der Ablehnung ihrer beiden Internationalen, zudem vertrat auch die KL die Position der ehemaligen IKD/Spartacusbund, dass die IV. Internationale nicht mehr existiere und wieder aufgebaut werden müsse.³²⁰ Die KL löste sich 1982 in die Demokratischen Sozialisten (DS) auf,³²¹ einige Mitglieder traten nach und nach der GIM bei, darunter auch Harald Wolf.³²²

Auf die „kalte Auflösung“ des Spartacusbund durch die IT reagierten die Tendenz Neuer Kurs (TNK) und die Essener Tendenz mit dem Vorschlag, den Spartacusbund neu zu gründen. Doch bevor man sich über eine Plattform einigen konnte, zerstritten sich die beiden Tendenzen.³²³ Der Spartacusbund wurde von der Tendenz Neuer Kurs fortgeführt, die sich im wesentlichen auf Gruppen in Berlin, Frankfurt, Oldenburg, Münster und ein paar versprengte Mitglieder stützte. Der Spartacusbund bestand nun aus keinen 30 Mitgliedern mehr und beschloss im Oktober 1981 die Selbstauflösung. Ein Teil der Berliner Gruppe arbeitete von 1982 bis 1990 als Internationale Kommunisten Westberlin (später Revolutionäre Sozialisten) mit der Zeitung *Oktober* weiter.³²⁴ Sie waren zu dem Schluss gekommen, dass aufgrund des niedrigen Niveaus der Klassenkämpfe, und weil die Linke insgesamt in Auflösung begriffen sei, heute keine bolschewistische Partei aufgebaut werden könne. Demzufolge müsse man als Organisation arbeiten, die für verschiedene Strömungen offen sei und könne mit dieser aufgrund der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung ein Vakuum besetzen. 1983 gründeten ehemalige Mitglieder des Spartacusbundes in Bremen und Frankfurt die Gruppe Arbeitermacht (GAM), zu der wir später kommen werden. Weitere Spaltprodukte ließen dann Gruppen entstehen, die mit weniger als einem Dutzend Mitglieder eigentlich nicht mehr erwähnenswert wären.³²⁵

³¹⁷ Siehe dazu Kapitel 2.2.5 („Die Revolutionär Kommunistische Liga“).

³¹⁸ Die RMF entstand aus einer Abspaltung von der italienischen Sektion der IV. Internationale.

³¹⁹ Die KL publizierte als Vorläuferorgan ihrer Zeitung *Revolution* (1978 bis 1982) von Herbst 1977 bis Januar 1979 als deutsche Sektion der Revolutionär-Marxistischen Fraktion (RMF) zusammen mit der österreichischen Gruppe Commune das *Bulletin der Revolutionär-Marxistischen Fraktion für die Vierte Internationale* (Lubitz, 1993, S. 34, Nr. 0192; Internet-Version: S. 13).

³²⁰ „Kommunistische Liga gegründet oder: Der Maulwurf gräbt auch in Deutschland“, in: *Revolution*, Nr. 1, Mai 1978, S. 2 (FES: Z13163).

³²¹ Gellrich, 1999, S. 56. Vgl. auch *Revolution*, Sondernummer, Juni 1982 (ASF: 9.1.13.VI).

³²² Telefongespräch mit Wilfried Dubois am 15.4.2004.

Harald Wolf wurde 2002 Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen in Berlin. Weitere Einzelheiten über seinen Werdegang (wobei seine Mitgliedschaft nicht erwähnt wird): http://de.wikipedia.org/wiki/Harald_Wolf; <http://www.harald-wolf.net/> Indirekt „eine Minderheit aus der Gruppe Internationaler Marxisten“ wird darauf in einem Gespräch mit der Überschrift „Meine Zeit bei den Grünen“ angespielt: http://www.harald-wolf.net/topic/38.meine_zeit_beи_den_gruenen.html. Ohne genauere Angaben wird er genannt in dem Artikel über die GIM: http://de.wikipedia.org/wiki/Gruppe_Internationale_Marxisten.

In dem Wikipedia-Artikel über seinen jüngeren Bruder Harald Wolf heißt es, er sei „von 1981 bis 1986 Mitglied der Gruppe Internationaler [sic!] Marxisten (GIM), von 1984 bis 1990 Mitglied der Alternativen Liste Berlin (AL)“ gewesen, bevor er 1993 der PDS beitrat (http://de.wikipedia.org/wiki/Udo_Wolf).

³²³ Vgl. G. Bartsch, Selbstzerstörung des Spartacusbundes?

³²⁴ Einzelne Ausgaben im Archiv soziale Bewegungen Freiburg (ASF: 9.1.12.IV).

³²⁵ Der Vollständigkeit halber werden sie aber mit der ihnen gebührenden Fußnote erwähnt: In Österreich existierte die mit dem Spartacusbund verbundene „Internationale Kommunistische Liga“, 1989 nach einer Fusion mit einer Fraktion aus der SOAL (VSVI) in „Revolutionär Kommunistische Liga“ (RKL) umbenannt, weiter. Ende der achtziger Jahre trafen sie auf eine mittler-

Publikationen

Von Juli 1970 bis Juni 1973 erschien das theoretische Organ der IKD, *Die Vierte Internationale*. Im gleichen Zeitraum wurden von der IKD/KJO fünf Ausgaben der „Beiträge zur Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung“ herausgebracht. Ihre Zeitung *Spartacus* sollte von 1969 bis 1973 herausgegeben werden, um nach der Vereinigung von KO und BL ihre Fortsetzung bis April 1981 als *Spartacus – Zentralorgan – Für den Wiederaufbau der IV. Internationale* zu finden.³²⁶

Der Spartacusbund brachte in mehreren Städten kontinuierlich Flugschriften und Zeitungen heraus, so z. B. in Frankfurt, wo sich der an die Postbeschäftigte richtende *Klassenkampf* von 1977 bis 1980 erschien, und in Westberlin, wo *Roter Dialog – Zeitung des Spartacusbundes für die Kollegen im öffentlichen Dienst* im Zeitraum von 1974 bis 1976 herausgegeben wurde; in Kiel erschien 1974 eine Ausgabe von *Revolutionäre Alternative*. Als theoretisches Organ wurde von 1974/75 und von Februar 1978 (nun zusammen mit der österreichischen IKL) bis Juli 1980 die Zeitschrift *Ergebnisse und Perspektiven* publiziert.³²⁷

2.1.5 Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB)

1992 fusionierten ehemalige Mitglieder der VSP, organisiert als Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer SozialistInnen mit der Gruppe Revolutionäre SozialistInnen/Vierte Internationale (GRS), die in der ehemaligen DDR aktiv waren, zur Gruppe Avanti.³²⁸ Aus dieser Gruppe entstand dann mit weiteren Mitgliedern der VSP im Oktober 1994 der RSB mit ca. 100 Mitgliedern,³²⁹ welcher von Delegierten aus über 20 Städten in Mannheim gegründet wurde.³³⁰ Ihm trat 1995 die Spartakus-Gruppe aus Essen bei, die sich als Fraktion innerhalb des Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), heute PSG, gebildet hatte. Das Angebot der Gruppe Arbeitermacht zu einer Fusion wurde 1995 abschlägig beschieden, anscheinend waren die programmatischen Differenzen der beiden Organisationen zu groß.³³¹ Die Mitgliederzahl des RSB wurde im Jahr 2000 auf ca. 100 Personen geschätzt³³². Sieben Redakteure zeichnen sich als Verantwortliche für die Herausgabe der Monatszeitung *Avanti* aus. Außerdem ist der RSB an der Herausgabe der Zeitschrift *Internationale Pressekorrespondenz* (Inprekorr) beteiligt, des internationalen deutschsprachigen Organs des VSVI, das zusammen mit der internationalen sozialistischen linken (isl), der Sozialistischen Alternative (Österreich) und der Sozialistischen Alternative/Solidarität (Basel) herausgegeben wird. In unregelmäßigen Abständen erscheinen Hefte der RSB-Broschürenreihe *die internationale theorie*. Der RSB ist mit Kontaktadressen in 28 Städten präsent³³³

weile unabhängige Gruppe der „Roten Maulwürfe“ (Jugendorganisation der GIM), die sich im Zuge des Vereinigungsprozesses von GIM und KPD abgespalten hatte. Aus dieser im Raum Duisburg / Mönchengladbach tätigen Maulwurfgruppe mit ihrer Zeitung *Maulwurf – Jugendzeitung für feministische und sozialistische Aktion* traten einige Mitglieder aus und schlossen sich erst der „Spartakus-Gruppe“ (Abspaltung des BSA in Mülheim), dann der „Gruppe Spartakus“ an. Ein weiterer „Maulwurf“ blieb der RKL treu, die allerdings mit dem Trotzkismus brach und heute „Antiimperialistische Koordination“ (AIK) heißt. Durch zwei ausgetretene Mitglieder des Maulwurfs entstand dann 1992 der „Arbeitskreis Kommunistische Politik“ (AKP), später in „Sozialistische Aktion“ umbenannt: „Von unserer minimalen Größe (zwei Personen sind in der Tat die minimale Größe, um sich als politischer Zusammenhang zu konstituieren) ließen wir uns nicht abschrecken.“ (SA/AKP: „1992-1997 Fünf Jahre Arbeitskreis Kommunistische Politik – AKP Fünf Jahre Sozialistische Aktion/AKP“, in: *Sozialistische Aktion*, Nr. 2, August/September 1997, S. 10/11.)

1994 trat die Sozialistische Aktion/AKP dem Internationalen Trotzkistischen Komitee (ITC) bei, einer „Internationale“ der US-amerikanischen Revolutionary Workers League, drei Jahre später wieder aus. Um 2000 scheint sie zerfallen zu sein.

³²⁶ Lubitz, 1993, S. 276, Nr. 1654, sowie S. 277, Nr. 1657; Internet-Version: S. 113.

³²⁷ Ebd., S. 80, Nr. 472; Internet-Version: S. 32.

³²⁸ Vgl. P. Moreau / J. Lang, *Linksextremismus*. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 284.

Avanti war der Name der Zeitschrift, die von Teilen der VSP-Mitgliedschaft in Zusammenarbeit mit dem VSVI ab November 1990 als gesamtdeutsche Zeitschrift herausgegeben wurde, da die Mehrheit der westdeutschen VSP zu diesem Zeitpunkt mit antideutschen Gruppen verhandelte, welche den Anschluss der DDR nicht anerkennen wollten (Interview mit K. Alff am 31.03.2005).

³²⁹ Dannat, 2000, S. 33.

³³⁰ RSB, *Programm des Revolutionär Sozialistischen Bundes / IV. Internationale (RSB)*. Beschlossen auf der dritten Delegentenkonferenz (November 1996), Mannheim, o. J. [1997], S. 2 (Vorwort des Politischen Sekretariats). URL: <http://www.rsb4.de/Dokumente/Programm-des-RSB.pdf> (11.12.2004).

³³¹ Siehe dazu GAM, Der Letzte macht das Licht aus. Die Todesagonie des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“, o. J. URL: <http://www.arbeitermacht.de/broschueren/vs/index.htm> (11.12.2004).

³³² Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2001*, Berlin 2001, S. 174.

³³³ Vgl. Kasten „RSB vor Ort“, in: *Avanti*, 9. Jg., Nr. 97, 15. April 2003, S. 2.

und ist ebenso wie die isl als offizielle Sektion des VSVI anerkannt. Er ist zusammen mit der isl als „Resonanzgruppe der IV. Internationale/Vereinigtes Sekretariat“ bezeichnet worden.³³⁴

2.1.6 Die internationale sozialistische linke (isl)

Die isl wurde im März 2001 nach der Auflösung der VSP im Jahre 2000 gegründet³³⁵ und kann als deren Nachfolgeorganisation betrachtet werden:

„Die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland und weltweit – Wirtschaftskrise, Krieg, der Aufschwung einer neuen weltweiten Bewegung gegen neoliberalen Politik – hat uns veranlaßt, wieder eine politische Organisation zu schaffen, die koordiniertes Handeln, einen aktionsorientierten Diskussionszusammenhang und strategische Debatten ermöglicht“.³³⁶

„Die isl betrachtet sich als Teil der Mitgliedschaft der IV. Internationale in Deutschland. Die isl nimmt (in Kontinuität zur ehemaligen AG der Mitglieder der IV. Internationale in der VSP) an den Aktivitäten und am internen Leben der IV. Internationale teil, entsendet Repräsentantinnen und Repräsentanten zu internationalen Versammlungen wie Weltkongress, Sitzungen der internationalen Leitungsgremien, Treffen der europäischen Politischen Büros und zahlt finanzielle Beiträge an die IV. Internationale“.³³⁷

Die isl verzichtet auf die Herausgabe einer eigenen Zeitung, unterstützt aber den Verein für solidarische Perspektiven (VsP) und die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) und betont gleichzeitig, dass die SoZ kein Linienblatt der isl bzw. der von der isl in Deutschland mitrepräsentierten IV. Internationale sei.³³⁸ Ihre Positionen publiziert sie in der *Inprekorr* und seit Oktober 2003 in Form von unregelmäßig erscheinenden *Flugschriften* (Untertitel: Aktionszeitung der internationalen sozialistischen linken).

Die isl kann als „heterodoxe“ trotzkistische Organisation bezeichnet werden, hat Kontaktadressen in zwölf Städten und verfolgt weiterhin das Erbe der VSP („Vereinigen statt spalten“):

„Obwohl das Vorhaben [der VSP, F. N.] letztlich scheiterte, bleibt die Erfahrung dieser Vereinigung zweier ursprünglich sehr verschiedener linker Strömungen für uns wichtig und wegweisend.“³³⁹

2.1.7 Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) / Linksruck

Die Vorläuferorganisation des Linksruck, die Sozialistische(n) Arbeitergruppe(n) (SAG) hatte eine ihrer Wurzeln in der „Projektgruppe Betriebe“ des Sozialistischen Clubs Frankfurt (SC), die Anfang 1969 mit der Arbeit bei den Chemiewerken Cassella begonnen hatte. Dazu kamen Mitgliedern des SDS in Frankfurt, welche 1969 „aus einem lockeren Diskussionskreis“³⁴⁰ die SAG gründeten. Die theoretische Grundlage der Organisation bestand in der „Theorie des Rüstungskapitalismus“, welche die wirtschaftliche und politische Nachkriegsstabilität erklären sollte.³⁴¹ 1976 setzte sich in einem Spaltungsprozess die Auffassung durch, dass man statt einer „Theoriewerkstatt für eine Partei“ nun einen „Partikernaufbau“ in Angriff nehmen wollte.³⁴² In diesem Spaltungsprozess spielte zudem die Frage der Relevanz einer eigenständigen Frauenarbeit und die Organisationsfrage (Rolle der Führung und des Programms) eine Rolle.³⁴³ Die SAG konzentrierte sich in dieser Zeit auf Gewerkschaftsarbeit und un-

³³⁴ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2003*, Berlin 2003, S. 142.

³³⁵ Vgl. isl, Was wir wollen, Juni 2003. URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/visitenkarte.htm> (18.07.2005).

³³⁶ isl, Die sozialistische Perspektive erneuern! Elemente politischer Orientierung“, o. J. URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/elemente/elemente.htm> (18.7.2005).

³³⁷ isl, Beschluss zur IV. Internationale, Januar 2002. URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl> (18.07.2005).

³³⁸ Vgl. isl, Die isl und die SoZ, Dezember 2002. URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/soz.htm> (18.07.2005).

³³⁹ isl, Was wir wollen, a.a.O.

³⁴⁰ Beilage zu *Klassenkampf*, Nr. 25/26., Juli/August 1973. ASF: 9.1.13. I.

³⁴¹ Vgl. S. Haenisch, 1968: Alle reden vom Scheitern – Wir nicht! 2000/2001. URL: http://www.lrhg.de/artikel/sh_1968.htm (14.11.2004).

³⁴² W. Klein, Linksruck: Vom Leninismus zum Zentrismus oder Zurück zum „Pol“, o. J. URL:

<http://www.internationalesozialisten.de/kk25/linksrk.html> (14.11.2004).

³⁴³ Vgl. Brandt/Steinke, 1984, S. 1637.

terstützte den Aufbau von Gruppen Oppositioneller Gewerkschafter (GOGs) in Deutschland.³⁴⁴ Des weiteren engagierte sie sich in der propagandistischen Unterstützung der Portugiesischen Revolution. Seit 1972/73 begann sich die SAG über den Frankfurter Bereich hinaus auszudehnen: Gruppen in Hanau, Hannover, Köln, München, Münster und Westberlin entstanden. Ende der Siebziger hatte die SAG laut Poppenberg rund 300 Mitglieder.³⁴⁵

Die SAG pflegte bis Ende der achtziger Jahre einen politischen und einen sprachlichen Stil, welcher dem der GIM recht ähnlich war. Auf eine „revolutionäre“ Sprache wurde weitgehend verzichtet, andere Organisation auf der Linken wurden politisch nicht angegriffen, vor allem aber vermied es die SAG, sich und ihrem Publikum alle Jahre die baldige Revolution vorauszusagen. Die Erfahrungen aus dem Frankfurter SDS waren politisch konstituierend gewesen: Die SAG gründete und entwickelte sich auf der Grundlage einer Kritik an dem voluntaristischen Marxismusverständnis der Studentenrebellion und an den ultralinken und orthodox-revolutionären Gruppen in den frühen Siebzigern: Die deutschen Linken wären zu dieser Zeit

„mit ultralinken Parolen angetreten und hatten in jedem kleinen Streik die Revolution vor der Haustür stehen sehen. Als nun die Revolution nicht ausbrach, zogen sie sich enttäuscht vom Marxismus zurück.“³⁴⁶

Dem entsprechend kritisierte die SAG auch allzu deterministische bzw. mechanistische Vorstellungen der radikalen Linken, beispielsweise dass die Wirtschaftskrise der Siebziger zu einer Verschärfung des Klassenkampfes hätte führen müssen: Die Linke hätte sich dagegen die Frage stellen müssen, inwieweit Massenarbeitslosigkeit sich auf eine kampfunerfarene und von einer sozialdemokratischen und korrumptierten Gewerkschaftsbürokratie total kontrollierte deutsche Arbeiterklasse auswirke. Mit einer realistischen Perspektive hätte die radikale Linke auch die Ausbreitung der Grünen eingeschränkt, die im Niedergang der radikalen Linken ihren Nährboden gefunden hätten.³⁴⁷ 1989 zählte sie ca. 100 Mitglieder in Deutschland. Einen größeren Zuwachs erhielt die SAG 1991 mit dem Eintritt der türkischen Sosyalist İşçiler Partisi (SIP). In dieser Zeit begann sich auch der politische Stil der SAG zu ändern. Hatte man bis Ende der achtziger Jahre in der Zeitschrift *Klassenkampf* Wert auf theoretisch fundierte und längere Artikel gelegt, so erhielten die Artikel in der Zeitschrift insgesamt ein zunehmend agitatorisches Niveau. Die SAG schien bis 1993 in eine tiefe Krise geraten zu sein (sinkendes politisches Niveau, Stagnation der Mitgliederzahlen und ein hoher Personaldurchlauf) und orientierte sich auf die Jusos, um mit einer entrüstischen Arbeit, die bis dahin immer abgelehnt wurde, neue Mitglieder zu gewinnen. Dies führte zu einer Reihe von Abspaltungen, da Teile der SAG gegen diesen neuen Kurs rebellierten. Hintergrund dieses Schwenks war die massive Intervention der britischen SWP-Führung um Tony Cliff, die versuchte, mehrere Sektionen auf Entrismusarbeit festzulegen. Cliff vertrat die Position, dass sich nach dem Fall der „staatskapitalistischen Staaten“, die sich als sozialistisch bezeichnet und damit den Sozialismus diskreditiert hätten, enorme Möglichkeiten für die Entwicklung von Klassenkämpfen ergeben hätten. Dies würde sich in den Arbeiterorganisationen widerspiegeln und dem entsprechend würde sich für

„die deutsche IS-Organisation, die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), eine neue Phase enormer Möglichkeiten (aufzun). Zum ersten Mal seit Jahrzehnten konnten Revolutionäre die Mauer durchbrechen, die sie und ihre Ideen vom Rest der Gesellschaft trennte“.³⁴⁸

Linksruck

Diese Neuorientierung wurde zuerst von der jüngeren SAG-Mitgliedschaft durchgeführt, 1995 schwenkt auch die Führung zur Arbeit in der SPD über, um die politische Linie aufrechtzuerhalten. Dem entsprechend war sich lange Zeit der Verfassungsschutzes in den Bundesländern nicht einig, ob

³⁴⁴ Die GIM erwähnt in einem Dokument von 1970 die SAG als einen Sonderfall, die „die Organisierung von Arbeitern und Angestellten für eine linke Betriebs- und Gewerkschaftspraxis anstrebt“ („Thesen zur Studentenbewegung in Westdeutschland“, in: *die internationale*, Jg. 3, Nr. 3, 1970, S. 39).

³⁴⁵ Poppenberg, 1979, S. 168.

³⁴⁶ I. Birchall, „Abschied vom Proletariat“. Andre Gortz. Eine Buchbesprechung“, in: *Klassenkampf*, Nr. 22, Mai/Juni 1984, S. 17.

³⁴⁷ Vgl. V. Mosler, „1974–84: 10 Jahre Krise: Wo ist der Klassenkampf geblieben?“ in: *Klassenkampf*, Nr. 24, November/Dezember 1984, S. 20-23.

³⁴⁸ T. Cliff, *A World to Win. Life of a Revolutionary*, London 2000, S. 21.

der Linksruck nur eine Entrismusorganisation der SAG darstellt oder nicht.³⁴⁹ Linksruck konnte in der Folgezeit einige lokale Positionen in den Jusos erobern, da sich in dem Jugendverband der SPD Auszehrungerscheinungen breit machten, die es entschlossenen Kadern ermöglichen, die zusammengebrochenen traditionell linken Strukturen und Personen zu ersetzen und gegen die „rechten“ Jusos zu verteidigen. Lokale Schwerpunkte entstanden in Berlin, Hamburg, Köln und München. Mit Ahmed Shah kandidierte im September 1995 ein führender Kopf der ehemaligen SAG für die Juso-Bundesvorstandswahlen – und erhielt gerade einmal zehn Stimmen. Zu diesem Zeitpunkt erhob sich in den Reihen der Jusos schon massiver Protest gegen die „Unterwanderer“ von Linksruck. Aber auch im eigenen Verband gärt es, 1996 traten rund zwei Dutzend Mitglieder aus, die die Juso-Arbeit nicht als Rekrutierungsfeld für Linksruck, sondern als Kampf um den Kurs innerhalb der SPD begriffen. Trotz wachsender Kritik am innerparteilichen Demokratie- und Politikverständnis³⁵⁰ wuchs der Linksruck schnell auf rund 600 Mitglieder bis 1997.

Mitte der Neunziger bis Anfang 2000 dominierten auf einer Reihe von Großdemonstrationen Linksruck-Schilder das Bild. Hunderte Plakatschilder wurden den Demonstranten in die Hände gedrückt, verschiedenste linke Gruppen beschwerten sich über die Dominanz des Auftretens von Linksruck. Der Linksruck schien bei allen Protestbewegungen dabei zu sein. Nachdem es 1998 zur Bildung der rot-grünen Bundesregierung kam, begann sich der Linksruck langsam aus den Jusos herauszuziehen. Bereits zur Europawahl 1999 rief er unter dem Eindruck des Jugoslawienkrieges zur Wahl der PDS auf und verließ die Jusos – ohne eine für die Mitgliedschaft nachzuvollziehende Bilanz der Arbeit in den Jusos zu ziehen.³⁵¹

Mit der wachsenden Bedeutung der globalisierungskritischen Bewegung seit November 1999 (Proteste gegen die Tagung der Welthandelsorganisation in Seattle) vollzog der Linksruck eine Umorientierung auf diese Bewegung und rief zur Bildung von „Widerstandsnetzwerken“ auf. Die Gründung von Netzwerken, die aktuelle politische Themen aufnahmen, war eine der neuen Formen der Aufbauarbeit der SAG/Linksruck in den neunziger Jahren. Schon zu Zeiten der SAG waren Anti-Nazi-Bündnisse aufgebaut worden und auch in der Folgezeit hatte der Linksruck Initiativen wie die Sozialistischen Studentengruppen und Anti-Haider-Komitees organisiert und arbeitete nun an den Hochschulen mit eigenen Linksruck-Hochschulgruppen.

Der große Mitgliederzustrom, der die Linksruck-Mitgliedschaft innerhalb von sechs Jahren auf über 1000 Mitglieder fast verzweifigte, konnte nicht mehr in der traditionellen Art und Weise des Kaderaufbaus bewältigt werden. Zwar wurde weiterhin auf Grundlagenschulungen Wert gelegt (die Rosa-Luxemburg-Tage und die Aktivenkonferenzen dienten der Schulung und Diskussion), doch die enorme Aktivität der Mitgliedschaft behinderte eine tiefergehende Aneignung von marxistischer Theorie und der Reflektion politischer Praxis. Als sich Linksruck im Jahr 2000 auf die globalisierungskritische Bewegung zu orientieren begann, kam es in einigen Ortsgruppen zu offenen Konflikten mit der Bundeskoordination (BK). Mitglieder der Kölner Stadtleitung beschwerten sich über mangelnde Transparenz politischer Entscheidungen und fehlender innerparteilicher Demokratie. Missstände würden

³⁴⁹ Der Verfassungsschutzbericht 2002 der Länder Sachsen und Bayern spricht von „der als Linksruck(-Netzwerk) auftretenden SAG“, wobei der bundesweite Verfassungsschutzbericht seit 2001 den Linksruck als eigenständige Organisation bezeichnete. Der Verfassungsschutz Schleswig-Holstein meint, dass sich der Linksruck nach eigenen Angaben aufgelöst habe und in attack eingetreten wäre. Auch das ist falsch. Vgl. Verfassungsschutzbericht Sachsen. URL:

<http://www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/extremismus/organisationen/links/trotzki/index.html>; Landesamt für Verfassungsschutz Bayern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2002*, S. 116; Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2002*, S. 45; Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2001*, Berlin 2001, S. 173.

³⁵⁰ „Im Gegensatz zum eigenen Anspruch, für einen ‚Sozialismus von unten‘ einzutreten, hat das Linksruck-Netzwerk (im folgenden LR) hierarchische Befehls-, Kommando- und Handlungsstrukturen. Wahlen der jeweiligen ‚Führungen‘ finden nur äußerst selten statt, meist werden Führungen von der Bundeskoordination eingesetzt. Wenn doch Wahlen stattfinden, meist auf Druck der Juso-Basis, haben diese einen rein akklamatorischen Charakter. Offene Personaldiskussionen werden gemieden, statt dessen bestimmt der jeweilige Statthalter, ein Ex-SAG-Mitglied, die politisch ‚geeigneten‘ Personen.“ (Linke Opposition im Linksruck Netzwerk. Reader der Linken Opposition im Linksruck Netzwerk, 1996. URL: <http://mitglied.lycos.de/ionelj/Linksruck.htm> [12.11.2003].)

³⁵¹ „Ein Umstand, der bei LR schon seit Jahren System hat (z.B. Juso-Ein- und Austritt, der nie diskutiert oder reflektiert wurde).“ (Bulletin II zur Vorbereitung der bundesweiten Linksruck-Aktivenkonferenz in Frankfurt/Main am 24./25.2.2001, S. 39. Papier beim Autor.)

ignoriert, ein enormer Aktivitätsdruck würde entfaltet und die Mitglieder würden durch andauernde „Euphorie“ angeheizt.³⁵² Die Ortsgruppe Kiel stellte die Frage, ob das Gerücht stimme, dass nur 20 % der Mitgliedschaft überhaupt wirklich aktiv sei.³⁵³ Auf den Rosa-Luxemburg-Tagen 2001 kam es zu einer öffentlichen Auseinandersetzung von Kritikern und Befürwortern eines Ausschlussverfahrens gegen die US-amerikanische Sektion der IST, die ISO. Im September 2001 wurden Vorfälle mit sexistischem Hintergrund innerhalb des Linksrucks bekannt, für deren Aufklärung sich die Bundeskoordination lange Zeit gelassen hatte. Daraus ergab sich neben zahlreichen Austritten eine weitere Spaltung auf der Aktivenkonferenz im Dezember 2001, in deren Folge die beinahe die gesamte Ortsgruppe Köln und weitere Mitglieder aus München, Leipzig, Berlin, Konstanz und Freiburg austraten³⁵⁴. Diese sollten dann die Gruppe der Antikapitalistas bilden. 2001 war Linksruck in das globalisierungskritische Netzwerk attac eingetreten, hatte aber Probleme die Mitgliedschaft auf die Mitarbeit in attac auszurichten und konnte auch keine größeren Mitgliedergewinne aus attac verbuchen:

„Problematisch an unserer Arbeit bei attac ist, dass wir keinen politischen Plan davon haben, wohin wir mit attac wollen. Wir arbeiten vielerorts sehr sprunghaft – ziehen Leute aus anderen AGen ab, um alles in die Antikriegs-AG zu stecken, verhindern es so, dass wir ein kontinuierliches Umfeld aufbauen und machen uns natürlich auch leicht angreifbar für die These, wir hätten ein rein instrumentelles Verhältnis zu attac. (...) Wir haben es noch nicht geschafft, einen substantiellen Teil der Mitgliedschaft für eine Mitgliedschaft bei attac zu gewinnen und auch noch nicht viele Menschen von außerhalb für attac gewonnen“.³⁵⁵

Der Linksruck begann nun buchstäblich auseinander zu fallen. Hatte dieser im Jahre 2000 noch rund 1.200 Mitglieder gehabt, so verlor er von 2001 bis 2002 über 600 Mitglieder.³⁵⁶ Dabei brachen ganze Ortsgruppen weg. Mit der Gründung der WASG vollzogen die verbliebenen 400 Mitglieder des Linksrucks eine Neuorientierung. Laut Verfassungsschutzbericht 2004 erfolgte die interne Weisung, dass die Mitarbeit bei attac nun im Zweifel zurück zu stellen sei.³⁵⁷

Publikationen

Von Juni 1971 bis 1994 gab die SAG die Zeitung *Klassenkampf – weder Washington noch Moskau, für internationalen Sozialismus* heraus. *Sozialismus von unten* hieß dann das Magazin des Linksrucks, welches ab 1994 die Linksruck-Arbeit politisch begleitete. Seit 1997 erscheint die zwölfseitige Zeitung *Linksruck*.

Organisationsstrukturen

Linksruck gibt auf seiner Homepage Kontakte in elf Städten an (Stand: März 2006), regelmäßige Treffen finden anscheinend nur in vier Städten statt. Zum Vergleich: 2000 wurden insgesamt zehn Städte mit regelmäßigen Treffen angegeben, wobei es in mehreren Städten vier bis fünf Ortsgruppen gab und 31 Kontakte in verschiedenen Städten existierten. Weiter existierten Linksruck-Hochschulgruppen an 19 Universitäten.³⁵⁸

2.1.8 Internationale Sozialistische Organisation (ISO)

1994 zogen Mitglieder die Konsequenzen aus der Orientierung der SAG auf die Jusos und fusionieren mit ehemaligen SAG-Mitgliedern, die bereits 1992 die Initiative Sozialistischer Internationalisten gründeten.

³⁵² Ebd., S. 32.

³⁵³ Ebd., S. 38.

Die Antwort der Bundeskoordination bestand in dem Vorwurf, die Ortsgruppe habe ein grundsätzliches Misstrauen in die Organisation und die Leitung, die Ortsgruppe sei isoliert, ließe sich nicht auf das globalisierungskritische politische Milieu ein und wolle „sich nicht mit den Milieus verändern“ (ebd., S. 40).

³⁵⁴ Ergebnisse der Aktivenkonferenz des Linksruck vom 1.&2. Dezember 2001. Papier beim Autor.

³⁵⁵ Christine Buchholz, zitiert bei Projektwerkstatt: Linksruck über attac und umgekehrt, November 2001. URL: www.projektwerkstatt.de/debatte/struktur/attac_lr.html 09.07.2004.

³⁵⁶ Der Verfassungsschutzbericht von 2004 geht von rund 400 verbliebenen Mitgliedern aus, wahrscheinlich sind es aber kaum 100 Personen, die als aktive Parteimitglieder gezählt werden können (vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2004*, Berlin 2004, S. 161).

³⁵⁷ Vgl. ebd., S. 162.

³⁵⁸ Vgl. *Linksruck*, Nr. 101, Januar 2001, S. 8.

deten, zur Internationale Sozialistische Organisation (ISO).³⁵⁹ Deren Publikation ist die *Linke Offensive*, deren Redaktion sich in Frankfurt befindet. Die ISO begreift sich weiterhin als Teil der Internationale (IST), ist aber nicht als deren offiziellen Sektion anerkannt.

2.1.9 Internationale Sozialisten (IS)

Schon 1995 spalteten sich von der ISO die ehemalige ISI-Gruppe als Internationale Sozialisten (IS) wieder ab.³⁶⁰ Ihre Publikationen waren der *Klassenkampf* (laut Homepage das letzte mal im Frühjahr 2002 erschienen) und das Magazin *Linke Opposition* (seit 1992). Die Gruppe hatte Kontaktadressen in drei Städten und stellte ihre Arbeit um das Jahr 2002 ein.

2.1.10 Gruppe Internationale SozialistInnen (GIS)

1999 traten weitere Mitglieder aus Linksruck aus und gründen die Gruppe Internationale Sozialisten (GIS). Die sechzehnseitige Zeitung der GIS nannte sich *Sozialismus oder Barbarei* und erschien alle zwei Monate. Auch von der GIS spalten sich weitere Mitglieder als Initiative Linkskommunismus im Jahre 2002 ab, die sich aber nicht mehr als Trotzkisten verstanden. Auch die GIS hat ihre Arbeit eingestellt.

2.1.11 Antikapitalistisches Netzwerk (Antikapitalistas)

2001 traten erneut weitere Mitglieder aus Linksruck aus und gründeten das Antikapitalistische Netzwerk. Ihr Austritt erfolgt als Reaktion auf die internen Debatten um Parteidemokratie, Sexismus und Rolle der Partei:

„Die Erfahrungen bisheriger Bewegungen, in denen speziell Sexismus und Homophobie als Thema chronisch vernachlässigt oder als Nebenwidersprüche einer ungerechten Gesellschaft abgetan wurden, sollten uns ein mahnendes Beispiel sein. Wie ein anderes System erreicht werden kann, bringt natürlich sehr viel Diskussion und auch Kontroversen mit sich. Wir wollen mit unserem Netzwerk diese Diskussionen aufgreifen und haben nicht die Absicht, ein Parteiprogramm zu entwerfen. Die Struktur soll offen und plural sein um damit die verschiedenen Ansätze derer, die den Kapitalismus für nicht reformierbar halten widerzuspiegeln.“³⁶¹

Das Antikapitalistische Netzwerk hatte Kontakte in acht Städten, die Organisation ist heute nach Aussagen eines ehemaligen Führungsmitgliedes nicht mehr existent. Die ehemaligen Mitglieder arbeiten heute bei attac und der globalisierungskritischen Bewegung mit.

2.1.12 Voran/Sozialistische Alternative (SAV)

Im Jahre 1971 trafen Mitglieder der deutschen Jungsozialisten auf einem internationalen Camp der International United Socialist Youth (IUSY) auf Mitglieder der englischen Militant-Strömung. Die Zeitung *Voran – Zeitung für Jusos, SPD und Gewerkschafter* wurde 1973 von „drei SPD-Mitgliedern aus drei Bundesländern“³⁶² gegründet. Mitte der siebziger Jahre arbeitete die Voran-Gruppe vor allem in Solidaritätskampagnen für die Revolution in Portugal und Spanien. Laut Brandt/Steinke wandte sie sich gegen die organisatorische und politische Kontrolle der Jusos durch die SPD-Parteiführung, ihr personeller Einfluss blieb bis Anfang der Achtziger sehr gering – anscheinend habe sie mittlerweile ihre Arbeit eingestellt, so Brandt/Steinke im Jahre 1984.³⁶³ Die Voran-Gruppe blieb bis Anfang der achtziger Jahre tatsächlich eine recht kleine Strömung in den Jusos und in der SPD, erst zwischen 1982 und 1985 konnte sie von 50 auf über 250 Mitglieder wachsen.³⁶⁴ Mit ihrer wachsenden Mitgliederzahl intervenierte sie in die bundesweiten Schülerproteste 1986/87 und konnte in Stuttgart und Aachen Schülerstreiks mit bis zu 5000 Teilnehmern organisieren. 1987 wurde im Rahmen dieser

³⁵⁹ Vgl. A. Holberg, In der deutschen ISO und wieder hinaus (zuerst in: *Proletarian Revolution*, Nr. 58, Winter 1999). URL: http://www.lrp-cofi.org/KOVI_BRD/Dokument/ISO.html (09.07.2004).

³⁶⁰ Ebd.

³⁶¹ Antikapitalistas, Wer wir sind, o. J. URL <http://www.antikaps.de/self.html> (09.07.2004).

³⁶² „15 Jahre Verteidigung des Marxismus“, in: *Voran*, Nr. 100, Mai 1988.

³⁶³ Brandt/Steinke, 1984, S. 1638.

³⁶⁴ S. Stanicic, „VORAN und SAV – Kurzer Abriss der Geschichte der deutschen Sektion des KAI“, in: SAV (Hrsg.), *Die Internationale. Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale*, Berlin 2000, S. 20.

Schülerproteste eine Rundreise von einer Vertreterin der spanischen Schüler- und Studentengewerkschaft (die unter dem Einfluss der spanischen CWI-Sektion stand) organisiert. In Aachen waren zu diesem Zeitpunkt fünf von acht Juso-AG-Vorsitzende „aktive Voran-Verkäufer“, der Juso-Unterbezirksvorstand sah sich zu Beschwerden über die Voran-Gruppe an den SPD-Unterbezirksvorstand genötigt und forderte zudem Disziplinarmaßnahmen gegen die Juso-Schülergruppe und die Juso-Hochschulgruppe in Aachen.³⁶⁵ 1989 hatte die Gruppe nach eigenen Angaben 350 Mitglieder.³⁶⁶ Anfang der Neunziger konnten mehrere Unterbezirksvorstände der Jusos durch Voran-Mitglieder gestellt werden, 1995 hatte ein Voran/SAV-Mitglied kurzfristig den Landesvorsitz der Jusos im Landesverband Bremen inne.

Während Voran noch 1991 den Anstoß zu einer Anti-Kriegsdemonstration mit 20.000 Teilnehmern in Köln geben konnten, so blieb der Zusammenbruch des Ostblocks und die Debatten um die „offene Wende“ nicht ohne Folgen für die Organisation. 1992 verlor diese ein Drittel ihrer Mitgliedschaft. Ein kleinerer Teil der ehemaligen Mitglieder organisierte sich weiterhin als marxistischer Flügel in der SPD (siehe unten), während sich die große Mehrheit der Organisation nach und nach aus der SPD- und Juso-Arbeit zurückzog und bis 1995 vollständig aus der SPD austrat.

Kurz nach der Spaltung 1992 wurde in Bad Karlshafen die antifaschistische Jugendorganisation Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) als deutsche Sektion der europaweiten Organisation Youth against Racism in Europe (YRE) gegründet. Diese konnte 1993/1994 bis zu 10.000 Mitglieder zählen. JRE umfasste auf dem Höhepunkt 1100 Jugendliche in ca. 50 Ortsgruppen,³⁶⁷ zerfiel aber mit dem Rückgang der antifaschistischen Bewegung in der Mitte der neunziger Jahre. 1994 wurde die Sozialistische Alternative Voran (SAV) gegründet, die nach dem Vorbild ihrer Internationale auf unabhängige Arbeit und ein hohes „Parteiprofil“ setzte.

Jugend-, Gewerkschafts- und Bündnisarbeit blieben die Schwerpunkte der SAV: Im Frühjahr 2003 wurde durch die von der SAV initiierte Organisation Jugend gegen Krieg 200.000 Schüler für Demonstrationen gegen den Krieg mobilisiert.³⁶⁸ Des Weiteren konnte die SAV die Demonstration in Berlin am 11. November mit 100.000 Teilnehmern mit initiieren. Heute existieren laut Verfassungsschutz in 30 Städten Ortsgruppen oder Stützpunkte, die rund 400 Mitglieder umfassen.³⁶⁹ 2004 konnten Stadtratsmandate in Aachen, Köln und Rostock errungen werden.

Publikationen

In den achtziger Jahren wurden eine Anzahl von Broschüren in der Sammlung Kleine marxistische Bibliothek und in den frühen Neunzigern einige wenige Nummern von *Marxistische Hefte* publiziert. Von 1973 bis 2002 erschien die zwölfseitige Zeitung *Voran*,³⁷⁰ die im April 2002 in *Solidarität – Sozialistische Zeitung* umbenannt wurde. Seit 2005 erscheint zusätzlich das Magazin *sozialismus.info – Magazin für marxistische Theorie und Praxis* mit rund 30 Seiten pro Ausgabe.

Organisationsstrukturen

Die SAV organisiert sich in Ortsgruppen, Stadtverbänden, Regionalverbänden und auf der Bundesebene durch einen Bundesvorstand. Die alle zwei Jahre stattfindende Bundeskonferenz ist dabei das höchste Organ der SAV. Ihre Beschlüsse sind für alle Organisationseinheiten bindend. Der Bundesvorstand tagt mindestens dreimal jährlich und wird von der Bundesleitung einberufen. Der Bundesvorstand wählt aus seiner Mitte eine Bundesleitung. Diese besteht aus gleichberechtigten Bundessprechern. Hauptamtliche Mitarbeiter werden vom Bundesvorstand oder von der Bundeskonferenz gewählt und sind diesen rechenschaftspflichtig.³⁷¹ Die SAV hat Ortsgruppen in 16 Städten und Kontakte in weiteren 17 Städten.³⁷²

³⁶⁵ Vgl. G. Kayitare, „Angriffe gegen VORAN in Aachen“, in: *Voran*, Nr. 91, Juni 1987, S. 2.

³⁶⁶ Vgl. Stanicic, 2000, S. 20.

³⁶⁷ Moreau/Lang, 1996, S. 290.

³⁶⁸ S. Stanicic, „Jugend gegen Krieg mobilisiert bundesweit über 200.000“, in: *Solidarität*, Nr. 13, April 2003, S. 5.

³⁶⁹ Vgl. Bundesinnenministerium (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht*, 2003, S. 141; 2004, S. 163.

³⁷⁰ Von 1973 bis 1994 lautete ihr Untertitel „marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften“.

³⁷¹ Statut der SAV (beschlossen im Februar 1998, zuletzt geändert am 27. März 2005). URL:

<http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&file=article&sid=59> (17.09.2005).

³⁷² *Solidarität*, Nr. 39, September 2005, S. 10.

2.1.13 Der Funke

1992 spaltete sich das CWI aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über den (Klassen-) Charakter der internationalen sozialdemokratischen Parteien. Eine Minderheit um den ehemaligen Leiter des CWI, Ted Grant, verblieb in den sozialdemokratischen Organisationen und konnte ganze Ländersektionen des CWI „mitnehmen“:

„Vor zehn Jahren vollzogen wir in Großbritannien und international mit denjenigen einen Bruch, die diese Traditionen aufgeben und die Bewegung auf einen sterilen sektiererischen Pfad führen und die Erfolge jahrzehntelanger Arbeit in Labour Party und Gewerkschaften aufgeben wollten“.³⁷³

In Deutschland organisierten sich die ehemaligen Voran-Leute um die Zeitung *Der Funke* und orientieren sich weiterhin auf die Perspektive, dass sich kommende Klassenkämpfe in den traditionellen Arbeiterparteien niederschlagen werden:

„In der kommenden Zeit wird sich die Krise des Kapitalismus als Krise der Arbeiter-Massenorganisationen manifestieren. Der Würgegriff opportunistischer und gemäßigter Leiter wird gebrochen werden. Gewerkschaften und Parteien werden durch und durch erschüttert werden, und daraus werden sich dann linke reformistische und zentristische Strömungen herausbilden. Wir müssen in der Lage sein, diese nach links gehenden Arbeiter und Jugendlichen anzusprechen und zu überzeugen. Darum dürfen wir die Orientierung auf die Massenorganisationen der Arbeiterklasse nicht aufgeben“.³⁷⁴

Mit der Krise der SPD in der Phase der rot-grünen Regierung von 1998 bis 2005 wurde die Perspektive einer Entwicklung von „zentristischen Strömungen“ in den Arbeiterparteien auch auf die PDS und die WASG ausgeweitet. Der Funke sieht in Linkspartei.PDS und WASG zwei weitere sozialdemokratische Parteien, in denen die Linke für ihr Programm eintreten müsse.³⁷⁵ Die Unterzeile des *Funken* wurde von „Marxistische Zeitung für Sozialdemokratie und Jugend“ in „Marxistischer Standpunkt in der Arbeiterbewegung“ umbenannt, um das neue eigene Selbstverständnis zu dokumentieren und im Kontakt mit anderen Linken Barrieren abzubauen. Indem die WASG auf eine „reformistische Organisation“ reduziert wird, die „als Ausdruck eines Differenzierungs- und Spaltungsprozesses in der Sozialdemokratie entstanden ist“ und die „nicht die erste und auch nicht die letzte Abspaltung von der Sozialdemokratie“ sein wird, konstruiert der Funke eine große „sozialdemokratische Familie“, in der die Krise des Kapitalismus die Basis dieser Parteien nach links „drücken“ wird. Damit kann dann auch der Verbleib in der SPD und die Mitarbeit in allen anderen sozialdemokratischen Parteien und (sozialen Bewegungen) gerechtfertigt werden:

„Dem Klassenkampf von oben müssen wir ein konsequentes Engagement von unten entgegensezten. Eine durchgreifende Wende kann nur von der arbeitenden Bevölkerung, von der Basis der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien (SPD, PDS, WASG) und von sozialen Bewegungen kommen“.³⁷⁶

Die Zeitschrift *Der Funke* erscheint mit vier bis sechs Ausgaben pro Jahr, über die Anzahl der Ortsgruppen konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

2.1.14 Sozialistische Arbeiterinitiative (SAI)

1998 gründeten ehemalige Mitglieder der SAV die Sozialistische Initiative (SI) und fusionierten bzw. assoziierten sich bald darauf mit der Sozialistischen Liga (SL) (siehe unten) zur SI/SL. Die SL war 1997 an die SAV herangetreten, um sich über eine eventuelle Fusion der beiden Organisationen zu verstständigen. Zu dieser Zeit befanden sich deren jeweiligen Internationalen (UIT und CWI) in einem Diskussionsprozess, der aber bald wieder abgebrochen wurde. Die SL konnte SAV-Mitglieder aus Kassel und Berlin von ihren Positionen überzeugen und sie für den Aufbau einer neuen Organisation,

³⁷³ Der Funke, Internationaler Einsatz für marxistische Ideen, 2002. URL: <http://www.derfunke.de/rubrik/programm/standort.html> (18.04.2005).

³⁷⁴ Ebd.

³⁷⁵ Vgl. Der Funke, Soll die Einheit der Linken an der Berliner Kommunalpolitik scheitern? Geduldige marxistische Überzeugungsarbeit statt bürokratischer Ultimaten und organisatorischer Allheilmittel! 21. Dezember 2005. URL: http://www.derfunke.de/rubrik/linksbuendnis/soll_einheit_der_linken_scheitern.html (18.01.2006).

³⁷⁶ „Wer wir sind und wofür wir stehen“, in: *Der Funke*, Nr. 56, Sommer 2005, S. 27.

der SI, gewinnen. Deren Zeitschrift *Was tun* wurde bis 2003 publiziert, nach der im Jahr 2002 erfolgten Spaltung von der SI/SL verblieben anscheinend nur noch wenige Personen in der (neu gegründeten) Sozialistischen Arbeiterinitiative (SAI), die ihre Arbeit mittlerweile eingestellt zu haben scheint.

2.1.15 Gruppe sozialistischer Gewerkschafter (GSG)

Die GSG wurde 2001 von ehemaligen SAV Mitgliedern in Berlin und Kassel gegründet, die sich mit der SI/SL überworfen hatten. Hintergrund scheint eine Auseinandersetzung über ein Mitglied der SL gewesen zu sein, der sich mit reaktionären politischen Kräften eingelassen hatte. Unregelmäßig wurden Stellungnahmen auf der eigenen Homepage zu Gewerkschaftsarbeit, dem öffentlichen Dienst und dem Widerstand gegen Sozialabbau veröffentlicht, die GSG scheint aber als organisierte Gruppe weniger in Erscheinung zu treten.

2.1.16 Gruppe Arbeitermacht (GAM)

Die GAM wurde im Mai 1983 von elf Personen³⁷⁷ (mehrheitlich ehemalige Mitglieder des Spartacusbundes) gegründet und schloss sich 1984 der Bewegung für eine Revolutionäre Kommunistische Internationale (BRKI), heute Liga für die 5. Internationale, an. Ihr damaliges organisationspolitisches Ziel bestand in der Schaffung „einer kämpfenden Propagandagruppe“, vom Spartacusbund unterscheidet man sich in der politischen Methode und in der Einschätzung des Charakters der SPD.³⁷⁸ Die GAM betont im Unterschied zu anderen Gruppen, dass in der Zeit zwischen 1951 und 1954 die trotzkistische Internationale als revolutionäre Internationale zerbrochen sei. Man habe an diesem Punkt wieder angeknüpft, aber alle anderen Organisationen würden sich in die eine oder andere Tradition des ungebrochenen Trotzkismus stellen, in der die GAM eine Revision des Trotzkismus sieht.³⁷⁹

Der Zeitraum von 1982 bis 1989 wurde von der GAM als eine Stagnationsphase erlebt, in der man zudem nicht auf einer einheitlichen politischen Plattform operiert hätte. Erst 1987 wurde ein einheitliches Aktionsprogramm herausgebracht.³⁸⁰

Die GAM trat in der DDR-Revolution erstmalig zur Konferenz der Vereinigten Linken im September 1989 auf und verteilte in der Folgezeit ihre Zeitung *Arbeitermacht – trotzkistisches Bulletin der LRKI in der DDR*. Mit der Gewinnung von vier Mitgliedern des BSA und einigen Zuzügen von BRKI-Mitgliedern aus anderen Ländern konnte eine Gruppe Arbeitermacht-Ost aufgebaut werden. Weitere Mitglieder von SpAD, KPD und USPD stießen hinzu, und man vereinigte sich 1990 mit der westdeutschen Sektion zur Gruppe Arbeitermacht (GAM).³⁸¹ Ab Oktober 1990 versuchte die GAM als Revolutionär-Kommunistische Fraktion Entrismusarbeit in der PDS umzusetzen, was aber schnell scheiterte. So trat man 1991 wieder als Gruppe Arbeitermacht, Sektion der LRKI auf und konnte rund ein Dutzend Mitglieder zählen. Nach einer Stagnationsphase konnte die GAM bis Ende der Neunziger wieder lang-

³⁷⁷ Interview mit J. Rahlmeyer am 30.03.2005.

³⁷⁸ Vgl. *Grundlegende Prinzipien unseres Programms*. Politische Plattform der Gruppe Arbeitermacht, Frankfurt/M, 1983, S. 4/5. ASF: 9.1.13.

Der den Spartacusbund (und dessen Vorläuferorganisation KJO) auszeichnende abstrakte Propagandismus blieb aber auch der Programmatik der GAM inhärent. So erklärt die GAM in ihrer ersten Ausgabe der Zeitschrift *Arbeitermacht* von 1984, wie ein Generalstreik zur Machfrage führen könne: Ein umfassender Kampf für die 35-Stunden-Woche mit Hilfe eines unbefristeten Generalstreiks, welcher die zentrale Staatsmacht herausfordere, würde tendenziell die Machfrage aufwerfen. Kommunisten würden dann für den Sturz der Regierung eintreten und diese sei durch eine Arbeiterregierung zu ersetzen. Man würde für den bewaffneten Aufstand eintreten und die Umwandlung der Streikkomitees in Arbeiterräte vorschlagen. („Generalstreik – der Weg zum Sieg!“ in: *Arbeitermacht*, Nr. 1, Juli 1984, S. 2–10. ASF: 9.1.13.)

Die Argumentationslinie der KJO-Spartacus war 1971 die gleiche: Der konsequente Kampf um die Durchsetzung von Arbeiterinteressen, was die Bourgeoisie auf Dauer unmöglich dulden könnte, werde die Frage der politischen Macht aufwerfen; „die Revolution wird zur Tagesfrage“. Nur durch die Eroberung der Staatsmacht könne das Proletariat seine Forderungen vollständig durchsetzen. (Spartacus – Kommunistische Jugendorganisation, Die politischen Grundlagen der Kommunistischen Jugendorganisation. SSA: 335 415b-1.)

³⁷⁹ Interview mit J. Rahlmeyer am 30.03.2005.

In dieser Position findet sich das politische Erbe der IKD und des späteren Spartacusbund wieder: „(...) die Einsicht ist, daß die Vierte Internationale nicht existiert, daß sie, ausgehend von einer Wiederaneignung der Grundlagen des revolutionären Marxismus, überhaupt erst aufgebaut werden muß“ („Erklärung der Internationalen Kommunisten Deutschlands über ihr Verhältnis zum ‚Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale‘“, in: *Die vierte Internationale*, Jg. 2, Nr. 1, Januar 1971, S. 5).

³⁸⁰ Interview mit J. Rahlmeyer am 30.03.2005.

³⁸¹ Ebd.

sam wachsen und 1999 eine Handvoll Mitglieder aus der Internationalen Sozialistischen Arbeiterorganisation (ISA) (siehe unten) gewinnen.

Die GAM unterstützt den Aufbau der internationalen Jugendorganisation Revolution (Revo), die seit September 2003 in Deutschland ein gleichnamiges Magazin herausgibt und in drei Städten vertreten ist. Bereits 1993 hatte man beschlossen, der Jugendradikalisierung mehr Aufmerksamkeit zu schenken, aber erst ab 2000 konnte in Darmstadt und später in Berlin der Aufbau von Gruppen verwirklicht werden. Die Jugendorganisation ist in neun Ländern präsent, in denen zum Teil auch die Sektionen der Liga für die 5. Internationale arbeiten. Die 20 bis 30 Mitglieder der GAM verteilen sich auf Kontaktadressen in sieben Städten.³⁸²

Publikationen

Von 1984 bis 1990 erschien die Zeitung *Arbeitermacht* (ab 1989 als Organ der westdeutschen Sektion der LRKI), die ab Februar 1990 in *Arbeitermacht – trotzkistisches Bulletin der LRKI in der DDR* umbenannt wurde. Im Laufe des Jahres 1990 wurde der Untertitel in Gruppe Arbeitermacht (Ost), dann in Trotzkistische Tendenz in der PDS und in Gruppe Arbeitermacht bzw. Gruppe Arbeitermacht, Deutsche Sektion der LRKI geändert.³⁸³ Die Zeitung *Arbeitermacht* erschien bis 1995, um dann von der Zeitschrift *Die Neue Internationale* abgelöst zu werden. Von 1983 bis 1989 wurde die Schriftenreihe der Gruppe Arbeitermacht mit insgesamt sechs Ausgaben herausgegeben. Die Monatszeitung *Die neue Internationale* wird mit ca. 20 Seiten publiziert, unregelmäßig erscheint seit September 1989 das Theorieorgan *Revolutionärer Marxismus – Deutschsprachiges theoretisches Organ der Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale* mit 30 bis 60 Seiten Umfang. Zusätzlich kann eine Info-mail über die Homepage abonniert werden.

2.1.17 Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) / Partei für soziale Gleichheit (PSG)

Die Vorläuferorganisationen der PSG, der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) und der Sozialistische Jugendbund (SJB)³⁸⁴ wurden im September 1971 als deutsche Sektion des Internationalen Komitees der Vierten Internationale (IKVI) gegründet. Zuvor hatten sich die Anhänger Gerry Healys als Marxistische Fraktion in der Internationalen Arbeiterkorrespondenz (IAK) organisiert, die als deutsche Sektion des IKVI³⁸⁵ schon seit 1965/66 bestand. Der BSA veröffentlichte ab 1971 die Zeitschrift *Der Funke* (nicht zu verwechseln mit der Zeitschrift *Der Funke* der deutschen und österreichischen Sektion der Internationalen Marxistischen Tendenz), die 1977 in *Neue Arbeiterpresse* umbenannt wurde. Zudem wurden 1978/79 fünf Nummern des Theoriemagazins *Marxistische Rundschau* herausgegeben.³⁸⁶ *Der Funke* und die *Neue Arbeiterpresse* berichteten vor allem über betriebliche Auseinandersetzungen, gewerkschaftliche Themen und über internationale Solidaritätskampagnen. Ein weiteres wichtiges Thema für den BSA war die Auseinandersetzung mit den „zentristischen Elementen“ und den „klein-bürgerlichen Skeptikern“ in den anderen trotzkistischen Strömungen. Ein Beispiel: Unter dem Titel: „Feinde des Marxismus“ kritisierte eine zweiteilige Reihe des *Funkens* die GIM im Wahlkampf 1976.³⁸⁷ Mitte der Siebziger Jahre konnte der BSA laut Verfassungsschutzbericht um die 300 Mitglieder zählen, die Schwerpunkte seiner Organisation³⁸⁸ lagen in NRW, Hessen, Bayern und Westberlin.³⁸⁹ In den achtziger Jahren soll sich die Mitgliedszahl auf rund 150 Mitglieder reduziert haben. BSA-Mitglieder kandidierten 1989 und 1994 bei den Europawahlen und erreichten 7.788 bzw. 10.678 Stimmen.³⁹⁰

³⁸² Zahlen von 1996 (Moreau/Lang, 1996, S. 284).

³⁸³ Lubitz, 1993, S. 8/9, Nr. 0039; Internet-Version: S. 3.

³⁸⁴ Zu BSA und SJB gehörten 1973 18 Ortsgruppen, der SJB hatte zu dieser Zeit etwa 140 Mitglieder (Madloch, 1976, Bd. 2, S. 103).

³⁸⁵ Zur Geschichte des IKVI siehe Kapitel 1.2.

³⁸⁶ Vgl. Lubitz, 1993, S. 174, Nr. 1010; Internet-Version: S. 71.

³⁸⁷ H. Ulrich, „Die GIM im Wahlkampf. Teil 1“, in: *Der Funke*, Nr. 108. 10. September 1976, S. 8/9. FES: XX 3029.

³⁸⁸ Regelmäßige Treffen organisierte der BSA Anfang der Siebziger in Berlin, Hannover, Gelsenkirchen, Essen-Borbeck, Bochum, Freiburg, Frankfurt (Gallus), Frankfurt (Riederwald), Hanau, Tübingen, Günzburg (*Der Funke*, Nr. 21, 15. Januar 1973).

³⁸⁹ Poppenberg, 1979, S. 165.

³⁹⁰ Lehmann, 2000, S. 327, 494.

Auch an den Volkskammerwahlen von 1990 (374 Stimmen) und den Bundestagswahlen von 1990 (826 Stimmen) und 1994 (1285 Stimmen) nahm der BSA teil.³⁹¹

1997 benannte sich der BSA in PSG und die *Neue Arbeiterpresse* in *Gleichheit* um. Ende der Neunziger wurden die Außenaktivitäten und Publikationen der PSG zusehends zugunsten des Aufbaus der „World Socialist Website“(WSWS) reduziert:

„Es veröffentlicht täglich neue Artikel, Hintergrundberichte und Analysen zu Fragen der Politik, Kultur, Theorie und Geschichte. Es erscheint in mehreren Sprachen. Mit dem Internet, das sich rasch zu einem gebräuchlichen Medium der Massenkommunikation entwickelt, sind völlig neue Möglichkeiten für die Verbreitung der Ideen der Vierten Internationale entstanden. Es ermöglicht dem IKVI weltweit als eine geschlossene politische Kraft in Erscheinung zu treten“.³⁹²

Eine besondere Position nimmt die PSG zu den Gewerkschaften ein. Sie sieht diese als Organisationen, die nicht mehr die Interessen der Mitglieder repräsentieren und auch nicht mehr zu reformieren sind. Statt Oppositionen in den Gewerkschaften zu organisieren und zu unterstützen, will die PSG ihre Partei als Alternative anbieten und auf Betriebsebene Fabrikkomitees unterstützen:

„Heute sind SPD und Gewerkschaften auch in Tagesfragen zu offenen Gegnern der Arbeiter geworden. Wähler und Mitglieder laufen ihnen in Scharen davon. Jede, selbst die geringste Forderung, stellt die Arbeiter vor Aufgaben, die sie nur mittels einer neuen Partei lösen können. (...) Die Partei für Soziale Gleichheit wendet den Gewerkschaften nicht den Rücken zu, solange darin noch Arbeiter organisiert sind. Aber sie gibt sich nicht der Illusion hin, diese privilegierten bürokratischen Apparate könnten in Kampforganisationen verwandelt werden.“³⁹³

Bei den Bundestagswahlen vom 18. September 2005 erhielt sie in vier Bundesländern insgesamt 15.365 Stimmen. Bei der Bundestagswahl 1998 hatte die PSG in sechs Bundesländern 6.226 Stimmen bekommen, bei der Europawahl 2004, zu der sie mit einer gemeinsamen Liste für alle 16 Bundesländer antrat, 25.824 Stimmen.³⁹⁴ Die PSG hat nach grober Schätzung heute um die 50 Mitglieder und wird, ähnlich wie die SpAD, vom Verfassungsschutz als „selbsternannte Gralshüter trotzkistischer Orthodoxie“³⁹⁵ bezeichnet.

2.1.18 Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)/Spartakist-Arbeiterpartei Deutschland (SpAD)

Eine weitere Organisation mit langer Tradition ist die SpAD, die 1974 als Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) gegründet wurde. Die 1966 entstandene Spartacist League/US (ehemals Fraktion der SWP/US) begann um 1967 Kontakte nach Deutschland zu knüpfen. Mehrere Ausgaben von Der Klassenkampf (Spartakist) wurden 1967-68 von deutschen Unterstützern der SL/US publiziert,³⁹⁶ der Aufbau einer eigenständigen Organisation scheiterte aber. Erst durch die gemeinsame Arbeit der SL/US mit der Gruppe Österreichische Bolschewiki-Leninisten (ÖBL) konnte ab 1974 mit dem Aufbau einer Sektion in Deutschland begonnen werden. Eine Gruppe um Wolfgang Homann aus der IKD/KJO (bzw. deren Folgeorganisationen), trat der iSt (der Internationale der SL/US) bei, konnte in den frühen Siebzigern einzelne Mitglieder sowohl von KJO-Spartacus und der Gruppe Spartacus-BL, wie auch von der GIM rekrutieren³⁹⁷ und konstituierte sich im Februar 1974 zuerst als Berliner Komitee, dann im November als TLD. Die ÖBL wurde aufgelöst, nachdem sich die TLD stabilisiert hatte. Ab Februar 1974 wurde die Kommunistische Korrespondenz herausgegeben, ihr folgte ab 1980 der Spartakist (vier Ausgaben pro Jahr). Ende der Siebziger soll die TLD bis zu 200 Mitglieder gehabt haben.³⁹⁸

³⁹¹ Ebd., S. 444, 453.

³⁹² Was ist das WSWS? Februar 2003. URL: <http://www.wsbs.org/de/wsbs-de.shtml> (15.11.2004).

³⁹³ Perspektivresolution, verabschiedet von der nationalen Konferenz des Bunds Sozialistischer Arbeiter am 30. März 1997. URL: <http://gleichheit.de/persp.htm> (11.12.2004).

³⁹⁴ L. Niethammer, Bundestagswahl 2005: PSG erhält 15.365 Stimmen, 20. September 2005. URL: www.wsbs.org/de/2005/sep2005/psg-s20.shtml (11.02.2006).

³⁹⁵ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2003*, Berlin 2003, S. 139.

³⁹⁶ Alexander, 1991, S. 435.

³⁹⁷ Ebd.

³⁹⁸ Poppenberg, 1979, S. 168.

1988 scheinen Mitglieder der TLD wegen „nationalistischen Abweichungen“ einige Monate in andere Sektionen versetzt worden zu sein.³⁹⁹ 1990 wurde zwecks Teilnahme an den Volkskammerwahlen (2.396 Stimmen) die TLD in SpAD umgetauft. Die SpAD baute ab Anfang der Neunziger neben der Spartakist Arbeiterjugend auch ein Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) auf, welches sich u. a. der Verteidigung von Honecker, Mielke u. a. widmete. Der Verfassungsschutzbericht 2004 rechnete die SpAD zu den unbedeutenden, isolierten und ideologisch erstarrten Gruppen, „die als selbsternannte Hüter trotzkistischer Orthodoxye ihre Aktivitäten weitgehend auf die ideologische Bekämpfung konkurrierender trotzkistischer Zusammenschlüsse beschränken“.⁴⁰⁰

Die Spartakist-Arbeiterpartei ist eine Propagandagruppe, die als ersten Schritt zu einer revolutionären Arbeiterpartei die Umgruppierung der revolutionären Kräfte anstrebt, d. h. dass vor allem Mitglieder anderer revolutionärer Organisationen für die SpAD gewonnen werden sollen. Bereits die Deklaration zur gemeinsamen Arbeit von SL/US und der ÖBL aus dem Jahre 1973⁴⁰¹ betonte die

„Anerkennung der Gültigkeit der Taktik der revolutionären Umgruppierung, einer Taktik, die sich besonders dazu eignet, politische Differenzierung und Klärung herbeizuführen, indem sie bei vorgeblichen revolutionären Gruppen einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen vorantreibt; vor allem in Situationen, wo die linke ‚Szene‘ in Bewegung geraten ist“.⁴⁰²

An dieser Position hält auch die SpAD bis heute fest:

„Unsere unmittelbare Aufgabe ist die Ausbildung und Entwicklung von Kadern, die Rekrutierung der fortgeschrittensten Schichten der Arbeiter und Jugendlichen, indem wir sie für unser volles Programm gewinnen, durch die Erklärung unserer Auffassungen in scharfem Gegensatz zu denen unserer zentralistischen Opponenten. Revolutionäre Umgruppierungen auf dem Programm des leninistischen Internationalismus sind das Mittel, um das Mißverhältnis zwischen unseren geringen Kräften und unserer Aufgabe zu lösen“.⁴⁰³

2.1.19 Gruppe Spartakus

1982 spaltete sich eine Gruppe um ein ehemaliges Gründungsmitglied des Berliner Komitees von der TLD ab und gründete die Gruppe IV. Internationale.⁴⁰⁴ Diese Gruppe fusionierte mit einer Abspaltung der Spartacist League/US zur Internationalen Bolschewistischen Tendenz (IBT). Die Gruppe IV. Internationale fusionierte wiederum 1992 mit einer Handvoll ehemaliger Maulwürfe zur Gruppe Spartakus. 2002 stieß die Gruppe Leo Trotzki⁴⁰⁵ (vormals im RSB in München) dazu. Die Zeitung der Gruppe Spartakus heißt *Bolschewik* und wird als 20- bis 30-seitige Ausgabe unregelmäßig publiziert. Mitgliederzahlen konnten nicht ermittelt werden. Als Kontaktadresse wird sowohl auf der Homepage der Internationale, wie auch im *Bolschewik* ein Postfach in Düsseldorf angegeben. Presserechtlicher Verantwortlicher ist eine Person in England, der Druck der Zeitung wird im Selbstverlag getätigt. Die Gruppe Spartakus hat keine eigene Homepage, Ausgaben ihrer Zeitung sind über die Homepage der IBT einsehbar.

³⁹⁹ Dannat, 2000, S. 34.

⁴⁰⁰ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2004*, Berlin 2004, S. 161.

⁴⁰¹ „Deklaration der Spartacist League/US und der Österreichischen Bolschewiki-Leninisten zur gemeinsamen Arbeit in Deutschland“, in: *Kommunistische Korrespondenz*, Nr. 4, Juli 1974, S. 16.

⁴⁰² Die Ausgaben der *Kommunistischen Korrespondenz* beschäftigten sich in den siebziger Jahren beinahe ausnahmslos mit dem „Zentralismus“ der konkurrierenden trotzkistischen Organisationen. Ein bevorzugtes Objekt der Spaltertätigkeit der TLD stellten der Spartacusbund und die GIM dar. Aber auch die maoistischen Organisationen wurden nicht vernachlässigt. So habe die von China vollzogene offene Unterstützung der NATO „Unruhe unter den deutschen maoistischen Gruppen geschaffen. Wir können die Möglichkeit linker Spaltungen in einigen dieser Gruppen (...) ins Auge fassen“ (*Kommunistische Korrespondenz*, Nr. 10, September 1975, S. 4.)

⁴⁰³ Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), Grundsatzserklärung und einige Elemente des Programms, Februar 1998. URL: <http://www.icl-fi.org/GERMAN/DOP.htm> (12.11.2004).

⁴⁰⁴ Alexander, 1991, S. 436.

⁴⁰⁵ Dabei handelt es sich um eine Gruppe von rund einem halben Dutzend Mitgliedern, die Ende der achtziger Jahre in Paderborn entstand und sich unabhängig von anderen Organisationen anfangs an der US-amerikanischen SWP orientierte. Nachdem man sich erst der Spartakus-Gruppe in Essen und dann dem RSB in München angeschlossen hatte, trat die Gruppe Leo Trotzki der Gruppe Spartakus bei (Interview mit Klemens Alff am 31.03.2005).

2.1.20 Internationale Arbeiterkorrespondenz (IAK) / Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA)

Die „Cannonisten“

Weithin in Vergessenheit geraten ist die Existenz einer deutschen Gruppe des Internationalen Komitees (IKVI, Healy/Lambert) vor 1965. Im Dezember 1958 fand in München eine Konferenz der Cannonisten⁴⁰⁶ statt. Unter der Mithilfe der Schweizer Trotzkisten Buchbinder und Steiger wurde eine fünfköpfige Leitung gebildet, die unter dem Vorsitz von Oskar Hippe und Otto Freitag arbeitet.⁴⁰⁷ Nachdem die Münchener Gruppe bereits 1961 wieder zerfiel, bleiben aktive Restgruppen in Radevormwald, Duisburg, München und Westberlin bestehen.⁴⁰⁸

Einige von lokalen SDS-Gruppen zu dieser Gruppe gewechselte Studenten begannen 1965 mit der Publikation der hektographierten Zeitschrift *Internationale Arbeiterkorrespondenz – Organ der Revolutionären Marxisten (Trotzkisten) in Deutschland* (IAK). Die IAK arbeitete in Frankfurt im SDS und der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft (GAG) und konnte eine Reihe von Lehrlingen aus den Lehrlingsausbildungsstätten für sich gewinnen.⁴⁰⁹ Die IAK schloss sich 1966 dem IKVI um Lambert und Healy an.⁴¹⁰ 1967 organisierte man in Frankfurt a. M. den Arbeitsausschuss für den Aufbau einer revolutionären Organisation der Jugend. Im April 1970 folgte dann die Gründung der Jungen Garde – Für die revolutionäre Internationale der Jugend in Bochum, der sich die vorher regional organisierten Gruppen Junge Revolutionäre und Gruppe Junger Sozialisten (Bochum) anschlossen.⁴¹¹

Die Junge Garde organisierte im Juli 1971 einen internationalen Jugendkongress in Essen, an dem 3000 bis 4000 Teilnehmer⁴¹² aus 32 Ländern teilnahmen. Dieser sollte den Aufbau einer Revolutionären Internationale der Jugend (RIJ) in Angriff nehmen.⁴¹³ Dies scheiterte dann durch das Auseinanderbrechen des IKVI;⁴¹⁴ die IAK und die Junge Garde verblieben nach der Spaltung in der lambertistischen Internationale, die sich Internationales Zentrum (IZ) nannte.⁴¹⁵ Healys westdeutsche Anhänger gründeten im September 1971 mit dem Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) eine eigene Organisation. Die Junge Garde mit ihrer gleichnamige Zeitung, die von 1970 bis 1973 existieren sollten, entwickelte eine Reihe von Aktivitäten und stand auch im Rahmen der RIJ nach dem Bruch mit Healys IKVI in Kontakt mit einer Reihe von Jugendorganisationen. 1971 sollen sich rund 200 Jugendliche in ihren Reihen organisiert haben. Ihre Schwerpunkte lagen in Witten, Bochum, Oberhausen, Essen, Frankfurt a. M., Braunschweig, Kiel und Hannover.⁴¹⁶

Der Aufbau der Jungen Garde wurde nicht nur als „Kaderschmiede“ für die IAK vorangetrieben, sondern diente auch dem Versuch, ein breites Bündnis sozialistischer Jugendorganisationen in Deutschland zu schmieden, auf die dann durch das IKVI Einfluss genommen werden sollte. So wandte sich die Junge Garde bis 1973 mehrmals an andere Organisationen und veröffentlichte Aufrufe, die sich „An alle Jugendliche in Betrieb, Büro, Gewerkschaft, Schule und Universität, an alle Jugendorganisationen, die sich für den Sozialismus erklären, an die Jusos und die Genossen des SHB“ richteten. Diesen wurde vorgeschlagen, eine Debatte um ein „Aktionsprogramm der Jugend“ zu beginnen, um über eine „nationale Konferenz zur Verteidigung der Jugend“ die „Revolutionäre Internationale der Jugend“ aufzubauen.

⁴⁰⁶ Benannt nach dem Leiter der US-amerikanischen SWP, J. P. Cannon.

⁴⁰⁷ Laut Madloch gehörten zu dieser Gruppe auch Theo Pirker und bestanden Kontakte zu Erwin Essl, 1949 bis 1974 Vorsitz der IG Metall-Bayern, 1954 bis 1974 SPD-Landtagsabgeordneter (Madloch, 1976 Bd. 2, S. 106).

Moneta bestreitet dagegen die Mitgliedschaft von Pirker in dieser Gruppe (Brief von Jakob Moneta an den Autor vom 15.12.2005).

⁴⁰⁸ Madloch, 1976 Bd. 2, S. 106.

⁴⁰⁹ Vgl. Schröder, 1990, S. 48.

⁴¹⁰ Brandt/Steinke, 1984, S. 1634.

⁴¹¹ Langguth, 1971, S. 167.

⁴¹² Langguth geht von 3000, andere Quellen (*Das Junge Wort*, a.a.O., S. 12) gehen von bis zu 4000 Teilnehmern aus.

⁴¹³ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Junge Garde rund 150 Mitglieder (Madloch, 1976, Bd. 2, S. 108).

⁴¹⁴ Vgl. Poppenberg, 1979, S. 103.

⁴¹⁵ Laut Poppenberg soll die IAK (teilweise) im Spartacusbund aufgegangen sein (vgl. Poppenberg, 1979, S. 77). Wahrscheinlich handelt es sich aber dabei nur um einige IAK-Mitglieder, die dem Spartacusbund individuell beitreten.

⁴¹⁶ *Das Junge Wort*, a.a.O., S. 12.

Die IAK begründete die Gründung der Jungen Garde damit, dass sich seit „der Zeit des SDS (...) immer mehr Jugendliche von der verräterischen Führung der SPD abwenden“ und diese „suchen eine sozialistische Alternative“.⁴¹⁷ Diese Alternative habe die antiautoritäre Bewegung nicht geboten, da sie den Gegner nicht in Staat und Kapital, sondern in allgemeinen Autoritäten gesehen habe. Zudem habe sie sich mit „der Abwendung von den Apparaten der traditionellen Arbeiterorganisationen der SPD gleichzeitig von den Arbeitern abgewandt“. So bräuchten die Jugendlichen eine Organisation, die sich „zwar völlig unabhängig von den verräterischen Apparaten organisiert, sich aber nicht gleichzeitig von der Arbeiterklasse isoliert“.⁴¹⁸

Mit der Auflösung der Jungen Garde und dem Eintritt ihrer Mitglieder in die Jusos ein Jahr später wurden diese Aussagen konterkariert. Die Junge Garde sei nun „ein Hindernis (...) zur Eroberung der Jugend und zur Verbindung mit ihrer wirklichen politischen Bewegung, die ihren Ausdruck in den [Jusos, F. N.] suchte“.⁴¹⁹

Die Auflösung der Jungen Garde mag somit verschiedene Ursachen gehabt haben: Einmal strömten Zehntausend Jugendliche nach dem Misstrauensvotum Barzels gegen Brandt in die Jusos, eventuell wurde die Junge Garde auch mangels Masse aufgelöst.

Die IAK arbeitete ab 1970 zuerst nur mit wenigen Mitgliedern in der SPD mit,⁴²⁰ die zum Teil schnell wieder ausgeschlossen wurden, während der weitaus größte Teil als trotzkistische Fraktion in der Jungen Garde arbeitete. Diejenigen, die in der SPD verblieben, begannen 1970 mit der Herausgabe der *Sozialistischen Arbeiterpolitik (SAP) – Organ für eine Arbeiterpolitik in der SPD, für eine SPD-Alleinregierung*, die als Entrismus-Organ konzipiert war. Weiterhin wurde die seit 1965 existierende *Internationale Arbeiterkorrespondenz* herausgegeben. Der IAK gelang die Verdoppelung der Mitgliedschaft innerhalb eines Jahres und sie organisierte Ende 1974 rund 60 % ihrer Mitgliedschaft in den Jusos.⁴²¹ Ihre lokalen Schwerpunkte befanden sich in Bochum und Frankfurt.⁴²² In Bochum kam es um das Jahr 1975 zu scharfen Auseinandersetzungen mit einem konkurrierenden politischen Flügel in der SPD, den sogenannten „Stamokaps“.⁴²³ Diesem Flügel fiel 1975 ein internes Thesenpapier der IAK in die Hände, das sogenannte KDO-Papier.⁴²⁴ Darin legte die IAK ihre taktische Arbeit in der SPD und den Jusos fest und bot so den Stamokaps genügend Angriffsfläche für eine 250 Seiten umfassende Dokumentation mit dem Titel „Die unbehelligte Unterwanderung der SPD durch Trotzkisten“.⁴²⁵ Aufgrund der Auseinandersetzungen verlor die IAK den Unterbezirk Bochum an einen neuen Vorstand, nachdem ihr vom Bezirksvorstand bereits der Status einer Studentenorganisation der Jusos an der Bochumer Universität aberkannt worden war, und auch in „ihren“ Juso-AGen kam sie unter massiven Druck. Trotzdem war sie in der Lage, sich weiterhin in einigen der 27 Juso-AGen des Unterbezirks zu behaupten. „Davon sind drei ganz in der Hand der Trotzkisten, einige andere sind in Gefahr, in weni-

⁴¹⁷ Die Junge Garde – für die revolutionäre Internationale der Jugend, Nr. 12, Mai 1972, S. 11. ASF: 9.1.13 Sonstige Trotzki-sten, VI. Diverse.

⁴¹⁸ Ebd.

⁴¹⁹ „Politische Resolution des ZK“ (Bochum, den 30.11.74), dokumentiert in: Autorenkollektiv Juso-UB-Vorstand Bochum (Hrsg.), Die unbehelligte Unterwanderung, a.a.O., Teil III, S. 21.

⁴²⁰ Vgl. ebd., S. 15, 66.

⁴²¹ Vgl. ebd., S. 22.

⁴²² In Bochum wurde die „Sozialistische Arbeiterpolitik“ publiziert, in Frankfurt die „Internationale Arbeiterkorrespondenz“. In Frankfurt konnte die Junge Garde zeitweise den Vorsitz im Frankfurter Schülerrat übernehmen.

⁴²³ Die „Stamokaps“ wurden nach ihrer Theorie über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, der eine neue Stufe des Kapitalismus darstelle, benannt. Der bürgerliche Staat verwandele sich in eine ökonomische Potenz, um die Existenz des kapitalistischen Systems zu sichern und verschmelze mit dem Monopolkapital. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit des antimonopolistischen Kampfes (auch unter Einschluss bürgerlicher Kräfte) und die Strategie der demokratischen Transformation des Staates, der Herstellung breiter antimonopolistischer Bündnisse, Errichtung der fortgeschrittenen Demokratie etc. Vgl. C. Butterwege, *SPD und Staat heute. Ein Beitrag zur Staatstheorie und zur Geschichte der westdeutschen Sozialdemokratie*, Berlin 1979, S. 97–152.

⁴²⁴ Das Kürzel KDO fungierte als Tarnname für die IAK in deren internen Papieren.

⁴²⁵ Vier Jahre nach dieser Dokumentation legten Kölner Jungsozialisten eine weitere Dokumentation vor; das Vorwort ist von einem Mitglied des Vorstands des Juso-Unterbezirks und einem Mitglied des Vorstand der Juso-Hochschulgruppe an der Universität unterzeichnet. In der Dokumentation wurde darauf hingewiesen, dass es neben Bochum und Köln auch in Darmstadt, Frankfurt, Heidelberg, Berlin und Bremen zu Auseinandersetzungen mit den Mitgliedern der IAK gekommen war (vgl. Jungsozialisten in der SPD, Köln, *Die 4 1/2te Internationale und die Rolle ihrer Anhänger bei den Jusos und in der SPD*, Köln 1979).

gen weiteren AG's gibt es den einen oder anderen Mitläufer.“⁴²⁶ Das Bekanntwerden des KDO-Papiers und der damit verbundene Druck des SPD-Apparates dürfte auch dazu beigetragen haben, dass 1976 die Herausgabe der SAP eingestellt wurde.⁴²⁷

Ähnlich wie bei anderen trotzkistischen Organisationen⁴²⁸ stand in den Siebzigern die politische Unterstützung für die Bewegungen gegen die autoritären Regime in Chile, Portugal, Spanien, Griechenland etc. im Vordergrund der Internationalismusarbeit der IAK. Besonderen Wert legte sie auf die Verteidigung und Unterstützung von politischen Gefangenen in Ost und West. So wurden Unterstützungskampagnen sowohl für Angela Davis in den USA wie auch Kampagnen für die Freilassung von Dissidenten in Osteuropa initiiert und durchgeführt. Dabei nutzte die IAK alle ihr zu Verfügung stehenden Publikationsmöglichkeiten. So wurde in Schülerprojektgruppen der Jusos über „Freie politische Betätigung in Osteuropa“ und die „Portugiesische Revolution“ diskutiert.⁴²⁹ In der *Sozialistischen Arbeiterpolitik* wurde regelmäßig über die internationale Solidaritätsarbeit berichtet, zudem beteiligte man sich an dem im Juni 1972 gegründeten Initiativkomitee für die Befreiung der politischen Gefangenen in Osteuropa. Mitglieder dieser Organisation waren unter anderen der Redakteur der IG-Metall-Zeitung Heinz Brandt und der Politikwissenschaftler Ossip K. Flechtheim. Seit dem Ausreiseverbot aus der DDR für Wolf Biermann und Robert Havemann engagierte sich die IAK für deren Reisefreiheit und die Aufhebung der Berufsverbote. Im Rahmen ihrer Hochschularbeit versuchte die IAK eine „Tendenz sozialistischer Studenten“ aufzubauen, an der sich alle Studierenden beteiligen sollten, die sich als Sozialisten begriffen. Dies wurde damit begründet, dass

„Organisationen, die der unmittelbaren Kontrolle der Partei unterliegen, mit dieser immer wieder in Konflikt kommen, weil die Initiativen der Jugend von dem Apparat abgewürgt werden (SDS, SHB). Auch die Juso-Gruppen an den Universitäten als Versuche, den SHB zu ersetzen, sind aus diesem Grund von vornherein zum Scheitern verurteilt. (...) Die Verantwortung der Jusos gegenüber den Studenten kann nicht in der Gründung eigener Juso-Gruppen an den Universitäten liegen, sondern in der Schaffung der Einheit aller sozialistischen Studenten zur Überwindung der Zersplitterung an den Universitäten“.⁴³⁰

Die Tendenz sozialistischer Studenten wurde 1975 in Bochum durch die Gründung einer Gewerkschaftlichen Aktionseinheit (GAE), konzipiert als eine Art Studentengewerkschaft, ersetzt. Die Reaktion des Apparates ließ nicht lange auf sich warten. Der Bezirksvorstand der Jusos Westliches Westfalen erkannte den Jusos an der Ruhr Uni Bochum den Status einer Projektgruppe ab.

Nachdem sich die IAK 1979 in ISA benannte hatte, erschien von 1981 bis 1982 erneut die Zeitschrift *Junge Garde*, diesmal mit dem Untertitel: „Organ für den Aufbau der sozialistischen Jugendorganisationen“.⁴³¹ Als Herausgeber fungierte zunächst die ISA, dann die Gruppen Revolutionärer Studenten (GRS) und die Gruppen sozialistischer Jugend (GSJ). Die Zeitung *Junge Garde* wurde 1982 in *Sozialistische Jugend* umbenannt und sollte mit 17 Ausgaben bis 1983 erscheinen.⁴³²

1989 gründete die ISA die Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik (VAA), um Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Jugendliche zur Mitarbeit zu gewinnen.⁴³³ Innerhalb der SPD arbeiteten die ISA-Mitglieder seit 1992 mit der Zeitschrift *Soziale Politik und Demokratie* weiter; es lassen sich außer Namen, die schon im Zusammenhang mit der *Sozialistischen Arbeiterpolitik* von 1972 auftauchen,⁴³⁴ keinerlei Rückschlüsse auf den Einfluss oder die Zugehörigkeit zur ISA ziehen:

⁴²⁶ Autorenkollektiv Juso-UB-Vorstand Bochum (Hrsg.), *Die unbehelligte Unterwanderung*, a.a.O., Teil I, S. 74.

⁴²⁷ Vgl. Brandt/Steinke, 1984, S. 1635.

⁴²⁸ Beispielsweise initiierte und unterstützte die GIM politische Komitees, die sich auf internationale Solidaritätsthemen konzentrierten. So die „Sozialistischen Osteuropakomitees“ (SOAK) und den „Koordinierungsausschuß der Chile-Komitees“ mit rund 55 örtlichen Chilekomitees (Madloch, 1976 Bd. 2, S. 94).

⁴²⁹ Bericht (Stellungnahme) zum Verlauf der bisherigen Sitzungen des Schülerarbeitskreises, zitiert nach: Autorenkollektiv, 1975, Teil II, S. 56.

⁴³⁰ Zitiert nach ebd.

⁴³¹ Lubitz, 1993, S. 142, Nr. 0811; Internet-Version: S. 59.

⁴³² Lubitz, 1993, S. 270, Nr. 1616; Internet-Version: S. 111.

⁴³³ Moreau/Lang, 1996, S. 286.

⁴³⁴ Vgl. G. Langguth, *Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1976*, Köln 1976, S. 233.

„Seit 1992 erscheint die ‚Soziale Politik & Demokratie‘. Sie versteht sich als freies Diskussionsforum für soziale & demokratische Politik, wie auch für das Handeln für die Verteidigung des Sozialstaates, der Demokratie und des Friedens, der Arbeitnehmerrechte und Flächentarifverträge, für die Verwirklichung der sozialen Einheit Deutschlands“.⁴³⁵

Insoweit konnte sich die ISA neben der entrustischen Arbeit in der SPD mit der VAA ein weiteres politisches Tätigkeitsfeld schaffen. 1993 soll die ISA etwa 250 Mitglieder umfasst haben.⁴³⁶ 2004 konnte sie im Rahmen ihrer entrustischen Arbeit als „Soziale Politik und Demokratie“ kurzzeitig mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Im Oktober veranstalteten sie eine Konferenz in Köln, um „Schröder davonzujagen und die Partei zu retten“.⁴³⁷

Publikationen

1970 begann die IAK mit der Herausgabe des entrustischen Organs *Sozialistische Arbeiterpolitik (SAP) – Organ für eine Arbeiterpolitik in der SPD, für eine SPD-Alleinregierung*. Bereits seit 1966 wurde die *Internationale Arbeiterkorrespondenz* herausgegeben und 1982 durch die Zeitung *Sozialistische Arbeiterzeitung (SAZ)* ersetzt. Parallel dazu veröffentlichte sie seit 1975/76 die *Internationale Korrespondenz* des Internationalen Zentrums (IZ), welche 1982 dann in *Internationale Tribune – La Vérité* umbenannt wurde. 1989 wurde die *Sozialistische Arbeiterzeitung (SAZ)* zusammen mit der *Internationalen Tribune* als Monatszeitung publiziert, während die *Freie Tribune*, vormals Beilage der SAZ, zu einer Wochenzeitung wurde, die als Zeitung der VAA fungierte.⁴³⁸

2.1.21 Sozialistische Liga (SL)

Die SL ist die deutsche Sektion der Internationalen Arbeitervereinigung (IAV), die historisch auf die Internationale Arbeiterliga (IAL)⁴³⁹ von Nahuel Moreno zurückgeht und seit 1979 in Deutschland existiert. Heute dürfte sie weniger als ein halbes Dutzend Mitglieder haben. Die SL führte in den Neunziger Jahren eine Reihe von Diskussionen mit anderen trotzkistischen Kräften, so z. B. mit der GAM im Jahr 1995/96, welche der SL allerdings eine Absage erteilte,⁴⁴⁰ und mit der SAV im Jahr 1998. Von dieser konnte dann eine Gruppe von Personen gewonnen werden, die sich als Sozialistische Initiative/Sozialistische Liga (SI/SL) assozierten. 2002 trennten sich die Gruppen wieder voneinander.

Keine andere trotzkistische Gruppe in Deutschland hat ihre Zeitung so oft unbenannt wie die SL. Von 1982 bis 1984 erschien die Zeitung *Aktion – für den Aufbau der sozialistischen Arbeiterpartei in ganz Deutschland*. Von 1986 bis 1989 erschien *Der sozialistische Kurier*, im Juni 1990 erblickte der *Mauerspecht – gegen die soziale Mauer* (Untertitel ab Ausgabe 4) das Licht der Welt. Mit einer sympathisierenden Gruppe, der Revolutionären Aktion, die ab Ende 1990 die *Gegenstimme* mit ein bis zwei Ausgaben herausgebracht hatte, fusionierte die SL-Publikation ab März 1991 zum *Aufbruch*, zusätzlich erschien die *Iskra – trotzkistische Jugendzeitung*. Im Oktober 1994 erschien die *Barrikade*, im Mai 1996 folgte die *Arbeiterstimme – Zeitung für Arbeiterpolitik*.

Die SL vertritt die Einschätzung, dass sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die „revolutionärste Etappe der Geschichte“⁴⁴¹ entwickelt habe, allerdings erkläre das „Fehlen einer revolutionären Führung, warum die Massenbewegung noch keine großen und durchschlagenden Erfolge erringen konnte“.⁴⁴² 1990 ging sie davon aus, dass „die Massen den Stalinismus gestürzt“ hätten und dies „eine historische Niederlage der gesamten konterrevolutionären Front, bestehend aus dem Imperialismus, den Kapitalisten und den Bürokraten“⁴⁴³ bedeute.

⁴³⁵ Soziale Politik & Demokratie. 25.4.2003. URL: <http://home.t-online.de/home/Soziale.Politik.und.Demokratie/abos.html> (28.10.2003).

⁴³⁶ Moreau/Lang, 1996, S. 286.

⁴³⁷ *Soziale Politik und Demokratie*, Nr. 117, 15. August 2004, zitiert nach: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2003*, Berlin 2003.

⁴³⁸ *Sozialistische Arbeiterzeitung*, Nr. 211, 6.6.1989, S. 2.

⁴³⁹ Die Internationale Arbeiterliga (IAL) wurde 1982 „irgendwo in Lateinamerika“ von Gruppen und Parteien aus 25 Ländern gegründet (Editorial, in: *Aktion*, Nr. 2, 12. März 1982. ASF: 9.1.13. IV).

⁴⁴⁰ GAM, „Offener Brief zur Politik der Sozialistischen Liga“, in: *Revolutionärer Marxismus*, Frühjahr 1996, S. 36–40.

⁴⁴¹ IEK der UIT, *Die Weltlage, unsere Politik und Aufgaben*, S. 1. Papier beim Autor.

⁴⁴² Ebd.

⁴⁴³ SL, „Eine historische Niederlage der weltweiten konterrevolutionären Front“, in: *Internationaler Kurier*, März 1990, S. 3. Papier beim Autor.

Im Unterschied zu anderen trotzkistischen Organisationen, welche den Prozess des Sturzes der ost-europäischen Bürokratie als beginnende politische Revolution, die in eine Konterrevolution umschlug, verstehen, beharrte die UIT/SL noch 1997 auf einen langgezogenen Prozess der politischen Revolution in den „bürokratischen Arbeiterstaaten“. Demzufolge könne von der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in den osteuropäischen Ländern noch keine Rede sein.⁴⁴⁴ Die Streiks in Frankreich Ende des Jahres 1995 und die Arbeitskämpfe in Deutschland würden dagegen unterstreichen, dass „Europa das Zentrum der Weltrevolution“ sei, die „Weltrevolution (wird) zur Normalität, die Arbeiterklasse stellt sich als zentraler Akteur dar“.⁴⁴⁵ Daraus ergibt sich unter anderem für die UIT/SL die Anwendung der Taktik von programmatischen Abkommen mit revolutionären Strömungen und Gruppierungen,⁴⁴⁶ was auch deren Interesse an Diskussionen innerhalb des trotzkistischen Lagers in Deutschland ab Mitte der Neunziger erklärt.

2.1.22 Kommunistische Organisation für die Vierte Internationale (KOVI-BRD)

Die KOVI-BRD hat nur in den USA eine Schwesterpartei, die League for the Revolutionary Party (LRP). 1976 schloss die US-amerikanische Revolutionary Socialist League ihre politische Minderheit, die Revolutionary Party Tendency aus, die daraufhin die Liga für die Revolutionäre Partei (LRP) gründete und mit anderen Gruppen 1992 zur KOVI fusionierte. Die KOVI-BRD sieht sie sich „gewissermaßen als Auslandsorganisation der LRP“⁴⁴⁷ und als Propagandagruppe, die hauptsächlich in Demonstrationen interveniert. Der Gewerkschaftsbewegung wird ein zentraler Stellenwert beigemessen, „da dort die potentiell revolutionäre Klasse der kapitalistischen Gesellschaft, die Arbeiterklasse, konzentriert ist“, wobei die geringen Kräfte der KOVI keine Gewerkschaftsarbeit im eigentlichen Sinne zulassen würden.⁴⁴⁸ Die KOVI vertritt die Position, dass es sich in der Sowjetunion um ein staatskapitalistisches Gebilde handelte, in der die Bürokratie eine neue Klasse darstellte. Sie bezeichnen diese Theorie „als Theorie vom Stalinismus als staatifiziertem Kapitalismus“⁴⁴⁹ im Unterschied zu Cliffs Staatskapitalismustheorie, die der Theorie des „bürokratischen Kollektivismus“ von Shachtman recht ähnlich sei. Andere trotzkistische Gruppen und Parteien werden von der KOVI als „zentristisch“ bezeichnet und wegen ihrer „opportunistischen Anbiederung an eine klassenlose bzw. kleinbürgerliche ‚soziale Bewegung‘“ kritisiert (RSB, isl, Linksruck). Die SpAD wird als „stalinophil“ kritisiert, dies gelte entsprechend auch in gemäßigter Form für die Gruppe Spartakus.

2.1.23 Unser Wort, MRFI/ITO

Die ITO-Deutschland wurde im Jahr 2000 von Personen gegründet, die einer trotzkistischen Opposition mit Namen Kommunistisches Projekt (Associazione Marxista Rivoluzionaria „Progetto Comunista“) in der PRC in Italien nahe stehen oder standen. Mit weiteren Gruppen in zwei Ländern bilden sie die Internationale Trotzkistische Opposition (ITO). Die ITO hat nur in Bayern einen Stützpunkt und ihre Mitglieder kommen zum Teil aus anderen trotzkistischen Strömungen. So hat die deutsche ITO ihre Wurzeln in der Leninistischen Tendenz des RSB, die sich schon bei Gründung des RSB als Minderheit konstituierte. Mitte der neunziger Jahre schlossen sich die Mitglieder der Leninistischen Tendenz auf internationaler Ebene der ITO an.

1997 verließen die ITO-Unterstützer den RSB, da sie in der PDS die Möglichkeit zu entrustischer Arbeit sahen. In der PDS arbeiteten sie im Kommunistischen Forum, der Kommunistischen Plattform und dem Marxistischen Arbeitskreis. Auch Bundestagskandidaten wurden gestellt. Die ITO meint selber, dass es ihr durch eine Reihe von Fehlern in ihrer Arbeit und aufgrund des Charakters der PDS nicht wirklich gelang, innerhalb der PDS für ein trotzkistisches Programm zu werben: „Aufgrund der ungesunden Umgebung in der West-PDS verloren wir statt dessen eine Reihe von Genossen“.⁴⁵⁰ Ab 2001 trat die ITO dann als offene Strömung außerhalb der PDS auf. Die deutschen ITO-Unterstützer sind

⁴⁴⁴ Vgl. IEK der UIT, Die Weltlage, S. 13.

⁴⁴⁵ Ebd., S. 6.

⁴⁴⁶ Vgl. Ebd., S. 24f.

⁴⁴⁷ Email der KOVI-BRD an den Autor vom 12. Januar 2004.

⁴⁴⁸ Ebd.

⁴⁴⁹ S. Landy, Zwanzig Jahre LRP, in: Proletarian Revolution, Nr. 53, Winter 1997. URL: http://www.lrp-cofi.org/KOVI_BRD/Dokument/20_Jahre_LRP.html (09.7.2004).

⁴⁵⁰ Email der ITO an den Autor vom 9. Februar 2004.

aktiv in der Antikriegsbewegung und der internationalen Solidarität, insbesondere mit Palästina und den Kurden in der Türkei. Daneben beteiligen sie sich an antifaschistischen und antirassistischen Aktivitäten.

Die Gruppe sieht sich nicht als die einzige wahre trotzkistische Organisation an und strebt laut eigener Aussage eine unsekterische Zusammenarbeit aller trotzkistischen und revolutionär marxistischen Gruppen in der Praxis an, um die unproduktive Zersplitterung der trotzkistischen Bewegung zu überwinden und den Wiederaufbau der IV. Internationale aus den verschiedenen trotzkistischen Strömungen zu ermöglichen.⁴⁵¹ Organisationen wie Linksruck, SAV und RSB werden als „zentristisch“⁴⁵² angesehen, da sie sich reformistischen Positionen annähern würden. Das Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale wird scharf kritisiert, da ein Mitglied dessen brasilianischer Sektion als Minister für Agrarreform in die Regierung da Silvas eingetreten ist; ähnliche Volksfronten⁴⁵³ strebe das Vereinigte Sekretariat auch in Italien und anderen Ländern an. Trotz dieser Kritik sei die ITO zur engen Zusammenarbeit „mit Genossen aus diesen zentristisch-trotzkistischen Strömungen jederzeit bereit“. Die ITO sieht sich auf Grund ihrer geringen Stärke in Deutschland eher als eine „kämpfende Propagandagruppe“.⁴⁵⁴

2.1.24 Trotzkistische Fraktion

Die internationale Trotzkistische Fraktion (TF) besteht aus Unterstützern in Europa und Parteien in Argentinien, Mexiko, Bolivien, Brasilien und Chile. Sie wurde 1988 als Spaltungsprodukt der LIT gegründet und steht mit einer Reihe von internationalen Strömungen in Kontakt. So auch mit der LRKI/LFI (5. Internationale), der man Mitte der Neunziger ein offenes Verbindungskomitee anbot, was aber von der (damaligen) LRKI abgelehnt wurde.⁴⁵⁵ Die Unterstützer der TF haben bislang keine eigene Gruppe in Deutschland gegründet, Kontakt kann über eine Homepage aufgenommen werden.⁴⁵⁶

2.1.25 Nicht mehr existente Organisationen in Deutschland

Die nicht mehr existierenden Gruppen IS, GIS und Antikaps aus der Tradition der SAG/Linksruick sind bereits dargestellt worden. Im weiteren werden Organisationen kurz dargestellt werden, die außer den sogenannten „Posadisten“ bislang in der Literatur kaum oder gar nicht Erwähnung fanden.

2.1.25.1 Kommunistische Liga Deutschland (KLD)

Die KLD wurde 2002 gegründet und gehört einer Internationale an, die Sektionen in 14 Ländern hat und „Komitee zur Koordinierung der Bewegung für die Wiedergründung der Vierten Internationale“ heißt. Ihre Mitglieder scheinen zum Teil von der Gruppe Spartakus und von der SpAD zu stammen:

„Die Mitglieder der KLD stammen aus verschiedenen Organisationen, die ebenfalls vorgeben, für den Wiederaufbau der Vierten Internationale zu kämpfen. (...) Die IBT/Gruppe Spartakus unterscheidet sich positiv von der IKL. Sie hat nach unserer Auffassung jedoch nicht in vollem Umfang mit der Politik der Spartakisten gebrochen.“⁴⁵⁷

Bislang existiert keine Zeitung als Printausgabe; in welchen Städten die KLD arbeitet, konnte nicht ermittelt werden. Da seit Ende 2004 auch keine Homepage mehr existiert, scheint die KLD nach zwei Jahren wieder verschwunden zu sein.

2.1.25.2 Liga für die IV. Internationale

Die Internationalist Group/Grupo Internacionalista wurde von langjährigen Kadern der Spartacist League/U.S. und einer mexikanischen Gruppe der Spartakisten gegründet, die aus der IKL 1996 ausgeschlossen wurden. Im April 1998 stießen zwei weitere Gruppen hinzu und gründeten die Liga für die

⁴⁵¹ Ebd.

⁴⁵² Zentrismus: revolutionär im Anspruch, reformistisch in der Aktion bzw. programmatisch schwankend zwischen Reform und Revolution.

⁴⁵³ Volksfronten: zeitweise Zusammenarbeit sozialistischer Kräfte mit (als progressiv charakterisierten) bürgerlichen Parteien.

⁴⁵⁴ Email der ITO an den Autor vom 9. Februar 2004.

⁴⁵⁵ GAM/AST, „10 Jahre LRKI“, in: *Revolutionärer Marxismus*, Nr. 29, Winter 1999, S. 46.

⁴⁵⁶ <http://www.ft-europa.org>.

⁴⁵⁷ Der Text war schon 2004 nicht mehr auf der Homepage der KLD vorhanden, die Homepage selber existiert seit Herbst 2005 nicht mehr. (URL: <http://www.kommunistischeliga.de/start.html>).

IV. Internationale. Die deutsche Sektion, die sich in Hamburg konzentrierte, existiert wahrscheinlich seit 2000 nicht mehr.

2.1.25.3 Gruppe Revolutionärer Kommunisten (Trotzkisten) / Deutsche Sektion der IV. Internationale Trotzkisten-Posadisten

Der 6. Weltkongress der IV. Internationale von 1960 hatte unter einer erbitterten Auseinandersetzung zwischen Posadas, dem lateinamerikanischen Unterstützer Pablos, und der Mehrheit der Internationale stattgefunden. Posadas vertrat die Position, dass der 3. Weltkrieg unmittelbar vor der Tür stehe, dass sich die gerade legal gewordenen Sektionen wieder in den Untergrund zurückziehen sollten und dass die UdSSR durch die IV. Internationale zu einem präventiven Atomschlag gegen die USA aufgefordert werden sollte. Mit dem Vorwurf an die Mehrheit der IV. Internationale, eine mangelnde Orientierung auf Lateinamerika und andere Dritte-Welt-Länder zu haben, gründete Posadas 1962 die IV. Internationale – Trotzkisten/Posadisten. Posadas, der seine Schriften wichtiger als die aller vorherigen Marxisten (Marx eingeschlossen) ansah, verstarb im Mai 1981. Die Deutsche Sektion der IV. Internationale Trotzkisten-Posadisten, früher Gruppe Revolutionärer Kommunisten (Trotzkisten), brach daraufhin mehr oder weniger zusammen.⁴⁵⁸ Über internationale Kontakte und den Verbleib der einzelnen Mitglieder konnte nichts ermittelt werden. Die deutsche Sektion hatte bereits Anfang der Siebziger wahrscheinlich unter 30 Mitgliedern und war „von allen Trotzkisten am unselbständigen“⁴⁵⁹ Seit 1969 publizierte sie die *Arbeiterstimme* in Frankfurt a. M., der damalige Sprecher der Gruppe war Harald Grünberg, der zuvor die KPD verlassen hatte. Ihm folgte nach dessen Austritt 1972 Paul Schulz. Die „Posadisten“ forderten die Einheitsfront aller sozialistischen und kommunistischen Kräfte, um die Vereinigung Deutschlands zu ermöglichen und appellierte an die Jusos, für ein sozialistisches Programm und an die DKP, für sozialistische Demokratie in der DDR einzutreten.⁴⁶⁰ Paul Schulz arbeitet noch heute in der Linkspartei.PDS.

2.1.25.4 Internationale revolutionäre marxistische Tendenz (IRMT)

Der ehemalige führende Kopf der IV. Internationale, Pablo (Michel Raptis), brach 1964 mit dem VSVI und baute die Internationale revolutionäre marxistische Tendenz (IRMT) auf.⁴⁶¹ Seit 1972 soll die IRMT sich vom Trotzkismus entfernt haben⁴⁶², seit 1973 soll sie sich nicht mehr als trotzkistisch „im Sinne der Zugehörigkeit zur IV. Internationale“⁴⁶³ gesehen haben. Von 1984 bis 1988 wurde in Westdeutschland von einem Arbeitskreis Selbstverwaltungssozialismus die Zeitschrift *Selbstverwaltung – Beiträge zu einer alternativen sozialistischen Politik* herausgegeben.⁴⁶⁴

2.1.25.5 Gruppe Linkswende

⁴⁵⁸ Brandt/Steinke (1984, S. 1637) gehen von zehn Personen um das Jahr 1980 aus, die sich hauptsächlich in Frankfurt konzentrieren. Schlomann (1980, S. 15) spricht von weniger als 30 Mitgliedern.

Gerd Langguth schrieb in einem Kapitel über die Gruppe Arbeiterstimme: „Am 3. und 4. Oktober 1981 fand in Nürnberg eine Jahreskonferenz statt, an der angeblich Teilnehmer aus Nürnberg, Regensburg, Straubing, Berlin, Frankfurt a. M., Bremen, München, Heidelberg, Bamberg, Bonn und Bielefeld, ferner aus Schweden teilgenommen haben sollen.“ Er fährt mit Zitaten aus einem Flugblatt fort, das „die Gruppe Arbeiterstimme in Bonn“ bei der Friedensdemonstration vom 10. Oktober 1981 verteilt hat; es fehlen Quellenangaben (Langguth, 1983, S. 151). Hier ist ihm eine Verwechslung mit der „brandlerianischen“ Gruppe Arbeiterstimme unterlaufen, die sich 1971 von der Gruppe Arbeiterpolitik abgespalten und seit dem gleichen Jahr in Nürnberg das Organ *Arbeiterstimme – Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis* herausgibt. Vgl. „Unsere Jahreskonferenz 1981“, in: *Arbeiterstimme. Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis*, Nürnberg, 11. Jg., Nr. 3(57), Dezember 1981, S. 19; sowie „Unser Bonner Flugblatt: Friedensdemonstration – und was weiter?“, in: *Arbeiterstimme*, a.a.O., S. 62/63.

⁴⁵⁹ Bartsch, 1977, S. 132.

⁴⁶⁰ Vgl. Langguth, 1971, S. 172.

⁴⁶¹ In Deutschland soll es laut Werner Poppenberg in den 1960er Jahren eine kleine Gruppe von Anhängern Pablos gegeben haben, die sich um eine Zeitung mit dem Titel *Neues Beginnen* gruppiert haben soll; sie soll keine große Bedeutung gehabt, in der SPD gearbeitet und dort einige Funktionen ausgeübt haben (Poppenberg, 1979, S. 78). Über solch eine Gruppe ist Zeitzeugen nichts bekannt und in keiner anderen Darstellung (wie den recht akribischen Darstellungen von Günter Bartsch oder Robert J. Alexander) etwas zu finden. Auch über ein trotzkistisches Periodikum mit dem Titel *Neues Beginnen* war weder in den Beständen des „Trotzki-Archiv“ noch anderswo etwas herauszufinden; in dem bis 1991 reichenden sehr genauen Verzeichnis der trotzkistischen Periodika und Schriftenreihen von Petra und Wolfgang Lubitz ist etwas in dieser Art nicht genannt.

⁴⁶² Vgl. Lubitz, 1993, S. 359. Vgl. auch Alexander, 1991, S. 545.

⁴⁶³ Zitiert nach Poppenberg, 1979, S. 79.

⁴⁶⁴ Vgl. Lubitz, 1993, S. 246, Nr. 1465; Internet-Version: S. 101.

Diese Gruppe entstand durch eine Abspaltung von Tony Cliffs Partei in England und konzentrierte sich in Frankfurt. Ihre Zeitung *NOVO* existiert heute noch, hat aber zum Trotzkismus keinerlei Bezug mehr.

2.1.3 Quantitatives Verhältnis der Trotzkisten zur Linken in Deutschland

Die Trotzkisten haben im Verhältnis zur gesamten deutschen Linken rein quantitativ immer eine unbedeutende Rolle gespielt. Wenn auch ihre qualitative Bedeutung für die deutsche Linke schon ange deutet wurde, so konnten sie zumindest in Deutschland nie mehr als 2.500 Mitglieder organisieren.

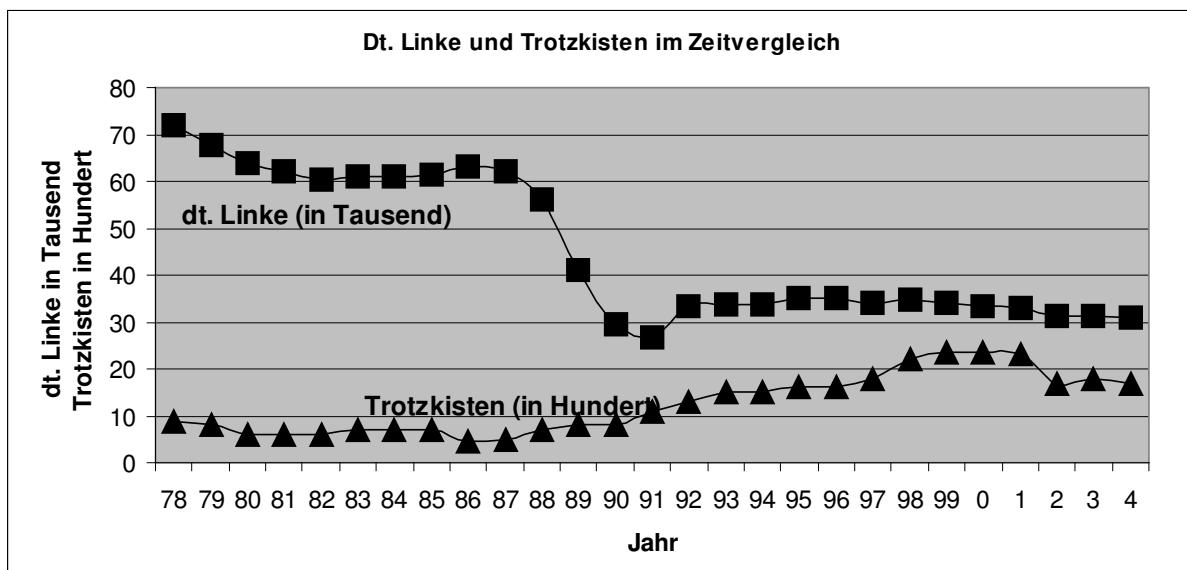


Abb. 1: Deutsche Linke und Trotzkisten im Zeitvergleich (Quelle: Zahlen aus den Verfassungsschutzberichten von 1976-2003.)

Eine wachsende Bedeutung innerhalb der BRD-Linken lässt sich allerdings an der Erwähnung der trotzkistischen Strömungen und ihrer Organisationen im zusammenfassenden Überblick im Bericht des Verfassungsschutzes seit 2000 nachvollziehen:

Während die „traditionell revolutionär-marxistischen Organisationen (...) kaum öffentliche Resonanz“ erhielten, „schalteten sich die trotzkistischen Gruppen ‚Linksruck‘ und ‚Sozialistische Alternative Voran‘ (SAV) aktiv in die Antiglobalisierungsbewegung ein“.⁴⁶⁵ Sie waren „wie schon in den letzten Jahren (...) besonders aktiv“⁴⁶⁶, und „konnten sich im erheblichen Umfang in gesellschaftliche Protestkampagnen und typische Handlungsfelder von Linksextremisten einbringen“.⁴⁶⁷

In der Graphik wird allerdings auch deutlich, dass sich die gesamte Linke um 30.000 Mitglieder relativ stabilisiert hat und die Trotzkisten durch den Verlust von mehr als der halben Mitgliedschaft des Links rucks im Jahr 2001 wieder unter 2000 Mitglieder gefallen sind. Damit wird die relative Abhängigkeit der Gesamtzahl der deutschen Trotzkisten von der Mitgliederentwicklung einzelner Parteien wie z. B. Links ruck deutlich. Ohne den kontinuierlichen Aufschwung desselben bis 2001 wäre auch die wach sende Gesamtmitgliederzahl weit niedriger ausgefallen. Die Abhängigkeit des Gesamtwachstums von einzelnen Gruppen zeigt sich in folgender Graphik:

⁴⁶⁵ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2001*, Berlin 2001, S. 138.

⁴⁶⁶ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2002*, Berlin 2002, S. 115.

⁴⁶⁷ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2003*, Berlin 2003, S. 109; Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2004*, Berlin 2004, S. 123, 161.

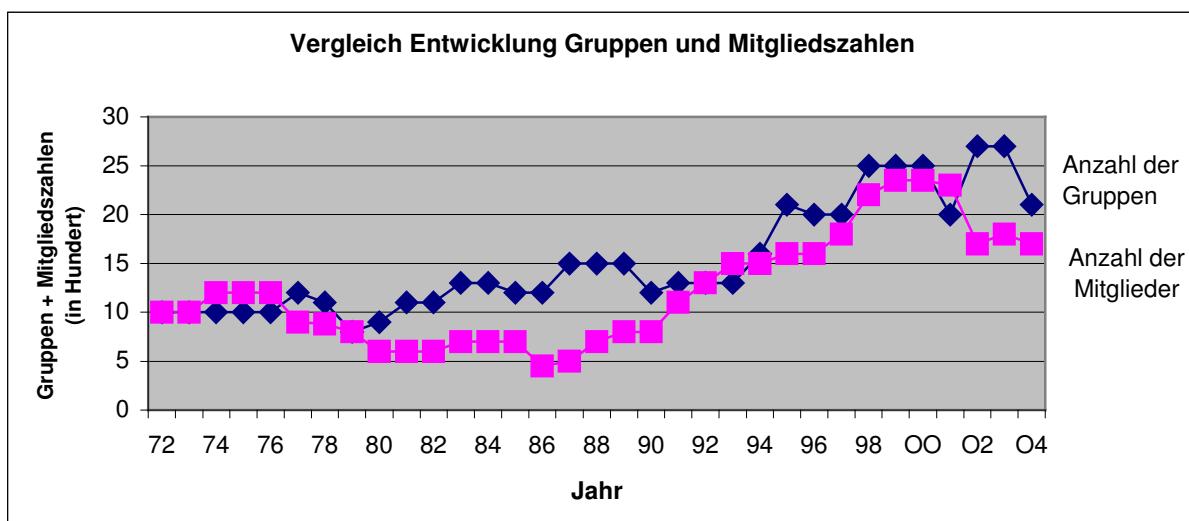


Abb. 2: Mitgliederentwicklung einzelner Gruppen zur Gesamtentwicklung (Quelle: Zahlen aus den Verfassungsschutzberichten von 1971-2003; Moreau/Lang, 1996; Jünke, 2001.)

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Zahl der Gesamtmitglieder in trotzkistischen Gruppen von 1987 bis 2001 stetig zugenommen hat und dass dabei einzelne Organisationen wie der Linksruck eine wichtige Rolle für das Gesamtwachstum spielte. Die wachsende Anzahl von Spaltungen und Neugründungen sowie das langsame Gesamtwachstum sind Indizien dafür, dass sich der deutsche Trotzkismus konsolidieren konnte, aber weiterhin stagniert. Zum heutigen Zeitpunkt wird ein signifikantes Wachstum wahrscheinlich entweder (erneut) vom Linksruck oder der SAV ausgehen, deren Mitglieder die Hälfte aller Trotzkisten in Deutschland ausmachen.

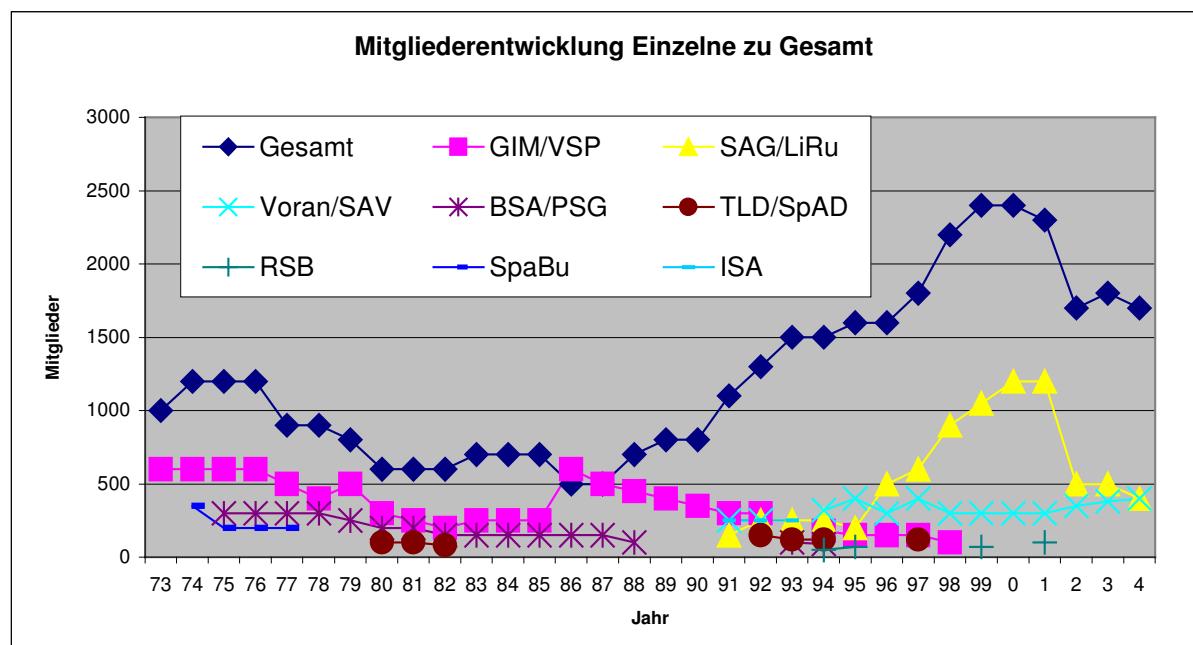


Abb. 3: Vergleich: Anzahl von Gruppen und Mitgliedern. (Quelle: Zahlen aus Verfassungsschutzbericht 1976-2003)

2.2 Trotzkismus in Österreich

„Auch in Österreich stellt die trotzkistische Linke einen nicht unbedeutenden Anteil der radikalen Linken. Obwohl in Österreich auf Wahlebene neben der, zwischen Stalinismus und Reformfantasien schwankenden, KPÖ keine relevanten linken Kräfte existieren, wird doch der überwiegende Teil der öffentlich-medialen Präsenz der radikalen Linken (ausser der KPÖ) vom trotzkistischen Spektrum getragen. Vor allem durch den Niedergang der stalinistischen Gruppen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist eine Zunahme des Einflusses des Trotzkismus in Österreich zu beobachten“.⁴⁶⁸

Entgegen der Kontinuität einer einzigen trotzkistischen Gruppe in Deutschland bis Mitte der sechziger Jahre ist die Geschichte des Trotzkismus in Österreich bis zu dieser Periode durch häufige Spaltungen gekennzeichnet. Diese begannen ab 1928 und setzten sich bis Mitte der Sechziger fort, allerdings kam es Ende 1946 bis Anfang 1947 zu einer Vereinigung aller österreichischen Trotzkisten als Internationale Kommunisten Österreichs (IKÖ). Die Geschichte des österreichischen Trotzkismus bis 1970 ist bereits in mehreren Darstellungen⁴⁶⁹ beschrieben worden, daher wird auf eingehende Analysen der Differenzen der Gruppen in Theorie und Praxis verzichtet. Im Vordergrund der folgenden Darstellung steht ein begrenzter Überblick über die Entstehung, Entwicklung und den Niedergang der trotzkistischen Gruppen bis 1963 bzw. bis 1973, um dann beginnend mit der Geschichte der GRM die Nach-68er-Periode zu beschreiben.

2.2.1 Von der KPÖ (Opposition) 1927 bis zu den Internationalen Kommunisten Österreichs (IKÖ) 1963

Die Geschichte des österreichischen Trotzkismus ist bis Ende der zwanziger Jahre vor allem mit zwei Namen verbunden: Joseph Frey (der bis zu seinem Tode 1957 eine wichtige Rolle in der österreichischen und schweizerischen trotzkistischen Bewegung spielen sollte) und Kurt Landau. Frey war vor dem Ersten Weltkrieg einer der Begründer der sozialdemokratischen Studentenorganisation und kurzzeitig Redakteur der Wiener Parteizeitung *Arbeiterzeitung*. Im November 1918 wurde er der Führer der von revolutionär gesinnten Sozialdemokraten ins Leben gerufenen Roten Garden und später Vorsitzender des Exekutivkomitees des Soldatenrates von Wien. Nach seinem Ausschluss aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) trat er mit der SAPÖ, einer aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte (SARA) und einer weiteren Gruppe fusionierten Partei im Januar 1921 der Kommunistischen Partei bei.⁴⁷⁰

Durch die Propagierung der Einheitsfrontpolitik⁴⁷¹ erlangte er dann recht schnell die Führung der KPÖ.⁴⁷² Im Zuge der Auseinandersetzungen um die taktische Ausgestaltung der Einheitsfrontpolitik und der Bürokratisierung der KPÖ wurde Frey aus der Führung gedrängt und begann ab 1923 eine Fraktion⁴⁷³ und ab Ende 1925 eine parteiinterne Opposition gegen die Bürokratisierung der Partei (die sich allerdings nicht auf Trotzki berief) aufzubauen⁴⁷⁴. Landau trat ebenfalls 1921 der KPÖ bei und wurde schnell zu einem der führenden Köpfe der Agit-Prop-Abteilung der Partei und Kulturredakteur der *Roten Fahne*. Von Beginn an einer der Sprecher des oppositionellen Flügels, unterstützte er Trotzkis Positionen zu kulturellen Fragen in den beginnenden Auseinandersetzungen innerhalb der KPdSU.

⁴⁶⁸ Antifaschistische Linke, Trotzkismus in Österreich. Biographie einer Bewegung, in: Morgenrot, Nr. 18, Mai/Juni 2002. URL: <http://www.sozialismus.net/zeitung/mr18/trotzkismus-oe.html> (18.02.2005).

⁴⁶⁹ Winfried Wagner, Trotzkismus in Österreich. Politische Theorie und Geschichte der trotzkistischen Bewegung in Österreich, Diss. Salzburg, 1976; Ulrich Angerer, „Trotzkismus in Österreich von den 20er Jahren bis heute“, in: *Marxismus*, Nr. 9, September 1996, S. 11–217; in der 2. Ausg., 1997: S. 12–227.

⁴⁷⁰ Vgl. Wagner, 1976, S. 60–62.

⁴⁷¹ Die Taktik der Einheitsfrontpolitik wurde auf dem 3. u. 4. Weltkongress der Komintern 1921 und 1922 diskutiert. Der taktische und strategische Hintergrund bestand neben der Verbesserung des Kräfteverhältnisses gegenüber den Institutionen des kapitalistischen Staates darin, der Sozialdemokratie einen gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Parteien und Institutionen anzubieten, um u. a. in der Praxis den sozialdemokratischen Arbeitern die Kampfunwilligkeit ihrer Führung vor Augen führen zu können. Vgl. dazu auch Kellner, 2004, S. 64–69.

⁴⁷² Vgl. Alexander, 1991, S. 80; Angerer, 1996, S. 20, Angerer 1997, S. 22.

⁴⁷³ Wagner, 1976, S. 72.

⁴⁷⁴ Angerer, 1996, S. 22/23, Angerer, 1997, S. 23.

Die Opposition in der KPÖ um Frey wurde Anfang 1927 aus der Partei ausgeschlossen und begann die Zeitung *Arbeiterstimme* zu publizieren,⁴⁷⁵ von der von Januar 1927 bis August 1933 134 Ausgaben erschienen.⁴⁷⁶ Im Mai 1927 wurde von der ausgeschlossenen Opposition die Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) gegründet,⁴⁷⁷ die wiederum von Joseph Frey angeführt wurde. In ihrer wichtigsten Bastion außerhalb Wiens, in Graz, konnte diese Gruppe mit 80 bis 100 Mitgliedern mehr Mitglieder als die Kommunistische Partei zählen, österreichweit hatte sie knapp 400 Mitglieder.⁴⁷⁸ Im Oktober 1927 bekannte sich die KPÖ (O) eindeutig zu Trotzki und der Internationalen Linken Opposition⁴⁷⁹ und versuchte analog zu den internationalen trotzkistischen Gruppen die Kommunistische Partei zu reformieren, d. h. für eine revolutionäre Linie zu kämpfen.

Bereits im April 1928 wurden Landau und seine Gefolgsleute aus der KPÖ (Opposition) aufgrund persönlicher und politischer Differenzen⁴⁸⁰ ausgeschlossen und gründeten die Zeitung *Der neue Mahnru*f. Die Mahnru-Gruppe war vor allem in der Steiermark verankert und konnte dort bei Kandidaturen besser als die KPÖ abschneiden.⁴⁸¹ 1932 wurde erneut versucht eine Gruppe in Österreich zu gründen. Ein Treffen mit suspendierten Mitgliedern der Frey- und Mahnru-Gruppe fand im Dezember 1932 statt, die daraufhin gegründete Gruppe nannte sich Linke Opposition der KPÖ (Bolschewiki-Leninisten), Sektion der Internationalen Linken Opposition⁴⁸² und wurde offizielle Sektion der ILO.⁴⁸³ Die KPÖ (O) benannte sich im Februar 1934 in Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse um und veröffentlichte von 1934 bis 1943 die illegale Zeitung *Arbeitermacht*. Der Kampfbund soll auf seinem Höhepunkt um die 80 bis 90 Personen in Wien umfasst haben, außerhalb der Hauptstadt hatte er dagegen nur wenige Mitglieder.⁴⁸⁴ Ab Februar 1938 begann der Kampfbund auseinander zu brechen, und im Frühjahr 1938⁴⁸⁵ wurde ein Teil der Führung aus dem Kampfbund ausgeschlossen.⁴⁸⁶

Die Bolschewiki-Leninisten (BL) konnten nach Beendigung des Bürgerkrieges 1934 (Staatsstreich durch Dollfuß, der die Arbeiterorganisationen in die Illegalität drängte) 50 Mitglieder zählen, die in Zellen organisiert waren. Neben ihrer Publikation *Der einzige Weg* (1934 bis 1937) veröffentlichten sie durch Ernst Federn (ehemals Vorsitzender der Sozialdemokraten im Wiener Bezirk Josefstadt) eine österreichische Beilage zu *Unser Wort*, dem Organ der im Untergrund arbeitenden deutschen Trotzki-sten.⁴⁸⁷

Mitte der dreißiger Jahre spaltete sich eine Gruppe vom Kommunistischen Jugendverband der KPÖ (KJV) ab,⁴⁸⁸ die sich den Namen Revolutionäre Kommunisten Österreichs (RKÖ)⁴⁸⁹ gab und sich als

⁴⁷⁵ Angerer, 1996, S. 22, Angerer, 1997, S. 24.

⁴⁷⁶ Alexander, 1991, S. 81.

⁴⁷⁷ H. Holz, „Niemals gebrochen! Die Geschichte des österreichischen Trotzkismus 1927-1950 – seine Geschichte, seine Politik, sein Kampf (Teil 1)“, in: *ArbeiterInnenstandpunkt*, Nr. 101, September 1999, S. 10.

⁴⁷⁸ Angerer, 1996, S. 23, Angerer, 1997, S. 25.

⁴⁷⁹ Angerer, 1996, S. 25, Angerer, 1997, S. 27.

⁴⁸⁰ Laut Wagner „leugneten“ die Ausgeschlossenen in vorangegangenen Diskussionen „den proletarischen Charakter der Sovjetunion“ (Wagner, 1976, S. 86).

⁴⁸¹ Holz, September 1999, S. 12.

⁴⁸² Wagner, 1976, S. 92.

⁴⁸³ Angerer, 1996, S. 27, Angerer, 1997, S. 29.

Die sogenannte „Vorkonferenz“ der ILO im Februar 1933 entschied dann den definitiven Bruch mit der Frey-Gruppe und eine sechsmonatige Bewährungsphase für die neue Gruppe, die danach aufzunehmen sei (vgl. Alexander, 1991, S. 83). Die Vorkonferenz vom 4. bis 8. Februar 1933 sollte die für Juli 1933 geplante Weltkonferenz der Sektionen der ILO, im September 1933 in Internationale Kommunistische Liga (IKL) umbenannt, vorbereiten. Diese Weltkonferenz fand erst 3 Jahre später statt.

⁴⁸⁴ „Interview mit Franz Drexler“, in: *Marxismus*, Nr. 10, Dezember 1996, S. 12. URL:
http://www.agmarxismus.net/vergrnr/m10_1_drexler.html (17.02.2005).

⁴⁸⁵ Die Angaben zu dem genauen Zeitpunkt des Ausschlusses variieren. Alexander geht vom Monat Mai aus, andere Autoren geben den Februar an – zumindest hat sich die Abspaltung des Kampfbundes schon im April unter dem Namen „Proletarische Internationalisten“ konstituiert (vgl. Angerer, 1996, S. 32, Fußnote 37, Angerer, 1997, S. 35, Fußnote 39).

⁴⁸⁶ Angerer, 1996, S. 32, Angerer, 1997, S. 34/35.

⁴⁸⁷ Alexander, 1991, S. 84f.

⁴⁸⁸ Hintergrund war die Übernahme der Volksfront-Politik der Komintern durch die KPÖ (Gemeinsame Front gegen den deutschen Faschismus mit bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie). So wurde infolge der Volksfrontwende der KPÖ z. B. der Revolutionäre Mittelschülerverband (RMV) in den Antifaschistischen Mittelschülerverband (AMV) umgewandelt. (Vgl. H. Holz, „Gegen Faschismus, Krieg und Stalinismus“, in: *ArbeiterInnenstandpunkt*, Nr. 102, Oktober 1999, S. 11.)

Trotzkisten begriffe.⁴⁹⁰ Der Vorschlag der RKÖ, zur Jugendorganisation der Bolschewiki-Leninisten zu werden, konnte sich nicht durchsetzen.⁴⁹¹ Von 1937-38 wurde in Prag die Zeitschrift *Der einzige Weg* (dessen Namen von den Bolschewiki-Leninisten übernommen wurde) als gemeinsames Organ des Internationalen Sekretariats (IS), der Marxistischen Aktion der Schweiz, der RKÖ und der Kommunistischen Internationalisten der Tschechoslowakei (IKCSR) herausgegeben, was auch darauf hindeutet, dass die RKÖ als offizielle Sektion der späteren IV. Internationale anerkannt war. Die Revolutionären Kommunisten Österreichs hatten von 1936-1937 nicht nur starken Einfluss auf Gruppen der Kommunistischen Jugendorganisation, sondern konnten ganze Bezirke derselben gewinnen (Margareten, Leopoldstadt), was nicht nur den Hass der KPÖ und deren Jugendführung, sondern auch permanente Denunziationen an die Polizei mit sich brachte.⁴⁹² Mit dem Anschluss Österreichs im März 1938 wurden die Bolschewiki-Leninisten vollständig zerschlagen, konnten aber im Exil als eigenständige Gruppe innerhalb des Auslandskomitees der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) weiter existieren. Die RKÖ konnte bis Kriegsbeginn einen gewissen Aktivitätsgrad aufrecht erhalten,⁴⁹³ obwohl schon 1938 eine Reihe von Mitgliedern entweder verhaftet oder ins Exil nach Frankreich, der Tschechoslowakei, Schweiz und Belgien gegangen waren. 1939-1940 veröffentlichte die RKÖ in Belgien die Zeitschrift *Der Marxist* und in Frankreich das *Oppositionell Bulletin*. 1941 nannte sie sich im südfranzösischen Untergrund zuerst in *Revolutionäre Kommunisten Deutschlands*,⁴⁹⁴ später dann in *Revolutionäre Kommunisten* um. Von 1941 bis 1943 wurde ein *RK-Bulletin* und von 1943 bis 1948 die Zeitung *Spartakus*⁴⁹⁵ herausgegeben. Politisch wandten sich die RKD immer mehr vom Trotzkismus ab, verurteilten die Gründung der IV. Internationale von 1938 und charakterisierten die UdSSR als staatskapitalistisch. Ein Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse im *Spartakus* von 1945 beinhaltet z. B. den Satz:

„Wir sind weder Sozialdemokraten noch Stalinisten noch Trotzkisten. Die Ansehensfragen interessieren uns nicht. Wir sind Kommunisten, revolutionäre Spartakisten.“⁴⁹⁶

Mit den 1942 gegründeten *Communistes Révolutionnaires* (CR) veröffentlichte die RKD die Zeitschrift *Die Internationale* und gründet eine internationale Kommission. Ebenso publizierte die RKD mit der 1944 gegründeten *Organisation Communiste Révolutionnaire* (OCR) 1944/45 die *Vierte Kommunistische Internationale*.⁴⁹⁷ Einzelne Mitglieder waren nach Kriegsende wieder in Österreich aktiv.

Nach dem Ausschluss einer Gruppe um Franz Modlik im Februar/Mai 1938, die sich im April als Proletarische Internationalisten konstituierte, verließ 1939 die Gruppe Proletarische Revolutionäre den Kampfbund.⁴⁹⁸ Laut Alexander setzte sie sich neben Kampfbündlern aus ehemaligen Mitgliedern der BL und RKÖ zusammen und brachte ein Organ namens *Iskra* (Funke) heraus.⁴⁹⁹ 1940 entstand aus ebenfalls im Jahre 1938 ausgeschlossenen Kampfbundmitgliedern eine weitere Gruppe, die sich Organisation Gegen den Strom (OG) nannte und die Position vertrat, dass die UdSSR kein „degenerier-

⁴⁸⁹ In der gesichteten Literatur wird beinahe durchgängig „RK“ als Initialen der Revolutionären Kommunisten verwendet, tatsächlich lautete der Name aber Revolutionären Kommunisten Österreichs und die Initialen RKÖe finden sich im Untertitel vom *Der einzige Weg*.

⁴⁹⁰ Die RKÖ hatten sich vor 1934 als Fraktion innerhalb der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) gegründet, waren 1934 in den Kommunistischen Jugendverband (KJV) übergetreten, um schließlich eine eigenständige Struktur rund um Josef Hindels und Georg Scheuer aufzubauen. (Vgl. Antifaschistische Linke, Trotzkismus in Österreich, a.a.O.)

⁴⁹¹ Ulrich Angerer meint, dass ein Zusammenschluss der BL mit der RKÖ 1935 unter Beibehaltung des Namens RK (als offizielle Sektion der IKL), aber auf der Basis des Programms der BL stattfand (Angerer, 1996, S. 30, Angerer, 1997, S. 33). Tatsächlich scheint es nie zu einer Vereinigung gekommen zu sein, die BL war angeblich zu diesem Zeitpunkt klein und inaktiv (vgl. Leserbrief von Christa Scheuer an die Redaktion in der Zeitschrift *Marxismus*, Nr. 12, Dezember 1997, S. 131–133).

1936 und 1937 wurden führende Mitglieder der RKÖ von der Geheimpolizei verhaftet, ihre Mitglieder erhielten teilweise langjährige Haftstrafen.

⁴⁹² Alexander, 1991, S. 85.

⁴⁹³ Ebd., S. 88.

⁴⁹⁴ Arbeitsdenkschrift „Jüdische Arbeiter, Kameraden“ (1943), in: Kommunismus, Nr. 2, Februar 2001. URL: <http://www.geocities.com/icgcikg/german/kommunismus2.htm> (12.12.2004).

⁴⁹⁵ *Spartakus*. Zeitung der Revolutionären Kommunisten. Schweizer Sozialarchiv: 335 424-13.

⁴⁹⁶ Arbeitsdenkschrift „Jüdische Arbeiter, Kameraden“ (1943), a.a.O.

⁴⁹⁷ Ebd. Vgl. auch Alexander, 1991, S. 88.

⁴⁹⁸ Angerer, 1996, S. 32/33, Angerer, 1997, S. 34/35.

⁴⁹⁹ Alexander, 1991, S. 86.

ter Arbeiterstaat“, sondern ein „kleinbürgerlicher Staat“ sei. Folgerichtig nahm sie im sowjetisch-finnischen Krieg (1939/40) eine neutrale Position ein.⁵⁰⁰ Nach der Verhaftung ihres Leiters Joseph Jakobovits und anderen Mitgliedern im April 1943 brach die Gruppe auseinander. Einzelne Mitglieder wandten sich den Proletarischen Internationalisten (PI) zu, mit denen bereits seit 1942 intensivere Diskussionen geführt wurden.

Die PI publizierte ab März 1939 den *Vorboten* (ab Mai 1940 *Der Vorposten*) und setzte sich hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern der Frey-Gruppe zusammen. Nachdem sie seit 1940 in der Lage war, verschiedene Gruppen und Personen, die ehemals im Kampfbund organisiert waren, an sich zu binden, fusionierte sie 1943 mit der Gruppe Proletarische Revolutionäre und gründeten im Januar 1945 den Karl-Liebknecht-Bund (Internationale Kommunisten). Zur gleichen Zeit begann dieser sein Zentralorgan *Der Spartakist* herauszugeben und zählte im Oktober 1945 rund 100 Mitglieder und Unterstützer.⁵⁰¹

Nach der Befreiung Wiens durch die Rote Armee orientierte sich der Bund an den Beschlüssen der Europäischen Konferenz der IV. Internationale und konzentrierte sich auf die Arbeit in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei.⁵⁰² Aufgrund des starken Drucks der Internationale zu einer schnellstmöglichen Vereinigung der trotzkistischen Gruppen in Österreich, fusionierte der Karl-Liebknecht-Bund 1946 mit den verbliebenen Resten des Kampfbunds und der Organisation Gegen den Strom und nahm den Namen Internationale Kommunisten Österreichs (IKÖ) an. Dies vor dem Hintergrund der Erwartung einer revolutionären Welle, die die vormaligen (und bestehenden) politischen Differenzen aufheben könnte. Zu diesem Zeitpunkt bestand die IKÖ aus knapp 200 Mitgliedern, Kandidaten und Sympathisanten.⁵⁰³ In den späten Vierzigern konnten die Trotzkisten einen gewissen Einfluss in den Gewerkschaften und im linken Flügel der Sozialdemokraten erreichen, der aber nicht ausreichte, diese zum Beitritt in die IKÖ zu bewegen. Stattdessen traten die linken Sozialdemokraten der KPÖ bei.⁵⁰⁴

Von der IKÖ spaltete sich Ende 1947 wiederum eine Gruppe von Frey-Anhängern ab. Ihre Zeitung *Arbeiterblatt*⁵⁰⁵ wurde bis in die Fünfziger publiziert, Teile der Gruppe sollten unter ihrem alten Namen Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse noch bis 1975 existieren.⁵⁰⁶ 1957 verstarb Joseph Frey in der Schweiz, in die er 1938 immigriert war. Der Kampfbund war aber in der Lage seine Mitglieder ideologisch zu festigen und bis Mitte der Sechziger durch die Aufnahme mehrerer Jugendlicher wieder auf 22 Personen zu wachsen. Spannungen zwischen den „Alten“ und den „Jungen“ entstanden um die Fragen über die Einschätzung der Studentenbewegung, die Fusion mit anderen Gruppen und grundlegende Positionen des Kampfbundes. Nach einem langen Diskussionsprozess, in dessen Folge vier ältere Mitglieder im Jahre 1973 austraten (was faktisch die Spaltung des Kampfbunds bedeutete), vereinigte sich der Rest des Kampfbunds im Frühjahr 1976 mit trotzkistischen Gruppen um die Gruppe Spartacus Wien (früher: Gruppe Internationale [GI]) zur Internationalen Kommunistischen Liga (IKL). Die Problematik von Vereinigungen ohne Aufarbeitung der vorangegangenen Spaltungen wurde auch bei einer Abspaltung von ehemaligen Mitgliedern der Organisation Gegen den Strom im Jahre 1947 deutlich, die als Steiner-Gruppe bekannt wurde. Die IKÖ-Leitung warf Steiner und zwei weiteren Mitgliedern vor, mangelnde Konspiration an den Tag gelegt zu haben. Des Weiteren teilte die Gruppe anscheinend nicht völlig die Positionen der IKÖ zum Charakter der UdSSR – wenn sie sich auch der

⁵⁰⁰ Zur Debatte um den Staatscharakter der UdSSR und zur Frage des sowjetisch-finnischen Krieges siehe die in dem Buch *Verteidigung des Marxismus* gesammelten Schriften von Trotzki (deutsche Ausgabe: Berlin 1973).

⁵⁰¹ Angerer, 1996, S. 34/35; Angerer, 1997, S. 38.

Als einzige Partei bzw. Organisation in Österreich waren die Proletarischen Internationalisten in der Lage, in der Illegalität eine kohärente politische Struktur aufrecht zu erhalten

⁵⁰² Als Fraktionszeitschrift in der KPÖ wurde 1946/47 der *Leninist* herausgegeben (Wagner, 1976, S. 202).

⁵⁰³ Alexander, 1991, S. 88; Angerer, 1996, S. 39; Angerer, 1997, S. 42.

⁵⁰⁴ Vgl. Alexander, 1991, S. 89.

⁵⁰⁵ Nicht *Arbeitermacht* wie R. J. Alexander annimmt (S. 89). Das *Arbeiterblatt* wurde vom Kampfbund ab Dezember 1949 herausgegeben (vgl. Angerer, 1996, S. 155; Angerer, 1997, S. 165), die Zeitung *Arbeitermacht* von 1934 bis 1943 (Lubitz, 1993, S. 8, Nr. 0037; Internet-Version: S. 3).

⁵⁰⁶ Alexander, S. 89; ausführlich Angerer, 1996, S. 153–185; Angerer, 1997, S. 163–195.

Mehrheitsposition angenähert hatte. Die Steiner-Gruppe (etwas mehr als fünf Leute) existierten wohl noch bis in die ersten Jahre der Fünfziger.⁵⁰⁷

1949 kam es dann aufgrund der internationalen Debatten um die Entrismus-Strategie zum „Totaleintritt“ einer Minderheit der IKÖ-Mitglieder in die SPÖ. Erst 1954 vereinigte sich die IKÖ wieder, indem die Mehrheit ebenfalls den Totaleintritt vollzog.⁵⁰⁸ Nach Ende der Besatzung erschien im Dezember 1955 die letzte Ausgabe der illegalen Zeitung *Der Spartakist* und wurde durch die legale Zeitung *Die Internationale*⁵⁰⁹ ersetzt. Nach einer Periode relativer Stabilität brachen in der IKÖ wieder Fraktionskämpfe aus. Die IKÖ hatte seit der Spaltung der Internationale von 1953 das Internationale Sekretariat um Pablo und Mandel unterstützt. Nachdem Pablo in Auseinandersetzungen mit der Führung der wiedervereinigten Internationale (Vereinigtes Sekretariat der IV. Internationale) ab 1961 geriet, verblieb eine knappe Mehrheit der IKÖ unter Führung von Franz Modlik auf der Seite Pablos. Allerdings hatten die Pablo-Gegner die Mehrheit in der Redaktion der Zeitschrift *Die Internationale*; Modlik gründete demzufolge 1963 die Zeitung *Arbeiterkampf*, die noch bis in die Achtziger herausgegeben werden sollte.⁵¹⁰ Nachdem die Mehrheit (insgesamt hatte die IKÖ schon 1960 nur noch 20 Mitglieder) Ende 1963 versucht hatte eine Resolution gegen das Vereinigte Sekretariat (VSVI) um Mandel, Frank und Maitan anzustrengen, was von der Minderheit aber kategorisch abgelehnt wurde, brach die IKÖ auseinander. Als sich Pablo 1964 vom VSVI trennte, wurde die Gruppe um den *Arbeiterkampf* die Sektion seiner internationalen Tendenz.⁵¹¹ Die Mehrheit der Gruppe (dies betraf vor allem die jüngeren Mitglieder Peter Hallstein, Manfred Marschalek, Fritz Vancura) sollte sich dann allerdings gegen Modlik wenden und die Zeitung *Klassenkampf* publizieren – und bald darauf auseinander gehen. Hallstein, der aus der Gruppe ausgeschlossen wurde, arbeitete daraufhin ab Sommer 1964 wieder mit der Ex-Minderheit der IKÖ um Heinrich Thomas zusammen. Ein Jahr später versuchten auch die übrig gebliebenen Mitglieder dieser Gruppe, Marschalek und Dworak, wieder von der Internationale aufgenommen zu werden, was ihnen allerdings verwehrt wurde.⁵¹² Modlik verstarb Mitte der Achtziger.

2.2.2 Der Zeitraum von 1963 bis 1972/73

1963 waren nach dem Zusammenbruch der IKÖ nur noch drei Personen (Heinrich und Grete Thomas und Franz Pokorny) übrig, die der Politik des Vereinigten Sekretariats folgten und die die mittlerweile in Deutschland hergestellte Zeitung *die Internationale* in Österreich vertrieben. Nachdem einzelne neue Mitglieder gewonnen werden konnten (vom ehemaligen Mehrheitsflügel der IKÖ stießen Peter Hallstein,⁵¹³ Grete und Karl Kraupa hinzu) und sich eine Radikalisierung der österreichischen Jugend andeutete, wurde zum Zwecke des Neuaufbaus der österreichischen Sektion ab 1966 das Bulletin *Internationale Perspektiven* und von 1967 bis 1971 die Zeitung *Revolte* herausgebracht.⁵¹⁴ Die Re-

⁵⁰⁷ Alexander liegt falsch mit seiner Darstellung, dass sich 1948 ehemalige Unterstützer der „Organisation gegen den Strom“ als Gruppe „Proletarische Vereinigung Österreichs“ gründeten und die Zeitung *Arbeiterblatt* publizierten (1991, S. 89). Tatsächlich begann der 1947 neu gegründete/reorganisierte „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ ab Ende 1949 die Monatszeitung *Arbeiterblatt* herauszubringen. Nach zwei Nummern wurde der Untertitel, der den Namen der Gruppe enthielt, aus Gründen der Tarnung in „Organ der Proletarischen Vereinigung Österreichs“ geändert (Angerer, 1996, S. 155, Angerer, 1997, S. 165).

⁵⁰⁸ Alexander, 1991, S. 89.

Eine ausführliche Darstellung bei Angerer (1996, S. 56–111, 1997, S. 66–121) und eine kritische Bilanz des Entrismus der IKÖ in: „Sozialdemokratie, Stalinismus und der österreichische Trotzkismus“, in: *Revolutionärer Marxismus*, Nr. 29, Winter 1999, S. 33–42.

⁵⁰⁹ *Die Internationale* erschien ab Mai 1956 und fungierte als das deutschsprachige Organ des Internationalen Sekretariats der IV. Internationale. Verantwortlich zeichnete nicht die IKÖ als Organisation, sondern Franz Modlik als Person. Ab Anfang 1963 zeichnete Pierre Frank als verantwortlicher Redakteur, Franz Pokorny wurde als deutschsprachige Adresse angegeben. Ab 1968 fungierte die deutsche GIM als Herausgeberin.

⁵¹⁰ Alexander, 1991, S. 90.

⁵¹¹ Angerer, 1996, S. 150/151, Angerer, 1997, S. 161/162.

⁵¹² „Interview mit Heinrich Thomas“, in: *Marxismus*, Nr. 10, Dezember 1996, S. 127/128. URL: http://www.agmarxismus.net/vergrnr/m10_5_thomas.htm (15.11.2004).

⁵¹³ Hallstein wurde wahrscheinlich um das Jahr 1960 gewonnen. 1961 veröffentlichte er in der *roten Tafel*, der Verbandszeitung des VSM, eine Besprechung der Autobiographie Trotzkis *Mein Leben*; Dies trug dem Verband, immerhin seit 1954 von der SPÖ als deren Mittelschülerverband anerkannt, den Vorwurf des „Trotzkismus“ ein (vgl. W. Svoboda, *Revolte und Establishment. Die Geschichte des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler 1953–1973*, Wien, Köln, Graz 1986, S. 39).

⁵¹⁴ Im Umfeld der Revolte agierte neben Andreas Rasp (später KPÖ) Peter Gruder, der als Bundesvorsitzender des VSM ab 1968 eine wichtige Rolle spielen sollte.

volte-Gruppe wurde von Thomas, Hallstein, A. L., Reinhard Pitsch und einer weiteren Person geleitet. Neben der *Revolte* wurde eine *Betriebs-Revolte* herausgebracht und mit einigen Lehrlingen die Arbeitsgemeinschaft Trotzkistischer Gewerkschafter (ATG) bzw. Arbeitskreis marxistischer Lehrlinge (AML) aufgebaut. Reinhard Pitsch soll zudem eine Lehrlingsgruppe namens Roter Maulwurf gegründet haben.⁵¹⁵ Zudem wurde die Arbeitsgemeinschaft Trotzkistischer Schüler (ATS) bzw. Arbeitskreis marxistischer und antiautoritärer Schüler (AMAS) initiiert.⁵¹⁶ Die erste Gruppe umfasste um sechs bis sieben Lehrlinge, die zweite Gruppe um die 15 bis 20 Schüler. Rückblickend meint A. L., dass die Gruppen um die *Revolte* zwar ein gewisses Potential in dem ansonsten recht „links-spontaneistisch, aktionistisch“ gesintneten Jugendmilieu hatte, dass es aber keinen attraktiven Organisationsansatz gab, der die sozialen und politischen Bedürfnisse in eine politische Konzeption produktiv hätte einbinden können.⁵¹⁷

Mit dem jugendlichen Umfeld des Revoltekreises gründete man im Juni 1968 die Trotzkistische Organisation Österreichs (TOÖ), die im August 1970 in Kommunistische Liga, Österreichische Sektion der IV. Internationale, umbenannt wurde. Die TOÖ/KLÖ zerfiel trotz großer Aktivität aufgrund ihrer gerin- gen Größe, mangelnder politischer Festigung und überhöhten Erwartungen,⁵¹⁸ so dass 1971 wiederum nur die „alten Genossen“ (Thomas, Hallstein) alleine da standen. A. L. ging nach Dänemark, Reinhard Pitsch war später in die Entführung des Industriellen Walter Palmers involviert⁵¹⁹ und schloss sich in den Achtzigern der KPÖ an. Keller weist darauf hin, dass der organisatorische Zusam- menschluss verschiedener Linker in der Föderation Neue Linke (FNL) auch Zulauf von der TOÖ erhielt, deren schneller Zerfall wiederum auf ihren „Ultraradikalismus“ (strikter Kampf gegen den Pazifismus), die strenge Kaderdisziplin, persönliche Konflikte und auf den Verlust des Vereinslokals zurückzuführen sei.⁵²⁰

2.2.3 Die Gruppe Revolutionäre Marxisten (GRM) / Sozialistische Alternative (SOAL)

Anfang der Siebziger wurde der Schweizer Trotzkist und Student Raimund Löw im Auftrag des VS VI nach Österreich geschickt, um die verschiedenen Gruppen zu vereinigen, die sich auf das VS VI orientierten.⁵²¹ Löw versuchte in der Folgezeit zusammen mit Hermann Dworczak⁵²² und Helene Mai- mann⁵²³ einen trotzkistischen Flügel innerhalb des Marxistisch Leninistischen Studentenverband (MLS) aufzubauen und verließ ihn im Herbst 1972 mit einer kleinen Gruppe von Mitgliedern wieder. Im August desselben Jahres wurde bereits die Gruppe Revolutionäre Marxisten als österreichische Sek- tion des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale gegründet. Zu den „alten Genossen“ (Heinrich Thomas) der österreichischen Sektion (Hallstein sollte der GRM erst 1974 beitreten) kamen weite- re Personen vom Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM), vom Verband Sozialistischer Studenten

⁵¹⁵ „Interview mit Heinrich Thomas“, a.a.O., S. 129. Vielleicht verwechselt Thomas aber diese Gruppe auch mit dem Namen der Jugendzeitschrift, die die GRM ab 1974 herausbrachte.

⁵¹⁶ Unklar bleibt, ob die beiden Arbeitskreise im Laufe ihrer Existenz umbenannt wurden, als sicher kann gelten, dass sie iden- tisch sind. Die verschiedenen Arbeitskreise werden einmal von Ulrich Angerer als ATG und ATS (Angerer, 1996, S. 186, Ange- rer, 1997, S. 197) und von A. L. (ehemals dem Revoltekreis zugehörig) als AML und AMAS bezeichnet (Leserbrief in: *Mar- xismus*, Nr. 12, Dezember 1997, S. 129/130).

Die ATG veröffentlichte im August/September 1968 die erste Nummer der *Betriebs-Revolte* (Lubitz, 1993, S. 17, Nr. 0094; Internet-Version: S. 7).

⁵¹⁷ Leserbrief von A. L., a.a.O.

⁵¹⁸ Vgl. Angerer, 1996, S. 186/187, Angerer, 1997, S. 197.

⁵¹⁹ Siehe dazu: M. Staudinger / K. Zellhofer, „Kleine Brüder des Terrors. Die Entführung des Industriellen Walter Palmers durch Terroristen der ‚Bewegung 2. Juni‘ und ihre österreichischen Handlanger“, in: *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, hrsg. von B. Danneberg u. a., Wien 1998, S. 82–103.

⁵²⁰ F. Keller, *Wien, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde*, 2. Ausg., Wien 1988, S 81.

⁵²¹ Vgl. Angerer, 1996, S. 187/188, Angerer, 1997, S. 197/198.

⁵²² Dworczak war ab 1963 Mitglied im Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM), 1966 bis 1968 im Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ), aus dem er austrat, um einem Parteiordnungsverfahren zuvorzukommen (P. Ebner / K. Vocelka, *Die zahme Revolution. '68 und was davon blieb*, Wien 1998, S. 154).

Ab 1968 arbeitete er im Sozialistischen Österreichischen Studentenbund (SÖS) und danach im Verband Demokratischer Stu- denten (VDS) mit, der sich 1970 in Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS) umbenannte.

⁵²³ Ihr Vater war Ende der sechziger Jahre der Geschäftsführer des wichtigsten Erdölimporteurs Österreichs „Turmöl“. Die Firma befand sich in Privatbesitz der KPÖ (vgl. W. Svoboda, *Sandkastenspiele. Eine Geschichte linker Radikalität in den 70er Jahren*, Wien 1998, S. 167).

Maimann sollte später eine gehobene Position im Österreichischen Rundfunk (ORF) einnehmen (Svoboda, 1986, S. 211).

Österreichs (VSStÖ)⁵²⁴ und vom sogenannten „Heimspartakus“⁵²⁵. Zudem schlossen sich noch die „Aktion – Marxistischer Studenten“ (Nachfolgeorganisation der Wiener „Aktion“) und Mitglieder der Internationale der Kriegsdienstgegner (Vorläuferorganisation der ARGE-Zivildienst) an.⁵²⁶ Die nun knapp 40 Personen zählende Organisation bestand beinahe ausschließlich aus Studierenden. Ihre führenden Mitglieder waren u. a. Helene Maimann, Raimund Löw, Hermann Dworczak, Georg Hoffmann-Ostenhof und Ali Gronner.⁵²⁷ Sie konzentrierte sich in der Anfangsphase auf Wien, gewann dann aber aufgrund ihrer erfolgreichen Hochschulpolitik auch Mitglieder an den Universitäten in Salzburg, Graz und Innsbruck, die dann Ortsgruppen der GRM in diesen Städten aufbauten. So konnte die GRM ihre Mitgliedschaft vor allem durch die Arbeit im studentischen Milieu bis 1975 auf 80 bis 120 Personen⁵²⁸ erhöhen. Zudem wurde bald nach Gründung der GRM mit der Gründung von Roten Maulwurfszirkeln in Schulen begonnen, um sich im Schülerbereich zu verankern. Die Zeitschrift *Roter Maulwurf* wurde 1974/1975 herausgebracht und brachte es auf zehn Nummern mit jeweils 1000 Exemplaren.⁵²⁹

Die GRM hatte in Wien im Jahre 1975 vier Hochschulzellen mit jeweils ca. zehn Mitglieder,⁵³⁰ als landesweite Organisation ca. 120 Mitglieder und konkurrierte als revolutionäre Organisation an den Hochschulen vor allem mit der maoistisch orientierten Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS), die als Hochschulorganisation des Kommunistischen Bundes (KB) fungierte. Der Zeitraum von 1972 bis 1975 war vor allem durch die (später von der GRM als kräftezehrend kritisierten) Auseinandersetzungen mit der MLS geprägt, die beide versuchten, sich von Wien aus landesweit zu verankern.

Das zentrale Moment des Selbstverständnisses der GRM als einer revolutionären Organisation, die die Hochschularbeit als Teilbereich des Klassenkampfes begriff, verdeutlicht folgende Passage:

„Demgegenüber treten die revolutionären Marxisten für eine politische und sozialistische Studentenbewegung ein, die sich in bezug auf den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat definiert und die Kämpfe der Studenten, anknüpfend bei den Widersprüchen im Ausbildungssektor, über den Hochschulboden hinaus und gegen die Kapitalistenklasse und den Staat (als ihr Instrument) führt.“⁵³¹

Die GRM konnte in der Folgezeit weiterhin recht erfolgreich ihre Arbeit an den Hochschulen aufrechterhalten. So schnitt sie bei den Hochschulwahlen 1976/77 zusammen mit FÖJ und undogmatischen Linken mit 1.500 Stimmen besser als der Kommunistische Hochschulverband (KSV) ab.⁵³² In Salzburg kandidierte man gemeinsam mit dem VSStÖ, der dort als linke Abspaltung vom Bundes-VSStÖ existierte.⁵³³

⁵²⁴ Reinhard Dörflinger, Thomas Herrmann, Peter Lachnit, Danny Leder, Susanne Rockenschaub, Wolfgang Sandner, Lydia und Ruth Sokal (Svoboda, 1998, S. 190).

⁵²⁵ Die Organisation Spartakus, aus deren Kern nach der Auflösung 1972 die Europäische Kooperative Longo Mai entstehen sollte, entstand 1968 oder 1969 und war eine Gruppierung von Studierenden sowie Lehrlingen und jungen Arbeitern, deren zentrale Aktivität eine „Heimkampagne“ war. Laut Ulrich Angerer war sie „diffus links, tendenziell spontaneistisch ausgerichtet (...) und (pflegte sie) einen subkulturellen Habitus“ (vgl. Keller, S. 113–115; Svoboda, 1986, S. 160–163; Angerer, 1996, S. 188, Fußnote 344, Angerer, 1997, Fußnote 347).

⁵²⁶ Vgl. B. Jezek, „GRM/SOAL – die österreichische Sektion der IV. Internationale. Permanente Hoffnung“, in: *Marxismus*, Nr. 9, 2. Ausg., 1997, S. 239.

⁵²⁷ Löw, der in den Neunzigern USA-Korrespondent des ORF, und Hoffmann-Ostenhof, der außenpolitischer Redakteur des Nachrichtenmagazins *profil* und Befürworter des NATO-Beitritts Österreichs werden sollte, zogen sich Mitte der Achtziger/Anfang der Neunziger aus der Parteiarbeit zurück. Ali Gronner wurde in den frühen Achtziger zu einer wichtigen Figur in der linksalternativen Szene und arbeitete in der Alternativen Liste Wien (eine der Vorläufergruppen der Grünen) mit. Laut Angerer entwickelte er „obskur-reaktionär-nostalgische Mitteleuropa-Schwärmerien in den späten 80er Jahren“ (Angerer, 1996, S. 189, Fußnote 346, Angerer, 1997, S. 199, Fußnote 349). Hermann Dworczak ist nach einer längeren Pause von Anfang bis Mitte der Neunziger wieder als führendes Mitglied der SOAL aktiv und arbeitet im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien.

⁵²⁸ Angerer spricht von 80 (1996, S. 189, 1997, S. 199), Jezek von 120 Personen (1997, S. 239).

⁵²⁹ Vgl. Jezek, 1997, S. 240.

⁵³⁰ Angerer, 1996, S. 188, Angerer, 1997, S. 198.

⁵³¹ „Die Krise der Bürgerlichen“, in: *Rotfront*, Wien, Nr. 4, April 1975, S. 4.

⁵³² Angerer, 1996, S. 189, Angerer, 1997, S. 200.

⁵³³ R. Foltin, *Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich*, Wien 2004, S. 321, Fußnote 14.

Im Februar 1973 fand die erste Konferenz der GRM in Wien statt, an der Beobachter von entstehenden GRM-Gruppen aus Innsbruck und Salzburg teilnahmen. Dort wurden die Herausgabe der Zeitung *Rotfront* und Richtlinien zum Aufbau der Organisation im Bundesgebiet beschlossen.⁵³⁴ Dem folgte ein Jahr darauf die zweite Konferenz, die unter dem Vorzeichen der Vorbereitungen zum 10. Weltkongress der Vierten Internationale stand. Dessen Beschlüsse sollten für die GRM in vielerlei Hinsicht von großer Bedeutung werden, da dort erneut die Orientierung auf die „Neue Avantgarde mit Massencharakter“ verlangt wurde. Die GRM musste dabei aus der Not der fehlenden Avantgarde mit Massencharakter und fehlender Radikalisierung der Arbeiterbewegung eine Tugend der Organisierung der studentischen „Neuen Avantgarde“ (NA) machen – dies allerdings immer im Hinblick auf die von ihr erwarteten Klassenkämpfe. Eine Minderheit der GRM wehrte sich allerdings gegen die schematische Umsetzung der europäischen Perspektiven des VSVI auf Österreich und gründete die Tendenz Neuer Kurs (TNK).⁵³⁵ In ihrer Gegenresolution zur 1. Nationalen Delegiertenkonferenz der GRM vom April 1975 erklärte die TNK die Notwendigkeit des Aufbaus einer linken Gewerkschaftstendenz als Mittel zur Verankerung in der Arbeiterklasse:

„Erst indem sie sich auf eine solche Strömung unter den Arbeitern stützen können, und indem sie diese zusehends um ihr Programm herum in die Kämpfe auf verschiedenen Ebenen führen können, werden die revolutionären Marxisten im Parteiaufbau jenes Stadium erreichen, wo sie eine tatsächlich in die Klassenkämpfe intervenierende revolutionäre Organisation sind, die eine gewisse Verankerung in der Klasse haben – nicht aber durch die Instrumentalisierung einer dubiosen NA!!“⁵³⁶

Darauf bezog die GRM-Führung Ende 1975 wie folgt Stellung:

„Ja, unsere Organisation und Leitung sind zu kritisieren, aber nicht wegen ihrer ‚NA-Orientierung‘, sondern u. a. wegen der mangelhaften marxistischen Qualifizierung der Mitglieder, der wir auch den kleinbürgerlich-sektiererischen Sauberkeitsfanatismus der exTNK verdanken.“⁵³⁷

Einer der Hintergründe dafür, sich auf die „neue Arbeitervorhut“ stützen zu wollen, lag wahrscheinlich auch darin begründet, dass die studentische Bewegung zunehmend nachließ und es immer deutlicher wurde, dass es keinen einfachen Übergang von der Studenten- zur Arbeiterbewegung gab.⁵³⁸ Die TNK schloss sich 1976 der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) (siehe unten) an.

1975 kandidierte die GRM zu den Nationalratswahlen in Wien und konnte etwas über 1000 Stimmen erzielen. „Der Parlamentarismus ist eine Form der politischen Machtausübung durch die Bourgeoisie“

⁵³⁴ R. B. [Rainer Bauböck?], „Einleitung“, in: GRM (Hrsg.), *Dokumente der Nationalen Delegiertenkonferenzen 1975 und 1976*, Wien, o. J. [1977], S. 5.

⁵³⁵ Der Widerstand gegen die schematische Umsetzung entwickelte sich auch in der schweizerischen Sektion des VSVI. Im Rahmen der Kongressdebatten vor und nach dem 3. Kongress der RML von 1976 wurde darauf hingewiesen, dass es in der Schweiz keine „Avantgarde mit Massencharakter“ gebe (Diskussionsbeitrag zur Entwicklung der Schülerarbeit seit dem zweiten Kongress. 22.11.1975. SSA: Ar 65.12.1 RML/SAP Interne Berichte/Zirkulare, National 1973-1975).

Ein internes Papier von 1976 stellte zudem fest, dass am 11. Weltkongress der Internationale, der 1979 stattfinden sollte, die Rhythmen der europäischen Revolution und die Unterschiede in den jeweiligen Ländern darin neu zu diskutieren seien: „Wir erachten diesen Punkt deshalb als wichtig, weil die Perspektiven des 10. Weltkongresses vielfach eine zu schematische Einschätzung des revolutionären Prozesses in Europa gegeben haben, die dann bei unseren Mitgliedern zu Illusionen (vor allem im Vergleich zur schweizerischen Situation) und nach einigen Jahren vielleicht zu einer tiefen Entmutigung führen können (Beispiel Spanien).“ (Intern, Text über Lausanne, S. 5 [Hervorhebungen im Original durch Unterstrichen]. SSA: Ar. 65.12.1 Mappe 4. SAP, Interne Berichte, Zirkulare National 1976-1977.)

⁵³⁶ „Die aktuelle Klassenkampfsituation und die Aufgaben der GRM. Auszug aus der von der NDK abgelehnten politischen Resolution der Minderheitstendenz ‚Neuer Kurs‘“, in: GRM (Hrsg.), *Dokumente der Nationalen Delegiertenkonferenzen 1975 und 1976*, a.a.O., S. 64.

⁵³⁷ XXXX.

Die Bezeichnung „exTNK“ weist darauf hin, dass zumindest ein Teil dieser Tendenz bis Ende 1975 ausgetreten war (wahrscheinlich die Gruppe um Gronner), dass aber eine weitere Gruppe die Kritik der TNK aufrechterhielt (vgl. dazu Angerer, 1996, S. 197, Angerer, 1997, S. 207). Dieser Teil sollte sich dann am 11.1.1976 zur Fraktion Kommunistische Politik erklären und am 8.2.1976 aus der GRM ausgeschlossen werden.

Die Fraktionserklärung und der „Beschluß der Nationalen Leitung der GRM auf Ausschluß der ‚FKP‘“ finden sich in der Broschüre *Dokumente der nationalen Delegiertenkonferenzen 1975 und 1976* (S. 72, 73/74).

⁵³⁸ Zur damaligen Auseinandersetzung in der GRM meint Hermann Dworczak heute, dass die Opposition in der GRM die Orientierung auf die Betriebe verabsolutiert und der Mehrheit vorgeworfen habe, dass sie vor den Studenten knien würde. Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004.

– mit diesem Satz beginnt die Stellungnahme des politischen Büros der GRM zu den Nationalratswahlen 1975 in der Rotfront.⁵³⁹ Doch gerade die Illusionen der Massen in die parlamentarische Demokratie gelte es zur Propagierung des proletarischen Klassenkampfes auszunützen:

„Während das Wahlprogramm der Bürgerlichen und Reformisten eines des parlamentarischen Feilschen ist, dient das der revolutionären Marxisten der Mobilisierung der Massen. (...) Um die Arbeiterantwort auf die Krise der kapitalistischen Wirtschaft zu propagieren, um die politischen Betrugsmanöver von Sozialdemokraten und Bürgerlichen zu entlarven, um die Verbindung der Kämpfe von heute mit dem Sozialismus von Morgen aufzuzeigen, um den Aufbau eines revolutionären Bezugspols links von der KP zu propagieren und die Ideen des revolutionären Marxismus zu verbreiten, wird die GRM bei den kommenden Nationalratswahlen (...) kandidieren.“⁵⁴⁰

Obwohl von Anfang an klar war, dass es sich um einen „Propagandawahlkampf“ handelte, war das Ergebnis für die Mitgliedschaft enttäuschend – zudem forderte der Wahlkampf seinen Tribut. Bedingt durch Enttäuschungen und dem Ausbrennen von Mitgliedern durch aufwendige Aktionen verließen etliche die GRM. Hermann Dworczak beschreibt den Mitgliederverlust nach den Nationalratswahlen 1975 als Folge einer unangebrachten Euphorie, die sich als „Durchbruchstheorie“ in den Perspektiven der GRM niederschlug. So ging man davon aus, dass es auf der Linken ein großes Vakuum gäbe, in das die GRM hineinstoßen könne und dass sich die SPÖ-Führung aufgrund ihrer Politik relativ bald „am Ende“ befände.⁵⁴¹ Neben der Kandidatur in Wien waren damals weitere in Linz, Innsbruck und Salzburg geplant, die aber aufgrund mangelnder Wahlunterschriftenlisten nicht zustande kamen.⁵⁴²

In der Aufbauphase von 1972 bis 1975 standen im Rahmen der Internationalismusarbeit der GRM vor allem Solidaritätskampagnen für Vietnam, die Unterstützung der portugiesischen Revolution und Kampagnen gegen die Franco-Diktatur und den Militärputsch in Chile im Vordergrund. Innenpolitisch wurde allgemeine Propaganda für die permanente Revolution, den rätedemokratischen Sozialismus und Antifaschismus betrieben, und auch die Wehrpflicht wurde thematisiert.⁵⁴³ Im Zuge einer Demonstration gegen Franco nahm die GRM an der wohl bekanntesten Aktion der radikalen österreichischen Linken in den siebziger Jahren teil, bei der 1975 ein Büro der spanischen Fluglinie Iberia demoliert wurde. Bis zu 2000 Demonstranten hatten sich dort versammelt, Fensterscheiben gingen zu Bruch, es kam zu Rangeleien mit der Polizei,⁵⁴⁴ und die Vertreter der GRM übernahmen die Verantwortung für die Aktion.⁵⁴⁵ Anhand der Stärke der Demonstrationsblöcke lässt sich der Einfluss der jeweiligen Organisationen auf die linke Jugendbewegung nachvollziehen: „SP-Organisationen: 1500, KPÖ: 2000, FÖJ: 800, GRM: 600, KB: 1000, dazu einige hundert KatholikInnen“.⁵⁴⁶

Neben der Hochschulpolitik und der internationalen Solidaritätsarbeit spielte die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit für die GRM eine wichtige Rolle. Schon bald nach der Gründung der GRM wurden

⁵³⁹ „Nationalratswahlen 1975. Stellungnahme des Politischen Büros der GRM“, in: *Rotfront*, Nr. 5, Juni 1975, S. 6/7.

⁵⁴⁰ Ebd., S. 6f.

⁵⁴¹ „In dieser Zwickmühle [zwischen Reformerwartungen der Arbeitnehmer und krisenbedingtem Sozialabbau, Anm. F. N.] wird die SP aber notgedrungen erweise in eine schwere Krise kommen, die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der SP, die bis jetzt durch einen ‚erfolgreichen‘ Kreisky zurückgehalten wurden, kommen dann zur vollen Ausprägung.“ („Die Entwicklung der Klassenkämpfe und die Aufgaben der Revolutionären Marxisten. Politische Resolution, angenommen von der 1. Nationalen Delegiertenkonferenz der GRM am 12./13. April 1975“, in: GRM [Hrsg.], *Dokumente der Nationalen Delegiertenkonferenzen 1975 und 1976*, a.a.O., S. 29).

Ähnlich argumentierte auch die RML in der Schweiz: „Die Entwicklung von massiven und äußerst harten Arbeiterkämpfen beschränkt sich nicht auf ein oder zwei Länder, sondern umfasst schon heute die wichtigsten kapitalistischen Länder (Italien, Frankreich, Großbritannien, Spanien) und beginnt sich auch auf die übrigen Länder auszudehnen (Ausbruch wilder Streiks in Deutschland). (...) Die traditionellen Organisationen, welche die Arbeiterbewegung in den 40er, 50er und anfangs der 60er Jahre beherrschten, verlieren langsam ihre Hegemonie nicht nur über die neuen Jugendavantgarde (Studenten, Schüler), sondern sogar über – noch begrenzte – Sektoren der Arbeiterklasse.“ (Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS, S. 9. SSA: Ar. 65.12.1. Mappe 3: Interne Zirkulare, National 1973-1975.)

⁵⁴² Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004.

Für die Kandidatur in Wien brauchte die GIM 500, für Salzburg und Tirol jeweils 200 Unterschriften (siehe PB der GRM, Nationalratswahlen, a.a.O., S. 6).

⁵⁴³ Vgl. Angerer, 1996, S. 188, Angerer, 1997, S. 198.

⁵⁴⁴ Vgl. Franz Floss, „15 Jahre permanente Hoffnung“, in: *die linke*, Nr. 18, 1987, S. 7.

⁵⁴⁵ Svoboda, 1998, S. 135.

⁵⁴⁶ Foltin, 2004, S. 96.

regelmäßige Zeitungsverkäufe von Rotfront im Betrieb und Flugblattaktionen vor Betrieben durchgeführt. Bei den optischen Werken von Reichert konnte ein Betriebszeitung initiiert werden, die allerdings nicht lange überlebte.⁵⁴⁷ Die GRM intervenierte in Streikaktionen, so z. B. die des mehrwöchigen Streik der Belegschaft der Möbelfabrik Hukla im Jahre 1974, der aber für die GRM nur wenig Erfolg brachte. Die Betriebsarbeit blieb die Achillesferse der GRM:

„Wir stehen in einer Situation, kaum Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften zu haben, wo wir uns verankern wollen; selbst wenn es vielfach keine Studenten sind, die in den Betriebszellen arbeiten, treten wir den Kollegen auf einer elementaren Ebene als von außen kommend gegenüber.“⁵⁴⁸

Aktionseinheiten mit anderen Linken scheiterten zu dieser Zeit nicht nur bei der Tiroler Firma Swarovski, bei der sich die Linken in Bezug auf die Forderungen zum Wohle der Beschäftigten geradezu überboten.⁵⁴⁹

Ende 1975 organisierte die GRM Gruppen in Wien, Innsbruck, Salzburg, Graz und Kapfenberg/Bruck⁵⁵⁰ und konnte sich im Zeitraum von 1977 bis 1979 weiter aufbauen.⁵⁵¹ 1978 traten weitere Mitglieder des VSSÖ zur GRM über.⁵⁵² Mit ihren rund 90 bis 100 Mitgliedern war sie in der Lage, mehrere hundert Sympathisanten zu mobilisieren und dominierte zeitweise ganze Institute an den Universitäten, wobei sie etliche Studierendenvertreter stellen konnte.⁵⁵³ Im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit wurden bis Ende der Siebziger allgemeine Propagandaaktionen vor den Betrieben fortgesetzt. Zu dieser Zeit intervenierte die GRM unter Leitung von Dworczak, der für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit verantwortlich war, in die Auseinandersetzung um die drohende Schließung des Stahlwerkes in Judenburg in der Steiermark, gegen eine Massenentlassung demonstrierten im März 1981 10.000 Menschen. Die GRM unterstützte und organisierte dort maßgeblich eine Konferenz von Betriebsräten der VEW (Vereinigte Edelstahlwerke AG),⁵⁵⁴ die damals noch verstaatlicht waren. Aufgrund der Isolation des Kampfes gingen die Auseinandersetzungen um die Umstrukturierung und Teilprivatisierung verloren, auch wenn im Januar 1986 in Linz und in Leoben jeweils 40.000 und 15.000 Menschen demonstrierten.⁵⁵⁵ Die GRM konnte sich allerdings unter kritischen Gewerkschaf-tern einen Namen machen und Erfahrungen in landesweit bedeutenden Arbeitskämpfen sammeln.

Im Einklang mit der Diskussion auf internationaler Ebene des VSVI in den Jahren 1979/80, die verlangte, dass die soziale Zusammensetzung Richtung Arbeiterschaft geändert werden sollte („Wende zu den Betrieben“), stellte sich nun die Aufgabe, Teile der Mitgliedschaft in den Großbetrieben zu verankern. Dies konnte, bedingt durch den Konjunktureinbruch 1981/82, allerdings nur begrenzt verwirklicht werden. In Linz war die GRM in der Lage, sich im Angestelltenbereich der VOEST (Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG) zu etablieren und mit anderen Linken die Betriebsgruppe der „Breitmaulfrösche“ aufzubauen, die maoistischen Ursprungs war.

Im Rahmen der Kampagne gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf konnte die GRM eine wichtige Rolle spielen und Ende 1979 einige neue Mitglieder gewinnen.⁵⁵⁶ Bis Ende der Siebziger spielten

⁵⁴⁷ Jezek, 1997, S. 240.

⁵⁴⁸ „Die Entwicklung der Klassenkämpfe und die Aufgaben der Revolutionären Marxisten“ (Politische Resolution, 1975), a.a.O., S. 45.

⁵⁴⁹ Vgl. Svoboda, 1998, S. 206.

⁵⁵⁰ Vgl. *Rotfront*, Nr. 11, November/Dezember 1975, S. 2.

⁵⁵¹ Wagner gibt Ortsgruppen bzw. Sektionen in Wien, Salzburg, Innsbruck, Graz, Bregenz, und Stützpunkte in Linz und Klagenfurt an, zudem „dürfte die GRM einige Hundert Mitglieder besitzen“. Wagner, 1976, S. 209.

⁵⁵² Unter ihnen Peter Pilz und Siegfried Mattl. Pilz sollte 1986 über die Liste Freda-Meissner-Blau (Grüne) ins Parlament einziehen und war von 1992-94 Bundessprecher der Grünen. Seit 1999 ist er erneut Abgeordneter und Friedens- und Sicherheits-sprecher der Grünenfraktion.

⁵⁵³ Angerer, 1996, S. 189, Angerer, 1997, S. 200.

⁵⁵⁴ VEW: Die Brüder Böhler & Co AG, die Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG und die Steirische Gussstahlwerke AG Judenburg wurden 1975 als Tochter der VOEST-Alpine AG zusammengeschlossen.

⁵⁵⁵ Vgl. Foltin, 2004, S. 155.

⁵⁵⁶ Laut Hermann Dworczak war die Bewegung gegen das AKW Zwentendorf die einzige relevante soziale Bewegung in den siebziger Jahren. Die ausgeprägte Orientierung der GRM auf die Hochschulen ist in diesem Kontext nachvollziehbar – außer einer sehr schwierigen Betriebsarbeit war wohl in Österreich in den Siebzigern „nicht mehr herauszuholen“. Geradezu „klassisch“ kam es bis Mitte der Siebziger zu einigen Übergriffen von sozialdemokratischen Betriebsräten und Arbeitern gegen „langhaarige Studenten“ der GRM (vgl. Angerer, 1996, S. 188/189, Angerer, 1997, S. 199).

weiterhin antirassistische und antifaschistische Kampagnen, wie z. B. gegen die Aktion Neue Rechte (ANR) an den Universitäten und den Kärntner Heimatdienst (KHD), eine wichtige Rolle. Außenpolitisch stand der propagandistische Bezug zu den Streiks in Italien und Deutschland und für den linken Teil der Charta '77 in der CSSR im Vordergrund.⁵⁵⁷

Insgesamt waren aber ab Anfang der Achtziger weitere schleichende und konflikthafte Austritte zu verzeichnen. Eine ganze Reihe von Mitgliedern, die ihre akademische Ausbildung beendet hatten, integrierten sich ins Berufsleben bzw. wurden vom „System“ re-integriert. Der GRM widerfuhr das Schicksal vieler radikaler Organisationen, deren Mitglieder aufgrund mangelnder Perspektiven oder zeitlicher Belastung durch Familie und Beruf verloren gingen.

In den frühen Achtzigern wurden Interventionen in die Friedensbewegungen, Proteste gegen den Putsch Jaruzelskis in Polen und die Unterstützung für den linken Flügel der Solidarnosc organisiert. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielten Solidaritätskampagnen mit der sandinistischen Revolution in Nicaragua, an denen sich Mitglieder der GRM als Teilnehmer an den internationalen Brigaden beteiligten. Ähnlich wie die schweizerische SAP orientierte man sich ab Anfang der Achtziger, trotz des Beschlusses der „Wende zu den Betrieben“, zunehmend auf die Ökologie- und Friedensbewegung und deren grün-alternatives Milieu.

Ebenfalls Anfang der Achtziger wurde in Folge der Diskussionen im VSVI über „autonome Jugendarbeitorganisationen, die in Sympathie zur Internationale“⁵⁵⁸ stehen, die Jugendorganisation barricade mit ihrer gleichnamigen Zeitung aufgebaut. Diese Gruppe hatte rund 25 bis 30 Mitglieder in Wien und Wels, konnte größere Veranstaltungen organisieren und erreichte mit ihrer Zeitung eine Auflage von mehreren tausend Exemplaren.⁵⁵⁹

Die barricade in Wels war bereits 1981 als eigenständige Strömung in der SJ Oberösterreich aus der Unzufriedenheit einiger Welser Aktivisten mit der bis 1980 vorherrschenden ideologischen Orientierung der Landesorganisation am Austromarxismus samt starken Sympathien für den „real existierenden Sozialismus“ entstanden. Bis zu ihrer Auflösung 1995 sympathisierte sie mit der GRM/SOAL. 1995 zerfiel die SJ barricade, weil einige wichtige Aktivisten in Universitätsstädte gingen. Bis heute sind einzelne Personen, die aus der SJ barricade Wels kamen, in der SLP in Wien aktiv. Der Aufbau einer landesweiten barricade-Strömung innerhalb der Sozialistischen Jugend (SJ), der Jugendorganisation der SPÖ, scheiterte, da sich die meisten Mitglieder der barricade in Wien weigerten, in die SJ einzutreten, und die verbliebenen Jugendlichen keine große Unterstützung in der SJ erfahren konnten. Einige barricade-Mitglieder in Wien sollten dann bei den Grünen mitarbeiten.⁵⁶⁰

Dieser Intervention in SJ und SPÖ war in der GRM Anfang der Achtziger eine Debatte über eine mögliche Wahlunterstützung für die SPÖ vorausgegangen. Dabei wurden drei taktische Modelle diskutiert: Zum einen, ob man diese kritisch unterstützen sollte, zum anderen, ob nur gegen die bürgerlichen Parteien ÖVP und FPÖ aufgerufen werden sollte oder ob man zum ungültig Wählen aufrufen müsse. Die SPÖ wurde zwar als „bürgerliche Arbeiterpartei“ eingeschätzt, die man im Rahmen der Einheitsfrontstrategie gegen die bürgerlichen Parteien unterstützen könne, allerdings stellte sich die taktische Frage, ob diese wahlorientierte Einheitsfront zur damaligen Zeit wirklich Sinn mache (1982 beschloss man allerdings mehrheitlich einen kritischen Wahlauftruf für die Sozialdemokratie). Die GRM begann darüber zu diskutieren, dass die Orientierung auf die Arbeiterklasse auch bedeute, sich ihr dort zu nähern, wo sie bereits politisch organisiert war – in der SPÖ und in der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter (FSG). Der Einfluss der SPÖ auf die Arbeiterbewegung könne somit nicht nur von Außen, sondern müsse auch von Innen gebrochen werden. Der Aufbau eines linken Flügels in der SPÖ schien dazu eine Möglichkeit zu sein, allerdings wurden laut Jezek die Möglichkeiten der Linken innerhalb des Parteiapparates unterschätzt und die Rolle einzelner Personen in der SJ und SPÖ überschätzt.⁵⁶¹ Die „Apparatlinken“ und die möglichen Unterstützer der GRM hatten dem Druck der SPÖ-Führung nachgegeben und sich für die Parteikarriere entschieden. Gerade weil man trotz fortgesetzter

⁵⁵⁷ Angerer, 1996, S. 190, Angerer, 1997, S. 200.

⁵⁵⁸ Jezek, 1997, S. 243.

⁵⁵⁹ Vgl. Angerer, 1996, S. 192, Angerer, 1997, S. 203.

⁵⁶⁰ Ebd.

⁵⁶¹ Jezek, 1997, S. 243.

Orientierung auf die SJ nicht weiterkam, versuchte die GRM mit ihrer Jugendorganisation barricade um 1984 dort zu intervenieren. Nachdem die „Kapitulation der Linken in der SPÖ“⁵⁶² aufgrund ihrer Haltung zum Bau des Wasserkraftwerks Hainburg deutlich geworden war, trat man dort wieder aus. Der kurze Zeitraum der konzentrierten Intervention in der SPÖ und SJ (von Entrismus kann man hier eigentlich nicht sprechen) war Ausdruck der Orientierung der GRM auf alle politischen Bereiche „in denen etwas los“ war. Die GRM verfolgte also im Unterschied zur Vorwärts-Gruppe (siehe unten) keinen lang angelegten Entrismus in der Sozialdemokratie, der dem Aufbau eines marxistischen Flügels dienen sollte, sondern begriff die Arbeit mit linken Sozialdemokraten nur als eine von vielen anderen politischen Arbeitsfeldern. Zudem betonte sie immer die Notwendigkeit einer eigenständigen Organisation.⁵⁶³

Seit Anfang der Achtziger hatte in der GRM ein schlechender Mitgliederverlust eingesetzt, denn auch die Trotzkisten waren vom allgemeinen Niedergang der radikalen Linken ab Anfang der Achtziger betroffen. Allerdings war die GRM in der Lage, im Jahre 1984/85 an der Universität Wien zwischen 10 und 15 Studierende zu gewinnen und eine Hochschulliste Sozialistische Alternative (SOAL) in etwa gleicher Größenordnung zu etablieren.⁵⁶⁴ 1984 nahm die GRM an der Bewegung gegen den geplanten Bau des Wasserkraftwerks in Hainburg teil⁵⁶⁵ und engagierte sich in den Kampagnen gegen den Kauf von Abfangjägern durch das Bundesheer.

1986 hatte die GRM noch über 50 Mitglieder⁵⁶⁶ und nannte sich „aus pädagogischen Gründen“⁵⁶⁷ in Sozialistische Alternative (SOAL) um. Der Name Gruppe Revolutionäre Marxisten (GRM) war aufgrund der deutlichen politischen Positionierung im Studentenmilieu entstanden. Mit der Orientierung auf Betriebsarbeit und die sozialen Bewegungen hatte sich der Bezugsrahmen geändert und der Name stellte nun aufgrund seiner radikalen Konnotation ein gewisses Hindernis in der politischen Arbeit dar. „Sozialistische Alternative“ vermied den Verweis auf eine Partei (die man noch nicht war) oder eine Gruppe (was man nicht mehr sein wollte) und trug gleichzeitig eine politische Perspektive in sich.⁵⁶⁸

Im selben Jahr wurde erneut versucht, eine Jugendgruppe aufzubauen, welche sich als Schülergruppe rebel im Schülerbereich profilieren konnte.⁵⁶⁹ Allerdings trat diese 1989 mit ihrer verbliebenen Kerngruppe zur Revolutionär Kommunistischen Liga (RKL) über (siehe unten).

In den Studenten- und Schülerstreiks von 1987⁵⁷⁰ konnte die SOAL in Wien zwar einen gewissen Einfluss ausüben, da sie einige der bekanntesten Führer der Bewegung stellte und ein tägliches Streikinfo publizierte, sie war aber nicht in der Lage sich weiter zu verankern und neue Mitglieder zu gewinnen.⁵⁷¹ Somit kam es in den späten Achtzigern zu weiteren Mitgliederverlusten. Aufgrund der seit Mitte der Achtziger zunehmenden Orientierung auf die Grünen verließ zudem eine Reihe von Mitgliedern die Organisation,⁵⁷² andere wandten sich 1988 der Gruppe Arbeiterstandpunkt⁵⁷³ zu.

⁵⁶² Ebd.

⁵⁶³ Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004.

⁵⁶⁴ Gespräch mit Michael Pröbsting am 7.11.2004.

⁵⁶⁵ Laut Angerer war diese Bewegung von der Kronenzeitung und von bürgerlichen Ökologen dominiert (Angerer, 1996, S. 193, 1997, S. 203) – was aber nicht bedeuten muss, dass sich die GRM davon beeinflussen lies. Sicherlich ging es auch darum, den „Bürgerlichen“ nicht das politische Feld einfach zu überlassen, wenn auch die progressiven Elemente der Hainburg-Bewegung von der GRM wahrscheinlich überschätzt wurden.

⁵⁶⁶ Laut Dworczak waren zu Beginn der Achtziger noch um die 80 Mitglieder in der GRM aktiv (Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004).

⁵⁶⁷ Angerer, 1996, S. 193, Angerer, 1997, S. 203.

⁵⁶⁸ Vgl. Jezek, 1997, S. 244.

⁵⁶⁹ Vgl. Angerer, 1996, S. 194, Angerer, 1997, S. 205.

⁵⁷⁰ Die Sparpläne der Vranitzky-Regierung hatte die größte Studierendenbewegung in der Geschichte Österreichs zur Folge. An einer Sozialkundgebung im Oktober 1987, an der sich 50.000 Menschen beteiligten, nahmen die Studierenden mit rund 10.000 Vertretern teil. Ebner und Vocelka sehen die 1987-Bewegung „in ihrer Terminologie, ihren Aktionsformen und ihren bewußt gesamtgesellschaftlich gehaltenen Forderungen noch sehr stark von 1968 beeinflußt“ (Ebner/Vocelka, 1998, S. 206) – dies auch vor dem Hintergrund, dass 1987 eine tiefergehende Radikalisierung stattfand, als in den Jahren zuvor. Das Jahr spielt im übrigen auch für mehrere trotzkistische Gruppen eine wichtige Rolle (siehe unten).

⁵⁷¹ Angerer, 1996, S. 194, Angerer, 1997, S. 205.

⁵⁷² Angerer schreibt, einige SOAL-Dissidenten seien 1987 der „Marxistischen Gruppe (MG)“ beigetreten (1996, S. 195, 1997, S. 205). Dworczak hält dies für ein Missverständnis: Mitte der Achtziger habe man mit einer „Arbeitsgruppe Marxismus“ in der

Ortsgruppen in Linz und Salzburg brachen um 1987 zusammen, so dass funktionierende Gruppen nur noch in Wien und Graz existierten. 1988 bildete sich zudem eine Fraktion für proletarische Politik, welche die SOAL augrund ihrer Orientierung auf die Grünen kritisierte und sie 1989 verließ. Die SOAL versuchte den Bruch zu vermeiden und bot der Minderheit eine überproportionale Vertretung in der Leitung an. Dies wurde mit dem Vorwurf abgelehnt, dass es sich mittlerweile bei der Leitung der SOAL um „Kleinbürger“ handeln würde.⁵⁷⁴ Zusammen mit den Resten der IKL wurde von dieser Gruppe die Revolutionär Kommunistische Liga (RKL) gegründet.

Führende Mitglieder zogen sich zu dieser Zeit ins Privatleben zurück, arbeiteten an ihrer Karriere oder gingen der SOAL aufgrund ihrer Arbeit in den Grünen (z. B. Franz Floss) faktisch verloren. Der Niedergang der SOAL, der mit der Orientierung auf die politische Arbeit in den Grünen einsetzte, beschleunigte sich durch die Revolutionen in Osteuropa. Die erfolglose Arbeit in den Grünen wurde immer deutlicher. Antirassistische Kampagnen und die Kampagne gegen den EU-Beitritt brachten zwar Aufmerksamkeit für die SOAL, führte aber nicht zu einem Schub von neuen Mitgliedern. Stattdessen traten weitere Mitglieder aus, Jugendliche konnten aufgrund des Verlustes von Schülern und Studenten nicht mehr gewonnen werden. Aufgrund einer Krankheit von Hermann Dworczak, des führenden Kopfs der SOAL, kam es zu einer ernsten Verunsicherung über die Zukunft der Organisation.⁵⁷⁵

1994 konnte sich die SOAL durch eine Kampagne gegen den EU-Beitritt wieder auf einem gewissen Niveau stabilisieren. Da sich die alte Führung beinahe vollständig zurückgezogen hatte, fiel nun der ehemaligen Minderheit in der Frage der Umsetzung der „Wende zu den Betrieben“ die Führung zu. Sie begannen der Gruppe wieder mehr eigenes Profil zu geben und traten wieder etwas orthodoxer als Trotzkisten auf.⁵⁷⁶ Die Grazer Gruppe, die relativ autonom agierte, setzte die Arbeit in den Grünen fort. Trotz der Stabilisierung der Gruppe war eine gewisse Stagnation in ihrer Entwicklung in den Neunzigern zu verzeichnen. Die Proteste gegen den IWF in Seattle 1999, die weltweite Ausstrahlung auf die Linke haben sollte, orientierte auch die SOAL auf die Mitarbeit in der globalisierungskritischen Bewegung und führte zu neuem Schwung in deren politischer Arbeit. Sie beteiligte sich in der Folgezeit an der internationalen Vorbereitungssitzung des Europäischen Sozialforums in Wien 2001 und der Gründung des Austrian Social Forum (ASF) in Hallein im Mai 2003. Dem folgte im Juni 2004 eine erneute Teilnahme am zweiten ASF in Linz.

Ebenso wie für andere Trotzkisten stand auch für die SOAL die Streikbewegung gegen die Pensionsreform 2003 und der Streik der Eisenbahner im Herbst 2003 im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die gemeinsame Kandidatur mit der KPÖ zu den Europawahlen 2004 als die LINKE,⁵⁷⁷ die zuerst als Wahlzusammenschluss einer Reihe von linken Kräften konzipiert war, denen aber die Forderungen dann doch zu „zahm“ waren,⁵⁷⁸ verblieb im Stadium einer „KPÖplus“ (KPÖ plus SOAL), wie dies Hermann Dworczak selbstkritisch bezeichnete. Die gemeinsame Kandidatur wurde durch die Orientierung auf die sozialen Bewegungen und deren Rolle im Rahmen des Konzepts der „Zivilgesellschaft“ ermöglicht. Die Kandidatur verband aus Sicht der SOAL sowohl das Bestreben mit progressiven Kräften innerhalb der KPÖ den Prozess der „Umgruppierung der Linken“ voranzutreiben,⁵⁷⁹ wie auch der Formierung

SPÖ über eine eventuelle Fusion mit der SOAL gesprochen, die dann aber aufgrund der Karriereorientierung dieser Gruppe gescheitert sei (Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004).

⁵⁷³ Schwesterorganisation der deutschen Gruppe Arbeitermacht (GAM).

⁵⁷⁴ Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004.

⁵⁷⁵ Vgl. Angerer, 1996, S. 196, Angerer, 1997, S. 206.

⁵⁷⁶ Ebd.

⁵⁷⁷ Ergebnis: 19.530 Stimmen (0,78 %).

⁵⁷⁸ Die SLP bewertete die programmatische Plattform der „Linke“ folgendermaßen: „Die LINKE setzte auch bewusst auf eine Abgrenzung zu sozialistische Ideen und Sozialismus – diese Abgrenzung hat jedoch offensichtlich nicht zu größerer Akzeptanz geführt.“ Der Funke erklärte: „Ansonsten setzt das ‚linke‘ Programm auf die üblichen Allgemeinplätze, die man von den Abschlusserklärungen bei Sozialforen gewöhnt ist.“ Ähnlich die AL: „Aber die Linke setzte nicht auf soziale Themen, sondern versuchte statt dessen, sich als linke Allerweltspartei zu präsentieren.“ (Kominform.at, Das Abschneiden der LINKE. URL: <http://www.kominform.at/article.php?story=20040617212444391> [12.12.2004].)

⁵⁷⁹ „Wenn Walter Baier und die Strömung(en) in der KPÖ, die sich von stalinistischen Methoden und traditionellem Parteiverständnis distanzieren, ihre Zukunft tatsächlich in einer neuen LINKE(n) (vgl. das Projekt zur Zusammenarbeit und Umgruppierung seit den EU-Wahlen) sehen, warum lassen sie dann nicht die „alte KPÖ“ KPÖ sein und verlassen sie endlich?“ (B. Jezek, „Wo für steht die KPÖ“, in: *die linke*, Nr. 13, 15.10.2004, S. 3.)

der Zivilgesellschaft auf Wahlebene einen Ausdruck zu verleihen. Letzteres betonte auch von dem Spitzenkandidaten der LINKE, Leo Gabriel:

„Mit der Plattform wollten wir die Zivilgesellschaft als politischen Akteur einbringen. Deshalb haben wir inhaltlich deren Anliegen aufgegriffen und einer breiteren Öffentlichkeit vorgetragen.“⁵⁸⁰

Nach eigenen Aussagen verfolgt die SOAL einen pluralistischen Organisationsansatz, der sich in der LINKE widerspiegle. Revolutionäre hätten damit die Aufgabe, Teil einer neuen linken Plattform zu sein.⁵⁸¹ Insgesamt verbuchte sie die Kandidatur mit der KPÖ als Erfolg, die Stimmenergebnisse der Europawahlen wären zwar hinter den Erwartungen geblieben, dafür habe man 2.600 Unterschriften gesammelt, sich mit explizit antikapitalistischen Positionen Gehör verschafft und neue Schichten hätten die LINKE gewählt.⁵⁸² Die SOAL wollte allerdings auch keine Zusammenarbeit um jeden Preis. Im Zuge der Auseinandersetzungen um den Verkauf einer Immobilie der KPÖ, die seit Jahren als besetztes, linkes Zentrum fungierte, stellte die SOAL die Mitarbeit im Projekt „LINKE – Opposition für ein solidarisches Europa“ Mitte November 2004 ein.⁵⁸³

Aufschlussreich zur strategischen Orientierung der SOAL ist ein Text von Hermann Dworczak von Ende 1985,⁵⁸⁴ der bezeichnenderweise den Titel „Der lange Atem oder Trotzki must wait“ trägt. Ausgangsfrage seiner Überlegungen, warum es bisher in keinem europäischen Land zu einer revolutionären, sozialistischen Veränderung kam, es also entgegen der Erwartungen der Trotzkisten seit der Aufbruchsstufe von 1968 immer noch kein „Trotzkiland“ gibt, ist die Frage, ob in den theoretisch-politischen Positionen der Hund begraben liege.⁵⁸⁵ Grundlegend richtig sei die Einschätzung nach den Lehren vom französischen Mai 1968 gewesen, dass auf die Notwendigkeit politischer Umgruppierungen und das Schaffen neuer revolutionärer Organisationen und Parteien verwiesen wurden. In Italien und Westdeutschland habe man den Prozess der Entwicklung der radikalen Linken in Folge des „heißen Herbstes 1969“ (Italien) und der Studierendenbewegung (Deutschland) verschlafen.⁵⁸⁶ In Österreich habe man sich dagegen zu stark auf die radikale Linke orientiert und die traditionelle Arbeiterbewegung vernachlässigt. Heute sei bei politischen Umgruppierungen größeren Ausmaßes ein „gerütteltes Maß“ an Flexibilität nötig, da

„in kaum einem Land die Formation einer revolutionären Partei mit starker Massenverankerung unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Eher scheint es so zu sein, daß es in einigen Ländern die Möglichkeit gibt, die Kräfte links von der Sozialdemokratie und kommunistischen Parteien zu fortschrittlichen Bewegungs- und Protestparteien zusammenzufassen“.⁵⁸⁷

Umgruppierungen waren allerdings in der marxistischen Bewegung nie eine Notwendigkeit oder ein Wert an sich, wenn die Perspektive des baldigen Aufbaus revolutionärer Massenparteien nicht gegeben war. Als Beispiel die Grünen: Diese hatten zeitweise einen starken ökosozialistischen Flügel, der allerdings auch nur einen geringen Einfluss auf Programm und Politik der Grünen hatte. Die Ökologiebewegung war auch kein Ausdruck beginnender sozialer Kämpfe und hatte mit der traditionellen Arbeiterbewegung wenig gemein. Sich trotzdem auf linke Kräfte in und um die Grünen zu orientieren mag richtig gewesen sein, aber grundlegender „Knackpunkt“ war eine kritische Einschätzung der Per-

⁵⁸⁰ Die Zivilgesellschaft als Akteurin einbringen (Interview mit Leo Gabriel, geführt von Angela Klein, zuerst veröffentlicht in *Sozialistische Zeitung*, September 2004). URL: <http://linke.cc/news/article.php?story=20040923113206718> (21.12.2004).

⁵⁸¹ Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004.

⁵⁸² Ebd.

⁵⁸³ kominform.at, SOAL zieht sich aus der „LINKEn“ zurück – Walter allein zuhause? (29.11.2004). URL: <http://www.kominform.at/article.php?story=20041129131756640> (12.12.2004).

⁵⁸⁴ H. Dworczak, „Der lange Atem oder Trotzki must wait“, in: B. Kuschey (Hrsg.), *Linke Spuren. Marxismus seit den 60er Jahren*, Wien 1987, S. 215–232.

⁵⁸⁵ Ebd., S. 215.

⁵⁸⁶ Ingrid Gilcher-Holtey führt aus, dass „sich die Proteste in der Bundesrepublik in einem langen und vergleichsweise langsamem Prozeß der Vernetzung von Gruppen und Organisationen [entwickelten]; einem Prozeß, der sich über eine Phase von drei Jahren, 1965 bis 1968, erstreckte“ („1968 in Deutschland und Frankreich: ein Vergleich“, in: *1968 – ein europäisches Jahr?* Leipzig 1997, S. 68). Die spätere deutsche GIM verschlief diesen Prozess nicht, sondern sie hatte einfach Schwierigkeiten, sich als Teil der „alten Arbeiterbewegung“ auf diesen Radikalisierungsprozess einzulassen und in ihn zu intervenieren.

⁵⁸⁷ Dworczak, 1987, S. 227.

spektiven, der Programmatik und der Politik der grünen Partei (beispielsweise in Österreich). Statt auf eine „Neue Avantgarde“ einzuwirken, traf man auf alte Bekannte.⁵⁸⁸ Dies unter den Tisch fallen zu lassen, war Ausdruck der Strategie, sich an allem zu orientieren, was „links“ zu sein schien, obwohl die GRM die Entwicklung einer breiten Linken weiterhin vom Stand der sozialen Auseinandersetzungen und der sozialen Zusammensetzung der Bewegungen abhängig machte.⁵⁸⁹ Die GRM (ab 1986 SOAL) sollte mit ihrer Orientierung auf die Grünen teuer bezahlen. Man verlor sowohl wichtige Führungspersonen an die Grünen (u. a. Franz Floss), einzelne Mitglieder verließen die SOAL aufgrund ihrer Orientierung auf die Grünen, andere traten 1988 konkurrierenden trotzkistischen Gruppen bei (Gruppe Arbeiterstandpunkt) bzw. gründeten sogar neue Gruppen (RKL). Die SOAL verlor dabei einen bedeutenden Teil ihrer Jugendlichen, die heute zum Teil Führungspersonen anderer trotzkistischen Gruppen stellen.

Publikationen

Die Zeitung der GRM *Rotfront* wurde von März 1973 bis Sommer 1980 herausgegeben und dann in die *linke* umbenannt. Laut Wagner soll *Rotfront* die größte Monatszeitung der Linken unabhängig von SPÖ und KPÖ in Österreich gewesen sein.⁵⁹⁰ Eine *Rotfront aktuell*, die in 14 Nummern von 1975 bis 1977 erschien, ergänzte die Monatszeitung. Noch vor Gründung des Zentralorgans wurde mit der Veröffentlichung des Bulletins *Sieg der indonesischen Revolution* begonnen, von dem 1972 und 1973 vier Ausgaben erschienen. 1973 und 1974 erschienen *Kommunistische Hefte – theoretische Zeitung*, die allerdings nach vier Ausgaben nicht mehr fortgeführt wurden. Neben *Rotfront* wurden in unregelmäßigen Abständen insgesamt zwölf Ausgaben des internen Bulletins *GRM-Info* (1975 bis 1977) sowie zwölf Ausgaben von *GRM aktuell für Tirol und Vorarlberg* (1976/1977 sowie 1979/80) herausgegeben. Von 1978 bis 1980 erschienen *Rote Hochschulblätter*, die vorher als Supplement der *Rotfront* beigefügt waren.⁵⁹¹

Von 1982 bis 1987 erschien die Zeitschrift *Gegenstimmen*, die sich als Informations- und Diskussionsorgan über die Entwicklungen der linken Oppositionen in Osteuropa verstand und in der laut Ulrich Angerer die GRM die politische Hegemonie hatte.⁵⁹² 1989 begann die Grazer Ortsgruppe der SOAL mit der Herausgabe der Zeitschrift *Ost-West-Gegeninformationen*, in der Beiträge und Dokumente aus den Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion publiziert worden sind.⁵⁹³

Organisationsstrukturen

Die Grundeinheiten der Organisationsstruktur der GRM bildeten die Ortsgruppen und die Ortsgruppenvorstände. Dies im Unterschied zu den Siebzigern, in denen die GRM ihre Ortsgruppen in „Sektio-

⁵⁸⁸ „Die Grünen, das vermeintliche, neue politische Projekt, sind nichts anderes als die Konkursmasse der 68er. In den Anfängen lebte sogar der alte Konflikt zwischen Trotzkisten und Maoisten wieder auf. Bezeichneten die einen die anderen des Sozialdemokratismus, so die anderen die einen des Antikommunismus. Man kam, sah und konnte sich schon nicht leiden, denn man wußte genau, woher die anderen kamen. (...) So gesehen sind die Grünen der Abklatsch, nicht nur von 1968, sondern auch von 1848. In den ersten Jahren war das für uns noch nicht erkennbar, wobei natürlich die Frage zu stellen ist, ob das nicht eine späte Ausrede ist.“ (F. Schandl, „Blindlinks. Randglossen eines späten Abkömlings“, in: *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, hrsg. von B. Danneberg u. a., Wien 1998, S. 111.)

⁵⁸⁹ Vgl. SOAL/IKL, *Das Elend der Grünen*. Gemeinsame Broschüre der Sozialistischen Alternative und der Internationalen Kommunistische Liga, Salzburg u. Wien, November 1986.

⁵⁹⁰ Wagner, 1976, S. 208.

Leider bleibt unklar, ob es sich dabei um die auflagenstärkste, die am weitesten verbreitete oder die umfangreichste Zeitung handelte.

⁵⁹¹ Alle Angaben nach Lubitz, 1993.

⁵⁹² Angerer, 1996, S. 192, Angerer, 1997, S. 202.

Die *Gegenstimmen* trugen den Zusatz „Solidarität mit der demokratischen und sozialistischen Opposition in Osteuropa“ und wurden in Wien von einem Sozialistischen Osteuropakomitee herausgegeben.

⁵⁹³ Die *Ost-West-Gegeninformationen*, die vierteljährlich erscheinen sollten und von einem Alternativ-Sozialistischen Osteuropakomitee in Graz herausgegeben wurden, sind 2007 eingestellt worden.

In einer Anzeige, die in dem einzigen Band einer Sonderreihe, die von der Redaktion der Zeitschrift herausgegeben werden sollte, abgedruckt ist, wird das Profil des Projekts so beschrieben: „Vierteljährlich zu aktuellen Fragen in den Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion – Authentische Beiträge und Originaldokumente aus den Staaten des Ostens und Südostens – Die Alternative zur gleichgeschalteten Ost-Berichterstattung“ (*Krieg in Europa. Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien*, hrsg. von Johann Gaisbacher, Karl Kaser, Christian Promitzer, Barbara Sax, Johann Schögler, Linz u. Frankfurt/M. 1992, S. 239.)

nen“ und „Stützpunkte“ unterteilte. Sektionen bestanden aus mindestens zehn Mitgliedern und Kandidaten, die zudem in einem Arbeitsbereich kontinuierlich tätig sein mussten. Ein Stützpunkt hatte gegen weniger Mitglieder, verkaufte schriftliches Material der GRM und traf sich zu regelmäßigen Schulungen.⁵⁹⁴ Das Exekutivorgan der GRM wurde durch die Nationale Leitung repräsentiert, aus dessen Reihen ein Politisches Büro als ständiges Exekutivorgan gewählt wurde. Die Nationale Leitung hatte die Aufgabe, die Politik zwischen den Nationalen Delegierten-Konferenzen (NDKs) zu bestimmen, die Redaktionen von *Rotfront* und der *Kommunistischen Hefte* auszuwählen und über die Aufnahme von Mitgliedern und Kandidaten zu beraten.⁵⁹⁵ Das Politische Büro und die Nationale Leitung wurden in den neunziger Jahren durch die Redaktion der Linke ersetzt, die sich einmal in der Woche trifft. Die landesweite Führung wird dementsprechend heute von der Redaktion und weiteren Mitgliedern gestellt.⁵⁹⁶ Das höchste Gremium, die NDK, heißt heute Nationale Mitgliederversammlung.

Die Kriterien der Aufnahme in die GRM unterschieden sich in den Siebzigern nicht wesentlich von anderen revolutionären Organisationen zu dieser Zeit. Sympathisanten konnten durch Aufnahme in die Arbeitsfelder (Betriebe, Hochschule) zu Kandidaten werden, diese wurden nach einem drei bis zwölfmonatigen Kandidatenstatus zu Vollmitgliedern. Kandidaten hatten bis dahin kein passives Wahlrecht, bei Personal- und Programmentscheidungen hatten sie kein Stimmrecht. Die Organisationsstrukturen waren im Vergleich zu den maoistisch orientierten Gruppen weniger rigide, aber auch die GRM versuchte eine straffe Planung innerhalb einer zentralisierten Organisation umzusetzen. So mussten Mitglieder, die Wien für mehr als eine Woche verließen, sich bei der zentralen Leitung anmelden.⁵⁹⁷ Die Teilnahme an Schulungen wurde als verbindlich angesehen, das Fehlen allerdings nicht geahndet.⁵⁹⁸ Auf die Herausbildung von Kadern wurde wie bei anderen Gruppen größter Wert gelegt. Regelmäßige Schulungen nahmen in der jungen GRM dementsprechend einen hohen Stellenwert ein. Grundlage der Schulungsplanung und Leseempfehlungen zu Anfang der Siebziger war die dreibändige Trotzki-Biographie von Isaac Deutscher. Von der umfangreichen Literaturempfehlung⁵⁹⁹ für die vorgesehenen Diskussionsabende wurde wohl Gebrauch gemacht, allerdings blieb es den Mitgliedern individuell überlassen, was sie aus Privatinteresse lasen oder nicht.

Heute existiert neben der Ortsgruppe in Wien eine weitere in Graz, weitere Unterstützer der SOAL gibt es in Innsbruck.

2.2.4 Die Internationale Kommunistische Liga (IKL)

Die IKL wurde im Frühjahr 1976 von verschiedenen trotzkistischen Gruppen gegründet, welche die Politik der GRM als opportunistisch bezeichneten. Die Kerngruppe, vormals Spartacus Wien, bestand aus Personen, die Anfang der Siebziger für eine kurze Zeit im Dunstkreis der Maoisten gestanden hatten⁶⁰⁰ und sich dann trotzkistischen Ideen zuwandten.⁶⁰¹ Eine weitere Gruppe stellte der verbliebene Kampfbund mit sieben bis acht Mitgliedern dar, mit dem der Spartacus Wien schon 1971 in Kontakt getreten war und seit 1973/74 intensivere Gespräche führte.⁶⁰² Auch die Ex-GRM-Tendenz Neuer Kurs um Ali Gronner und eine Ex-GRM-Fraktion Kommunistische Politik, die erst zur Gründung der IKL aus der GRM austraten, und ebenso wie die Gronner-Gruppe fünf bis sechs Mitglieder einbrachte, gehörte nun zur IKL. Dazu kamen zwei bis drei ehemalige Mitglieder der Vereinigung Marxistischer Arbeiter (VMA), so dass die IKL über rund 25 Mitglieder verfügte. Die Gruppe trat am 1. Mai 1976 zum

⁵⁹⁴ Svoboda, 1998, S. 173.

⁵⁹⁵ Ebd., S. 174.

⁵⁹⁶ Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004.

⁵⁹⁷ Zumindest brauchten sie aber keine Erlaubnis dazu einzuholen, wie es bei einigen maoistischen Gruppen der Fall war.

⁵⁹⁸ Svoboda, 1998, S. 176.

⁵⁹⁹ Siehe ebd., S. 176–178.

⁶⁰⁰ Wilhelm Diefenbach, Marianne Fischer, Karl Reitter und andere.

⁶⁰¹ Der Spartacus Wien, der 1971 noch Gruppe Internationale (GI) hieß, diskutierte seit 1973/74 mit dem deutschen Spartacusbund, dessen Konferenz man in Frankfurt 1975 besuchte und veröffentlichte im September 1975 eine eigene Zeitung *Spartacus – für den Wiederaufbau der IV. Internationale*, es blieb aber bei einer Nummer (vgl. Lubitz, 1993, S. 277, Nr. 1658; Internet-Version: S. 114).

Laut Jürgen Rahlmeyer kamen die Gründer des Spartacus Wien ursprünglich aus der SPÖ (Interview am 30.03.2005).

⁶⁰² Vgl. Angerer, 1996, S. 183, Angerer, 1997, S. 192.

ersten Mal öffentlich in Erscheinung und präsentierte sich als die „orthodoxe trotzkistische Alternative“⁶⁰³ zur GRM.

Die Gründungsphase war auch gleichzeitig die Hochphase der organisatorischen Entwicklung. Bald nach der Gründung kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern des Spartacus Wien und des Kampfbund auf der einen und den ehemaligen GRM-Mitgliedern auf der anderen Seite. Hintergrund war deren unterschiedliches Politikverständnis, das sich laut Angerer in „sektiererischen“ und „opportunistischen“ Tendenzen darstellte.⁶⁰⁴ Diese Begriffe sind recht unspezifisch und stellen präjudizielle Kategorien dar, die einer „Verortung“ bestimmter Gruppen im eigenen ideologischen Schema dienen. Gemeint ist mit diesen Zuschreibungen, dass der Spartacus Wien und der Kampfbund eher eine „orthodoxere“ Linie verfolgten, in der eine traditionelle Fixierung auf die Arbeiterbewegung und die Beibehaltung klassischer theoretischer und taktischer Positionen vorherrscht, bei gleichzeitiger Distanz gegenüber Gruppen und Individuen, die das eigene Programm nicht vollständig akzeptieren. Diese Haltung war bei den ehemaligen GRM-Mitgliedern weit weniger ausgeprägt. Zudem orientierte sich die erste Gruppe am deutschen Spartacusbund und die zweite Gruppe an der italienischen trotzkistischen Strömung *Frazione Marxista Rivoluzionaria* (FMR/RMF), mit der man um 1976 in einen internationalen Diskussionsprozess eintrat. Dieser Diskussionsprozess sollte aber bald darauf scheitern.

Ebenso wie bei anderen revolutionären Gruppen stand die Solidaritätsarbeit für die Revolution in Portugal und die Bewegung gegen das Franco-Regime im Vordergrund der Kampagnenarbeit der IKL. Innenpolitisch spielten Aktivitäten innerhalb der Antiatom-Bewegung, gegen die ANR und die National-Demokratische Partei (NDP) eine wichtige Rolle. Allerdings isolierte sich die IKL oftmals innerhalb der Linken aufgrund mancher Positionen, beispielsweise dass die Forderung nach einem Verbot von Neonazi-Organisationen nur Illusionen in den Staat sähe. Stattdessen trat sie frontal gegen die von der Bewegung geforderte Verbotslösung durch den Staat ein. Auch bei der Forderung nach einer Volksabstimmung gegen Kernkraftwerke propagierte sie die Stimmenthaltung, da es sich hier um ein unbrauchbares bürgerlich-demokratisches Instrument handele – stattdessen sei eine Spaltung der Bewegung entlang der Klassenlinie nötig.

Bereits 1977 trat die ehemalige Gruppe Tendenz Neuer Kurs aus der IKL aus und gründete die „Gruppe Commune“ (siehe unten). Aktivitäten der IKL in Richtung Salzburg, Linz und Graz waren wenig erfolgreich. 1979 schloss sich die Gruppe mit dem deutschen Spartacusbund zusammen,⁶⁰⁵ um eine internationale revolutionäre Tendenz aufzubauen, was sich aber als wenig erfolgreich herausstellte. Die Isolierung innerhalb des internationalen trotzkistischen Spektrums führte zu zunehmender Demoralisierung. Zudem kritisierten Teile der Mitgliedschaft (z. B. Günter Schneider, der vom Kampfbund stammte) die interne Diskussionskultur und forderte eine stärkere Ausrichtung auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.⁶⁰⁶ Aufgrund zunehmender Differenzen zwischen Führung und Basis (pesimistische Einschätzung der Führung über die Aufbaumöglichkeiten einer revolutionären Organisation in Österreich) verließen dann führende Mitglieder (Wilhelm Diefenbach, Marianne Fischer, Karl Reitter) mit weiteren vier bis fünf Mitgliedern Ende 1980 die IKL und gründeten die theoretische Zeitschrift *Der Marxist* (siehe unten), während in der IKL noch zwischen acht bis zehn Mitglieder verblieben. Dort wurde ab 1982/83 der Kontakt zur britischen Gruppe Workers Power (WP), der schon seit Ende der Siebziger bestand, intensiviert, wobei sich die IKL 1984 nicht an der Gründung des Bund für eine revolutionäre kommunistische Internationale (BRKI) beteiligte.

1983 beteiligte sich die IKL führend an der Gruppe oppositioneller Arbeiter (GOA) im Werk von General Motors in Wien-Aspern, welche 1984 durch das Management und durch die Mithilfe eines sozialdemokratischen Betriebsrates zerschlagen wurde.⁶⁰⁷

⁶⁰³ Angerer, 1996, S. 197, Angerer, 1997, S. 207.

⁶⁰⁴ Angerer, 1996, S. 197, Angerer, 1997, S. 208.

⁶⁰⁵ Angerer, 1996, S. 198, Angerer, 1997, S. 209.

Allerdings meint Fritz Haller, dass sich die IKL (gerade in Gründung befindend) im Sog ihrer Schwesterorganisation, dem Spartacusbund, an dem eben genannten internationalen Diskussionsprozess beteiligte („Kleine Geschichte des AST“, in: *Marxismus*, Nr. 9, 2. Ausg., 1997, S. 228) – also müsste es eine Fusion schon 1976 gegeben haben.

⁶⁰⁶ Angerer, 1996, S. 199, Angerer, 1997, S. 209.

⁶⁰⁷ Angerer, 1996, S. 200, Angerer, 1997, S. 210.

Mit der Betriebsarbeit ab 1983 konnte die IKL wichtige Erfahrungen sammeln und neue Kontakte knüpfen. Damit gingen eine Stabilisierung und ein Wachstum der Gruppe einher, so dass in Wien und Salzburg neue Mitglieder gewonnen werden konnten und die Gruppe auf rund zwölf Personen anwuchs. Seit Beginn des Diskussionsprozesses mit Workers Power waren aber Differenzen über eine Reihe von Fragen auf den Plan getreten, die 1985 dann zu einer erneuten Spaltung führen sollte, aus der die Gruppe Arbeiterstandpunkt (ASt) (siehe unten) entstand. Schon 1983 formierte sich eine Minderheit als Tendenz 1 (T1), die sich den Positionen von WP sukzessiv annäherte. Dabei ging es unter anderem um die Frage, ob die SPÖ eine „bürgerliche Partei, gestützt auf die Arbeiterklasse“ (Mehrheit um Pawelka, Haller, Rasch), oder eine „bürgerliche Arbeiterpartei“ (Minderheit um Schneider und Scharinger, die dann mit drei weiteren Mitgliedern die IKL verließen) sei. Workers Power trat traditionell für die Wahlunterstützung der sozialdemokratischen Parteien ein, während die IKL-Mehrheit für Wahlenthaltung plädierte. Erstere schätzte die sozialdemokratischen Parteien als „bürgerliche Arbeiterparteien“ ein, eine Mehrheit in der IKL charakterisierte diese als „bürgerliche Parteien“. Zudem gab es unterschiedliche Haltungen zur Frage der Atomwaffenpolitik der UdSSR. WP und eine Minderheit der IKL vertraten die Position, dass es im Rahmen der Verteidigung des „degenerierten Arbeiterstaates“ legitim wäre, dieser die atomare Bewaffnung zuzugestehen und zu verteidigen. Die Mehrheit argumentierte, dass damit eine Verbrüderung mit der Arbeiterklasse in den hochindustrialisierten Ländern unmöglich wäre.⁶⁰⁸ „Als sich 1985 die beiden Gruppen der IKL gegenseitig völlig paralysierten, einigte man sich schließlich einvernehmlich auf die Trennung“.⁶⁰⁹

Die nach der Spaltung aus weniger als einem Dutzend Mitglieder und Sympathisanten bestehende IKL konzentrierte sich in der Folgezeit auf Betriebsarbeit und theoretischen Grundsatzfragen, konnte aber das zentrale Problem ihrer nationalen Isolierung nicht überwinden. 1986/87 wechselten Haller und zwei weitere Mitglieder ebenfalls zur Gruppe Arbeiterstandpunkt (ASt). Die darauf einsetzende Krise führte zur Umbenennung der Gruppe in Der nächste Schritt, die eher auf Propaganda und lockere Diskussionen setzte. Erst als man 1988 mit der Fraktion für proletarische Politik innerhalb der SOAL in Kontakt kam, orientierte man sich mit der Fusion im Frühjahr 1989 wieder auf die Aufgabe des Parteiaufbaus und gründete die Revolutionär Kommunistische Liga (RKL).⁶¹⁰

Publikationen

Das Zentralorgan der IKL, *Permanente Revolution*, wurde mit 59 Ausgaben vom Mai 1976 bis Dezember 1986 publiziert. Zudem erschienen zwischen 1976 und 1983 fünf Sondernummern. Von Februar bis August 1986 wurden zudem drei Ausgaben der *Klassenfront* herausgebracht. Die Krise 1986/87 führte dann zur Ausgabe von *Der nächste Schritt*, der von März 1987 bis Juli 1988 elf Ausgaben erlebte. Ihm folgte im Rahmen der Diskussionen mit der oben erwähnten SOAL-Fraktion ab 1988 das Organ *Ergebnisse und Perspektiven – theoretische Zeitung*, welches von der RKL ab 1989 weitergeführt werden sollte.

2.2.5 Die Revolutionär Kommunistische Liga (RKL)

1988 bildete sich in der SOAL eine Fraktion für proletarische Politik, welche die SOAL-Mehrheit für ihre Orientierung auf die Grünen kritisierte und sie 1989 verließ. Zusammen mit den Resten der IKL wurde im Frühjahr 1989 die Gründung der Revolutionär Kommunistischen Liga (RKL) vollzogen. Die 1986 im SOAL-Umfeld aufgebaute Jugendgruppe rebel schloss sich mit ihrem verbliebenen Kern ebenfalls der RKL an und entfaltete bis zum Sommer 1990 eine umfassende propagandistische Tätigkeit. Die Rest-IKL wurde anscheinend von der SOAL-Fraktion (unter ihnen Eric Wegner und Willi Langthaler⁶¹¹) trotz ihrer personellen Schwäche als Bündnispartner begriffen, ihre klare Orientierung auf die Arbeiterklasse war offenbar anziehend. Angerer weist darauf hin, dass die neu gegründete RKL im wesentlichen auf der Grundlage der Programmatik der ehemaligen IKL stand und in Abgrenzung zur SOAL und deren Ausrichtung auf das „kleinbürgerliche Milieu“, wie auch in Abgrenzung zum

⁶⁰⁸ Haller, 1997, S. 229.

⁶⁰⁹ Angerer, 1996, S. 201, Angerer, 1997, S. 211.

⁶¹⁰ Angerer, 1996, S. 201, Angerer, 1997, S. 211/212.

⁶¹¹ Wegner sollte später zum ASt und dann zur AGM wechseln; Langthaler blieb in der RKL/AIK.

ASt, betonte, dass die revolutionäre Partei „unmittelbar in der Arbeiterklasse“ aufzubauen sei.⁶¹² Die Hochphase der Arbeit währte nur kurz. Zwischen 1989 und 1990 orientierte man sich auf zwei Arbeitsfelder: Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und Jugendarbeit. Letztere wurde vor allem von den Ex-Mitgliedern der SOAL eingefordert und getragen. 1989 begann man mit Aktivitäten im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich (B&G) und intervenierte mit Sympathisanten aus IKL-Zeiten, die mit der IKL in einer B&G-Zelle zusammengearbeitet hatten, in der Metallbranche, im Gesundheitswesen und im öffentlichen Dienst.

Die politisch noch nicht gefestigte Organisation wurde dann von den Ereignissen in Osteuropa überfordert, zudem bedeutete die breite Aktivität eine Schwächung der Möglichkeiten, die politischen Entwicklungen theoretisch zu verarbeiten. Die RKL versuchte 1989/90 in der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) zu intervenieren, bei der sie sich zwar nicht im geplanten, aber doch immerhin im gewissen Ausmaß verstärken konnte.⁶¹³ Bereits im Laufe des Jahres 1990 verlor man aber durch persönliche Konflikte und durch den politischen Druck, der die gesamte Linke traf, eine Reihe von Mitgliedern. Ende des Jahres begann sich eine Minderheit in der RKL zu formieren, die zunehmend mit den Positionen vom ASt und der LRKI sympathisierten. Der (unvermeidliche?) Fraktionskampf erschwerte die Intervention in die Antigolfkrieg-Bewegung 1991 und endete mit dem Übertritt zweier Mitglieder und einer Sympathisantin zum ASt.

Die RKL versuchte wie ihre Vorgängerorganisation eine revolutionäre internationale Tendenz aufzubauen bzw. sich einer solchen anzuschließen. Bis Ende 1989 war man im Kontakt mit der „stalinophoben“ Workers Revolutionary Party (WRP), ab Frühjahr 1990 mit der „stalinophilen“⁶¹⁴ Voce Operaia (VO).⁶¹⁵ So wurde in Wien im Januar 1990 ein internationales Diskussionsbulletin herausgebracht, das neben der RKL folgende Gruppen miteinander verband: die italienische Gruppo Operaio Rivoluzionario (GOR), die belgisch-deutsche Leninistisch-trotzkistische Tendenz, den deutschen Maulwurf und die Revolutionary Workers Party (RWP) aus Sri Lanka. 1991 wurde von VO, RKL und anderen kleineren Gruppen (darunter dem deutschen Maulwurf) das Internationale Verbindungskomitee der Kommunisten (IVKK) gegründet. Innerhalb der RKL entwickelten sich aber Differenzen über die organisatorische Form (loser Zusammenhalt oder demokratisch-zentralistischer Zusammenschluss) des IVKK sowie die Charakterisierung des Stalinismus und der Umwälzungen in Osteuropa.⁶¹⁶ Der Jugoslawienkrieg führte zu weiteren Differenzen. Eine Gruppe um Alfred Klein und die VO bewertete den Krieg von serbischer Seite aus recht undifferenziert zum „Abwehrkampf des letzten osteuropäischen Arbeiterstaates gegen den Imperialismus“.⁶¹⁷ In Folge der zunehmenden Isolierung der Gruppe um Karl Pawelka (die sich gegen eine zentralistische internationale Tendenz ausgesprochen hatte) wurden er, Peter Rasch und ein anderes Mitglied ausgeschlossen.

Im Zuge der Orientierung auf die Thesen der VO und der sowohl internen wie auch externen Auseinandersetzung mit anderen Trotzkisten zur Jugoslawienfrage und zum Stalinismus wurden Stalinismus und Trotzkismus „neu bewertet“. Der Trotzkismus habe ersten im Zuge der kapitalistischen Restauration „rechts überholt“ und sei historisch gescheitert.

Mit der Orientierung auf die Jugendarbeit und dem Engagement im Widerstand gegen Sozialabbau konnte die dahinsiechende Jugendgruppe rebel wieder aufgebaut, eine weitere Sympathisantengruppe Roter Stern II gebildet, neue junge Mitglieder gewonnen und ein Umfeld im Schülerbereich aufgebaut werden. Die RKL stellt sich in der Folgezeit besonders durch einen Stil heraus, der in Bezug auf

⁶¹² Vgl. Angerer, 1996, S. 202, Angerer, 1997, S. 212.

⁶¹³ Ebd.

⁶¹⁴ Stalinophob und stalinophil bezieht sich auf die unterschiedliche Haltung gegenüber des Charakters des Stalinismus. Während der erste Begriff eine Haltung bezeichnet, die dem Stalinismus jeglichen revolutionären Charakter und den Charakter einer Strömung der Arbeiterbewegung abspricht, nimmt letzterer eine Gegenposition ein. Bsp. für ein stalinophiles Verhalten wäre die Einschätzung der IV. Internationale durch Pablo über den Charakter der Ausbreitung des sowjetischen Einflussgebietes in Folge des 2. Weltkrieges oder die Haltung der ICL/SpAD zur Revolution in Osteuropa (siehe Kapitel 1.2). Ähnlich wie „Sektierertum“ und „Opportunismus“ sind die genannten Begriffe wenig aussagekräftig und werden zumeist in den Auseinandersetzungen mit konkurrierenden Strömungen gebraucht.

⁶¹⁵ Angerer, 1996, S. 203, Angerer, 1997, S. 213.

⁶¹⁶ Ebd.

⁶¹⁷ Ebd.

andere Trotzkisten „schon fast als geifernd angesehen werden kann“.⁶¹⁸ Mit der Gründung der Antimperialistischen Koordination Wien (AIK), als Teilorganisation der RKL, orientierte sich diese vollständig auf den „antiimperialistischen Kampf“.

Publikationen

Neben der noch aus IKL-Zeiten stammenden theoretischen Zeitschrift *Ergebnisse & Perspektiven*, dem seit 1989 veröffentlichten Zentralorgan *Klassenkampf* und der Jugendzeitschrift *rebel* wurden zusätzlich eine Reihe von Broschüren zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit veröffentlicht, so z. B. die „Schriftenreihe Betrieb und Gewerkschaft“, von der im Jahre 1989 zehn Nummern erschienen,⁶¹⁹ gefolgt von einer Schrift *Initiative für eine Bewegung Aktiver Gewerkschaftsmitglieder* vom Mai 1991.⁶²⁰

2.2.6 Gruppe Arbeiter(Innen)standpunkt (ASt)

Die von der Ex-Minderheit der IKL (Günter Schneider, Manfred Scharinger) im Jahre 1985 gegründete Gruppe Arbeiterstandpunkt (ASt) schloss sich 1986 der Bewegung für eine revolutionär kommunistische Internationale (BRKI) an.⁶²¹ Laut Angerer betonte der ASt im Gleichklang mit seiner Internationale die zentrale Bedeutung des revolutionären Programms, um das herum eine revolutionäre Internationale aufgebaut werden müsse.⁶²² So beschäftigte man sich vor allem mit der Herstellung und dem Vertrieb von (aus dem Englischen übersetztem) Propagandamaterial. Fritz Haller und zwei weitere Genossen stießen 1986/87 von der IKL zum ASt. 1987 intervenierte der ASt in die Streikbewegung der Studierenden und konnte neben neuen Mitgliedern später auch SOAL-Mitglieder auf seine Seite ziehen. Im Sommer 1989 stießen nach mehrmonatigen Diskussionen weitere Mitglieder hinzu und man nannte sich in Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt um. Die neuen Mitglieder kamen aus der Stadt Salzburg, in der seit 1983 die aus ehemaligen GRM und VSStÖ-Mitgliedern gegründete SOAL existierte (die außer der Namensgleichheit nichts mit der 1986 gegründeten SOAL zu tun hatte).⁶²³ Dadurch konnte sich die Mitgliedschaft des ASt seit seiner Gründungskonferenz auf nun ca. 15 Mitglieder verdreifachen. Laut Haller war aus dem Propagandazirkel nun eine kämpfende Propagandagruppe geworden.⁶²⁴

Auf internationaler Ebene wurde im gleichen Jahr die BRKI in Liga für eine revolutionär kommunistische Internationale (LRKI) umbenannt. Der hohe theoretische und propagandistische Anspruch des ASt drückte sich in der beginnenden Publikation der Monatszeitschrift *ArbeiterInnenstandpunkt*, der Mitherausgabe der theoretischen Zeitschrift *Revolutionärer Marxismus* (RM), einer „Kleinen Schriftenreihe“ sowie von „Materialien des ASt“ aus.

Der ASt hatte sich ab 1988 mit der Analyse der aktuellen Situation in Osteuropa auf die sich abzeichnenden politischen Prozesse vorbereitet, was es ihm nicht nur ermöglichte, die Krise der Linken ab 1989/90 zu überstehen, sondern sogar weitere Mitglieder (auch aus der KPÖ) zu gewinnen. Ab 1989 hatte der ASt an der Gründung einer trotzkistischen Fraktion innerhalb der KPÖ gearbeitet, da er von Teilen der Mitgliedschaft in Folge des Zusammenbrechens des Ostblocks eine Bereitschaft zur kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit erwartete. Trotz geringer positiver Reaktionen stießen dann doch einige KPÖ-Mitglieder zum ASt dazu. Zu dieser Zeit reiste eine Reihe von Mitgliedern regelmäßig nach Ostberlin, um dort den Aufbau einer ostdeutschen Sektion zu ermöglichen. 1990-92 unterstützten ASt-Mitglieder den Aufbau der LRKI in Russland und die Herausgabe einer russischsprachigen Zeitschrift. Der ASt war zu dieser Zeit in der Lage eine Reihe von Trotzkisten anderer Organisationen aufgrund des hohen Niveaus seiner theoretischen Arbeit zu gewinnen.⁶²⁵ Die Analysen zu den Umwälzungen in Osteuropa geben dazu ein Beispiel, auch wenn man diese nicht unbedingt teilen

⁶¹⁸ Angerer, 1996, S. 204, Angerer, 1997, S. 215.

⁶¹⁹ Lubitz, 1993, S. 244, Nr. 1451; Internet-Version: S. 100.

⁶²⁰ Ebd., S. 108, Nr. 0644; Internet-Version: S. 44.

⁶²¹ Haller, 1997, S. 230.

⁶²² Angerer, 1996, S. 205, Angerer, 1997, S. 215.

⁶²³ Vgl. Angerer, 1996, S. 206, Angerer, 1997, S. 216.

⁶²⁴ Haller, 1997 S. 231.

⁶²⁵ So traten zwei RKL-Genossen (darunter Eric Wegner) Mitte 1991 zum ASt über, und weitere Mitglieder konnten in Österreich gewonnen werden.

muss. So vertraten der ASt und die LRKI/LFI⁶²⁶ die Auffassung, dass mit dem Sturz der Bürokratie in den ehemaligen Ostblockstaaten nicht gleichzeitig das Ende der degenerierten Arbeiterstaaten erfolgt wäre.⁶²⁷ Tatsächlich habe sich der Prozess der Konterrevolution, also die Etablierung der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsweise, in einem längeren Prozess hingezogen. Dabei sei der degenerierte Arbeiterstaat als absterbender Arbeiterstaat mit der wachsenden Restauration des Kapitalismus konfrontiert (gewesen) und dieser Prozess sei noch nicht in allen Ländern abgeschlossen. Die politische (gegen die Bürokratie) und soziale Revolution (Sturz des Kapitalismus) wären somit die Aufgaben der Arbeiterklasse in den stalinistischen Staaten. ASt und LFI vertreten hier eine interessante Position: Die Mehrheit der Trotzkisten haben die Existenz der deformierten/degenerierten Arbeiterstaaten immer von der Basis der Eigentumsverhältnisse (Staatseigentum, Außenhandelsmonopol) und der Planwirtschaft abhängig gemacht. Die Herrschaft der Bürokratie wurde sowohl als Ausdruck der Degeneration, aber auch als verzerrter Ausdruck der Herrschaft der Arbeiterklasse gesehen. Im Sturz der Bürokratie und der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente sah die Mehrheit der Trotzkisten die Restauration des Kapitalismus als definitiv vollzogen an. ASt und LRKI/LFI begriffen aber den Prozess der Restauration als einen in die Länge gezogenen Kampf zwischen Kapital und Arbeiterklasse, analog dem Prozess nach der Oktoberrevolution, in der zwar die politische Macht anfänglich in den Händen der Arbeiterklasse lag, aber weiterhin das Wertgesetz galt.⁶²⁸ Der Sturz bzw. das Umschwenken der Bürokratie Richtung Etablierung „demokratischer Verhältnisse“ ab 1989 habe zwar eine Vorbedingung für die Transformation der Eigentumsverhältnisse dargestellt, allerdings mussten die tradierten Produktionsverhältnisse erst zerstört und das Wertgesetz zum vorherrschenden Faktor gemacht werden. Auch eine neue soziale Klasse musste erst langwierig etabliert werden.⁶²⁹ Somit konnte die LFI auch behaupten, dass sie „im Gegensatz zu den stalinophilen Sekten (...) die Vertreibung der stalinistischen Bürokratien von der Macht nicht als unmittelbares Ende der degenerierten Arbeiterstaaten, als vollendete Konterrevolution angesehen“⁶³⁰ habe. Auf ökonomischer Ebene verlief also die Restauration des Kapitalismus als zäher quantitativer Prozess, auf politischer Ebene konnte die „soziale Konterrevolution“ den Staatsapparat, der schon in der Ära der Bürokratie ein bürgerlicher Staatstyp gewesen sei, einfach übernehmen.⁶³¹

Im Laufe des Jahres 1990 orientierte sich die ASt-Gruppe zunehmend auf die Arbeit im Immigrantenmilieu und beteiligte sich laut Haller als einzige österreichische Gruppe am antirassistischen Komitee.⁶³² Dieses Komitee war mit rund 30 Aktivisten und einer Mobilisierungsfähigkeit von bis zu 300 Personen nicht sehr groß, bedeutete aber für den ASt einen Fuß in die linke Immigrantenbewegung hinein zu bekommen und die Möglichkeit, die Politik der Einheitsfront unterschiedlicher linker Kräfte zu verwirklichen. Aufgrund der stalinistischen Orientierung der vorherrschenden kurdischen und türkischen Gruppen blieben die Versuche erfolglos, einzelne oder Gruppen von Arbeitern und Jugendlichen zu gewinnen. Unabhängig von diesem Komitee wurde ab Sommer 1991 versucht, lokale Einheitsfronten aufzubauen und mit linken Immigranten in Diskussionen zu kommen, indem Analysen und ein Aktionsprogramm gegen Rassismus publiziert wurden – aber auch hier konnte kein Einbruch in die „ideologische Front“ der stalinistischen Orientierung erreicht werden.

Zu Beginn seiner politischen Arbeit konzentrierte sich der ASt sowohl auf theoretisch-programmatische Arbeiten, wie auch auf die Herausgabe von Flugschriften zu aktueller Politik und zum Bereich Betrieb und Gewerkschaft, wobei sich Scharinger auf erstes und Schneider sich auf letztes konzentrierte (schon in der IKL hatte Schneider 1980 die mangelnde Ausrichtung auf diesen Bereich kritisiert). Dagegen setzte Anfang der Neunziger die Wiener Ortsgruppe auf die Arbeit im Immigrantenmilieu, wobei es zu Meinungsverschiedenheiten über die Form der Interventionen kam (propagandistische Arbeit oder soziale Verankerung).⁶³³ In der Folgezeit drifteten die Vorstellungen über

⁶²⁶ 2004 wurde die LRKI in „Liga für die 5. Internationale“ (LFI) umbenannt.

⁶²⁷ ASt, „10 Jahre LRKI“, in: *Revolutionärer Marxismus*, Nr. 29, Winter 1999, S. 44.

⁶²⁸ Der erste 5-Jahresplan wurde erst im Jahre 1928 eingeführt.

⁶²⁹ Vgl. ASt, „10 Jahre LRKI“, a.a.O., S. 46.

⁶³⁰ Ebd., S. 44.

⁶³¹ Ebd., S. 46.

⁶³² Haller, 1997, S. 232.

⁶³³ Vgl. Angerer, 1996, S. 207, Angerer, 1997, S. 218.

den Aufbau der Sektion weiter auseinander. Ein Teil setzte auf die Forcierung der Arbeit unter Immigranten und auf die Vorbereitung zur Betriebsarbeit, ein anderer Teil sprach sich für eine Ausrichtung auf Jugendliche mit Schulungen und „unsektiererischer Propaganda“⁶³⁴ aus. Die erfolgreiche Arbeit des ASt innerhalb der Studierenden mit der Gruppe intakt ab 1992 schien für die Beibehaltung der zweiten Aufbaustrategie zu sprechen, mit der der ASt mit rund 30 Mitgliedern⁶³⁵ zeitweise zur zweitstärksten trotzkistischen Kraft in Österreich wurde.

Im Frühjahr 1992 wurde die Jugendgruppe Internationalistische Aktion (intakt) als Folge der Radikalisierung von Teilen der Jugend (antifaschistischen Bewegung) initiiert. Sie fungierte die erste Zeit als Jugendorganisation des ASt und versuchte mit dem Vorwärts (siehe unten) bezüglich Aktivismus zu konkurrieren.⁶³⁶ Da die Ausrichtung der intakt auf die teilweise vom Vorwärts dominierte Sozialistische Jugend (SJ) misslang, der ASt aber die Jugendarbeit als Aufbaustrategie beibehalten wollte, setzte er nun bei intakt auf einen lockeren, unabhängigeren Stil und auf die Gewinnung von Studenten durch das Anbieten von Marxismusschulungen an den Universitäten, um in einem zweiten Schritt mit einer personellen Verstärkung um Schüler werben zu können. intakt gab eine eigene Zeitschrift heraus, die Mitgliedschaft verdreifachte sich innerhalb eines Jahres und eine neue Gruppe wurde in Salzburg gegründet. Differenzen um die Ausrichtung der Jugendarbeit und der Gesamtorganisation führte 1994 zum Bruch einer Gruppe von Mitgliedern mit dem ASt, den auch die Mehrheit der Gruppe intakt vollzog. Im Rückblick wird die Theorieschulung der intakt-Gruppe als „akademische Form des Marxismus, mit einer starken Betonung der kritischen Theorie“⁶³⁷ kritisiert, in vielen Fragen habe zunehmend eine ideologische Konfusion geherrscht. Die damalige Debatte scheint ein Ausdruck des ungeklärten Selbstverständnisses des ASt und dessen politisch-taktischer Ausrichtung gewesen zu sein. Ein Teil der Gruppe setzte verstärkt auf Schulung, Theorie und Kaderausbildung und bezeichnete das Auftreten des ASt als oftmals sektiererisch. Ein anderer Teil setzte stärker auf Interventionen, straffere Organisierung und „Kampf gegen den Zentrismus“⁶³⁸ und konnte sich mit Rückendeckung der Internationale schließlich durchsetzen.

Nachdem sich so Differenzen über die weitere Ausrichtung der Arbeit ergeben hatten, verließ Manfred Scharinger im April 1994 und eine Gruppe um Eric Wegner, die noch einen kurzen Tendenzkampf führten, den ASt im August 1994. Scharinger und Wegner, die sich für die Arbeit mit Studierenden und für eine verstärkte Kaderausbildung ausgesprochen hatten, gründeten mit der Mehrheit der von Wegner angeleiteten intakt-Mitglieder die Arbeitsgruppe Marxismus (AGM) (siehe unten). Die Spaltung bedeutete für den ASt den Verlust von ungefähr einem Drittel der Mitgliedschaft, dazu kam noch, dass eine Reihe von Mitgliedern nach Deutschland übersiedelte, um dort den Aufbau der Gruppe Arbeitermacht (GAM) voranzutreiben.

Da das Konzept der aktivistischen Außenarbeit weiter aufrechterhalten blieb, der ASt aber die intakt-Gruppe verloren hatte, wurde mit dem Neuaufbau einer Jugendgruppe, Contra- for Revolution, begonnen. Diese konnte in den folgenden Jahren Gruppen in Wien und Salzburg bilden. Diese Gruppe entstand aus der Intervention des ASt in die Schülerbewegung gegen das Sparpaket von 1995, war von vorne herein auf Schüler orientiert und hatte ein deutlich aktivistischeres Selbstverständnis als intakt.⁶³⁹ Die Schülerbewegung gegen das nachfolgende Sparpaket im Herbst 1995 etablierte dann die Gruppe in Salzburg, so dass man ab Februar 1996 mit dem Aufbau einer nationalen Struktur beginnen konnte. Im Mai 1996 wurde contra in Revolution umbenannt⁶⁴⁰ und publizierte in der Folgezeit die Zeitung *Revo*.

Ab Mitte der neunziger Jahre erfolgte eine verstärkte Orientierung auf die Betriebsarbeit, die nach einer Phase der Vorbereitung erste Erfolge im öffentlichen Dienst vorweisen konnte. So kandidierte man zu Personalvertreterwahlen im Öffentlichen Dienst, was im Berufsschulbereich auch erfolgreich verlief. Des weiteren wurden Betriebsbulletins herausgegeben, die sowohl die Positionen des ASt

⁶³⁴ Angerer, 1996, S. 208, Angerer, 1997, S. 216.

⁶³⁵ Gespräch mit Michael Pröbsting am 7.11.2004.

⁶³⁶ Vgl. Angerer, 1996, S. 208, Angerer, 1997, S. 218.

⁶³⁷ Gespräch mit Michael Pröbsting am 7.11.2004.

⁶³⁸ Angerer, 1996, S. 208, Angerer, 1997, S. 219.

⁶³⁹ Haller, 1997, S. 235.

⁶⁴⁰ „Revolution“ existiert heute in weiteren neun Ländern Europas.

darstellten wie auch aktuelle Entwicklungen analysierten. Zudem gab es eine starke Ausrichtung auf die Mobilisierungen gegen die Sparpakete der Regierung 1995/96, wobei es dem ASt allerdings bis 2003 nicht gelingen sollte, ein größeres Umfeld aufzubauen.⁶⁴¹ Stattdessen musste der ASt weitere Mitgliederverluste hinnehmen. Das Konzept der revolutionären Umgruppierung war seit Ende der Achtziger recht erfolgreich gewesen, da eine Reihe von Kader anderer Gruppen vom ASt gewonnen werden konnten, der infolgedessen ein hohes politisches Niveau halten konnte. Dies brachte allerdings den Nachteil mit sich, dass die Gruppe „es verlernt hatte, sich auf neue Schichten zu orientieren“.⁶⁴² Auch die Ablehnung eines gewissen Teils der Mitgliedschaft gegenüber der aktionistischen Arbeitsweise war weiter vorhanden, die allerdings von einer Mehrheit im ASt als notwendige Bedingung für die weitere Aufbauarbeit begriffen wurde. So trennten sich im Jahr 2000 weitere vier Personen vom ASt und gründeten die Initiative für eine revolutionäre Organisation (IRO) (siehe unten). Die Mitgliedschaft des AST sank auf unter 20 Personen.⁶⁴³

Mit dem personellen Niedergang des ASt seit Mitte der Neunziger wurden zunehmend breitere Bündnisstrukturen bei Kampagnen notwendig – allerdings betonte der ASt auch immer die Notwendigkeit einer breiten Einheitsfront. So trat man in den letzten Jahren an größere Gruppen heran und initiierte Bündnisse mit der Sozialistischen LinksPartei (SLP), der Antifaschistischen Linken (AL), der SJ, der VSStÖ, der Gewerkschaftsjugend etc. Ausgehend von einer Initiative des ASt und der AL wurden so mehrere tausend Demonstranten zum 1. Mai 2004 mobilisiert, indem gemeinsame Plakate und Flugblätter geklebt und verteilt wurden. Weiterhin hielt der ASt ein gewisses Niveau von Aktionen und Kampagnen aufrecht. Man nahm an den Sozialforen 2002 bis 2004 teil, unterstützte die Organisierung des „Tag X“ 2003 (Angriff der US-Streitkräfte auf den Irak am 20. März 2003) und die Bewegung gegen die Pensionsreform 2003. Im September desselben Jahres initiierte der ASt einen Protestmarsch zur US-amerikanischen Botschaft, im Dezember wurden antifaschistische Demonstrationen mit organisiert. Im März 2004 unterstützte man den Antikriegstag und organisierte Solidaritätsaktionen für die streikenden Postbusmitarbeiter im Schülerbereich.⁶⁴⁴

2005 gab es ein zentrales Treffen des ASt in Wien. Der ASt sieht sich als Kaderorganisation auf dem Stand einer Propagandagruppe, die sich nicht als Partei bezeichnen könne, da eine solche eine wirkliche Verankerung innerhalb der Arbeiterschaft vorweisen müsse.⁶⁴⁵ Obwohl der Kaderstamm langjähriger Mitglieder merklich zurückgegangen ist, war es mit „Revolution“ möglich, ein Umfeld von 50 bis 60 Personen aufzubauen, das rund zwei Dutzend Mitglieder umfasst, die schon seit einem längeren Zeitpunkt aktiv sind.⁶⁴⁶ Dabei sei „Revolution“ unabhängig, stünde allerdings in Sympathie zum ASt. Dieser mache zwar Vorschläge, dabei sollen aber die Jugendgruppen möglichst eigenständige Politik entwickeln.⁶⁴⁷ Revo-Gruppen arbeiteten 2004 in Wien, Graz, Salzburg und Ried. Mittlerweile ist „Revolution“ einer der einflussreichsten Organisationen im linken Jugendbereich und konnte bei einer Demonstration im Rahmen von Schulstreiks im Mai 2005 nach der SJ den größten Block stellen. Zusammen mit dem Funken wurde im Herbst desselben Jahres eine Demonstration mit 1500 bis 2000 Jugendlichen organisiert.⁶⁴⁸

Publikationen

Ab Dezember 1985 erschien der *Arbeiterstandpunkt* als Zeitung des ASt, die mit der Septemberausgabe von 1989 (Nr. 20) in *ArbeiterInnenstandpunkt* umbenannt wurde.⁶⁴⁹ Ebenfalls im September 1989 wurde mit der Herausgabe der theoretischen Zeitschrift *RM – Revolutionärer Marxismus* (zusammen mit der deutschen GAM) begonnen.⁶⁵⁰ Ab 1986 erschienen die „Flugschriften der Gruppe *Arbeiter(Innen)standpunkt*“ und die „Materialien der Gruppe *Arbeiter(Innen)standpunkt*“, die auf aktu-

⁶⁴¹ Brief von Michael Pröbsting an den Autor vom 14.02.2006.

⁶⁴² Gespräch mit Michael Pröbsting am 7.11.2004.

⁶⁴³ Ebd.

⁶⁴⁴ Ebd.

⁶⁴⁵ Ebd.

⁶⁴⁶ Gespräch mit Michael Pröbsting am 7.11.2004.

⁶⁴⁷ Ebd.

⁶⁴⁸ Brief von Michael Pröbsting an den Autor vom 14.02.2006.

⁶⁴⁹ Lubitz, 1993, S. 9 und 7, Nr. 0040 und 0033; Internet-Version: S. 3 und 2.

⁶⁵⁰ Lubitz, 1993, S. 230, Nr. 1359; Internet-Version: S. 94.

elle politische Fragen Bezug nahmen und teilweise als „Studentexte der Gruppe Arbeiter(Innen)standpunkt“ ab 1989 neu aufgelegt wurden. Ab 1988 erschien die „Kleine Schriftenreihe zur österreichischen Arbeitergeschichte“.⁶⁵¹

In Zusammenarbeit mit anderen BRKI-Sektionen wurden zudem Grundsatzdokumente zum Reformismus, Südafrika, Palästina und Frauenfrage erstellt.⁶⁵² Alle ein bis zwei Wochen wird über Email der Red-Newsletter verschickt, der zwischen zwei und vier kurze Artikel enthält und über die Homepage abonniert werden kann.

2.2.7 Arbeitsgruppe Marxismus (AGM)

Im September 1994 wurde die AGM von ehemaligen Mitgliedern des ASt und der intakt-Gruppe gegründet. Sie verstand sich von Anfang an als eine Gruppe, die sich der Beschäftigung mit theoretischen Fragen, der Kaderausbildung und der Propaganda von grundlegenden Positionen widmete.⁶⁵³

In den ersten zwei Jahren konnte die AGM einige Mitglieder gewinnen (unter anderen auch Franz Drexler, der Anfang der Sechziger die IKÖ verließ). Ihre Arbeit konzentriert sich auf Schulungen zu marxistischen Grundfragen (die z. T. auch mit anderen Gruppen durchgeführt werden) und auf Diskussionszirkel, in denen die Klassiker des Marxismus und theoretisch-historische Fragen diskutiert werden. 1995 intervenierte die AGM in die vorgezogenen Nationalratswahlen und trat dabei auf SPÖ-Wahlveranstaltungen und an der Universität Wien mit einer Flugschrift auf. Ein Jahr später konnte sie in den Studentenstreiks einige tausend Exemplare ihrer zwei Flugschriften verteilen und sich einem größeren Publikum bekannt machen. Dabei versuchte sie nicht nur Einfluss auf die Bewegung zu nehmen, sondern bemühte sich auch um eine Kooperation zwischen den trotzkistischen Gruppen. Die AGM beteiligte sich an der Bewegung gegen den Krieg der NATO-Verbündeten gegen Jugoslawien von 1999 und verteilte bzw. verkaufte 20.000 Flugschriften und hunderte Exemplare ihrer Broschüren, von denen ein großer Teil in serbokroatischer Sprache verfasst waren. Dem folgte die Intervention in der Bewegung gegen „Schwarz-Blau“, in der die AGM eine Reihe von Flugblättern herausbrachten, die unter anderem den Streik an der Wiener Universität thematisierten. Auch die AGM konnte Mitglieder anderer trotzkistischer Gruppen für sich gewinnen, beispielsweise vier Personen vom ASt im Jahr 2000 und eine Reihe von ehemaligen Mitgliedern der Linkswende. Eine Vereinigung mit der Initiative für eine revolutionäre Organisation (IRO) im Mai 2003 währte nur sieben Monate lang. Im Frühjahr 2001 wurde eine AGM-Jugend initiiert und im Herbst desselben Jahres eine AGM-Betriebsgruppe gebildet, die sich aus den berufstätigen Mitgliedern der AGM zusammensetzt.⁶⁵⁴ Im Frühjahr 2003 konnte eine zweite Ortsgruppe in Berlin aufgebaut werden. Damit versucht die AGM, die keiner internationalen Strömung angehört, ihre nationale Isolation zu überwinden und sich auch in Deutschland aufzubauen.

Die AGM intervenierte ebenfalls in die Bewegung gegen den Irakkrieg, verteilte dort mehrere tausend Flugblätter und konnte von ihrer Broschüre *Der Irak – im Fadenkreuz des Imperialismus* ca. tausend Stück verkaufen.⁶⁵⁵

Die AGM begreift sich nicht als „Parteiaufbauprojekt im engeren Sinn“⁶⁵⁶, sondern versteht sich als Diskussionszirkel und Propagandagruppe, die sich am Prozess des Aufbaues einer zukünftig revolutionären Partei beteiligen will.⁶⁵⁷ Heute hat die AGM wahrscheinlich zwischen 20-30 Mitglieder.

Publikationen

Ende 1994 begann die AGM mit der Herausgabe der sowohl in Buchform wie auch als Flugschrift erscheinenden Theorieschrift *Marxismus*. Laut Angerer versucht sie damit „einerseits die eigenen Diskussionen zu dokumentieren, andererseits kompakt und verständlich marxistische Positionen zu

⁶⁵¹ Alle Angaben nach Lubitz, 1993.

⁶⁵² Angerer, 1996, S. 205, Angerer, 1997, S. 216, Fußnote 371.

⁶⁵³ Siehe AGM, Grundsätze der Arbeitsgruppe Marxismus, o. J. URL: <http://www.agmarxismus.net/grundsaezze/grundsatz1.htm> (17.02.2005).

⁶⁵⁴ Siehe AGM, 10 Jahre AGM, August 2004. URL: http://www.agmarxismus.net/stellungnahmen/10_jahre_agm.htm (17.02.2005).

⁶⁵⁵ Ebd.

⁶⁵⁶ Angerer, 1996, S. 209, Angerer, 1997, S. 220.

⁶⁵⁷ Vgl. AGM, 10 Jahre AGM, a.a.O.

grundsätzlichen Fragen in der Linken zu propagieren – und damit auch anderen Revolutionären, die stärker in Tagesaktivitäten involviert sind, ein theoretisches Rüstzeug anzubieten“.⁶⁵⁸

2.2.8 Initiative für eine revolutionäre Organisation (IRO)

Die IRO entstand aus einer Abspaltung des AST von 2000. Kurt Lhotzky, der als führender Kopf bis 1992 in der TOÖ (siehe unten) wirkte, baute um 2000 die Initiative für eine revolutionäre Organisation (IRO) auf, die ab September 2002 eine Diskussion mit der AGM über eine eventuelle Vereinigung beider Gruppen begann. In Folge der Diskussion konnte eine große Übereinstimmung in vielen Fragen erreicht werden, die IRO stellte ihre Publikationstätigkeit ein und trug die der AGM mit. Anfang Mai 2003 trat die IRO dann der AGM bei, was als „einen konkreten Schritt, die Zersplitterung der revolutionären Linken auf einer politisch ausgewiesenen Grundlage zu überwinden“⁶⁵⁹ gesehen wurde. Bereits am 5. Dezember des gleichen Jahres trat die Mehrheit der ehemaligen IRO-Mitglieder (zusammen mit anderen AGM-Mitgliedern, die wiederum zum Teil aus dem AST kamen) wieder aus der AGM aus, diese verlor dabei rund 13 % ihrer Mitgliedschaft. Hintergrund war anscheinend folgender: Eine Minderheit in der AGM wollte sich verstärkt auf die Mitarbeit in gewerkschaftlichen Basisstrukturen und auf die Intervention in die Streikbewegung Herbst 2003 konzentrieren, was von der Mehrheit mit Verweis auf die fehlende betriebliche Verankerung der Gruppe abgelehnt wurde.⁶⁶⁰ Die Mehrheit verteidigte die Konzentration auf die theoretische Ausbildung und die Kaderschulung, welche die Voraussetzungen für eine Intervention in proletarische Milieus sei. Dagegen wären Schritte in Richtung (bürokratisierter) gewerkschaftlicher Zirkel und linksgewerkschaftlicher Politik ohne eine Basis in den Gewerkschaften oder Betrieben abzulehnen. Die Trennung sei in gegenseitigem Einvernehmen verlaufen.⁶⁶¹ Dem widerspricht die IRO:

„Den Vorschlag im Perspektivpapier der Mehrheit, uns als befreundete Gruppe zu konstituieren, können wir angesichts des konkreten Verlaufs nur als zynisch bezeichnen“.⁶⁶²

2.2.9 Gruppe für revolutionäre Arbeiter/innen/politik (GRA)

Die ehemalige Minderheit der AGM gründete daraufhin noch Ende Dezember 2003 die GRA, deren Perspektiven für den Aufbau einer revolutionären Partei sich nicht von denen anderer trotzkistischer Organisationen unterscheiden:

„Die Revolutionäre ArbeiterInnenpartei und die Revolutionäre ArbeiterInneninternationale werden nicht linear aus einer der bestehenden Organisationen hervorgehen. Sie werden das Produkt von Siegen und Niederlagen der ArbeiterInnenklasse, von Umgruppierungen, Spaltungen und Zusammenschlüssen im nationalen wie im internationalen Maßstab sein. Wir wollen uns auf der Grundlage unserer programmatischen Positionen an der inhaltlichen Diskussion und am Umgruppierungsprozess beteiligen und damit die Herausbildung einer revolutionären Führung unterstützen“.⁶⁶³

Die GRA publiziert die *Sozialistischen Perspektiven*, deren erste Nummer im September 2004 erschien.

2.2.10 Vorwärts / Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) / Sozialistische LinksPartei (SLP)

Mitglieder der Sozialistischen Jugend (SJ) kamen im Sommer 1981 auf einem internationalen Festival der International United Socialist Youth (IUSY) in Wien in Kontakt mit Mitgliedern des CWI, die zum damaligen Zeitpunkt in England weite Teile der Labour Party Young Socialists (LPYS) dominierten. Aus diesen Diskussionen heraus entstand die Gruppe Vorwärts, die 1983 das erste Exemplar ihrer

⁶⁵⁸ Angerer, 1996, S. 210, Angerer, 1997, S. 220.

⁶⁵⁹ Erklärung zum Zusammenschluss von AGM und IRO, Mai 2003. URL: <http://www.agmarxismus.net/stellungnahmen/agm-iro.htm> (12.11.2004).

⁶⁶⁰ Vgl. Gruppe für revolutionärer Arbeiter/innen/politik (GRA), Erklärung zum Bruch mit der AGM (Arbeitsgruppe Marxismus), Januar 2004. URL: <http://home.pages.at/zrap/grundlagen.htm> (12.11.2004).

⁶⁶¹ Vgl. AGM, Erklärung zum Austritt einiger Genoss/inn/en, 23.12.2003. URL: <http://www.agmarxismus.net/stellungnahmen/austritte.htm> (12.11.2004).

⁶⁶² GRA, Erklärung zum Bruch mit der AGM, a.a.O.

⁶⁶³ GRA, Wer wir sind und was wir wollen, 28.09.2004. URL: <http://www.gra.net.tf/> (12.11.2004).

gleichnamigen Zeitung herausbrachte.⁶⁶⁴ Da es an Erfahrung und politischen Grundlagen mangelte⁶⁶⁵ war der Gruppe kein schneller und stabiler Aufbau beschieden,⁶⁶⁶ bis 1987 stagnierte sie bei 10 bis 15 Mitgliedern, die sich in zwei Gruppen der Sozialistischen Jugend in den Wiener Bezirken Favoriten und Margareten konzentrierten. 1986 wurden erstmals Vorwärtsmitglieder als Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der oben genannten SJ-Gruppen gewählt. Das Hauptarbeitsfeld der Gruppe blieb die SJ, in der eine langfristige Entrismusarbeit als „marxistischer Flügel“ innerhalb der SPÖ durchgeführt wurde. Im Herbst 1983 begann die Vorwärts-Gruppe mit einer Kampagne gegen Betriebsüberwachungssysteme bei General Motors⁶⁶⁷ und kooperiert dabei auch mit der IKL, die in der Gruppe Oppositioneller Arbeiter (GOA) mitarbeitete. Da die Ansiedlung des GM-Werks ein Prestige-Projekt der damaligen SPÖ-Alleinregierung war, kam die Gruppe zum ersten Mal in Konflikte mit der SPÖ-Führung. Im Oktober 1987 fand eine bundesweite Demonstration gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Bildungsstopp in Österreich statt. An den Protestaktionen beteiligten sich Studierende und Schüler durch mehrwöchige Streiks und Protestdemonstrationen, die sich gegen Kürzungen im Bildungsbereich wehrten. Eine tatsächliche Vereinigung von demonstrierenden Arbeitnehmern mit streikenden Studierenden und Schülern fand nicht statt, so dass der Vorwärts bilanzierte, dass aufgrund des mangelnden Verständnisses der Schüler und Studierenden für die notwendige Verbindung ihres Widerstandes mit dem der Arbeiter der Streik gescheitert sei: „Die Streikbewegung hätte nur dann wirklich Macht gehabt, wenn sie sich auf Betriebe ausgeweitet hätte“.⁶⁶⁸ In den folgenden Jahren standen zumeist soziale Fragen im Vordergrund der Agitation des Vorwärts, die sich mit dem Gesundheitswesen oder Ladenöffnungszeiten auseinandersetzten.⁶⁶⁹ Ab 1987 konnte im Zuge der Schüler- und Studentenstreikbewegung eine Reihe Jugendlicher und 1989 der SJ-Bezirk Margareten von der Vorwärts-Gruppe gewonnen werden. Das Erscheinen der Zeitung wurde auf einen zweimonatlichen Rhythmus umgestellt. Bis 1991 wurden zudem die SJ-Bezirke Landstraße, Mariahilf, Brigittenau und Liesing für die Politik und die marxistische Ausrichtung der Vorwärts-Gruppe gewonnen.

Im Rahmen der Kampagne gegen den Golfkrieg von 1991 konnte der Vorwärts weitere Mitglieder gewinnen und wurde mit rund 30 Personen zur stärksten trotzkistischen Gruppe in Österreich.

Als sich Anfang der neunziger Jahre die Jugendorganisation der Sozialdemokratie immer weiter leertern, und damit auch die Zahl des linken Flügel schrumpfte, konnte die Vorwärts-Gruppe ihren Einfluss beständig erhöhen. 1991 wurde auf der SJ-Landeskonferenz Wien die Resolution des Vorwärts „Marx statt Management“ verabschiedet, die eine marxistisch orientierte SJ einforderte. Die Führung der Sozialistischen Jugend empfand nun die Vorwärts-Gruppe zunehmend als Bedrohung und schloss im März 1992 fünf führende Mitglieder aus (John Evers, Michael Gehmacher, Sonja Grusch, Andrea Koch und David Mum) und löste fünf vom Vorwärts dominierte SJ-Bezirke auf. Dies geschah eineinhalb Wochen vor der anstehenden Landeskongress der SJ Wien, zu der die Vorwärts-Gruppe rund ein Drittel der Delegierten stellte, darunter Kandidaten für den Landesvorsitzenden, den Landesssekretär und den Vorstand.⁶⁷⁰ Der Vorwärts ging seinerseits in die Offensive, bezeichnete die Führung als bürokratisch und konnte eine breite Unterstützungs-Kampagne organisieren. Weitere Mitglieder

⁶⁶⁴ Der Untertitel der ersten Ausgabe lautete: Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten.

⁶⁶⁵ Vgl. SLP (Hrsg.), Keine faulen Kompromisse – vorwärts zum Sozialismus. Ein historischer Abriss unserer Arbeit und Methoden, Wien o. J., S. 17. URL: http://www.slp.at/uploads/tx_userproduktquellen/SLP-Geschichte_Web.pdf.

⁶⁶⁶ Dies, laut John Evers, aufgrund der Problematik, dass sich die Vorwärtsmitglieder oft als SJ-Strömung und weniger als „unabhängige“ marxistische Tendenz verstanden. Zudem sorgte die relative politische und soziale Stabilität in Österreich dafür, dass nur wenige Mitglieder stabilisiert und konsolidiert werden konnten. Vgl. J. Evers, „Zur Geschichte des Vorwärts“, in: *Marxismus*, Nr. 9, 2. Ausg., 1997, S. 250.

⁶⁶⁷ „Widerstand gegen Überwachungssysteme. Am Beispiel General Motors“, in: *Vorwärts*, Nr. 2, 1983.

⁶⁶⁸ *Vorwärts*, Nr. 13, 1988, zitiert nach SLP (Hrsg.), Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S. 36.

⁶⁶⁹ Vgl. *Vorwärts*, Nr. 16, 1989; *Vorwärts*, Nr. 23, 1990. Am 8. Dezember ließen viele Händler die Geschäfte demonstrativ an einem Samstag (arbeitsfreier Wochenendtag) offen, um für die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten zu demonstrieren. Dies wurde vom Vorwärts als Versuch gesehen, die Wochenarbeitszeit auf Kosten der Beschäftigten zu flexibilisieren und auszuweiten.

⁶⁷⁰ SLP (Hrsg.), Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S. 26.

Ein weiterer Hintergrund für den Ausschluss wird die Kampagne des Vorwärts 1991/92 gegen den EG/EU-Beitritt Österreichs gewesen sein, der im Gegensatz dazu von der SPÖ massiv propagiert wurde. Sonja Grusch weist darauf hin, dass wenn der Vorwärts die Wahlen gewonnen hätten, wäre die wichtigste Landesorganisation der SJ kurz vor der Volksabstimmung mit vollem Budget und vielen Aktivisten mit einer Anti-EU-Kampagne gestartet (Brief von Sonja Grusch an den Autor vom 20.02.2006).

wurden gewonnen, die Bezirkstreffen wurden im Rahmen der neu gegründeten Organisation Jugend für Sozialismus weiter geführt, neue Gruppen wie Aufbruch in Salzburg und Funke in Feldkirch konnten als Unterstützer des Vorwärts stabilisiert werden. Die SJ war erst nach einigen Monaten bzw. Jahren in der Lage mit einem „Bezirksbetreuer“ einzelne Bezirke wieder zu eröffnen. In Margareten existiert wohl erst seit weniger Jahren wieder eine Bezirksorganisation.⁶⁷¹

Mit ihrer Kampagne gegen Rassismus und Faschismus zog sich die Vorwärts-Gruppe seit 1992 weiter aus der SJ-Arbeit zurück und verwendete immer weniger Kraft auf die internen Auseinandersetzungen und damit auch auf den Aufbau von SJ-Strukturen, die in der Vergangenheit den Einfluss der Vorwärts-Gruppe ermöglichten. Die vorangegangenen Ausschlüsse und der Rückzug des Vorwärts, der die Wiener SJ mehr als ein Drittel ihrer aktiven Mitgliedschaft kostete, kann als Ursache für deren organisatorischen Niedergang bis Ende der Neunziger gesehen werden.⁶⁷² Zumindest gibt es in Bezug auf die Einschätzung über den organisatorischen Niedergang ab 1992 ein implizites Eingeständnis von der SJ. So heißt es in der SJ-Broschüre „110 Jahre Sozialistische Jugend“:

„Dennoch gelang es zwischen 1992 und 2000 nicht, die strukturellen Widersprüche, deren Wurzeln und Ursachen weiter zurück reichten, zu überwinden. Die SJ hatte in dieser Zeit mehr mit einem Jugendmarketing-Verein zu tun – dies stand natürlich ganz im Interesse der damaligen Parteiführung unter Franz Vranitzky und Viktor Klima – als mit einer emanzipatorischen, demokratischen und feministischen politischen Organisation. Es dominierten die ‚Modernisten‘, deren ‚Konzept‘ in der Folge dann gescheitert ist.“⁶⁷³

Am 20. April 1991 fand ausgehend von der SJ Margareten in Wien eine antifaschistische Demonstration an „Hitlers Geburtstag“ statt, an der sich bis zu 800 Teilnehmer einfanden. Davon waren rund drei Viertel ausländische Jugendliche. Der Antifaschismus sollte von nun an ein Hauptarbeitsfeld der Vorwärts-Gruppe werden. Ab Februar 1992 wurde das Antifaschistische Komitee (das später in JRE-Österreich⁶⁷⁴ umbenannt wurde) aufgebaut, an dessen Gründungstreffen statt der erwarteten 30 Besucher knappe 200 teilnahmen.⁶⁷⁵ Innerhalb weniger Wochen organisierten sich um die 300 Jugendliche in diesem Komitee, das in der Folgezeit tausende von Jugendlichen auf die Straße bringen konnte und damit zu einem politischen Faktor innerhalb der Schülerschaft Wiens wurde. Durch die antifaschistische Arbeit wurden die Vorwärtskader mit einer neuen Form von Massenarbeit (wenn auch im kleineren Maßstab) konfrontiert. Bisher hatte man zwar immer wieder an größeren Demonstrationen und Mobilisierungen teilgenommen, war aber nie in die Verlegenheit gekommen, hunderte Mitglieder einer Jugendorganisation führen und Tausende Jugendliche auf Demonstrationen mobilisieren zu müssen. Im März 1992 rief das Komitee neben anderen Gruppen zu einer Demonstration gegen „Rassismus, Faschismus und Ausländerfeindlichkeit“ auf, an dem 1000 Jugendliche teilnahmen. Im Januar 1993 wurden 6.500 Unterschriften gegen das von Jörg Haider (FPÖ) initiierte Volksbegehren „Österreich zuerst“ an das Innenministerium übergeben. Die Antifa-Komitees waren aktionsorientiert (Demonstrationen, Veranstaltungen, Protestaktionen, Unterschriftensammlungen etc.), es wurden aber gleichzeitig Schulungen und Seminare durchgeführt, Flugblätter geschrieben und neue Mitglieder in die örtlichen Planungen mit einbezogen. Die dritte Konferenz des Antifaschistischen Komitees/JRE im Oktober 1993 wurde von 200 Jugendlichen besucht, am folgenden Tag nahmen dann 2.500 Personen an einer Demonstration unter dem Motto: „Weg mit dem Aufenthaltsgesetz“ teil, zu der JRE aufgerufen hatte. Gleichzeitig bildete die Konferenz den Abschluss der Kampagne „Stoppt die Rechten – Weg mit dem Aufenthaltsgesetz“, in deren Verlauf jeweils 16.000 Faltblätter und Aufkleber und jeweils 5000

⁶⁷¹ Ebd.

⁶⁷² Gespräch mit Sonja Grusch am 12.11.2004.

⁶⁷³ Sozialistische Jugend Österreich, 110 Jahre Sozialistische Jugend, 2004. URL:

http://www.sjoe.at/foxplus/content/content.php?__check_c__=47111&content_id=1205 (20.12.2004).

⁶⁷⁴ JRE: Jugend gegen Rassismus in Europa.

In den Neunziger ausgehend von CWI-Gruppen in ganz Europa gegründet, konnte JRE/YRE (nach eigenen Angaben) bis zu 10.000 Mitglieder europaweit zählen. In Deutschland existierten bis 1993 50 Gruppen mit ca. 1.100 Mitgliedern. Vgl. dazu den Verfassungsschutzbericht 1994; vgl. auch Moreau/Lang, 1996, S. 290.

⁶⁷⁵ Brief der SLP an den Autor vom 15.10.2004.

Plakate und Flugblätter vor Schulen, Berufsschulen und auf öffentlichen Plätzen in ganz Österreich verteilt wurden.⁶⁷⁶

1997 kam es zu einer Abspaltung einer Gruppe von Jugendlichen in JRE, die dem langjährigen Vorwärts-Mitglied Michael Bonvalot folgten, der schon zuvor die SOV verlassen hatte. Aus dieser Gruppe sollte 1999 die Antifaschistische Linke (AL) (siehe unten) entstehen. Die Abspaltung wurde mit dem Vorwurf an die SOV begründet, dass diese mit ihren sozialistischen Positionen JRE dominieren würde.

Die Arbeit mit JRE verfestigte das Urteil anderen trotzkistischen Organisationen über den Vorwärts, dass dieser wenig Theorie, aber dafür viel Aktionismus bieten würde. In der praktischen Arbeit findet sich ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zu den eher theoretisch arbeitenden Gruppen wie dem ASt oder der AGM. Auch Angerer betont den massiven Aktionismus des Vorwärts, der zu

„einer – im Vergleich mit anderen trotzkistischen Gruppen – hohen Fluktuation von jungen Sympathisanten und Mitgliedern“ geführt habe, „die sich mit überhöhten Erwartungen ins Geschehen stürzten und nach relativ kurzer Zeit enttäuscht das Handtuch warfen“.⁶⁷⁷

Allerdings konnte sich die Mitgliederzahl der Vorwärts-Gruppe in diesem Zeitraum auf rund 60 Mitglieder erhöhen. Das Thema Antirassismus und Antifaschismus blieb auch in den neunziger Jahren ein wichtiges Arbeitsfeld: Aufgrund der wachsenden Zustimmung für die FPÖ, die bei den Europawahlen 1996 über 27 % der Stimmen erhielt und sich seit Mitte der Achtziger im Aufschwung befand, publizierte die SOV im August 1997 die 70 Seiten Broschüre *Wen vertritt die FPÖ wirklich? – Ist die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei?* Darin wurde der Aufstieg der FPÖ als Folge der Sozialpartnerschaft und dem daraus resultierenden Fehlen einer linken Alternative begriffen, zudem sei er das Ergebnis der von den bürgerlichen Parteien getragenen Anti-Immigrantenpolitik und drittens sei der Aufstieg der FPÖ das Ergebnis der politischen Wandlungsfähigkeit und des rechten Populismus der FPÖ.⁶⁷⁸ Im März 1998 wurde anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des An schlusses Österreichs an Deutschland eine Kampagne mit dem Titel: „Österreich war nicht das erste Opfer“ durchgeführt. Mit Schülern verschiedener Wiener Schulen wurden dabei antifaschistische Projektwochen durchgeführt. Mitte April und Mai desselben Jahres beteiligte sich die SOV an Demonstrationen gegen rechtsextreme und deutsch-nationale Burschenschaften. Der Versuch, mit antirassistischer Arbeit auch in Salzburg und Feldkirch voranzukommen, war Anfang der Neunziger weniger erfolgreich als in Wien. Nach der Übersiedlung eines führenden Mitgliedes brach die Salzburger Vorwärts-Gruppe zusammen, in Feldkirch verblieb die Gruppe in der Ex-Minderheitsströmung des CWI und wurde zu einem Unterstützer der Zeitung *Der Funke*.⁶⁷⁹ Auch scheiterte der Versuch, sich über die Antifa-Komitees in Gänserndorf und St. Pölten aufzubauen. Trotzdem wuchs der Vorwärts weiter. In Wels konnten Mitglieder der barricade-Gruppe gewonnen werden, weitere Mitglieder und Ortsgruppen kamen in Linz und Wiener Neustadt hinzu. Die Orientierung der Vorwärts-Gruppe auf das antifaschistische Arbeitsfeld konnte zwar den organisatorischen und personellen Niedergang, von dem die gesamte österreichische Linke nach dem Zusammenbruch der nicht-kapitalistischen Staaten betroffen war, verhindern, trotzdem hatte die allgemeine Ablehnung sozialistischer Ideen und die Akzeptanz des neoliberalen Paradigmas durch weite Teile der Bevölkerung auch beim Vorwärts Auswirkungen. Zeitlich verzögert geriet die Gruppe in eine Stagnation des Mitgliederwachstums, musste Rückschläge in der politischen Arbeit hinnehmen und verlor eine Reihe von JRE-Mitgliedern im Jahre 1997. Aufgrund des Rückgangs der antirassistischen Bewegung Mitte der Neunziger und der beginnenden Bewegung gegen Sparpakte und Sozialabbau vollzog der Vorwärts einen Schwenk und gründete 1995 mit JRE-Aktivisten die SchülerInnenAktionsPlattform (SAP). 1995/96 konnten durch die SAP ca. 15.000 Schüler gegen Sozialabbau und Bildungskürzungen auf die Straße gebracht werden, im März 1996 konzentrierte man sich auf die Studierendenbewegung, in der sich der Vorwärts/SOV eine starke Medienpräsenz erarbeiten konnte. Die SAP konnte aufgrund der gesamtgesellschaftlich weniger relevanten Schülerbewegung zwar nicht

⁶⁷⁶ Ebd.

⁶⁷⁷ Angerer, 1996, S. 214, Angerer, 1997, S. 225.

⁶⁷⁸ Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) (Hrsg.), *Wen vertritt die FPÖ wirklich? – Ist die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei?* Wien 1997, S. 3.

⁶⁷⁹ Der Funke ist wie seine deutsche Schwesterorganisation Mitglied der internationalen Strömung der Internationalen Marxistischen Tendenz (IMT).

dieselbe Dynamik wie JRE entfalten, allerdings führte das Eingreifen der Vorwärts-Gruppe in die Bewegung zu einem Ausbau des Einflusses auf die Wiener Schüler und zur Steigerung ihres allgemeinen Bekanntheitsgrades. Im Februar 1995 fand die erste Demonstration der SAP unter dem Motto „Busek, spar dich selber ein“ statt.⁶⁸⁰ Im September nahmen an dem von der SAP initiierten Schülerstreik 8000 Schüler teil, zur Unterstützung der Studentendemonstrationen im Oktober wurden rund 3000 Schüler mobilisiert, ein weiterer Schülerstreik in Wels wurde von 1000 Schülern mit getragen. Auch im Oktober 1998 organisierte die SAP Schulstreiks gegen die Kürzungen im Bildungssystem. Mit der Wahl eines Vorwärtsmitgliedes in den Betriebsrat der Österreichische Mineralölverwaltung Aktiengesellschaft (ÖMV) (heute OMV) erreichte die Betriebs- und Gewerkschafts-Arbeit des Vorwärts 1993 einen kleinen Höhepunkt. Einzelne Mitglieder wie Thomas Kerschbaum,⁶⁸¹ wurden Personalvertreter im öffentlichen Dienst. Im Februar 1995 übergab man dem Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) 1500 Unterschriften der vom Vorwärts initiierten Kampagne „Guten Morgen ÖGB“. Dabei wurde ein bundesweiter Aktionstag und eine Konferenz von Betriebsräten gegen das damalige Sparpaket gefordert, was der ÖGB allerdings verweigerte. Im Juni 1999 zogen sich die SOV-Mitglieder aus der Unabhängigen Gewerkschaft (UG) zurück, da diese zunehmend von den Grünen dominiert wurde und wandte sich der Arbeit im Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) zu, der traditionell unter dem Einfluss der KPÖ steht. Im Frühjahr 2000 und erneut im Jahre 2004 traten Mitglieder der SLP zu den Wahlen zur Wiener Arbeiterkammer auf der Liste des GLB an. Allerdings sei auch der GLB nach Meinung der SLP immer weniger den veränderten Aufgaben der neunziger Jahre gerecht geworden und spiele eher die Rolle eines linken Feigenblattes für die Führung der Freien sozialdemokratischen Gewerkschaft (FSG).⁶⁸² Im Oktober 2003 wurde die von der SLP initiierte Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften gegründet. Mit dieser organisiert die SLP am „europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau“ eine Kundgebung im Wiener Bezirk 10. Die Plattform arbeitet im Rahmen der Fachgewerkschaften und des ÖGB, in denen sie keine eigenständige Fraktion darstellt, sondern sich als Sammlungsbecken für linke Gewerkschafter aus verschiedenen Fraktionen und für fraktionslose Linke innerhalb der Gewerkschaft versteht.

Im Februar 1996 trat die Vorwärts-Gruppe (relativ spät im Verhältnis zu anderen Sektionen des CWI) aus der Sozialdemokratie aus und gründete die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) mit fünf Ortsgruppen in Wien und jeweils einer in Wels und Wiener Neustadt. An der Gründungskonferenz nahmen rund 100 Unterstützer teil. Es hatte sich gezeigt, dass Kampagnen wie z. B. gegen Sparpakte, bei denen man sich mit einer Unterschriftenaktion an den Österreichischen Gewerkschaftsbund richtete („Guten Morgen ÖGB“), bei Gewerkschaftern nicht schlechter ankamen, wenn Vorwärtsmitglieder diese von „Außen“ statt als SPÖ-Mitglieder ansprachen. Auch hatten zunächst erfolgreiche Initiativen, die von einigen SPÖ-Bezirken unterstützt wurden (z. B. „Uns reichts – SozialistInnen in der SPÖ wehren sich“) keinerlei Auswirkungen auf die SPÖ-Politik. Zudem wurde die Niederlage der SPÖ bei den Nationalratswahlen 1994⁶⁸³ und das Sparpaket 1995 sowohl als zunehmende Entfremdung der traditionellen Basis wie auch als abgeschlossener Prozess der vollständigen „Verbürgerlichung“ der SPÖ begriffen.⁶⁸⁴

Der Austritt aus der SPÖ folgte allerdings keiner kurzfristigen Entscheidung, sondern vollzog sich als ein in die Länge gezogener Prozess, der Anfang der achtziger Jahre begann und auf dessen Verlauf kurz eingegangen werden soll. Dass sich damals in der österreichischen SJ oder den deutschen Jusos Mitglieder fanden, die eine revolutionär-sozialistische Linie verfochten (oder auf der Suche danach waren) erscheint heute als Anachronismus. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass außer der

⁶⁸⁰ Erhard Busek (Politiker der Österreichischen Volkspartei) war zu diesem Zeitpunkt Kultur- bzw. Unterrichtsminister.

⁶⁸¹ Mitbegründer der Vorwärts-Gruppe, wechselte Ende der Neunziger zu SOAL.

⁶⁸² Vgl. SLP (Hrsg.), Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S. 48.

⁶⁸³ Bei der Nationalratswahl 1994 verloren die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP insgesamt 12,3 % Stimmenanteil größtenteils an die FPÖ, aber auch an Grüne und das Liberale Forum. Es war der endgültige Abschied vom „Duopol“ der beiden Großparteien. Erstmals in der Nachkriegszeit verfügten SPÖ und ÖVP mit insgesamt 117 Abgeordneten zusammen über keine Verfassungsmehrheit im Nationalrat (die Verfassungsmehrheit sind 122 oder Zweidrittel der 183 Mandate). Quelle: Institute for Social Research and Analysis (SORA): Wahlen in Österreich 1994 bis 2001, 15.04.2004. URL:

http://www.sora.at/wahlen/wahlanalysen/wahlen_oesterreich/ (19.12.2004).

⁶⁸⁴ Bei den vorzeitigen Nationalratswahlen 1995 konnte die SPÖ allerdings wieder viele ihrer vormaligen Wähler von der FPÖ zurückgewinnen (ebd.).

KPÖ, die aufgrund ihrer stalinistischen Orientierung auf weite Teile der Jugend eine abschreckende Wirkung hatte,⁶⁸⁵ es keine Partei mit einer großen Jugendorganisation gab, in der auf breiter Grundlage über sozialistische Ideen diskutiert wurde. John Evers beschreibt die frühere SJ als eine in einer relativ breiten linken Bewegung verankerte starke Jugendorganisation, deren Mitglieder sich als Marxisten und Revolutionäre sahen und die Linie der SPÖ-Führung als verbürgerlicht begriffen.⁶⁸⁶ Auch war in der Sozialdemokratie die Idee des „Dritten Weges“, der sich mit der Weitergabe traditioneller Vorstellungen und Erfahrungen der Arbeiterbewegung von den „Alten“ an die Jugend verband, weiterhin präsent. Für viele erschien die damalige Situation innerhalb der Sozialdemokratie als ein Ringen zwischen Parteiführung und Basis um den zukünftigen Weg. Da die SPÖ als „Arbeiterpartei mit bürgerlicher Führung“ begriffen wurde, sollte aufgrund sich verschärfender Klassenkämpfe der erwartete Zustrom kämpferischer Schichten der Arbeitnehmer die SPÖ in Richtung sozialistischer Programmatik und Praxis verändern (so die Theorie); eine SPÖ Alleinregierung hätte ohne Rücksichtnahme auf einen bürgerlichen Koalitionspartner Sozialreformen durchzusetzen. So titelte die Nullnummer des Vorwärts von 1983: „Für SPÖ-Alleinregierung“ und 1990: „SPÖ wählen – SPÖ verändern“. Ab 1992 wurde mit der Orientierung auf die Gründung und den Aufbau von Antifa-Komitees der Schwerpunkt der Arbeit verlagert. Die Sozialistische Jugend eignete sich immer weniger zum Aufbau der eigenen Gruppe. Politisierte Jugendliche suchten und fanden radikalere Antworten bei den Antifa-Komitees, in denen die Vorwärts-Mitglieder keine Rücksichten auf die Befindlichkeiten anderer SJ-Mitglieder nehmen mussten. Die direkte Einflussnahme auf Jugendliche über die vom Vorwärts initiierte SchülerAktionsPlattform (SAP) und Erfolge bei Interventionen, in denen nicht mehr die Zugehörigkeit zur SJ im Vordergrund standen, bestärkte die Vorwärtsmitglieder in der Umsetzung der internationalen Linie zur „offenen Wende“, d. h. zum Austritt aus der SPÖ und dem Aufbau einer unabhängigen Organisation. International wurde schon 1990 mit der kontrovers diskutierten „Schottischen Wende“ eine Umorientierung des CWI begonnen. Die Vorwärts-Gruppe argumentierte allerdings bis 1996, dass der Prozess der Verbürgerlichung der SPÖ noch nicht abgeschlossen sei. Noch zu Beginn des Jahres 1995 wurde eine Initiative „Uns rechts – SozialistInnen in der SPÖ wehren sich“ mit gegründet, die sich zum Ziel setzte, linke Kräfte in der SPÖ gegen den Kurs der Parteiführung zusammenzufassen. Mit der späten Umsetzung der „offenen Wende“ konnte der Vorwärts allerdings die Spaltungstendenzen, die in England und Deutschland z. T. ein Drittel der Mitgliedschaft kosteten, vermeiden. Bis auf die Gruppe in Feldkirch, die sich 1994 entschied mit dem CWI zu brechen und in der SPÖ zu verbleiben, waren keine größeren Verluste zu beklagen. Dabei unterstützte die Vorwärts-Gruppe allerdings schon relativ früh in der internationalen Debatte die Position der offenen Wende – obwohl sich die Frage des Bruches mit der Sozialdemokratie in Österreich nicht direkt stellte und auch dort der Grad der sozialen Auseinandersetzungen weiterhin recht niedrig war. Insoweit wurde der späte Austritt aus der SPÖ nicht aus Rücksicht auf zweifelnde Mitglieder, sondern erst aufgrund einer sich politisch und ökonomisch ändernden Situation vollzogen:

„Die Veränderung der objektiven Situation in Österreich, ausgedrückt durch den EU-Beitritt. Damit verbunden die Übertragung von ‚europäischen Verhältnissen‘ auf Österreich: Sparpaket, Massenarbeitslosigkeit und Aufweichung der Sozialpartnerschaft; Politisch eine Polarisierung: Aufgrund der besonderen historischen Konstellation (Rolle von ÖGB, FPÖ, Niedergang der Linken) zunächst von rechts; Der Niedergang der SPÖ in ihrer traditionellen Form – Knackpunkte hierbei die Wahlen 1994 –, die Niederlage der SPÖ und das folgende Sparpaket und die Wahlen 1995 mit dem folgendem ‚großen Betrug‘ der SPÖ (nicht weil wir ihn als solchen einschätzen, sondern große Teile der Arbeiterklasse).“⁶⁸⁷

⁶⁸⁵ 1968 und 1969 kam es in der KPÖ zu einer heftigen Debatte um die Niederschlagung des „Prager Frühlings“, in deren Verlauf ein Drittel der Mitglieder des Zentralkomitees ihre Mitarbeit einstellten, eine Reihe von Mitgliedern (darunter die gesamte Jugendorganisation) ausgeschlossen wurden oder austraten, bis sich wieder eine moskauteure Linie durchsetzen konnte. Vgl. L. Spira, „KPÖ: Die wiederverlorene Autonomie“, in: B. Kuschey (Hrsg.), *Linke Spuren. Marxismus seit den 60er Jahren*, Wien 1987, S. 153–166.

⁶⁸⁶ Vgl. Evers, 1997, S. 250.

⁶⁸⁷ Evers, 1997, S. 252f.

Ähnlich wie die Organisationen ihrer Internationale sah es die im Jahr 1996 in SOV umbenannte Gruppe nun als vordringlich an, sich sowohl als Kern einer zukünftigen Massenpartei aufzubauen, wie auch exemplarische Kampagnen durchzuführen und sozialistische Ideen zu propagieren, um den Aufbau einer kämpferischen Arbeiterbewegung organisatorisch und politisch zu unterstützen.

Im Oktober 1996 kandidierte die SOV gemeinsam mit der KPÖ (und unter deren Namen) bei der Wahl zum EU-Parlament mit dem Motto: „International gegen Sozialabbau“ und konnte 17.656 Stimmen (0,47 %) erreichen. Dieses Stimmenergebnis lag um 26 % über dem der Kandidatur der KPÖ zu den Nationalratswahlen von 1995.⁶⁸⁸

Die den Nationalratswahlen vom Oktober 1999 folgenden Proteste sollten zu einer weiteren Ausweitung des Bekanntheitsgrades der SOV führen. Die FPÖ konnte bei den Wahlen ihren Stimmenanteil auf 24,9 % steigern und wurde zweitstärkste Fraktion im Nationalrat. Die SOV hatte sich im Wahlkampf stark gegen die FPÖ engagiert und titelte in der Novemberausgabe des Vorwärts: „Schulstreik gegen die FPÖ“⁶⁸⁹. Diese zunächst seltsam anmutende Forderung verband zwei Überlegungen: Zum Einen wie die Stimmung unter Jugendlichen gegen die FPÖ auf ein politisches Ziel orientiert werden könnte, zum Anderen wie die SOV ihren Einfluss und ihre Mobilisierungsfähigkeiten in der Schülerschaft nutzen könnte. Im Februar 2000 begann die „Widerstandsbewegung gegen blau-schwarz“, in der der Vorwärts als Extrablatt in einem zweitägigen Rhythmus erschien und weitere Streikforderungen gegen die Regierung aufstellte. Dem Aufruf der SAP zu einem Schulstreik folgten am 18. Februar ca. 15.000 Schüler. Bei diesem Streik dürfte es sich wohl um den bislang größten politischen Schulstreik in der Geschichte Österreichs gehandelt haben. Einen Tag später erfolgte eine Großdemonstration gegen die Regierung, die Proteste liefen bis Ende Juni auf regelmäßiger Grundlage weiter. Im Aktionskomitee gegen blau-schwarz (in dem sich neben einigen trotzkistischen Gruppen auch die KPÖ befand) argumentierte die mittlerweile in SLP umbenannte SOV dafür, die Forderung nach Streik in den Mittelpunkt der Agitation zu stellen, um über die Demonstrationen hinaus „eine reale Perspektive für den Sturz der Regierung aufzuzeigen“. Insoweit bilanzierte die SLP auch die Widerstandsbewegung unter dem Blickwinkel der ausgebliebenen Streiks als letztlich erfolglos, wenn auch viele politisiert worden seien. Ihr Scheitern habe zu Frustration der Aktivisten geführt, wovon auch die SLP betroffen wurde.⁶⁹⁰ Tatsächlich seien in allen linken Gruppen nach der als Niederlage begriffenen Bewegung Kämpfe und Debatten ausgebrochen, da sich die Aktivisten von der ersten politischen Massenbewegung seit Jahrzehnten wohl mehr versprochen hatten.⁶⁹¹

Am 20. Februar 2000 fand die Neugründung der SOV als Sozialistische LinksPartei (SLP) statt, die eigentlich erst für Mai geplant war. Aufgrund der Widerstandsbewegung, die teilweise von der SOV geführt wurde, schien die schnelle Neugründung nötig; einmal um sich als SLP bekannt zu machen, aber auch um den Anspruch als Partei zu dokumentieren, die den Gegnern der Regierung und anderen Aktivisten eine politische Heimat anbieten wollte. Im Jahre 2001 folgte die Kandidatur zu den Gemeinderatswahlen in Wien-Margareten (139 Stimmen) und zu den Bezirksratswahlen im Bezirk Wien-Zentrum (100 Stimmen). 2002 trat die SLP dann bei den Nationalratswahlen in Wien an (3.906 Stimmen). Diese beiden Kandidaturen waren als klassische „Propagandakandidaturen“ angelegt: Es ging der SLP dabei nicht vorrangig um das Ziel der Stimmenmaximierung oder Mandate (welche auch in weiter Ferne lagen), sondern um die „Möglichkeit, unsere Ideen zu verbreiten“.⁶⁹² Da die SLP für das Wahlrecht für Immigranten ab 15 Jahren eintritt, stellte sie zu den Gemeinderatswahlen auch Kandidaten auf, die weder das aktive noch das passive Wahlrecht hatten.

2001 initiierte die SLP die Gründung von Sozialistischer Widerstand International (SWI), einer formal unabhängigen Jugendorganisation, die als Nachfolgeorganisation von JRE und SAP gelten kann und die sich mit anderen Jugendgruppen des CWI zu International Socialist Resistance (ISR) auf europäischer Ebene zusammengeschlossen hat. SWI war die logische Konsequenz aus der antifaschistischen und bildungspolitischen Arbeit der vorangegangenen Jahre, die nun in einer Organisation zu-

⁶⁸⁸ Brief der SLP an den Autor vom 15.10.2004.

⁶⁸⁹ Vorwärts, Nr. 98, 1999.

⁶⁹⁰ Vgl. SLP (Hrsg.), Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S. 60.

⁶⁹¹ Gespräch mit Sonja Grusch am 12.11.2004

⁶⁹² SLP (Hrsg.), Keine faulen Kompromisse, a.a.O., S. 61.

sammengefasst wurde. Gleichzeitig wurde die Veränderungen der politischen Situation insoweit als positiv eingeschätzt, dass das Adjektiv „sozialistisch“ keine größere Barriere mehr für die Aufbauarbeit im Jugendbereich darstellen würde:

„In unserer Jugendarbeit wollten wir Antworten auf die Fragen [nach Überwindung des globalen Kapitalismus, F. N.] geben, sozialistische Ideen waren im Gegensatz zum Anfang der 90er Jahre nichts mehr, was Jugendliche rundweg ablehnten. Im Gegenteil wird der Kapitalismus zunehmend in Frage gestellt.“⁶⁹³

SWI mobilisierte im März 2002 zu einer Demonstration gegen Bildungsabbau, veranstaltete im Mai einen antikapitalistischen Kongress in Wien und half im August 2002 dabei, einen Aufmarsch von Neonazis zu verhindern. Die Proteste gegen das „World Economic Forum“ (WEF) in Salzburg stellten im September den Startpunkt für die dort tätig werdende SWI-Gruppe dar. Gemeinsam mit SWI und anderen Gruppen wurde am 20. März 2003 ein seit Winter des vorangegangenen Jahres geplanter Schulstreik gegen den Angriff der USA auf den Irak verwirklicht. An diesem nahmen in Wien ca. 10.000 Schüler teil. Ende April 2004 veranstaltete SWI eine Jugendkongress gegen Rassismus und Sozialabbau. Die SLP beteiligte sich ebenfalls an der Unterstützung des landesweiten Streiks vom 3. Juni 2003, der sich gegen die geplanten Pensionskürzungen aussprach und an dem sich ca. ein Drittel aller Beschäftigten beteiligten.

Die SLP hat heute wahrscheinlich deutlich unter 100 Mitglieder und gehört zu den größten trotzkistischen Organisationen in Österreich. Ob, wie noch 1996, das „durchschnittliche Kaderniveau seiner Mitglieder vermutlich deutlich unter dem der meisten anderen trotzkistischen Gruppen liegt“,⁶⁹⁴ kann hier nicht beantwortet werden. Zumindest scheint aber die heutige SLP weiterhin ein größeres (jungendliches) Umfeld zu haben.

Publikationen

Die unregelmäßige Herausgabe der Zeitung *Vorwärts* widerspiegelte den Prozess der verzögerten Konsolidierung der gesamten Gruppe. Erst im März 1983 wurde das Zentralorgan *Vorwärts – Marxistische Zeitung für SJ, SPÖ & Gewerkschaften* veröffentlicht. Obwohl sich die Gruppe innerhalb der SJ ab 1987 weiter aufbauen konnte und sich eine relativ stabile Führung ab Mitte der achtziger Jahre herauskristallisierte, wurde die unregelmäßig erscheinende Zeitung erst 1989 auf einen zweimonatlichen Rhythmus umgestellt. Nach einer erfolgreichen Stärkung der Mitgliedschaft (und damit der finanziellen Möglichkeiten) durch die antifaschistischen Kampagnen ab 1992 kam der *Vorwärts* ab Januar 1994 als großformatige Monatszeitung heraus.

2.2.11 Der Funke

Die Gruppe um die gleichnamige Zeitung *Der Funke* wurde durch die Vorwärts-Gruppe in Feldkirch (Vorarlberg) gegründet, die sich an der CWI-Minderheitenströmung um Ted Grant orientierte. Im Zuge der offenen Wende des CWI, die von Grant und seinen Anhängern nicht mitgetragen wurde, formierte sich eine Unterstützergruppe um Markus Kaufmann,⁶⁹⁵ die 1994 den *Vorwärts* verließ und gemeinsam mit der deutschen Gruppe Der Funke eine Zeitung herauszubringen begann. Angerer vertritt die interessante These, dass die Abspaltungen, die nicht in Wien, sondern in Vorarlberg und Niederösterreich stattfanden, keine Zufälle waren:

„In kleineren Orten wie Feldkirch steht man schon als kämpferischer SJler in schroffer Konfrontation mit dem lokalen und regionalen gesellschaftlichen Umfeld, während man sich dort anders als etwa in Wien – als offener Vertreter einer linksradikalen Kleingruppe vollends in die gesellschaftliche Isolation begibt.“⁶⁹⁶

Nachdem in der Folgezeit Mitglieder in Wien zu studieren begannen, konnte man nach einigen Anlaufschwierigkeiten die SJ-Gruppe Alsergrund gewinnen. Weitere Vorarlberger siedelten 1995 nach Wien über, so dass sich der Schwerpunkt der Gruppe endgültig dorthin verschob. Durch die Intervention in die Studentenstreiks 1996 konnte man sich ein gewisses Umfeld erarbeiten und einige neue

⁶⁹³ Ebd., S. 44.

⁶⁹⁴ Angerer, 1996, S. 215, Angerer, 1997, S. 225.

⁶⁹⁵ Kaufmann sollte 1997 dann zum ASt wechseln.

⁶⁹⁶ Angerer, 1996, S. 216, Angerer, 1997, S. 225.

Mitglieder wurden in der Folgezeit gewonnen, von denen allerdings nur eine Minderheit aus den örtlichen SJ-Gruppen kam.⁶⁹⁷ Die Entleerung der Jugendorganisationen der Sozialdemokratie und ihr „modernistischer Kurs“ hatten sich weiter fortgesetzt, was es für den Funken schwieriger machte, potentielle Unterstützer zu gewinnen, was aber in Vorarlberg dazu führte, dass die SJ-Landesorganisation von der Funke-Gruppe übernommen werden konnte (wohl aber mit dem Hintergrund, dass nur noch die Funke-Gruppe in Feldkirch als zusammenhängende SJ-Gruppe existierte). Die Gründung von „Schein-SJ-Gruppen“ durch die Vorarlberger Parteiführung der SPÖ, die mit diesem Manöver die Kontrolle über ihre Jugendorganisation zurückgewinnen wollte, führte dann zum geordneten Rückzug der Gruppe in Feldkirch.

Bis zum Ende des Jahrzehnts konnte die Funke-Gruppe einen permanenten Aufschwung verzeichnen. Der Rückzug des Vorwärts/SOV aus der SJ bot ein politisches Arbeitsfeld, welches ihr bis auf eine kurze Intervention der Linkswende 1996-1999 von keiner anderen trotzkistischen Gruppe streitig gemacht wurde. Dabei setzt die Funke-Gruppe die Orientierung ihrer internationalen Strömung auf die Sozialdemokratie weiterhin um und geht von der These aus, dass es durch eine Welle verallgemeinerter Klassenkämpfe zu Radikalisierungen innerhalb der Sozialdemokratie kommt, die von Marxisten weiter vorangetrieben werden müssen:

„Die meisten unserer UnterstützerInnen sind in der Sozialistischen Jugend aktiv, wo wir einen wesentlichen Beitrag zur Repolitisierung und zum nunmehr konsolidierten Linksruck geleistet haben. Was wir seit geraumer Zeit in der SJ erleben, kann aber nur der Beginn sein. Eine marxistische SJ könnte einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer klassenkämpferischen Alternative zur reformistischen Führung in den Gewerkschaften und auch der SPÖ leisten.“⁶⁹⁸

Die Hoffnung auf eine weitere Linksentwicklung innerhalb der SJ scheint eine plausible Grundlage zu haben. Ab dem Jahr 2000 entwickelte die SJ unter ihrem neuen Vorsitzenden, Andreas Kollross, ein weitgehendes linkes Programm, reorganisierte ihre Strukturen und positionierte sich eindeutig als sozialistische Jugend. Kollross hatte sich in seinem Redebeitrag vor der Wahl des Vorsitzenden der SJ zu einer „SJ auf der Basis des Marxismus“ bekannt und gewann mit 74 Prozent der gültigen Stimmen die Wahl deutlich für sich. Die Mitarbeit (bzw. die Entrismusarbeit) des Funke ist der SJ bekannt und wird scheinbar geduldet:

„Die marxistische Linke beansprucht heute die Hegemonie in der SJ; neben der zentralistischen Position, die sich am Marxismus und am Austromarxismus orientiert, existieren noch zwei weitere radikalere linke Strömungen: eine trotzkistische Fraktion, die um die Zeitung ‚Der Funke‘ gruppiert ist, sowie eine marxistisch-leninistische Strömung, die sich an der Stamokap-Theorie orientiert.“⁶⁹⁹

Wenn sich auch eine Linksentwicklung in der SJ nachweisen lässt, so kann dies gerade die Funke-Strömung insoweit in Schwierigkeiten bringen, wie die Unterschiede von Linksreformismus (Austromarxismus) und Marxismus wieder mehr verwischt wurden. Einmal ergibt sich die Problematik für die Funke-Aktivisten, den SJ-Mitgliedern zu erklären, was der Unterschied zwischen dem Funke und der eigenen Organisation ist (auch linke SJ-Mitglieder verstehen sich anscheinend als „revolutionäre Marxisten“, die aber einen gemäßigteren Weg einschlagen), zum Anderen kann der Anpassungsdruck an das austromarxistische Milieu zu sukzessiver Preisgabe des eigenen revolutionären Programms durch Teile der eigenen Mitgliedschaft führen.

Nachdem nun die Entwicklung von New Labour, SPD und SPÖ weiter in Richtung Akzeptanz und Umsetzung des neoliberalen Paradigmas gegangen ist, kann der Verbleib in diesen Parteien zudem dazu führen, dass man sich gerade von den neu entstehenden sozialen Bewegungen politisch isoliert. Die Mitgliederstärke des Funken wird unterschiedlich eingeschätzt. In Linz, Vorarlberg und Wien sollen jeweils 20 Mitglieder aktiv sein, andere Quellen sprechen von 80 bis 90 Mitgliedern.

2.2.12 Antifaschistische Linke (AL)

⁶⁹⁷ Ebd., S. 227.

⁶⁹⁸ Funke, 10 Jahre Funke – 10 Jahre gegen den Strom, 28.12.2003. URL: <http://www.derfunke.at/hpneu/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=93> (01.12.2004).

⁶⁹⁹ Sozialistische Jugend Österreich, 110 Jahre sozialistische Jugend, 2004.

Bei der AL handelt es sich um eine Organisation, die seit September 1999 existiert und von einem ehemaligen Mitglied der Führung der SOV/SLP aufgebaut wurde. Dabei gibt die AL an, unter verschiedenen Namen seit 1993 tätig zu sein,⁷⁰⁰ ein Hinweis darauf, dass sie sich in der Tradition der vom Vorwärts/SOV initiierten Gruppen JRE und SAP sieht. Ihr Hauptarbeitsfeld ist die antifaschistische Arbeit, die mit der sozialen Frage und Antisexismus verbunden wird: „Wir wollen eine Gesellschaft ohne Rassismus, Sexismus und ohne Sozialabbau“.⁷⁰¹ Die AL sieht sich als „revolutionäre und sozialistische Organisation“, die gegen „den Kapitalismus und für eine neue sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ kämpft.⁷⁰²

Für die AL stand der Widerstand gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung ebenfalls im Zentrum ihrer Aktivitäten. Sie beteiligte sich an den Vorbereitungen zum Schülerstreik am 18. Februar 2000, an den folgenden Aktionen an der Universität und auf den Straßen und unterstützte die Streikaktionen der Eisenbahnergewerkschaft, von denen sich die AL schon seit Jahresanfang eine Verbindung und Ausweitung der Kämpfe erhoffte:

„Die Regierung kann nur gestürzt werden, wenn es gelingt, die Bewegung in die Betriebe zu tragen. Es gilt Druck auf den ÖGB und auf die Einzelgewerkschaften auszuüben, damit sie Demos unterstützen und Streiks organisieren.“⁷⁰³

Auch die AL beteiligte sich im Jahre 2000 an den Streikaktivitäten der Universität Wien gegen die Bildungspolitik der ÖVP-FPÖ-Regierung. Mit der sogenannten „Vollrechtsfähigkeit“ konfrontierte die Regierung die Universitäten mit der finanziellen Selbstverwaltung und Einwerbung eigener Mittel. Die AL fürchtete drohende Studiengebühren, Firmensponsoring und die Preisgabe von Fächern, die aus wirtschaftlicher Sicht wenig rentabel seien. Zudem wandte man sich gegen Gesetzesvorhaben, die Privatisierungen, verschärfte Bestimmungen bei Arbeitslosigkeit, Selbstbehalt (Gesundheitssteuer), Anhebung des Pensionsalters und Repressionen im Migrantengesetz (Familienzusammenführung) nach sich ziehen würden.⁷⁰⁴

Seit 1998 wird die Zeitung *Morgenrot* publiziert. Über die Größe der Gruppe konnte wenig in Erfahrung gebracht werden, wahrscheinlich sind es rund ein Dutzend Mitglieder.

2.2.13 Linkswende

Eine Schwesterorganisation des deutschen Linksruck und Mitglied der International Socialist Tendency (IST)⁷⁰⁵ wurde in Österreich erst 1996 gegründet. Die deutsche Studentin Kerstin Andrä zog Ende 1995 nach Österreich und gründete in einer SJ-Gruppe einen „Arbeitskreis gegen Rechts“, der bald zwischen fünf bis zehn Aktivisten umfassen sollte.⁷⁰⁶ Andrä übernahm damit die in Deutschland angewandte Taktik des Entrismus in die Sozialdemokratie und versuchte analog zum deutschen Linksruck in der Sozialistischen Jugend die Linkswende aufzubauen. Durch den Austritt 1999 wurde deutlich, dass Linkswende, ähnlich wie Linksruck, keine längerfristige Aufbaustrategie in der Sozialdemokratie verfolgte, sondern diese als Reservoir der kurzfristigen Mitgliedergewinnung betrachtete. Tatsächlich erkannte Linkswende „sehr, sehr schnell die politische Bedeutung der Seattle-Bewegung“⁷⁰⁷ und öffnete ihre Tore für Aktivisten. Dies hing zum einen damit zusammen, dass es Ende 1999 „das Problem war, dass wir immer nur noch 5-10 Mitglieder hatten“⁷⁰⁸ und zum anderen, dass sich die gesamte IST an der globalisierungskritischen Bewegung ausrichtete, die ein weit mehr Erfolg versprechendes Arbeitsfeld als die Sozialdemokratie verhieß. Analog zum deutschen Linksruck begann man ein Netzwerk „Menschen vor Profite“ aufzubauen, Aktionsgruppen zu gründen und zum IWF-Treffen nach Prag zu mobilisieren. Die globalisierungskritische Bewegung wurde von der Linkswende in ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz recht positiv bilanziert: „Viele vollzogen einen bewussten Bruch mit

⁷⁰⁰ Antifaschistische Linke (AL), Widerstand! Schwarz-Blau stoppen! *Morgenrot*, Sondernummer 6a, 2000, S. 7.

⁷⁰¹ AL, Uni-Streik gegen Schwarz-Blau, o. J. (wahrscheinlich Februar oder März 2000).

⁷⁰² AL, Widerstand! Schwarz-Blau stoppen! S. 7.

⁷⁰³ Ebd., S. 3.

⁷⁰⁴ AL, Uni-Streik.

⁷⁰⁵ Vgl. Kapitel 1.2.

⁷⁰⁶ K. Andrä, „Wir wollen eine Organisation, die für Sozialismus von unten kämpft!“ in: Linkswende, Nr. 88, Dezember 2004.

URL: http://www.linkswende.org/cgi-bin/paperview.cgi?paper_id=45 (12.02.2005).

⁷⁰⁷ Ebd.

⁷⁰⁸ Ebd.

der Marktwirtschaft, den Großkonzernen und ihren Institutionen“.⁷⁰⁹ Auch habe die Bewegung entscheidenden Anteil daran gehabt, dass „die FPÖ pulverisiert wurde und dass eine antikapitalistische Stimmung sich auch in Österreich ausgebreitet hat“.⁷¹⁰ Vor dem Höhepunkt der globalisierungskritischen Bewegung konnte die Linkswende in den Protesten gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung weitere Mitglieder gewinnen. Man verband die Aktivitäten in der Widerstandskampagne gegen „blau-schwarz“ mit denen der eigenen Hochschulgruppe an der Universität Wien. So erschien im März 2000 die erste Ausgabe der Widerstands-Notizen in welcher der Aufbau von koordinierten Widerstandskomitees gefordert wurde, um größere Aktionen organisieren zu können:

„Dieses weitverzweigte Netz von basisnahen Komitees kann letztendlich der Schlüssel für große Studierendenproteste gegen den Sozialabbau und Rassismus sein, der in Verbindung mit Aktivitäten anderer gesellschaftlicher Teilbereiche diese Regierung zu Fall bringen wird.“⁷¹¹

Linkswende rekurriert ähnlich wie ihre Schwesternorganisationen auf Basisaktivität und Netzwerkstrukturen als Grundlage ihrer Organisationsstrategie. Strukturelle Schwächen der Mobilisierung, der Aufklärung und Einbeziehung neuer Schichten der Studierenden seien auf die fehlende Konzentration zur Basisarbeit zurückzuführen. In den Betrieben müsse jetzt Druck von unten aufgebaut werden, „das heißt unmittelbar, von unten organisierte Basis-Aktionsgruppen aufzubauen, die die Mobilisierung und Organisation der Aktivitäten koordinieren können“. Selbstaktivitäten der Studierenden seien mit allen Mitteln zu unterstützen: „Wir brauchen eine neue Linke, die dem Apparat der Herrschenden und den Strukturen einer lähmenden Linken ein Netzwerk von politischen Aktivisten gegenüberstellt“.⁷¹² Dabei war die Linkswende darum bemüht, die globalisierungskritische Bewegung, den Widerstand gegen die neue ÖVP/FPÖ-Regierung und die Aktionen gegen die Verschlechterung von Studienbedingungen thematisch zusammenzuführen und gesellschaftliche Veränderungen mit einer Selbstorganisierung „von unten“ eine Perspektive zu geben:

„Linkswende steht für ‚Sozialismus von unten‘: Ein Bruch mit dem Kapitalismus heißt für uns auch ein Bruch mit dem Parlamentarismus und der Politik von Oben. Der Kapitalismus kann nur von unten gestürzt werden. Die Zehntausende Aktivisten, die in Seattle gegen die Welthandelskonferenz auf der Straße waren, sind ein leuchtendes Beispiel, wie man echte Veränderungen erreichen kann.“⁷¹³

2.2.14 Nicht mehr existente Gruppen

2.2.14.1 Arbeiterkampf

Bis in die achtziger Jahre existierte eine Gruppe von „Pablisten“ um die Zeitung *Arbeiterkampf*, die laut Alexander aus „überalterten Veteranen“⁷¹⁴ bestand. Sie entstand aus der Spaltung der IKÖ von Ende 1963, nachdem Franz Modlik eine Resolution gegen Mandel, Frank und Maitan (Internationales Sekretariat) gegen eine knappe Minderheit in der IKÖ durchsetzen wollte. Die Gruppe agierte als die österreichische Sektion der Internationalen Revolutionär-Marxistischen Tendenz (IRMT) und arbeitete weiterhin in der SPÖ, in der sie laut Angerer auch sozial verankert war.⁷¹⁵ Ihr gelang es nicht, in den späten Sechzigern und den frühen Siebzigern an die Studenten- und Jugendbewegung anzuknüpfen, und so bestand sie bis zur Mitte der Achtziger zumeist nur aus einer Handvoll Personen. Als Modlik 1986 starb, hörte die Gruppe zu existieren auf. Die Zeitung *Arbeiterkampf* erschien von 1963 bis 1981. 13 Flugschriften, die teilweise den Untertitel: „Für Arbeitermacht, Selbstverwaltung, Sozialismus“ tru-

⁷⁰⁹ Ebd.

⁷¹⁰ Ebd.

Diese zumindest etwas übertrieben positive Einschätzung korrespondiert mit einer manchmal oberflächlichen Darstellung politischer Vorgänge bzw. Phänomene: So wurden in der Bewegung gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung Flugblätter mit der Überschrift „Haider = Hitler“ verteilt. Flugblatt beim Autor.

⁷¹¹ Linkswende-Hochschulgruppe, Widerstands-Notizen, Nr. 1, o. J. (wahrscheinlich März 2000).

⁷¹² Ebd.

⁷¹³ Ebd.

⁷¹⁴ Alexander, 1991, S. 90.

⁷¹⁵ Vgl. Angerer, 1996, S. 152; Angerer, 1997, S. 162.

gen, wurden zwischen 1966 und 1970 herausgegeben, zudem sind als Arbeiterkampf-Schriftenreihe drei Publikationen aus dem Jahre 1970 bekannt.⁷¹⁶

2.2.14.2 Gruppe Sozialistische Aktion (SOAK)

Die SOAK bestand aus ca. 15 Mitgliedern in Wien und wurde von den Resten des etwa 100 Mitglieder zählenden Verbandes Sozialistischer Mittelschüler (VSM), dem Verband Marxistischer Studenten (VMS) und dem Verband Marxistischer Arbeiter(jugend) (VMA), die sich Anfang der Siebziger von der SPÖ getrennt hatten, gebildet. Laut Angerer besaß diese „linke, trotzkoide Gruppe“⁷¹⁷ kein konsistentes politisches Konzept und konnte sich nicht lange halten. 1976 veröffentlichte die SOAK eine Ausgabe von *Beiträge zu Theorie und Praxis des revolutionären Sozialismus* und 1978 eine weitere unter dem Titel *Theorie und Praxis – Beiträge zum revolutionären Marxismus*.⁷¹⁸ Zudem wurden von 1977 bis 1980 20 Ausgaben der Zeitung *Sozialistische Aktion – Zeitung für revolutionären Sozialismus* herausgebracht.⁷¹⁹ Die SOAK beteiligte sich an der 3. Nationalen Delegierten-Konferenz der GRM im Juni 1978. Im Dezember 1980 löste sie sich auf.⁷²⁰

2.2.14.3 Österreichische Bolschewiki-Leninisten

Aus einem Spaltprodukt der Trotzkistischen Organisation Österreichs entstand eine Gruppe, die in der ersten Hälfte der Siebziger in Kontakt mit der international Spartacist tendency (iSt) kam und sich Österreichische Bolschewiki-Leninisten (ÖBL) nannte. Sie wurde aufgelöst, nachdem sich die iSt auf die Konzentration ihrer Kräfte und Mitglieder auf Westdeutschland bzw. Westberlin entschieden hatte.⁷²¹

2.2.14.4 Marxistischer Arbeiterbund

Der Marxistische Arbeiterbund wurde von ehemaligen Mitgliedern der GRM gegründet.⁷²² 1976 erschien eine Ausgabe ihrer Zeitschrift *Gegen den Strom*.⁷²³ Die Gruppe diskutierte in der Folgezeit mit der IKL und ging wahrscheinlich in dieser auf.

2.2.14.5 Commune

1977 spaltete sich eine Gruppe um Ali Gronner, die bis 1975 in der GRM die Tendenz Neuer Kurs gebildet hatte, von der IKL ab und gründete die Zeitschrift *Commune*. Sie bildete mit der deutschen Kommunistischen Liga (KL), die sich als „deutsche Sektion der RMF“ 1977 vom deutschen Spartacusbund abgespalten hatte, die Revolutionär-Marxistische Fraktion für die Vierte Internationale. Um 1978 scheint es zu einer Annäherung der verschiedenen trotzkistischen Gruppen in Österreich gekommen zu sein. Die Gruppe Commune nahm an der 3. Nationalen Delegierten-Konferenz der GRM im Juni 1978 teil,⁷²⁴ zudem wurden zwei Ausgaben eines „Diskussionsbulletin für revolutionäre Politik“ erstellt, an dem sich GRM, VSStÖ Wien, SOAK und Gruppe Commune beteiligten.⁷²⁵ Laut Angerer ging die Gruppe Commune um 1980 im Milieu der sozialen Bewegungen in Wien auf.⁷²⁶ Von 1979 bis Januar 1981 erschien ein „Internes Bulletin“ der deutschen Kommunistischen Liga (KL) und der Gruppe Commune, das seit September 1979 herausgebracht wurde und auf 14 Ausgaben kam.⁷²⁷ Die Gruppe veröffentlichte zudem von Ende 1978 bis Dezember 1981 die Publikation *Oktober*. Gron-

⁷¹⁶ Lubitz, 1993, S. 8, Nr. 0034 und 0035; Internet-Version: S. 2/3.

⁷¹⁷ Angerer, 1996, S. 198, Angerer, 1997, S. 208.

⁷¹⁸ Lubitz, 1993, S. 17, 284, Nr. 0093, 1699; Internet-Version: S. 6, 116.

⁷¹⁹ Lubitz, 1993, S. 269, Nr. 1608; Internet-Version: S. 110.

⁷²⁰ Vgl. Schandl, 1998, S. 105.

⁷²¹ Vgl. Alexander, 1991, S. 91.

⁷²² Wahrscheinlich handelte es sich hier um die ausgeschlossenen „Fraktion Neuer Kurs“.

⁷²³ Lubitz, 1993, S. 98, Nr. 0585; Internet-Version: S. 40.

⁷²⁴ Vgl. R. B. [Rainer Bauböck?], „Einleitung“, in: GRM (Hrsg.), *Dokumente der Nationalen Delegiertenkonferenzen 1975 und 1976*, a.a.O., S. 5.

⁷²⁵ Lubitz, 1993, S. 74, Nr. 0437; Internet-Version: S. 30.

⁷²⁶ Angerer, 1996, S. 197, Angerer, 1997, S. 208.

⁷²⁷ Lubitz, 1993, S. 149, Nr. 0853; Internet-Version: S. 61.

ner sollte dann 1982 der Alternativen Liste Wien (ALW) beitreten und dort eine gewisse Rolle spielen.⁷²⁸

2.2.14.6 Trotzkistische Gruppe Österreichs (TGÖ)

Die Auseinandersetzungen im VSVI bis Ende der Siebziger (vor allem die Einschätzungen um den Charakter der sandinistischen Revolution) schlügen sich auch in der österreichischen Sektion der IV. Internationale nieder. Die Leitungsmehrheit der GRM teilte die Position der Mehrheit im VSVI, dass es sich bei der FSLN um eine genuin revolutionär-sozialistische Führung handele, die mit ihrem Sieg in Nicaragua einen sozialistischen Arbeiterstaat hervorbringen würde. Eine Minderheit in der GRM teilte dagegen die Position der Bolschewistischen Fraktion (BF) im VSVI. 1979 brachen Moreno und Teile der LTT mit dem VSVI und näherten sich Lamberts Organisationskomitee zum Wiederaufbau der IV. Internationale (OK)⁷²⁹ an. Das daraus entstandene Paritätische Komitee (PK) versuchte den Diskussionsprozess mit dem VSVI aufrechtzuerhalten, dieses lehnte aber ab. Die Mitglieder in den Sektionen des VSVI, die wie die Minderheit in Österreich mit dem PK sympathisierten, mussten mit Ausschluss rechnen. Im Herbst 1980 wurde Kurt Lhotzky mit einigen Genossen, die in der GRM die Internationalistische Tendenz gegründet hatten, ausgeschlossen. Die sieben Personen begannen mit den Vorbereitungen zur Herausgabe einer Zeitschrift *Manifest – freie Tribüne des Klassenkampfs*, verloren aber binnen weniger Wochen vier Mitglieder, die sich anderen Gruppen anschlossen oder inaktiv wurden. Die verbliebenen Personen setzten ihre Hoffnungen in die angekündigte Vereinigung der internationalen Strömungen, die sich im PK zusammengetan hatten und als deren österreichische Sektion sie sich begriffen. Kurz nach der Vereinigung spalteten sich die „Lambertisten“ und „Morenisten“ überraschend, die Fortschritte der Manifest-Gruppe fielen in sich zusammen, die Unterstützer wurden demoralisiert. Nachdem sich bis 1984 erneut eine kleine Gruppe gefestigt hatte, nahm diese Kontakt zu Lamberts Internationales Zentrum für den Wiederaufbau der IV. Internationale (IZ) (ehemals OK) auf und wurde als sympathisierende Organisation anerkannt. Die Wendung des IZ zum tiefen Entrismus bzw. zum Aufbau „breiter Arbeiterparteien“, die die Existenz der trotzkistischen Organisation als offen auftretende Gruppe in Frage stellte, führte in Österreich zur Gründung der Trotzkistischen Gruppe Österreichs (TGÖ). Dies wurde vom IZ als Provokation gesehen und führte 1987 zum Ausschluss der TGÖ aus der „lambertistischen“ Internationale. Laut Alexander trat die TGÖ Anfang der Achtziger der Gruppe Internationales Sozialistisches Forum (ISF) bei, um eine internationale „Leninistisch-trotzkistische Tendenz der Vierten Internationale“ aufzubauen, die sich der Unterstützung der anzustrebenden Vereinigungen aller Trotzkisten „auf der Grundlage prinzipienfester Übereinstimmungen“ widmete.⁷³⁰ Die TGÖ versuchte in der Folgezeit sich mit anderen ausgeschlossenen trotzkistischen Kräften in Spanien und Frankreich zu einer internationalen „offenen Fraktion“ zu vereinigen, konnte aber der zunehmenden Demoralisierung der eigenen Mitgliedschaft nichts mehr entgegensetzen und löste sich 1992 auf.⁷³¹

2.2.14.7 Der Marxist

1980 spaltete sich die IKL weiter auf, indem die Führung, bestehend aus dem ehemaligen Spartacus Wien, die Gruppe verließ und die Zeitung *Der Marxist* gründeten. Man stellte sich die Aufgabe, die Geschichte der Arbeiterbewegung neu zu durchdenken und sich dabei gerade auf die Erfahrungen der siebziger Jahre zu konzentrieren.⁷³² Insgesamt wurden vier Nummern des *Marxist* herausgebracht – nach eineinhalb Jahren zerbrach die Gruppe an internen Differenzen. Ihre führenden Köpfe wandten

⁷²⁸ Vgl. F. Schandl / G. Schattauer, *Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft*, Wien 1996, S. 134.

⁷²⁹ Siehe Kapitel 1.2.

⁷³⁰ Alexander, 1991, S. 91.

Diese Behauptung bleibt ungesichert, Alexander meint auch fälschlicherweise, dass sich die TGÖ weder den Morenisten, noch den Lambertisten angeschlossen habe.

⁷³¹ Alle Angaben nach einem Leserbrief von Kurt Lhotzky an die Redaktion der Zeitschrift *Marxismus* („Zur Geschichte der Trotzkistischen Gruppe Österreichs (TGÖ)“, in: *Marxismus*, Wien, Nr. 12, Dezember 1997, S. 142–147).

⁷³² Vgl. Alexander, 1991, S. 90.

sich in Richtung der autonomen Bewegung (Reitter) bzw. verloren ihr trotzkistisches Selbstverständnis (Diefenbach und Fischer).⁷³³

2.2.15 Gemeinsame Wahlplattformen, Aktionseinheiten und gegenseitige Kritik

Trotz der unterschiedlichen Tradition und Programmatik gab es in der Vergangenheit immer wieder Aktionseinheiten und Diskussionstreffen der radikalen Linken, bei denen die Möglichkeiten zu längerfristiger und gemeinsamer Arbeit ausgelotet wurden. Das Wahlbündnis von KPÖ und SLP zu den Europawahlen im Jahre 1996 war ein solcher Versuch, der die jahrzehntelange gegenseitige Abschottung aufbrechen sollte und auf österreichischer Ebene bis dato einmalig war. Zuvor war eine lockere Diskussionsrunde, bei der KPÖ, GLB, SOAL und Vertreter der türkischen ÖDP teilnahmen, im Sommer wieder zerbrochen. Das Wahlbündnis von SLP und KPÖ erhielt 0,47 % der Stimmen und wurde später von der SLP recht kritisch bilanziert:

„Insgesamt müssen wir das Bündnis mit der KPÖ als problematisch bilanzieren. Zusagen wurden nicht eingehalten, die KPÖ manövrierte und taktierte in bürokratischer Art und Weise, politische Inhalte waren ihr eher unwichtig.“⁷³⁴

Obwohl die Diskussionsrunde von 1996 zerbrochen war, blieben die Gruppen weiterhin in Kontakt miteinander. SLP und SOAL versuchten über einen längeren Zeitraum miteinander zu arbeiten. Laut SLP kamen aber die neuen Formen der Zusammenarbeit „nicht über ein paar unverbindliche Diskussionen (und ein gemeinsames Transparent am 1. Mai 1997) hinaus und wurden von der SOAL im Mai 1997 einseitig beendet“.⁷³⁵ Zu gemeinsamen Aktionseinheiten kam es auch in Folge der Bewegung gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung, an der sich im „Aktionskomitee gegen blau-schwarz“ KPÖ, SLP, AST u. a. beteiligten. Die SOAL arbeitete ebenfalls auf Wahlebene mit einem Teil der KPÖ zusammen. 2004 traten sie als LINKE gemeinsam für die Europawahlen an und erlangten 19.530 Stimmen (0,78 %). Dieses Ergebnis lag zwar um 2000 Stimmen höher als das der SLP und KPÖ, aufgrund der vorangegangenen Streik- und Protestbewegungen von 2003 blieb es aber weit hinter den Erwartungen zurück.

⁷³³ Vgl. Angerer, 1996, S. 199, Angerer, 1997, S. 210.

⁷³⁴ SLP (Hrsg.), Keine faulen Kompromisse, S. 61, Fußnote 21.

⁷³⁵ Ebd., S. 55.

2.3 Trotzkismus in der Schweiz

„Die Trägheit der reformorientierten Kultur in der Schweiz ist auf die Dauer der Hauptfeind der revolutionären Gruppen.“⁷³⁶

In der Schweiz entwickelte sich erst 1931 eine linke Opposition innerhalb der Marxistischen Studentengruppe in Zürich. Doch schon zuvor führte die zunehmende Entdemokratisierung und Bürokratisierung der Komintern und ihrer Sektionen, verbunden mit der Politik der „Dritten Periode“⁷³⁷ ab 1928 dazu, dass sich kritische Mitglieder der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) an einer oppositionellen Strömung orientierten: Der sogenannten Rechtsopposition. Diese Kommunistische Partei-Opposition (KPO), die sich in Deutschland um den ehemaligen Parteivorsitzenden der KPD Heinrich Brandler und um August Thalheimer grupperte, konnte in Schaffhausen einen schweizerischen Ableger bilden, die KPO(S).⁷³⁸

Im selben Zeitraum begannen sich die jungen Studenten Walter Nelz und Solomon Ehrlich innerhalb der kommunistisch orientierten Marxistischen Studentengruppe (MSG) in Zürich zunehmend für den Trotzkismus zu interessieren. Die beiden Studenten verteilten erstmals Pfingsten 1931 eine politische Plattform, der dann im Juli und August 1931 zwei Nummern ihrer *Mitteilungen der Linken Opposition der Kommunistischen Partei der Schweiz*⁷³⁹ folgte. Im November 1931 wurde dieses Bulletin durch die Zeitung *Bolschewik* ersetzt, die bis zum Ausschluss der Linken Opposition aus der KPS im Sommer 1933 publiziert werden sollte. Bis dahin konnte eine kleine, wenn auch sehr aktive Gruppe von 22 Mitgliedern aufgebaut werden.⁷⁴⁰

2.3.1 Marxistische Aktion der Schweiz (MAS)

Im September 1933 wurde die Marxistische Aktion der Schweiz (MAS) durch Personen aus Zürich, Basel und Schaffhausen gegründet, die zuvor als Anhänger der Linken Opposition aus der Kommunistischen Partei der Schweiz ausgeschlossen wurden oder ausgetretenen waren.⁷⁴¹ Gründungsmitglied war unter anderen auch der Linksoppositionelle Fritz Belleville, der in Deutschland bereits in der Linken Opposition der KPD mitgewirkt hatte. Er war 1922 in die KPD eingetreten, wurde dort ein Schüler Karl Korsch und beteiligte sich dann an der Gründung des Lenibundes im Jahre 1928. Andere Mitglieder kamen aus der Sozialistischen Partei der Schweiz, beispielsweise Fritz Escher, der später zur Sozialdemokratie zurückkehrte und 1959 Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP oder SPS) wurde. Ebenfalls beteiligten sich die in die Schweiz immigrierten Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) am Aufbau der MAS, jedenfalls solange die internationale Annäherung von trotzkistischer ILO und SAP andauerte.⁷⁴²

Die MAS vollzog im Herbst 1934 (gleichzeitig mit den französischen Trotzkisten, die der SFIO betraten) mehrheitlich den Eintritt in die Jungsozialistische Bewegung (JSB) und die SPS in Zürich und Basel. In Zürich wurde Walter Nelz bereits im Dezember desselben Jahres mit einer Reihe von anderen linken SPS-Mitgliedern ausgeschlossen, da er „zwischen die Fronten“ der linken und rechten Sozialdemokraten in Zürich geraten war. In Basel war die Arbeit der MAS in der SPS dagegen erfolgrei-

⁷³⁶ D. Wisler, *Drei Gruppen der Neuen Linken auf der Suche nach der Revolution*, Zürich 1996, S. 13.

⁷³⁷ Nach der ersten Periode des Aufschwunges der Weltrevolution (ab 1917) und der zweiten Periode der Stabilisierung des kapitalistischen Systems sollte nach Vorstellung der Vertreter der III. Internationale ab Ende der zwanziger Jahre eine dritte Periode des erneuten Aufschwunges der Revolution folgen. Dies führte zur Ablehnung der Einheitsfront mit der SPD gegen den Faschismus, zur Sozialfaschismustheorie und zum Aufbau einer kommunistischen Gewerkschaft, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO).

⁷³⁸ Vgl. Vogelsanger, 1986, S. 58–66.

Diese lokale Gruppe sollte sich ab 1935 als Sozialistische Arbeiterpartei der Sozialdemokratie zuwenden und später in ihr aufgehen.

⁷³⁹ Lubitz, 1993, S. 182, Nr. 1057; Internet-Version: S. 75.

⁷⁴⁰ Vgl. Vogelsanger, 1986, S. 75, 97.

⁷⁴¹ Vgl. Alexander, S. 726.

⁷⁴² Vgl. Vogelsanger, 1986, S. 116.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD oder SAP) war in Deutschland im Oktober 1931 von „linken“ Sozialdemokraten gegründet worden, denen sich im März 1932 eine Fraktion von „rechten“ Kommunisten angeschlossen hatte, und sollte mit linkssozialistischen Parteien in Belgien, Holland und der Internationalen Linken Opposition (ILO) den eigentlichen Kern einer neuen (IV.) Internationale bilden.

cher und wurde bis 1939 weitergeführt. Eine tatsächliche trotzkistische Fraktionsarbeit ging aber im Laufe der Jahre immer mehr zurück.⁷⁴³

Aufgrund der Erfahrung mit der Zürcher SPS beschloss die MAS die Aufrechterhaltung einer eigenständigen Strukturen und einer eigenen Zeitung. Zu diesem Zweck wurde von 1935 bis 1939 die Zeitung *Trotz Alledem* herausgebracht.⁷⁴⁴ Zudem beteiligte sich die MAS von 1937-1938 an der Herausgabe von den drei Nummern des theoretischen Organs *Der einzige Weg*,⁷⁴⁵ welches dann ab März 1939 bis Februar 1940 in weiteren fünf Nummern von Walter Nelz herausgegeben werden sollte, denn Anfang 1939 hatte sich die MAS überraschend gespalten. Hintergrund davon war ein drittrangiger Streit über die Positionierung der Organisation zur Reform des Strafgesetzbuches, welcher aber nur die objektiven Ursachen der politischen Zerfallserscheinungen der schweizerischen Trotzkisten überdeckte: Auf internationaler Ebene waren die Moskauer Prozesse Ausdruck der Stabilisierung der stalinistischen Bürokratie. In Deutschland herrschte seit 1933 das Hitler-Regime, der spanische Bürgerkrieg hatte sich im Sinne Francos entschieden. Das Volksfrontexperiment in Frankreich war missglückt. Auch innenpolitisch hatten sich die Koordinaten zuungunsten der Arbeiterbewegung verschoben. Die SPS erkannte 1935 auf Druck des Bürgertums die Notwendigkeit der Landesverteidigung an (im Sinne eines gemeinsamen Widerstandes gegen die drohende faschistische Gefahr), 1936 folgte ihr die KPS. 1937 kam es zu einem „Friedensabkommen“ zwischen Gewerkschaft und Unternehmern in der Metallindustrie, dem sogenannten „historischen Kompromiss“. Der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den „Burgfrieden“ mit den Unternehmern nahm ab, der Einfluss der Trotzkisten ging zurück. 1938 war man nicht mehr als eine politische Randgruppe und sah ohnmächtig den 2. Weltkrieg herannahen. Als die Differenzen zwischen den an der Herausgabe des *Der einzige Weg* beteiligten Organisationen immer weiter zunahmen, erfolgte die Spaltung der MAS. Nelz gründete die Internationalen Revolutionären Kommunisten (IRK), die gemeinsam mit einer Jugendorganisation, der Revolutionär-Sozialistischen Jugend, auftraten. In Zürich und Basel existierten die Reste der MAS weiter, und beide Organisationen brachten eine Aprilnummer der *Trotz Alledem* heraus – in Zürich für die IRK, in Basel für die MAS. Beide Gruppen sollten dann bis Ende des Jahres von der politischen Bildfläche verschwinden: Die MAS „hatte die Stille vor dem Sturm, die reaktionäre Periode der Jahre vor Kriegsbeginn nicht überlebt“.⁷⁴⁶

Damit stellten die Trotzkisten ihre Arbeit allerdings nicht ein. Bereits im Jahre 1939 verbreiteten einzelne Trotzkisten ihre mehr oder weniger individuell hergestellten Zeitungen und Flugblätter, 1940 konnte die Herausgabe der *Informationsbriefe für revolutionäre Politik* eine Reihe von Trotzkisten wieder zusammenbringen.

Die Reaktion der Behörden auf den antimilitaristischen Inhalt der *Informationsbriefe* bestand in der Verhaftung von 16 Trotzkisten, unter ihnen Walter Nelz, Josef Steiger und René Dorizzi,⁷⁴⁷ die von mehreren Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden, nachdem 1942 der sogenannte „Trotzkistenprozess“ stattgefunden hatte – welcher der einzige politische Prozess in der Schweiz in den Kriegsjahren bleiben sollte.

2.3.2 Die Internationalen Kommunisten der Schweiz (IKS) und die Proletarische Aktion

In den Jahren 1939 bis 1944 war der Kontakt der Schweizer Trotzkisten mit der IV. Internationale bis auf wenige Diskussionen mit trotzkistischen Emigranten abgerissen. Nachdem die Kontakte wieder etabliert worden waren, wurde der spätere Sozialdemokrat Heinrich Buchbinder, der an der Aprilkonferenz der IV. Internationalen in Belgien von 1946 teilgenommen hatte, Mitglied des neuen Internatio-

⁷⁴³ Vgl. Vogelsanger, 1986, S. 127–133.

⁷⁴⁴ Alexander, 1991, S. 727; Vogelsanger, 1986, S. 126.

⁷⁴⁵ Siehe dazu auch Kapitel 2.2.

⁷⁴⁶ Vogelsanger, 1986, S. 183.

⁷⁴⁷ Nelz sollte ab 1945 inaktiv werden, Dorizzi trat der Sozialistischen Arbeiterjugend bei und brach mit dem Trotzkismus (vgl. Alexander, 1991, S. 728).

Steiger blieb nach dem Krieg der MAS treu und schloss sich 1969 der RML und später der SAP an, in der er bis zum Ende der Achtziger verblieb. Zum sogenannten Trotzkistenprozess siehe auch: J. Steiger, Un an de prison pour anti-militarisme: témoignage de Jost Steiger, in: solidaritéS, Nr. 60, 24.01.2005, S. 23. URL:

http://www.solidarites.ch/journal/index.php3?action=2&num=52&db_version=2 (20.04.2005).

Steiger ist noch heute in der trotzkistischen Bewegung aktiv.

nalen Exekutivkomitees.⁷⁴⁸ Im Zeitraum zwischen 1944-45 wurde aus ehemaligen Mitgliedern der MAS und neu hinzugekommenen Aktivisten erneut die Marxistische Aktion der Schweiz (MAS) als Sektion der IV. Internationale gegründet. Aus Tarnungsgründen wurden die Dokumente allerdings mit dem Kürzel IKS für Internationale Kommunisten der Schweiz gezeichnet. So erschienen im Zeitraum von 1946 bis 1947 über ein Dutzend Ausgaben des „Informationsmaterials der IKS“, die sich mit der Aufarbeitung der Entwicklungen auf internationaler und nationaler Ebene seit Ende des 2. Weltkrieges beschäftigten.

Die MAS konnte in der Folgezeit Kontakte zu ehemaligen Mitgliedern der Freien Jugend (einer legalen Vorfrontorganisation der während des Krieges verbotenen Kommunistischen Partei) knüpfen, die seit 1945 eine periodisch erscheinende Zeitschrift, *Proletarische Aktion*, herausgaben.⁷⁴⁹ Nachdem sich beide Organisationen in einem gemeinsamen Gründungskomitee für den Aufbau einer neuen Organisation geeinigt hatten, spalteten sich die Trotzkisten aufgrund der unterschiedlichen Einschätzungen zur Frage des Charakters der UdSSR ab, gründeten die Organisation Proletarische Aktion (PA) und übernahmen die Herausgabe der Zeitung. Die ehemaligen Herausgeber gründeten daraufhin den Marxistischen Kampfbund und veröffentlichten die Zeitschrift *Klassenkampf*⁷⁵⁰, von der wahrscheinlich nur eine Nummer erschien.

Die MAS trat nun nicht mehr öffentlich auf und arbeitete in der Proletarischen Aktion in Zürich, Basel und Winterthur, die dort laut Vogelsanger einen gewissen Einfluss auf gewerkschaftliche Oppositionsbewegungen ausüben konnte.⁷⁵¹ Zudem übte die MAS einen gewissen Einfluss in der Sozialistischen Arbeiterjugend der Schweiz (SAJS) aus, kontrollierte Ende der Vierziger SAJS-Gruppen in Basel, Zürich und Schaffhausen und veröffentlichte durch diese die Zeitung *Gegen den Strom*. Inklusive ihrer „engen“ Sympathisanten dürften die Trotzkisten in der MAS/Proletarische Aktion und der SAJS um die 100 Mitglieder gezählt haben, zwei Drittel der Mitgliedschaft und der Sympathisanten waren gewerkschaftlich organisiert, 30 % waren zugleich Mitglieder der SPS oder der PdAS (Kommunistischen Partei).⁷⁵² Somit ist Jean-Francois Marquis zuzustimmen, wenn er schreibt, dass eine starke Basis der Proletarischen Aktion in der Arbeiterklasse nicht zu verneinen gewesen wäre.⁷⁵³ Mit dem Abflauen der massiven Streikbewegungen seit 1948 ging laut Vogelsanger auch der Aufschwung für die Proletarische Aktion zu Ende.⁷⁵⁴ 1948 bis 1950 erschienen dann noch einmal fünf Ausgaben des Der einzige Weg, der aber nun als internes Organ der MAS/IKS fungieren sollte.⁷⁵⁵

2.3.3 Sozialistische Arbeiterkonferenz und Sozialistischer Arbeiterbund

Ab 1950 begannen die schweizerischen Trotzkisten für eine „echte sozialistische Arbeiterpartei“⁷⁵⁶ zu werben, d. h. zu versuchen, mit anderen Linken eine dritte sozialistische Kraft neben SPS und PdAS aufzubauen, in der die Trotzkisten wiederum als Fraktion arbeiten konnten. Mitte 1951 wurde die Sozialistische Arbeiterkonferenz (SAK) gegründet, die vor allem aus oppositionellen Gewerkschaftern bestand.⁷⁵⁷ Aus der SAK entwickelte sich der Sozialistische Arbeiterbund (SAB), der im April 1953 gegründet wurde. Die *Proletarische Aktion* sollte als Zeitung noch bis Dezember 1951 erscheinen und dann durch *Das Arbeiterwort* ersetzt werden, das von Januar 1952 bis Oktober 1969 erschien.⁷⁵⁸ Die Proletarische Aktion (in der die MAS aufgegangen war) scheint aber zumindest noch im Jahr 1953 als organisierte Strömung im SAB gearbeitet zu haben, da im Dezember ein „Internes Bulletin der Proleta-

⁷⁴⁸ Vgl. Alexander, 1991, S. 728.

⁷⁴⁹ 1947 erreichte die Zeitung eine Auflage von um die 1000 Exemplare (vgl. Lubitz, 1993, S. 214, Nr. 1254; Internet-Version: S. 88).

⁷⁵⁰ Vgl. „Von der ‚Proletarischen Aktion‘ zum ‚Klassenkampf‘ und zum Marxistischen Kampfbund“, in: *Klassenkampf*, Nr. 1, 1946, S. 1/2. SSA: 65.17.2.

⁷⁵¹ Vogelsanger, 1986, S. 214.

⁷⁵² Vgl. Alexander, 1991, S. 731.

Vogelsanger geht von 50 Mitgliedern der Proletarischen Aktion aus (Vogelsanger, 1986, S. 214).

⁷⁵³ Marquis 1983, zitiert nach Alexander, 1991, S. 731.

⁷⁵⁴ Vgl. Vogelsanger, 1986, S. 214.

⁷⁵⁵ Vgl. ebd., S. 169.

⁷⁵⁶ Alexander, 1991, S. 732.

⁷⁵⁷ Vgl. Vogelsanger, 1986, S. 214.

⁷⁵⁸ *Das Arbeiterwort* wurde zuerst gemeinsam von der Proletarischen Aktion der Schweiz und der Sozialistischen Arbeiterkonferenz herausgegeben, später dann vom Sozialistischen Arbeiterbund (Lubitz, 1993, S. 9, Nr. 0043; Internet-Version: S. 3).

rischen Aktion“ erschien.⁷⁵⁹ Die SAB sollte in den folgenden zehn Jahren langsam niedergehen und in den späten sechziger Jahren nur eine kleine Personengruppe darstellen, obwohl sie Anfang und Ende der Fünfziger mit Referenden zu Mindestlöhnen und für ein Atomwaffenverbot zwischen 40 % und 35 % Zustimmung erreichte. Zumindest konnte durch die Kampagne gegen Atomwaffen zum ersten Mal seit Ende des 2. Weltkrieges Teile der schweizerischen Arbeiterbewegung für die Unterstützung einer internationalen Kampagne und zu direkten Aktionen (Ostermarsch) gewonnen werden. Der SAB war nur für wenige Mitglieder der Kommunistischen Partei (PdAS) eine politische Alternative, die 1956 wegen den Ereignissen um den Ungarnaufstand die PdAS verließen. Einer von ihnen war Hans Anderefuhr, ein ehemaliges Mitglied des ZK der KPS, oder auch Hermann Bobst, ehemaliges Mitglied im Plenum des Exekutivkomitees der III. Internationalen und des ZK der KPS. Ähnlich wie bereits zur Zeit der Linken Opposition in der KPS und der späteren MAS traten so einige Gründungsmitgliedern und ZK-Mitglieder der KPS/PdAS den Trotzkisten bei, was deren Anspruch dokumentiert, eine revolutionäre Alternative zur Kommunistischen Partei darstellen zu wollen.

Zum Abschluss dieser Periode soll noch erwähnt werden, dass, nachdem sich die schweizerischen Trotzkisten 1953 dem Internationalen Komitee der Vierten Internationale (IKVI) angeschlossen hatten, sie 1963 wiederum dem neu gegründeten Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale beitraten. Welche Rolle der 1938 in die Schweiz geflohene Österreicher Joseph Frey beim Anschluss der schweizerischen Trotzkisten an das IKVI spielte, ist unsicher. Alexander vertritt die Auffassung, dass Frey in der rund zwei Dutzend Mitglieder zählenden MAS rasch beträchtlichen Einfluss gewinnen konnte,⁷⁶⁰ was laut Rodolphe Prager die Beziehungen der MAS zur Vierten Internationale für eine Reihe von Jahren merklich verschlechtern sollte.⁷⁶¹ Angerer und Vogelsanger weisen zwar auf die Mitarbeit von Frey bei der MAS und dem SAB hin,⁷⁶² unklar bleibt aber sein tatsächlicher Einfluss. So sind eine Reihe der Ausgaben des *Informationsmaterials der IKS* von G. Hirt, dem Pseudonym von Josef Frey, unterzeichnet.⁷⁶³ Frey und MAS formulierten ab 1946 deutliche Kritik an der politischen Linie der Vierten Internationale. Dazu gehörte auch die Kritik an der fehlenden Unterstützung bzw. der Unterschlagung von politischen Stellungnahmen der MAS. So erhielt die MAS keinerlei Echo auf ihre Schriften zur Deutschlandarbeit von 1946 und 1947 und war gezwungen, diese auf eigene Rechnung erst 1949 zu veröffentlichen.⁷⁶⁴

Ähnlich wie in Deutschland und in Österreich (und in weiteren europäischen Sektionen des VSVI) warteten nun auch in der Schweiz bis Ende der sechziger Jahre eine kleine Gruppe altgedienter Trotzkisten auf den Wiederaufschwung der Weltrevolution.

2.3.4 Studenten-/Jugendbewegung 1968 und die radikale Linke

Der Unmut gegen die als konservativ empfundenen gesellschaftlichen Verhältnisse erreichte in der Schweiz im Jahre 1968 seinen Höhepunkt. Schüler besetzten ihre Aulen, Studenten demonstrierten für Reformen an den Universitäten, Demonstrationen gegen Militarismus und für die Demokratisierung der Lehre wurden in Genf durchgeführt, in Zürich kam es zu den „Globuskrawallen“, als hunderte Jugendliche ein leerstehendes Lagerhaus besetzten und ein autonomes Jugendhaus forderten.⁷⁶⁵ Schon in den sechziger Jahren existierte die Atomtod-Bewegung, die jährlich Ostermärsche durchführte, und bereits 1965 bildeten sich studentische Initiativen wie die Fortschrittliche Studentenschaft (FSZ) in Zürich. Zur gleichen Zeit engagierten sich Aktivisten in den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien für eine linkere Politik. Neu war allerdings, dass sich aufgrund der auch in der Schweiz wahrgenommenen internationalen Bewegungen diese Gruppen seit Mitte der Sechziger zusammenfanden und

⁷⁵⁹ Vgl. ebd., S. 56.

⁷⁶⁰ Vgl. Alexander, 1991, S. 728.

⁷⁶¹ Zitiert nach ebd.

⁷⁶² Vgl. Vogelsanger, 1986, S. 168f.

⁷⁶³ Informationsmaterial der IKS. Zürich 1946-1947. SSA: 335 412a-13.

⁷⁶⁴ Marxistische Aktion der Schweiz, Ausgangspunkt, Ziel, Weg und Tagesaufgabe der deutschen Arbeiterklasse, o. O., 1949. SSA: 335 412a-16.

⁷⁶⁵ Vgl. A. Rauber, *Formierter Widerstand. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz, 1944-1991*, Zürich 2003, S. 485-491.

ihre Anliegen in die Öffentlichkeit und die gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen tragen konnten.⁷⁶⁶

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), 1944 als Nachfolgepartei der KPS gegründet, reagierte wie ihre europäischen Schwesterorganisationen eher verhalten auf die politischen Entwicklungen in der Jugend:

„einige Elemente versuchen, die Bewegung für Ziele zu missbrauchen, die der Gesellschaftsumwandlung schaden; und zwar mit Mitteln, die nicht dem aktuellen Politikverständnis der Arbeitermasse entsprechen und zum Teil von mangelnder politischer Verantwortung zeugen und zur Isolierung der Partei führen können, die von der Arbeiterklasse als Vorhut ins Leben gerufen wurde“.⁷⁶⁷

Die Niederschlagung des Prager Frühlings (welche allerdings in ungewöhnlicher Schärfe durch die PdAS kritisiert wurde) und die These der „friedlichen Koexistenz“ mit einem politischen System, das gerade einen blutigen Krieg in Vietnam führte, trugen nicht zur Beliebtheit der PdAS unter den sich politisierenden Schichten der Jugend bei, auch wenn sich in der PdAS seit Mitte der Sechziger junge Mitglieder engagiert hatten, die hauptsächlich aus der Antiatom-Bewegung der späten fünfziger Jahre stammten.⁷⁶⁸ In Zürich wurden sogar gegen internen Widerstand sich autonom organisierende Jugendliche aufgenommen bzw. 1964 die „Junge Sektion“ in Zürich gegründet, während im Tessin Doppelmitgliedschaften mit der sich von der PdAS autonom organisierenden „Movimento giovanile progressista“ erlaubt wurden.⁷⁶⁹

Die schwelende Kritik innerhalb der Jugendorganisationen führte u. a. zur Gründung von Geheimfraktionen in der Freien Jugend (Jugendorganisation der PdAS) in Genf und im Kanton Waadt, aus denen sich 1969 die trotzkistische RML entwickeln sollte (siehe unten). Die PdAS verlor einen Großteil ihrer Jugendlichen und Intellektuellen nicht nur an die RML,⁷⁷⁰ sondern auch an verschiedene maoistisch orientierte Organisationen. In Zürich entstand aus vormaligen Mitgliedern der PdAS Jugend die Revolutionäre Aufbauorganisation (RAZ), in Basel gründeten Lehrlinge, Gymnasiasten und Studenten 1969 die Progressive Organisation Basel (POB), die sich mit anderen Gruppen zur POCH zusammenschließen sollten. Diese verstand sich als unabhängiger Teil der kommunistischen Bewegung und nahm im chinesisch-sowjetischen Konflikt eine Mittelposition ein. Ebenso wie die RML/SAP sollte sie nicht den Zusammenbruch des Ostblocks überstehen. Eine dritte linksradikale Organisation war die Partito socialista autonomo (PSA), die sich 1969 aus dem linken Flügel der SPS im Tessin abspaltete. PdAS, POCH und PSA arbeiteten im Laufe der Jahre auf außerparlamentarischer und parlamentarischer Ebene verstärkt zusammen, bis die PSA 1988 in die Sozialdemokratie zurückkehrte.

2.3.5 Revolutionär Marxistische Liga (RML) / Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)

Bereits vor dem französischen Mai 1968 und dem Einmarsch russischer Truppen in der Tschechoslowakei begannen sich in der Kommunistischen Partei im Waadtland, der Parti Ouvrier Populaire (POP/PdAS), einige Mitglieder trotzkistischen Ideen zuzuwenden. Durch die Initiative von Charles-André Udry war ein geheimer Lesezirkel innerhalb der POP in Lausanne entstanden, der sich mit Schriften von Rosa Luxemburg, Antonio Gramsci und trotzkistischen Autoren auseinandersetzte.⁷⁷¹ Udry war seit Beginn der sechziger Jahre Trotzkist und stand mit Vertretern der IV. Internationale in Kontakt. Er war in die POP mit dem Ziel eingetreten, eine möglichst große Gruppe von Personen für die IV. Internationale zu gewinnen und zu einem günstigen Zeitpunkt mit dieser wieder auszutreten. Der Lesezirkel, der den klangvollen Namen Réunion Spéciale (RS) trug, sammelte vor allem Lehrlinge und Studenten um sich, die sowohl die abwartende Haltung der KPF während der Pariser Maiunruhen kritisierten wie auch mit der unkritischen Politik der PdAS gegenüber der UdSSR und deren Politik im Zeichen der „friedlichen Koexistenz“ unzufrieden waren.⁷⁷² Nach dem Einmarsch sowjetischer Trup-

⁷⁶⁶ Vgl. F. Osterwalder, „Das Ende des kalten Krieges“, in: *Bresche-Magazin*, Nr. 2, 1988, S. 23–25.

⁷⁶⁷ Beschluss der Genfer Sektion der PdA vom September 1968, zitiert nach Rauber, 2003, S. 490.

⁷⁶⁸ Vgl. Wisler, 1996, S. 65.

⁷⁶⁹ Vgl. Rauber, 2003, S. 513, 522.

⁷⁷⁰ Ebd., S. 514.

⁷⁷¹ Vgl. Scherrer, 2004, S. 80.

⁷⁷² Ebd.

pen in die CSSR kritisierten RS und Teile der Jugendorganisation der POP, Jeunesses progressistes vaudoises (JP), die Haltung der PdAS, welche den Einmarsch zwar verurteilte, aber natürlich nicht bereit war mit ihrer „Moskauorientierung“ zu brechen. Zum Eklat mit der POP sollte es allerdings erst kommen, nachdem die Zirkelarbeit der RS in dieser bekannt wurde.

Die führenden fünf Köpfe der RS⁷⁷³ wurden im Oktober 1969 ausgeschlossen. Ihnen folgten daraufhin 40 weitere Mitglieder. RS und Teile der JP gründeten in Lausanne Ende 1969 die LMR/RML, die nicht ausschließlich aus überzeugten Trotzkisten bestand, die jedoch die Ablehnung des Stalinismus und der Wunsch zum Aufbau einer revolutionären Organisation verband.⁷⁷⁴ Nach längeren Diskussionen um die organisatorische Orientierung der RML (unabhängige Organisation, Anschluss an die IV. Internationale (VSVI) oder an deren Konkurrenzverbände) setzte sich die Gruppe um Udry durch, die für den Anschluss an das VSVI plädiert hatten. Alternativ dazu wurde auch ein Anschluss an Pablos RMT diskutiert, Vertreter der französischen „Pablisten“, der Alliance Marxiste Révolutionnaire, nahmen 1969 an einem „Dissidentenkongress“ in Zürich teil, der verschiedene Oppositionelle der PdAS zusammenbrachte.⁷⁷⁵

Am ersten Nationalen Kongress der RML in Zürich im April 1971 nahmen rund 150 Delegierte aus Lausanne, Vevey, Nyon, Neuchâtel (Neuenburg) und Bern-Jura teil.⁷⁷⁶ Eine Gruppe aus Genf trat der RML auf dem Kongress bei, des weiteren waren rund 20 „Beobachter“ aus Zürich und Fribourg (Freiburg)⁷⁷⁷ anwesend. Die soziale Zusammensetzung war größtenteils studentisch, im Rahmen der internationalen Orientierung auf die „Neue Avantgarde“ sollte die zukünftige Partei an den Hochschulen und Gymnasien aufgebaut werden.⁷⁷⁸

„Es handelte sich dabei um eine wahre intellektuelle Elite, die sich einerseits aus einem Teil der studentischen Bewegung vom Mai 1968, andererseits aus einer Fraktion der Waadtländer Jeunesses Progressistes zusammensetzte. (...) In den so genannten Einsatzkomitees erhielten die zugelassenen Mitglieder eine ideologische Einführung, wurden in Streitgesprächen und in revolutionärer Agitation geschult, um professionelle Aktivisten zu werden. Einige opferten sogar ihre akademische Laufbahn, um mit ihren Genossen in Fabriken zu arbeiten und dadurch die Arbeitermassen nach ihren Vorstellungen zu vereinen. Ihre weniger engagierten Mitstreiter verzichteten nur darauf, lange auszuschlafen, um ab und zu früh morgens mit erfrorenen Händen die Zeitung der Vereinigung, *La Brèche*, vor dem Eingang zu verteilen.“⁷⁷⁹

In den folgenden sechs Monaten schloss sich eine Gruppe in Zürich der RML an, die aus Mitgliedern des SAB in Zürich⁷⁸⁰ und jüngeren Intellektuellen und Arbeitern bestand.⁷⁸¹ Die RML wurde als sympathisierende Organisation des Vereinigten Sekretariats anerkannt⁷⁸² und galt bald als die aktivste Sympathisantengruppe der IV. Internationale (VSVI) in Europa⁷⁸³, zudem als:

⁷⁷³ Darunter Charles-André Udry, Olivier Pavillon, Jeanine Lavanchy und Pierre Rieben, der der POP 1956 als 19-jähriger beitreten war (Rauber, 2003, S. 526, 779).

Gerade Pavillon, Rieben und Jeanine Lavanchy galten noch 1968 „bei der kommunistischen Führung als die „große Hoffnung“, als „brillanter intellektueller Nachwuchs“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 14.5.1973. AfZ: IB wf-Archiv 17.4.11.1 [RML/LMR]).

Rieben sollte „sich in der ‚hyperintellektuellen‘ RML zusehends unwohl“ fühlen und ging 1973 nach Chile, wurde nach dem Putsch Pinochets verhaftet, konnte nach Europa zurückkehren und zog sich aus der Politik zurück (vgl. Scherrer, 2004, S. 71). Eine Kurzbiografie zu Pierre Rieben ist im Anhang zu André Raubers umfangreicher Untersuchung zu finden (Rauber, 2003, S. 779/780).

⁷⁷⁴ Scherrer, 2004, S. 81.

⁷⁷⁵ Ebd., Fußnote 371.

⁷⁷⁶ Vgl. Alexander, 1996, S. 733.

⁷⁷⁷ Im folgenden werden für die französischsprachigen bzw. bilingualen Schweizer Städte die deutschsprachigen Bezeichnungen verwendet.

⁷⁷⁸ Vgl. Alexander, 1991, S. 734.

⁷⁷⁹ Anne-Françoise Praz, *De Katmandou à Kaiseraugst. La Suisse de 1970 à 1979*, Prilly bei Lausanne 1998, S. 36, zitiert nach Rauber, 2003, S. 531.

⁷⁸⁰ In diesem Zusammenhang ist der Hinweis von Scherrer interessant, dass die Zürcher Gruppe die starke Ausrichtung der RML an der Politik der Ligue Communiste in Frankreich kritisierte, während man sich in der Deutschschweiz immer an den angelsächsischen Trotzkisten orientiert habe (Scherrer, 2004, Fußnote 373).

⁷⁸¹ Vgl. Vogelsanger, 1986, S. 216; Scherrer, 2004, S. 81.

⁷⁸² Vgl. Alexander, 1991, S. 734.

⁷⁸³ Ligue marxiste révolutionnaire (LMR), Oktober 1973, S. 4. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

„vielleicht die beststrukturierte politische Organisation, und dies nicht nur unter den linksextremen Bewegungen [der Schweiz, F. N.]. Ihr weit gefächertes Tätigkeitsfeld reicht von den Universitäten über die Arbeiter- und Angestelltenkreise bis in Schüler- und Lehrlingskreise“.⁷⁸⁴

Bereits zu diesem Zeitpunkt war nicht nur das soziale Terrain recht weit gefächert, sondern auch das thematische. Die RML befasste sich mit allem, was die Bevölkerung gegen private Einrichtungen oder staatliche Institutionen aufbrachte: Gegen den Bau von Armeegebäuden in kleinen Ortschaften, gegen die Schließung von Jugendhäusern,⁷⁸⁵ gegen Mieterhöhungen und wies 1973 sogar Fluorschäden im Wallis nach – was zuerst als linke Spinnerei ausgelegt wurde, aber dann von offizieller Seite bestätigt werden musste.⁷⁸⁶

Bis 1974 wurden weitere Ortsgruppen (Sektionen) in Bern, Zug, Solothurn und im Aargau aufgebaut,⁷⁸⁷ auch schloss sich 1973 die Gruppe Bandiera rossa der RML an, die aus der PSA im Tessin ausgeschieden war:

„Sie entstand aus der Abspaltung der kleinen Gruppe militanter PSA-Leute – ausnahmslos Akademiker –, denen die Stammpartei zu ‚reformistisch‘ und damit unannehmbar geworden war.“⁷⁸⁸

Dabei entstanden die neuen Sektionen nicht nur als Ableger von Sektionen in anderen Städten, sondern hatten z. T. schon länger politische Erfahrungen gesammelt, bevor sie sich der RML anschlossen. In Zug hatten sich beispielsweise seit 1969 Schüler und Lehrlinge durch Unterschriftensammlaktionen aktiviert und politisiert. In den Folgejahren entstanden Dutzende Organisationen mit unterschiedlichen Aktionsfeldern und politischen Anliegen, die sich u. a. auch auflösten und neu formierten. Zuger Gruppen wie der Maiblitz und der Betriebskampf diskutierten ab Januar 1973 mit RML-Vertretern und gründeten am 1. Mai 1973 die RML-Sektion Zug mit fünf Gründungsmitgliedern.⁷⁸⁹ Im darauf folgenden Jahr vereinigte sich die RML mit der Sozialistischen Basis Aargau/Solothurn (SBAS), die im Oktober 1971 aus der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) in Aargau hervorgegangen war. Die SBAS orientierte sich auf Lokal- und Betriebspolitik und verfolgte laut André Froidevaux das Ziel, „der Masse der Lohnabhängigen mit Basiskämpfen Wege des Widerstandes aufzeigen“.⁷⁹⁰ Die Entstehung der SBAS (in einem ländlichen Gebiet) wurde als Ausdruck der von den städtischen Zentren ausgehenden Anziehungskraft der revolutionär-marxistischen Strömungen gesehen, wobei diese Strömungen eine vorwärtsreibende Rolle in der „neuen Avantgarde“ und in weiteren Radikalisierungsprozessen der Jugend spielen könnten und „auf diesem ‚Umweg‘ in den heute noch erst partiell und vereinzelt bemerkbaren Politisierungsprozess in der Arbeiterklasse selber sich einschalten“.⁷⁹¹

Der zweite Kongress der RML von 1973 beschäftigte sich mit der politischen Situation in der Schweiz und mit politisch-organisatorischen Fragen, die sich aus der regionalen Expansion Richtung deutschsprachiger Schweiz und des zunehmenden sozialen Kontakts von Studenten in der RML zu schweizerischen und ausländischen Arbeitern ergaben.⁷⁹² Die RML zählte nun 15 lokale Sektionen in zehn Kantonen der Schweiz,⁷⁹³ von den 340 Mitgliedern wohnten rund 150 in der deutschen Schweiz (Bern, Zürich, Zug, Luzern und Einzelpersonen in Basel).⁷⁹⁴

⁷⁸⁴ M.-R. Flechtner, „Der Revolution den Weg ebnen. Ziele und Arbeitsmethoden der linksextremen Bewegungen in der Schweiz“, in: *Der Bund*, Nr. 281, 1. Dezember 1974, S. 5/6. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.00.-1.5.0.

Den Status einer offiziellen Sektion des VS VI erlangte die RML 1974 auf dem 10. Weltkongress der Vierten Internationale.

⁷⁸⁵ Ebd.

⁷⁸⁶ Vgl. „Und wenn die Marxisten doch recht hätten?“ in: *Walliser Bote*, 31. August 1973. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.00.-1.5.0

⁷⁸⁷ Scherrer, 2004, S. 81.

⁷⁸⁸ Vgl. „Basisriß bei den Tessiner Autonomen Sozialisten“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 6.6.1973. AfZ: IB wf-Archiv 17.4.11.1 (RML/LMR).

⁷⁸⁹ Vgl. Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Sektion Zug, *Die ersten 10 Jahre*, Zug 1983, S. 9ff. SSA: 335 414b-12.

⁷⁹⁰ Vgl. F. Müller, „Zersplitterung der Aargauer Oppositionellen. Das ‚Team 67‘ und die Folgen“, in: *National Zeitung*, 11. Juli 1973. AfZ: SAD-Dokumentation 5.1.13.2. 351 Sozialistische Basis Aargau/Solothurn.

⁷⁹¹ „Zusammenschluß zwischen SBAS und RML/LMR. Gemeinsame Erklärung“, in: *bresche*, Zürich, Nr. 31, Mai 1974. AfZ: SAD-Dokumentation 5.1.13.2. 351 Sozialistische Basis Aargau/Solothurn.

⁷⁹² Vgl. Alexander, 1991, S. 734.

⁷⁹³ P. Gilg, *Jugendliches Drängen in der schweizerischen Politik*, Bern 1974, S. 106.

⁷⁹⁴ Vgl. M. Schwander, „Revolutionäre Marxisten‘ tagten in Lausanne“, in: *Tagesanzeiger*, 8.5.1973. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

Die Mitgliederzahlen wurden ein Jahr später mit rund 350 Personen angegeben, darüber hinaus existierte ein organisatorisch erfasster Kreis von Sympathisanten und Kandidaten, so dass man eine Mitgliedschaft von 1000 bis 1200 Personen zählen könnte. Rund die Hälfte der Mitgliedschaft war jünger als 25 Jahre, gerade einmal 10 % waren älter als 35 Jahre. Der Frauenanteil machte ca. 30 % aus. Insgesamt stellten so die Hochschulabsolventen, Studenten und Mittelschüler die Mehrheit in der RML.⁷⁹⁵ Landesweites Aufsehen erregt der zweite Kongress der RML, da sich in der Decke des Versammlungsraumes in Epalinges bei Lausanne ein „Minispion“ fand, dessen Einsatz der Kantonspolizei Waadt durch das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement erlaubt worden war⁷⁹⁶ – verschiedene liberale Blätter protestierten auf das Heftigste.

Der dritte Kongress im Februar 1976, an dem neben den 400 Delegierten und Mitgliedern auch Delegationen aus Frankreich, Deutschland, Österreich, Italien, Spanien, Bolivien und Ceylon teilnahmen,⁷⁹⁷ betonte die Notwendigkeit des Aufbaus lokaler gewerkschaftlicher Basiskomitees, um eine kämpferischere Haltung unter der Arbeiterschaft zu unterstützen. Zudem wurde die Politik der „defensive Einheitsaktion“ beschlossen, die es der RML ermöglichen sollte, sich an lokalen und nationalen Initiativen und Komitees anderer linker Organisationen zu beteiligen, was zusammen mit der Öffnung der Komitees für die 40-Std.-Woche und der Beteiligung am Referendum für politische Rechte erste Erfolge brachte.⁷⁹⁸ Zu diesem Zeitpunkt hatte die RML 21 Ortsgruppen in der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Die Bresche von März 1976 stellt eine Reihe von statistischen Daten zur Verfügung, die im folgenden wiedergegeben werden sollen:

Das Beitrittsalter zwischen 16 und 20 Jahren lag bei 42 %, zwischen 21 und 30 Jahren bei 51 % und bei über 30 Jahren bei 7 %. Der Anteil der 16 bis 30-jährigen betrug 86 %, weitere 11 % waren zwischen 30 und 40 Jahre alt, die über 40-jährigen machten einen Anteil von 3 % aus. Arbeiter, Angestellte und Lehrer stellten mit 52 % gegenüber den Schülern und Studierenden mit 40 % die größte soziale Gruppe. Die verbliebenen 8 % setzten sich aus Arbeitslosen, Ungelernten und RML-Funktionären zusammen. 25 % der Mitgliedschaft bestand aus Frauen.⁷⁹⁹

Im Unterschied zum Kongress von 1974 stellte nun der Anteil von Arbeitnehmern die Mehrheit in der Organisation, was die RML auch besonders hervorhob. Ein Kommentar im *Aargauer Tagblatt* beleuchtete diese Entwicklung allerdings in einem anderen Licht:

„Die RML musste an ihrem 3. Kongress feststellen, dass sie fast keinen Nachwuchs an Jungen erhält. Das ist ein weiteres Zeichen dafür, dass die Jugend der extremen Linken überflüssig geworden ist. Die Gymnasiasten und Studenten, die sich Ende der sechziger Jahre zu Vorbereitung der Revolution organisiert hatten, stellen heute fest, dass auch sie inzwischen älter geworden sind. Etliche gehen sogar bezahlter Arbeit nach, nicht selten als Lehrer oder als Sozialarbeiter im kommunalen oder kirchlichen Bereich. Diese Entwicklung deuten die Revolutionäre als ‚Verstärkung der Verankerung bei den Lohnabhängigen‘.“⁸⁰⁰

Anfang Mai 1976 kam es in einer der größten Sektionen der RML zu einer tieferen politischen Krise. 23 Mitglieder verteilten innerhalb der Gruppe in Lausanne einen Text, in welchem sie ihr Unbehagen über das undemokratische Funktionieren und die Unfähigkeit der Stadtleitung zur Stimulierung politischer Debatten beklagten. Innerhalb der nun folgenden Debatten wurden weitere Probleme aufgeworfen: Organisatorische Routine, Fehlen einer gesamtpolitischen Sicht der Probleme, ein zu hoher Arbeitsrhythmus, Erstickung des Privatlebens, Fehlen interner Demokratie und das Gefühl, in politischen Kampagnen konkretere, überschaubarere und effektivere Arbeit als in der RML selber leisten

⁷⁹⁵ Vgl. Gilg, 1974, S. 108f.

⁷⁹⁶ Vgl. „Die Ligue marxiste révolutionnaire und der Mini-Spion“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.5.1973. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

⁷⁹⁷ Vgl. „Revolutionär Marxistische Liga tagt in Zürich“, in: *Die Ostschweiz*, 2. März 1976. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

⁷⁹⁸ Vgl. Lokalpolitik, Diskussionsvorschlag der SL [Zürich, 28.3.77]. SSA: Ar 65.12.1. SAP- Interne Berichte/Zirkulare, National 1976-1977.

⁷⁹⁹ Vgl. *Bresche*, Nr. 65, 1976, S. 10.

⁸⁰⁰ „Krisenzeichen bei der RML“, in: *Aargauer Tagblatt*, Ausg. Neue Bürgerzeitung, 30. März 1976. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

zu können⁸⁰¹ – was implizit die Notwendigkeit der RML in Frage stellte. Eine Kommission des ZK, welche die Krise in Lausanne untersuchte, stellte fest, dass eine Reihe von Fragen durch das allgemeine Klima der Unsicherheit und Lähmung in der Lausanner Sektion an Bedeutung gewonnen hätten. Allgemein müsse aber innerhalb der Organisation festgestellt werden, dass man an die Grenzen des geographischen und numerischen Wachstums gestoßen sei:

„Wir müssen also unsere Genossen und Genossinnen darauf vorbereiten, dass wir als RML nicht mehr im selben Ausmaß weiterwachsen werden. Ein unrealistischer Zwekkoptimismus über unsere Bedeutung und unser Wachstum würde nur zu einer Entmutigung grossen Ausmasses führen.“⁸⁰²

Eine Sitzung des ZK im Juni 1977 stellte erneut fest, dass die Organisation seit dem dritten Kongress eher geschrumpft war und in großen Schwierigkeiten stecke, in einigen Sektionen könne man von einer Krise sprechen. Hintergrund sei die anhaltende Passivität der Arbeiterklasse. Bei den Versuchen sich neu zu orientieren und aufzubauen, zeichneten sich zwei Richtungen ab: Die eine wollte ihre Hauptintervention auf die Betriebe ausrichten, die andere sich stärker in Richtung von Initiativen und Wahlteilnahmen orientieren.⁸⁰³

Die Schwierigkeiten der RML spiegelten die Schwierigkeiten der gesamten Linken bzw. progressiven Organisationen wider. Gemeinhin wird das Jahr 1968 als der Höhepunkt der Proteste der „68er Generation“ verstanden. Tatsächlich bildete dieses Jahr nur den Auftakt für ein Anwachsen von Streiks, Demonstrationen, Organisationsgründungen, Proteste etc., die erst in den Jahren um 1975 ihren Höhepunkt finden sollten.⁸⁰⁴

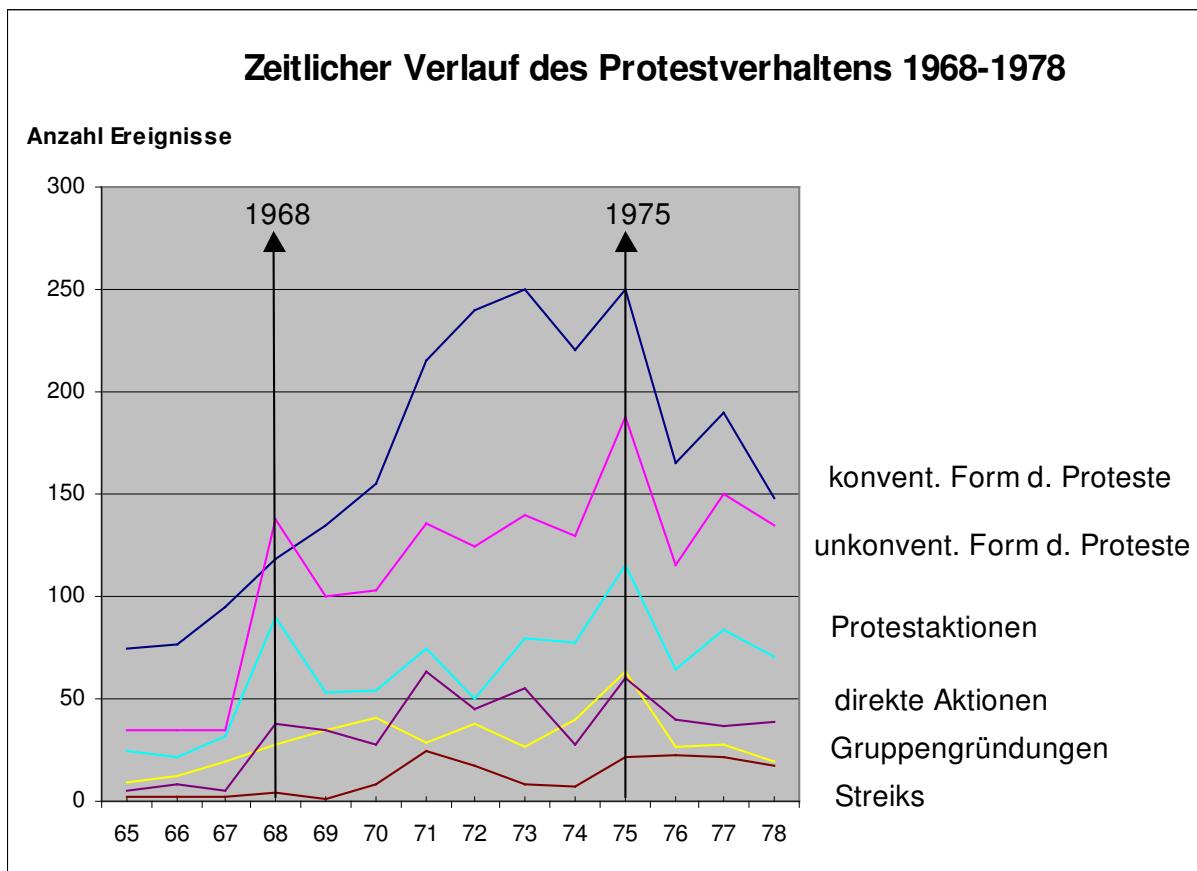


Abb. 7: Zeitlicher Verlauf des Protestverhaltens in der Schweiz (Quelle: Kriesi, 1981, S. 438-454.)

⁸⁰¹ Vgl. Intern, Text über Lausanne, S. 2. SSA: Ar. 65.12.1 Mappe 4. SAP, Interne Berichte, Zirkulare National 1976-1977.

⁸⁰² Ebd., S. 3.

⁸⁰³ Vgl. Protokoll des ZK vom 4./5. Juni 1977, S. 2. SSA: Ar. 65.12.1 Mappe 4. SAP, Interne Berichte, Zirkulare National 1976-1977.

⁸⁰⁴ Vgl. G. Ganguillet, „Formen der politischen Artikulation“, in: *Politische Aktivierung in der Schweiz 1945-1978*, hrsg. von H. Kriesi, R. Levy, G. Ganguillet, H. Zwicky, Diessendorf 1981, S. 438-454.

Der vierte Kongress 1978 beschloss die Teilnahme an den Nationalratswahlen von 1979 und gab dem Wunsch zu Listenverbindungen und stärkerer Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen Ausdruck, wenn auch eine Fusion mit der PdAS oder der POCH entschieden abgelehnt wurde. Weiter stand die Arbeit in den Gewerkschaften (die Hälfte der 34 Mitglieder des neuen ZK engagierten sich im Gewerkschaftsbereich) und in der Antiatom-Bewegung im Mittelpunkt. 150 Delegierte aus 15 Sektionen vertraten rund 500 Mitglieder. Die Anzahl der Sympathisanten wurde mit 5000 [!] angegeben.⁸⁰⁵

Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan führte in der RML zu einer kleinen Krise. Eine Mehrheit schloss sich der scharfen Verurteilung des Einmarsches an, wobei man aber aufgrund des zu erwartenden Sieges der Mullahs nicht den Rückzug der Roten Armee forderte. Eine Minderheit übte nur moderate Kritik, während eine zweite Minderheit, die 1980 mit einem Mitbegründer der RML, Olivier Pavillon, austreten sollte, den sofortigen Rückzug der Armee verlangte.⁸⁰⁶

Auf ihrem 5. Kongress Ende September 1980 nannte sich die RML in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) um. Diese hatte mittlerweile Ortsgruppen in 18 Orten und Städten, darunter vier im französischsprachigen und eine im italienischsprachigen Raum der Schweiz.⁸⁰⁷ Nachdem sich die RML, ähnlich wie die deutsche und österreichische Schwesternorganisationen, auf die Arbeit innerhalb der Studierendenschaft, der antiautoritären Jugendbewegung und Solidaritätskampagnen für Bewegungen in der Dritten Welt engagiert hatte, verlagerte sie nun ihre Schwerpunkte auf Fragen der schweizerischen Politik: Konkret beschloss sie die Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative für eine Verbesserung der Berufsausbildung, den Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation und die verstärkte Mitarbeit beim Aufbau der Gewerkschaften.⁸⁰⁸

Die Umbenennung wurde mit der wachsenden Bedeutung der eigenen Organisation begründet, die sich heute nicht nur an eine kleine radikalierte Schicht wenden würde, um zu zeigen, „dass die Revolution eine Perspektive und der Marxismus ein Wegweiser dahin ist“, sondern die ihre „Vorschläge vermehrt direkt an die ganze Arbeiterklasse“ richte:

„Die RML ist politisch und durch ihren Beitrag zum Gewerkschaftsaufbau eine Kraft geworden, *die das machen kann*. (...) Die Idee, die der Namensänderung zugrunde liegt – dass wir uns heute mit unseren Vorschlägen an die gesamte Arbeiterklasse richten können und müssen-, wurde durch den Kongress auch in praktischer Hinsicht bestätigt“.⁸⁰⁹

Dahinter verbarg sich allerdings eine politische Umorientierung, die zwar den Anspruch deutlich machte, von einer „Liga“ zu einer „Arbeiterpartei“ gewachsen zu sein, die aber auch implizit eingestand, dass die „kleine radikalierte Schicht“ nicht mehr weiter anwuchs und nun „die langen Mühen der Ebene“ mit Volksinitiativen und Gewerkschaftsarbeit bevorstanden. Das ZK der RML konstatierte bereits im Juni 1977, dass sich die Organisation nicht nur in einer Phase der Stagnation, sondern in großen Schwierigkeiten befand:

„in einigen Sektionen kann man von Krisen sprechen, angesichts der anhaltenden Passivität der Arbeiterklasse. In den Versuchen sich neu zu orientieren und aufzubauen, zeichnen sich 2 Richtungen ab (neben den vielen Militanten, die so ziemlich orientierungslos herumsitzen und abwarten). Die einen möchten die Hauptintervention auf die Betriebe ausrichten, die anderen sehen grösere Möglichkeiten im zentralen Auftreten mit (...) Mitteln der halbdirekten Demokratie“.⁸¹⁰

Die Sektionsleitung in Zürich betonte im selben Jahr bereits die Notwendigkeit der „Verankerung in der Arbeiterklasse“:

„Zudem müssen wir durch unsere Politik beginnen, für Teile der Lohnabhängigen als nützliche Kraft (oder Instrument) zu erscheinen zur Verteidigung ihrer Interessen (z.B. gegen Taxerhöhungen usw.), und können auf ausgewählte Fragen Diskussionen in die

⁸⁰⁵ Vgl. „RML will an Nationalratswahlen teilnehmen“, in: *Luzerner Neueste Nachrichten*, 4. Juli 1978. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

⁸⁰⁶ Vgl. Scherrer, 2004, S. 89.

⁸⁰⁷ Aarau, Baden, Basel, Bern, Biel, La Chaux-de-Fonds, Jura, Freiburg, Genf, Lausanne, Luzern, Neuenburg, Olten, Schaffhausen, Tessin, Winterthur, Zug und Zürich.

⁸⁰⁸ Vgl. „Von der RML zur SAP“, in: *Bresche*, Nr. 166, 6. Oktober 1980, S. 3.

⁸⁰⁹ Ebd., kursiv im Original.

⁸¹⁰ Protokoll des ZK vom 4./5. Juni 1977. SSA: Ar 65.12.1 Mappe 4. SAP- Interne Berichte/Zirkulare, National 1976-1977.

Arbeiterbewegung hineinwirken lassen (oder hineinragen), was auch die zähe Einpflanzungsarbeit bei den Lohnabhängigen erleichtern wird“.⁸¹¹

Die RML-Kader waren sich also bereits seit längerem über die Schwierigkeiten des Aufbaus durch reine Agitation und Propaganda bewusst. Statt „revolutionären Phrasen“, welche die eher pragmatisch orientierten schweizerischen Trotzkisten schon Mitte der Siebziger abgelegt hatten, orientierten sie sich auf bevorstehende Abwehrkämpfe:

„Angesichts der Angriffe des Bürgertums und der Schwierigkeit der Arbeiterbewegung, darauf wirkungsvoll zu antworten, beschloss der Kongress zudem, verstärkt auf eine kämpferische gewerkschaftliche Organisation zur Abwehr der Angriffe hinzuarbeiten“.⁸¹²

Die Orientierung auf gewerkschaftliche „Tagesarbeit“ barg allerdings auch die Gefahr, sich von spontanen Radikalisierungerscheinungen zu isolieren bzw. für diese Bewegungen unattraktiv zu werden. Die „Jugendkrawalle“ in Zürich im Mai/Juni 1980 hatten überraschend für alle Parteien eine radikale Bewegung entstehen lassen, die bis in die Mitte der Achtziger agieren sollte. Die RML folgerte daraus, dass

„eine SAP, die sich verstärkt am Aufbau der Gewerkschaften beteiligt, die bemüht ist, sich an alle Lohnabhängigen zu wenden, (...) das Risiko eingeht, von denen nicht mehr verstanden zu werden, die oft spontan bereit sind, sich für Änderungen einzusetzen – die Jugend“.⁸¹³

Um 1980 zählte die Mitgliedschaft bis zu 800 Personen, davon sei knapp die Hälfte in der Westschweiz aktiv. Etwa 80 % waren zwischen 20 und 30 Jahre alt, ein Drittel der Mitgliedschaft bestand aus Frauen. Der Kreis der organisierten Sympathisanten belief sich auf bis zu 1.200 Personen. 52 % der Mitglieder setzten sich aus Arbeitern, Angestellten und Lehrern zusammen, 40 % waren Lehrlinge und Studenten, weitere 8 % waren arbeitslos oder Funktionäre der RML/SAP.⁸¹⁴

Der 6. Kongress der SAP (ex-RML) von 1983 beschäftigte sich mit den Themen Gewerkschaftsarbeit, Umwelt- und Friedensbewegung, Sozialversicherungsfragen und Frauenbewegung.⁸¹⁵ Die SAP befand sich in diesem Zeitraum scheinbar mitten in der Hochphase ihrer Parteigeschichte: Sie startete eine Initiative zu Lehrwerkstätten, Unterstützte die AHV- und Rüstungsinitiative, die GSoA-Initiative (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) entwickelte sich und in einigen Städten konnten Wahlerfolge auf kommunaler Ebene verbucht werden. Im Rückblick sieht Peter Sigerist bereits zu diesem Zeitpunkt die ersten Anzeichen der Infragestellung des bisherigen Parteiaufbauprojekts. So habe die POCH bereits 1983 im Wähleranteil ihren Zenith überschritten, die SAP verlor verhältnismäßig im Anteil sogar gegenüber der RML-Kandidatur von 1979.⁸¹⁶ Grün-alternative und grün-moderate Gruppierungen errangen dagegen weitere Wahlerfolge, nachdem mit Daniel Brélaz (Waadtland/Vaud) bereits 1979 der erste Grünenpolitiker in den Nationalrat gewählt wurde. Die angestrebte Verankerung in den Gewerkschaften erfüllten nicht die in sie gesetzten Hoffnungen, die Wahlergebnisse stagnierten oder gingen zurück, trotz Anstrengungen mittels politischer Initiativen und ihrer Verknüpfung mit sozialen Bewegungen stagnierte der Parteiaufbau.

Im Juli 1984 informierte eine ZK-Kommission die Mitglieder der SAP über die Suspendierung dreier Mitglieder und einer Kandidatin der Sektion Schaffhausen durch das Politische Büro der SAP, das des

⁸¹¹ Lokalpolitik, Diskussionsvorschlag der SL [Zürich, 28.3.77]. SSA: Ar 65.12.1 Mappe 4. SAP- Interne Berichte/Zirkulare, National 1976-1977.

⁸¹² „Von der RML zur SAP“, a.a.O.

⁸¹³ Ebd.

⁸¹⁴ H. Fischer, Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Semesterarbeit, o. O., 1982, S. 3. SSA: Ar 65.16.4. SAP/RML Drucksachen.

Diese Zahlenangaben scheinen mir etwas übertrieben zu sein. Fischer belegt die Zahlenangaben auch nicht und die soziale Zusammensetzung ist zu wenig konkret, um aussagefähig zu sein. Andere Quellen gehen von um die 500 Mitglieder Ende der Siebziger aus (H. Tschäni, *Parteien, Programme, Parolen*, Aarau usw. 1979, S. 123; Fritz Osterwalder, in: U. Haldimann [Hrsg.], *Sozialismus in der Schweiz?* Basel 1979, S. 161).

Doch bleiben die Zahlen im Verhältnis zu denen für die trotzkistische Bewegung in Deutschland oder in Österreich auch nach einer gewissen Relativierung beeindruckend.

⁸¹⁵ Vgl. Vogelsanger, 1986, S. 216.

⁸¹⁶ Vgl. P. Sigerist, „Einige Überlegungen zur Bilanz seit dem 7. Kongress der SAP. System-Widerstand oder reformistisches Vorschlagsprofil?“ in: *Bresche*, Nr. 10, Oktober 1992, S. 35.

weiteren ein Ausschlussverfahren zu eröffnen empfahl.⁸¹⁷ Die vier suspendierten Mitglieder hatten seit 1980 bzw. seit 1982 Kontakte zur Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) geknüpft und eine Reihe von Kritikpunkten gegenüber der SAP-Leitung entwickelt, die sowohl nationale wie internationale Fragen betrafen. Die Kritikpunkte zur internationalen Politik bezogen sich auf die Einschätzung des Charakters der Führung der nicaraguanischen FSLN,⁸¹⁸ des Castro-Regimes⁸¹⁹ und der polnischen Solidarnosc. Die Kritik an der nationalen Politik der SAP bezog sich im besonderen auf deren Unterstützung der 40-Stunden-Woche-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB), die Orientierung an der Friedens- und Ökologiebewegung und das Übergewicht von Initiativen und Referenden in der politischen Arbeit der SAP.⁸²⁰ So erklärte auch ein Mitglied bei einer Kommissionssitzung (Kurzprotokoll):

„Bin eingetreten in die SAP wegen revolutionärer Machtergreifung. Seither Waldsterben, Friedensbewegung. Bin gegen Bündnis mit POCH und Grünen. Programm der SAP wurde verzerrt. SAP erscheint nicht als Partei für die Machtergreifung. Sie ist öffentlich nicht unterscheidbar von der POCH.“⁸²¹

Die einsetzende Diskussion über die Differenzen war allerdings von Anfang an zum Scheitern verurteilt, da die SAP-Leitung kein Interesse daran hatte weiter mit Personen zu diskutieren, denen sie erstens vorwarf, eine Organisation zu unterstützen, die mehr und mehr als linker Flügel der Sowjetbürokratie erscheine und zweitens das „reine Programm“ zu verherrlichen, ohne dieses konkret auf das Bewusstsein der Arbeiterklasse anzuwenden:

„Wir weigern uns aus politischen und psychohygienischen Gründen eine normale Debatte mit einer solchen Gruppe zu führen, welche einer eigentlichen Sekte gleicht und die ohne Unterbruch mit U-Boot-Gruppen Spaltungen zu provozieren versucht (in England und kürzlich in Frankreich).“⁸²²

Dass sich die einzige (mir bekannte) Tendenz bzw. Fraktion in der Geschichte der RML/SAP in einem Ableger der iSt/IKL niederschlug, hängt mit verschiedenen Faktoren zusammen. In der RML/SAP war es im Unterschied zur österreichischen GRM/SOAL und zur deutschen GIM/VSP nie zu Tendenzen oder organisiert auftretenden Strömungen gekommen, die sich an den internationalen Tendenzen orientiert hatten. Die durch die siebziger Jahre existierende Debatte im VSVI um die Guerillataktik, die ihren Ausdruck in der Bildung von LTT, IMT und BF fand, schlug sich in der SAP genauso wenig in Tendenzen nieder, wie die Debatten um die Orientierung an den ökologischen Bewegungen seit Anfang der achtziger Jahre. SAP Mitglieder, die wachsende Kritik an der Politik ihrer Partei und ihrer Internationale hatten, waren in Ermangelung von Bezugsgruppen innerhalb der eigenen Organisation dem entsprechend für Unterstützung von konkurrierenden trotzkistischen Organisationen verstärkt ansprechbar. Die iSt/IKL war als „internationalistische Tendenz“ Mitte der sechziger Jahre im Zuge der Debatten um die kubanische Revolution und die Orientierung des VSVI auf die Guerillastrategie von der US-amerikanischen SWP-Führung aus der Partei entfernt worden, was ihr in Bezug auf die Vertheidigung des revolutionären Trotzkismus-Leninismus bei vielen unzufriedenen Trotzkisten eine gewisse Glaubwürdigkeit einbrachte. Sie versuchte weiterhin Kontakte zu Mitgliedern der verschiedenen trotzkistischen Organisationen zu knüpfen und mit dem Aufbau von Unterstützergruppen in diesen Organisationen die Mitglieder von der Führung zu spalten. Die Reaktionen der betroffenen Organisationen konnten damit nur im Ausschluss der dissidenten Mitglieder bestehen.

Der 7. und letzte Kongress der SAP vom Mai 1987 (an dem die Delegierten rund 500 Mitglieder vertraten) trug das Motto: „Gemeinsam eine Alternative entwickeln“ und den Kongress-Thesen wurde ein Zitat von Max Frisch vorangestellt: „Hoffnung gleich Widerstand“. In den Achtziger verlor die Linke

⁸¹⁷ Vgl. Information der ZK-Kommission an die Mitglieder der SAP, 2.07.1984. SSA: Ar 65.13.1 RML/SAP Ausschlussverfahren Spartakisten 84.

⁸¹⁸ Vgl. Brief von H., P., S. vom 14. Mai 1984 und Brief von B. vom 16. Mai 1984. SSA: Ar 65.13.1 RML/SAP Ausschlussverfahren Spartakisten 84.

⁸¹⁹ Vgl. Fraktionserklärung. SSA: Ar 65.13.1 RML/SAP.

⁸²⁰ Vgl. Brief von H., P., S vom 14. Mai 1984 und Brief von B. vom 16. Mai 1984, a.a.O.

⁸²¹ Kurzprotokolle der ZK-Kommissionssitzung mit den Genossen B., H., P. S. Sitzung vom 2.6.84 in Zürich. SSA: Ar 65.13.1 RML/SAP Ausschlussverfahren Spartakisten 84.

⁸²² Vgl. Information der ZK-Kommission an die Mitglieder der SAP, 2.07.1984. A.a.O.

langsam die Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen, und auch der Widerstand gegen das kapitalistische System erlahmte. Ausdruck davon waren die erneut debattierten Optionen auf dem 7. Kongress: Die eine Strömung verlangte eine stärkere soziale Verankerung, eine Diskussion der Probleme und die Aufgabe der Orientierung auf die direkten und halbdirekten demokratischen Instrumente. Die dann beschlossene Option der anderen Strömung präferierte die Vereinigung mit der POCH, um damit genügend Anziehungskraft auf die sich entwickelnden grünen und grün-alternativen Bewegungen ausüben zu können, darüber hinaus als gesamtschweizerisches Grünes Bündnis weiterhin auf parlamentarischer Ebene mitzuwirken und selbstbewusst außerparlamentarische Gruppen einbeziehen zu können.⁸²³ Die POCH aber zerfiel selber in diesem Zeitraum und hatte nach eigenem Bekunden auch kein Interesse sich in einem „roten Bündnis“ mit der SAP weiter zu isolieren. So strebte die Berner POCH statt dessen eine Öffnung gegenüber der Grünen Partei der Schweiz (GPS) an.⁸²⁴

Die internen Kompromisse, die das Projekt in der eigenen Partei durchsetzen sollten, ließen es nach außen nicht als etwas Neues erscheinen, sondern als Eingeständnis der eigenen Schwierigkeiten. Die Kompromisse führten nach dem Kongress bei den ersten Umsetzungsversuchen des neuen Projekts dazu, dass sich die Leitung heillos zerstritt. Differenzen in der praktischen Umsetzung wurden nicht mehr solidarisch diskutiert, sondern zu theoretischen Differenzen aufgebaut bzw. die theoretischen Differenzen verstärkten sich durch Differenzen in der praktischen Projektumsetzung.⁸²⁵ Der Zerfallsprozess sollte nun „rasant, unkontrolliert und zerstörerisch verlaufen“.⁸²⁶

Die Auflösung der SAP

Verschiedene führende Mitglieder der SAP hatten bereits seit längerem (neben der Orientierung auf ein Grünes Bündnis Schweiz) die Schaffung von lokalen grün-alternativen Bündnissen propagiert, ohne dass die gesamte Mitgliedschaft die Rolle der SAP innerhalb dieses Regruppierungsprozesses nachvollziehen konnte oder wollte.⁸²⁷ Die Umsetzung der Kongressbeschlüsse von 1987 bzw. richtiger: die permanente Modifizierung dieser Beschlüsse führte zu einer strikten Orientierung auf das GBS und die lokalen Bündnisse, bei der der Aufbau der SAP hinter den Aufbau der Bündnisse zurückgestellt wurde. Dies traf zum Teil auf scharfen Widerspruch, da

„die Weiterentwicklung dieser Vorstellungen, angesichts unserer Schwäche, der Liquidierung unserer Organisation gleichkämen. (...) Die G&AB [Grüne und alternative Bündnisse, F. N.] sind praktisch nicht mit den verschiedenen Bereichen des konsequenten Widerstandes sozial verbunden, sie sind also höchstens sehr beschränkt ein Ort unsere Einheitsbestrebungen voranzubringen. (...) Im Rahmen der G&AB eine antikapitalistische Sammlung anzustreben wäre absurd“.⁸²⁸

Die Debatten um die Zukunft der SAP wurden zwar weiter geführt, doch einigen konnte man sich nicht. Die Sektionen verfolgten nun eine Aufbauarbeit, die den lokalen politischen Situationen entsprach. Die SAP Zürich machte selbstbewusst deutlich, dass „wir uns nicht mehr als eine sich im Aufbau befindende ‚ArbeiterInnenpartei‘ verstehen, sondern als eine unabhängige organisierte sozialistische Gruppe, die Ideen, Diskussionen, Vorschläge und Erfahrungsaustausch wesentlich über das Magazin BRESCHE ausdrückt“.⁸²⁹ Nachdem das Projekt einer grün-alternativen Organisation in Zürich scheiterte und auch das Magazin *Bresche* Ende 1994 zugunsten des „neuen rot-grün-lila-

⁸²³ Vgl. P. Sigerist, „Einige Überlegungen“, a.a.O., S. 35f.

⁸²⁴ Vgl. „Was kommt nach POCH und SAP?“ in: WoZ, Nr. 5, 5. Februar 1988, S. 5. SSA: Ar 65.11.19. RML/SAP 1988. PB ca. Januar bis Mai 1988/3.

⁸²⁵ Vgl. Zur Lage der Nationalen Leitung, 24.5.1989. SSA: Ar 65.11.19 RML/SAP PB Aug. 1988-Aug. 1989/1.

⁸²⁶ P. Sigerist, „Einige Überlegungen“, a.a.O., S. 36.

⁸²⁷ Vgl. Diskussionsbeitrag von Christian an die Sektion Basel, das PB und das ZK. Grüne Sammlung oder antikapitalistischer Widerstand? Basel, 11. April 1988, S. 1 (9). SSA: Ar 65.11.18. RML/SAP.

⁸²⁸ Ebd. S. 3 (11).

⁸²⁹ Alex Anderfuhrten, „Ansätze zu einem sozialistischen Projekt für die 90er Jahre in Zürich. Auf zu neuen Ufern?“ in: *Bresche*, Nr. 5, 1990, S. 13.

Monatsmagazin“ (MOMA) eingestellte wurde,⁸³⁰ löste sich allerdings auch diese unabhängig organisierte sozialistische Gruppe auf.

In einigen Städten, in denen die SAP die Grüne Bündnisse initiiert oder mit gegründet hatte, diffundierte sie in diese Bündnisse hinein. Dies geschah in Luzern bereits 1988, ebenso in Zug, wo die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) bei den Nationalratswahlen von 1987 immerhin 7,8 % der Stimmen gewinnen konnte.⁸³¹ 1991 wurde das ehemalige SAP-Mitglied Hanspeter Uster als „der erste marxistische Politiker, der je in eine Schweizer Exekutive gewählt wurde“⁸³² Justiz und Polizeidirektor in Zug. In Bern strebte die SAP (die 1987 die Gruppe Ökologie und Solidarität gegründet hatte) ebenfalls ein Grünes Bündnis an und löste sich 1988 in das von SAP, PdAS und POCH gegründete Bündnis auf. In der Baseler SAP stimmte sich eine Reihe von Mitgliedern gegen die Auflösungsprozesse der gesamten Partei. Dies mag damit zusammenhängen, dass hier einmal negative Erfahrungen mit der Bündnispolitik in der Organisation Grüne und Alternative Basel (GAB) gemacht wurden,⁸³³ und dass es sich hier um die jüngste Sektion handelte, in der die Ermüdungserscheinungen noch nicht so weit fortgeschritten waren. Zudem fanden sich hier eine Reihe von Mitglieder, die sich vehement gegen den Kurs der nationalen Leitung aussprachen. 1987 wurde noch betont, dass eine Auflösung inhaltlich-programmatisch gar nicht zur Diskussion stünde,⁸³⁴ 1990 kam man zu dem Resümee, dass selbst erfolgreiche Wahlbündnisse keine politischen Auseinandersetzungen unter den Linken ersetzen könnten, und dass jene dabei sogar noch auf eine rein taktische und oberflächliche Ebene reduziert würden:

„Es gibt keine Abkürzung, wenn sie im jeweiligen Zeitpunkt auch noch so verlockend erscheinen. Sogar mit der geschicktesten Taktik können wir uns nicht vom realen politischen Kräfteverhältnis abheben.“⁸³⁵

Die sich in den achtziger Jahren vollziehende Politik Richtung Vereinigung mit der Grünen Bewegung brachte die SAP in eine konträre Position zum VSVI. Für eine Reihe von SAP-Mitgliedern war die IV. Internationale in den späten achtziger Jahren gescheitert. So wurde davon gesprochen, dass die „gescheiterte IV. Internationale und die ihr angeschlossenen gescheiterten westeuropäischen Organisationen wirklich einmal eine ernsthafte theoretische Aufarbeitung über 20 Jahre Revolutionsvorbereitung machen müssten“.⁸³⁶

Auch müssten die Schwächen des Trotzkismus der siebziger Jahre gesehen werden: „Dazu gehört ein gewisser Revolutionsromantizismus und die weitgehende Unfähigkeit, sich in der politischen und gesellschaftlichen Realität Europas zurechtzufinden“.⁸³⁷

Die Krisentendenzen der SAP, laut Sigerist existent seit 1983, die sich durch die Stagnation auf der repräsentativ-demokratischen Ebene und durch eine als ungenügend verstandene soziale Verankerung ausdrückten, hätten sich mit der Stagnation bzw. dem Zerfall sämtlicher „Arbeiterbewegungs-Parteiprojekte“, inklusive der IV. Internationale, überlagert.⁸³⁸ Hier wird deutlich, dass der Faktor einer Unterstützung durch die eigene Internationale nicht nur wegfiel, sondern den Zerfallsprozess noch beschleunigte. Während kleine Sektionen ihre eigene Stagnation noch mit der Hoffnung auf Erfolge ihrer Internationale kompensieren und große Sektionen ihre eigene Stagnation aufgrund ihrer sozialen Verankerung und politischen Relevanz verkraften konnten, schlug sich die Krise der Internationale in der Schweiz als einer mittelgroßer Sektion um so deutlicher nieder.

Publikationen

⁸³⁰ Vgl. Franz Horvath, Josef Lang, Peter Sigerist, Leo Boos, Roland Brunner, „Ein neues rot-grün-lila-Magazin. Vor einem neuen Anfang“, in: *Bresche*, März 1994, S. 22; Roland Brunner, „Die letzte BRESCHE“, in: *Bresche*, Oktober/November 1994, S. 3.

⁸³¹ Vgl. „Was kommt nach POCH und SAP?“ a.a.O., S. 4.

⁸³² *Das Magazin*, Nr. 45, 8./9. November 1991, S. 14. AfZ: PA Biographische Sammlung – Personendossiers (Hanspeter Uster).

⁸³³ Vgl. Situationsbericht der Sektion Basel der SAP, Mai 1988, S. 2 (SSA: Ar 65.14.2 RML/SAP Basel 1987-1990).

⁸³⁴ Vgl. Aus den Thesen zum Aufbau in Bern, S. 9 (SSA: Ar 65.14.3 RML/SAP Bern SAP/Grünes Bündnis 1986-1990).

⁸³⁵ Antikapitalistisches Bündnis und Aufbau einer sozialistischen Organisation, August 1990, S. 4 (SSA: Ar 65.14.2 RML/SAP Basel 1987-1990).

⁸³⁶ Wohin mit unserer Organisation? Die Wahl zwischen vier Varianten. Sektionskongress 1988 SAP Zürich (SSA: Ar 65.11.18 RML/SAP).

⁸³⁷ Einige Überlegungen zur laufenden Diskussion. Ar 65.14.2 RML/SAP Basel 1987-1990).

Die LMR/RML beteiligte sich seit ihrer Gründung an der Herausgabe internationaler Publikationen der IV. Internationale. Von 1969 bis 1973 erschienen acht Nummern der Broschürenreihe „Cahiers rouges/Série Marx ou crève“ als gemeinsame Publikation der Jeune Garde Socialiste (Belgien), der Ligue Communiste (Frankreich) und der RML. Diese wurden durch die von 1970 bis 1972 erscheinenden sechs Nummern von „Cahiers rouges/Nouvelle série internationale“ ergänzt, an denen sich zusätzlich die Ligue Communiste Révolutionnaire (Luxemburg) beteiligte.⁸³⁹

1969 wurde mit der Herausgabe der französischsprachigen Zeitung *La Brèche* begonnen, die 1988 eine Auflage von 3.500 Exemplaren erreichte. Im November 1971 erschien die deutschsprachige Zeitung der RML *Bresche*, die 1988 von dem *Bresche-Magazin* fortgesetzt werden sollte und bis dahin eine Auflage von 2000 Exemplaren erreichte. Zusammen mit der spanischen Sektion des VSVI, der Liga Comunista Revolucionaria (LCR/ETA VI), publizierte die RML von 1973 bis 1976 das Periodikum *Rojo*. *La Brèche* und *Bresche* erschienen ab 1980 jeweils vierzehntägig, die italienischsprachige *Rosso* erschien monatlich. 1984 existierten zudem *Unitevi*, *Unios* und *Gedik* (italienisch und spanisch: „Vereinigen wir uns“, türkisch: „Bresche“).⁸⁴⁰ Für den Jugendbereich wurde ab 1971 in Zürich die Zeitung des Jugendkreises der RML *Maulwurf* herausgegeben, die im Jahre 1986 durch die Jugendzeitung *Provo* ersetzt wurde. Auch auf lokaler Ebene produzierten die SAP-Sektionen (Zug, Luzern, Bern, Zürich etc.) Zeitungen, so z. B. die *SAP – Lokalzeitung* oder *Zürcher-Bresche*, die von 1981 bis 1987 erschien.⁸⁴¹ Die verschiedenen Zellen der Sektionen gaben zudem unregelmäßig Publikationen wie *Bresche im Betrieb* oder *Uni-Bresche* heraus, die sich mit aktuellen Entwicklungen in Betrieben und an Universitäten befassten. Des Weiteren war die schweizerische Sektion des VSVI an der Herausgabe der *Inprekorr* beteiligt.

Organisationsstrukturen

Die Organisationsstrukturen der RML unterschieden sich nicht grundlegend von denen ihrer Schwesternorganisationen. Die Sektionen fassten die Mitglieder auf örtlicher Ebene zusammen und waren nochmals in Zellen mit jeweils zehn Mitgliedern unterteilt. Die Zellen organisierten sich nach Arbeitsgebieten wie z. B. Betriebs- und Hochschularbeit und wählten eine Leitung aus drei Personen.⁸⁴² Neben den Zellen existierten Sympathisantenkreise wie die Jugendkreise der RML (*Maulwurf*), Studentenkreise (*Bresche Uni-Gruppe*) und die Arbeiterkreise in einem Betrieb (*Bresche-Kreis*), in denen sich die Sympathisanten zusammen mit Mitgliedern der RML organisierten. Die Zellen kamen alle drei Wochen als Sektionen zusammen, deren Vorstände aus drei bis sieben Personen bestanden. Die Sektionen wiederum wählten Delegierte zu den einmal jährlich vorgesehenen Kongressen. Tatsächlich fanden diese durchschnittlich alle zweieinhalb Jahre statt: 1971, 1973, 1976, 1978, 1980, 1983 und 1987. Diese Nationalen Kongresse stellten das oberste Gremium der RML/SAP dar, auf denen nationale und internationale Fragen diskutiert und die politischen Leitlinien der nächsten Jahre festgelegt wurden. Bis zum fünften Kongress 1980 konnten alle Mitglieder am Kongress teilnehmen, aufgrund steigender Mitgliederzahlen mussten dann Delegiertenwahlen durchgeführt werden.⁸⁴³ Das Exekutivorgan der RML/SAP bestand aus dem Zentralkomitee (ZK), das zwischen den Kongressen die politische Richtung und Diskussionen bestimmte und sich alle drei, später dann alle sechs Wochen⁸⁴⁴ traf. Es wurde durch den Kongress gewählt und setzte sich aufgrund politischer Kriterien zusammen – so wurden z. B. Vertreter politischer Tendenzen in das 23-köpfige ZK delegiert. Das ZK berief zudem die Redaktionsmitglieder ihrer Publikationen und als ständiges Exekutivorgan das siebenköpfige Politbüro (PB), welches die RML/SAP nach außen vertrat und einmal in der Woche zusammenkam. Aus diesem Kreis wiederum wurde ein dreiköpfiges Sekretariat bestimmt, deren Mitglie-

⁸³⁸ Vgl. P. Sigerist, „Einige Überlegungen“, a.a.O., S. 35.

⁸³⁹ Vgl. Lubitz, 1993, S. 50, Nr. 0285; Internet-Version: S. 20.

Gleichzeitig existierte von 1969 bis 1972 noch die Broschürenreihe „Classique Rouge“, an der sich wiederum die belgische, die französische und die schweizerische Sektion des VSVI beteiligten (vgl. Lubitz, 1993, S. 54, Nr. 0316; Internet-Version: S. 22).

⁸⁴⁰ Vgl. „In 13 Jahren 250 Breschen geschlagen“, in: *Bresche*, Nr. 250, 2. Juli 1984. AfZ: IB wf-Archiv II 23.8.4. SAP.

⁸⁴¹ Lubitz, 1993, S. 243, Nr. 1447; Internet-Version: S. 100.

⁸⁴² Gilg, 1974, S. 107.

⁸⁴³ Fischer, 1982, S. 2.

⁸⁴⁴ Gilg, 1974, S. 107; Tschäni, 1979, S. 124.

der hauptamtlich angestellt waren.⁸⁴⁵ Weitere Hauptamtliche arbeiteten zu diesem Zeitpunkt für die drei größten Sektionen in Lausanne, Genf und Zürich. Damit verfügte die RML über einen für ihre Mitgliederzahl verhältnismäßig enormen Hauptamtlichenapparat, wenn man bedenkt, dass die größten schweizerischen Parteien mit mehreren Zehntausend Mitgliedern ein Sekretariat mit höchstens bis zu zehn Angestellten betrieben.⁸⁴⁶ Zusätzlich konnten von ZK oder PB sogenannte nationale Kommissionen berufen werden, die sich bestimmten Fragen annahmen und die jeweiligen Gremien in der Entscheidungsfindung unterstützten. Das Zentralkomitee oder ein Drittel der Mitgliedschaft konnten einen außerordentlichen Kongress einberufen.⁸⁴⁷

Die Mitgliedsbeiträge verliefen progressiv gestaffelt bis 18 % und nach einem Schlüssel, der die sozialen Verhältnisse berücksichtigte.⁸⁴⁸ Nach einer dreimonatigen Probezeit konnte man Vollmitglied werden – Voraussetzung dazu war, dass man sich als aufgenommener Kandidat bereits Grundkenntnisse der marxistischen Klassiker angeeignet haben musste und eine aktive Parteiarbeit betrieb, die über ein einfaches Engagement in einer Bewegung (Frauen, Antiatom etc.) hinausging.

Die Finanzierung der Partei erfolgte hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge, weitere Einnahmen kamen durch nationale Sammelkampagnen zustande, die zwischen 5 % und 10 % der Gesamteinnahmen ausmachten (im Jahre 1985 waren dies rund 35.000, 1989 nur noch rund 6000 Franken). Die Sektionen überwiesen je nach Mitgliederzahl und deren Spendenfähigkeit festgelegte Beiträge, die beispielsweise 1988/89 zwischen 2000 (Schaffhausen) und 95.000 Franken (Zürich) jährlich betrugen. Die Gehälter für die Hauptamtlichen machten rund ein Drittel der Gesamtaufwendungen aus, die Finanzierung der Zeitungen ein weiteres Viertel. Von den Einnahmen von insgesamt rund 300.000 Franken gingen 30.000 an die IV. Internationale.⁸⁴⁹

2.3.5.1 Politikfelder und Kampagnenarbeit

2.3.5.1.1 Internationalismus

Ähnlich wie ihre Schwesterorganisationen engagierte sich die RML/SAP zu internationalen Ereignissen, zu denen sie eine Reihe von Publikationen veröffentlichte und in ihren Zeitungen Stellung nahm. So z. B. zum Vietnam-Krieg in der Broschüre *Sieg für Indochina* von 1975 oder zum Bürgerkrieg in El Salvador in der Broschüre *Guerre et révolution au Salvador* von 1982. Die RML beteiligte sich an Solidaritäts- und Protestdemonstrationen zu Vietnam⁸⁵⁰ und Persien, Griechenland (1973), Portugal (1974), Spanien⁸⁵¹ und Angola (1975), zu Lateinamerika, zu Solidarnosc und zu allen Bewegungen, die man als „progressiv“ verstand, wobei man diesen nicht unkritisch gegenübertrat.⁸⁵² Die RML beteiligte sich bei ihren Internationalismuskampagnen an radikalen Aktionen: Am internationalen Vietnam-Protesttag im November 1971 besetzten ihre Mitglieder die Lausanner Kathedrale und befestigten an ihren beiden Türmen jeweils eine Fahne der Vietkong, zusätzlich wurde ein Spruchband dazwischen gespannt. Per Lautsprecher wurde von der Kathedrale herab eine Erklärung verlesen. Etwas ähnliches folgte 1973, als RML-Mitglieder einen Versammlungssaal des UNO-Gebäudes in Genf stürmten. Die RML verstand ihren Internationalismus aber auch in praktischer Hinsicht und würzte ihn manches Mal mit Revolutionsromantik: Am 19. April 1970 brachen zwei Mitglieder der RML und eines der Ligue Communiste in eine Filiale der Firma BBC in Gemeinde Turgi (Kanton Aargau) ein, um dort für die bolivianischen Genossen weittragende Funkgeräte zu stehlen. Dies brachte ihnen jeweils fünf Monate

⁸⁴⁵ Gilg, 1974, S. 107.

⁸⁴⁶ Tschäni, 1979, S. 123.

⁸⁴⁷ Ebd., S. 124.

⁸⁴⁸ Ebd., S. 123.

⁸⁴⁹ Vgl. Jahresabschluss 88/89. SSA: Ar 65.12.3 RML/SAP Finanzen, Mitgliedsbeiträge 1984-1990.

⁸⁵⁰ An Veranstaltungen zu Indochina nahmen mehrere hundert Personen teil (vgl. „Unsere Meetings“, in: *Bresche*, Nr. 18, April 1973. AfZ: SAD-Dokumentation 5.1.3.9 RML Außenpolitische Themen).

⁸⁵¹ Flugblatt der RML: „Franco tot – Nieder mit der Diktatur!“, Flugblatt des Maulwurf: „Franco ist abgekratzt, nieder mit dem Franquismus“. AfZ: SAD-Dokumentation 5.1.3.9 RML 233.

⁸⁵² „Es entsprach dem Wesen des Trotzkismus, alles zu analysieren und zu kritisieren; eine unbedingte Unterstützung gab es nicht. Dies bewahrte die RML vor einer unkritischen Haltung gegenüber Kräften, die ihre Eigeninteressen nur schwer hinter einer anti imperialistischen Phraseologie verbargen. Allerdings war damit ein lehrerhaftes, sektiererisches Verhalten verbunden. Die RML konzentrierte ihre Kräfte auf trotzkistische Splittergruppen, die wohl die ‚richtige‘ Lehre vertraten, aber kaum als ernstzunehmende Faktoren im revolutionären Prozess einzuschätzen waren.“ (Scherrer, 2004, S. 99.)

auf Bewährung ein.⁸⁵³ 1976 besetzten Mitglieder der RML das Konsulat der Irischen Republik bei der UNO in Genf, um gegen die Hinrichtung von „zwei irischen Antiimperialisten“ zu protestieren.⁸⁵⁴ Zwei Jahre später wiederholten sieben Mitgliedern der RML diese Aktion in der argentinischen Botschaft in Bern, um ihren Protest gegen das argentinische Regime auszudrücken.⁸⁵⁵ 1979 wurde für zwei Stunden das iranische Konsulat in Genf von etwa 15 Mitgliedern der RML besetzt.⁸⁵⁶

Dementsprechend ist der Hinweis von Gilg nachvollziehbar:

„Um die Kosten der Publikationsorgane zu decken oder die Beiträge für Geldstrafen aufzubringen, die gegen Mitglieder wegen ihrer Tätigkeit verhängt werden, veranstaltet die Organisation gelegentlich größere Sammlungen“⁸⁵⁷

Immigrantenrechte standen für die RML/SAP im Vordergrund ihrer politischen Arbeit und ihrer Propaganda. Da die Schweiz aufgrund ihrer langen Nachkriegsprosperität einen wachsenden Anteil von Arbeitsmigranten anzog, eröffnete sich für die RML die Möglichkeit aufgrund der „Dreisprachigkeit“ ihrer Organisation Immigranten anzusprechen – zumal diese, wenn sie politisch links standen, an der RML ein gewisses Interesse zeigten. Zugleich stellte man sich die Aufgabe, ein „internationalistisches Bewußtsein in den Massen zu verankern und die Klassenspaltung zwischen Fremdarbeitern und schweizerischen Arbeitern zu überwinden.⁸⁵⁸ Dazu diente die Propagierung der Einheitsaktion mit den Organisationen der Arbeitsimmigranten. Zudem wurden eine Reihe von Broschüren und Zeitungen in spanischer und italienischer Sprache herausgegeben, die sich mit den Entwicklungen in den jeweiligen Ländern und mit der Situation von Arbeitsmigranten in der Schweiz befassten. Diese wurden im Rahmen von Demonstrationen und Flugblattverteilaktionen vor Fabriken und bei Streikaktionen angeprochen (Mauerer SA, General Motors etc.). Die Erfolge waren unterschiedlich: Im französischsprachigen Teil der Schweiz existierte ein hohes Interesse der jungen Kader der italienischen und der spanischen kommunistischen Partei (PCI und PCE) an einer Zusammenarbeit mit der RML, da diese einmal Kontakte zu linken Schweizern suchten und zudem der Moskauorientierung ihrer Partei oft kritisch gegenüberstanden.⁸⁵⁹ Dagegen hatten in der Deutschschweiz PCI und PCE mit PdAS und POCH⁸⁶⁰ ihnen nahe stehende Bündnispartner. Während in der Zusammenarbeit mit spanischen Arbeitsmigranten Erfolge verbucht werden konnten, war die RML ungeachtet der Sprachräume bei den italienischen Arbeitern wenig erfolgreich. So stellte ein Bericht des Politischen Büros 1978 fest, dass in diesem Sektor keinerlei Fortschritte erzielt worden seien.⁸⁶¹ Im Rahmen des Niedergangs des Franco-Regimes publizierte die RML mit der deutschen GIM und der spanischen LCR/ETA VI 1975/76 ein Bulletin mit dem Titel *España socialista* und dem Untertitel Informations- und Diskussionsbulletin zu den Klassenkämpfen in Spanien.⁸⁶² Dies wurde von 1973-1976 mit der Herausgabe der in der Schweiz gedruckten Zeitung *Rojo* unterstützt, die als Organ der gleichnamigen schweizerischen Gruppe der LCR-ETA VI publiziert wurde. Diese konnte starke Gruppen in Zürich, Lausanne und Genf aufbauen,⁸⁶³ die allerdings mit der politischen Stabilisierung Spaniens und der damit verbundenen Rückkehr vieler Emigranten bis Ende der Siebziger zunehmend schwächer wurden.

2.3.5.1.2 Frauenpolitische Arbeit

⁸⁵³ Ligue marxiste révolutionnaire (LMR), a.a.O., S. 5.

⁸⁵⁴ Vgl. „RML besetzte Konsulat in Genf“, in: *Tagesanzeiger*, 30. Oktober 1976. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

⁸⁵⁵ Vgl. „Argentinische Botschaft besetzt“, in: *Berner Nachrichten*, 31. Mai 1978. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

⁸⁵⁶ Vgl. „RML-Leute im iranischen Konsulat in Genf“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 24. August 1979. AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

⁸⁵⁷ Gilg, 1974, S. 107f.

⁸⁵⁸ Vgl. Scherrer, 2004, S. 83f.

⁸⁵⁹ Vgl. Scherrer, 2004, S. 100.

⁸⁶⁰ Die POCH (Progressive Organisation der Schweiz) bzw. ihre Vorläuferorganisation wurde 1968 durch Studenten gegründet, die zwar der PdAS nahe standen, die aber einen weitaus positiveren Bezug als ihre „Mutterpartei“ zu den nationalen Befreiungsbewegungen in der 3. Welt hatten. Zur POCH siehe Scherrer, 2004, S. 21–47; P. Jeanneret, *Popistes. Histoire du Parti ouvrier et populaire vaudois, 1943-2001*, Lausanne 2002; R. Blum, „Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986“, in: *SVPW-Jahrbuch Annuaire ASSP*, 1986, Bd. 26, S. 119–150.

⁸⁶¹ Vgl. Scherrer, 2004, S. 100.

⁸⁶² Lubitz, 1993, S. 80, Nr. 0476; Internet-Version: S. 32.

⁸⁶³ Vgl. Scherrer, 2004, S. 101.

Im Rahmen ihrer frauenpolitischen Arbeit engagierte sich die RML 1978 in der Volksabstimmung „Für das Recht auf Mutterschaft“ und 1980 für „Gleiche Rechte für Männer und Frauen“. Zudem nahm sie an der Kampagne für die Legalisierung von Abtreibungen und finanzieller Hilfe für Schwangerschaftsabbrüche ab 1982 teil. Auf dem 6. Kongress von 1983 rückte die SAP dem entsprechend die Aktivitäten zum Mutterschaftsschutz und zur Liberalisierung der Abtreibung in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit. Auch wenn damit das „feministische Profil“ der SAP verbessert wurde, so wurde doch in einem Bericht des Nationalen Sekretariats festgestellt, dass Frauen über die Bedingungen der politischen Mitarbeit nach wie vor Unbehagen äußerten: Aufgrund objektiver Umstände, wie Ausbildung, Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung befänden sich viele Frauen „am Rande der politischen Zentren“.⁸⁶⁴ Dies drückte sich auch in der Zusammensetzung der Leitungsgremien aus. Ein Drittel des ZK bestand Ende 1983 aus Frauen, im PB war vier Jahre lang keine, dann eine Frau vertreten. Der Austritt von Frauen war relational höher, erklärt wurde dies mit „dem sich nützlicher fühlen“ in diversen Arbeitsbereichen wie Frauenorganisationen, Antiimperialistische Bewegung und Gewerkschaften. Zudem sei in der SAP weiterhin ein „Misstrauen“ und ein „gewisser Skeptizismus“ von Seiten der Männer in die gleichberechtigte politische Teilnahme festzustellen. Dies wurde darauf zurückgeführt, dass das Ziel der Gleichheit innerhalb der kapitalistischen und patriarchalischen Gesellschaft nicht durchsetzbar sei. Dies wirkte auf die SAP zurück, bedinge aber gerade deswegen in der SAP den Kampf der Frauen für ihre Gleichstellung.⁸⁶⁵ Die Notwendigkeit einer Autonomen Frauenbewegung wurde in der Folgezeit in der Diskussion über eine gesamtschweizerische Organisation der Bewegung konkretisiert. Diese sollte sinnvoll diskutieren, Projekte erarbeiten und diese in Aktivität umsetzen. Die bereits existierende OFRA (Organisation für die Sache der Frau, gegründet 1977 von weiblichen Mitgliedern der POCH), in der die Frauen der SAP in verschiedenen Städten mitarbeiteten, sei dazu nur beschränkt fähig, denn auch nach dem Rückzug der POCH, die dort eine reformistische Politik betrieben habe, sei ein neues Hindernis entstanden: Der Zweifel, dass eine Politik des Widerstandes überhaupt noch etwas bringe:

„Der Widerstand gegen den Widerstand ist nicht unbedingt mit reformistischen oder sonstwie konfusen Positionen verbunden. (...) Auffallend regelmäßig ist er aber verbunden mit Snobismus, Zynismus, Kleinkrieg, übler Nachrede, negativer Stimmungsmache, Mangel an elementarster Solidarität“⁸⁶⁶

2.3.5.1.3 Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Der sogenannte Arbeitsfrieden, der seit 1937 die Grundlage für die „Politik am grünen Tisch“ darstellte, bestimmte die Situation auf Betriebs- und Gewerkschaftsebene in der Schweiz. Gewerkschaften und Unternehmer hatten sich in diesem Abkommen u. a. darauf geeinigt, dass Verhandlungen ohne Streik- und Aussperrungsmaßnahmen durchzuführen seien, dass betriebliche Konflikte zuerst von Arbeiterausschüssen untersucht würden und dass individuelle Arbeitslöhne Vorrang vor Kollektivlöhnen hätten. Neben dem gemeinsamen Ziel der Förderung von Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerung, wurden branchenspezifische Arbeitsverträge angestrebt, was u. a. dazu führte, dass gesetzliche Regelungen zum Arbeitnehmerschutz von den mitgliederstärksten Gewerkschaften abgelehnt wurden. Der Schweizer Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV)⁸⁶⁷ und der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) lehnten dem entsprechend jahrzehntelang Volksinitiativen ab, die eine gesetzliche Regelung kürzerer Arbeitszeiten oder eine Ausweitung bezahlter Feiertage einforderten.⁸⁶⁸ Die Institution „Arbeitsfriede“ entwickelte dabei in den fünfziger und sechziger Jahren eine solche Bedeutung, dass „viele Schweizer davon überzeugt waren, dass Streiken eine widerrechtliche Handlung sei“.⁸⁶⁹

⁸⁶⁴ Über die Feminisierung der SAP, S. 3. SSA: Ar 65.12.2 SAP Nationales Sekretariat: Zirkulare 1982-1984.

⁸⁶⁵ Ebd.

⁸⁶⁶ OFRA-MOZ-SAP: Ihre Entwicklung und ihr Verhältnis zueinander. SSA: Ar 65.14.15. SAP Zug, SAP National Frauenkommission 1985-1987.

⁸⁶⁷ Heute lautet der Name „Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen“.

⁸⁶⁸ Rauber, 2003, S. 76f.

⁸⁶⁹ Ebd., S. 494.

Das Ziel der RML/SAP bestand dem entsprechend darin, durch ihre Propaganda und Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit auf das „Brechen des Arbeitsfriedens“ hinzuwirken⁸⁷⁰:

„In der Schweiz gibt es ein grosses Hindernis, das verhindert, dass die Arbeiterklasse die eigene Stärke wahrnehmen kann: das ist der *Arbeitsfriede*. (...) Unser Hauptziel ist heute, einen Weg zur Überwindung dieser Blockade zu finden. Die Gewerkschaften müssen wieder der Ort werden, wo die Arbeiter über ihre Nöte sprechen können, wo sie merken, dass es nicht individuelle Nöte sind, über die man nur zuhause oder am Arbeitsplatz schimpfen kann, sondern dass es die Nöte auch der andern sind.“⁸⁷¹

Das sich mit „Fragen der Subversion“ beschäftigende Institut für politologische Zeitfragen (IPZ) stellte 1973 in einem internen Dossier fest, dass die RML die „Diffamierung bestimmter industrieller Betriebe mit dem Zweck, den Arbeitsfrieden zu stören“ betreibe und sich in bereits bestehende Arbeitskonflikte einmische:

„Beim Streik im Werk der Firma Paillard SA, Yverdon, anfangs 1971 drang Charles-André Udry zweimal unter der Anwendung von List in Versammlungen der POP und des SMUV ein, bemächtigte sich des Mikrofons, machte die Veranstalter lächerlich, liess ein Arbeiterkomitee wählen und stellte Forderungen auf, die weit über die ursprünglichen hinausgingen.“⁸⁷²

Für die RML stellte der Bruch des Arbeitsfriedens im Rahmen ihrer Übergangsmethode das erste Moment für eine weitere Entwicklung zu Streikmaßnahmen und Fabrikbesetzungen dar. Unter günstigen Umständen sollten sich diese ausweiten, während die Arbeiter die Produktion organisieren, was wiederum zur Bildung von Arbeiterräten und zum entscheidenden Machtkampf mit dem kapitalistischen System führen könnte.⁸⁷³ Dabei spiele die Forderung nach Arbeiterkontrolle über die Produktion eine entscheidende Rolle,⁸⁷⁴ um im Prozess der betrieblichen Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene eine zwar direkt nur begrenzt realisierbare, aber doch langfristig über das kapitalistische System hinaus weisende Politik zu popularisieren.

„Wir legen eben ein ganz besonderes Gewicht auf die *Arbeiterkontrolle*, die ja auch wesentlich zum Sozialismus gehört. Diese Achse entwickeln wir schon heute. Wir machen aber nicht irgendwelche Mitbestimmungsillusionen, die nur noch die Klassenkollaboration verstärken, sondern wir zeigen in konkreten Forderungen auch, dass zur Kontrolle das Wissen der Arbeiter und die Stärke ihrer Bewegung gehört, die es eben braucht, um Lösungen durchzusetzen, die den Profitrahmen sprengen.“⁸⁷⁵

Im Unterschied zur POCH und PdAS, die sich dabei auf die Gewerkschaftsorgane orientierten und die „unverantwortliche radikale Einstellung der neuen Organisationen der äussersten Linken“⁸⁷⁶ kritisierten, orientierte sich die RML/SAP auf die Selbstorganisierung und Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft:

„so ist die RML bestrebt, die Belegschaften zu selbständigen Vorgehen zu bewegen, wobei sie die sogenannte ‚Arbeiterdemokratie‘ als Organisationsform propagiert: durch eine ‚Vollversammlung‘ der Belegschaft soll aufgrund eines Minimalprogramms eine Arbeiterkommission gewählt werden, die mit ihrer Basis in regelmässigem Kontakt bleibt“.⁸⁷⁷

Die Erfahrungen der Selbsttätigkeit der Arbeiter(innen) und die Brechung des Arbeitsfriedens waren für das strategische Verständnis der RML bereits in ihrer Entstehungsphase konstituierend gewesen: Anfang der Siebziger fanden wilde Streiks in der Bau-, Metall- und Schuhindustrie in den Kantonen Tessin, Waadt und Genf statt, die von „Gastarbeitern“ organisiert wurden, welche „nur wenig über unsere Sitten und Gebräuche wissen, [und] von gewerkschafts- und berufsfremden Personen ermutigt

⁸⁷⁰ Vgl. Tschäni, 1979, S. 127.

⁸⁷¹ Fritz Osterwalder, in: Haldimann, 1979, S. 167.

Fritz Osterwalder trat 1970 in den SAB ein und beteiligte sich an der Gründung der RML 1971 in der deutschen Schweiz. Mitglied im Politischen Büro der RML/SAP bis zu deren Auflösung, heute Professor der Pädagogik an der Universität Bern.

⁸⁷² Ligue marxiste révolutionnaire (LMR), a.a.O., S. 8f.

⁸⁷³ Vgl. Bresche, Nr. 5/6, 1972, S. 22; Bresche, Nr. 7, 1972, S. 3.

⁸⁷⁴ Vgl. Gilg, 1974, S. 110.

⁸⁷⁵ Fritz Osterwalder, in: Haldimann, 1979, S. 164.

⁸⁷⁶ Rauber, 2003, S. 496.

⁸⁷⁷ Gilg, 1974, S. 112.

werden, illegal zu streiken, um ihre Forderungen durchzusetzen“, so die damalige Klage der Baugewerkschaftsfunktionäre des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbands.⁸⁷⁸

Boller misst diesen Arbeitskämpfen für die damaligen Radikalisierungsprozesse eine große Bedeutung zu, denn der Transfer von Kampfformen (wie Streiks und Besetzungen) anhand des französischen und italienischen Beispiels stelle nicht nur eine lineare Eskalationsstufe, sondern einen fundamentalen Bruch mit der Doktrin des Arbeitsfriedens dar.⁸⁷⁹ Mit der Weltwirtschaftskrise von 1974-75 kam es zum ersten Mal seit Jahrzehnten in einigen Gebieten der Schweiz wieder zu Demonstrationen und Streikmaßnahmen der Arbeitnehmer. War bereits die Zahl der industriellen Unternehmen zwischen 1967 und 1975 um 20 % zurückgegangen und waren durch Umstrukturierungen, Fusionen und Rückkäufe Entlassungen und Versetzungen erfolgt, so führte erst die Krise 1974-75 zu einem steigenden Bewusstsein über ein sich veränderndes Wirtschaftsklima. Verlagerungspläne und Entlassungen wurden mit wilden Streiks und Betriebsbesetzungen beantwortet, der SGB sah sich veranlasst, zum ersten Mal seit 20 Jahren Demonstrationen durchzuführen. Demokratisierungstendenzen innerhalb der Gewerkschaften und der Druck der Aktivisten führten aber nicht zu einer kämpferischeren Gewerkschaftspolitik, sondern gerade zu einer Verstärkung der konservativen Tendenzen unter den Funktionären. So bestätigte der SMUV auf seinem Kongress von 1975 die uneingeschränkte Unterstützung des Arbeitsfriedens. Eine Reihe kritischer Aktivisten und Funktionäre der unteren und mittleren Ebene wurden aufgrund ihres Eintreten für gewerkschaftliche Demokratie ab 1977 ausgeschlossen.

Die RML konnte zu dieser Zeit eine Reihe von Erfahrungen bei verschiedenen Streikbewegungen machen, beispielsweise im dreiwöchigen Streik der Beschäftigten der Firma Matisa bei Lausanne. Dort traten 1976 die Arbeiter in den Ausstand, als die geplante Entlassung von 100 Beschäftigten bekannt wurde. Streikkomitees wurden gebildet und Vollversammlungen durchgeführt, der geplante Warnstreik weitete sich zu einem unbefristeten Streik aus, und die Arbeiter forderten Unterstützung durch die Beschäftigten anderer Betriebe ein. Die RML initiierte in der kurzen Zeit der Auseinandersetzung lokale Unterstützungskomitees, sammelte Geld und hielt Versammlungen ab, an denen in einzelnen Städten bis zu 300 Personen teilnahmen.⁸⁸⁰

Im Rahmen ihrer Gewerkschaftsarbeit argumentierten RML/SAP-Mitglieder gegen die Sozialpartnerschaft und die verkrusteten bürokratischen Strukturen in den Gewerkschaftsgremien. Dem Aufbau von Arbeitergruppen in Betrieben wurde von Anfang an größtes Gewicht beigemessen, wobei dies nicht bedeutete, dass

„wir meinen, diese müssten auf der Grundlage des revolutionär-marxistischen Programms aufgebaut werden. Sie sollen erlauben, Arbeiter verschiedener (mehr oder weniger ausgeprägter) Tendenzen auf der Grundlage einer Plattform und mit der Perspektive einer Gewerkschaftsarbeit zusammenzubringen“.⁸⁸¹

Alexander konstatiert, dass es keine Hinweise darauf gibt, dass die RML/SAP signifikanten Einfluss auf die organisierte Arbeiterbewegung gehabt habe,⁸⁸² allerdings konnte sich vor allem in der Westschweiz trotz ihrer geringen Größe einen gewissen Einfluss in den Gewerkschaftsgliederungen erarbeiten. Ihr personeller Einfluss drückt sich auch dadurch aus, dass es einige ehemalige RML/SAP-Aktivisten wie Jean-Michel Dolivo beruflich bis zum Sekretär des Waadtländischen Gewerkschaftsbundes brachten.

2.3.5.1.4 Jugend- und Studierendenarbeit

Die Maulwurf-Jugendkreise der RML wurden 1971 gegründet und entfalteten an Schulen eine rege Aktivität. Vor allem propagierten sie dort die politische Betätigung der Schüler, und versuchten diese gegen die Schulleitung oder -verwaltung zu organisieren. Ein Ziel bestand u. a. darin, die kapitalistischen Funktionsweisen anhand ihrer konkreten Ausformungen an den Schulen sichtbar zu machen.

⁸⁷⁸ Erklärung des SBHV, zitiert nach Rauber, 2003, S. 494. Heute lautet der Name dieses Verbands Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI).

⁸⁷⁹ Vgl. H. Boller, *Jugendradikalisierung und Neue Linke in der Schweiz*, Zürich 1976, S. 94.

⁸⁸⁰ Vgl. Bilanz Matisa. SSA: Ar 65.12.1 SAP/RML Interne Zirkulare, National 1973-1975(?)

⁸⁸¹ Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS, a.a.O., S. 13.

⁸⁸² Alexander, 1991, S. 736.

So wurde der aktive Boykott aller Formen des Wettbewerbs unter Schülern gefordert, der sich gerade in Sportwettkämpfen zeige:

„Es handelt sich darum, eine systematische Gegenpropaganda und den Boykott von „Jugend und Sport“ zu organisieren. Dafür müssen sie [die Schüler, F. N.] sich organisieren. Es ist notwendig, dass jede Klasse, in der eine bestimmte Anzahl von Schülern die Ablehnung der Eingliederung [embriгадement] unterstützen, einige Delegierte für die Schaffung eines ‚Komitee gegen Eingliederung durch den Sport‘ (...) entsendet.“⁸⁸³

Wenn auch immer wieder in Flugblättern schul- und lehrlingsspezifische Forderungen aufgestellt wurden (keine Abwesenheitskontrolle, gegen Teuerung in den Kantinen etc.), konzentrierte sich die politische Arbeit (analog zur Arbeit der RML) von Anfang bis Mitte der siebziger Jahre auf Solidaritätsaktionen und Internationalismuskampagnen (Chile, Portugal, Spanien etc.). Dies führte zum Teil dazu, dass sowohl „konkrete Fragen“ zu Schule und Familie vernachlässigt wurden und nicht-revolutionären Schülergruppen sektiererisch gegenübergetreten wurde. In einem internen Diskussionsbeitrag zur Schülerarbeit kritisierte ein RML-Mitglied:

„Mit einer vollständigen Einschätzung des Revolutionsprozesses in Portugal oder den goldenen Regeln des revolutionären Antimilitarismus im Kopf ging man auf Diskussionen zuweilen gar nicht mehr ein“.⁸⁸⁴

Die Schüleraktivisten der RML waren dabei mit der Situation konfrontiert, dass sich seit 1973 Schülerbewegungen entwickelt hatten, die nicht mehr wie noch in der 68-Periode an allgemeinen kapitalistischen Bezugspunkten ansetzten, sondern konkrete Fragen zum Ausbildungssystem entwickelten und beantwortet haben wollten.⁸⁸⁵ Teile der RML-Jugend begriffen diese Entwicklung als Entpolitisierung der Jugend im Allgemeinen und ordneten dies als objektiven Prozess eines Abstiegs der Jugendradikalisierung ein. Am zweiten Nationalen Schülertreffen der RML 1975 nahmen noch 100 Mitglieder teil, ein Jahr zuvor waren es 200 Mitglieder gewesen, was als Ausdruck dieser Entwicklung gewertet wurde. In einem internen Diskussionsbeitrag wurde dagegen darauf hingewiesen, dass die aktuelle Situation der Schülerarbeit vor allem durch die falsche Methode begründet sei, Thesen in den Schriften der LCR oder der Vierten Internationalen abstrakt auf die schweizerische Situation umsetzen zu wollen: Man könne nicht von sich radikalisierenden Schichten, sondern nur von individuellen und atomisierten Gruppen sprechen.⁸⁸⁶ Die These des „Niedergangs der Jugendradikalisierung“ führe zu einer Abwendung von einem gesellschaftlichen Sektor, in der die RML regelmäßig und auch außerhalb von aktuellen Bewegungen Mitglieder rekrutieren könne:

„Nur wer sich Illusionen über die Möglichkeit macht, unsere Organisation bald in der Arbeiterklasse aufzubauen zu können, oder wer die eigenen Ammenmärchen von der Partei ‚RML mit 1000 Mitgliedern‘ selbst glaubt, kann eine Abwendung von diesem immer noch entscheidenden Aufbausektor befahren“.⁸⁸⁷

Als Konsequenzen daraus wurden die Verstärkung der Schülerarbeit und die Wiederaufnahme der Diskussionen um eine Revolutionäre Jugendorganisation (RJO) gefordert. Doch es sollte noch fünf Jahre dauern, bis der Aufbau einer RJO tatsächlich begonnen wurde – ein massiver Anstoß dazu werden die „Opernhauskrawalle“ vom Mai 1980 gewesen sein, auch wenn bereits Anfang Februar 1980 der Maulwurf laut Staatsschutz wieder aktiv wurde: „Flugblatt: Neue Aktivitäten in der Schülerbewegung ‚Maulwurf‘. Wie aus beiliegendem Flugblatt, es wurde an der KME verteilt, hervorgeht, versucht die RML die Schülerbewegung wieder zu aktivieren“.⁸⁸⁸

Am „Opernhausabend“ vom 30. Mai 1980 demonstrierten 150 Jugendliche gegen die Ablehnung eines Kredites durch die Stadt für den Umbau einer alternativen Kulturstätte, der „Roten Fabrik“. Als Ort ihres Protestes hatten sie sich den Galaabend des Opernhauses in Zürich gewählt, für das am folgen-

⁸⁸³ Ligue marxiste révolutionnaire (LMR), a.a.O., S. 6.

⁸⁸⁴ Vgl. Diskussionsbeitrag zur Entwicklung der Schülerarbeit seit dem zweiten Kongress, 22.11.1975. SSA: Ar 65.12.1 RML/SAP Interne Berichte/Zirkulare, National 1973-1975.

⁸⁸⁵ Vgl. Zur Ausrichtung der Mittelschularbeit und Präzisierung unserer Initiativen, 18.10.1974. SSA: Ar 65.12.1 RML/SAP Interne Berichte/Zirkulare, National 1973-1975.

⁸⁸⁶ Diskussionsbeitrag zur Entwicklung der Schülerarbeit, a.a.O.

⁸⁸⁷ Ebd.

⁸⁸⁸ Staatsschutzakten Maulwurf, 8.2.80. Ar 65.13.2 RML/SAP Staatsschutzakten.

den Tag ein Kredit von über 60 Millionen bereitgestellt werden sollte. Das Eingreifen der Polizei artete in eine zweitägige Straßenschlacht aus, die zahlreiche Verletzte und Schäden in Millionenhöhe zur Folge hatte. Die Jugendlichen forderten ein autonomes Jugendzentrum (AJZ) und demonstrierten Mitte Juni zum Rathaus, um dort wiederum von der Polizei vertrieben zu werden. Diesmal solidarisierten sich 8000 Menschen bei einer Protestkundgebung, was unter anderem zur Folge hatte, dass das geforderte Jugendzentrum eröffnet werden konnte. Nachdem konservative Kreise ihrerseits in die politische Offensive gegangen waren, wurde das Zentrum bereits Anfang September wieder geschlossen. Die Schließung des Zentrums im September löste eine Flut gewalttätiger Demonstrationen bis zum Frühjahr 1981 aus, woraufhin diesmal unter der Obhut der Kirchen und der offiziellen Jugendarbeit das Zentrum wieder geöffnet wurde. Nachdem die Konservativen in der Zürcher Stadtregierung durch die Wahlen im März 1982 gestärkt worden waren, wurde das Zentrum erneut geschlossen und dann abgerissen. Ähnliches geschah in Lausanne, wo im Mai 1981 ein autonomes Jugendzentrum eröffnet wurde, um es ein Jahr später nach den Wahlen der städtischen Exekutive (bei denen wiederum die Linke massiv verloren hatte) wieder zu schließen.⁸⁸⁹ Die Demonstrationen in Zürich stellten also einen Auftakt zu einer Welle von Jugendprotesten in der Schweiz dar, auch wenn sich diese nicht zu ähnlichen Auseinandersetzungen wie in Zürich entwickelten, die laut SAP mehr Leute mobilisieren konnte, als dies der 68er Bewegung gelungen war.⁸⁹⁰

Diese Proteste wurden von der radikalen Linken mit der Hoffnung eines erneuten Aufschwunges von Protestbewegungen verbunden, was sich später aber als Illusion herausstellen sollte. Die RML begriff die Jugendbewegung als Ausdruck der Krise der „Integrationsfähigkeit der bürgerlichen Institutionen bzw. der bürgerlichen Werte“⁸⁹¹, und konstatierte, dass die Jugendbewegung nun neue Ideologien entwickeln würde.⁸⁹² Diese neuen Ideologien wurden recht schnell deutlich, als ein RML-Mitglied als einziger Parteienvertreter an der ersten Versammlung der Jugendlichen am 4. Juni sprach. Pfiffe und Buh-Rufe ertönten bereits bei seiner Ankündigung – gegen die RML richtete sich die Politik- und Parteienfeindlichkeit des radikalisierten Teils der Zürcher Jugend. Bereits zwei Wochen nach Beginn der Proteste kam die RML in der „Bresche“ zu folgender Einschätzung der Bewegung: Diese ziehe neben Jugendlichen eine ganze Schicht von Alt-Linken an, die die breite Ablehnung gegenüber der notwendigen Organisierung stärken und die Bedeutung der militänen Aktionen übertreiben würde, was wiederum die Solidarisierung von nicht-militänen Jugendlichen erschwere. Zudem fehle der Bewegung eine „Utopie“, ähnlich die der 68er-Bewegung.⁸⁹³ Die autonome Jugendbewegung scheiterte in der Folgezeit aufgrund ihrer gesellschaftlichen Isolierung, ihrer Abgrenzung zu anderen linken Organisationen und ihrer ultimativistischen Politik (sofortige Umsetzung ihrer Forderungen) – die autonome Bewegung blieb ein Fremdkörper in der sich auf Konsens und Kompromiss aufbauenden halbdirekten Demokratie der Schweiz.⁸⁹⁴

Am 5. Kongress von 1980 hatte die RML/SAP eine Jugendresolution verabschiedet, die sich für den Wiederaufbau der Jugendarbeit und die Gründung einer Revolutionären Jugendorganisation (RJO) aussprach, welche die bereits existierenden Jugendkreise der SAP, die Maulwurfskreise und die Bresche-Unigruppen zusammenführen sollte.⁸⁹⁵ Eine erste Bilanz nach elf Monaten stellte fest, dass sich in einer Reihe von Städten die Jugendarbeit entwickelte, und dass die existierende Sympathisantenstruktur eine Mitgliederbasis für eine RJO von 200 Personen „in nächster Zeit“ ermögliche. Auch wenn im Gegensatz zu den siebziger Jahren die Bewegung der Jugendlichen keine Projekte für eine radikale Gesellschaftsänderungen entwickelt habe, so gebe es keinen Grund, die Möglichkeit für die Gewinnung von Jugendlichen zum revolutionären Marxismus zu übersehen. Nur ein Teil der Jugend sei von den „autonomen“ Strömungen dominiert, deren Strategie die Konfrontation mit dem Repressions-

⁸⁸⁹ Vgl. Rauber, 2003, S. 634–637.

⁸⁹⁰ Vgl. Thesen der SAP zur Jugendbewegung, 11.10.1980. SSA: 335 414b Z.

⁸⁹¹ Vgl. „Zwischen Aussteigen und Gesellschaftsveränderung“, in: *Bresche*, Nr. 161, 23. Juni 1980, S. 3.

⁸⁹² Vgl. ebd.

⁸⁹³ Vgl. ebd.

⁸⁹⁴ Vgl. Rauber, 2003, S. 636.

⁸⁹⁵ Vgl. Für die Gründung einer Revolutionären Jugendorganisation. Bilanz unseres Aufbaus seit dem 5. Kongress, S. 1f. SSA: Ar 65.12.2. SAP Nationales Sekretariat, Zirkulare 1981-1982.

apparat beinhaltete und unterschiedslos die organisierte Arbeiterbewegung ablehne, was bis zum Angriff auf gewerkschaftliche Organisationen geführt habe.⁸⁹⁶

Im März 1983 wurden unter der Teilnahme von „350 Mitgliedern des Maulwurf und Uni-Bresche“⁸⁹⁷ die Revolutionär-sozialistische Jugend (RSJ) in Biel gegründet und deren Statuten verabschiedet. Damit existierte nun neben den Jusos eine zweite nationale Jugendorganisation. Das Ziel der RSJ bestand im Aufbau einer revolutionär sozialistischen Jugendorganisation und -internationalen. Ihre Organisationsprinzipien waren denen der SAP ähnlich: Basisstrukturen wurden durch die örtliche Sektionen gebildet, während die überregionalen Strukturen der Nationale Kongress, das Nationale Komitee und das Nationale Büro darstellten.⁸⁹⁸ Nach zwei Jahren Aufbauarbeit hatten sich größere und aktionsfähige RSJ-Gruppen in Basel, Zürich, Baden und Bern und kleinere Gruppen in weiteren sieben Städten etabliert. In Freiburg, Olten und La Chaux-de-Fonds waren RSJ-Gruppen wieder eingebrochen. Die „Überbleibsel“ der Jugendbewegung der frühen Achtziger konnten von der RSJ nach eigener Einschätzung nicht mehr angesprochen werden, nur in Ausnahmefällen waren noch (wie in den frühen Siebzigern) ganze Gruppen von Auszubildenden oder Schülern zu gewinnen.⁸⁹⁹

Die Verkaufszahlen der Monatszeitung *La Taupe*⁹⁰⁰ lagen 1985 bei 450 Exemplaren und 60 Abonnenten, beim deutschsprachigen *Maulwurf*⁹⁰¹ waren es 1000 bis 1200 Exemplare und 120 Abonnenten.

Mitte August 1988 wurde in einem Bericht der Arbeitsgruppe Jugend des ZK festgestellt, dass die RSJ als nationale Organisation faktisch nicht mehr existierte. In Genf und Biel arbeiteten Jugendliche in der RSJ und der Jugendgruppe Provo mit und in Freiburg und Lausanne innerhalb der überparteilichen Organisation SOS-Racisme. In Winterthur (kein Mitglied der SAP war dort in der lokalen RSJ vertreten) und Basel arbeiteten die Jugendgruppen autonom, in Zug, Bern und Luzern verlief die Arbeit im Rahmen der jeweiligen grün-alternativen Zusammenschlüsse. In Zürich baute man sowohl eine ökologische Jugendgruppe wie auch die RSJ auf. Die Zeitung Maulwurf, mittlerweile in Provo umbenannt, hatte zu diesem Zeitpunkt 250 Abonnenten, zudem gab es Treffen an Sylvester, Pfingsten und ein nationales Sommerlager. Das Auseinanderfallen der RSJ in den „Lokalismus“ erfolgte analog dem Zerfallsprozess der SAP. Da man der Meinung war, nur noch über Sachthemen Mitglieder und Unterstützer mobilisieren zu können, konzentrierte man sich von nun an auf lokale Strukturen, denen man die nationale Jugendorganisation als Dachorganisation überstülpte:

„Parteimäßige Organisationen (gleich welcher Couleur) sind heute kein Anzugs- und Bezugspunkt für Jugendliche. (...) Wenn politische Themen interessieren, dann in der Form der sogenannten Sachpolitik. Diese Tatsache drückt sich auch im Scheitern des Projektes RSJ aus. (...) Das Herz unserer Jugendarbeit müssen daher lokale Gruppen mit einer wirklichen Verankerung unter Jugendlichen sein. (...) National soll die ZK-Arbeitsgruppe die verschiedenen Ansätze regelmäßig diskutieren. Ziel ist dabei nicht ein allgemeingültiges Modell zu entwickeln, sondern die verschiedenen lokalen Ansätze zu unterstützen und neue zu initiieren.“⁹⁰²

Die Hoffnungen, welche die SAP noch zu Beginn der Achtziger hatte, nämlich Jugendliche mit der Perspektive einer radikalen Änderung der Gesellschaft gewinnen zu können, waren damit aufgegeben worden. Die Ausgabe des Magazins Provo von Juli/August 1989 vermerkte letztmalig die RSJ als Herausgeber, danach zeichneten Redakteure und Mitarbeiter verantwortlich. Mit der Ausgabe Nr. 532

⁸⁹⁶ Vgl. ebd., S. 2.

⁸⁹⁷ „Sozialistische Jugendorganisation gegründet“, in: *Baseler Zeitung*, 21. März 1983. AfZ: IB wf-Archiv II 23.8.4. SAP. Der Staatsschutz spricht dagegen von „220 Personen von sozialistischen und kommunistischen Organisationen“ (Staats-schutzakten Maulwurf, 21.3.83. Ar 65.13.2 RML/SAP Staatschutzakten).

⁸⁹⁸ Vgl. Statuten der Revolutionär Sozialistischen Jugendorganisation RSJ, 20. März 1983. SSA: Ar. 65.15.2 RML/SAP-RSJ.

⁸⁹⁹ Vgl. Bilanz des nationalen RSJ-Aufbaus, [um 1985]. SSA: Ar. 65.15.2 RML/SAP-RSJ.

⁹⁰⁰ Von 1970 bis 1986 erschien *La Taupe* (Der Maulwurf) als Jugendzeitung des Cercle Spartacus (Lausanne) und des Cercle La Taupe (Genf), später dann als Organ der Jeunesses Socialistes Révolutionnaires (JSR).

⁹⁰¹ Von 1971 bis 1985 wurde die deutschsprachige Zeitschrift *Maulwurf* als Organ der Jugendkreise der Revolutionären Marxistischen Liga, später der Revolutionären Sozialistischen Jugendorganisation (RSJ) veröffentlicht. Der *Maulwurf* wurde 1986 in *Provo – das widerspenstige Jugendmagazin* umbenannt und existierte als solches bis 1990. Anfang der achtziger Jahre existierte zudem noch die italienischsprachige Jugendzeitschrift der Jugendkreise der SAP *La Talpa* (Der Maulwurf).

⁹⁰² Bemerkungen zum Stand und zum Konzept unserer Arbeit unter Jugendlichen. SSA: Ar 65.11.18 RML/SAP.

vom Juni 1990 stellte die Provo ihr Erscheinen ein – auch wenn sich im letzten Heft keinerlei Hinweis darauf finden lässt.

2.3.5.1.5 Hochschulpolitische Arbeit

Die Hochschulen stellten für die RML ein wichtiges Betätigungsgebiet dar, in dem sie ihre Mitglieder und Sympathisanten in den Bresche-Hochschulgruppen (BHG) organisierten, Proteste und Kampagnen durchführten und die studentischen Bewegungen auf die Arbeiterklasse orientieren wollten. Gilg berichtet von einem großen Einfluss der LMR/RML an der Universität Lausanne, an der das Comité Uni-Brechē 1970 die Auflösung der offiziellen Studentenschaft und die Gründung einer Fédération auto-nome universitaire betrieb, welche der Universitätsleitung als „Kampforganisation“ gegenübertrat.⁹⁰³ An der Hochschule in Zürich bildeten die RML-Mitglieder zusammen mit der Revolutionären Aufbau-organisation (RAZ) zeitweilig eine „Hochschul-Kampfgruppe“, die sich wie in Lausanne gegen die Universitätsordnung wandte. Die BHG stellten demokratische Forderungen und den Wunsch nach marxistisch orientierten Dozenten in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. 1973 organisierte die Bresche Hochschulgruppe einen Gegenzyklus zur universitären Veranstaltungsreihe „Marxismus und Wissenschaften“:

„Statt ‚Scheinmarxisten und Marxistologen‘ (...) sollen bestandene Klassenkämpfer über den ‚Marxismus als Theorie der Revolution‘ referieren: neben Krivine Michael Löwy, Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Fritz Osterwalder.“⁹⁰⁴

Des weiteren bemühten man sich durch Veranstaltungen und Seminare einen größeren Unterstützerkreis aufzubauen. Beispielsweise wurde Ernest Mandel zu einem zweitägigen Blockseminar an die Hochschule Zürich mit dem Thema „Perspektiven des Kapitalismus“ eingeladen, dessen Einzelkurse von bis zu 150 Personen besucht wurden.⁹⁰⁵ Die allgemein propagandistische Arbeit der RML wurde mit innen- und außenpolitische Themen verknüpft. So wandte man sich gegen die Werbung für Landesverteidigung an den Universitäten („Die Vorträge müssen als Versuch des Bürgertums und seiner ideologischen Anhängsel an der Universität gesehen werden, die ins Wanken geratene Ideologie von der Landesverteidigung an der Uni, dieser Reproduktionsstätte der bürgerlichen Ideologie, wieder zu festigen“)⁹⁰⁶ und gegen die Einführung des 3-Säulen-Modells in der Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV.⁹⁰⁷

2.3.5.1.6 Teilnahme an Wahlen

„In den Wahlen wird, obwohl man oft das Gegenteil vermutet, weniger die Leistung der Parteien und ihrer Parlamentarier als ihr gesellschaftlicher und ideologischer Marktwert honoriert.“⁹⁰⁸

Die RML schätzte in den ersten Jahren ihrer Existenz die Wahlen als eine „Nebensache“ ein, da durch sie die Klassenkonfrontation auf die Ebene der machtlosen parlamentarischen Institutionen verlegt werde.⁹⁰⁹ Allerdings hielten sie eine eigene Beteiligung an Wahlen gleichzeitig für ein Mittel, welches es erlaube, „eine wirkliche Propagandaarbeit unter den fortgeschrittenen Arbeiterschichten“ zu betreiben, wenn gleichzeitig eine „wirkliche ausserparlamentarische Arbeit“ geleistet werden könne und „die Gesamtprobleme gegenüber der Unternehmeroffensive“ aufgeworfen werden können.⁹¹⁰ Diese Einschätzung änderte sich erst im Laufe der Zeit und wurde von der späteren SAP dann zugunsten von Teilnahme an Wahlen verworfen. 1973 kandidierte bei der Neubestellung des Großen Rates (Grand Conseil) des Kanton Genf zum ersten Mal eine RML-Kandidatin, die allerdings erklärte, dass es sich hierbei um die Erlangung größerer Publizität für die RML handele und sie eine Wahl auch gar nicht

⁹⁰³ Vgl. Gilg, 1974, S. 113.

⁹⁰⁴ „Klassenkämpfer für die Universität?“ in: *Neue Zürcher Zeitung*, 22. Mai 1973, Morgenausgabe Nr. 2. AfZ: SAD-Dokumentation 5.1.6.4.1. 281 Bresche Hochschulgruppe (BHG).

⁹⁰⁵ Vgl. Stadtpolizei Zürich, Aktennotiz, 16.6.78. Ar 65.13.2 RML/SAP Staatsschutzakten.

⁹⁰⁶ Ligue marxiste révolutionnaire (LMR), a.a.O., S. 7.

⁹⁰⁷ Sozialversicherung: Der Gegenvorschlag des Bundesrates als Teil der Unternehmeroffensive! Uni-Bresche, Flugblatt (vermutlich Zürich im November 1971). AfZ: IPZ-Archiv, RML 1.0.0.-1.5.0.

⁹⁰⁸ Tschäni, 1979, S. 21f.

⁹⁰⁹ Vgl. *Bresche*, Nr. 5/6, 1972, S. 22.

⁹¹⁰ Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS, a.a.O., S. 14.

annehmen wolle.⁹¹¹ Auch bei den kantonalen Wahlen in Zürich im Jahre 1975 kandidierte die RML für den Regierungsrat mit der damals 22-jährigen Therese Weiler:

„Nicht weil RML-Mitglieder im Parlament oder gar eine RML-Regierungsrätin in unserem Staate etwas ändern könnten. Arbeitervertreter hin oder her bleibt der Staat ein Unternehmerstaat, der die Polizei aufrüstet und die Meinungsfreiheit an Schulen und Universitäten unterdrückt usw. (...) Für die RML stimmen heißt deshalb nicht, für eine ‚bessere‘ Politik im Parlament stimmen. Eine Stimme für die RML ist vielmehr eine Stimme für die aktive Solidarität aller Werktätigen gegen die Unternehmerangriffe, für die Befreiung der Frau, für die Gleichberechtigung der Immigranten und letztlich für den Sozialismus“⁹¹²

1978 nahm die RML an den Kantonswahlen in Neuenburg teil und erreichte ein Ergebnis von 10,6 % im Durchschnitt. Des weiteren nahm die RML/SAP in den Nationalwahlen von 1975, 1979, 1983 und 1985 teil. Sie erreichte dabei zwischen 0,4 % und 0,6 % bzw. 12.594 Stimmen im Jahre 1985. Die finanziellen Aufwendungen für eine Wahlteilnahme waren für eine kleine Partei enorm: So kostete der Wahlkampf 1975 die RML 50.000 Franken, was rund 10 % der Ausgaben der größeren und großen Parteien ausmachte.⁹¹³ Bis 1985 konnten Stadtrats- bzw. Gemeinderatssitze in Zug,⁹¹⁴ Biel und Chur im Rahmen von Wahlbündnissen gewonnen werden. Weitere Sitze wurden dann in Chiasso, La Chaux-de-Fonds und Bern gewonnen, zusätzlich wuchs die Zahl der gewonnenen Sitze in Zug⁹¹⁵ und Biel. Dies geschah sowohl im Rahmen von Bündnissen wie auch durch Einzelkandidaturen der SAP. In ihren stärksten Bastionen, Genf und Waadt konnte die SAP keine Sitze gewinnen, da dort mindestens 7 % der Wählerstimmen für die Wahl der Kandidaten notwendig gewesen wären.⁹¹⁶ 1985 wurde laut Alexander Hansrädi Bolliger als Abgeordneter des Bezirks Baden in den Grossen Rat (Kantonsrat) Aargau gewählt. Er hatte auf der gemeinsamen Liste von SAP und Grünen kandidiert.⁹¹⁷ Bis 1987 folgten weitere Sitze in den Kantonsparlamenten von Zug (1 Sitz), Luzern (2), Tessin (1) und Bern (1).

2.3.5.1.7 Referenden und Initiativen

Die RML/SAP unterstützte und initiierte eine Reihe von Initiativen und Volksabstimmungen, denen sie aufgrund der dafür notwendigen Mobilisierung von Abstimmenden und der politischen Debatte einen begrenzt progressiven Charakter zusprach, sie erkannte den Volksabstimmungen „die Wirkung einer politischen Manifestation der Arbeiterklasse“ zu.⁹¹⁸ Ab 1973 nahm die RML an der Organisierung einer Volksabstimmung zur Einführung der 40-Stunden-Woche teil, die damals in einer Niederlage für die Befürworter endete. Dabei betonte die RML den begrenzten Charakter von Volksabstimmungen, da wirkliche Zugeständnisse den Unternehmern nicht durch ein Abstimmungsresultat allein, sondern nur durch eine gleichzeitige Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse abgerungen werden könne.⁹¹⁹

Auch bei anderen Abstimmungen machte sie den begrenzten Charakter der Elemente der halbdirekten schweizerischen Demokratie deutlich und kritisierte das aus ihrer Sicht zweischneidige Schwert von Reformforderungen. So empfahl die RML 1976 bei der Mitbestimmungsinitiative nicht etwa Unterstützung, sondern die Abgabe eines leeren Stimmzettels, da es den Autoren des Mitbestimmungsprogramms bloß darum gehe, „gutgepolsterte Sessel für Gewerkschaftsbürokraten zu erkämpfen, auf denen sie den Unternehmern helfen werden, die Rentabilität der Betriebe mit allen Mitteln zu för-

⁹¹¹ Vgl. Gilg, 1974, S. 115.

⁹¹² Bresche, vierseitiges Flugblatt zur Kandidatur der RML bei den kantonalen Wahlen 1975. AfZ: SAD-Dokumentation 5.1.3.9 230 RML.

⁹¹³ Tschäni, 1979, S. 154.

⁹¹⁴ Mit 7,4 % der persönlichen/direkten Stimmen wurde Josef Lang in den Großen Gemeinderat der Stadt gewählt. Dieser war lange Zeit der verantwortliche Redakteur der Bresche, wurde 1994 Zuger Kantonsrat und 2003 für eine Listenverbindung mit der SGA Zug (27 %) in den Nationalrat gewählt. Vgl. „Josef Lang holt Hajo Leuteneggers Sitz“, in: *Neue Luzerner Zeitung*, 20.10.2003. AfZ: PA Biographische Sammlung – Personendossiers (Josef Lang).

Dort arbeitet er in der Sicherheits- und Rechtskommission (SGA Zug: Medienmitteilung der SGA Zug, 12.11.2003. URL: <http://www.sga-zug.ch/pages/33.htm> [14.05.2005]).

⁹¹⁵ 1986 wurde Daniel Brunner in den Zuger Gemeinderat gewählt. Der Millionenerbe der Firma Landis & Gyr trennte sich 1998 von der SGA und übernahm 2000 das zweite Lokalblatt von Zug, die *Zuger Presse*.

⁹¹⁶ Vgl. Alexander, 1991, S. 735.

⁹¹⁷ Ebd., S. 735.

⁹¹⁸ Gilg, 1974, S. 110.

⁹¹⁹ Ebd.

dern“.⁹²⁰ Die „Nationale Volksinitiative für eine bessere Berufsbildung“, in der die SAP die Einrichtung von öffentlichen Lehrwerkstätten mit bis zu 10.000 Berufsschülern forderte, startete im Februar 1981. Dazu benötigte sie die Unterschriften von 100.000 Unterzeichnern. Im Rahmen der Initiative wurde eine 52 Seiten umfassende Broschüre *Berufsbildung im Kreuzverhör* herausgegeben und die Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen zum Thema angeboten. Die Kampagne brachte die SAP in einen längeren Austausch mit einigen Gewerkschaftsorganisationen und konnte die Unterstützung einer Reihe prominenter Politiker und Gewerkschafter erreichen, auch wenn sich keine der anderen Arbeitsparteien der Initiative anschloss. In der Volksabstimmung vom 28.9.1986 wurde die Initiative abgelehnt. Auch die Initiative „für eine Schweiz ohne Armee“ wurde zwar im November 1989 abgelehnt, erzielt aber ein unerwartetes Resultat: 35,6 % des Stimmvolkes (eine Million) und zwei Kantone (Genf und Jura) nehmen die Initiative an.⁹²¹

Die Abstimmungen und Initiativen gestalten sich für kleine Parteien und Organisationen zumeist recht schwierig: Neben den formalen Hürden kostet eine solche Initiative hohe Summen: Für die Reichtumssteuer-Initiative musste die RML 6000 Franken aufbringen, doch „für eine wirksame Unterstützung einer Kampagne rechnen Reklamefachleute mit einem Betrag in Millionenhöhe“.⁹²²

2.3.6 SolidaritéS

Im April 1993 wurde (unter anderen von Charles-André Udry) die politische Bewegung solidaritéS gegründet, die sich heute aus solidaritéS-Gruppen in Genf und Neuenburg, aus dem Wahlbündnis „Collectif pour une Alliance Socialiste“ in Waadt und der Sozialistischen Alternative/Solidarität, die hauptsächlich in Basel-Stadt aktiv ist, zusammensetzt. Seit 2002 wird das Journal *solidaritéS – Pour une Alliance Socialiste* herausgegeben. Diese ist auch auf der Internetseite der solidaritéS⁹²³ zu lesen, auf der sich unter anderem aktuelle Berichte zu internationalen und nationalen politischen Ereignissen, Aufrufe zur Unterstützung von Referenden und die elektronischen Supplements der Genfer Organisation zum Journal finden.

SolidaritéS ist als Allianz verschiedener politischer Kräfte nicht als genuin trotzkistisch zu bezeichnen, allerdings steht sie in Verbindung zum VS der IV. Internationale, bei der die SoAL (siehe unten) den Status einer sympathisierenden Organisation hat. SolidaritéS-Gruppen sind in den Kantonsparlamenten von Genf und Neuenburg vertreten und verfolgen eine Politik von gemeinsamen Kandidaturen mit anderen linken Vereinigungen (z. B. Alliance de Gauche). Dies zahlte sich bei den nationalen Wahlen im Herbst 2003 insoweit aus, dass die solidaritéS erstmals einen Sitz im Nationalrat gewann, den sie mit ihrem Generalsekretär Pierre Vanek besetzt.

Im Rahmen ihrer außerparlamentarischen Arbeit kommt der Initiierung und der Beteiligung von Initiativen und Referenden auf nationaler wie kantonaler Ebene eine wichtige Bedeutung zu.⁹²⁴

SolidaritéS in Neuenburg entstand bereits im Jahre 1988 in der Form einer kommunalen allgemeinen Wahlliste und erhielt 5,1 % der Stimmen, was aber nicht zum Einzug in das Parlament ausreichte. Unter den Gründern der Bewegung befanden sich sowohl radikale italienische Einwanderer, Mitglieder der SAP und Personen, die bis dahin nicht politisch aktiv waren. Im Jahre 1992, in dem man sich als unabhängige Organisation gründete, schaffte es SolidaritéS mit Hilfe einer Listenverbindung mit drei Vertretern in den Rat der Stadt Neuenburg. Seitdem beteiligte man sich erfolgreich an weiteren Wahlen und konnte Vertreter in die Legislative und Exekutive der Stadt, der Legislative und Exekutive der Kommune und in den Großen Rat entsenden.⁹²⁵

⁹²⁰ Zitiert nach Tschäni, 1979, S. 126f.

⁹²¹ Vgl. G26ch.info: Ereignisse im Bundeshaus 1902-2002, 8. März 2005. URL: http://www.g26.ch/texte_013.html (18.05.2005).

⁹²² Tschäni, 1979, S. 153.

⁹²³ URL: <http://www.solidarites.ch/journal/>.

⁹²⁴ Vgl. solidaritéS, Initiative cantonale GE: Initiatives fiscales „Pour la suppression des cadeaux fiscaux au profit des très hauts revenus...“ et pour une „Contribution temporaire de solidarité des grandes fortunes“, April 2005. URL: <http://www.solidarites.ch/journal/index.php3> (13.05.2005).

⁹²⁵ Vgl. D. Ecklin / D. Perdrizat, Neuchâtel: Que peut faire un militant de SolidaritéS dans un exécutif? in: solidaritéS, Nr. 47, 15.06.2004, S. 18/19. URL: <http://www.solidarites.ch/journal/index.php3?action=4&aut=220> (20.04.2005).

Das Wahlbündnis „Collectif pour une Alliance Socialiste“ in Waadt gründete sich 2002 in Lausanne und fasste Mitglieder von solidaritéS Vaud, der globalisierungskritischen Bewegung und Gewerkschafter zusammen.⁹²⁶

Solidarités in Genf wurde 1992 auf Initiative mehrerer Dutzend linker Aktivisten aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegründet⁹²⁷ und zählte im Jahr 2003 250 organisierte Mitglieder und Sympathisanten. Auch die Genfer Organisation räumt den außerparlamentarischen Aktionen und Kampagnen erste Priorität ein. 1992 trat man gemeinsam mit der PdAS als Alliance de Gauche an und wurde mit 18 Mandaten zweitstärkste Kraft in der Stadt. Man verfügte 2003 über sieben Abgeordnete im kantonalen Parlament und zwölf Vertreter in den großen Gemeinden.⁹²⁸

Die Sozialistische Alternative – SoAL/Solidarität ist seit 1994 tätig, nachdem es im November 1993 ein Treffen der Baseler Linken auf der Grundlage des übersetzten Manifestes der SolidaritéS gegeben hatte.⁹²⁹ Die SoAL/Solidarität ist hauptsächlich von Basel aus aktiv, arbeitet aber häufig mit anderen Organisationen im In- und Ausland zusammen.⁹³⁰

„Als Teil der Linken vertreten wir antikapitalistische Standpunkte und setzen uns für eine selbstbestimmte gleichberechtigte Gesellschaft ein. Dafür gibt es nach unserer Meinung keine Patentrezepte. Wir sind aber überzeugt, dass die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft nur durch einen radikalen Bruch mit den bestehenden (Macht)Verhältnissen möglich ist.“⁹³¹

2.3.7 Bewegung für den Sozialismus (BFS)

In einem Artikel der Berner Tageszeitung *Der Bund* vom 11. Januar 2005 wurde über den Versuch eines Referendums gegen die unzureichenden flankierenden Maßnahmen bei der Einführung des freien Personenverkehrs für die Schweiz berichtet:

„Ein Komitee der äussersten Linken aber, das sich aus der ‚Bewegung für den Sozialismus‘ (BFS) rekrutiert und gestern vor die Medien trat, hat das Referendum ergriffen. Wortführer des Komitees ist der Lausanner Ökonom Charles-André Udry, in den Sechzigerjahren Pionier der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) und der späteren Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), und nun treibende Kraft der ebenfalls trotzkistisch geprägten BFS. Entsprechend klassenkämpferisch ist der Ton des Komitees: ‚Sagen wir Nein zur Internationale der Ausbeuter und zur Diktatur der Aktienbesitzer, die auch in der Schweiz die Lohnabhängigen, gleich welcher Nationalität, unter Druck setzen‘, steht auf dem Unterschriftenbogen.“⁹³²

Anfang Juni 2002 fand in der Nähe von Solothurn die vorkonstituierende Versammlung der Bewegung für den Sozialismus (BFS) statt (in der romanischen Schweiz: Mouvement Pour le Socialisme, MPS). Knapp 100 Teilnehmer waren anwesend, die Einleitung zum internationalen Teil wurde von dem langjährigen Leitungsmitglied der IV. Internationale, Livio Maitan, gehalten. Maitans Anwesenheit ist auf die weiter bestehenden Kontakte von Udry zum VS der IV. Internationalen zurückzuführen,⁹³³ aber auch sonst stehen die Mitglieder des BFS in Verbindung mit einer Reihe von Vertretern anderer Internationalen.⁹³⁴

Dabei hat sich die BFS bislang keiner internationalen trotzkistischen Strömung angeschlossen, auch wenn sie die Notwendigkeit einer internationalistischen Perspektive betont:

⁹²⁶ Vgl. Qui sommes-nous? in: solidaritéS, Nr. 26, 28.04.2003. URL:

http://www.solidarites.ch/journal/index.php3?action=2&id=932&num=26&db_version=2 (20.04.2005).

⁹²⁷ Vgl. M. Feistmann, „Umbau auf der Linken“, in: *Bresche-Magazin*, Januar 1993, S. 15.

⁹²⁸ SolidaritéS, Qui sommes-nous?, a.a.O., S. 3.

⁹²⁹ Vgl. E. Hurst / M. Stohler, „Aerobic für Altlinke“, in: *Bresche*, Juli/August 1994, S. 53/54.

⁹³⁰ Vgl. Sozialistische Alternative/Solidarität, Selbstdarstellung, 15.4.2005. URL:

<http://www.soal.ch/Kontakt/UeberunsSelbstdarstellung.htm> (17.04.2005).

⁹³¹ Ebd.

⁹³² J. Sohm, Referendum von ganz links, in: *Der Bund*, 11.01.2005. URL:

http://194.209.226.170/pdfarchiv/bund/2005/01/11/00809Schweiz20050111_1.pdf (15.05.2005).

⁹³³ Udry soll lange Jahre Sekretär von Ernest Mandel gewesen sein (vgl. J. Wartenweiler, Ein ganz linkes Nein, in: WoZ, 18.8.2005. URL: http://antifa.unihannover.tripod.com/WoZ_zum_MPS.htm [11.12.2005]).

Für eine Kurzbiografie siehe Rauber, 2003, S. 790.

⁹³⁴ Interview mit M. Feistmann und L. Moser in Zürich am 14. Mai 2005.

„Ohne diese Perspektive – welche sicherlich nicht neu ist, aber durch die Entwicklungen des Kapitalismus in den letzten zwei Jahrzehnten noch viel an Bedeutung gewonnen hat – erscheint jedes politische Projekt als gegenstandslos, auf die nationale Ebene beschränkt und somit nicht in der Lage, die politische Dynamik zu erfassen und ein Minimum an realistischen Vorschlägen zu erarbeiten.“⁹³⁵

Für die BFS spiegelt sich in dem Zustand der heutigen Arbeiterorganisationen das Ende einer historischen Phase der Arbeiterbewegung wieder: Die SP sei eine sozial-liberale Kraft und der SGB ein kraftloser Apparat. Doch gleichzeitig würde das kapitalistische System sogar in der Schweiz erneut in Frage gestellt, was sich an den Bewegungen der letzten Jahre gegen Privatisierungen, Gesundheitspolitik, Arbeitszeitflexibilisierung, Migrationspolitik und in der Entwicklung von Organisationen gegen die kapitalistische Globalisierung ausgedrückt habe. Eine Bewegung für den Sozialismus stelle dem entsprechend eine „logische und physiologische Notwendigkeit“⁹³⁶ dar.

„Die BFS versteht sich als Teil eines Internationalismus, eines Antikapitalismus und eines Antiimperialismus zur Schaffung einer sozialistischen und demokratischen Alternative zum real existierenden Kapitalismus – in seiner Konstanz sowie in seinen veränderlichen Erscheinungsformen“.⁹³⁷

Die BFS gibt an, gesamtschweizerisch aktiv zu sein und ihre Schwerpunkte in den Kantonen Zürich, Bern, Basel, Fribourg, Waadt, Genf, Wallis und Tessin zu haben.⁹³⁸ Die Mitgliederzahlen sollen sich auf über 150 Personen belaufen, von denen die Mehrheit von Schülern und Studenten gestellt wird, die im Rahmen der Anti-Kriegsbewegung und Studierendenbewegung gewonnen wurden.⁹³⁹ Die BFS ist allerdings auch in einigen Gewerkschaften mit einem gewissen Einfluss verankert, was in der Vergangenheit zu regelmäßigen Konflikten mit der Gewerkschaftsleitung führte. So soll es im Kanton Waadt durch die Arbeit von BFS-Mitgliedern zur Spaltung des VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) gekommen sein, und in der Gewerkschaft Comedia kam im Frühjahr 2005 zu Auseinandersetzungen wegen der Entlassung einer BFS-nahen Gewerkschaftssekretärin. Auch in der Gewerkschaft Unia soll die BFS mit ihren Leuten – vor allem im Tessin – für Unruhe sorgen und der Gewerkschaftsspitze das Leben schwer machen:

„Viele Unia-Kader waren einst ebenfalls RML- oder SAP-Mitglieder und werden heute von der BFS als Verräter bezeichnet. Unia-Vertreter, wie ihr Mediensprecher Nico Lutz, kritisieren nicht das Engagement von MPS-Leuten in den Gewerkschaften, sondern dass sie deren Ressourcen zum Aufbau der eigenen Partei benutzen.“⁹⁴⁰

Als sich der SGB-Sekretär Romolo Molo öffentlich im Sinne einer Kampagne der BFS (und damit gegen die Position seiner eigenen Gewerkschaft) aussprach, wurde er entlassen. Molo, obwohl nach eigenen Angaben kein BFS-Mitglied, gilt als Verbündeter von Udry.⁹⁴¹

Publikationen

Die BFS/MPS hat eine rege Publikationsarbeit begonnen: Neben einer Reihe von bereits veröffentlichten Broschüren, erscheint alle zwei Wochen die Zeitung *Solidarietà*, zudem gibt es die Monatszeitschrift *à l'encontre* (www.alencontre.org) und die deutschsprachige Zeitschrift *Debatte* (www.debatte.ch).

Am 1. Mai 2005 wurde *Die Bresche*, das erste vierseitige Informationsbulletin des BFS in Zürich, publiziert; es beschäftigt sich mit den flankierenden Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping und dem Vertrag von Schengen. Mit diesen Themen setzt sich zudem eine 40-seitige Broschüre im Format DIN A4 auseinander, die detailliert und ausführlich eine Argumentation entwickelt.

⁹³⁵ Die Bewegung für den Sozialismus (BFS) unterwegs zur Gründungsversammlung, o. J. URL: <http://www.bfs-zh.ch/Ueberuns/gruendungsversammlung.htm> (05.06.2005).

⁹³⁶ Weshalb eine Bewegung für den Sozialismus? August 2002. URL: http://www.bfs-zh.ch/Ueber_uns/Ueber_uns1.htm (05.06.2002).

⁹³⁷ Ebd.

⁹³⁸ *Bresche*, Nr. 1, 1. Mai 2005, S. 4.

⁹³⁹ Interview mit M. Feistmann und L. Moser in Zürich am 14. Mai 2005.

⁹⁴⁰ J. Wartenweiler, Ein ganz linkes Nein, a.a.O.

⁹⁴¹ Ebd.

2.3.8 Groupe Trotskiste de Suisse (GTS) / Organisation Socialiste des Travailleurs (OST)

Da sich die OST nur im französischsprachigen Teil der Schweiz etablieren konnte, wird sie im folgenden nur kurz beschrieben werden. Zudem ist über sie aufgrund ihrer geringen Größe und der Mitarbeit innerhalb anderer Organisationen nur wenig in Erfahrung zu bringen.

Mitte der Siebziger begann eine kleine Gruppe von „Lambertisten“ ihre Arbeit in Genf. 1977 wurde mit der Herausgabe des *Bulletin marxiste* begonnen, zusätzlich erschien seit 1979 das *Bulletin marxiste/Lettres*.⁹⁴² 1981 hielt sie ihren ersten Kongress als Groupe Trotskiste de Suisse (GTS) ab und publizierte die Zeitung *Action Socialiste*, die seit 1981 in Genf herausgegeben wird. Die GTS orientierte sich zu Anfang ihrer Arbeit auf die Entwicklung eines linken Flügels in der Sozialistischen Partei. Ein Hinweis auf die Aktivitäten der GTS findet sich in einem Dokument der SAP von 1981, in dem davon gesprochen wird, dass die lambertistische Strömung im Welschland versuche, Kräfte an den Universitäten zu akkumulieren.⁹⁴³ Die GTS hielt 1984 an der Universität in Genf ein Forum der Vierten Internationale ab und benannte sich Ende 1990 in Organisation Socialiste Travailleurs (OST) um. Ende der achtziger Jahre vollzog sich in der GTS ein Orientierungswechsel, der dem Beispiel der lambertistischen IV. Internationale folgte. Auf dem VIII. Kongress der GTS von 1990 wurde die noch auf dem vorherigen Kongress festgestellte ökonomische und politische Stabilität des schweizerischen Kapitalismus nun in Frage gestellt und daraus gefolgert, dass diese veränderte Situation zu einer entschlossenen Wende in der Parteiarbeit [dans notre intervention] führen müsse.⁹⁴⁴ Innerhalb der Union des cercles pour une politique ouvrière (UCPO)⁹⁴⁵ hatte man mit der Zusammenarbeit mit Aktivisten aus verschiedenen politischen Hintergründen begonnen, um die Grundlagen für einen Aufbau einer „wirklichen Arbeiterpartei“ zu schaffen:

„Diese Aufgabe nimmt die Form von Neugruppierungen von Arbeitern und von Militanten an (sogar von Strömungen, Gruppen oder Organisationen, soweit sie existieren), welche, auch wenn sie sich nicht notwendigerweise auf unsere Positionen stellen, jedoch Wege der Klassenunabhängigkeit und damit einen Ausweg für die Arbeiterklasse suchen. (...) und wir tragen zu diesem selben Ziel im internationalen Maßstab im Rahmen des internationalen Abkommens der Arbeiter und der Völker bei, das im Jahre 1991 in Barcelona geschlossen wurde.“⁹⁴⁶

Diese strategische Orientierung, die bereits von anderen Sektionen der lambertistischen IV. Internationale umgesetzt bzw. als Aufgabenstellung für eine Reihe von Sektionen erarbeitet wurde, fand somit auch in der Schweiz ihre Umsetzung.

Für die Arbeit des UCPO seien hier Kampagnen wie beispielsweise die des Aufbaus des „Komitees zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes (Service public) und gegen Privatisierung“ erwähnt, auf dessen nationaler Konferenz 2003 neben Gewerkschaftssekretären auch die Generalsekretärin der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes (VPOD) und eine Nationalratsabgeordnete der SP sprachen. Die Arbeit der VAA wird mit der Herausgabe des *Journal* der VAA⁹⁴⁷ und der *Tribune libre*⁹⁴⁸ unterstützt. Neben der Arbeit in der UCPO engagierten sich OST-Mitglieder im Comité pour l’unité contre le démantèlement social (CCDS, Komitee für die Einheit gegen den Sozialabbau) und unterstützten im Wahlkampf 1995 die Schaffung von „Einheitslisten gegen die soziale Demontage“:

„Tatsächlich konzentrieren sich alle Anstrengungen der OST in der Neugruppierung von Arbeitern und von Aktivisten, die den Weg des Widerstandes gegen die Politik suchen,

⁹⁴² Nachgewiesene Nummern des *Bulletin*: 1 (1977) bis 7 (1979) und des *Bulletin/Lettre* 1979 bis 1980 (Lubitz, 1993, S. 43, Nr. 0243; Internet-Version: S. 17).

⁹⁴³ Vgl. Für die Gründung einer Revolutionären Jugendorganisation. Bilanz unseres Aufbaus seit dem 5. Kongress, S. 5. SSA: Ar 65.12.2. SAP Nationales Sekretariat, Zirkulare 1981-1982.

⁹⁴⁴ OST, „La situation en Suisse et nos tâches“, in: *Action Socialiste*, Nr. 115, 15.09.1990, S. 5.

⁹⁴⁵ Vereinigung der (Arbeits)kreise für Arbeit(nehm)erpolitik.

⁹⁴⁶ Vgl. OST, „La situation politique en Suisse et nos tâches. Déclaration de l’Organisation Socialiste des Travailleurs“, in: *Action Socialiste*, Nr. 144, 13.12.1995, S. 1.

⁹⁴⁷ URL: http://www.ucpo.ch/spip/rubrique.php3?id_rubrique=6 (17.4.2005).

⁹⁴⁸ Analog zu der (ehemaligen) *Freien Tribüne für Arbeitnehmerpolitik* der ISA in Deutschland, *Manifest: Freie Tribüne des Klassenkampfes* der TGÖ in Österreich und der heute noch existierenden französischen *Tribune internationale – La Vérité*.

die die Kapitalisten und die Bankiers sowohl in der Schweiz, als auch in allen anderen Ländern gegen die Arbeiterklasse und die Völker führen.“⁹⁴⁹

Mit der Umsetzung der hier skizzierten Bündnispolitik scheint der unabhängige Aufbau der OST in den Hintergrund getreten zu sein. Konnte 1988 die *Action Socialiste* noch mit 16 Seiten publiziert werden,⁹⁵⁰ so schrumpfte diese im Laufe der Neunziger Jahre auf nur noch vier Seiten.

⁹⁴⁹ GTS/OST, „La discussion et la réalisation de nos tâches“, in: *Action Socialiste*, Nr. 143, 27.10.1995, S. 1.

⁹⁵⁰ Vgl. als Beispiel *Action Socialiste*, Nr. 96, 28.03.1988.

Kapitel 3

Grundlegende theoretische Differenzen der trotzkistischen Organisationen

Im folgenden werden die unterschiedlichen theoretischen Positionen verschiedener trotzkistischer Organisationen zur Sozialdemokratie, darauf aufbauend zum Entrismus, zum so genannten Übergangsprogramm, zum Stalinismus und zum Organisations- bzw. Parteiaufbau dargestellt. Ich beziehe mich hier nur auf die deutschen trotzkistischen Organisationen, da diese auch stellvertretend für ihre Schwesterorganisationen in Österreich und der Schweiz (sofern vorhanden) stehen. Weder wird hier ein vollständiger Überblick über alle Organisationen gegeben, noch eine tiefergehende Analyse der jeweiligen Positionen ausgearbeitet, statt dessen sollen die gegensätzlichen Positionen zu unterschiedlichen theoretischen Einschätzungen kurz skizziert werden, um die theoretische Bandbreite des Trotzkismus darzustellen.

Da sich die trotzkistischen Organisationen auf grundlegende Theorien Trotzkis berufen, diese aber im Laufe der Jahrzehnte im Rahmen ihrer eigenen Traditionen modifiziert haben, kann man tatsächlich in Anlehnung an Daniel Bensaid von „Trotzkismen“ sprechen. Zwar vertreten eine Reihe von Organisationen den Anspruch, das Erbe der „wahren“ Ideen Trotzkis zu vertreten, doch wurden bestimmte theoretische Positionen Trotzkis jeweils so unterschiedlich interpretiert, dass der Versuch einer Bestimmung des „wahren“ Trotzkismus notwendigerweise ins Leere laufen würde. Der Alleinvertretungsanspruch einzelner Organisationen ist insoweit auch kritisch zu betrachten, wenn man bedenkt, dass Trotzki im Laufe seines politischen Lebens eine Reihe von theoretischen Wendungen vollzogen hat, die nicht nur im Gegensatz zu seinen eigenen Thesen standen, sondern auch immer wieder Teile seiner Anhängerschaft aus dem eigenen Lager vertrieben haben. Die Notwendigkeit das Konzept der proletarischen Weltrevolution gegen Sozialdemokratie und Stalinismus zu verteidigen, führte zu dem Festhalten an theoretischer Orthodoxie und manches Mal zu einer dogmatischen Ausprägung derselben. Insoweit sei noch einmal an Anderson erinnert, der die These vertritt, dass eine Weiterentwicklungen und die Überprüfung marxistischer Theorie durch tatsächliche Praxis nur in „revolutionären Epochen“ zu leisten ist. Bensaid pflichtet dem implizit bei:

„Das Auseinanderfallen der theoretischen Aktivität und der Möglichkeit einer konkreten Überprüfung in der Praxis drängt in Richtung einer Übertreibung des Streits um die wahre Lehre und des dogmatischen Fetischismus“⁹⁵¹

Bensaid weist ebenfalls darauf hin, dass sich im Laufe der Jahrzehnte aufgrund der jeweiligen politischen Kultur der verschiedenen Länder kontinentale Trotzkismen inklusive nationaler Besonderheiten herausgebildet hätten.⁹⁵² Dieser Einschätzung soll hier widersprochen werden. Die Bezeichnung „Trotzkismus“ bezieht sich trotz dessen unterschiedlicher theoretischer Ausprägungen auf ein System von politischen Theorien zur Frage der Bürokratisierung, der permanenten Revolution und zur Revolutionstheorie. Diese Grundlagen verbindenden die „Trotzkismen“ stärker, als sie nationale Besonderheiten trennen, gerade weil es sich beim Trotzkismus um eine internationalistische Perspektive der Revolution handelt. Bestimmte politische Kulturen mögen ihren Beitrag zu einer besonderen Ausprägung trotzkistischer Theorie geleistet haben, doch als das Hauptmoment theoretischer Differenzierung kann nur die jeweilige Interpretation von Trotzkis Gedanken durch die jeweiligen Organisationen gelten.

3.1 Sozialdemokratie und Entrismustaktik

Mitglieder der „deutschen Sektion der IV. Internationale“ konnten im Zeitraum von 1953 bis 1968 in verschiedenen Städten und SPD-Untergliederungen zu Sprechern von Falken (Sozialistische Jugend Deutschlands), Jusos und Ortsvereinen werden. Brandt/Steinke meinen, dass die politische Wirkung der Trotzkisten zweifellos ihre Zahl überstieg, und dass in Köln und Berlin die Falken unter starkem Einfluss der Trotzkisten standen. Der Eintritt in die sozialdemokratischen Parteien fand 1953 vor dem Hintergrund eines gewissen Anstieges der politischen und sozialen Auseinandersetzungen statt: Fra-

⁹⁵¹ Bensaid, 2004, S. 10.

⁹⁵² Vgl. ebd., S. 9.

gen der Wiedervereinigung, des Widerstandes gegen die Remilitarisierung, der SPD-Richtungskämpfe, des Algerien-Krieg etc.

Allerdings hatten sich die vorhergesagten Klassenkämpfe nicht in einem Maße entwickelt, welches eine Fortführung der entrustischen Arbeit gerechtfertigt hätte. Des weiteren seien die Trotzkisten selber in ein sozialdemokratisches Milieu hineingezogen worden, was die politische Identität zumindest längerfristig infrage stellen könnten.⁹⁵³ Aufgrund mangelnder Alternativen verblieb die „deutsche Sektion“ auch nach der Großen Koalition von 1966 in der SPD:

„Die Herausbildung einer neuen politischen Partei der Arbeiterklasse ist eng mit dem Zustand der Klasse verknüpft, mit dem Reifegrad der führenden Kräfte, der Massen und mit ihren Kämpfen. Soll die neue Partei keine Sekte oder ein rein propagandistisches Gebilde sein, ohne konkreten Einfluss auf die Bewegungen der Klasse, so kann sie nur im Strom des politischen Kampfes und dem mit ihm verbundenen Differenzierungsprozeß innerhalb der Massenorganisationen entstehen, in denen die Mehrheit des politisch organisierten Teils der Arbeiterschaft ihre Führung sieht. Die neue sozialistische Partei, deren Notwendigkeit nicht erst seit der Großen Koalition besteht und deren Konstituierung ein Axiom für die Strategie der linken revolutionären Kräfte sein muß, kann den Sprung aus der Erkenntnis zur Wirklichkeit erst dann tun, wenn es gelingt, entscheidende politische Klassenkräfte von ihrer politischen Führung zu lösen.“⁹⁵⁴

Nachdem man 1968 aus der SPD ausgetreten war, entwickelte sich eine Auseinandersetzung um die Bilanz der Taktik des Entrismus und der Charakterisierung der SPD, infolge deren sich die deutsche Sektion in GIM und IKD spaltete. Die Frage des politischen Charakters der SPD sollte die GIM bis in die frühen achtziger Jahre beschäftigen. Die Kompaß-Tendenz (KT) vertrat in den Fraktionskämpfen von 1974 die Ansicht, dass die SPD eine bürgerliche Partei sei, die lediglich Wahlunterstützung durch die Arbeiterklasse erhalte. Dagegen vertrat die Mehrheit den Standpunkt, dass die SPD weiterhin von einem Großteil der Arbeiter als Klassenpartei gesehen würde.⁹⁵⁵ Daraus leitete sich auch die Taktik der Bündnispolitik ab, die in Form von Aktionseinheiten mit Mitgliedern und Untergliederungen der SPD diese von ihrer Mutterpartei lösen sollte.⁹⁵⁶

Die GIM sah die Aufgabe der SPD darin, die westdeutsche Arbeiterklasse im Auftrag der Bourgeoisie in das kapitalistische System einzubinden.⁹⁵⁷ Das gängige Verständnis über die Klassenverhältnisse im „Spätkapitalismus“, in denen die Arbeiterklasse durch die Sozialpartnerschaft sozial befriedet werden sei und demzufolge nicht mehr ideologisch durch die SPD „getäuscht“ werden müsse, lässt die „Einbindungsthese“ beinahe als Verschwörungstheorie erscheinen. Dies besonders vor dem Hintergrund der Arbeiten von Poulantzas⁹⁵⁸ und der (in späteren Jahren folgenden) Regulationsschule,⁹⁵⁹ die von einer „Autonomie des Politischen“, also einer relativen Unabhängigkeit der staatlichen Institutionen und Parteien ausgehen. Die Positionen des VSVI und der GIM waren aber differenzierter: Zum Einen argumentierte z. B. Ernest Mandel, dass das niedrige Klassenbewusstsein nicht Folge des sozialen Aufschwunges sei (so habe es auch in Frankreich und Italien einen Aufschwung gegeben, der aber zu einem gestiegenen Selbstvertrauen und wachsender Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse

⁹⁵³ Vgl. Brandt/Steinke, 1984, S. 1604.

⁹⁵⁴ G. Gerbel, „Die Opposition gegen die Große Koalition“ (zuerst veröffentlicht März 1967), zitiert nach: Jungclas, 1980, S. 268/269.

⁹⁵⁵ Vgl. die Zusammenfassung der Thesen der Mehrheits-Tendenz: „Nationale Konferenz der GIM. Der Klassenkampf in Westdeutschland und die Aufgaben der GIM“, in: *was tun*, Jg. VII, Nr. 50, undatiert [April 1974], S. 3/4.

Laut Norbert Madloch wurde die Mehrheitstendenz von Winfried Wolf geleitet und organisierten sich in der Kompaß-Tendenz u. a. Jürgen Arz, Peter Cardorff, K. Karew und Viktor Türkmann (Madloch, 1976, S. 88).

⁹⁵⁶ Vgl. Gellrich, 1999, S. 32.

⁹⁵⁷ Vgl. ebd., S. 33.

⁹⁵⁸ N. Poulantzas, *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt/M. 1980.

⁹⁵⁹ Zu dieser Theorie siehe beispielsweise J. Esser / C. Görg / J. Hirsch (Hrsg.), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg 1994; M. Jakob, „Die Regulationstheorie. Eine Einführung“, in: *Marxismus*, Wien, Nr. 14, Juli 1999, S. 7–35; R. Brenner / M. Glick, „Der Regulationsansatz: Theorie und Geschichte“, in: *Marxismus*, Nr. 14, S. 37–129.

geföhrt habe), sondern Folge der historischen Niederlagen der deutschen Arbeiterschaft von 1919, 1933 und 1948.⁹⁶⁰

Auch wenn es keinen direkten Rückgriff auf die Ideen Gramscis gab, so deutet die nach 1968 beinahe inflationär gebrauchte Formel: „Erringung der Hegemonie in der Neuen Avantgarde“ doch auf die Nähe zu einem Grundaxiom des Denkens Gramscis hin: In der Zivilgesellschaft gilt es, die ideologische Hegemonie zu erobern, da der Staat(sapparat) nur den „äußersten Panzer“ vor den vom Kapital ideologisch dominierten „Schützengräben“ der bürgerlichen Gesellschaft darstelle. Die bürgerliche Gesellschaft werde nicht durch staatlichen Zwang und auch nicht durch eine ein für alle Mal gültige Anerkennung des Parlamentarismus aufrechterhalten:

„Dem Hegemonie-Konzept Gramscis zufolge wird die Herrschaft der bürgerlichen Klasse aber nicht durch Legitimation aufrechterhalten. Vielmehr wird vermittels eines ganzen Komplexes praktischer und theoretischer Tätigkeiten der ‚tätige Konsensus‘ der Regierten organisiert“.⁹⁶¹

Und weiter:

„Die Hegemonie der subalternen Kollektive und Bewegungen muß demnach nicht allein in der Überwindung solcher Schranken und sozialer Selektivitäten, in der Kritik bestehen, sondern mehr noch in der intellektuellen, emotionalen und moralischen Befähigung zur Organisation kollektiver Lebensgewohnheiten, d.h. in einer Veränderung des common sense, und vor allem in konkreten Vorschlägen zur weiteren Entwicklung gesellschaftlicher Verhältnisse, die die Fähigkeit zur konkreten Organisation des sozialen Lebens ausgehend von der Lebensweise der subalternen Kollektive und Bewegungen zeigen.“⁹⁶²

Nach dem vorhergehenden Gedankengang wäre die SPD eine der ideologischen Formationen, die den tätigen Konsensus der Regierten organisiert, also Hegemonie aufrechterhält. Demzufolge ist die Vorstellung, dass die SPD die Aufgabe hat, die Arbeiterklasse in das kapitalistische System einzubinden (Hegemonie zu organisieren), anschlussfähig zu dem Gedanken, zuerst die Hegemonie in der „Neuen Avantgarde“ zu erkämpfen, um dann eine Gegenhegemonie mit einer neuen Vorhut zu organisieren. Die Bekämpfung der herrschenden Ideologie und das Brechen der Hegemonie musste also u. a. durch die „Entlarvung“ der SPD-Führung und ein Aktionsangebot an ihre Mitglieder erfolgen. Zur Organisierung der „Gegenhegemonie“ wiederum war der Aufbau einer revolutionären Partei notwendig.⁹⁶³

Obwohl die Fraktionen und Tendenzen, welche die SPD als „verbürgerlicht“ begriffen, sich nach 1979 entweder auflösten oder zum Teil auch ausgetreten waren (SPD-Nee-Fraktion), hielt sich diese Strömung weiterhin hartnäckig in der GIM. So auch auf der Nationalen Konferenz von 1982, bei der der Duisburger Kreis in der Regierungsübernahme von CDU/FDP nicht eine politische „Wende“ sah, sondern nur eine Fortsetzung der pro-kapitalistischen Politik der SPD und von verschobenen „Nuancen“ sprach.⁹⁶⁴ Die These, dass es sich bei der SPD um eine „bürgerliche Partei“ handelt, vertritt auch weiterhin eine Abspaltung der VSP, der 1994 gegründete Revolutionär Sozialistische Bund (RSB).⁹⁶⁵

Eine diametrale Position zur Frage des Charakters der SPD nimmt die Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) ein. Da die SPD als eine „bürgerliche Arbeiterpartei“ (Arbeiterpartei mit bürgerlicher Führung) begriffen wird, in der sich im Zuge bevorstehender Klassenkämpfe sozialistische Positionen Bahn brechen würden, wurden weiterhin Forderungen aufrechterhalten, welche bereits die Vorläuferorganisation IAK und deren Jugendorganisation Junge Garde vor ihrem Eintritt in die

⁹⁶⁰ Vgl. Mandel, 1982, S. 257f.

⁹⁶¹ Demirovic, 1992, S. 146.

⁹⁶² Ebd., S. 155.

⁹⁶³ Winfried Wolf konnte sich nicht daran erinnern, dass Gramscis Hegemonie-Konzept innerhalb der GIM diskutiert wurde (Interview mit W. Wolf am 16.04.2005). Das Verhältnis zur SPD-Mitgliedschaft war wahrscheinlich auch eher von pragmatischen, denn von abstrakten theoretischen Überlegungen bestimmt. Dass Gramsci von führenden GIM-Mitgliedern gelesen wurde, steht außer Frage, allerdings ist auch zu bedenken, dass dieser in den Siebzigern von den „Eurokommunisten“ zur Rechtfertigung ihrer Regierungsbeteiligung theoretisch fruchtbar gemacht werden sollte und somit wahrscheinlich eher kritisch gesehen wurde.

⁹⁶⁴ Vgl. Gellrich, 1999, S. 32.

⁹⁶⁵ Politisches Komitee des RSB, Vorwort, zu: Die SPD – Eine bürgerliche Partei, 10.2.2000. URL: http://www.rsb4.de/index.php?option=com_content&task=view&id=934&Itemid=135 (12.04.2005).

SPD formuliert hatten und die im Sinne der IAK/ISA von SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern erkämpft und umgesetzt werden sollten:

„Bruch mit dem Kapital und seinen Politikern auf der ganzen Ebene – Gegen den Angriff von Strauß und Barzel: Sofort Mobilisierung der Arbeiter und Jugendlichen: Für eine SPD-Alleinregierung im Kampf gegen das Kapital.“⁹⁶⁶

Diese Forderung war laut IAK kein „Trick zur Entlarvung“ der SPD (damit war die taktische Position der GIM zur SPD gemeint), sondern sei die einzige konkrete Form,

„in der die sozialdemokratisch kontrollierten Arbeitermassen heute zusammen mit den Trotzkisten den Kampf für den Bruch mit der Bourgeoisie, mit der Errichtung und Verwirklichung der Klasseneinheitsfront (...) führen können“.⁹⁶⁷

Die Fähigkeit zur „Bewegung der deutschen Arbeiterklasse“ wurde in den Augen der IAK von der Tat-sache mitbestimmt, dass die „konterrevolutionäre bürgerliche Arbeiterpartei SPD über das gesamte deutsche Proletariat“ die Kontrolle ausübe:

„Das deutsche Proletariat existiert als politische Klasse durch die SPD, und sein Kampf als Klasse muß zunächst durch diesen Rahmen gehen, sich durch die SPD organisieren.“

Damit sei die Aufgabe der IAK:

„die Organisierung des Prozesses der Loslösung der Massen von ihrer traditionellen politischen Führung. Das geschieht durch die Organisierung des Kampfes der Massen in der Form, daß sie durch ihre eigene Erfahrung die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen revolutionären Führung einsehen und sich die politischen und organisatorischen Elemente schaffen können, das zu tun.“⁹⁶⁸

Obwohl die SPD-Führung die „Agentur der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterbewegung“ sei, so wäre die SPD andererseits „ein Produkt des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie“. Doch sei es falsch, die Gründe für die (verräterische) Rolle der SPD „objektivistisch darin zu sehen, daß die Politik ihrer Führung Ausdruck der Notwendigkeiten der objektiven Klassenkampfsituation gewesen wäre“.⁹⁶⁹ „Die wirkliche Grundlage für die politische Rolle der SPD liegt bis heute in der Krise der Führung des Proletariats“.⁹⁷⁰

Diese getreue Wiedergabe der Analyse Trotzkis, dass die Krise der Menschheit die Krise der Führung des Proletariats sei, welche die IAK im übrigen mit denen der anderen Trotzkisten teilte (wenn sie diese auch anders interpretierte), verschob die „Verantwortung“ für das niedrige bzw. kaum vorhandene sozialistische Bewusstsein der Arbeiterklasse auf die verräterische Rolle der Führungen der Arbeiterorganisationen und des Fehlens einer revolutionären Partei. Die reformistische Politik der SPD-Führung war also kein „Ausdruck der Notwendigkeiten der objektiven Klassenkampfsituation“, was in einer niedrigen Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zu begründen gewesen wäre, sondern „objektiver“ Verrat der Führung. Im Umkehrschluss musste die „objektive Klassenkampfsituation“ zumindest tendenziell für eine revolutionäre Politik sprechen (wobei man sich darüber streiten kann, ob der Kampf für Lohnerhöhungen und Arbeitsplätze schon „bewusster“ Klassenkampf ist – dies mag davon abhängen, welche Erfahrungen ihm zugrunde liegen und welche Formen dieser annimmt). Die IAK sah gerade vor dem Hintergrund des Niedergangs der Produktivkräfte, die eine Reformpolitik unmöglich gemacht hätten und dem Beginn des „Kampf um die Macht“ seit 1968 die Arbeiterklasse in der Offensive. Dies müsse sich in der SPD, die ein „Produkt des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie“ darstelle, niederschlagen und aufgrund der Spannungen zwischen revolutionären Erwartungen der Mitglieder und reformistischer Blockade der Führung zur Spaltung der SPD führen:

„Dieser Widerspruch löst sich auf in der Zerstörung der SPD entweder durch die Konterrevolution oder durch den Aufbau der revolutionären Partei.“⁹⁷¹

Dem Hinweis anderer trotzkistischer Strömungen, dass die Arbeiterklasse durch Reformen an die SPD gebunden worden wäre, erteilte die IAK eine Absage:

⁹⁶⁶ Maiaufruf der IAK und der JG, dokumentiert in: Autorenkollektiv, 1975, Teil II, S. 4.

⁹⁶⁷ Zitiert nach Jungsozialisten in der SPD, Köln, *Die 4 1/2te Internationale*, a.a.O., S. 12.

⁹⁶⁸ „Politische Resolution des ZK“ (Bochum, den 30.11.74), dokumentiert in: Autorenkollektiv, 1975 Teil III, S. 2.

⁹⁶⁹ Ebd., S. 8.

⁹⁷⁰ Ebd., S. 9.

⁹⁷¹ Ebd., S. 11.

„So behaupten etwa die Pablisten in Deutschland [die GIM, F. N.], daß die erfolgreiche reformistische Politik der SPD und ihre Kontrolle über die Massen darin beruht, daß nach dem 2. imperialistischen Krieg ‚bedingt‘, ‚relativ‘ und ‚tendentiell‘ Reformen möglich gewesen wären. Von dieser Ideologie ist es nur ein Schritt, um zu der These zu kommen, die Arbeiterklasse als revolutionäre Klasse zu verleugnen und daß jede Arbeiterklasse die Partei hat, die sie verdient, d.h. das deutsche Proletariat sei unpolitisch, reformistisch und dann durch Sättigung und Wohlstand in die kapitalistische Gesellschaftsordnung integriert.“⁹⁷²

Als 1980 die SPD-Nee-Fraktion in der GIM eine Mehrheit auf der Nationalen Konferenz erhielt, intervenierte die ISA zusammen mit der Gruppe Internationales Sozialistisches Forum (ISF)⁹⁷³ und der Bolschewistischen Fraktion, die sich im Paritätischen Komitee zusammengefunden hatten.⁹⁷⁴ In ihrem Schreiben an die Delegierten der Nationalen Konferenz der GIM im Juni 1980 betonten die drei Organisationen, dass sowohl der „Entrismus sui generis“ wie auch die strikte Ablehnung einer Orientierung an der SPD „von der gleichen, aus tiefem Mißtrauen gegenüber dem Proletariat und seiner politischen Bewegung geborenen Unfähigkeit, dem Problem der SPD zu Leibe zu rücken“⁹⁷⁵ zeugen würden:

„SPD-Nee ist keine Antwort auf die Tendenzen der Anpassung an die SPD, ganz im Gegenteil; diese Lösung zeugt von einer unverantwortlichen Haltung gegenüber dem Klassenkampf, der politischen Bewegung der Arbeiterklasse und der Rolle, welche die SPD darin spielt; (...) von dem methodischen Unverständnis gegenüber der Rolle der traditionellen Arbeiterorganisationen und ihrer verräterischen Apparate und der Krise der revolutionären Führung des Proletariats; von einer Mißachtung der revolutionären Avantgarde, deren Aufgabe nicht darin bestehen kann, ohnmächtigen Trotz auszurufen, sondern dem Proletariat zu helfen, die Apparate wirklich zu zerstören.“⁹⁷⁶

Bis heute scheint die ISA ihre Positionen zur SPD in modifizierter Form aufrecht zu erhalten und arbeitet demzufolge weiterhin als entristiche Strömung in derselben.

Auch die Vorläuferorganisation der SAV, die Voran-Gruppe, charakterisierte die SPD bis kurz vor ihrem dortigen Austritt 1994/95 als „Arbeiterpartei mit bürgerlicher Führung“. Die Arbeit als marxistische Tendenz in der SPD wurde ähnlich wie die der IAK/ISA gerechtfertigt:

„Ohne die Erfahrung mit der SPD gemacht zu haben, kann die Arbeiterklasse den Weg zum Sozialismus nicht finden. Unsere Tendenz hat die Aufgabe, die Klasse bei diesem Prozeß bewußt zu begleiten“, um „die Arbeiterklasse von der gegenwärtigen bürokratischen Führung loszulösen“.⁹⁷⁷

Das Ziel bestand dabei im Erreichen von „sich politisierenden und radikalisierenden Teilen der Jugend“, die zum Teil in den sozialdemokratischen Massenorganisationen aktiv waren und ihre Gewinnung für den „revolutionären Marxismus“.⁹⁷⁸ Während die deutschen Lambertisten einen „tiefen Entrismus“ durchführten, der sie kaum als eigenständige Gruppe erkennbar werden ließ, trat die Voran-Gruppe im Laufe ihrer SPD-Mitgliedschaft deutlich erkennbar als „marxistische Opposition“ auf. Dabei spielte die Zeitung *Voran* eine wichtige Rolle als Medium sozialistischer Vorstellungen und als Instrument für Forderungen an die Partei bzw. Parteimitglieder, die mit ähnlichen Forderungen sympathisierten. Die Artikel zu den verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Fragen endeten denn auch zumeist mit:

Die SPD (bzw. SPD-Linke) und die Gewerkschaften müssen „jetzt die breite Arbeiterbewegung für die Verstaatlichung der Großkonzerne und für eine demokratische Planwirtschaft überzeugend mobilisieren“⁹⁷⁹; „ein zu AKWs durchsetzen“⁹⁸⁰; „die nächsten Mo-

⁹⁷² Ebd., S. 8/9.

⁹⁷³ Das ISF organisierten sich von 1980 bis 1983 als „Leninistisch-Trotzkistische Tendenz der Vierten Internationale in Deutschland“.

⁹⁷⁴ Siehe Kapitel 1.2.7.2.

⁹⁷⁵ ISA, ISF, BF, An die Delegierten der Nationalen Konferenz der GIM, 26.06.1980, S. 2. FES: Trotzkismus-Archiv, Ordner 13.

⁹⁷⁶ Ebd., S. 3.

⁹⁷⁷ Deutsche Perspektiven und Aufgaben (DPuA), Oktober 1983, zitiert nach Jusos Wiesbaden, Die Voran-Gruppe – Trotzkismus in der SPD, Wiesbaden, Juli 1988, S. 13. Papier beim Autor.

⁹⁷⁸ Vgl. Stanicic, 2000, S. 19.

⁹⁷⁹ „Kein zurück in die 30er Jahre!“ in: *Voran*, Nr. 20, März/April 1977, S. 1.

⁹⁸⁰ *Voran*, Sonderausgabe Kernenergie (um 1978). Kopie beim Autor.

nate zur Aufklärung nutzen und ihren gesamten Apparat in die Waagschale werfen“⁹⁸¹
etc.

Die Politik der Voran-Gruppe war so vor allem darauf ausgerichtet, die Jusos auf die Arbeiterbewegung zu orientieren. Man kritisierte die „leidenschaftslose Debatte um Berufsverbote und Hochschulpolitik auf Bundes- und Bezirksebene“⁹⁸² und die Vernachlässigung von Themen, welche junge Arbeiter und Lehrlinge interessieren würden. 1975 brachte man auf dem Juso-Kongress in Wiesbaden einen Antrag ein, der den Juso-Bundesverband dazu aufforderte „weg von der Bürgerinitiativen und Kinderspielplätzen, hin zu den Betrieben und Ausbildungsstätten“ zu kommen. Stattdessen solle der Bundesverband die „Arbeiten zur Erstellung eines Kampfprogrammes der Jusos für die Jungarbeiter koordinieren“.⁹⁸³ Die Forderung nach einer „SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm und einer kämpferischen, marxistischen Führung“ beruhte auf der Annahme, dass sich zukünftige Klassenkämpfe in Folge eines ökonomischen Niederganges in der Formierung eines sozialistischen Flügels in der SPD niederschlagen würden, aus dem sich gegebenenfalls eine neue marxistische Partei entwickeln würde. Der tatsächliche Einfluss in der SPD blieb über die Jahre hinweg relativ gering, allerdings waren Voran-Mitglieder in mehreren Unterbezirksvorständen vertreten und konnten Delegierte zu den Juso-Bundeskongressen entsenden. Gegen die Voran-Gruppe wurden im Laufe der Jahre eine Reihe von Disziplinarverfahren eingeleitet, die aber nicht in Ausschlüssen endeten. Wie im Falle der IAK fühlten sich auch hier Vertreter des Stamokap-Flügels zur Enttarnung der Trotzkisten bemüßigt. 1988 legten Wiesbadener Jusos eine Broschüre mit dem Titel: „Die Voran-Gruppe – Trotzkismus in der SPD“ auf, in der sie administrative Maßnahmen gegen Voran befürworteten, die aber innerparteilich ohne Folgen blieb.

Der Austritt von Voran aus der SPD um 1994/95 lässt sich mit der veränderten Einschätzung des Charakters der SPD erklären: Seit Mitte der achtziger Jahre habe die SPD einen „dramatischen Rechtsruck durchgemacht“ und „ihre Arbeiterbasis weitgehend verloren und wird von einer bürgerlichen Arbeiterpartei zu einer rein bürgerlichen Partei“.⁹⁸⁴ Damit habe sie die Seiten gewechselt und diene der Arbeiterklasse nicht mehr als Kampfinstrument.⁹⁸⁵

Die ehemalige Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), heute Linksruck, nahm im Laufe ihrer Geschichte unterschiedliche Positionen zur SPD ein. Seit ihrer Gründung (bzw. ihren ersten Stellungnahmen zur SPD) hielt die SAG die SPD für eine bürgerliche Partei „besonderen Typs“. Die SPD habe mit Godesberg ihren Charakter als reformistische Arbeiterpartei abgestreift, sie stütze sich aber als besonderer Typ einer bürgerlichen Partei weiterhin auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Trotzkistische Gruppen, die innerhalb der SPD arbeiten, würden lediglich Illusionen in diese herstellen, die Einsicht in die Notwendigkeit einer neuen Arbeiterpartei könne nur über die Erkenntnis führen, dass die SPD eine rein bürgerliche Politik betreibe.⁹⁸⁶

1994 hieß es dann, dass die SPD eine „linke politische Partei“⁹⁸⁷ sei, und dass die SPD auf der Seite der Arbeitnehmer stünde.⁹⁸⁸ Eine Erläuterung dieser neuen theoretischen Einsichten und eine theoretische Rechtfertigung für den Eintritt in die SPD im Jahre 1993 konnten von mir nicht gefunden werden. Die Vermutung liegt nahe, dass der Eintritt der SAG als Linksruck-Netzwerk dem Vorbild der englischen Gruppe International Socialism (IS, heute SWP) in den Jahren 1948 bis 1964 folgte, als IS in die Labour Party eintrat, um dort Mitglieder für eine unabhängige Organisation zu sammeln und wieder austrat, nachdem sie eine gewisse Größe erlangt hatte.⁹⁸⁹

Dafür spricht auch die interne Auseinandersetzung im Linksruck Ende der neunziger Jahre, bei der sich die Linke Opposition im Linksruck-Netzwerk für eine klassisch entrustistische Arbeit aussprach:

⁹⁸¹ Voran, Nr. 77, Juli/August 1985, S. 10.

⁹⁸² Voran, Nr. 20, März/April 1977, S. 3.

⁹⁸³ Ebd.

⁹⁸⁴ S. Stanicic, *Welcher Weg zum Sozialismus?* Eine kritische Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis von Linksruck, Berlin 2001, S. 16.

⁹⁸⁵ Vgl. ebd., S. 17.

⁹⁸⁶ Vgl. „Kommunisten und Wahlen. 18 Thesen der SAG anlässlich der Wahlen 1972“, in: *Klassenkampf. Zeitschrift für internationalen Sozialismus*, Nr. 6, Dezember 1979, S. 29–32.

⁹⁸⁷ Linksruck, Nr. 10, September 1994, zitiert nach Stanicic, 2001, S. 14.

⁹⁸⁸ Vgl. Linksruck, Nr. 12, November 1994, zitiert nach ebd.

⁹⁸⁹ Vgl. Kapitel 1.2.7.7.

„Während andere trotzkistische Organisationen in der Vergangenheit sich innerhalb der Sozialdemokratie positionierten, um als Marxisten mitten in den traditionellen Massenorganisationen der Arbeiterbewegung für ein revolutionäres Programm zu streiten, solidarisch mitarbeiteten und mitkämpften, als Jusos für Jusos arbeiteten (Entrismus), hat LR ein kurzfristiges, nicht-politisches, sondern rein parasitäres Verhältnis zur Sozialdemokratie. Bei dem LR-Projekt handelt es sich deshalb auch nicht um Entrismus im klassischen Sinne, den wir positiv unterstützen, sondern um eine Intervention zur Abwerbung von Personal.“⁹⁹⁰

Eine ähnliche Einschätzung vertrat auch der Juso-Bezirksvorstand Mittelrhein 1995:

„Es ist jedoch auch festzustellen, daß ihre Strategie sich insofern deutlich vom Auftreten der ehemaligen ‚Voran‘-Gruppe bzw. der heutigen ‚Sozialistischen Alternative Voran (SAV)‘ unterscheidet, als sie nicht offen zu ihren Zielen stehen, ableugnen, Trotzkisten zu sein bzw. mit trotzkistischen Gruppen in Verbindung zu stehen und sich in ihren inhaltlichen Äußerungen nicht weit von dem absetzen, was z. B. unser eigener Bezirk an Inhalten vertritt.“⁹⁹¹

3.2 Übergangsprogramm/Programm

Ähnlich wie zum Charakter der SPD und zum Entrismus existieren auch zur Frage der Anwendung des Übergangsprogramms drei Hauptströmungen innerhalb des Trotzkismus.⁹⁹² Obwohl sich die verschiedenen (Übergangs)programme auf eine ganze Reihe von Themenfeldern beziehen (Umwelt, Arbeit und Soziales, Jugend, Frauen etc.) soll es hier nur um die Forderungen in Bezug auf eine sozialistische Demokratie gehen, also gleichsam um die Forderungen, in denen das Übergangsprogramm kulminiert. Für die SAG/Linksruck steht die „Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse“ im Mittelpunkt ihrer programmativen und methodischen Vorstellungen, die sich als Fixpunkt ihrer Politik seit ihrer Gründung nachweisen lässt:

„Die Avantgarde der Arbeiterklasse hat keine von den Interessen der ganzen Klasse unterschiedliche Interessen. Sie kann die revolutionäre Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse nicht ersetzen“.⁹⁹³ „Der wirkliche Sozialismus (...) kann nur durch die selbständige und selbstbewusste Aktion der Arbeiterklasse erreicht werden. Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“⁹⁹⁴

Diese Vorstellung von der Notwendigkeit der Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse findet sich nun auf der programmatischen Ebene wieder. Ausgehend von der Vorstellung, dass sich erst in militanten Kämpfen Klassenbewusstsein und sozialistisches Bewusstsein entwickelt, wird keine Verbindung von Tagesforderungen mit einem sozialistischen Programm propagiert, weil letzteres „rückständige Teile der Arbeiterklasse“ abschrecken könnte und weil diese aus eigenen Erfahrungen heraus zu sozialistischen Schlussfolgerungen kommen müssten. Dies drückt sich auch in der Forderung aus, dass die WASG kein sozialistisches Programm annehmen sollte:

„Deswegen hat die ASG ein Reformprogramm erarbeitet, in dem sich alle wieder finden können. Jeder Versuch, das Programm der ASG auf ein sozialistisches Programm einzugehen, würde das Spektrum derer einschränken, die in der ASG eine (neue) politische Heimat finden könnten.“⁹⁹⁵

⁹⁹⁰ Linke Opposition im Linksruck Netzwerk, Reader der Linken Opposition im Linksruck Netzwerk, 1996. URL: <http://mitglied.lycos.de/ionelj/Linksruck.htm> (12.11.2003).

⁹⁹¹ Beschlussvorlage zur Sitzung des Juso-Bezirksvorstandes MR [Mittelrhein] am Donnerstag, den 03.08.1995. Papier beim Autor.

⁹⁹² In Kapitel 6 werden Programme und Publikationen einer empirische Analyse unterzogen, welche die drei Strömungen in ideologischer Hinsicht klassifizieren sollen.

⁹⁹³ „Politische Plattform“, in: *Klassenkampf*, Nr. 38/39, August/September 1974, S. 2. ASF: 9.1.13 Sonstige Trotzkisten.

⁹⁹⁴ „Linksruck – Politische Grundsätze“, in: *Linksruck*, Nr. 166, 26.11.2003, S. 10.

⁹⁹⁵ C. Buchholz, „Die Chance ist da“, in: *Linksruck*, Nr. 194, 2.03.2005. URL: http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1345.html (25.10.2005).

Linksruck vertritt ein ähnliches Programm wie die ehemalige SAG⁹⁹⁶ und verzichtet auf Übergangslösungen, die im klassisch trotzkistischen Sinne eine Brücke vom heutigen Stand des Bewusstseins zu sozialistischen Schlussfolgerungen bilden.⁹⁹⁷ Insoweit ist der Linksruck eine Parteiorganisation ohne ein Übergangsprogramm, was umso interessanter ist, da gerade in der trotzkistischen Tradition das marxistische/revolutionäre Programm die Existenzberechtigung des Trotzkismus darstellt.

Linksruck entwickelte allerdings mit der Fokussierung auf die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse die Negativspiegelung eines historischen Determinismus: Bestehen einige trotzkistische Gruppen auf bestimmte revolutionären Forderungen, auf die sich die Arbeiterklasse aufgrund ihrer historischen Mission orientieren soll und negieren damit die Dialektik von Erfahrung und Erkenntnis (indem die Erkenntnis als unabhängig von der Erfahrung verabsolutiert wird), so verfährt Linksruck genau andersherum. Hier wird die Arbeiterklasse zur „richtigen Zeit“ ein revolutionäres Programm entwickeln, womit die Abhängigkeit von Erkenntnis an vorheriger Erfahrung verabsolutiert wird.

Dem gegenüber stehen die Programme von Organisationen wie SpAD, GAM, Gruppe Spartakus etc. Diese leiten die Notwendigkeit eines Übergangsprogramms von „dem grundlegenden Charakter der Epoche als einer des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, aus dem Widerspruch zwischen der Reife der objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution und dem Zurückbleiben des subjektiven Faktors, des proletarischen Klassenbewusstseins“⁹⁹⁸ ab. Daraus ergeben sich notwendige (Übergangs)Forderungen, die nicht nur in Zeiten „wenn die Revolution ‚auf der Tagesordnung steht‘, also in einer akut revolutionären Krise“ sinnvoll seien. Die GAM fordert eine „Arbeiterregierung, die sich auf Kampforgane der Arbeiterbewegung, auf Fabrik- und Stadtteilkomitees, auf Arbeitermilizen und Räte stützt und willens und fähig ist, die bürokratische Staatsmaschine zu zerbrechen und durch ein rätedemokratisches System zu ersetzen“.⁹⁹⁹

Auch die Gruppe Spartakus verfügt nicht nur über eine extrem „revolutionäre Sprache“, sondern stellt auch regelmäßig Forderungen auf, die einer revolutionären Situation entsprechen, wie z. B.: „Aufbau von Arbeitermilizen“, „Bewaffnung der Arbeiterklasse“, „Organisierung der Arbeiter in Fabrikkomitees und landesweiten Räten“¹⁰⁰⁰ oder „Wehrpflichtige müssen die Gewehre umdrehen“.¹⁰⁰¹

Das Verhältnis anderer trotzkistischer Organisationen zum Übergangsprogramm fasst die GAM wie folgt zusammen:

„Ein Teil der ‚Trotzkisten‘ hatte außerdem selbst immer schon Trotzkis Bestehen auf programmatischer Klarheit abgelehnt (Linksruck, Lutte Ouvrière¹⁰⁰²) oder essentielle Teile des Programms wie die Frage der Zerschlagung des bürgerlichen Staates durch die proletarische Revolution, die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die Schaffung eines Rätestaates (der Diktatur des Proletariats) unter den Tisch fallen lassen (z. B. SAV). Andererseits wurde in den Händen der Sektierer wie der Spartakist Arbeiterpartei oder der ‚Partei für soziale Gleichheit‘ das Programm zu einem reinen Fetisch, das von einer Anleitung zum revolutionären Handeln zu einem bibelähnlichen Beleg fürs ‚Rechthaben‘ wurde.“¹⁰⁰³

⁹⁹⁶ „Demokratische Kontrolle der Arbeiterklasse über die Gesellschaft durch einen Staat von Arbeiterräten und durch Arbeiterkontrolle der Produktion“ („Politische Plattform“, a.a.O.).

„Wir stellen dem die demokratische Planung der Wirtschaft gemäß den Bedürfnissen der Menschen entgegen. (...) Die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung einer Rätedemokratie sind Voraussetzung zur endgültigen Beseitigung jeder Unterdrückung.“ („Linksruck – Politische Grundsätze“.)

⁹⁹⁷ Vgl. Kellner, 2004, S. 44–50.

⁹⁹⁸ GAM, Ein revolutionäres Programm für die BRD. Programm der Gruppe Arbeitermacht, April 2002. URL: <http://www.arbeitermacht.de/programm/arbeitermacht02/index.htm> (12.11.2005).

⁹⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰⁰ *Bolschewik*, Nr. 20, Mai 2003, S. 8.

¹⁰⁰¹ *Bolschewik-Extra*, Oktober 2002, S. 4.

¹⁰⁰² Größere französische trotzkistische Partei, die sich keiner Internationale zurechnet, und deren eigentliche Bezeichnung Union Communiste bzw. Union Communiste Internationale (UCI) ist; *Lutte Ouvrière* (Arbeiterkampf) ist der Titel ihrer Wochenzeitung. Siehe URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Lutte_Ouvrière; http://en.wikipedia.org/wiki/Workers'_Struggle; <http://www.union-communiste.org/?DE-pres-x-x-x-x-x.html>.

¹⁰⁰³ M. Suchanek, 65 Jahre Vierte Internationale. Aufstieg und Fall, in: Neue Internationale, Nr. 83, September 2003. URL: <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni83/vierte.htm> (12.11.2005).

Das trotzkistische Übergangsprogramm wird von der SAV, dem RSB und der PSG in einer Mittelposition zwischen den beiden oben dargestellten Extremen formuliert. So fordert die Sozialistische Alternative (SAV):

„Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum; Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung; (...) durchschnittlicher Facharbeiterlohn und jederzeitige Wähl- und Abwahlbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen; Statt Produktion für den Profit – Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur“¹⁰⁰⁴

Der Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB) fordert:

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
Geschützte Arbeitsverhältnisse für alle.
Wohnrecht für alle durch Vergesellschaftung des Bodens und der Mietwohnungen, Kostenmiete ohne Bankprofite.
Auflösung der kapitalistischen Machtzentren durch Enteignung der Banken, der Rüstungs- und der Großindustrie. Demokratische Planung der Wirtschaft.“¹⁰⁰⁵

Ähnliches will die Partei für soziale Gleichheit (PSG):

„Ein umfassendes Sozialprogramm setzt voraus, dass die Wirtschaft im Interesse der Gesellschaft rational organisiert und nicht den Profitinteressen der mächtigsten Kapitalstengruppen unterworfen wird. Die größten Konzerne und Finanzinstitute müssen in gesellschaftliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden. Kleinen und mittelständischen Unternehmen, die ums Überleben kämpfen, muss Zugang zu kosten-günstigen Krediten gewährt werden, die eine reguläre Bezahlung der Beschäftigten ermöglichen. Hohe Einkommen, Einkommen aus Kapitalbesitz und Vermögen müssen stark besteuert und zur Finanzierung der sozialen Ausgaben herangezogen werden“.

In ihren (Grundsatz-) Programmen verweisen RSB und SAV auf die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution und dem Ersetzen des Staatsapparates durch Rätestrukturen bzw. einer Rätedemokratie.¹⁰⁰⁶ Im Unterschied zu einigen anderen Trotzkisten, die das sogenannte Übergangsprogramm in der Form von 1938 anwenden, verzichteten die genannten Organisationen auf Lösungen wie Aufbau von „Arbeitermilizen“ oder „Bewaffnung des Proletariats“.¹⁰⁰⁷ Dem entsprechend soll das Übergangsprogramm „unter Berücksichtigung der heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewusstsein der Arbeiterklasse“¹⁰⁰⁸ als System von Übergangsforderungen verstanden werden:

„Übergangsforderungen sind kein Wunschkatalog, sondern knüpfen an grundlegenden Bedürfnissen an und stellen Ziele auf, die mit dem Sachzwang und der Logik des Systems brechen und eine Strategie zu ihrer Verwirklichung aufzeigen.“¹⁰⁰⁹

3.3 Organisationsaufbau

Hier lassen sich drei Hauptströmungen unterscheiden: Eine Strömung verfolgt das Ziel, eine eigenständige revolutionäre Avantgarde-Organisation aufzubauen und unterscheidet sich dabei weiter in ihrem Verhältnis zur Strategie der „revolutionären Umgruppierung“. Eine andere Strömung arbeitet(e) in den traditionellen und neuen Parteien der Arbeiterbewegung mit dem Ziel des Aufbaus einer (sozialistischen) Arbeiterpartei, und eine dritte Strömung versteht sich als sozialistische Kraft innerhalb von sozialen Bewegungen und Reformparteien (wie der WASG) und stellten ihren Organisationsaufbau zugunsten derselben zurück. Da in Kapitel 7.9 ausführlicher das Verhältnis der trotzkistischen Organisationen zur Wahlalternative ASG dargestellt wird, folgt im weiteren nur eine kurze Darstellung der Konzepte des Organisationsaufbaus der trotzkistischen Gruppen.

¹⁰⁰⁴ Vgl. „Wofür wir kämpfen“, in: *Solidarität*, Nr. 42, Dezember/Januar 2006, S. 12.

¹⁰⁰⁵ RSB (Hrsg.), *Programm*, S. 23.

¹⁰⁰⁶ Vgl. Sozialistische Alternative (Hrsg.), *Grundsatzprogramm der Sozialistischen Alternative*, Berlin 1999, S. 17; RSB (Hrsg.), *Programm*, S. 24–26.

Die PSG scheint keine direkten Forderungen Richtung Rätedemokratie und sozialistischer Revolution aufzustellen.

¹⁰⁰⁷ Vgl. L. Trotzki, *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale*. Das Übergangsprogramm, Essen 1997, S. 97–100.

¹⁰⁰⁸ Sozialistische Alternative (Hrsg.), *Grundsatzprogramm*, S. 24.

¹⁰⁰⁹ RSB (Hrsg.), *Programm*, S. 25.

GAM, SpAD und Gruppe Spartacus (und weitere Organisationen) sehen ihre Hauptaufgabe in der „Umgruppierung der revolutionären Kräfte“, was das Gewinnen von Mitgliedern aus anderen trotzkistischen und sozialistischen Gruppen meint. Demzufolge beschäftigten sie sich seit ihrer Entstehung mit der Politik und den Theorien konkurrierenden trotzkistischen Organisationen,¹⁰¹⁰ denn die „diversen ‚Vierten Internationalen‘ degenerierten in zentristische Organisationen, die zwischen Reform und Revolution schwankten und über die Jahrzehnte auch eine ansehnliche Mischung von opportunistischen, aber auch ultra-linken Schwenks hervorbrachten“.¹⁰¹¹

So leitet auch die SpAD die eigene Existenzberechtigung aus der zentristischen Politik anderer Organisationen ab:

„Unsere unmittelbare Aufgabe ist die Ausbildung und Entwicklung von Kadern, die Rekrutierung der fortgeschrittensten Schichten der Arbeiter und Jugendlichen, indem wir sie für unser volles Programm gewinnen, durch die Erklärung unserer Auffassungen in scharfem Gegensatz zu denen unserer zentristischen Opponenten. Revolutionäre Umgruppierungen auf dem Programm des leninistischen Internationalismus sind das Mittel, um das Mißverhältnis zwischen unseren geringen Kräften und unserer Aufgabe zu lösen“.¹⁰¹²

Das Ziel der GAM besteht in der Schaffung einer „revolutionäre(n) Massenpartei als Teil einer neuen Arbeiterinternationale“,¹⁰¹³ die SpAD fordert den Aufbau einer „revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei“.¹⁰¹⁴ Im Gegensatz zur Leitung von Linksruck und SAV, deren Ignoranz in Bezug auf die inner-trotzkistische politische Debatte beklagt wird,¹⁰¹⁵ werden die Anhänger von Linksruck und der SAV dazu aufgerufen, die Fehler ihrer Parteiprogramme mit den Gruppen dieser Strömung zu diskutieren. So beschäftigt sich auch die Gruppe Spartakus hauptsächlich mit dem „Zentrismus“, „Reformismus“ und einer Reihe anderer „Ismen“ der verschiedenen trotzkistischen Organisationen. Dem entsprechend kritisiert die Zeitung der Gruppe Spartakus, der Bolschewik, im Mai 2003 auf neun Seiten die Politik der rot-grünen Bundesregierung – und auf elf Seiten die Politik anderer Trotzkisten.

Auch der RSB fordert eine „Sozialistische Arbeiterpartei“,¹⁰¹⁶ die nur durch Massenbewegungen entstehen könne und erteilt eventuellen Fusionen mit anderen revolutionären Kräften eine eingeschränkte Absage. Diese könnten zwar nützlich sein, würden aber nur bestehende Gruppen vergrößern und nicht die allgemeine Schwäche überwinden:

„Politisch nützlich sind nur Organisationen, die das durch praktische Arbeit an der Basis, durch analytische und programmatische Klärung sowie Sammlung eines erfahrenen und kollektiv handelnden Kaders vorbereiten.“¹⁰¹⁷

Die PSG hat an „Umgruppierungen“ ebenfalls kein großes Interesse und stellt ihre Partei als einzige Alternative vor:

„Jede, selbst die geringste Forderung, stellt die Arbeiter vor Aufgaben, die sie nur mittels einer neuen Partei lösen können. Eine solche Partei kann nicht aus den Trümmern der alten, politisch bankroten Organisationen hervorgehen. Sie kann nur durch die Sammlung der politisch fortgeschrittenen Arbeiter um das historisch entwickelte Programm der

¹⁰¹⁰ So wandte sich die GAM in mehrseitigen Flugschriften an Ortsgruppen der GIM (vgl. Offener Brief an die GIM Ortsgruppe MZ/WI. ASF: 9.1.13.VII.), forderte Gruppen wie die SL zu „prinzipiellen Diskussionen“ auf (Brief vom 24.12.1983 an die Sozialistische Liga, deutsche Sektion der internationalen Arbeiterliga. ASF: 9.1.13.VII.) und analysierte in ihrer Zeitschrift seitenlang die Wahlprogramme anderer Trotzkisten wie die von IKL (Österreich), der SL, der ISA und der GIM. Vgl. *Arbeitermacht*, Nr. 3, Winter 1985/86. ASF: 9.1.13.VII.

¹⁰¹¹ M. Suchanek, Klasse, Partei, Programm. Von der Ersten zur Fünften Internationale, in: Revolutionärer Marxismus, Nr. 34, Mai 2004. URL: <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm34/klasseparteidprogramm.htm> (12.11.2004).

¹⁰¹² Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten): Grundsatzzerklärung und einige Elemente des Programms, Februar 1998. URL: <http://www.icl-fi.org/GERMAN/DOP.htm> (12.11.2004).

¹⁰¹³ GAM, Ein revolutionäres Programm für die BRD, a.a.O.

¹⁰¹⁴ SpAD: Für Klassenkampf gegen Sozialraub. PDS/WASG-Linkspartei keine Alternative zur SPD. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! in: Spartakist, Nr. 159, Sommer 2005. URL: <http://www.icl-fi.org/deutsch/spk/159/pdswasg.html> (12.12.2005).

¹⁰¹⁵ Vgl. B. Falke, Grundsatzprogramm der SAV: Neues Programm – alte Fehler, in: Arbeitermacht, Nr. 56, Mai/Juni 1999. URL: <http://www.arbeitermacht.de/thema/link/sav/programm.htm> (11.05.2004).

¹⁰¹⁶ RSB (Hrsg.), *Programm*, S. 26.

¹⁰¹⁷ Ebd., S. 20.

Vierten Internationale entstehen. (...) Die verschiedenen radikalen Gruppen, die aus dem Stalinismus, Maoismus und Revisionismus entstanden sind, haben alle eines gemeinsam: Sie klammern sich um so verzweifelter an die Gewerkschaften, die PDS und die SPD, je offensichtlicher deren Feindschaft gegen die Arbeiterklasse zutage tritt.“¹⁰¹⁸

Das Ziel der SAV ist ebenfalls der Aufbau einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Als erster Schritt dahin soll aber eine „breite Arbeiterpartei“, d. h. verschiedene politische Strömungen der Arbeiterbewegung umfassend, aufgebaut werden, da die SAV davon ausgeht, „dass die Masse der Arbeiterklasse nicht auf direktem Weg zu revolutionären, sozialistischen Schlussfolgerungen gelangen wird“.¹⁰¹⁹ Dabei würde die SAV in einer solchen Partei die unabhängige Arbeit als marxistische Organisation nicht beenden.¹⁰²⁰ Dies unterscheidet die SAV noch einmal von der ISA, die ihr Ziel, einen sozialistischen Flügel innerhalb der Sozialdemokratie aufzubauen, nicht aufgegeben hat.

Die SAG dagegen hat im Laufe ihrer Geschichte ihre Strategien mehrfach geändert. Mitte der siebziger Jahre propagierte sie den Wiederaufbau „einer revolutionär-marxistischen Partei, die die bewußte Avantgarde der Arbeiterklasse umfasst“.¹⁰²¹ Diese Position begann sich (spätestens) in den späten neunziger Jahren sukzessive zu ändern, insofern sie diese Forderung beim Eintritt in die SPD/Jusos 1994 fallen ließ und unter dem Eindruck der globalisierungskritischen Bewegung dann vom „Wiederaufbau eines sozialistischen Pols“¹⁰²² gesprochen wurde. Dies lässt sich auch in den Stellungnahmen ihrer Internationale, der IST, erkennen:

„Die Partei aufbauen‘, das ist heute nach Seattle und Genua und nach dem 11. September nicht mehr dasselbe wie in den 70er und 80er Jahren, ganz zu schweigen von der Ära der II. Internationale oder nach der russischen Revolution oder während der Hochzeit des Stalinismus. Die Art der Parteien, die wir jetzt aufbauen sollten, hängt entscheidend von den historischen Umständen ab, mit denen wir gegenwärtig konfrontiert sind.“¹⁰²³

Mit „die Partei aufbauen“ ist im Verständnis der siebziger und achtziger Jahre die Vorstellung der Umgruppierung marxistischer Kräfte gemeint, was die SAG als Vorläuferorganisation von Linksruck 1974 folgendermaßen formulierte:

„Erst die organisatorische Vereinheitlichung der revolutionären marxistischen Linken durch eine umfassende theoretische und praktische Auseinandersetzung und erst ihre Verschmelzung mit den bewussten Teilen der Arbeiterklasse im Verlauf zukünftiger Klassenkämpfe werden den Aufbau eines Kerns dieser Partei ermöglichen.“¹⁰²⁴

Zwar spricht auch Callinicos weiterhin von der Notwendigkeit linker Umgruppierungen, dies allerdings vor dem Hintergrund der globalisierungskritischen Bewegung, die eine „ungeheure Bedeutung für die Erneuerung der Linken im internationalen Maßstab“ habe, wenn auch ihre Schwächen in der ideologischen Inkohärenz und ihrem unklarem Verhältnis zur organisierten Arbeiterklasse lägen.¹⁰²⁵ Der Bezugspunkt bleibt so die Arbeiterklasse, solange aber die „Verschmelzung“ deren bewusstesten Teils mit der revolutionären Linken noch nicht eingesetzt hat, verbleibt der Aufbau der Partei/Organisation im Stadium der Umgruppierungen und des Aufbaus eines „sozialistischen Pols“.

Die Isl geht ähnlich wie die SAV und der Linksruck davon aus, dass in einer zukünftigen linken Kraft Viele mitarbeiten werden, die kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis haben. Im Unterschied zu SAV und LR sieht sich die Isl weniger als eine „Avantgarde“ im klassischen Sinn, sondern eher als legitimer sozialistischer Bestandteil einer sich neu formierenden Bewegung:

¹⁰¹⁸ Perspektivresolution, verabschiedet von der nationalen Konferenz des Bunds Sozialistischer Arbeiter am 30. März 1997. URL: <http://gleichheit.de/persp.htm>, (11.12.2004).

¹⁰¹⁹ Stanicic, 2000, S. 19.

¹⁰²⁰ Vgl. ebd.

¹⁰²¹ „Politische Plattform“, in: *Klassenkampf*, Nr. 38/39, August/September 1974.

¹⁰²² Siehe „Linksruck politische Grundsätze“ in jeder Ausgabe der Zeitung *Linksruck*.

¹⁰²³ Alex Callinicos, „Sozialistische Linke und Umgruppierung heute“, in: *Sozialistische Hefte* für Theorie und Praxis, Nr. 5, Dezember 2003, S. 20; <http://www.sopos.org/aufsaetze/403c9b85357a4/1.phtml> (12.11.2005).

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in *Links. International Journal of Socialist Renewal*, Nr. 23, Januar/April 2003.

¹⁰²⁴ „Politische Plattform“, a.a.O.

¹⁰²⁵ A. Callinicos, „Sozialistische Linke und Umgruppierung heute“, a.a.O., S. 21.

„Die internationale sozialistische linke (isl) steht für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. (...) Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen.“¹⁰²⁶

Die isl hat schon mit der Begrifflichkeit „Arbeiterpartei“ ihre Probleme und versteht ihn als einen von vielen anderen „martialisch und rückwärtsgewandt(en)“¹⁰²⁷ Begriffen.

Diese Beispiele zeigen die breite Palette von Vorstellungen über den Organisationsaufbau unter den Trotzkisten auf. Von breiter, sozialistischer, revolutionärer, neuer Arbeiterpartei über den Aufbau der eigenen Organisation (mit und ohne revolutionäre Umgruppierungen) bis hin zu einer „antikapitalistischen Alternative“ sind eine Reihe von Vorstellungen über den Organisationsaufbau vorhanden, die wiederum die Trennlinien der deutschen Trotzkisten aufzeigen. Ob man nun die Vorstellungen von Marx und Engels zu revolutionären Umgruppierungen verwirft oder bestätigt¹⁰²⁸ oder der Empfehlung von Lenin, Trotzki und anderen folgt, welche die Gründung von reformistischen Arbeiterparteien begrüßten, da sie einen ersten Schritt zur Sammlung einer späteren revolutionären Kraft darstellen würden – letztlich lassen sich, zumindest in Bezug auf die „Klassiker“, immer Rechtfertigungen der jeweiligen Taktik finden.

3.4 Stalinismus, UdSSR und DDR

Bereits in den späten zwanziger Jahren hatten sich innerhalb des trotzkistischen Lagers Spaltungen aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen zum Charakter der Sowjetunion entwickelt. Nach dem 2. Weltkrieg bildeten sich zwei Hauptströmungen im internationalen Trotzkismus heraus, die folgende Thesen vertraten: Zum einen die These, dass es sich bei den nicht-kapitalistischen Staaten um „staatskapitalistische Staaten“ handele, zum zweiten die These, dass hier degenerierte/deformierte Arbeiterstaaten existierten, die entweder eine begrenzt progressive oder eine durchgehend konterrevolutionäre Rolle spielen würden.

Der Linksruck vertritt die Theorie des Staatskapitalismus in der Tradition der IST um Tony Cliff. Deren zentralen Argumente sind folgende:

„Im Falle einer verstaatlichten Wirtschaft ist aber die entscheidende Frage, wer im Staat das Sagen hat. In einem Arbeiterstaat müssen Staat und Wirtschaft demokratisch von unten, von den Arbeitern selbst, organisiert sein. Ziel der Ökonomie muß es sein, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, nicht Profite anzuhäufen. Die russischen Jahrespläne wurden dagegen von der Parteibürokratie erstellt und entsprachen ihren Bedürfnissen als tatsächlich herrschende Klasse. Die Bürokratie verhielt sich zu der Gesamtheit der Volkswirtschaft und der Arbeiterklasse, wie der Einzelkapitalist im Westen zu seinem Betrieb und der Belegschaft. (...) Wären diese Länder ebenfalls degenerierte Arbeiterstaaten gewesen, dann wäre die Abschaffung des Kapitalismus ohne Revolution möglich. Dann wäre Stalin der größte Revolutionär, denn immerhin hat er gleich mehrere, wenn auch degenerierte Arbeiterstaaten geschaffen Lenin nur einen.“¹⁰²⁹

Die Staatskapitalismustheorie übersieht allerdings mehrere Probleme. Andere trotzkistische Strömungen definieren die nicht-kapitalistischen Staaten als „degenerierte Arbeiterstaaten“, da die Arbeiterklasse dort „politisch enteignet“ war und die Produktion nicht demokratisch organisieren konnte. Eine verstaatlichte Ökonomie, in der die Bürokratie keine Profite (in Form von Privateigentum), sondern nur

¹⁰²⁶ isl, Was wir wollen. 14. Juni 2003. URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/visitenkarte.htm> (18.07.2005).

¹⁰²⁷ isl, Über die Losung der Arbeiterpartei in Deutschland. Dezember 2003. URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/arbeiterpartei.htm> (18.07.2005).

¹⁰²⁸ „Nach unsrer Ansicht, die wir durch lange Praxis bestätigt gefunden haben, ist aber die richtige Taktik in der Propaganda nicht die, dem Gegner hie und da einzelne Leute und Mitgliedschaften abspenstig zu machen, sondern auf die große noch teilnahmslose Masse zu wirken. Eine einzige neue Kraft, die man aus dem Rohen selbst herausgezogen hat, ist mehr Wert als zehn Lassallesche Überläufer, die immer den Keim ihrer falschen Richtung mit in die Partei hineinragen.“ (Brief von F. Engels an A. Bebel, 20. Juni 1873, in: MEW, Bd. 33, S. 589.)

¹⁰²⁹ Linksruck, Staatskapitalismus, in: Linksruck, Nr. 75, 5.11.1999. URL: <http://www.linksruck.de/zeitung/archiv/ostblock/lr7504tr.htm> (14.12.2004).

Privilegien anhäufen konnte, widerspricht der Charakterisierung einer kapitalistischen Produktionsweise, sei sie nun staatlich oder privat organisiert. Der Profit als Ziel dieser Produktionsweise (Geld-Ware-Geld-Beziehung) ist ohne ein Recht auf Privateigentum nur als Akkumulation von Werten für die Gesamtgesellschaft sinnvoll. Zweitens wurde der Markt als Regulationsinstrument (Wertgesetz) des Tauschwerts von Waren (und damit der Warenpreise) durch staatlich festgelegte Preise unterdrückt, auch wenn das Geld als Medium des Warentausches (wie in vorkapitalistischen Gesellschaften auch) weiterhin eine wichtige Rolle spielte. Cliff, die IST und Linksruck argumentieren so aus einer idealistischen Sicht: Ohne Organisation von Staat und Wirtschaft durch die Arbeiterklasse kein Arbeiterstaat. Der Staatskapitalismus sei stattdessen „die höchste Form, die der Kapitalismus je erreichen könne“. Daraus folgt, dass es „von einer im Besitz des Staates befindlichen und geplanten Wirtschaft kein Rückschreiten zu einer anarchischen, Privateigentums-Wirtschaft geben kann“.¹⁰³⁰ Dem war nun ja gerade durch die Ereignisse ab 1989 widersprochen worden.

In der Tradition des CWI (in Deutschland Voran) erfuhr die Theorie der degenerierten Arbeiterstaaten eine besondere Weiterentwicklung. Ähnlich wie es das VSVI tat, wurden sämtliche nicht-kapitalistische Staaten als „deformiert“ charakterisiert, darüber hinausgehend wurden aber auch Staaten wie Aden, Äthiopien, Algerien, Angola, Benin, Kambodscha, Laos, Mosambik und Syrien als deformierte Arbeiterstaaten beschrieben.¹⁰³¹ Dieser großzügigen Ausweitung der Theorie der degenerierten Arbeiterstaaten entsprach einer recht optimistischen Einschätzung nicht nur über die Unvermeidlichkeit der baldigen sozialen Revolution, sondern auch der politischen Revolutionen beispielsweise in der DDR. Die Auswirkungen einer erfolgreichen Revolution in einem westeuropäischen Land würde laut *Voran* die internationale Situation schlagartig zu Gunsten der Weltrevolution verändern, und damit käme sowohl die BRD als „Nahtstelle zwischen Imperialismus und Stalinismus“ wie auch der SPD als Arbeiterpartei eine entscheidende Rolle zu: „Die sozialistische Revolution im Westen und die politische Revolution im Osten (werden) zusammenlaufen“.¹⁰³² Am 21.10.1989 erklärte *Voran*:

„Eine von den Arbeitern der DDR erkämpfte Arbeiterdemokratie wäre ein Vorbild für andere Arbeiter, vor allem aber für die westdeutsche Arbeiterklasse; die Mauer würde fallen, die Idee der Arbeiterdemokratie die BRD und die ganze westliche Welt erfassen. Die Tage der deutschen Teilung und die Grenzen innerhalb Europas wären gezählt. Die politische Revolution führt unmittelbar zur sozialistischen Revolution in Deutschland.“¹⁰³³

Dies traf laut *Voran* nun deshalb nicht ein, weil die politische Revolution mangels einer revolutionären Führung und dem Schüren der Illusionen in die Marktwirtschaft durch die westdeutschen Parteien abgewürgt worden sei.¹⁰³⁴ Tatsächlich konnte man im Oktober 1989 den Beginn einer Revolution gegen das SED-Regime beobachten, eine deutliche Orientierung Richtung Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage war erst im Januar 1990 zu beobachten. Doch die ganze Konzeption einer „Vereinigung auf revolutionärer Grundlage“ ging von zwei völlig falschen Annahmen aus: Erstens, dass sich die Revolution gegen die bürokratischen Regime automatisch in eine sozialistische Richtung entwickeln würde, so als ob ein revolutionäres Bewusstsein in der Bevölkerung die vorangegangenen 40 Jahre überlebt hätte bzw. spontan hätte entstehen können. Zweitens, dass sich die westdeutsche und -europäische Arbeiterklasse in kurzer Zeit durch ein positives Beispiel von Arbeiterdemokratie 40 Jahre ideologische Integration hätte entledigen können.

Während die Voran-Gruppe mit ihrer Forderung nach Wiedervereinigung auf eine Revolutionierung der Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands hoffte, „verteidigte“ die TLD/SpAD die DDR gegen die Übernahme aus dem Westen. Wie bereits in Kapitel 1 erwähnt,¹⁰³⁵ sah die SpAD nicht nur wie andere

¹⁰³⁰ Tony Cliff, *State Capitalism in Russia*, London 1988, S. 188, 273, zitiert nach: M. Richardson, Zur Lage des internationalen Cliffismus. ISO-USA gegen SWP-GB: wer ist opportunistischer? o. J. URL: http://www.lrp-cofi.org/KOVI_BRD/Dokument/ISO-SWP.html (14.11.2004).

Siehe auch: T. Cliff, State Capitalism in Russia (1955/1974), 11.09.2002. URL: <http://www.marxists.org/archive/cliff/works/1955/statecap/index.htm> (17.04.2004).

¹⁰³¹ T. Grant, „The Colonial Revolution and the Deformed Workers' States“ (gekürzt), in: ders., *The Unbroken Thread. The Development of Trotskyism Over 40 Years*, London 1989, S. 350.

¹⁰³² Jusos Wiesbaden, Die Voran-Gruppe – Trotzkismus in der SPD, a.a.O., S. 13.

¹⁰³³ Voran-Redaktion, „Perspektiven für die DDR“, in: *Voran*, Nr. 115, November 1989, S. 2.

¹⁰³⁴ Vgl. M. Tiefenort, „DDR 1989. Revolution und Konterrevolution“, in: *Voran*, Nr. 165, November 1994, S. 2.

¹⁰³⁵ Siehe Kapitel 1.2.7.3: internationale Spartakistische Tendenz (iSt) / Internationale Kommunistische Liga (IKL).

Strömungen auch die ökonomischen Grundlagen der degenerierten Arbeiterstaaten als erhaltenswert an, sondern vertrat darüber hinaus die Ansicht, dass der Stalinismus mit der Schaffung von deformierten Arbeiterstaaten eine progressive Rolle spielen könne. Auch heute wird noch die „bedingungslose militärische Verteidigung des Arbeiterstaats China gegen die erneuten imperialistischen militärischen Machenschaften“ propagiert,¹⁰³⁶ wobei die SpAD in dieser Frage noch polarisiert, indem sie auf die Auseinandersetzungen zwischen Nordkorea und der USA Bezug nimmt und „Atomwaffen für Nordkorea“ fordert.

Die Position der IAK/ISA war dem genau entgegengesetzt. Sie begriff die UdSSR und die osteuropäischen Staaten zwar als entartete oder bürokratisierte Arbeiterstaaten, legte aber ein besonderes Gewicht auf die Bedeutung, dass der „beste Verbündete des Kapitels (...) die Kremlbürokratie und ihre Handlanger in Osteuropa“ seien.¹⁰³⁷ Auf internationaler Ebene hatten Pierre Lambert und die OCI, die sich bereits 1951 mit der Führung der IV. Internationale über Pablos „Entrismus sui generis“ entzweit hatte, in der Folgezeit ihre Einschätzung über die konterrevolutionäre Rolle des Stalinismus aufrechterhalten. Ihre Position (und damit die des IKVI) zum Stalinismus wird in der trotzkistischen Bewegung als „stalinophob“ bezeichnet. Die IAK als deutsche Sektion des IKVI (später Organisationszentrum für den Wiederaufbau der IV. Internationale) entwickelte von allen deutschen Trotzkisten zur „deutschen Frage“ die umfangreichsten Analysen und Publikationen. Dabei nahm die Wiedervereinigung beider Länder durch die erhoffte revolutionäre Bewegung der deutsch-deutschen Arbeiterklasse eine Schlusselstellung in den Vorstellungen der IAK über den Revolutionsverlauf ein:

„Wer in Deutschland von der Bewegung der deutschen Arbeiterklasse hin zu seiner politischen Vereinheitlichung als herrschender Klasse spricht, muß von der Notwendigkeit der Überwindung der Teilung des deutschen Proletariats sprechen, die ihm als Teilung des deutschen Volkes aufdiktiert wurde.“¹⁰³⁸

Diese Überwindung war aus Sicht der IAK nur durch eine revolutionäre Bewegung möglich, die sich in Ostdeutschland als politische Revolution gegen Bürokratie/ Staatsapparat/ Parteiführung und in Westdeutschland als soziale Revolution gegen das Kapital hätte vollziehen müssen. Die IAK ging davon aus, dass der Beginn der sozialen Revolution in Westdeutschland direkte Auswirkungen auf die politische Revolution in Ostdeutschland (oder umgekehrt) hätte, und damit wurde die Überwindung der Teilung Deutschlands als ersten Schritt zur sozialistischen Revolution in ganz Deutschland begriffen:

„Diese Vergewaltigung der historischen Einheit des deutschen Volkes und seines Rechtes auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit war und ist die entscheidende Maßnahme gegen die sozialistische Revolution in Deutschland.“¹⁰³⁹

Sowohl die SPD im Westen wie auch die SED im Osten würden bei der Aufrechterhaltung dieser Teilung zusammenarbeiten, da für sie nicht nur die Kontrolle über die jeweilige Arbeiterklasse, sondern auch die Zusammenarbeit zur Verhinderung der sozialistischen Revolution in Deutschland notwendig sei. Dem entsprechend wurden die Ostverträge der Brandt-Regierung nicht als Maßnahmen der Normalisierung der innerdeutschen Verhältnisse gewertet, sondern als eine Verfestigung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands kritisiert:

„Im Rahmen ihrer ‚Ost-Politik‘ öffnet sie – gestützt auf das Vertrauen der Massen – in Ost und West – in Zusammenarbeit mit der stalinistischen Bürokratie und im Namen des US-Kapitals dem Kapital die osteuropäischen Märkte und versucht auf die gleiche Weise die Teilung Deutschlands und den Status Quo zwischen den Klassen in Europa durch Verträge Bonn-Warschau, Bonn-Moskau und durch den Grundvertrag mit der SED-Bürokratie zu zementieren.“¹⁰⁴⁰

Wenn demzufolge das „Existenzrecht“ beider deutscher Staaten bestritten wurde, musste die IAK auch eine abstrakte Verteidigung der Errungenschaften des „deformierten Arbeiterstaates“ DDR ablehnen:

¹⁰³⁶ Spartakist-Extrablatt, IKL-Erklärung zum Prager Protest gegen IWF und Weltbank, 20. September 2000. URL: <http://www.icl-fi.org/deutsch/oldsite/PRAGUE.HTM> (12.11.2004).

¹⁰³⁷ Maiaufruf der IAK und der JG, dokumentiert in: Autorenkollektiv, 1975, Teil II, S. 4.

¹⁰³⁸ „Politische Resolution des ZK“, dokumentiert ebd., Teil III, S. 4.

¹⁰³⁹ Ebd.

¹⁰⁴⁰ Ebd., S. 12.

„Die Trotzkisten bekämpfen mit aller Schärfe die Ideologie der Pablisten, ‚linker‘ Strömungen in der SPD und der stalinistischen Bürokratie, wonach die Teilung Deutschlands durch die Enteignung der Kapitalisten in Ostdeutschland gerechtfertigt und die DDR als ‚deformierter‘ Arbeiterstaat verteidigt werden muß.“¹⁰⁴¹

Vielmehr könnte die Verteidigung der Errungenschaften in Ost und West nur durch die Überwindung der Teilung Deutschlands (ergo durch eine Revolution), ermöglicht werden. Die Wiedervereinigung und die sozialistische Revolution flossen also in der Vorstellung der IAK zusammen, wobei unklar blieb, wie sich der Prozess von Wiedervereinigung und Revolution genau vollziehen würde. Es wurde davon ausgegangen, dass die Bewegung zur Wiedervereinigung die direkte Konfrontation mit der SPD im Westen und der SED im Osten zur Folge hätte und dies wiederum einen Bewusstseinsprozess für die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution auslösen müsse:

„Drittens ist die Einheit Deutschlands – erneut – eine demokratische Aufgabe, die aber heute sofort in direkter Weise die Herrschaft von Kapitalismus und stalinistischer Bürokratie und mit ihr die verräterische Sozialdemokratie hinwegfegen muß. Sie ist das Bindeglied zwischen der sozialen und politischen Revolution und damit der Schlüssel für die sozialistische Revolution in Deutschland.“¹⁰⁴²

Dass es zu einer Wiedervereinigung auch ohne das Bewusstsein für die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution in der gesamtdeutschen Arbeiterklasse kommen könnte, dass also die demokratische Aufgabe ohne eine revolutionäre Partei in ihrem „demokratischen Stadium“ stecken bleiben würde, war für die IAK undenkbar. Somit stellte die undifferenzierte Vorstellung über den Verlauf diesen Bewusstseinsprozesses den „missing link“ in der mechanischen Perspektive der IAK „Wiedervereinigung = Revolution“ dar, was dann nach der demokratischen Revolution in der DDR von 1989 bei den Mitgliedern der IAK/ISA zu tiefer Enttäuschung führen sollte.

Teil 2

Kapitel 4: Externe Einflussfaktoren: Politische Kultur und politisches Systems

Die Schweiz kann als konservativstes der drei deutschsprachigen Länder gelten, in denen die Geschichte der Trotzkisten im Rahmen dieser Arbeit dargestellt wird. Gleichzeitig kann aufgrund einer gewissen Ähnlichkeit der kulturellen und politischen Strukturen dieser Länder die Entwicklung der RML/SAP als Illustration für die politischen Bedingungen und die kulturellen Einflüsse dienen, denen trotzkistische Organisationen auch in Deutschland und Österreich gegenüberstanden und stehen. Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings in der „halbdirekten Demokratie“ der Schweiz, die durch ihre politische Integrationsfähigkeit einen Beitrag zur Auflösung der SAP leistete.

4.1 Konservatismus und Radikalität der Schweizer

„Das Schweizer Volk ist zutiefst konservativ. Weder reaktionär noch faschistisch, sondern im wahrsten Sinne des Wortes konservativ, jeder Änderung mit Mißtrauen begegnend, bedächtig.“¹⁰⁴³

Die Schweiz ist ein kleines Land mit vier Sprachräumen und einem ausgeprägten föderalistischen politischen System, welches Politik, Gesellschaft und Kultur „vor Ort“ konzentriert. Die geographischen, sprachlichen, kulturellen, sozialen und politischen Widersprüche der Schweiz haben zu der typischen Kompromiss- und Konsenskultur der Schweizer beigetragen, die sich in der Konkordanzdemokratie widerspiegelt. Diese Elemente tragen zu dem typischen schweizerischen Konservatismus bei. Knobel fasst die politisch-strukturellen Gegebenheiten (political opportunity structures) der Schweiz in folgenden Stichpunkten zusammen:

Ein erleichterter formaler Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen infolge territorialer Dezentralisierung (Föderalismus), institutionelle Machtfragmentierung und Prozeduren der direkten Demokratie. Zudem existiert ein erleichterter informaler Zugang infolge allgemeiner Tendenz zu Verhand-

¹⁰⁴¹ Ebd., S. 4.

¹⁰⁴² Ebd., S. 14.

¹⁰⁴³ J.-F. Aubert, *So funktioniert die Schweiz*. Dargestellt anhand einiger konkreter Beispiele, Muri bei Bern 1980, S. 244.

lung und Integration aufgrund des Konkordanzprinzips. Das schweizerische Regierungssystem entspricht also einem „schwachen Staat“ mit dominanter inklusiver und integrativer Strategie, in welchem demzufolge nur eine schwache Repression seitens politischer Autoritäten möglich ist.¹⁰⁴⁴ Auf diese Charakteristika wird weiter unten einzugehen sein.

Die politisch-strukturellen Gegebenheiten der BRD und Österreichs erlauben aufgrund der föderalistischen Strukturen und der institutionellen Machtfragmentierung ebenfalls einen erleichterten formalen Zugang, allerdings sind die informalen Zugänge weniger offen. Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland, in der der Staat zumeist eine exklusive Strategie verfolgt und es die Tendenz zu starker Repression von Seiten der politischen Eliten gibt, ist die politische Kultur Österreichs zumeist konsensorientiert und auf Kooperation ausgerichtet („versäulte Konkordanzdemokratie“).¹⁰⁴⁵ Unkonventionelle Partizipationsaktivitäten sind eher selten, politische Gewaltanwendung stößt auf starke Ablehnung.¹⁰⁴⁶ Man kann also von der These ausgehen, dass der „schwache Staat“ und die allgemeine Konsensorientierung in der Schweiz und in Österreich den radikalen Protestformen die Spitze nimmt, integrativ wirkt und Protestpotential hegemonial einhegt.¹⁰⁴⁷ Die dominant exklusive Strategie der politischen Eliten in Deutschland drückte sich dagegen unter anderem auch im Konfrontationskurs zu den Protesten der Studenten-, der linksradikalen (Deutscher Herbst '77) und der Antiatombewegung aus. Gleichwohl konnte der deutsche „autoritäre Wohlfahrtsstaat“ (Dahrendorf) „mehr Demokratie wagen“ (Brandt) und die ausgeprägte Staatsorientierung seiner Bürger durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und der Sozialpartnerschaft (Modell Deutschland) aufrechterhalten. Protest- und Konfliktpotential konnte so in der Nachära der Studentenbewegung in die SPD, und in der Ära der neuen Sozialen Bewegung in die Grünen überführt und dort institutionalisiert werden.

Die Schweizer sind wiederum eine selbstbewusste Nation „freier Bürger“, denen es als eine der wenigen europäischen Nationen zwischen 1846 und 1848 gelang, ihr demokratisches Verständnis gegen die inneren restaurativen Tendenzen der Konservativen zu verteidigen und die „Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft“ zu erkämpfen.¹⁰⁴⁸ Dieses Selbstbewusstsein, dass mit einem Misstrauen gegen zentralisierte Strukturen und bürokratische Apparate einhergeht, führte auch immer wieder dazu, dass ein Teil der Schweizer bereit war, gegen offensichtliche Ungerechtigkeiten „auf die Barrikaden“ zu gehen und über die traditionellen Instrumente politischer Beteiligungen wie Wahlen und Abstimmungen hinauszugehen. So konnten sich laut einer von der Abteilung für politische Wissenschaften der Universität Genf durchgeföhrten Untersuchung 1988/89 20 % der Schweizer vorstellen, „an einem Streik teilzunehmen“, 6 % gaben an, sie würden „sich mit Gewalt der Polizei oder anderen Demonstranten (...) widersetzen“ und/oder seien bereit, „Sachbeschädigungen zu verursachen“. Weitere 35 % konnten sich vorstellen, Initiativen oder Referenden zu unterzeichnen und/oder an einer Demonstration teilzunehmen.¹⁰⁴⁹

Die Bereitschaft, sich gegen als ungerecht empfundene Zustände zu wehren, darf nun nicht mit einer bestimmten politischen Weltanschauung verwechselt werden. So stufen sich nur 18 % der Bürger der Schweiz als „links“ (14 %) oder „extrem-links“ (4 %) ein.¹⁰⁵⁰ Zumindest kann sich die „68er Bewegung“ eine Veränderung der Parteipräferenz insoweit zugute halten, wie die (in klassischer Sicht) progressiven Parteien im Vergleich von 1972 zu 1989 an Unterstützung gewonnen haben: Bei einer gesunkenen Parteienverbundenheit im Jahre 1988/89 auf 58 % (1971: 70 %) konnten PdA und SPS ihren Anteil an der Parteipräferenz von 26 % auf 30 % steigern (PdA 2 %, SPS 28 %), die konservativen Parteien verloren von 59 % auf 47 %, andere Parteien verloren 3 % und gingen auf 12 % zurück. Die Grünen erreichten 1989 10 % Zustimmung in der Parteipräferenz.¹⁰⁵¹

¹⁰⁴⁴ M. Knobel, Die neuen sozialen Bewegungen in der Schweiz. Teil 1, 1997. URL: http://socio.ch/movpar/t_knob01.htm (30.04.2004).

¹⁰⁴⁵ Vgl. P. A. Ulram, „Politische Kultur der Bevölkerung“, in: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, 3. Ausg., Wien 1997, S. 514–525.

¹⁰⁴⁶ Ebd., S. 514.

¹⁰⁴⁷ Vgl. Knobel, a.a.O.

¹⁰⁴⁸ Vgl. K. Schumann, *Das Regierungssystem der Schweiz*, Köln usw. 1971, S. 22f.

¹⁰⁴⁹ U. Ayberk, „Die Schweizer und die Politik“, in: A. Melich (Hrsg.), *Die Werte der Schweizer*, Bern 1991, S. 258f.

¹⁰⁵⁰ Ebd., S. 262f.

¹⁰⁵¹ Ebd., S. 255. Zahlen gerundet.

Der festzustellende Konservatismus in breiten Teilen der Bevölkerung ist nun keine hinreichende Bedingung für das Scheitern der SAP, und die politische Aktivierungsbereitschaft von Teilen der Bevölkerung (z. B. im Rahmen der Jugendbewegungen 1968 und 1980) ist nicht als reine antiautoritäre Genreaktion oder als eine Ausnahme zu sehen, welche die Regel einer konservativen Grundhaltung bestätigt. Die Jugend- und die neuen sozialen Bewegungen können vor dem Hintergrund einer konservativen Gesellschaft aber als eine von vielen Rahmenbedingungen begriffen werden, die zur Erklärung der Entstehung und des Zerfalls der SAP beigetragen können.¹⁰⁵² Diese und weitere Bedingungen, wie die historische Schwäche der schweizerischen Linken, die halbdirekte Demokratie der Schweiz und die Systemintegration durch Wahlen werden im folgenden dargestellt.

4.2 Die Schwäche der Linken in der Schweiz

Die linken und revolutionären Parteien waren in der Schweiz traditionell immer recht schwach. Auch wenn die SPS seit 1959 Teil der Bundesregierung ist, so stand sie immer einem starken Block von bürgerlichen Kräften gegenüber. Die Entwicklung eines breiten Spektrums linksradikaler Kräfte nach 1968 konnte aufgrund ihrer relativen Isolierung keinen nennenswerten parteipolitischen Einfluss auf die schweizerische Politik ausüben, denn die anvisierte Trägerin der radikalen gesellschaftlichen Veränderungen, die schweizerische Arbeiterbewegung, blieb systemkonform.¹⁰⁵³ Die Gewerkschaftsbewegung agierte im Rahmen des Arbeitsfriedens, die PdAS orientierte sich im Rahmen ihrer Einheitsfrontpolitik an der SPS,¹⁰⁵⁴ die SPS schwankte zwischen Rückkehr zur Fundamentalopposition und Beibehaltung der Regierungsbeteiligung.

Um uns einer Bewertung über die Hintergründe der Schwäche der Arbeiterbewegung und der Linken in der Schweiz zu nähern, kann die Einschätzung von verschiedenen Vertretern der Linken aus dem Jahre 1979 von Interesse sein, die natürlich nach Parteizugehörigkeit variieren. Helmut Hubacher, 1979 Präsident der SPS, meint, dass die politische Linke seit dem Generalstreik¹⁰⁵⁵ in einer Art Ghetto-Situation sei:

„Wir sind in den siebziger Jahren noch etwa gleich stark wie 1918. Die Folgen der Spaltung haben viel tiefere Spuren hinterlassen, als gemeinhin angenommen wird. Dazu kommt das wenig überzeugende ‚Vorbild‘ des sogenannten real existierenden Sozialismus, das nicht nur der PdA, sondern allen Sozialisten schadet.“¹⁰⁵⁶

Dagegen denkt Jean Ziegler, seit 1962 Mitglied der SPS, dass die schweizerische Arbeiterbewegung aus folgenden Gründen schwach sei:

„Weil sie gespalten ist und weil ihr numerisch grösserer Teil, die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie – in ihrer Mehrheit – über Jahrzehnte hinweg eine *konfuse Kollaborations-Politik* mit der herrschenden Kapitalistenklasse betrieben hat. (...) Die inequalitäre Machtverteilung, die totale Abhängigkeit, nicht nur der Lohnempfänger, sondern auch der sogenannt freien Berufe, von den Oligarchen in Basel und Zürich, *pathologisiert* jegliche strukturelle, grundsätzliche Opposition zum herrschenden System. Nicht nur das: Die Funktionsmechanismen dieses Systems werden verschleiert, das heisst: rechtsgelrecht *unsichtbar* gemacht.“¹⁰⁵⁷

¹⁰⁵² Siehe Kapitel 7.5.

¹⁰⁵³ Vgl. Boller, 1976, S. 108.

¹⁰⁵⁴ Schumann, 1971, S. 116.

¹⁰⁵⁵ „Die aus einer zunehmenden Wirtschaftskrise resultierenden sozialen Spannungen entluden sich 1918 im von Gewerkschaftsbund und SP organisierten Generalstreik. Ziel des Streiks war eine grundlegende gesellschaftliche Neuordnung. Der Bundesrat stellte ein Ultimatum zur Beendigung und schickte sogar Truppen. Unter diesem Druck wurde nach vier Tagen der Streik beendet. Der Streik hatte trotzdem politische Auswirkungen. Die 48-Stunden Woche wurde eingeführt, und für das Jahr 1919 wurden Nationalratswahlen im Verhältniswahlrecht ausgeschrieben. Bei diesen Wahlen verdoppelte die SP ihre Mandate von 20 auf 41. Mit dem dritten Parteiprogramm, das 1920 verfasst wurde, wurden die Unstimmigkeiten innerhalb der Partei immer größer. Vor allem die im Parteiprogramm begründete ‚Diktatur des Proletariats‘ während der Übergangsphase vom kapitalistischen Klassenstaat zum sozialistischen Gemeinwesen war innerhalb der Basis heftig umstritten. 1921 beschloss die Partei sich nicht der Dritten, der Kommunistischen Internationalen, anzuschließen. Parteilinke stiegen daraufhin aus der Partei aus und gründeten die Kommunistische Partei der Schweiz“. (Sozialdemokratische Partei der Schweiz, lexikon.freenet. URL: http://lexikon.freenet.de/Sozialdemokratische_Partei_der_Schweiz [17.04.2005]).

¹⁰⁵⁶ Haldimann, 1979, S. 61f.

¹⁰⁵⁷ Haldimann, 1979, S. 86.

Die fehlende Tradition einer kämpferischen Bewegung durch die Vorherrschaft des Reformismus wird auch von Karl Odermatt, seit 1978 im Sekretariat des Politbüros der PdA, betont:

„Indem die Auseinandersetzungen um die Verteilung des bestehenden Kuchens ausschliesslich am Verhandlungstisch stattgefunden haben, ist in der Arbeiterbewegung das Bewusstsein weitgehend verloren gegangen, dass sie für grundlegende Veränderungen kämpfen muss. Ein anderes Zeichen der Schwäche sehe ich darin, dass es dem revolutionären Teil der Arbeiterbewegung nicht gelungen ist, eine Politik durchzusetzen, die auch den reformistischen Teil der Arbeiterbewegung beeinflussen konnte. Das hat zum Teil objektive Gründe in der Zeit des kalten Kriegs, die teilweise mit der Periode der Hochkonjunktur zusammenfällt, zum Teil ist es aber auch das Resultat von Fehlern auf unserer Seite.“¹⁰⁵⁸

Die Hintergründe der Schwäche der schweizerischen Arbeiterbewegung und der Isolation der radikalen Linken waren und sind denen in anderen europäischen Nationen, aber auch gerade denen der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, ähnlich: Spaltung der Arbeiterbewegung, das Negativbild des „real existierender Sozialismus“, Systemintegration der Gewerkschafts- und der SP-Führung, ein „manipuliertes“ Bewusstsein, fehlendes Kampfbewusstsein, ökonomische Hochkonjunktur bis in die Siebziger etc. Diese objektiven Umstände erklären zwar den gesellschaftlichen Druck, der auf den Organisationen der radikalen Linken lastete und diese langfristig entweder zum Sektendasein oder zur Anpassung treiben musste, der Prozess Richtung Isolation oder Integration muss allerdings im Kontext des spezifischen politischen Systems der Schweiz betrachtet werden.

4.3 Die halbdirekte Demokratie der Schweiz: Vor- und Nachteile für kleine Parteien

Die parlamentarische Demokratie ist vor allem durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Eine Exekutive, die durch die stärkste(n) Partei(en) gestellt wird, eine starke Staatsspitze (Präsident, Kanzler, Ministerpräsident) und zumeist eine zweite Kammer. In einer präsidentiellen Demokratie ist das Wechselspiel der Gewalten noch stärker auf den Präsidenten ausgerichtet, eine (starke) Opposition kontrolliert in beiden Systemen die Regierung. Die Hürden zu einem Einzug in die Parlamente liegen in den meisten Fällen recht hoch (5 %-Klausel) – wenn nicht sogar ein Mehrheitswahlrecht besteht – ebenso die Hürden für die Durchführung plebiszitärer Beteiligungsformen. Dagegen kann in der halbdirekten Demokratie der Schweiz die Bevölkerung durch Initiativen und Referenden Einfluss auf Entscheidungen auf Verfassungs- und/oder Gesetzesstufe nehmen. Die plebiszitäre Demokratie bestimmt die Rolle der Parteien insoweit, dass es weniger als in den anderen politischen Systemen um die Eroberung der Regierungsmacht oder um die Einflussnahme auf dieselbe geht, sondern um den Anstoß zu Meinungsbildungsprozessen und die Durchsetzung aggregierter Interessen der Bevölkerung in den politischen Instanzen.¹⁰⁵⁹ Da die wahlberechtigte Bevölkerung mit ihren Einflussmöglichkeiten und die Regierung, die sich in einem Proporzsystem aus Vertretern der Parteien zusammensetzt (Bundesrat), den Parteien wenig Spielraum zur Entfaltung eines „Parteienstaates“ lassen, nehmen diese tatsächlich den Status einer Mittlerfunktion zwischen Bevölkerung und staatlichen Institutionen wahr, was aber natürlich nicht bedeutet, dass sie objektiv nur Vertreter des Volkes wären – vielmehr nehmen sie hauptsächlich die Interessen organisierter Verbände und einflussreicher Gruppen wahr.¹⁰⁶⁰ Durch das Proporzsystem auf allen Wahlebenen, und die damit sichergestellte Vermittlerfunktion, können auch kleine Parteien wahlpolitische Erfolg haben und sich längerfristig behaupten. Auch prägte sich gerade durch das vielfältige Parteispektrum bei den größeren Parteien die Tendenz zur Mutation von Interessen- und Weltanschauungsparteien zu Volksparteien oder „Catch-All-Parteien“ aus, wodurch gesellschaftliche Gruppen ihr Anliegen vernachlässigt sehen und kleinere Parteien unterstützen. Dazu kommt noch, dass die Schweiz durch die föderalistische Organisation des

¹⁰⁵⁸ Haldimann, 1979, S. 117f.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Tschäni, 1979, S. 12.

¹⁰⁶⁰ So meint Hans Tschäni: „Die Politiker in Verbänden und Parlamentsfraktionen führen, und die Parteien, denen die Macht klumpen zur Last gelegt werden, sind Durchgangsstationen. Sie sind verantwortliche Vehikel jener Interessenverbände, die ihnen langsam, aber sicher die Macht im Staate stehlen.“ (Tschäni, 1971, S. 169.)

Zur Rolle der Verbände siehe auch Schumann, 1971, S. 142–145; oder J. Ziegler, *Eine Schweiz, über jeden Verdacht erhaben*, 3. Aufl., Darmstadt u. Neuwied 1980.

Bundes 26 Kantone und über 2.500 Gemeinden hat, die sich beinahe unabhängig und selbstständig verwalten: „Die Folge dieser Pflege des Unterbaus im Staat und der kleinen Kreise ist eine Vielfalt der Parteien in den Kantonen und Gemeinden, die an politische Folklore grenzt.“¹⁰⁶¹

Diese Gründe tragen zu einem breiten Parteienspektrum bei, in dem sich auf regionaler Ebene, aber auch auf der Ebene des Bundes kleine und Kleinstparteien gründen und etablieren können. Anfang der Achtziger existierten so rund 20 größere und kleinere Parteien sowie Kleinstparteien und Bürgerinitiativen,¹⁰⁶² welche die politische Bühne bestimmten bzw. einen gewissen Einfluss in der schweizerischen Politik geltend machen konnten. Das im Bundesrat angewandte Proporzsystem führt aber zu einer Regierung, die rund drei Viertel der Wählerstimmen im Nationalrat und Ständerat vertritt, ohne dass durch fast einem Dutzend weiteren Parteien im Nationalrat eine wirkliche Opposition entstünde. Dies mag gerade in den siebziger Jahren zu einer „außerparlamentarischen Opposition“ bzw. zu den späteren sozialen Bewegungen beigetragen haben.

Dabei bietet das politische System der Schweiz diesen Organisationen und Bewegungen eine Reihe von Möglichkeiten, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Neben Referenden und Initiativen, die für kleinere Organisationen einen größeren Zuspruch als Wahllisten einbringen, bietet die Wahl von Vertretern in die Legislative, Exekutive und Verwaltung ebenfalls größere Einflussmöglichkeiten als in anderen politischen Systemen.¹⁰⁶³ Das Verhältniswahlrecht mit niedriger oder fehlender Prozenthürde vereinfacht es für kleinere Parteien und Organisationen, Vertreter in die jeweiligen Parlamente entsenden zu können. Die linken Parteien wie PdAS, POCH und PSA konnten somit bis in den Nationalrat gelangen, während die RML/SAP es nur vereinzelt bis in die kantonalen Parlamente schaffte. Dies lag aber auch darin begründet, dass die RML/SAP in der Westschweiz immer stärker als in der Deutschschweiz vertreten war, wobei die Quorumshürden zum Einzug in die Parlamente in den welschen Kantonen höher lagen als in den deutschschweizerischen Kantonen. Bündnisbestrebungen mit der POCH und der PSA wurden verstärkt in den achtziger Jahren angegangen, scheiterten aber aufgrund des Niederganges der Linken insgesamt bzw. der Orientierung dieser Parteien auf stärkere Bündnispartner. Die konkurrierenden radikalen Linken hatten sich dabei seit einem Jahrzehnt mehr oder weniger stark von der RML abgegrenzt. So schreibt Hans Tschäni:

„POCH, PdA und PSA arbeiten seit 1977 in einem Komitee zusammen und versuchen, eine kleine Koalition zustande zu bringen. Die RML wird nicht zu Tische gebeten; sie steht von allen Parteien am isoliertesten dar. Der ganze linke Flügel sieht sich in einem Haß-Liebe-Verhältnis zur SPS, der man ‚Kollaboration mit dem gemeinsamen Feind‘ vorwirft.“¹⁰⁶⁴

4.4 Systemintegration durch Wahlen

Somit entwickelte sich innerhalb der SAP die Idee, durch die Formierung einer breiteren sozialistisch-grünen Bewegung an Einfluss zu gewinnen – doch dem stand die Existenz der eigenen Kaderpartei entgegen. Die Teilnahme an Wahlen, die zuerst der Verbreitung der eigenen „Propaganda“ diente, wurden in dem Maße wichtiger, wie die Aufbauarbeit in den Betrieben und im Jugendbereich stagnierte. Die Mitarbeit und die spätere Auflösung in den sozialen Bewegungen wurde zugleich in dem Maße dringender, wie die gesellschaftliche Isolierung als revolutionäre Kraft bei gleichzeitigem Zerfall der kommunistischen Bewegung weltweit deutlicher wurde.

Im Unterschied zu Deutschland oder zu Österreich konnten die schweizerischen Trotzkisten bei Wahlen und Abstimmungen relativ erfolgreich abschneiden, dies aber nur durch eine Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften oder durch die Neuformierung einer sozialen Bewegung, die sich auf Wahlen orientierte. Die schweizerischen Trotzkisten hatten im Unterschied zu ihren Schwesternorganisationen in Frankreich und England einen geringeren politischen Einfluss und eine geringere soziale Verankerung, was sie für Prozesse der politischen Neuorientierung anfälliger machte und sie stärker auf die Bestätigung durch Wahlen und Abstimmungen setzen ließ. Im Unterschied zu den Organisationen in Deutschland und Österreichs hatten sie einen größeren Einfluss, was es ihr aufgrund der (eigenen)

¹⁰⁶¹ Tschäni, 1979, S. 18.

¹⁰⁶² Siehe Tschäni, 1979.

¹⁰⁶³ Vgl. Schumann, 1971, S. 29f.

¹⁰⁶⁴ Tschäni, 1979, S. 148.

Erwartungshaltung und des Erwartungsdrucks des politischen Umfeldes unmöglich mache, in ihrer relativen Isolierung weiter zu bestehen. Die Hoffnung auf eine politische Einflussnahme durch Wahlen und Abstimmungen schob sich zusehends in den Vordergrund und fiel mit einer politischen Neuorientierung auf die neuen sozialen Bewegungen zusammen. Beides wurde durch den Niedergang der Linken in den achtziger Jahren ausgelöst, was wiederum durch die (unterschätzte) sozialpolitische Stabilität des kapitalistischen Systems und dessen neoliberaler Offensive bedingt war. Die Bedeutung der halbdirekten Demokratie der Schweiz für die politische Umorientierung der RML/SAP wird auch von ihren ehemaligen Führungs Personen klar gesehen:

„Der im Vergleich zu anderen Ländern relative Ausbau demokratischer Instrumente hat offensichtlich ein ‚politisches Gesetz‘ herausgebildet: Alle zu den Machtträgern in Opposition stehenden gesellschaftlichen Kräfte benützen im Moment der genügenden sozialen Herausbildung die Instrumente der direkten Demokratie und versuchen, in die repräsentativ-demokratischen Institutionen zu gelangen.“¹⁰⁶⁵

Dabei wurden das eigene Programm und die Existenz als revolutionäre Partei langsam überflüssig, denn die SAP-Kader vollzogen mit ihrer Orientierung auf die grün-alternative Bewegung in den späten Achtziger bereits das, was Sigerist 1992 in einem Rückblick folgendermaßen formulieren sollte:

„Nur, behaupte ich, wäre das, was wir praktisch politisch umgesetzt haben, mit einer anderen, den gesellschaftlichen Realitäten adäquateren programmatischen Begründung möglich gewesen.“¹⁰⁶⁶

Die unklare Orientierung der Partei drückte sich vor allem in den Debatten um zwei Optionen für die Aufbauarbeit (Betriebsarbeit oder verstärkte Nutzung der direkten demokratischen Mittel) aus, die schon seit 1977 (und evtl. noch früher) geführt wurden. Dass diese Debatte auch 1987 wieder aufflammte bzw. nie geklärt wurde, zeigt die Zerrissenheit der RML/SAP in der spezifischen Situation der Schweiz, die für kleine Parteien eine Orientierung auf die Mittel der halbdirekten Demokratie und der parlamentarischen Vertretung geradezu verlangte. Die Orientierung auf die Betriebsarbeit brachte nicht die gewünschten Erfolge, die Orientierung auf die reine Initiativ- und parlamentarische Arbeit „verbot“ sich bis in die späten Achtziger aufgrund des warnenden und immer wieder angeführten Beispiels der POCH, die sich nur noch auf Parlamentswahlen orientiere.¹⁰⁶⁷ Mit dem Wunsch, sich mit der POCH zu einigen, wurde dann endgültig der Weg Richtung Auflösung der eigenen Partei eingeschlagen, dies aber ohne die gesamte Mitgliedschaft der Partei in dieser Frage überzeugen zu können.

¹⁰⁶⁵ P. Sigerist, „Die SAP im Rückblick“, a.a.O., S. 33.

¹⁰⁶⁶ Ebd.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS, a.a.O., S. 14.

Kapitel 5: Intermediäre Einflussfaktoren: Transformationsprozesse sozialer Bewegungen und radikaler Organisationen

Während im vorangegangenen Kapitel der Einfluss politischer Kultur und politischer Systeme auf die Entwicklungsbedingungen linksradikaler Organisationen beschrieben wurde, sollen hier nun mögliche Prozesse der Radikalisierung bzw. Institutionalisierung der Organisationen in Abhängigkeit von der sozialen Umwelt bzw. den sozialen Bewegungen, auf die sich die Organisationen orientieren, beschrieben werden:

„Soziale Bewegungen manifestieren sich zum Teil in vielen Spielarten von Organisationen. Diese Organisationen sind einer Reihe interner und externer Pressionen unterworfen, die ihre Lebensfähigkeit, ihre innere Struktur und Prozesse sowie ihren schließlichen Erfolg in der Verwirklichung von Zielen beeinflussen.“¹⁰⁶⁸

Organisationen der sozialen Bewegung und Parteien bzw. politische Organisationen können aufgrund ihrer unterschiedlichen Organisationsstrukturen und Funktionsweisen innerhalb des politischen Systems nicht gleichgesetzt werden. Allerdings verfolgen beide das Ziel der gesellschaftlichen Veränderung oder Stabilisierung und sind dabei auf die Mobilisierung von Unterstützern angewiesen. Auf dieser Ebene kann die folgende Definition einer sozialen Bewegung auch für Parteien bzw. politische Organisationen gelten. Nach der Definition von Zald und Ash ist eine soziale Bewegung „ein zweckgerichteter und kollektiver Versuch einer Anzahl von Menschen, Individuen oder gesellschaftliche Institutionen und Strukturen zu ändern“.¹⁰⁶⁹

Gerade kleinere und neu entstehende Organisationen im Spektrum der politischen Organisationen und Parteien stellen eine hybride Form zwischen Bewegung und Partei dar, da sie sich vorrangig auf soziale Bewegungen orientieren und dort ihr Mitgliederreservoir wieder auffrischen. Beide zeichnet die konfliktorientierte Mobilisierung ihrer Basis für kollektive Aktionen oder die Orientierung an Machthabern zur Erzielung von kollektiven Gütern aus, wobei größere und etablierte Parteien zumeist auf diese Mobilisierung verzichten können.¹⁰⁷⁰ Zudem stammt in historischer Sicht ein gewisser Teil der Parteien aus sozialen Bewegungen und sind weiterhin von deren Unterstützung bzw. deren weiteren Entwicklung abhängig.

Weber und Michels beschrieben die Wandlungen von Organisationen durch die Analyse des Verhältnisses von Zielen und Struktur. Ändern sich die Ziele, muss sich die Organisationsstruktur anpassen. Dieses kausale Verhältnis wird in den Begriffen: Zieltransformation, Übergang zur Organisationserhaltung und Oligarchisierung/Bürokratisierung beschrieben. Wenn auch unvollständig, so könne dies Modell laut Zald und Ash ein allgemeiner Analyseansatz für Organisationen der sozialen Bewegung sein, wenn die Bedingungen spezifiziert werden, unter denen alternative Transformationsprozesse stattfinden.¹⁰⁷¹

Soziale Organisationen sind als kollektive Subjekte sowohl Produkt wie auch „Konstrukteure“ der sozialen Praxis. Sie konstituieren sich durch einen Prozess der Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer Lebenswelt, sie formen das Bewusstsein ihrer Mitglieder und dieses formt wiederum die Organisation. Die soziale Umwelt wiederum (die ebenfalls das Bewusstsein der Menschen formt und von diesem auch wieder geformt wird) beeinflusst die Mitglieder einer Organisation und damit das kollektive Verhalten und Handeln der Organisation. Aber auch diese Beziehung ist wechselseitig. Wir haben es also idealtypisch mit drei Ebenen der Analyse zu tun: mit wechselseitigen Prozessen innerhalb und außerhalb der sozialen Organisation und mit dem Austauschprozess von Organisation und Umwelt durch kollektives Verhalten und Handeln der Menschen, das reziprok verläuft.

Mit der Orientierung an der Organisations-/Institutionenanalyse wird eine dem Modell von Michels und Weber ergänzende Methode verfolgt: Nicht nur durch die Analyse einer Zieltransformationen soll die

¹⁰⁶⁸ M. N. Zald / R. Ash, „Organisationsformen sozialer Bewegungen: Wachstum, Zerfall und Wandel“, in: W. R. Heinz / P. Schöber (Hrsg.), *Theorien kollektiven Verhaltens. Beiträge zur Analyse sozialer Protestaktionen und Bewegungen*, Bd. 2, Darmstadt u. Neuwied 1973, S. 7.

¹⁰⁶⁹ Zald/Ash, 1973, S. 10.

¹⁰⁷⁰ Vgl. H. Kriesi, „Organisationsentwicklung von sozialen Bewegungen“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 4, 1992, S. 85.

¹⁰⁷¹ Vgl. Zald/Ash, 1973, S. 7–9.

Organisationsentwicklung untersucht werden, sondern mit Hilfe der Organisationsanalyse, die Einflüsse der sozialen Umwelt und die „inneren“ Einstellungsmuster in der Organisation auf Ziele und Struktur derselben untersucht, soll systematisch die Transformation von sozialen Organisationen erklärt werden. Dies deutet sich im Zitat von Zald/Ash durch die beeinflussenden Faktoren „innerer und externer Pressionen“ an, die ein Spannungsverhältnis erzeugen, welches nicht notwendig die Organisation zu den von Weber und Michels vorhergesagten Entwicklungstendenzen (Bürokratisierung) treiben – diese können nicht nur verlangsamt, sondern unter bestimmten Umständen auch in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Eine Reihe von Annahmen für Transformationen, aber auch für die Stabilität von Organisationen, die von Zald/Ash beschrieben werden, sollen im folgenden dargestellt, zur Beschreibung der Prozesse innerhalb der untersuchten Organisationen nutzbar gemacht und für eine Klassifizierung der trotzkistischen Parteien verwendet werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen nach den Gründen von Wachstum oder Zerfall, von Ziel- und Ideologietransformationen zur Mitte oder zum radikalen Rand, und von Einheit oder Spaltung der Organisationen. Dabei wird von der These ausgegangen, dass Wachstum, Zieltransformation und Einheit der Organisation primär von der Entwicklung der sozialen Bewegungen und dem eigenen Organisationstyp abhängig sind, und dass das Einstellungsverhalten der sozialen Umwelt, die Konkurrenzsituation unter den radikalen Gruppen und selbst die Aktivität der Mitgliedschaft sekundäre Faktoren darstellen.

Um die Darstellung zu systematisieren, sollen Bedingungen des Wandels von Organisationen im Spannungsverhältnis von:

- * sozialer Umwelt und sozialen Bewegungen,
 - * Typen von Organisationen und sozialer Bewegung,
 - * Konkurrenzsituation der Organisationen untereinander und sozialer Umwelt,
 - * internen Prozessen in Abhängigkeit von Typen der Organisation
- diskutiert werden.

5.1 Soziale Umwelt und soziale Bewegungen

Die soziale Umwelt der Organisation besteht aus der sozialen Bewegung selber und der umgebenden Gesellschaft. Latente Einstellungsveränderungen in der Gesellschaft und der sozialen Bewegung in Bezug auf soziale, ökonomische und politische Entwicklungen erzeugen ein Auf und Ab der gefühlsmäßigen und konkreten Unterstützung für die Ziele der Organisationen. Dies schlägt sich auf die eigene Mitgliedschaft und die Sympathisanten nieder und beeinflusst die Stabilität bzw. die Entwicklung der Organisation.¹⁰⁷² Die Einstellungsveränderungen können unterschiedliche Auswirkungen in der Bewegung und der sozialen Umwelt haben: Die Unterstützung für die Organisationen kann zu- oder abnehmen, während gleichzeitig die aktuelle Ausrichtung des Interesses (feindlich bis günstig) variieren kann. Die folgende Kreuztabelle soll verdeutlichen, dass es selbst bei einer allgemein feindlichen Einstellung gegenüber einer Organisation ein Wachstum geben kann, da sich eine Reihe von Personen bei einem gewissen Interesse an politischen Alternativen von den Zielen einer Organisation angezogen fühlen können. Im besonderen sind sogenannte „Vorfrontorganisationen“ in der Lage, sich dieses Interesse zu nutzen zu machen und dabei die „Mutterpartei“ im Hintergrund zu halten. Auch ein gesunkenes Interesse der sozialen Bewegung an der Organisation führt nicht notwendigerweise zum schnellen Zerfall derselben Organisation, wenn sie auf ein allgemein günstiges Klima für ihre Ziele und Programmatik trifft.

Ebenso ist die Aufrechterhaltung der politischen Radikalität in einer feindlichen Umwelt möglich, wenn es eine gewisse Unterstützung durch die sozialen Bewegungen gibt. Fehlt diese, wird sich die Organisation dem Druck der Umwelt zur Anpassung beugen müssen. Wachsende oder beibehaltene Radikalität wird von einem günstigen politischen Klima und hoher Unterstützung beschleunigt oder gestützt; wenn dieses fehlt, können zwar radikale Ziele eine Zeitlang aufrechterhalten bleiben (oder es kann sogar der Versuch gemacht werden neue Unterstützer durch radikalere Ziele zu gewinnen), wahrscheinlich werden aber Ziele und das Programm nach und nach entradikalisiert, da sich die Organisation auf neue und weniger radikale Unterstützerschichten ausrichten muss. Ein feindliches

¹⁰⁷² Vgl. ebd., S. 12f.

Klima kann ebenso zu Einheit wie zu Spaltungen der Organisation führen, dies ist wiederum von einem hohen oder niedrigen Interesse der sozialen Bewegung an der jeweiligen Organisation abhängig. In einem günstigen politischen Klima kann trotz nachlassender sozialer Bewegung die Einheit aufrechterhalten bleiben, wenn sich aufgrund der Reformorientierung neue Unterstützerschichten aus der sozialen Umwelt erschließen lassen – wie beispielsweise bei den Grünen in den achtziger Jahren.

		<u>Unterstützung durch soziale Bewegung</u>	
		Hoch	Niedrig
<u>Ausrichtung des Interesses</u> <u>der Umwelt:</u>	feindlich	Wachstum Radikalität Einheit	Niedergang Reformorientierung Spaltung
	günstig	Wachstum Radikalität Einheit	Stagnation Reformorientierung Einheit

Abb. 4: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von sozialer Umwelt und sozialen Bewegungen

Die trotzkistischen Gruppen in den untersuchten Ländern (dies bezieht sich vor allem auf die Sektionen der „Mandelisten“) konnten in einem ihnen „feindlich“ gesinnten Klima (Antikommunismus, Konservatismus) durch die Jugend- und Studentenrevolte schnell wachsen, indem sie eine Schicht von Jugendlichen mit einem radikalen Programm ansprechen konnten. Im Zuge des Abflauens der Jugend- und Studentenbewegung im Laufe der siebziger Jahre mussten dann beinahe alle Organisationen/Parteien einen Niedergang hinnehmen, eine Ausnahme bildeten die trotzkistischen Organisationen, die innerhalb der Sozialdemokratie arbeiteten und sich damit innerhalb von Parteien befanden, die ein beständiges Rekrutierungsfeld darstellten. Gerade die Organisationen, die nicht oder nur einer unbedeutenden Internationalen angeschlossen waren (zum einen der Spartacusbund in Deutschland, zum anderen die IKL, die Commune und die TGÖ in Österreich) traf der Niedergang im besonderen und provozierte eine Reihe von Spaltungen bzw. deren eigene Auflösung. Bis auf wenige Ausnahmen fand bei den trotzkistischen Gruppen keine ideologische Umorientierung bzw. Reformorientierung statt, was oben stehender Tabelle scheinbar widerspricht, aber durch den besonderen Organisationsstypus der radikalen linken Gruppen zu erklären ist (siehe weiter unten). Die SAP in der Schweiz stellt hier einen Sonderfall dar, der mit der Orientierung auf das parlamentarische System erklärt werden kann. Solange eine Organisation durch eine soziale Bewegung oder die soziale Umwelt unterstützt wird, solange hat ihre Orientierung auf Parlament und Bewegung nur einen geringen Einfluss auf ihre Stabilität oder Zieltransformation, tatsächlich sind beide Orientierungen selten voneinander getrennt oder stehen sich bipolar gegenüber. Wenn die Unterstützung nun nachlässt, kann die Organisation mit der weiteren Orientierung auf die Bewegungen ihre Einheit und ihre Radikalität zwar aufrechterhalten, muss aber Mitgliederstagnation bzw. -rückgang hinnehmen. Bietet nun das parlamentarische System aufgrund seiner jeweiligen Offenheit für kleine Parteien scheinbar bessere „Überlebenschancen“, wird eine Reformorientierung einsetzen, die radikalen Kräfte werden sich abspalten und man kann weiter wachsen – solange eine wirkliche Zieltransformation eingesetzt hat. Die SAP bestand im Unterschied zu anderen Ökologie- oder linken Parteien, die sich in eine liberale oder sozialdemokratische Richtung entwickelten, weiterhin auf ihre sozialistischen Grundpositionen, konnte damit keine vollständige Reformorientierung einschlagen und musste zwangsläufig niedergehen, da die Integration in „etablierte Interessensvermittlungssysteme“ einerseits zu einer Entfremdung der radika-

len Basis führte¹⁰⁷³ und weniger radikale Schichten aufgrund der sozialistischen Positionen nicht angezogen werden konnten.

Wisler weist darauf hin, dass die instrumentellen sozialen Bewegungen der Schweiz der offenen Demokratie des Landes besser angepasst sind, da das System ihnen direkten Zugang zu den Entscheidungsfindungsprozessen bietet. Dagegen seien die subkulturellen Bewegungen weniger an die politische Struktur und Kultur angepasst und erfüllen im Konfliktfall häufiger Repressionen.¹⁰⁷⁴ Aus diesem Grund konnte die SAP ab Beginn der achtziger Jahre keinen Zugang mehr zu radikalen Jugendschichten bekommen: Die sub- und gegenkulturellen Bewegungen zogen sich allgemein von den sich institutionalisierenden Organisationen der ehemaligen „68er“ zurück.

Die trotzkistischen Organisationen, die wie die Ökologie- und Friedensbewegung nun selber eine instrumentelle Bewegung darstellen, aber im Unterschied zu den sozialen Bewegungen exklusive Organisationen sind, mussten sich an den Bewegungen orientieren und gleichzeitig in Konkurrenz zu den Organisationen der sozialen Bewegung Mitglieder gewinnen.

		Unterstützung durch soziale Bewegung	
		Hoch	Niedrig
<u>Ausrichtung der Organisation:</u>	Institutionalisierung	Wachstum Radikalität Einheit	Niedergang oder Wachstum Reformorientierung Spaltung
	Bewegung	Wachstum Radikalität Einheit	Stagnation Radikalität Einheit

Abb. 5: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von politischer Orientierung und sozialer Bewegung

5.2 Typen von Organisationen und sozialer Bewegung

Wenn man den Grad der Unterstützung durch die sozialen Bewegungen als primären Faktor für das Wachstum, die Stabilität und die Radikalität von Organisationen begreift, so ist im Falle der radikalen Parteien/Organisationen die Stabilität und die Radikalität relativ unabhängig von der jeweiligen Unterstützung. Der tatsächliche Einfluss durch die soziale Bewegung wird von den Organisationen unterschiedlich gefiltert, je nachdem um welchen Typ von Organisation es sich handelt. Diese können in exklusive und inklusive¹⁰⁷⁵ bzw. in selbstprotektive und advokatorische¹⁰⁷⁶ Organisationen unterschieden werden. Exklusive und selbstprotektive Organisationen haben hohe Mitgliedskriterien und verlangen ein hohes Maß an Engagement. Kaderparteien zählen zum ersten Typ, während reformorientierte Parteien und Bewegungsgruppen-/organisationen zum zweiten Typ zählen, da sie geringe Eintrittskriterien und weniger Engagement verlangen und sich als entweder als Anwalt der gesamten Bewegung oder als Volkspartei verstehen.

Diese Typisierung erlaubt eine weitere Differenzierung in Bezug auf Wachstum, Zieltransformation und Einheit der Organisationen. Inklusive Organisationen sind stärker von Einstellungsveränderungen in der Gesellschaft betroffen als exklusive: Es findet eine schnellere Ab- und Zunahme der Mitgliedschaft statt, oder ein „Umsteigen“ der Mitglieder auf andere Organisationen mit ähnlichen Werten.¹⁰⁷⁷ Je unabhängiger eine Organisation von den Einstellungen der Umwelt durch exklusive Teilnahmebe-

¹⁰⁷³ Vgl. dazu Kriesi, 1992, S. 88.

¹⁰⁷⁴ Wisler, 1996, S. 13.

¹⁰⁷⁵ Zald/Ash, 1973, S. 14f.

¹⁰⁷⁶ R. Prätorius, *Soziologie der politischen Organisationen*. Eine Einführung, Darmstadt 1984, S. 88.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Zald/Ash, 1973, S. 15f.

dingungen und Abschottung der Mitgliedschaft ist, desto weniger Druck baut sich auf Organisationserhaltung und Zieltransformation auf.¹⁰⁷⁸

In der folgenden Kreuztabelle gelten drei implizite Annahmen. Exklusive Organisationen wachsen langsamer als inklusive, dafür zerfallen sie aber auch nicht so schnell. Es wird weiter unterstellt, dass es bei exklusiven Organisationen die Notwendigkeit einer stringenten Ideologie gibt, sich also die Exklusivität aus der „reinen Lehre“ ergibt. Unter der Bedingung einer sinkenden Unterstützung durch die soziale Bewegung werden sich in den radikalen Organisationen Gruppen ausdifferenzieren, die neue theoretische und taktische Handlungsweisen suchen und solche, die die gegebenen aufrechterhalten wollen. In diesem Falle ist es besser von Strömungen oder Fraktionen, denn von Spaltungen zu sprechen. Des weiteren ist anzunehmen, dass sich aufgrund der Heterogenität von inklusiven Organisationen beständig Differenzierungen und damit Strömungen entwickeln. Spaltungen ergeben sich erst in einem Stadium des Niedergangs durch die (meist individuelle) Abwanderung größerer Teile der Organisation.

		<u>Typ der Organisation</u>	
		Exklusiv	Inklusiv
<u>Unterstützung</u> <u>durch soziale</u> <u>Bewegung:</u>	niedrig	Stagnation Radikalität Fraktionen	Zerfall Reformorientierung Spaltung
	hoch	Wachstum Radikalität Einheit	Wachstum Radikalität Strömungen

Abb. 6: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von Typen von Organisationen und sozialer Bewegung

Der Niedergang der Jugend- und Studentenrebellion wirkte sich innerhalb der trotzkistischen Gruppen unterschiedlich aus. Während diese allgemein stagnierten oder zerfielen (mit Ausnahme der entrustisch organisierten Gruppen) hielten einige Gruppen ihre ideologischen Grundsätze aufrecht, während andere sich neuen gesellschaftlichen Zielgruppen zuwandten. Die Exklusivität der trotzkistischen Organisationen konnte den Druck zur Reformorientierung bis auf wenige Ausnahmen abwehren, in vielen Fällen dadurch, dass sich linke Strömungen und Fraktionen bildeten, die dem Kurs der Mehrheit oder der Führung als opportunistische Abweichung kritisierten. Die beständigen Tendenzen und Fraktionen innerhalb der mandelistischen Organisationen illustrieren dies anschaulich. Obwohl keine Organisation eine vollständige Reformorientierung im Rahmen des Kapitalismus entwickelte, so gab es doch bei einigen Gruppen eine Orientierung auf neue Zielgruppen, die man in der Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung ausmachte. Wenn auch keine Transformation zum Reformismus stattfand, so entwickelte sich gerade bei den „Mandelisten“ ein ideologischer Pluralismus, der einige Axiome der trotzkistischen Bewegung in Frage stellt(e). Aber auch ohne eine Reformorientierung haben sich Organisationen innerhalb des trotzkistischen Spektrums, wie einige Sektionen der IST oder des VSVI, aufgrund ihrer Orientierungen auf neue Zielgruppen zu eher inklusiven Organisationen entwickelt. Dies zog nach einem kurzen Aufschwung allerdings schnell wieder Spaltungen und den begrenzten Zerfall der Organisation nach sich – so bei der VSP in den Achtzigern und dem Linksruck (Deutschland) sowie der Linkswende (Österreich) in den späten Neunziger, während die SAP in der Schweiz völlig zerfiel.

5.3 Konkurrierende Organisationen und soziale Umwelt

¹⁰⁷⁸ Ebd., S. 17f.

Organisationen, die sich einem hohen Maß an Konkurrenz ausgesetzt sehen, tendieren bei einer wachsenden sozialen Bewegung zu wachsender Radikalität, da sich Teile der sozialen Bewegung, die von den Organisationen gewonnen werden wollen, radikaleren Zielen zuwenden, um sich wiederum vom reinen Reformflügel ihrer Bewegung abzugrenzen. Im Gegensatz dazu führt eine niedrige oder sinkende Unterstützung der Bewegung bei hoher Konkurrenz der Organisationen zu einer Orientierung Richtung Mitte/Zentrum des gesellschaftlichen Wertekonsenses.¹⁰⁷⁹ Diese Annahmen stellen sich bei radikalen Parteien/Organisationen wiederum anders dar, weil die zumeist exklusiven Organisationen relativ gering vom Niedergang einer sozialen Bewegung betroffen sind und ihre Radikalität ohne Probleme aufrechterhalten können. Zudem kann sich bei einem Niedergang der Bewegung die Radikalität sogar noch verschärfen: Dies geschieht bei hoher Konkurrenz durch andere Organisationen, denen man ihre besten Aktivisten „abjagen“ will. Beispiele hierfür wären die deutschen Gruppen SpAD, GAM oder Gruppe Spartakus. Die Tendenz zur Stagnation und zur Fraktionsbildung ist bei einer sinkenden Unterstützung der Bewegung bei allen Organisationen zu beobachten – auch hier zeigt sich, dass letztlich der Grad der Unterstützung durch die Bewegung und der Grad der Exklusivität/Inklusivität von primärer Bedeutung ist.

		Konkurrenzsituation der Organisationen	
		Hoch	Niedrig
<u>Unterstützung von sozialer Bewegung:</u>	niedrig	Stagnation (wachsende) Radikalität Fraktionen	Stagnation Radikalität Fraktionen
	hoch	Wachstum wachsende Radikalität Einheit	Wachstum Radikalität Einheit

Abb. 7: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von Konkurrenzsituation der Organisationen untereinander und sozialer Umwelt

5.4 Typen von Organisationen und interne Prozesse

Neben dem Grad der Unterstützung durch die sozialen Bewegungen wirken in inklusiven und exklusiven Organisationen auch interne Prozesse, die vor allem durch den Grad der Homogenität oder Heterogenität in Bezug auf die sozial-kulturelle Basis (Schichten, Geschlecht, Ethnien, Generationen, sexuelle Orientierungen etc.) und in Bezug auf die ideologische Homogenität bestimmt werden. Heterogene Gruppen innerhalb einer Organisation (hier verstanden als „amorphe“ sozial-kulturelle Subgruppen) können sich gerade in Stagnationsphasen aufgrund aufeinander bezogener solidarischer Anreize zu festen Formen und damit zu Fraktionen entwickeln. Man kann allerdings davon ausgehen, dass der Grad der ideologischen Homogenität/Heterogenität in der Organisation eine wichtigere Rolle spielt, als der Grad der sozialen Homogenität/Heterogenität. Erst wenn diese ideologischen Positionen nicht mehr vorbehaltlos vertreten werden oder sich in der Organisation eine Lücke von Anspruch und Wirklichkeit auftut, werden sich neben ideologisch konträren Fraktionen auch sozial-kulturelle Fraktionen entwickeln, die sich von der Mehrheit der Organisation unterdrückt oder ihre aus dem sozial-kulturellen Gefüge erwachsenen spezifischen Probleme nur ungenügend berücksichtigt sieht. Auch hier muss ausgehend vom Charakter einer Organisation differenziert werden. Exklusive Organisationen, die eine weitaus stärkere Orientierung auf die „Reinheit der Lehre“ haben, können differierende Theorien und Taktiken nicht tolerieren. Daraus ergibt sich, dass oppositionelle Theorien nicht das Problem „an sich sind“, sondern dass die damit verbundene Infragestellung der Autorität und des Ver-

¹⁰⁷⁹ Vgl. ebd., S. 18f.

haltens der Führung nicht oder nur zu einem gewissen Grad toleriert werden kann.¹⁰⁸⁰ Auf diesen Zusammenhang verweist auch Wisler, der den Führungen von exklusiven Organisationen, die eine homogene Ideologie haben, einen autoritären Stil zuschreibt, während die Führungen von inklusiven Organisationen mit einer heterogenen Ideologie zu überzeugen versuchen würden.¹⁰⁸¹ Zur Illustrierung dieser Thesen kann die Organisation Linksruck angeführt werden, in der sich ausgehend von Debatten um die Arbeit in den Jusos (1996), um Sexismus und Homophobie (1999 und 2001) und um die Rolle in der globalisierungskritischen Bewegung (2001) regelmäßig Gruppen abspalteten, denen der Widerspruch von ideologischem Anspruch und Realität in der gemeinsamen Organisation deutlich geworden war.¹⁰⁸²

Inklusive Organisationen können dagegen verschiedene Gruppen integrieren, da es einen größeren Raum für unterschiedliche Ansichten gibt und auch die Existenz von sozial-kulturellen Subgruppen akzeptiert und oft sogar gewünscht wird. Zu Wachstum/Zerfall und Transformation von Zielen kann hier nichts gesagt werden, da äußere Einwirkungen durch konkurrierende Organisationen, durch die Bewegung und die soziale Umwelt nicht gegeben sind.

		<u>Typ der Organisation</u>	
		Exklusiv	Inklusiv
<u>Soziale Basis und Ideologie:</u>	Homogen	Einheit	Differenzierung
	Heterogen	Spaltung	Differenzierungen

Abb. 8: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von internen Prozessen in Abhängigkeit von Typen der Organisation

¹⁰⁸⁰ Vgl. ebd., S. 29f.

¹⁰⁸¹ Wisler, 1996, S. 15.

¹⁰⁸² Siehe Kapitel 2.1.7 bis 2.1.11.

Kapitel 6: Interne Einflussfaktoren: Theorie, Programm und Sprachstil

6.1 Orthodoxy und Sprachstil

Politische Organisationen verwenden bestimmte Begriffe, die durch ihren Symbolcharakter den politischen Standort der Organisation bestimmen und sich an bestimmte Zielgruppen wenden. Typische Begriffe der marxistischen Terminologie wie Arbeiterklasse, herrschende Klasse, Revolution etc. gehören zum orthodoxen Sprachrepertoire einer Reihe von marxistischen Gruppen und Organisationen. Die hier vertretene These ist, dass die Häufigkeit der Verwendung bestimmter Begriffe einen Stil prägt, der eine Einteilung der Organisationen in Kategorien wie dogmatisch, orthodox und heterodox zulässt. Bestimmte Begriffe dienen erst einmal der politischen Identifizierung von Organisation, haben damit einen Symbolcharakter und sprechen demzufolge bestimmte Zielgruppen an. Dies wird zwei grundlegende Reaktionen der angesprochenen Person nach sich ziehen: Zustimmung oder Ablehnung. Wenn orthodoxe Begriffe vermieden werden und die Organisation zuerst einmal als „kritisches“ oder „links“ identifiziert wird und sich ihre marxistischen Inhalte erst aus dem Kontext von Programm und Praxis ergeben, erhöhen sich die Chancen für eine angestrebte Kommunikation mit der Zielgruppe, da eine direkte Ablehnung im weit geringeren Maße zu erwarten ist. Dies hängt mit der weit verbreiteten Abneigung und den Vorurteilen gegenüber kommunistischen/radikalen Organisationen zusammen. Andererseits kann es für marxistische Organisationen aber auch sinnvoll sein, bestimmte Begriffe zu verwenden, die sich in ihrer Militanz und ihren symbolischen Inhalten von der „breiten Masse“ abheben. So wird der Begriff „Imperialismus“ innerhalb einer bestimmten Zielgruppe von Kriegsgegnern wahrscheinlich als prägnanter empfunden werden, als der Begriff „Hegemonialbestrebungen“. Die Häufigkeit der Verwendung bestimmter Begriffe lassen demnach nicht nur Rückschlüsse auf deren Grad von Orthodoxy zu (soweit dies mit empirischen Methoden überhaupt möglich ist), sondern auch auf den Kreis von Zielgruppen, die als „Avantgarde“, „kritische bis radikale Minderheit“ und „breite Masse“ kategorisiert werden können. Die anvisierte Zielgruppe wird nun nicht immer komplementär zum Charakter einer Organisation sein, eine dogmatische-orthodoxe Gruppe kann an die „breite Masse“ appellieren, eine heterodoxe Gruppe kann sich an eine „Avantgarde“ wenden. Da aber die Vermittlung einer Theorie an eine bestimmte Zielgruppe mittels Sprache und damit Begriffen stattfindet, die anschlussfähig an die Zielgruppe sein müssen, wird sowohl die Häufigkeit wie die Beibehaltung von Begriffen bei sich ändernden Zielgruppen Auskunft über den Grad der Orthodoxy der Gruppen geben können.

6.2 Methode

Mit der Methode der quantitativen Textanalyse werden im folgenden insgesamt 34 Publikationen in Form von Flugblättern, Zeitungs- und Internetartikeln von zwölf trotzkistischen Organisationen¹⁰⁸³ ausgewertet, um zwei Fragen beantworten zu können: Erstens: Weicht die Häufigkeit der Nennung von bestimmten Begriffen in Publikationen der unterschiedlichen Organisationen stark voneinander ab? Zweitens: Sind signifikante Änderungen im Sprachstil festzustellen, wenn sich die anzusprechende Zielgruppe ändert?

Da die hier untersuchten Artikel eine unterschiedliche Anzahl von Wörtern haben, wurde die Anzahl der Wörter des kürzesten Artikels zu 100 % gesetzt und dem entsprechend die Anzahl der Wörter in den anderen Texten zu einem Prozentschlüssel umgerechnet, der die Schlüsselbegriffe in ein numerisches Verhältnis zueinander setzt.¹⁰⁸⁴ Ein Problem der quantitativen Textanalyse besteht in deren hohem empirischen Abstraktionsniveau. Diese kann nicht die Intentionen der Texte erfassen, und der Forscher beeinflusst mit der Auswahl bestimmter Schlüsselbegriffe zusätzlich das Ergebnis. Zudem können einzelne Texte eben nur einen kleinen Ausschnitt des Sprachstils einer Organisation zu einer bestimmten Zeit erfassen. Dem gegenüber kann angeführt werden, dass hier nicht die Intention der

¹⁰⁸³ Die zwölf Organisationen wurden ausgewählt, weil sie mit ihrer jeweiligen Größe und Traditionen das Spektrum der trotzkistischen Organisationen in Deutschland und Österreich recht gut abdecken.

¹⁰⁸⁴ Dazu ein Beispiel: Ein Text der PSG beinhaltet 1.269 Wörter (100 %), ein Linksruck-Text beinhaltet 2.164 Wörter, der Prozentschlüssel beträgt dem entsprechend 171 Prozent. Die Anzahl der genannten Schlüsselbegriffe im Linksruck-Text wird mit einem Dreisatz zur entsprechenden Zahl umgerechnet. Aus zwei Nennungen des Begriffes "Herrschende" werden somit 1,2 Nennungen ($2 \times 100 : 171 = 1,2$).

Autoren analysiert wird, sondern den Zusammenhang von symbolischen Begriffen, Zielgruppen und theoretischer Orthodoxie verdeutlicht werden soll. Die Wahl bestimmter Schlüsselbegriffe ist zwar willkürlich, allerdings wird die Zufügung oder das Auslassen einzelner Begriffe das Ergebnis nicht grundlegend ändern, da sich erst aus deren Summierung sinnvolle Rückschlüsse auf einen Sprachstil ergeben können. Die zufällige Wahl von einzelnen Texten kann zwar Einzelergebnisse beeinflussen, es ist aber anzunehmen, dass sich bei der Analyse von beispielsweise einem Dutzend Texten einer Organisation ein Durchschnittswert ergibt, der in einem ähnlichen Verhältnis zu denen anderer Organisationen steht, so wie es die einzelnen Texte im folgenden tun.

Die ersten 16 Texte, die sich mit dem Thema Anschlag auf das World Trade Center und dem Irakkrieg 2003 beschäftigen¹⁰⁸⁵ wurden auf folgende Substantive, Verben und Adjektive hin untersucht: Arbeiter, Bourgeoisie, Chauvinismus, Herrschende, Imperialismus, Kapital, Klassen, Kommunismus, Proletariat, Revolution, Sozialismus.¹⁰⁸⁶ Die Analyse in der Verteilung der Begriffsnennungen ergab folgendes Ergebnis:

Tabelle 1: Relation häufig genannter Begriffe zum Thema Krieg.

	isl	Linkswende	Linksruck	PSG	Funke (D)	Funke (Ö)	SLP	SAV	GAM	RSB	SpAD	ASt
Arbeiter...	0,0	0,5	0,0	1,0	2,3	1,0	3,9	3,4	5,4	5,6	12,9	7,8
Bourgeois...	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,2	1,6
Chauvinis...	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	0,0
Herrschende...	1,2	1,6	1,2	5,0	0,4	1,0	1,6	4,2	1,9	2,0	6,7	3,4
Imperialis...	0,6	1,6	1,8	2,0	3,9	3,9	4,7	2,5	8,9	8,9	12,1	21,6
Kapital.....	1,7	1,1	1,8	0,0	4,3	4,9	5,4	6,8	5,0	5,2	4,0	11,3
Klassen.....	1,2	0,0	0,0	2,0	0,8	1,0	0,0	0,8	2,3	2,4	3,1	15,9
Kommunis.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,3
Proletari....	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,3	4,1
Revolution.	0,0	0,0	0,6	0,0	0,4	2,9	0,0	0,0	3,1	3,2	1,3	7,2
Sozialis....	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	1,0	1,6	2,5	4,3	4,4	0,4	1,3
1-10	4,7	4,9	5,3									

¹⁰⁸⁵ ASt: Revolutionärer Anteilperialismus in der neuen Periode. Thesen zu Marxismus, Proletariat, Boykottkampagne und Antiamerikanismus (<http://www.arbeiterinnenstandpunkt.net/rn97thesen.html>);

Funke (D): Keinen Frieden dem Krieg! Eine erste Analyse der ersten Phase des Irakkriegs und Perspektiven für die Antikriegsbewegung. (<http://www.derfunke.de/rubrik/krieg/ersteanalyse.html>);

Funke (Ö): Der Bumerang kehrt zurück (http://www.derfunke.at/zeitung/f39/terrorusa_f39.htm);

GAM: Stoppt den Krieg von Bush, Blair und ihrer Alliierten! Verteidigt Afghanistan! Nieder mit dem Imperialismus! (<http://www.geocities.com/marxismus/lrkiftksee.html>);

isl: Christoph Jünke, „11. September 2001. Der doppelte Schock“, in: *SoZ – Sozialistische Zeitung*, Nr. 20, 27.09.2001, S. 2 (<http://www.vsp-vernetzt.de/soz/0120021.htm>); Manuel Kellner, „Katastrophe und Kontrolle. Antikriegsdebatte (X): Neue Weltlage und Widerstand (Teil I)“, in: *junge Welt*, 16.01.2002; Manuel Kellner, „Für Selbstbefreiung (Teil II)“, in: *junge Welt*, 17.01.2002;

Linksruck: Die Taliban und das Öl; Islam oder USA – Wo steht die Wiege des Terrorismus? *Linksruck*, Nr. 114, Extraausgabe; Linkswende: Krieg an allen Fronten! in: *Linkswende*, Nr. 48, Oktober 2001; Nein zum Krieg gegen den Irak! (http://www.linkswende.org/zeitung/generated/Linkswende_Nr_52/article992.html);

PSG: Die politischen Wurzeln der Terroranschläge in New York und Washington (<http://www.wsbs.org/de/2001/sep2001/trad-s13.shtml>);

RSB: Politisches Sekretariat, „Nein zum Terror, nein zum Krieg! Gemeinsam gegen Schröders Kriegskurs!“ (19.10.2001), in: *Avanti*, Nr. 78, November 2001, S. 11–14 (<http://www.rsb4.de/avanti1101/nein-kriegskurs.htm>);

SAV: Anschläge in den USA – Die Neue Weltordnung (<http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&sid=41>);

SLP: Kein Krieg für Öl-Profit! (<http://slp.at/index.php/132>); Weltwirtschaft und 11. September (<http://slp.at/index.php/141>);

SpAD: Gegen Repression im eigenen Land, gegen imperialistische „Vergeltung“. Der Angriff auf das World Trade Center (<http://www.icl-fi.org/deutsch/oldsite/sp145title.htm>).

¹⁰⁸⁶ Hier wird beispielsweise „Arbeiterklasse“ zu „Arbeiter“ gezählt, „Klasse der Arbeiter“ zu „Arbeiter“ und „Klassen“. „Kommunismus“ wird nicht gezählt, wenn es sich um Eigennamen handelt, wie z. B. Irakische Kommunistische Partei.

10-20				10,0	12,4	15,7	17,1	20,3*				
20-80									31,0	31,9	45,5	74,4

* Streng genommen ist das Ergebnis für die SAV nicht mehr in der Rubrik 10-20 einzuordnen, allerdings liegt das Ergebnis weit näher an dieser Rubrik als an der Rubrik 20-30.

Die Ergebnisse erlauben eine Einteilung der Organisationen in drei Kategorien, bei denen die relative Nähe der summierten Ergebnisse erstaunlich ist. Eine gewisse Abweichung ist nur innerhalb der letzten Kategorie zu finden, in der die Publikation des ArbeiterInnenstandpunkt (ASt) im Verhältnis zu dem der Gruppe ArbeiterInnenmacht die zweieinhalbfache Anzahl von Nennungen der Begriffe aufweist. In dieser vorläufigen Auswertung kann eine Einteilung des Sprachstils der Organisationen in „dogmatisch, orthodox und heterodox“ vorgenommen werden. Dabei ist nicht die genaue Reihenfolge der Ergebnisse in dem Sinne wichtig, dass man daraus ableiten könnte, wer in den drei Kategorien nun mehr oder weniger dogmatisch oder heterodox ist, sondern vielmehr ist die relative Übereinstimmung des Sprachstils innerhalb der Kategorien von Interesse. Auffällig ist hier auch, dass sich die jeweiligen Schwesternorganisationen (Linkswende/Linksruck, Funke(D)/Funke(Ö), SLP/SAV) in derselben Kategorie finden, was den vermuteten Zusammenhang von Theorie und Sprache bestätigt. Eine Ausnahme stellt allerdings die PSG dar, die hier zwischen heterodoxem und orthodoxen Sprachstil angesiedelt ist, die aber in der Tradition des Internationalen Komitees eine durchaus dogmatisch-orthodoxe Theorie vertritt. Dazu können folgende Erklärungen angeführt werden: Die PSG verzichtet in ihren meist kurzen Texten weitgehend auf Begriffe, die in ihrer Summierung einen dogmatischen oder sekterierischen Eindruck hinterlassen, ohne dass ihre Aussagen etwas an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließen:

„Wie immer sie auch gerechtfertigt werden mag, die Methode des Terrorismus ist von Grund auf reaktionär. Weit davon entfernt, dem imperialistischen Militarismus schwere Schläge zu versetzen, spielt der Terrorismus denjenigen Kräften innerhalb des US-Establishments in die Hände, die solche Ereignisse begierig aufgreifen, um zu rechtfertigen, dass die herrschende Elite ihre geopolitischen und ökonomischen Interessen mit den Mitteln des Krieges verfolgt.“¹⁰⁸⁷

Eine Textanalyse ihres Perspektivprogramms,¹⁰⁸⁸ dass hier aufgrund dessen Länge und allgemeinen Aussagen nicht analysiert wurde, ergibt allerdings eine eindeutige Zuordnung in die Kategorie „dogmatisch“.

Um überprüfen zu können, ob das angewandte Verfahren valide ist und das Ergebnis verifiziert werden kann, werden nun im zweiten Schritt 18 Texte der Organisationen untersucht, welche sich mit dem Thema „Agenda 2010“ und „Sozialabbau“ beschäftigen.¹⁰⁸⁹ Sie wurden auf folgende Substantive,

¹⁰⁸⁷ PSG: Die politischen Wurzeln der Terroranschläge in New York und Washington (<http://www.wsbs.org/de/2001/sep2001/trad-s13.shtml>).

¹⁰⁸⁸ Grundsätze und Ziele. Perspektivresolution, verabschiedet von der nationalen Konferenz des Bunds Sozialistischer Arbeiter am 30. März 1997 (<http://gleichheit.de/persp.htm>).

¹⁰⁸⁹ AST: Nein zum Ablenkungsmanöver von Klestil und FPÖ: Volle Mobilisierung für den 13. Mai 2003! Vorwärts zum Generalstreik! (<http://www.arbeiterinnenstandpunkt.net/rn78.html>); Nach dem 3. Juni 2003: Eine Million streikten – Was jetzt? (<http://www.arbeiterinnenstandpunkt.net/rn85streik.html>);

Der Funke [D]: „Augen zu und durch – aber wohin?“ in: *Der Funke*, Juni 2003;

Der Funke [Ö]: Österreich nach den Wahlen – eine erste Bilanz.

(<http://www.derfunke.at/hpneu/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=45>);

GAM: „Gegen die Agenda 2010! Bewegung von unten“, in: *Neue Internationale*, Nr. 86, Dezember 2003/Januar 2004;

isl: „Die Große Koalition der Willigen macht ernst: Menschen sind Kosten auf zwei Beinen“, in: *isl Flugschriften*, Nr. 1, Oktober 2003; „Über den Tag hinaus denken. Unser Leben ist mehr wert als ihr Profit. Hartz IV muss weg!“ in: *isl Flugschriften*, Nr. 3, Herbst 2004;

Linksruck: „Bereit, sich zu wehren. Aus der Demonstration gegen Sozialkahlschlag kann eine neue Bewegung entstehen“, in: *Linksruck*, Nr. 165, 12. November 2003; „Gemeinsam gegen Sozialabbau“, in: *Linksruck*, Nr. 167, 10. Dezember 2003; „Unser Standpunkt: Auf der Straße und in den Betrieben“, in: *Linksruck*, Nr. 168, 7. Januar 2004;

Linkswende: Druck von unten gegen die Regierung der Reichen.

(http://www.linkswende.org/zeitung/generated/Linkswende_Nr_40/index.html); „Armutsfalle schwarzblau“, in: *Linkswende*, Nr. 90, März 2005;

PSG: Wie weiter im Kampf gegen Hartz IV? (<http://www.wsbs.org/de/2004/aug2004/harz-a14.shtml>);

Verben und Adjektive hin untersucht: Arbeiter, Herrschende, Kampf, Kapital, Klassen, Massen, Mobilisierung, Profit, Revolution. Hier ergab die Analyse in der Verteilung der Begriffsnennungen folgendes Ergebnis:

Tabelle 2: Relation häufig genannter Begriffe zum Thema Sozialpolitik.

	isl	Links-wende	Linksruck	PSG	SLP	Funke (D)	SAV	Funke (Ö)	ASt	RSB	GAM	SpAD
Arbeiter...	1,8	2,9	6,3	8,0	6,8	3,0	3,8	10,2	6,3	3,9	6,9	15,6
Herr-	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,7	0,0	1,1	0,0	0,0	3,2
Kampf...	0,9	3,8	6,3	3,0	6,2	3,6	6,6	4,8	6,3	7,0	13,9	7,4
Kapital...	4,6	1,9	0,0	8,0	6,2	4,8	1,7	1,8	1,1	5,4	12,9	12,6
Klassen...	0,0	1,9	0,0	0,0	0,0	3,0	0,3	3,0	6,3	10,1	6,9	4,1
Massen...	0,0	2,9	0,9	0,0	0,0	2,4	2,4	0,6	1,7	1,6	5,9	2,4
Mobilisi...	0,9	0,0	5,4	0,0	0,7	3,6	4,9	0,6	3,4	6,2	5,0	0,6
Profit....	1,8	1,0	0,9	1,0	0,7	0,0	0,7	0,0	0,0	0,0	2,0	0,3
Revolu...	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	3,9	0,0	12,4
10-20	10,1	15,4	19,6	20,0								
20-30					20,5	21,1	21,2	21,7	26,7			
30-60										38,0	53,5	58,5

Hier liegen die Ergebnisse nicht so eindeutig beieinander, wenn auch in der mittleren Kategorie „orthodox“ eine deutliche Nähe ausgemacht werden kann. Die Einteilung der Kategorie in Zehnerschritte unterschlägt, dass der Linksruck der mittleren Kategorie „orthodox“ weit näher als der Kategorie „heterodox“ ist. Der ASt ist in die mittlere Kategorie gerutscht, wenn auch mit deutlichem Abstand zum Durchschnitt der dortigen Ergebnisse.

6.3 Ergebnisse

Zusammenfassend kann man sagen, dass bestimmte Organisationen typische Begriffe deutlich häufiger benutzen als andere, und dass alle untersuchten Organisationen ihren Sprachstil beibehalten und diesen nicht oder nur geringfügig bei wechselnden Themen ändern. Organisationen, welche einen „heterodoxen“ Stil pflegen, werden es wahrscheinlich leichter bei der Kontaktaufnahme mit Zielgruppen haben, da ihr Stil keine Barrieren aufstellt oder gar potentielle Interessenten abschreckt. Ein dogmatisch-orthodoxer Stil wird sich eher auf eine wie auch immer zu definierende Avantgarde ausrichten und sich dem entsprechend weniger für die Anpassung an einen allgemeingültigen Stil interessieren (Ausnahme ist hier die PSG). Folgerichtig lassen sich auf den Internetseiten und in den Publikationen von GAM, ASt, RSB und SpAD eine Reihe von Polemiken gegen Organisationen finden, die von ihnen als „reformistisch“ oder „zentristisch“ bezeichnet werden. Mit Vorliebe handelt es sich dabei um den Linksruck, die Linkswende, die SAV und die SLP, deren Mitgliedern eine solidarische Diskussion angeboten wird, nachdem die Parteiprogrammatik „entlarvt“ wurde. Die angesprochenen Organisationen wiederum erwähnen ihre „dogmatischen“ Opponenten nur äußerst selten bis gar nicht – was auch daran liegen mag, dass sie zum Teil mehr als das zehnfache von deren Mitgliedern haben.

Von Interesse ist bei der Einteilung der Organisationen in die Kategorien „Dogmatisch, Orthodox und Heterodox“, dass deren Sprachstil (bis auf eine Ausnahme) ihrer Offenheit bzw. Geschlossenheit gegenüber den neuen sozialen Bewegungen zu entsprechen scheint. Diejenigen Organisationen, die in der Vergangenheit im Rahmen sozialer Bewegungen schnell wuchsen und schnell wieder zerfielen,

RSB: B. B., „Berlin, 1. November“, in: *Avanti*, 9. Jg., Nr. 104, 1. Dezember 2003, S. 6;

SAV: Vom Protest zum Widerstand (<http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&sid=654>);

SLP: Geld ist genug da. Es ist nur in den falschen Händen! (<http://slp.at/index.php/80>); „Reformen“ sind Betrug! (<http://slp.at/index.php/81>);

SpAD: IKL-Erklärung zum Prager Protest gegen IWF und Weltbank (<http://www.icl-fi.org/deutsch/oldsite/PRAGUE.HTM>).

finden sich in der Kategorie „Heterodox“ wieder, während diejenigen, die sich von den sozialen Bewegungen isolierten, in der Kategorie „Dogmatisch“ zu finden sind. Die Organisationen wiederum, die ein eher kritisches Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen hatten (sie aber nicht völlig ignorieren), fanden sich in der Kategorie „Orthodox“ wieder. Sprache, Programm und Theorie bilden so eine Einheit und ermöglichen eine objektive Analyse über den Grad der Orthodoxie/Heterodoxie einer Organisation im Verhältnis zu anderen, ähnlichen Organisationen.¹⁰⁹⁰

Teil 3

Kapitel 7: Die Trotzkisten unter dem Einfluss der sozialen Bewegungen

In diesem Kapitel werden die in der Einleitung aufgestellten Thesen über die Charakteristika der trotzkistischen Strömungen (geschlossene Krisentheorie, flexible Anwendung marxistischer Theorie und politischer Taktik, Interventionsfähigkeit in soziale Bewegungen, revolutionärer Marxismus) als Grundlage ihrer Fortexistenz in Form von folgende Hypothesen geprüft:

Wenn sich ökonomische oder soziale Krisen Bahn brechen, dann ermöglicht eine für politische Unterstützer nachvollziehbare Krisentheorie die Zuführung neuer Mitglieder und damit die Stabilisierung der Organisation. In Zeiten von ökonomischer Stabilität wird stattdessen auf politische Krisen oder soziale Bewegungen als Ausdruck der ideologischen/legitimatorischen Instabilität des kapitalistischen Systems verwiesen werden.

Wenn sich die politischen Rahmenbedingungen für den weiteren Aufbau verändern, orientieren sich die Organisationen auf neue bzw. alte Arbeitsfelder und Bewegungen.

Die Anschlussfähig bzw. der Einfluss der Trotzkisten in der Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen wird je höher sein, desto eher eine Bewegung im Entstehen begriffen ist. Ihre antibürokratischen und revolutionären Theorien werden die Trotzkisten desto eher isolieren, wie die Institutionalisierung der Bewegung voranschreitet.

Es wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen in Theorie und Praxis verschiedener trotzkistischer Organisationen niedergeschlagen hat.

Dazu wird ein historischer Rahmen der ökonomischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozesse, in denen sich die (neuen) sozialen Bewegungen in Deutschland, Österreich und Schweiz bildeten, skizziert. Diese ökonomisch-sozialen Prozesse bildeten den Hintergrund bzw. die Basis für die Entstehung der sozialen Bewegungen als Teil des „politischen Überbaus“, welche sich als antikapitalistisch-modernistisch (Studentenbewegung), kapitalismus- und wachstumskritisch (Ökologiebewegung), emanzipatorisch-herrschaftskritisch (Frauen-, Jugend-, und Friedensbewegung) und erneut kapitalismuskritisch (Globalisierungs- und Sozialstaatsbewegung) konstituierten, auflösten, transformierten und institutionalisierten.

Der Zusammenhang zwischen ökonomischen und politischen Prozessen wird zwar in der „Bewegungsforschung“ nicht unbedingt verneint, bleibt aber zumeist mit dem Hinweis unterbelichtet, dass gelungene soziale Bewegung „ein Ergebnis spezifischen Bewegungshandelns ist“.¹⁰⁹¹ Zwar werden strukturelle gesellschaftliche Widersprüche als Ursache und damit notwendige Bedingung von politisch-sozialer Aktivierung anerkannt, gleichwohl konkurrieren eine Reihe von verschiedenen Erklärungsansätzen für die spezifischen Ursachen dieser Widersprüche bzw. es wird die Mehrdimensionalität von Ursachen, die sich in „Modernisierungsschüben“¹⁰⁹² ausdrücken, für das Zustandekommen von sozialen Bewegungen betont.¹⁰⁹³ Der hier verfolgte Ansatz der „Structural Strains“¹⁰⁹⁴ stellt sowohl

¹⁰⁹⁰ Siehe hierzu auch den Nachtrag zu dieser Arbeit: Zur politischen Soziologie und zu Theorie und Praxis der trotzkistischen Organisationen.

¹⁰⁹¹ J. Raschke, „Zum Begriff der sozialen Bewegung“, in: R. Roth / D. Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. u. New York 1987, S. 23.

¹⁰⁹² Vgl. K.-W. Brand, „Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen“, in: R. Roth / D. Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, a.a.O., S. 30–44.

¹⁰⁹³ Vgl. Raschke, 1987, S. 22.

¹⁰⁹⁴ Siehe K.-U. Hellmann, „Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft“, in: A. Klein / H.-J. Legrand / Th. Leif (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Opladen u. Wiesbaden 1999, S. 98f.

die Frage nach den sich verändernden sozialen und ökonomischen Gesellschaftsstrukturen als Ursache von Bewegungen wie auch die Frage nach dem sozialstrukturellen Träger der Bewegung. Dabei soll nicht die Frage beantwortet werden, ob nun ökonomische, sozial-psychologische oder ideologische (Wertewandel) Prozesse Ursache oder Auslöser von sozialen Bewegungen darstellen. Die prominente Darstellung ökonomischer Prozesse bei der folgenden Beschreibung der Entstehung der neuen sozialen Bewegungen soll den damaligen Kontext von Theoriebildung und Praxis der Trotzkisten abbilden, welche in marxistischer Denktradition die (neuen) sozialen Bewegungen durch die strukturelle Krisenhaftigkeit des Kapitalismus konstituiert sahen und diese als Träger oder Vorboten eines Bruches mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Auch für die Trotzkisten waren die sozialen Bewegungen „Produkt und Produzent der Moderne“ (Raschke) und würden es auch in Zukunft sein, insoweit die Arbeiterbewegung sich in den neuen sozialen Bewegungen als die politisch führende Kraft gegenüber dem „Kleibürgertum“ durchsetzen würde. Hier sind wir bei der Frage, wer den sozialen Träger der neuen Bewegungen bildete – und dass es sich hier mehrheitlich um die Schichten der „neuen Intelligenz“, der Dienstleister und der „Professionellen“¹⁰⁹⁵ handelt(e). Das „Neue“ an diesen Bewegungen war gerade die heterogene, themenspezifische Betroffenheit der kollektiven Akteure und nicht deren sozialstrukturelle Klassenlage. Mit der ausbleibenden Aktivierung der (institutionalisierten) Arbeiterbewegung musste die Orientierung einer Reihe von trotzkistischen Organisationen auf die neuen sozialen Bewegungen Auswirkungen auf die Theoriebildung und das politische Handeln der Trotzkisten haben. Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung steht also die Frage, inwieweit der Einfluss der sozialen Bewegungen die Theorie und Praxis der trotzkistischen Organisationen veränderte bzw. inwieweit diese gegenüber diesem Einfluss resistent blieben.

7.1 Entrismusphase und Charakteristika der trotzkistischen Bewegung

Die trotzkistischen Organisationen, die seit Beginn der fünfziger Jahre den „Weg durch den Tunnel“¹⁰⁹⁶ beschritten, also in sozialdemokratischen Parteien und Kleingruppen „überwinterten“, wurden Ende der sechziger Jahre mit sozialen Bewegungen konfrontiert, die ihnen als Ausdruck des von ihnen theoretisch vorweggenommenen Aufschwungs der Weltrevolution in den „Drei Sektoren der Weltrevolution“ (Kolonialländer, Osteuropa, Industrienationen) erschienen.¹⁰⁹⁷ Der 8. Weltkongress der Vierten Internationale (Vereinigtes Sekretariat) von 1963 hatte betont, dass weiterhin die Schaffung von revolutionären Massenparteien auf der Agenda stehe, was drei Prozesse in sich vereinige:

„die Verteidigung und ständige Bereicherung des *Programms* des revolutionären Marxismus; die Bildung, Erziehung und Festigung der *Kader* des revolutionären Marxismus; und die Gewinnung von *Masseneinfluß* durch diese Kader“.¹⁰⁹⁸

Um nicht von den Massen getrennt zu sein, sollten die trotzkistischen Kader in den Arbeiterparteien arbeiten, denn dort würde sich nach den Vorstellungen der Trotzkisten in Phasen gesellschaftlicher Radikalisierung ein linker Flügel bilden, der von der Mutterpartei weg brechen und ein Bestandteil einer neuen revolutionären Arbeiterpartei werden würde:

„Durch ihre entristische Arbeit hofft sie [die deutsche Sektion der IV. Internationale, F. N.], zur Herausbildung eines linken Flügels [in der SPD, F. N.] beizutragen, der sich in einer fortgeschrittenen Situation von der Sozialdemokratie abspalten und eine in Teilen der Arbeiterschaft verankerte zentristische Partei bilden werde.“

Zur Umsetzung dieser Strategie wurden in verschiedenen deutschen Städten trotzkistische Kader gebildet, so u. a. in Köln, Stuttgart, Mannheim, Frankfurt und Berlin.¹⁰⁹⁹

¹⁰⁹⁵ H. Kriesi, „Neue Soziale Bewegungen. Auf der Suche nach ihrem gemeinsamen Nenner“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 28. Jg., Heft 3, September 1987, S. 316–318. Es würde aber zu kurz greifen, die neuen sozialen Bewegungen als „Mittelstandsbewegung“ zu charakterisieren, was zudem nur das Denken in den Kategorien „Arbeiterbewegung“ und „kleinbürgerliche Bewegung“ verfestigt.

Zur Kritik siehe auch R. Roth, „Fordismus und neue soziale Bewegungen. Gesellschaftliche Entwicklungsphasen als theoretischer Bezugsrahmen für die Analyse sozialer Bewegungen“, in: U. C. Wasmuth (Hrsg.), *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*. Darmstadt 1989, S. 13–38.

¹⁰⁹⁶ Kellner, 2004, S. 90.

¹⁰⁹⁷ Vgl. ebd., S. 97–100.

¹⁰⁹⁸ IV. Internationale (VS VI), „Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche“ (1963), in: *die Internationale*, Sondernummer 1, Dezember 1973, S. 40.

¹⁰⁹⁹ Bilz, 1996, S. 40.

Fritz Bilz zitiert aus einem Referat von Georg Jungclas vor der 4. Weltkonferenz der IV. Internationale.

Die Bildung und Stabilisierung von Kadern diente dabei nicht nur dem Ziel, durch diese weitere Mitglieder gewinnen zu können, sondern auch dem „dauernden Druck ideologisch feindlicher Milieus“ standzuhalten:

„Um diesem Druck zu widerstehen, müssen sie ihre eigene Organisation, ihre Verbindung zur Internationale nicht lockern, sondern straffen; die intensive Kaderschulung und die politische Arbeit der von der praktischen Arbeit oft überbeanspruchten eigenen Mitglieder darf nicht vernachlässigt, sondern muß gesteigert werden.“¹¹⁰⁰

Ein wichtiger Faktor für das politische Überleben der Kader innerhalb der Sozialdemokratie spielte dabei das Verständnis über die zyklische Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und das Festhalten an der Fähigkeit der Arbeiterschaft zur sozialen Revolution, trotz deren scheinbarer „Verbürgerlichung“. Im klassisch marxistischen Sinne argumentierte man damit, dass die absolute Höhe der Reallöhne und der Lebensstandard zweitrangig sei, wichtiger wären deren relativ kurzfristigen Schwankung, die zu einer Verteidigung des erreichten Standards und damit zum Ausgangspunkt einer neuen Welle von Kampfbereitschaft werden könne.¹¹⁰¹ Diese in den frühen sechziger Jahren nicht selbstverständliche Vorstellung wurde damit begründet, dass die erste Periode rascher wirtschaftlicher Expansion abgeschlossen sei und die Wachstumskräfte sich nun langsam verbrauchten, was in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bereits deutlich werden würde. Die wachsende Konkurrenz (letztlich Ausdruck der neuen technologischen Revolution) führe nun zu sinkenden Durchschnittsprofitraten,¹¹⁰² die wiederum Angriffe auf die Löhne zur Folge hätten, und zu einer wachsenden Inflation.¹¹⁰³ Nach den Erfahrungen der Rezessionsphase 1966/67 konnte diese Analyse auf dem 9. Weltkongress von 1969 bestätigt werden. Der Nachkriegsaufschwung habe auf der Grundlage einer beschleunigten technologischen Entwicklung stattgefunden, die durch einen Rüstungsboom gefördert und durch permanente Kreditgeldinflation („Keynes'sche Anti-Krisentechnik“) vor Rückfällen bewahrt worden sei. Nun stehe eine allgemeine weltweite Rezession an, die „sich für den Anfang der siebziger Jahre ankündigt“.¹¹⁰⁴

Diese entwickelte sich aufgrund des deflationären Drucks auf die führenden Industrienationen, die der inflationistischen Expansion des internationalen Währungssystems entgegentreten müssten. Historisch betrachtet seien alle diese Prozesse auf den Widerspruch zwischen dem Wachstum der Produktivkräfte und der bremsenden Wirkung der privaten Aneignung zurückzuführen, wobei sich nun dem Kapital die Mittel zur Linderung dieses Widerspruchs erschöpften.¹¹⁰⁵

Die Bestätigung der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft in der Rezessionsphase von 1966/67 war für die Kader der erneute Beweis für die Erklärungs- und Vorhersagekraft der marxistischen Krisentheorie, deren analytischer Gehalt auch die Anziehungskraft trotzkistischer Organisationen auf die sich radikalisierende Schichten in der Jugend erklärt, die theoretisch fundierte Antworten auf die Krisenerscheinungen des Kapitalismus suchten. Die Weltwirtschaftskrise von 1974-75 stellte für die Trotzkisten keine Überraschung dar und konnte von ihnen detailliert erklärt und propagandistisch verarbeitet werden.¹¹⁰⁶

Zur theoretischen und taktischen Flexibilität der Trotzkisten in der Entrismusphase soll hier angemerkt werden, dass man sich auch über die Mitarbeit in der Sozialdemokratie hinaus immer um die Entstehung und Unterstützung unabhängiger Bewegungen bemühte. Beispiele dafür sind die Mitarbeit der IKD in der Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP) in den Jahren 1950 und 1951,¹¹⁰⁷ die Mitarbeit in anti-

¹¹⁰⁰ Vgl. „Referatmanuskript des Genossen George Jungclas“, a.a.O., S. 26.

¹¹⁰¹ IV. Internationale (VSVI), „Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche“ (1963), a.a.O., S. 26.

Diese Theorie sollte später als „Theorie der relativen Deprivation“ durch Davies und Gurr weiter systematisiert werden. Siehe T. R. Gurr, *Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg*, Düsseldorf u. Wien 1972.

¹¹⁰² Tatsächlich brach die addierte Nettoprofitrate der G7-Länder im verarbeitenden Gewerbe 1965/66 ein und sollte nie wieder dieses Niveau erreichen. Siehe dazu R. Brenner, *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*, Hamburg 2003, S. 72–77 sowie Schaubild S. 76.

¹¹⁰³ IV. Internationale (VSVI), „Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche“ (1963), a.a.O., S. 28f.

¹¹⁰⁴ IV. Internationale (VSVI), „Der neue Aufstieg der Weltrevolution. Thesen des 9. Weltkongresses der IV. Internationale“ (1969), in: *die Internationale*, Sondernummer 1, Dezember 1973, S. 58.

¹¹⁰⁵ Ebd., S. 61.

¹¹⁰⁶ Siehe z. B. E. Mandel / W. Wolf, *Ende der Krise oder Krise ohne Ende? Bilanz der Weltwirtschaftsrezession und der Krise in der Bundesrepublik*, Berlin 1977.

¹¹⁰⁷ Vgl. Kellner, 2004, S. 85f.; P. Kulemann, 1978.

militaristischen und internationalistischen Kampagnen, die Beteiligung an der Ostermarschbewegung, die Mitherausgabe der linkssozialistischen Zeitschrift *Sozialistische Politik* (Sopo) etc. Somit hatte sich die Vorläuferorganisation der GIM schon in den fünfziger und sechziger Jahren auf die außerparlamentarische Massenbewegung gegen die Remilitarisierung, die Atombewaffnung und die (späteren) Notstandsgesetze orientiert.¹¹⁰⁸ Diese Bewegungen wurden zum großen Teil von Arbeiterschichten getragen, waren damit ein Teil der „alten sozialen Bewegungen“ und boten den Trotzkisten die Möglichkeit, Gewerkschaftsarbeiten und entristische Arbeit mit Interventionen in Massenbewegungen zu verknüpfen. Die Verteidigung eines revolutionären Marxismus brachte Mitglieder der IV. Internationale wie Ernest Mandel in Kontakt mit „den grauen Eminenzen des marxistischen Linkssozialismus der 50er Jahre“¹¹⁰⁹ wie Peter von Oertzen, Victor Agartz, Theo Pirker, Arkadi Gurland, Wolfgang Abendroth und Leo Kofler, die zum Teil an der SOPO mitarbeiteten. Diesen wird, ähnlich wie anderen Linken in der SPD, bewusst gewesen sein, dass sie mit einer trotzkistischen Gruppe zusammenarbeiteten, was die gemeinsame Arbeit erschwert haben wird, da die SPD-Linken ihre Parteimitgliedschaft durch eine allzu offene Zusammenarbeit nicht gefährden wollten.

Wenn auch die deutschen Trotzkisten rückblickend bilanzierten, dass nur die Entrismustaktik in der Phase von 1953 bis Anfang der sechziger Jahre als Taktik des Organisationsaufbaus möglich gewesen sei, so wurde ab 1963 festgestellt, dass diese Taktik eigentlich nicht mehr durchführbar wäre (u. a. wegen der Bedeutung des Godesberger Parteitages). Allerdings gab es dazu praktisch keinen Ersatz.¹¹¹⁰ Zudem hielt Mandel die Gewinnung des linken Flügels der SPD erst mit Ende des Wirtschaftsaufschwunges für möglich.¹¹¹¹

Auch in Österreich beteiligte sich die Sektion des VSVI, die IKÖ, an der Algeriensolidarität und an Solidaritätskampagnen,¹¹¹² war aber aufgrund des niedrigen Niveaus sozialer Auseinandersetzungen nicht dazu in der Lage, inspirierend für eine politische Alternative diesseits der Sozialdemokratie zu wirken. So blieb man bis zum Auseinanderbrechen der IKÖ im Jahre 1963 in der SPÖ. Ähnlich erging es der schweizerischen Sektion, die seit 1953 mit der SAB als Sektion des Internationalen Komitees der Vierten Internationale¹¹¹³ eine politische Alternative zu SPS und PdAS aufbauen wollte und sich ebenfalls an Antiatomkampagnen, Ostermärschen und internationalen Solidaritätsaktionen beteiligte. Ein wichtiges Moment der taktischen Inflexibilität der Trotzkisten in Deutschland und in Österreich kann allerdings im Verhältnis zur entstehenden Jugendbewegung gesehen werden. Die Mehrheit der deutschen Sektion der IV. Internationale folgte 1961 nicht dem Vorschlag Georg Jungclas zu einer unbedingten Solidarisierung mit dem SDS, da man befürchtete, dann aus der SPD ausgeschlossen zu werden. Weiterhin hoffte man auf einen „gewichtigeren“ Bruch innerhalb der Sozialdemokratie,¹¹¹⁴ wobei die spätere Rolle und Entwicklung des SDS Anfang der sechziger Jahre natürlich nicht vorhergesehen werden konnte.¹¹¹⁵

Gegen Mitte der sechziger Jahre wurde dann die Isolierung langsam unerträglich, da man sowohl wachsende soziale Konflikte wahrnahm, als auch „im Bereich der Jugend und Intelligenz einen Prozess der Radikalisierung [erlebte], wie er in diesem Ausmaß noch nicht in Erscheinung getreten ist. (...) In beiden Fällen sind wir in der Regel nicht mehr als Beobachter“.¹¹¹⁶

¹¹⁰⁸ Vgl. Brandt/Steinke, 1984; Langguth, 1983; Jungclas, 1980, S. 251.

¹¹⁰⁹ C. Jünke, „Viktor Agartz (1897 bis 1964) und die sozialistische Linke“, in: *junge Welt*, 9./10.12.2004, S. 10/11. URL: <http://www.jungewelt.de/2004/12-10/004.php> (15.08.2005).

Auch in den frühen Siebzigern konnte die spätere GIM mit Persönlichkeiten der sozialistischen Linken gemeinsame Aktivitäten entfalten. So mit R. Dutschke, J. Pelikan, H. Brandt, J. Steffen und anderen im „Komitee gegen Repressionen in der CSSR und in Osteuropa“.

¹¹¹⁰ Vgl. „Resolutions-Vorschlag zum IEK – Dezember 1969“, in: GIM Köln (Hrsg.), *Die Taktik des Entrismus*. Dokumentation, o. O. [Köln], o. J., S. 15.

¹¹¹¹ Brief von Jakob Moneta an den Autor vom 9.11.2005.

¹¹¹² Angerer, 1996, S. 148, Angerer, 1997, S. 158/159.

¹¹¹³ Abspaltung der Cannon/Healy/Lambert-Fraktion von der Vierten Internationale von 1953. Im folgenden IKVI genannt.

¹¹¹⁴ Vgl. Kellner, 2004, S. 96.

¹¹¹⁵ So wurde auf der ersten Nationalen Konferenz der GIM im Jahre 1970 konstatiert: „Durch den Rückzug unserer Studenten-Genossen aus dem politisch unabhängig gewordenen Studentenverband wurden jedoch die Einflussmöglichkeiten der deutschen Sektion der IV. Internationale auf die spätere Studentenrevolte auf ein Minimum herabgeschaubt“ („Thesen zur Studentenbewegung in Westdeutschland“, a.a.O., S. 36).

¹¹¹⁶ Diskussionsmaterial von 1964, zitiert nach „Referatmanuskript des Genossen George Jungclas“, a.a.O., S. 70.

Dieser Beobachterstatus erklärt sich auch aus den Vorsichtsmaßnahmen gegenüber dem KPD-Verbot von 1956, das dazu führte, dass die deutsche Sektion der IV. Internationale den Namen IKD nicht mehr verwendete und sich in ihrem Verzicht auf die „offene Arbeit“ nicht nur gegen die Polizei, sondern auch gegenüber der linken Öffentlichkeit abschirmte. Die Notwendigkeit, nicht als organisierte Gruppe aufzufallen, ging soweit, dass auch in Papieren der IV. Internationale die deutsche Sektion unter dem Namen „finnische Sektion“ auftrat.¹¹¹⁷

Die österreichische IKÖ war durch die Spaltung von 1963 aufgelöst worden und reorganisierte einen Teil ihrer ehemaligen Mitglieder um das Bulletin Internationale Perspektiven. Mit dem Rückenwind der beginnenden Jugendradikalisierung wurde ab 1967 die Zeitung Revolte aufgebaut und 1968 die TOÖ gegründet. Seit 1966 gab es eine wachsende politische Bewegungen an den Universitäten, die von der TOÖ nur unzureichend wahrgenommen wurde und zu der man keinen Kontakt aufbauen konnte. Die 1972 gegründete GRM kam statt dessen aus der Studierendenbewegung, ihren Aktivisten waren die „alten Genossen“ der TOÖ mehrheitlich nicht bekannt; man wusste zwar von ihnen, aber eine wirkliche Zusammenarbeit kam angeblich vor 1972 nicht zustande. So lernte einer der führenden GRM-Mitglieder, Hermann Dworczak, die langjährige Führungsfigur des VS VI in Österreich und zeitweiliges Mitglied des Internationalen Exekutivkomitees, Heinrich Thomas, erst nach 1972 kennen.¹¹¹⁸ Zur Orientierung der TOÖ auf die Studierendenbewegung meinte dieser dann auch:

„Ich muß ehrlich sagen, was mich betrifft – und das trifft zum Teil auch auf die Internationale zu – hat man die Bedeutung dieser Bewegung erst erkannt, wie sie schon im vollen Ausbruch war, wie es in der Bundesrepublik Dutschke gegeben hat, dann den Mai 1968 in Frankreich. Und bei uns war das ja nur ein schwacher Abklatsch vor allem der deutschen Entwicklung. Ich persönlich, aufgrund dessen, daß ich eigentlich, außer dem Hallstein, keine Beziehungen zu diesem Milieu gehabt habe – und die Leute, die wir dann gewonnen haben, haben das auch erst, meiner Meinung nach, mitgekriegt, wie die Bewegung auf Österreich übergegriffen hat.“¹¹¹⁹

Auch in der Schweiz war die Handvoll verbliebener Trotzkisten in der deutschsprachigen Schweiz nicht dazu in der Lage, mehr als ein paar Jugendliche in den sechziger Jahren zu gewinnen. Der Aufbau der schweizerischen Sektion, der LMR, sollte von Studierenden in der welschen Schweiz ausgehen.

7.2 Die 68er-Bewegung

Das zeitgleiche Auftreten der Jugend- und Studentenrevolte in einer Reihe hochentwickelter Industrialisationen wirft die Frage nach den dahinter liegenden sozialen Prozessen auf, die nicht durch den alleinigen Rekurs auf die der bürgerlichen Gesellschaft innenwohnenden naturwüchsige Demokratisierungsprozesse beantwortet werden können (Wertewandel). Auch die Beschreibung der Jugendbewegung im Kontext einer egoistisch motivierten Selbstfindungsphase, in der Emanzipation, Sexualität und Rebellion gegen das Bestehende auf eine individuelle Selbstbefreiung reduziert wird,¹¹²⁰ erlaubt ebenso wenig sich den Ursachen der Jugendbewegung zu nähern, wie die beschreibenden Merkmale des „Sich-Nicht-Geborgen-Fühlen in dieser Gesellschaft“ einer „geschichtslosen Generation“¹¹²¹ oder des „Kulturpessimismus“ (Löwenthal)¹¹²², die auf einer sozialpsychologischen Analyseebene operieren.

Dagegen bietet die Untersuchung der ökonomischen Restrukturierungsprozesse der frühen sechziger Jahre einige Anhaltspunkte als Erklärungsmoment für den Wandel der gesellschaftlichen Beziehun-

¹¹¹⁷ Vgl. „Referatmanuskript des Genossen George Jungclas“, a.a.O., S. 43.

¹¹¹⁸ Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004.

¹¹¹⁹ „Interview mit Heinrich Thomas“, a.a.O., S. 130.

¹¹²⁰ „Was blieb vom Mai 1968? Das schwache Echo eines spielerischen und freizügigen Augenblicks, eine Sehnsucht nach Veränderung des Lebens und Revolutionierung des Alltags. Die Frauenbewegung, die Schwulenfrage oder die Forderung nach freier Verfügung über den eigenen Körper: Gewannen diese Anliegen nicht an Realisationskraft in den Jahren nach dem Monat der Barrikaden?“ (Bourseiller, 2002, S. 219.)

¹¹²¹ Langguth, 1971, S. 12, 16.

¹¹²² „Hinter der Erneuerung der radikalen Utopie wird eine Grundstimmung von Verzweiflung erkennbar, hinter der Glaubenssehnsucht nicht selten ein Nihilismus, dem die humanistischen Werte unserer Zivilisation als bloße Heuchelei erscheinen.“ (R. Löwenthal, *Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewandten Revolution*, Stuttgart usw. 1970, S. 13.)

gen und der gesellschaftspolitischen Vorstellungen, welche die Funktionsmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft zum ersten Mal seit Anfang der dreißiger Jahre wieder einer breiteren Kritik unterzogen. Zum Einen vollzog sich in den frühen sechziger Jahren aus verschiedenen Gründen (Erschließung von Märkten, Transfer lohnintensiver Produktion etc.) ein Prozess des Kapitaltransfers vom Zentrum in die Peripherie, begleitet von einem gegenläufigen und seit längerem andauernden Prozess der Bewegung der internationalen Arbeitskraft in entgegen gesetzte Richtung. Dies wurde durch eine Konzentration des Kapitals innerhalb der Zentren (neue Technologien durch Bedarf an rationellerer Produktion) ergänzt. Diese Prozesse ereigneten sich auf der Basis einer wachsenden Konkurrenz und Überakkumulation von Kapital. Kurz: Arbeitskräfte in traditionellen Produktionssektoren wurden freigesetzt bzw. durch preiswertere Arbeitskräfte ersetzt, konkurrierende Kapitalien reduziert, und neue Produktionssektoren verlangten nach hochqualifizierten Arbeitnehmern. Verbunden mit diesen Entwicklungen auf ökonomischer Ebene war der Funktionswandel des Staates bzw. der Staatsapparate. Der Ausbau des Sozialstaates als Integrationsfaktor gegenüber einer ökonomisch und politisch erstarnten Arbeiterschaft ging mit einer zunehmenden staatlichen Regulierung nationaler ökonomischer Interessen und der Bereitstellung einer berufsqualifizierenden Infrastruktur (Gesamthochschulen) aufgrund einer nachfrageorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und der neuen Bedeutung von Wissenschaft und Technologie einher.¹¹²³ Die ersichtliche Interessenidentität von Staat und Kapitalfraktionen führte nun, vor allem im Bildungssystem, zu einer zunehmenden „Illegitimisierung des Gesamtsystems“.¹¹²⁴

„Das steigende Anspruchsniveau verhält sich zum wachsenden Legitimationsbedarf proportional: die fiskalisch abgeschöpfte Ressource ‚Wert‘ muss die knappe Ressource ‚Sinn‘ substituieren. Fehlende Legitimaten müssen durch systemkonforme Entschädigungen ausgeglichen werden. Eine Legitimationskrise entsteht, sobald die Ansprüche auf systemkonforme Entschädigungen schneller steigen als die disponibile Wertmasse, oder wenn Erwartungen entstehen, die mit systemkonformen Entschädigungen nicht befriedigt werden können.“¹¹²⁵

Fritz Keller drückt dies in der Formel Ablehnung von „Konsum als Surrogat für Werte“¹¹²⁶ aus: Irrationale Verbote und Zwänge, Aliberalität und fehlende Möglichkeiten der gesellschaftlichen Konfliktaustragung in der Öffentlichkeit prägten das gesellschaftspolitische Klima auch im Nachbarland Österreich.¹¹²⁷ Die Disparitäten zwischen Erwartungen und deren Befriedigung entstanden auf der Grundlage eines geringer werdenden Verteilungsspielraums der ökonomischen Ressourcen. Zum Einen kündigte sich mit der Wirtschaftskrise 1966-1967 die beginnende Stagnation des Nachkriegsaufschwunges an bzw. erschütterte die Vorstellung andauernder Prosperität und ließ die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland von rund 140.000 auf rund 460.000 wachsen. Gleichzeitig konnten die Universitäten den Zustrom der benötigten hochqualifizierten Arbeitnehmer immer weniger „verarbeiten“. Die verringert Ressource „Wert“ konnte nicht durch „Sinn“ ersetzt werden; der antiautoritäre Protest entwickelte sich laut Hans Jürgen Krahl gerade aus der Trauer „um den Tod des bürgerlichen Individuums“, das seine „Ideologie liberaler Öffentlichkeit (...) nie einzulösen vermochte“.¹¹²⁸ Mit den „politisierten“ ökonomischen-sozialen Prozessen verbunden, rückte demzufolge die Frage nach Demokratisierung der BRD („formierte Demokratie“), die Wahlerfolge der NPD, die mangelnde Aufarbeitung des Faschismus, die Notstandsgesetze, der Einfluss der Springer-Presse und die fehlende Demokratie an den Hochschulen¹¹²⁹ ins Zentrum des Interesses – dies im Sinne Krahls als Folge des Protestes gegen das auf ökonomischer und ideologischer Ebene nicht eingelöste „bürgerliche Glücksversprechen“.

Eine politische Radikalisierung auf der Grundlage ökonomisch-sozialer Prozesse fand ähnlich in Österreich statt, wo 1965/66 die Große Koalition auseinanderbrach und eine jahrzehntelange Erstar-

¹¹²³ Vgl. G. Fülberth, *G Strich - Kleine Geschichte des Kapitalismus*, Köln 2005, S. 237.

¹¹²⁴ Boller, 1976, S. 28.

¹¹²⁵ J. Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1973, S. 104, zitiert nach ebd., S. 31.

¹¹²⁶ Keller, 1988, S. 8.

¹¹²⁷ Vgl. ebd., S. 13.

¹¹²⁸ Zitiert nach Langguth, 1971, S. 23.

¹¹²⁹ Vgl. H. Dahmer, „1968‘ und die Folgen“, in: *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, hrsg. von B. Danneberg u. a., S. 23–34.

rung, verursacht durch Proporzsystems und Konservatismus, zumindest sukzessive aufgebrochen wurde. Obwohl eine Reihe von Industriearbeitsplätzen abgebaut wurden (was hauptsächlich die ausländischen Arbeitskräfte betraf) wurde Österreich von der ökonomischen Krise der Jahre 1966/67 relativ verschont. Aufgrund der Expansion im Dienstleistungssektor, fehlender „Krisenindustrien“, dem Kapitalimport aus Deutschland und dem Osthandel,¹¹³⁰ zudem durch den hohen Grad der verstaatlichten Industrie und einer niedrigeren Lohnquote, die höhere Profitraten als in anderen europäischen Ländern ermöglichte, überstand die österreichische Wirtschaft den Konjunktureinbruch und konnte bis 1974 ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum erleben. Dieses wiederum wurde durch eine nachholende Technisierung (dritte industrielle Revolution) Anfang der Sechziger ermöglicht, welche einen großen Produktivitätsschub auslöste. Das Ausblieben der Wirtschaftskrise war ein Faktor für die relativ moderate Studenten- und Jugendbewegung, ein weiterer Faktor bestand in der systemstabilisierenden Ideologie der Sozialpartnerschaft. Denn während sich in Deutschland und in Frankreich Zehntausende Menschen aktivieren ließen, waren es in Österreich nur einige Tausend. Vielleicht entschuldigen sich deshalb österreichische Autoren (insbesondere die linken) augenzwinkernd für die Zeit der Studierendenbewegung und der radikalen Linken der späten sechziger Jahre. Titel wie: Eine heiße Viertelstunde,¹¹³¹ Sandkastenspiele,¹¹³² Die zahme Revolution,¹¹³³ Ansichten aus dem Innenleben des revolutionären Weltgeistes¹¹³⁴ zeugen von einem Rechtfertigungsdruck, wo niemand Rechtfertigung verlangt. Einige tausend Aktivisten in einem Land mit acht Millionen Einwohnern, davon 1,8 Millionen in Wien, waren nicht unbedeutend. In Relation mit der Einwohnerzahl Westdeutschlands war die GRM in den späten Siebzigern mehr wie doppelt so stark als ihre deutsche Schwesterpartei, die GIM. Auch die österreichischen ML-Gruppen dürften zumindest Anfang der Siebziger mit ihren deutschen Genossen in zahlenmäßiger Relation mitgehalten haben. Rein quantitativ waren die Bewegungen in Österreich und Deutschland natürlich nicht zu vergleichen, zudem konzentrierte sie sich auf die Hauptstadt Wien und ging weniger in die Fläche. Während die Schweiz von den Ereignissen in Frankreich inspiriert wurde, „importierten“ die österreichischen Studierenden ihre revolutionären Vorstellungen unter anderem aus Deutschland. Diejenigen, die am Vietnam-Kongress 1968 in Berlin teilgenommen hatten, „kehrten mit einem neuen Kraftbewußtsein zurück: ‚Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen‘, das schien auch für Österreich zu gelten.“¹¹³⁵

Obwohl die Studentenbewegung „verspätet und abgeschwächt wirksam wurde“,¹¹³⁶ veränderte sie auch hier die politischen und sozialen Strukturen. So hätte es u. a. die Hochschulreform der Siebziger ohne die 68er-Bewegung nicht gegeben.¹¹³⁷ Die Motivation zur Rebellion der österreichischen Studierendenschaft gestaltete sich ähnlich wie die der Deutschen und begann bereits Mitte der sechziger Jahre. Die Universitäten konnten mit dem wachsenden Ansturm nicht mehr Schritt halten. Die letzten Hochschulreformen stammten aus dem Jahre 1848, in der ersten Hälfte der 1960er Jahre betrug das Verhältnis von Professoren zu Studierenden 1 zu 100. Die Auslese an Schulen und Hochschulen erfolgte in erster Linie nach Herkunft und nicht nach Begabung. Demokratische Forderungen prallten auf Misstrauen und Ablehnung. Die „Vergangenheitsbewältigung“ war ähnlich schleppend wie in Deutschland verlaufen, denn nach einem anfänglichen Elan der Entnazifizierung arrangierten sich die großen Parteien sehr schnell mit ehemaligen Nationalsozialisten. Bereits 1965 gab es den „Fall Taras Borodajkewycz“, der als Universitätsprofessor antisemitisches und revanchistisches Gedankengut verbreitete. Mehrere gewalttätige Demonstrationen, und mit dem Kommunisten Ernst Kirchweger der erste und einzige Toten während innenpolitischer Auseinandersetzungen in Österreich nach 1945, waren die Folge.¹¹³⁸

¹¹³⁰ Keller, 1988, S. 51.

¹¹³¹ Keller, 1988.

¹¹³² Svoboda, 1998.

¹¹³³ Ebner/Vocelka, 1998.

¹¹³⁴ K. P. Liessmann, „Soviel Theorie war nie. Ansichten aus dem Innenleben des revolutionären Weltgeistes“, in: *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, hrsg. von B. Danneberg u. a., Wien 1998, S. 116–123.

¹¹³⁵ Keller, 1998, S. 64.

¹¹³⁶ A. Pelinka, „Zu einem konfliktfreudigeren Bewußtsein“ (Einleitung), in: E. Welzig, *Die 68er. Karrieren einer rebellischen Generation*, Wien, Köln, Graz 1985, S. 9.

¹¹³⁷ Vgl. Svoboda, 1998, S. 13.

¹¹³⁸ Vgl. dazu Welzig, 1985, S. 45–56; Ebner/Vocelka, 1998, S. 59–64.

Auch in der Schweiz kam es Mitte der sechziger Jahre zu sich verschärfenden wirtschaftlichen Problemen, die unter anderem ihre politischen Reaktionen in der „Überfremdungsinitiative“ des rechtsliberalen Politikers James Schwarzenbach von 1970 fanden. Die politischen Entwicklungen in Frankreich und in Deutschland dienten Teilen der Jugend in Österreich und der Schweiz als Bezugspunkt, denn die Probleme waren die gleichen: Lehrstellenmangel, überfüllte Hörsäle, Zukunftsängste und Wut über eine Gesellschaft, welche die von den Jugendlichen wahrgenommenen Probleme ignorierte bzw. nur eine überkommene Wertestruktur anzubieten hatte. Gilg fasst die Motivation der Jugendlichen und Studierenden folgendermaßen zusammen:

Ihnen gehe es „meist um eine Emanzipation von traditionellen Werten, Strukturen und Autoritäten, um eine Erweiterung der Mitbestimmung in Staat und Wirtschaft und um internationale Solidarität; diese sich von der Vergangenheit abwendende Ausrichtung beruht auf dem Ergebnis einer stürmischen Entwicklung von Technik und Wissenschaft sowie einer bedrohlichen Steigerung von wirtschaftlicher und politischer Macht, steht aber im Gegensatz zum Wohlstands- und Sicherheitsbedürfnis der älteren Generation.“¹¹³⁹

Gilg schätzt, dass sich Anfang der Siebziger nicht mehr als 1 % der Altersschicht zwischen 16 und 35 Jahren in relativ autonomen politischen Gruppierungen organisiert haben,¹¹⁴⁰ dem entsprechend kann auch nur von einem bedingten Aufbruch der Jugend in partei- oder organisationspolitischen Formationen gesprochen werden; eher ging es um eine sozial-kulturelle-politische Rebellion in Teilen der Jugend. Eine Auseinandersetzung mit den (jugend-) politischen Entwicklungen von 1968 hat bezeichnenderweise bis heute nur beschränkt stattgefunden:

„Literatur über die 68er Bewegung in der Schweiz ist praktisch keine vorhanden. Die Epoche ist von der Gesellschaft vergessen und von ihren Akteuren begraben worden. Die so unterschiedliche Wahrnehmung dieser Ereignisse in der Schweiz und Frankreich mag ihre Erklärung in den Kulturen der beiden Länder finden. Das moderne Frankreich ist aus einer Revolution hervorgegangen, die Schweiz aus kontinuierlichen Reformen. Dort lebt der revolutionäre Mythos noch, hier gilt er als subversiv.“¹¹⁴¹

Die innenpolitischen Entwicklungen von 1968 sind allerdings ohne die außenpolitischen Geschehnisse nicht zu verstehen. Tatsächlich war „1968“ das Jahr des Prager Frühlings, der Ted-Offensive gegen die US-amerikanische Besatzung, der Höhepunkt der chinesischen Kulturrevolution, der Massenstreiks und einer vor-revolutionären Phase in Frankreich, der Antidiskriminierungs-Bewegung in den USA, der politischen Bewegungen in Italien, Pakistan und Argentinien etc. Die Jugend- und Studierendenbewegung wurde so ziemlich schnell auf die Problematik gestoßen, dass die Umsetzung emanzipativer und demokratischer Forderungen nur auf der Basis einer wie auch immer vorgestellten wirklichen Demokratie, die nicht auf einzelne Länder beschränkt bleiben konnte, möglich sein würde. Die Teile der Bewegung, die die inhärenten Begrenzungen des kapitalistischen Systems für die Vollendung selbst bürgerlich-liberaler Vorstellungen von Freiheit und (sozialer) Demokratie sahen, wandten sich dem Marxismus zu, der durch die Revolutionierung der sozialen Verhältnisse die Ermöglichung emanzipativer Ideale versprach. Dabei muss die Hinwendung zum Marxismus eher als Endpunkt einer politischen Entwicklung einer Minderheit begriffen werden. Zunächst entwickelten sich in der weiten Teilen der Studierendenschaft libertäre Vorstellungen, die sich gegen die konventionellen Formen des „Politischen“ wandten, um im Verlauf der „Studentenrebellion“ einen situationsgebundenen Bezug auf den Marxismus zu entwickeln:¹¹⁴²

„Eine studentische Protestbewegung weitet sich aus zu einer sozialen Opposition und formuliert politische Zielsetzungen, die erst einmal außerhalb definierter Politik und außerhalb des parlamentarischen Systems liegen. (...) Eine antibürokratische und antietatistische Position wendet sich gegen den Herrschaftsapparat des Staates und gegen jegliche Ausbeutungsformen. Die repressionsfreie Alternative zu einer autoritären Gesell-

¹¹³⁹ Gilg, 1974, S. 7.

¹¹⁴⁰ Gilg, 1974, S. 116.

¹¹⁴¹ Wisler, 1996, S. 16, Fußnote 7.

¹¹⁴² Vgl. B. Rabehl, „Geschichte wird gemacht, es geht voran“ – Über die existentialistischen Grundlagen des Marxismus der Außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre im westlichen Deutschland“, in: B. Kuschey (Hrsg.), *Linke Spuren. Marxismus seit den 60er Jahren*, Wien 1987, S. 39.

schaft scheint nicht mehr von dieser Welt zu sein. Sie geht zugleich über die realen und theoretisch programmierten Ziele von Sozialismus und Kommunismus hinaus.“¹¹⁴³

Daher auch die Wirkung der Schriften von Herbert Marcuse, für den sich Ungleichheit und Herrschaftsverhältnisse zu einer über die natürlichen Beschränkungen durch den Mangel hinausgehenden „zusätzlichen Unterdrückung“ verdichten, die erst durch eine sozialistische Überflussgesellschaft aufgehoben werde.¹¹⁴⁴ Lustprinzip und Außenwelt könnten so zu einer Einheit finden, die befreite Erotik und die Emanzipation des Menschen würden so zusammenlaufen.

Marcuses Thesen fanden auch in der Schülerbewegung in Österreich Anklang, die in ihrer antiautoritären Phase von 1966 bis 1968 – vor allem in ihrem sozialistisch orientierten Flügel (u. a. im VSM) – die Schule als „Ausdruck einer Klassengesellschaft“ begriffen, die ihren Beitrag zur „Reproduktion dieser Herrschaftsverhältnisse“ leiste. In den Schulen verwirklichten sich „die subtilen Repressionsmechanismen einer spätkapitalistischen Gesellschaft“.¹¹⁴⁵

Problematisch blieb die Frage, welches revolutionäre Subjekt den Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse führen könne; insoweit wie diese mit der Rolle der Arbeiterbewegung beantwortet wurde, blieb auf deren „Erwachen“ durch die Verschärfung der wirtschaftlichen Situation zu hoffen. So leitete die Diskussion über die Widersprüche im Reproduktionsbereich (der theoretische Kern der Frankfurter Schule und der Überlegungen von Althusser) zum Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit (Marx, Engels etc.) über. Die sozialen Kämpfe als Folge der ökonomischen Krise von 1966/67 bildeten einen Nährboden für das Aufkommen marxistischer Ideen, die wiederum von der seit 1965 agierenden Bewegung gegen den Vietnam-Krieg und für demokratische Hochschulen rezipiert wurden. Insoweit waren ökonomische, soziale und politische Faktoren ineinander verwoben und bildeten sowohl die Basis für die Entwicklung der Studierendenbewegung wie auch den theoretischen Zusammenhang in den Analysen und Betrachtungen der Bewegung. Doch die erhoffte Radikalisierung der Arbeiterbewegung blieb aus. Dies mag auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein, von denen folgende einen Erklärungszusammenhang bieten: Das relativ hohe Maß an sozialer Absicherung, der Glaube an fortwährende Prosperität der Wirtschaft trotz Krise, welcher nur durch die kurze Rezession 1966/67 beeinträchtigt wurde, die Schwäche der sozialistischen Bewegung, die Sonderstellung des BRD-Imperialismus und des Antikommunismus und die „Nibelungentreue“ der Gewerkschaftsführung gegenüber einer SPD-Regierung.¹¹⁴⁶

Auch in Österreich und der Schweiz wurden die Rezeptionsbedingungen der kritischen Intelligenz durch die Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter die Ideologie des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Sachzwänge geprägt. Klassengegensatz und -herrschaft waren hinter dem „Sachzwang“ und dem „Interessensaustausch“ verschwunden.¹¹⁴⁷ Auch hier setzten die Studenten- und Schülerfunktionäre und die radikale Linke auf die Aktivierung der Arbeiterschaft. Doch diese war nicht besonders streikfreudig und durch den Massenkonsum weitgehend befriedet. Allerdings betont Foltin für Österreich, dass es bis Mitte der Siebziger zumindest Unruhe in den Betrieben gab:

„Gerade in der Phase zwischen 1970 und 1974, ein wenig noch bis 1976, war es in den Betrieben unruhiger als danach, auch wenn es sich bis auf den flächendeckenden Lehrerlnnenstreik im Mai 1973 um isolierte Aktivitäten handelte“¹¹⁴⁸

Zudem stellte laut Wilhelm Svoboda „eine Medienlandschaft mit der höchsten Konzentration in der westlichen Welt (...) ein beachtliches Verhinderungspotential für Demokratieentwicklung dar“.¹¹⁴⁹ Dazu kommen noch einige spezifisch österreichische Besonderheiten, die eine stärkere Entwicklung linksradikaler Bewegungen behinderten. Insoweit die Sozialpartnerschaft Fundament und Staatsräson der 2. Republik war, war es die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft als deren politische Ver-

¹¹⁴³ Rabehl, 1987, S. 21.

¹¹⁴⁴ Vgl. H. Marcuse, *Triebstruktur und Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1965, S. 39–42, 151f.

¹¹⁴⁵ Schriften aus den Jahren 1969 bzw. 1968, zitiert nach Svoboda, 1986, S. 113.

¹¹⁴⁶ Vgl. G. Fülberth, „Thesen zur westeuropäischen Sonderstellung der westdeutschen Arbeiterbewegung in der Krise 1973 ff.“, in: *Abendroth-Forum*. Marburger Gespräche aus Anlaß des 70. Geburtstags von Wolfgang Abendroth, Marburg 1977, S. 53–55.

¹¹⁴⁷ Vgl. K. Kaiser, „Die Kunst des Drachentötens. Bemerkungen zum ‚Maoismus‘“, in: B. Kuschey (Hrsg.), *Linke Spuren*. Marxismus seit den 60er Jahren, Wien 1987, S. 205.

¹¹⁴⁸ Foltin, 2004, S. 92.

¹¹⁴⁹ Svoboda, 1998, S. 8.

tretung an die 2. Republik zu binden. Wirtschaftlicher Aufschwung und Staatsidee, betriebliche Mitsprache, demokratische Wahlen und die Ideologie des Gemeininteresses führten dazu, dass die Orientierung der österreichischen Arbeiterbewegung an der Sozialdemokratie als deren legitimen Vertreterin weitaus größer war als in den meisten anderen europäischen Ländern. In Österreich hatte sich zudem nie ein eigenständiger Liberalismus entwickelt, damit auch kein Linkoliberalismus ähnlich wie dem Deutschlands, der bereits in den frühen Sechzigern mit der Spiegel-Affäre, politisch-kulturelle Aktivitäten, Antiatomtod-Bewegung, Ostermarschen etc. der Studentenbewegung den Boden bereiten konnte. Dies führte auch dazu, dass in den späten Sechzigern in der BRD in vielen Großstädten Schüler-, linke Gewerkschafts-, Republikanische Club-Bewegungen etc. entstehen konnten, während die Bewegung in Österreich auf Wien konzentriert blieb.¹¹⁵⁰ Zudem verhinderte Wien als politisches und kulturelles Zentrum des Landes im gewissen Maße die Ausbreitung der Bewegung in die Fläche. Die Teile der Bewegung, die nun durch die bescheidene Radikalisierung der Arbeiterbewegung in den Siebzigern enttäuscht wurden, oder die auf der Basis reformorientierter gesellschaftlicher Veränderungen soziale Gerechtigkeit und partizipative Demokratie durchsetzen wollten, machten sich auf zum „Marsch durch die Institutionen“ und wechselten „als reformistisches Ferment“¹¹⁵¹ zum sozialdemokratischen Reformprojekt unter Bruno Kreisky und Willy Brandt:¹¹⁵²

„Ohnmächtig, die gesellschaftlichen Verhältnisse aus eigener Kraft zu ändern, verfielen die Ausläufer der antiautoritären Bewegung dem, woran ihr Protest sich entzündet hatte: der autoritären Lebensform, dem politischen Aberglauben, der ‚loyalen Denkhemmung‘ (Freud) und der ‚Stellvertreterpolitik‘.“¹¹⁵³

Ein weiterer Teil der Linken flüchteten wieder „in einen Spontaneismus, dessen modischen Zentralbegriffe ‚Lust‘, ‚Spaß‘ und andere Rezepturen der Selbstverwirklichung waren, die mit quälender Verständlichkeit zu Gehör gebracht wurden“,¹¹⁵⁴ oder gingen später zu den Grünen, um dort kurzzeitig wieder die Themen Selbstverwirklichung, Emanzipation, Basisdemokratie etc. aufleben zu lassen. Ein anderer Teil der radikalen Linken wandte sich erneut zum „frühen Marx“, zu Gramsci oder zu Lukács. Viele beendeten ihre Politisierungsphase und passten sich an, andere

„verabschiedeten sich in die innere Immigration, (...) einige blieben in einer immer ‚spinnender‘ werdenden Art als Monamente der Revolution erhalten, und ganz wenige gingen in die Terrorszene, was vor allem in Deutschland und in Italien für erhebliche Aufregung sorgte“.¹¹⁵⁵

„Die APO zerfiel in rivalisierende Gruppen, Parteien, Sekten, Subkulturen, rote Zellen, eine Rote-Armee-Faktion sowie Nachfolgebewegungen (zu denen die Frauen- und Ökologiebewegung gezählt werden)“¹¹⁵⁶ und hinterließ nach dem Zerfall des SDS eine „soziale Experimentierbaustelle“ (Andreas Buro).

Eine Minderheit vollzog dagegen in den frühen Siebzigern die Wende vom Spontaneismus zum Kaderprinzip, die vor dem Hintergrund der gescheiterten Bewegung gegen die Notstandsgesetze und der Arbeitskämpfe in Frankreich, Italien und Westdeutschland begriffen werden muss. Die Kritik an der reinen Anti-Haltung der Protestbewegung, an ihrem studentischen Avantgarde-Konzept und ihrer organisatorischen Zersplitterung führte somit zur „proletarischen Wende“¹¹⁵⁷ um 1970.¹¹⁵⁸ Auch in der

¹¹⁵⁰ Vgl. R. Schwendter, Nachwort, in: Keller, 1988, S. 164–167.

¹¹⁵¹ Ebner/Vocelka, 1998, S. 198.

¹¹⁵² Karl-Werner Brand, Detlef Büsser und Dieter Rucht weisen darauf hin, dass zwischen 1969 und 1973 rund 100.000 Jugendliche (meist Studenten und Jungakademiker) der SPD beitreten (K.-W. Brand / D. Büsser, D. Rucht, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, 2. Ausg., Frankfurt/M. u. New York 1986, S. 71).

¹¹⁵³ Dahmer, 1998, S. 29.

¹¹⁵⁴ Kaiser, 1987, S. 214.

¹¹⁵⁵ Ebner/Vocelka, 1998, S. 199.

¹¹⁵⁶ Gilcher-Holtey, 1997, S. 76.

¹¹⁵⁷ Steffen, 2002, S. 6, 18.

¹¹⁵⁸ Vgl. Langguth, 1971, S. 28–32.

Laut von Weiß soll es 1973 rund 350 Einzelorganisationen maoistischer, trotzkistischer und stalinistischer Provenienz gegeben haben, die über rund 420 Publikationsorgane verfügten. Das halbe Dutzend trotzkistischer Gruppen nimmt sich dagegen geradezu kläglich aus. Vgl. A. von Weiß, „Linksradikale Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre politische Bedeutung“, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 22, Heft 1, 1975, S. 44.

Schweiz entstanden ähnlich wie in Deutschland und Österreich¹¹⁵⁹ aufgrund der Aufarbeitung der als gescheiterten begriffenen spontaneistischen und antiautoritären Bewegung neue revolutionär-sozialistische Organisationen aller politischer „Himmelsrichtungen“¹¹⁶⁰: in Zürich die RAZ, in Basel die POB/POCH und in der Westschweiz die RML, die alle aus der Jungen Sektion der PdAS/POP entstanden und dem neuen Verständnis vieler Aktivisten nach der Notwendigkeit einer strukturierten Organisation entsprachen. Die Suche nach festen politischen Strukturen ergab sich aus dem Eingeständnis, als Studenten die Arbeiterschaft nicht erreichen zu können, und aus der Einsicht, als Studentenbewegung „dem Kapital“ keine wirkungsvollen Widerstandsstrukturen entgegensetzen zu können. Von Adorno, Horkheimer, Marcuse und Reich kam ein Teil der Bewegung also wieder zurück auf die Klassiker Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Stalin, Mao Tse-tung, deren Apologeten ein Organisationsangebot machen konnten.¹¹⁶¹ Die Erfahrungen des Pariser Mai 1968 widerlegten nicht nur in den Augen der Trotzkisten die pessimistischen Analysen von Sweezy, Marcuse und anderen kritischen Theoretikern, welche die Arbeiterklasse durch den hohen Lebensstandard, durch ihre Ausdehnung auf „technisierte“ und „intellektualisierte“ Schichten und durch den Einfluss der Massenmedien in die kapitalistische Gesellschaft integriert sahen.¹¹⁶² Auch viele Studierende hofften nun auf die Radikalisierung des „revolutionären Subjektes“ in Form der Arbeiterklasse und fanden Anschluss an die sozialrevolutionären Vorbilder und damit auch an den revolutionären Marxismus der Trotzkisten, wenn diese auch nicht quantitativ mit den Maoisten konkurrieren konnten.

Die weit größere Anziehungskraft des Maoismus auf die Studierenden bedarf dabei einer Erklärung: Der Pariser „Mai 68“, die wilden Streiks in Deutschland und die Fabrikbesetzungen in Italien von 1968/69 wiesen auf eine perspektivische Möglichkeit der Verknüpfung von Arbeiter- und Studentenbewegung, von sozialer und demokratisch-emanzipativer Frage auf. Dabei hatte die Orientierung auf diese Arbeitskämpfe eine theoretische Wende in der Bestimmung des „revolutionären Subjektes“ zur Folge. Die 68er-Bewegung sah bis 1968/69 den

„Spätkapitalismus durch seine gewaltigen Integrationspotentiale charakterisiert und begriß die Arbeiterklasse als funktionalen Bestandteil der ‚eindimensionalen Gesellschaft‘. Ihre strategische Aufgabe sahen die Antiautoritären darin, die herrschende ‚Totalität‘ im Zuge einer als ‚Kulturrevolution‘ verstandenen Umwälzung der soziokulturellen Sphäre (und nicht so sehr der ökonomisch-politischen) zu durchbrechen, um so Revolution in den ‚Zentren‘ überhaupt wieder denkbar zu machen. Als Subjekte und Katalysatoren eines solchen Prozesses wurden als systemfern definierte ‚Randgruppen‘ verstanden.“¹¹⁶³

Mit den Arbeitskämpfen von 1968/69 wurde die proletarische Revolution wieder denkbar – demzufolge stand nun der Aufbau der proletarischen Avantgarde an. Dies geschah auf der Grundlage eines bereits breit rezipierten Marxismus maoistischer Provenienz, in dem kompatible Theorieelemente in Fragen des Internationalismus und revolutionären Strategie adaptiert wurden:

„Die rebellischen Subjekte der studentischen Bewegung adaptierten diejenigen Begrifflichkeiten und Impulse des chinesischen Referenzsystems, mit denen die eigene antiautoritäre und internationalistische Konzeption zu legitimieren war: die Idee der Kulturrevolution und das Trikontparadigma. Dies berücksichtigend, kann sogar festgestellt werden, daß der ‚überwiegende Teil‘ der 68er-Bewegung ‚maoistisch‘ gestimmt gewesen ist.“¹¹⁶⁴

Die Trotzkisten konnten ihre Theorien erst seit 1968/69 verstärkt in die studentischen Debatten einbringen, gleichwohl waren aufgrund der These der Drei Sektoren der Weltrevolution und der Betonung des Guerillakampfes, als adäquate Strategie in den Trikont-Länder, ihre internationalistisch-revolutionären Konzepte anschlußfähig (was ihre Rolle für das Zustandekommen des internationalen Vietnam-Kongress erklärt). Doch erscheint es paradox, dass die „proletarische Wende“ bis 1970 von

¹¹⁵⁹ So befassten sich in Deutschland rund 2 Millionen APO-Aktivisten mit allen möglichen politischen Aktivitäten, was folgerichtig 1969/70 zu besinnungslosen Fraktionierungen führen musste. Dies geschah in Österreich ebenso, aber „nicht ganz so besinnungslos“ (Schwendter, 1988, S. 167).

¹¹⁶⁰ Vgl. Wisler, 1996, S. 76–79.

¹¹⁶¹ Vgl. Svoboda, 1998, S. 10.

¹¹⁶² IV. Internationale (VSVI), „Der neue Aufstieg der Weltrevolution“ (1969), a.a.O., S. 91.

¹¹⁶³ Steffen, 2002, S. 6.

¹¹⁶⁴ Ebd., S. 32.

den Trotzkisten nicht genutzt werden konnte, wo doch gerade der orthodoxe Trotzkismus auf die Ablehnung des gesamten Theoriekomplexes des westlichen Marxismus von „Manipulationskapitalismus“ und „Integration der Arbeiterklasse“ beharrte. Damit konnte er auch nicht die Grundlagen einer studentisch inspirierten Kulturrevolution anerkennen, vertrat stattdessen ein ökonomistisches Konzept des Krisenbewusstseins und betonte die Rolle der Avantgarde im revolutionären Prozess. Tatsächlich war es aber das Beharren auf das produktivistische Paradigma der *alten* Arbeiterbewegung, was eine starke Einflussnahme auf die „proletarisch gewendeten“ Studierenden verhinderte: In den Jahren 1968 bis 1970 entwickelten Teile der kulturrevolutionär inspirierten Studenten im Rahmen ihrer maoistischen Orientierung eine *proletarische* Avantgardekonzeption, in der aber der kulturrevolutionäre Impetus beibehalten wurde. Der Begriff Kulturrevolution intendierte nun „zum einen die Praxisnorm nicht-bürokratischer Organisierung und zum Anderen das strategische Programm zum Aufbau des Sozialismus“¹¹⁶⁵, was als massendemokratischer und kulturrevolutionärer Weg zum Sozialismus auf die westeuropäischen Verhältnisse übertragen wurde. Gleichzeitig wurde nicht mehr das „sozialpsychologisch konstituierte ‚falsche Bewußtsein‘ des industriell vergesellschafteten *Individuums*“ problematisiert,

„sondern das ‚falsche Bewußtsein‘ der proletarischen *Klasse*, das als Reflex der rein ökonomisch determinierten Klassenlage, als ‚trade-unionistisches Bewußtsein‘ begriffen wurde. Die Aufhebung des ‚falschen Bewußtseins‘ sollte im ML-Konzept klassisch in einem politischen, von der kommunistischen Avantgarde zu forcierenden Prozeß erfolgen“.¹¹⁶⁶

Für die Trotzkisten existierte aber kein falsches Bewusstsein der Klasse, sondern höchstens ein niedriges Klassenbewusstsein, was demzufolge auch nicht durch eine Avantgarde im kulturrevolutionären Sinne (u. a. „demokratischer Kampf“) auf der Ebene des „Überbaus“ aufgebrochen werden konnte, Aufgabe der Kommunisten sei es vielmehr,

„ausgehend von der ökonomischen und sozialen Lage der verschiedenen Klassen und Schichten, den materiellen Widerspruch zum Kapital zu vermitteln, um Kampfflosungen zu formulieren, die von dieser materiellen Lage ausgehen“.¹¹⁶⁷

Somit vertraten die Trotzkisten eine klassische Konzeption von den Aufgaben der Avantgarde im Rahmen einer ökonomistischen statt kulturrevolutionären Auffassung – und waren damit weiterhin nicht an das (nun gewendete) neomarxistische Paradigma des „Kampfes im Reproduktionssektor“ anschlußfähig.

7.2.1 Die Orientierung der Trotzkisten auf die Studenten- und Jugendbewegung

Inspiriert durch die Ereignisse in Frankreich, Vietnam und der Tschechoslowakei im Jahre 1968¹¹⁶⁸ empfahl das VSVI bereits vor dem 9. Weltkongress von 1969 seinen Sektionen, die Sozialdemokratie zu verlassen und unabhängige Organisationen aufzubauen.¹¹⁶⁹ Trotz des verspäteten Reagierens auf die neuen politischen Entwicklungen im Jugendbereich konnten die jungen Mitglieder zum Teil gegen die abwartende Haltung ihrer älteren Mitsreiter¹¹⁷⁰ mit der Unterstützung der IV. Internationale schnell auf die Studentenbewegung orientiert werden. Dass dies nicht selbstverständlich war, zeigt die ablehnende Haltung gegenüber der Bewegung durch die kommunistischen Parteien, durch die Vertreter des akademischen Marxismus (Frankfurter Schule) und durch die konkurrierende trotzkistischen Internationale des Internationalen Komitees (IKVI), das die Intervention in die Studentenbewegung aufgrund deren „kleinbürgerlicher Natur“ ablehnte.¹¹⁷¹ Tatsächlich entsprach die Protestbewegung den Vorstellungen des VSVI insofern, wie die „Weltrevolution“ einen neuen sozialen Träger in den Indu-

¹¹⁶⁵ Ebd., S. 34.

¹¹⁶⁶ Ebd., S. 19.

¹¹⁶⁷ K. Beiersdorfer, „Kommunistische Politik in der Sackgasse. Bemerkungen zum Beschuß des ZK des KBW zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten“, in: W. Wolf / K. Beiersdorfer, *Kritik des westdeutschen Maoismus*, Frankfurt/M. 1975, S. 100.

¹¹⁶⁸ Hier bestätigte sich für die IV. Internationale (VSVI) die „Dialektik der drei Sektoren der Weltrevolution“ (vgl. Bensaid, 2004, S. 84).

¹¹⁶⁹ Vgl. Frank, 1974, S. 126; vgl. auch Gellrich, 1999, S. 17f.

¹¹⁷⁰ Vgl. GIM, Zentraler Rundbrief Nr. 27, 7/1970, S. 1. ASF: 9.1.5. III.

¹¹⁷¹ Siehe Kapitel 1.2.7.1.

striestaaten hervorgebracht hatte, der mit seiner kritischen Aneignung des Marxismus, seiner Ablehnung des offiziellen Kommunismus und seiner Bezugnahme auf die Arbeiterschaft als neue Vorhut (Avantgarde) zukünftige gesellschaftliche Massenbewegungen vorweg zu nehmen schien. Dem lag die Einschätzung zugrunde, dass die ökonomische Entwicklung seit Mitte der sechziger Jahre die Klassengegensätze verschärft habe, ein junger Sektor der Arbeiterklasse entstanden sei, der weniger unter dem Einfluss der Apparate von Sozialdemokratie, Stalinismus und Gewerkschaften stehe, und sich an den Hochschulen durch die Solidaritätsarbeit für Algerien, Kuba, Vietnam und Palästina eine junge Vorhut mit einer sozialen Basis entwickelt habe.¹¹⁷² Dabei sollte die Studentenschaft nicht nur die Rolle einer Vorhut, sondern auch die eines Katalysators spielen, um „Klassenaktionen“ über die Köpfe „der reformistischen Führungen der bürokratisierten Massenorganisationen“ hinweg auszulösen.¹¹⁷³ Gleichzeitig wurde betont, dass die soziale und politische Situation in Westdeutschland (und auch Österreich und der Schweiz) eine andere als die in Frankreich oder Italien sei.¹¹⁷⁴ Die Perspektiven blieben aber die gleichen (Radikalisierung der Arbeiterklasse durch die Jugendavantgarde)¹¹⁷⁵, und somit wurde „die langsam aufsteigende Linie der Klassenkämpfe“ in Eins mit der Entwicklung der Jugendradikalisierung gesetzt. Damit fand tatsächlich eine schematische Übertragung der französischen und italienischen Ereignisse von 1968/69 auf andere europäische Länder statt. Als vordringlichsten und nächsten Schritt sah das VSVI nun die Zusammenführung der „studentischen und der Arbeitervorhut“ an. Die Aufgabe von revolutionären Marxisten bestehe darin, „keine paternalistische oder polemisch sterile Haltung einzunehmen, Ultimatismus zu vermeiden, den schöpferischen Marxismus mit Festigkeit zu verteidigen, vor allem konkrete Initiativen anzubieten und neue Formen der Aktion im Betrieb zu finden“.¹¹⁷⁶

Die deutsche Sektion vertrat noch 1968 die Position, dass einerseits die taktische Ausrichtung auf die Mitarbeit in der SPD aufrechterhalten bleiben müsse (da aus der Jugendbewegung zwar Elemente einer neuen Führung der Arbeiterklasse hervorgehen könnten, aber nicht die neue Führung), dass aber andererseits nun auf allen Ebenen des „nicht entrustischen Milieus“ die Arbeit verstärkt werden müsse. Eine revolutionäre Jugendorganisation als Ausdruck einer Zusammenarbeit der offen auftretenden Trotzkisten und der links-revolutionären Kräften, mit denen man im Rahmen der Vorbereitung zum Vietnam-Kongress 1968 in Berlin zusammenarbeite, sei anzustreben, so die Kölner Gruppe. Dabei orientierte sich diese an den Beispielen ihrer Internationale in Frankreich, Belgien und den USA. Die Westberliner und die Mannheimer Gruppe favorisierte dagegen eine Kombination aus der Mitarbeit in einer zu erwartenden Revolutionären Sozialistischen Jugendorganisation der „Stalinisten“ und der Beibehaltung der entrustischen Arbeit in Jusos und Falken. Gleichzeitig müsse man mit allen anderen „Avantgarde-Elementen“ die reformistische Ausrichtung dieser möglichen Jugendorganisation bekämpfen.¹¹⁷⁷ Die unterschiedliche Betonung der anstehenden Aufgaben führte 1969 zum Auseinanderbrechen der deutschen Sektion in GIM und IKD, ein Prozess, der sich in den folgenden Jahren bei neuen politischen Entwicklungen wiederholen sollte.

Um die neue Vorhut zu erreichen, verfolgte die GIM seit 1970 mit der „Revolutionär-Kommunistischen Jugend“ (RKJ) den Aufbau einer revolutionären Jugendkaderorganisation, um Kader aus dem Stu-

¹¹⁷² Vgl. „Referatmanuskript des Genossen George Jungclas“, a.a.O., S. 77f; IV. Internationale (VS), „Der neue Aufstieg der Weltrevolution“ (1969), S. 81f.

¹¹⁷³ Vgl. GIM, „Thesen zur Studentenbewegung in Westdeutschland“, a.a.O., S. 42.

In einer Resolution zur Jugendarbeit betonte die GIM 1982: „Entgegen der damaligen Analyse der IV. Internationale, daß Studenten aufgrund ihrer veränderten Stellung im Produktionsprozeß zum Auslöser für Radikalisierungsprozesse werden könne, läßt sich aufgrund der heutigen Erfahrung sagen, daß die führende Rolle der Studenten in der Jugendbewegung eine historische Ausnahmesituation am Wendepunkt der kapitalistischen Entwicklung war, als es noch größere Spielräume für Reformen innerhalb des Systems gab“ (Für eine revolutionär-sozialistische Jugendorganisation. Resolution der Delegierten-Konferenz der GIM zur Jugendarbeit Juni 1982, S. 21. ASF: 9.1.5. IV).

¹¹⁷⁴ GIM, „Der Umbruch in der Nachkriegsgeschichte des westdeutschen Imperialismus“, in: *die internationale*, Jg. 3, Nr. 3, 1970, S. 10.

¹¹⁷⁵ Bensaid sieht hier eine wechselseitige Spiegelung des europäischen und lateinamerikanischen Trotzkismus. So wie die Guerilla den Funken zum Flächenbrand entzünden sollte, so sollte die radikalierte Jugend in Europa den Konservatismus der Apparate der Arbeiterbewegung überwinden helfen (Bensaid, 2004, S. 86).

¹¹⁷⁶ „Der neue Aufstieg der Weltrevolution“ (1969), S. 82f.

¹¹⁷⁷ Vgl. „Referatmanuskript des Genossen George Jungclas“, a.a.O., S. (72f).

denten-, Schüler- und Auszubildendenbereich für den Aufbau einer revolutionären Partei zu gewinnen, die sich aus der Jugendorganisation entwickeln sollte:

Die aufzubauende Jugendorganisation ist „nicht die Jugendorganisation einer Partei, weil diese nicht existiert“, deshalb „fällt ihr die Doppelaufgabe zu, erstens bereits Aufgaben der nicht vorhandenen Partei zu übernehmen, soweit sie dazu in der Lage ist, und zweitens zum zentralen Moment in der gegenwärtigen Etappe des Entstehungsprozesses eben dieser Partei zu werden.“¹¹⁷⁸

„Die RKJ versteht sich als strategisches Moment zur Schaffung der revolutionären kommunistischen Partei als deutsche Sektion der IV. Internationale. In einer Phase des westdeutschen Kapitalismus, in der sich große Teile der Arbeiterjugend, der Studenten und Schüler revolutionären Positionen nähern, wird die RKJ durch ihre Intervention im Bereich der radikalierten Jugend die Organisierung der Avantgarde für den konsequenten antikapitalistischen Kampf vorantreiben und dabei einen wesentlichen Beitrag für die Verankerung der revolutionären Organisation in den Klassenkämpfen des westdeutschen Proletariats leisten.“¹¹⁷⁹

Die Vorstellungen über das Wegbrechen eines linken Flügels von der SPD waren in den Hintergrund getreten, da sich nun durch die Jugendbewegung der mögliche Aufbau einer revolutionären Partei abzeichnete. Mit dem Abflauen der Studentenbewegung und der Orientierung von Teilen der Jugend an den Falken und den Jusos bildete sich aber nach 1970 in der SPD ein starker linker Flügel heraus. 1972 traten einige Zehntausend Jugendliche den Jusos bei, als Barzel mit seinem Misstrauensantrag gegen Brandt scheiterte. Somit sei die Abwendung vom Entrismus „unzureichend reflektiert, letztlich auf impressionistischer Basis“¹¹⁸⁰ erfolgt. Auch der Organisationssekretär der deutschen Sektion, Willy Boepple, vertrat hinterher die Ansicht, dass der Austritt aus der SPD falsch gewesen sei, da das französische Beispiel nicht für die BRD zu übertragen sei und man sich so von der Arbeiterklasse getrennt habe.¹¹⁸¹ Die These der IV. Internationale von der notwendigen Gewinnung der „Neuen Avantgarde“ außerhalb der etablierten Massenorganisationen machte allerdings den erneuten Eintritt der GIM in die SPD unmöglich. Zudem sprachen ihre geringen personellen Kräfte gegen eine Doppelstrategie in den frühen siebziger Jahren.

Die gleichen Probleme ergaben sich auch für die österreichische GRM. Die Notwendigkeit der Orientierung auf die Arbeiterklasse wurde von ihren Kadern zwar immer wieder betont, die konkrete Umsetzung der Orientierung scheiterte in den Siebzigern allerdings an zwei Problemen: Einmal kam es bis auf Ausnahmen zu keinen größeren Protest- und Streikbewegungen, zum Anderen konnte die GRM nur auf eine Handvoll Kader zurückgreifen, die die Erfahrungen der „alten Arbeiterbewegung“ in sich trugen. So wurde schon 1973 in einem internen Bulletin der GRM konstatiert:

„Nicht gelungen ist uns also die grundlegende Klarlegung der Aufgaben der Organisation gegenüber der Arbeiterklasse und die Konkretisierung der Bedeutung der Betriebsarbeit in diesem Rahmen. Hierfür wäre die systematische Selbstbestimmung als Organisation der sozialistischen Intelligenz, ihre Möglichkeiten und Aufgaben zu bestimmen, zu klären, welchen Beitrag sie zum Parteiaufbau leisten kann, wie die Bewußtseinsprozesse im Proletariat verlaufen usf. Mittelbar wurzelt hierin auch die Frustration der Genossen.“¹¹⁸²

Zu dieser Unklarheit über die eigenen Aufgaben kamen dann auch noch „hausgemachte“ Probleme. Nach Jahrzehnten des dumpfen politischen Klimas führte das Gefühl des Durchbruchs nach 1968 zu einer Überschätzung der eigenen Kräfte:

¹¹⁷⁸ „Perspektiven der Jugendradikalisierung“, in: *was tun*, Jg. III, Nr. 15, November 1970, S. 5.

Siehe auch „Koordinations-Konferenz der Revolutionär-Kommunistischen Jugend (RKJ) am 5./6. September in Solingen. Die Organisation im nationalen Rahmen aufbauen“, in: *was tun*, Jg. III, Nr. 14, [Oktober] 1970, S. 5/6.

Die Erklärung der IKD-geführten KJO lautet im übrigen sehr ähnlich (vgl. Langguth, 1971, S. 164f.).

¹¹⁷⁹ „Nationale Konferenz der RKJ, 29.-31. Mai 1971, in Frankfurt: Deklaration“, in: *was tun*, nicht nummeriert [Jg. IV, Nr. 6], [Juni oder Juli] 1971, S. 3.

¹¹⁸⁰ Brandt/Steinke, 1984, S. 1605.

¹¹⁸¹ Brief von Jakob Moneta an den Autor vom 15.12.2005.

¹¹⁸² A. H., „Zur Situation der GRM“, in: Internes Bulletin, 16.05.1973, zitiert nach Svoboda, 1998, S. 172f.

„Und genau deswegen haben wir uns auch nicht sehr konkret die Frage gestellt, an wen wir uns abgesehen von unserem eigenen Sympathisantenkreis sonst noch wenden sollen. So gesehen war es unsere größte Schwäche damals, daß wir zuwenig nach einem Zugang zur organisierten Arbeiterbewegung, zur Gewerkschaft, aber auch zu den sozialdemokratischen Organisationen gesucht haben.“¹¹⁸³

In der Schweiz, wo die dortige Sektion am meisten von der Studierenden- und Jugendbewegung profitieren konnten, entwickelte sich ähnlich wie in Frankreich aus einer revolutionären Jugendorganisation der Trotzkisten eine kleine revolutionäre Partei, die zwar ebenso wenig durchschlagende Erfolge in der Betriebsarbeit wie ihre deutschen und österreichischen Genossen verbuchen konnte, aber auf Grund ihres unverminderten Wachstums die weitere Orientierung auf den Jugendbereich aufrechterhielt.

7.2.2 Politik, Organisationsaufbau und Kadergewinnung in der Zeit der Studenten- und Jugendbewegung

Die GIM arbeitete mit den Mitgliedern des SDS eng zusammen und orientierte sich an der „studentischen Vorhut“, welche die Notwendigkeit wieder entdeckt habe, sich den Betrieben und Fabriken zuwenden.¹¹⁸⁴ Dazu diente die 1968 gegründete Zeitung *was tun*, die in ihrem Impressum die Mitarbeit von Rudi Dutschke, Gaston Salvatore, Thomas Schmitz-Bender,¹¹⁸⁵ Christian Semler¹¹⁸⁶ und Günter Amendt verzeichneten. Eine längerfristige Mitarbeit der Genannten kam aber nie zustande, da nach und nach der trotzkistische Hintergrund der Zeitung sichtbar wurde.¹¹⁸⁷ Die Vertreter des SDS sollten in der Vorstellung der GIM als enge Sympathisanten gewonnen werden, da sie als „Neue Avantgarde“ auf die Jugendrevolte und eine soziale Opposition vorbereitet waren.¹¹⁸⁸ Allerdings sahen sich die führenden Mitglieder des SDS selber als Kristallisierungskern einer neuen linken (und vor allem unorthodoxen) Bewegung in der Bundesrepublik, „einer Bewegung, die außerhalb der Parteien und Organisationen der alten Linken eine Erneuerung des sozialistischen Denkens, der Transformationsstrategie und der Sozialismuskonzeption anstrebe“.¹¹⁸⁹

Ein starker Einfluss der Mitglieder des VSVI der IV. Internationale auf die SDS-Führung war eindeutig vorhanden,¹¹⁹⁰ doch ergaben sich schon aufgrund der unterschiedlichen strategischen Vorstellungen starke Differenzen. So begründete Dutschke auf dem Vietnam-Kongress den „Marsch durch die Institutionen“ während Mandel in seinem Redebeitrag dagegenhielt und die Gefahr der Assimilierung in die politischen Strukturen betonte.¹¹⁹¹

Der Einfluss der deutschen Trotzkisten auf die Studentenbewegung blieb aufgrund mangelnder personeller Verankerung im SDS¹¹⁹² und des Fehlens eines eigenen Publikationsorgans¹¹⁹³ minimal¹¹⁹⁴, und so standen die Trotzkisten dem Aufschwung einer studentischen Massenbewegung konzeptionell hilflos gegenüber.¹¹⁹⁵

Jakob Moneta weist allerdings darauf hin, dass man mit Hans-Jürgen Krahl in Diskussionen stand und dass die GIM das Pech hatte, dass „Hans Jürgen Krahl, der den SDS zu ihr hätte herüber ziehen kön-

¹¹⁸³ Rainer Bauböck, „Haupt- und Nebenwege“, in: *die linke*, Nr. 20, 1982, S. 12, zitiert nach Svoboda, 1998, S. 180.

¹¹⁸⁴ Vgl. IV. Internationale (VSVI), „Der neue Aufstieg der Weltrevolution“ (1969), S. 82.

¹¹⁸⁵ Schmitz-Bender ist heute Mitglied im Zentralkomitee des 1973 gegründeten Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD.

¹¹⁸⁶ Semler wurde später Leiter der maoistischen KPD.

¹¹⁸⁷ *was tun* wurde später zum Organ der RKJ und dann der GIM.

¹¹⁸⁸ „Diese Revolte ist in dieser Organisation, in diesem Bündnis unterschiedlicher linkstheoretischer Richtungen vorgeprägt, denn sie trägt die Tradition des Kampfes gegen die Remilitarisierung, gegen den Atomtod, gegen die ehemaligen Nationalsozialisten in Justiz, Polizei, Verwaltung, Bildung, Regierung.“ (Rabebl, 1987, S. 38.)

¹¹⁸⁹ Gilcher-Holtey, 1997, S. 71.

¹¹⁹⁰ Vgl. A. von Weiß, *Die Neue Linke. Kritische Analyse*, Boppard 1969, S. 63, 66; N. Ryschkowski, *Die linke Linke*, München u. Wien 1968, S. 50f.

¹¹⁹¹ Siehe Ali, 1998, S. 189f.

¹¹⁹² Werner Poppenberg schrieb: „So waren es beispielsweise vor allem die Wühlereien der Trotzkisten, die 1971 [?] zur Auflösung des ‚Sozialistischen Deutschen Studentenbundes‘ in Deutschland führten“ (Wirkungsbedingungen und Wirkungsfaktoren des Trotzkismus. Zu antieninistischen Parteauffassungen der trotzkistischen Gruppen in Deutschland, Diss., Leipzig, 1979, S. 148). Diese Behauptung kann ins Reich der politischen Legenden verwiesen werden.

¹¹⁹³ Die Zeitung *was tun* wurde erst seit Juli 1968 herausgegeben.

¹¹⁹⁴ Gellrich, 1999, S. 18.

¹¹⁹⁵ Vgl. Brandt/Steinke, 1984, S. 1605.

nen, einem Autounfall zum Opfer fiel“.¹¹⁹⁶ Zudem arbeitete zeitweilig Bernd Rabehl an der Zeitschrift der Westberliner GIM-Gruppe *Permanente Revolution* mit.¹¹⁹⁷ Bis auf die Organisierung des Vietnam-Kongresses in Berlin 1968 (an dem sie keinen Einfluss auf dessen Verlauf und den Inhalt hatte)¹¹⁹⁸ konnte die deutsche Sektion des VSVI im studentischen Milieu keinen größeren politischen und personellen Durchbruch erzielen. Zudem fehlten der GIM anerkannte Theoretiker und bekannte Führungspersönlichkeiten (hier konnte man sich nur auf Mandel berufen). Man orientierte sich in den Folgejahren dann auf die radikalierte Jugend im allgemeinen, mit der für die GIM „eine beschleunigte, ursprüngliche Akkumulation von Kadern‘ erreichbar“¹¹⁹⁹ sein sollte:

„Eine unserer wichtigsten Aufgaben bleibt weiterhin die Arbeit in den Jugendsektoren, um kurzfristig Kader zu gewinnen, und um die Mobilisierungsfähigkeit der Jugend auszunützen zu können.“¹²⁰⁰

Die Spaltung der deutschen Sektion Pfingsten 1969 beschränkte die Möglichkeiten der Mitgliedergewinnung für die Trotzkisten zusätzlich, da sich nun mit GIM/RKJ und IKD/KJO beinahe gleich große Organisationen gegenüberstanden: Die politische Praxis beider Organisationen war seit der Spaltung durch ein relatives Stagnieren gekennzeichnet, keine konnte aus dem Zerfall der APO nennenswerten politischen Profit schlagen.¹²⁰¹ Beide beschränkten sich bei ihrer Mitgliedergewinnung und Kaderbildung nicht nur auf Studierende, sondern sahen in der Gewinnung von Auszubildenden die Möglichkeit, sich personell in Betrieben und Fabriken perspektivisch zu verankern. Dabei nahmen sich die Forderungen im Unterschied zu anderen revolutionären Organisationen relativ bescheiden aus:¹²⁰² Gleicher Ausbildungshonorar, Reform der Berufsausbildung, Streikrecht und Lehrlingstarifkommissionen wurden gefordert. Übergangsforderungen, die über diese Forderungen im Rahmen des kapitalistischen Systems hinausgingen, könnten nur im Zusammenhang mit den Kämpfen der Arbeiterschaft selber gestellt werden.¹²⁰³

Die IAK als deutsche Sektion des Internationalen Komitees der IV. Internationale (IKVI) orientierte sich vor allem auf die Schüler- und Lehrlingsbewegung. Auch wenn sie eigentlich keine direkte Orientierung auf die Studentenschaft hatte, so fällt ihr Aufschwung doch mit den Bewegungen um 1968 zusammen. Im Unterschied zur GIM und IKD sah sie es als sektiererisch an, der „Arbeiterklasse eine revolutionäre Partei als sofortige Alternative zur SPD“ anzubieten.¹²⁰⁴ Um aber die fortgeschrittene Minderheit zu organisieren, braucht man eine revolutionäre Jugendorganisation, welche die isolierten Kämpfe der Jugendlichen in den Bereichen Betrieb, Schule und Hochschule gegen den zentralen Angriff des Staates zusammenführen solle: „Die Trotzkisten arbeiten in der Jungen Garde und bauen sie auf als Kampforganisation im Klassenkampf und nicht als trotzkistische Propagandaorganisation.“¹²⁰⁵ Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit der Mitarbeit in der SPD und den Jusos betont, um dort den „Klassenforderungen“ der Arbeiterklasse und der Jugendlichen „einen politischen Ausdruck geben

¹¹⁹⁶ Brief von Jakob Moneta an den Autor vom 9.11.2005.

Moneta hatte auch auf eine kleine Gruppe um Helmut Dahmer gesetzt, „der später als Professor über Marxismus und Psychoanalyse weithin bekannt wurde“, der „aber keine organisatorischen Verbindungen in den SDS“ gehabt habe (Brief vom 9.11.2005).

Helmut Dahmer hatte von 1974 bis 2002 eine Professur für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt, war von 1968 bis 1992 Redakteur bzw. Herausgeber der von Alexander Mitscherlich begründeten Monatszeitschrift *Psyche* und ist der Hauptverantwortliche für ein zunächst 1971 begonnenes und ab 1988 fortgesetztes Projekt einer umfangreich kommentierten deutschen Trotzki-Schriftenausgabe.

¹¹⁹⁷ Madloch, 1976, Bd. 2, S. 87.

Rabehl soll bereits 1967 eine Zeitlang mit dem Trotzkismus sympathisiert haben (vgl. G. Langer, Politik der „revolutionären Phrase“: Marxist-Leninist Rabehl und die „Kleinbürgerlichkeit“, 25.06.1999. URL: <http://www.isioma.net/sds06199.html> [17.9.2005]).

¹¹⁹⁸ Vgl. Zentraler Rundbrief, Nr. 27, 7/1970. ASF: 9.1.5.III.

¹¹⁹⁹ GIM, „Der Umbruch in der Nachkriegsgeschichte des westdeutschen Imperialismus“, a.a.O., S. 10.

¹²⁰⁰ RKJ-Info, Nr. 8, Dezember 1970, S. 15. ASF: 9.1.5.III.

¹²⁰¹ Vgl. Zentraler Rundbrief, Nr. 27, 7/1970.

¹²⁰² Langguth, 1971, S. 159.

¹²⁰³ Vgl. ebd., S. 158f., 164.

¹²⁰⁴ Zitiert nach Langguth, 1971, S. 169.

¹²⁰⁵ Broschüre der Jungen Garde, zitiert nach *Das Junge Wort*, Nr. 95, 10. Juni 1973, S. 12. FES: Trotzkismus-Archiv, Ordner (Box) Nr. 48.

zu können“.¹²⁰⁶ Während die IAK/Junge Garde im Bereich der Lehrlingsarbeit ähnliche Forderungen wie GIM und IKD aufstellte,¹²⁰⁷ forderte sie im Hochschulbereich den Aufbau einer Studentengewerkschaft. Als zeitgleich mit dem Abflauen der Jugendbewegung Zehntausende Jugendliche in die Jusos eintraten, löste die IAK die Junge Garde 1973 auf und organisierte ihre jungen Mitglieder in den Jusos. Dagegen arbeitete der im Jahre 1971 von der IAK abgespaltene BSA mit seiner Jugendorganisation, dem Sozialistischen Jugendbund (SJB), weiterhin als offen auftretende Organisation. Die SAG stammte dagegen aus Teilen der ehemaligen Führung des Frankfurter SDS und beschränkte sich organisatorisch bis Mitte der Siebziger auf den Frankfurter Raum. Ebenso wie die 1973 entstandene Voran-Gruppe vertraten diese Organisationen eine deutlich ablehnende Haltung zum Avantgarde-Konzept des VSVI und orientierten sich an jungen Arbeitern, Auszubildenden und Gewerkschafatern.¹²⁰⁸

In Österreich fehlte neben einer quantitativen Jugendbewegung auch ein organisierendes Zentrum, das unabhängig von jeder parteipolitischen Einflussnahme die beginnende Radikalisierung aufnehmen, weiterentreiben und zusammenfassen hätte können. Das organisierende Eingreifen vom Verband demokratischer Studenten (VDS), der aus der KPÖ 1971 austrat und sich in Marxistisch-Leninistische Studenten (MLS) umbenennen sollte, fand erst in den Jahren 1970 bis 1972 statt.

Allerdings konnte schon 1967 der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ) mit einer Reihe von Aktionen und Veranstaltungen Tausende Studierende mobilisieren und wäre vielleicht auch zum organisierenden Zentrum geworden – allerdings musste man zwischen den antiautoritären Interessen der Mitgliedschaft und den „autoritären Interessen“ der SPÖ-Führung vermitteln. Am 16. Mai wurde der Sozialistische Österreichische Studentenbund (SÖS) gegründet, der sich nach einem Monat allerdings wieder auflöste.¹²⁰⁹

Insoweit entwickelte sich in Österreich kein dominierendes organisatorisches Zentrum, das dann wie der deutsche SDS nach dem Abflauen der Bewegung in alle Winde zerstreut wurde und aus dessen zerbrochenen Inventar nun Dutzende neue revolutionäre Parteien gekittet werden sollten. Somit waren die Mitglieder des VSVI in Österreich nicht auf die Orientierung auf einen zentralen Hochschulverband angewiesen, dessen Anhänger man wie die deutsche Sektion des VSVI als Mitglieder für eine revolutionäre Organisation gewinnen wollte. Statt von „außen“ der Bewegung gegenüberzutreten, gründete sich die GRM aus der Bewegung heraus, indem man sich im August 1972 u. a. mit ehemaligen Mitgliedern des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler (VSM), des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ) und denen anderer Gruppen zur GRM vereinigte. Bereits seit Mitte der sechziger Jahre hatten sich spätere GRM-Mitglieder auf die Arbeit in der Schülerorganisation der SPÖ, dem VSM, konzentriert. Dessen Linkstrend wurde durch die Gruppe von Trotzkisten „aufgrund ihrer guten Schulung und strengen Disziplin“ sehr beschleunigt.¹²¹⁰ Der VSM wurde (wenn auch nicht nur aufgrund der Rolle der Trotzkisten) „zum Motor der erwachenden Jugendbewegung“.¹²¹¹ Diese Einschätzung teilen auch Vertreter der radikalen Linken, so die österreichische Zeitung *Arbeiterkampf* 1970:

„In Österreich besteht ja die singuläre Situation, daß die Schülerlinke lange vor jeder studentischen Bewegung existierte und der VSM ist zweifellos der revolutionäre Urschlamm für die gesamte Linke außerhalb der KPÖ.“¹²¹²

In der Schweiz arbeitete eine kleine Gruppe von Trotzkisten in der Jugendorganisation der POP/PdAS und konnte ihre späteren Kader aufgrund der internen Debatten der POP über die Kritik am Stalinismus

¹²⁰⁶ Ebd.

¹²⁰⁷ Vgl. Langguth, 1971, S. 170f.

¹²⁰⁸ „Die Studenten können als Gruppe innerhalb der Gesamtgesellschaft niemals eine unabhängige Rolle im Kampf um den Sozialismus spielen. (...) Die stets zunehmende Stärke und Militanz der internationalen Arbeiterbewegung bietet der breiten Studentenbewegung die historisch einmalige Möglichkeit, im aktiven Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse eine fruchtbare Rolle zu spielen und den gemeinsamen Feind zu schlagen.“ (h. g., „Studenten für den Sozialismus“, in: *Voran*, Nr. 7, 1974, S. 6.)

¹²⁰⁹ Vgl. F. Keller, „Mailüfterl über Krähwinkel“, in: *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, hrsg. von B. Danneberg u. a., Wien 1998, S. 44–63.

¹²¹⁰ Keller, 1988, S. 25.

¹²¹¹ Ebd., S. 23.

¹²¹² *Arbeiterkampf*, Nr. 1, 1970, zitiert nach Svoboda, 1986, S. 170.

mus gewinnen. Die Erklärung dafür ist im Prozess der Entschärfung des Kalten Krieges Mitte der Sechziger zu suchen. Hatte im Westen der Antikommunismus eine ideologische Klammerfunktion gehabt, so war demgegenüber die strikte Treue zur Sowjetunion die Klammerfunktion auf der kommunistischen Linken. Die schwindende ideologische Bindung des Antikommunismus führte innerhalb der Sozialdemokratie zu einer vorsichtigen Öffnung Richtung Ostblock und in den kommunistischen Parteien zu einer vorsichtigen Kritik an der Sowjetunion. Dies bot den oppositionellen Strömungen in den sozialdemokratischen wie kommunistischen Parteien eine völlig neue Situation der politischen Einflussnahme und Anziehungskraft. Die Arbeit im „Schüler- und Studentenmilieu“ ermöglichte der RML ein großes Rekrutierungsfeld. Dabei wurde betont, dass die dortige Rekrutierung, „die zur Bildung von Kadern führen muss, das Resultat einer ernsthaften Auswahl und Schulung sein muss“.¹²¹³ Gleichzeitig bestand in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die Aufgabe in der Gewinnung und Ausbildung von „Arbeiterkadern“, die „fähig sind, treibendes Element bei der Neugruppierung und bei der Bildung embryonaler Gewerkschaftstendenzen zu sein“.¹²¹⁴

Anders als in Deutschland, aber ähnlich wie in Österreich gab es in der Schweiz keine etablierte radikal-linke studentische Organisation; der SÖS oder die Fortschrittliche Studentenschaft Zürich (FSZ) hatten in keiner Phase der Bewegung einen umfassenden Anhang wie der deutsche oder der US-amerikanische SDS. Diese konnten zum Bezugspunkt der studentischen Bewegung werden, weil sie außerhalb der etablierten Parteien agierten. Demzufolge stellt sich die Frage, ob es die studentische Bewegung im gleichen Ausmaße gegeben hätte, wenn nicht 1961 der Bruch der SPD mit dem SDS erfolgt wäre. In Österreich und der Schweiz hatten sich ebenfalls im Laufe der sechziger Jahre in den Jugendorganisationen der SPÖ und der PdAS Oppositionsgruppen gebildet, die aber erst Ende der Sechziger teilweise mit diesen brachen. Neben ökonomisch-sozialen Faktoren bestand eben auch ein Grund für die abgeschwächte studentische Bewegung in Österreich und in der Schweiz in dem Fehlen eines organisierenden Zentrums. Die Radikalisierung einer Schicht von späteren Führungspersonen der radikalen Linken in Österreich und der Schweiz fand dementsprechend in den Gremien und den Jugendorganisationen der SPÖ und der PdAS statt – ein wichtiger Faktor für die weitaus besseren Mitgliederzuwächse der österreichischen und schweizerischen Trotzkisten im Verhältnis zu den deutschen, da diese eben in den radikaleren Jugendorganisationen der Sozialdemokraten und/oder Kommunisten arbeiteten und mit dem Nimbus einer radikalen jugendpolitischen Abspaltung ein Organisationsangebot machen konnten. So war laut Foltin der Trotzkismus in Österreich deshalb innerhalb der revolutionären Linken immer stärker verankert als in Deutschland, weil die Sozialdemokratie an ihren Rändern nach links offener war:

„So wurde ein Teil der GRM über den VSM und den VSStÖ politisiert und bildete dann stärkere Strukturen als anderswo.“¹²¹⁵

Die Einflussnahme der Trotzkisten in den Jugendorganisationen zeigt beispielhaft deren taktische Flexibilität zur Gewinnung von Kadern im Schüler und Studentenmilieu auf. Zur Illustrierung kann die Vorgeschichte der „Revolte“ und deren Arbeit im Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM) herangezogen werden. Bis Mitte der sechziger Jahre war es dem Trotzkisten Peter Hallstein anscheinend gelungen, einige Mitglieder im VSM zu gewinnen und einzelne Personen in wichtige Funktionen zu bringen. Nachdem ihnen von SPÖ-Bezirksfunktionären vorgeworfen wurde, „beim KPÖ-Aufmarsch am 1. Mai 1965 im Spalier“ gestanden zu haben, schloss das Bundesbeschwerdegericht vier Genossen um Hallstein (darunter auch Hermann Dworczak) und ihn selber aus dem VSM aus, gegen zwei weitere wurden Verwarnungen erteilt.¹²¹⁶ Hallstein legte Berufung ein, seine Genossen und er konnten noch beinahe zwei Jahre im Sekretariat des VSM ein- und ausgehen¹²¹⁷ und begannen ab 1967 den Revoltekreis aufzubauen. Zu diesem Kreis gehörte dann auch Peter Gruder, der Ende Oktober 1968 zum Bundesobmann des VSM gewählt werden sollte. Dieser war ab 1970 in der Lage, die antiautoritäre Phase des VSM zu beenden und ihn in eine zentralisierte Kaderorganisation umzuwandeln.¹²¹⁸ Der

¹²¹³ Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS, a.a.O., S. 13.

¹²¹⁴ Ebd.

¹²¹⁵ Foltin, 2004, S. 89.

¹²¹⁶ Svoboda, 1986, S. 94.

¹²¹⁷ Keller, 1988, S. 25.

¹²¹⁸ Vgl. Svoboda, 1986, S. 122–129.

VSM hatte schon länger aufgrund seiner relativen Unabhängigkeit von der SPÖ (die finanzielle Abhängigkeit des VSM war allerdings ein wirkungsvolles Instrument „notwendiger“ Regulierungen durch die SPÖ), seiner Rolle als „linkes Gewissen“ der Sozialdemokratie und seiner politischen Differenzen zur Mutterpartei ein für die Trotzkisten geeignetes Arbeitsfeld geboten.¹²¹⁹ Wenn auch die These der „degenerierten Arbeiterstaaten“ im VSM nicht explizit geteilt wurde, so nahm er doch zu den „sozialistischen Staaten“ eine differenzierte Position ein:

„Durch die tatsächlichen Verhältnisse werden zwei Ansichten über den Kommunismus Lügen gestraft: die eine tendenzgefährzte, die uns weismachen will, daß hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘ ein Arbeiter-Paradies liege; und die andere ebenso tendenziöse, die in der Volksdemokratie die Hölle sieht. Die Tatsachen widerlegen jeden, der glaubt, daß man den Sozialismus einem Lande aufzertroyieren könne, aber sie widerlegen auch jeden, der den Kommunismus für ein schlechteres System hält als den Kapitalismus.“¹²²⁰

So konnte auch Hallstein in einem Artikel zur DDR einerseits die Leistungen auf wirtschaftlichen und schulischen Gebiet loben, um andererseits die Arbeitsbedingungen in „Spitzbarts Terrorregime“ anzuklagen.¹²²¹

Der Rechenschaftsbericht des von Peter Gruder geführten VSM-Vorstandes von 1970 berichtete über die Planung von Schulkämpfen, damit die „Identität der linken Avantgarde und der Schülermassen hergestellt werde“. Um den Schulkampf zu unterstützen, wurde auf die „relevanten sozialen Kräften“ (Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten und Arbeiter) orientiert, deren Zusammenschluss als notwendig betrachtet wurde.¹²²² Die Diktion einer revolutionären Gruppe ist nicht zu übersehen.¹²²³ Ab 1970 begann die sukzessive Trennung des VSM von der SPÖ. Im Frühjahr 1972 beantragte Gruder bei Ernest Mandel die Anerkennung des VSM als österreichische Sektion der IV. Internationale. Dieses Begehren, nur einem Teil der VSM-Führung bis dato bekannt, scheiterte dann aber.¹²²⁴ Im Strategiekonzept für den VSM, das Gruder im Frühjahr 1972 vorlegte, wurden folgende Perspektiven aufgestellt. Eine Revolutionäre Arbeiterpartei Österreichs (RAPÖ) sei zu gründen, deren Jugendorganisation (Revolutionäre Arbeiterjugend, RAJÖ) aus den Jugendorganisationen VSM, dem Verband Marxistischer Arbeiterjugend (VMA) und dem Verband Marxistischer Studenten (VMS) zu gründen wäre.¹²²⁵

Zuvor sollte aber der Mitgliederstand des VSM von rund 350 auf 1.000 Aktivisten erhöht werden. Eine zentrale Schulungsstelle, das „Institut für Marxismus-Leninismus“, sollte die Schulungen koordinieren (anscheinend wurde das Institut durch den täglichen Einsatz von Fritz Keller tatsächlich verwirklicht), Heinrich Thomas sollte den Parteikern in Kaderschulungen unterstützen.¹²²⁶ Im Oktober 1972 beschloss die 11. Bundesdelegiertenkonferenz des VSM die organisatorische Trennung von der SPÖ, diese ergriff ab Februar 1973 Gegenmaßnahmen und führte Informationsgespräche unter anderem mit Fritz Keller, der VSM-Verantwortlicher im Bundesjugendring war. Gegen ein sich neu konstituiertes und von der SPÖ unterstütztes Gegenpräsidium des VSM wurde vom alten Präsidium des VSM geklagt, das Gegenpräsidium schickte Danny Leder in den zuständigen Bundesjugendring, der plötzlich erklärte, dass sich das Gegenpräsidium unrechtmäßig konstituiert habe. Leder trat im übrigen der GRM im Jahre 1973 bei. Die Sozialistische Jugend Österreichs verlangte 1974 den Ausschluss des

¹²¹⁹ Vgl. ebd., S. 79–95.

¹²²⁰ 1958 in der Verbandszeitschrift veröffentlichter Artikel über Polen, zitiert nach Svoboda, 1986, S. 108.

¹²²¹ 1958 in der Verbandszeitschrift veröffentlichter Artikel von Peter Hallstein 1961, zitiert nach ebd.

¹²²² Svoboda, 1986, S. 127.

¹²²³ Inwieweit Gruder tatsächlich im Alleingang oder mit Unterstützung weiterer Genossen den VSM auf eine revolutionäre Politik umorientieren konnte und inwieweit die VSM-Basis die neue Politik einfach hinnahm oder sogar unterstützte, entzieht sich der Kenntnis des Autors.

¹²²⁴ Die Hintergründe dafür sind unbekannt geblieben, vielleicht war die tatsächliche Unterstützung für die Trotzkisten im Verband ungeklärt und das Aufnahmebegehr wurde als verfrüht eingeschätzt, vielleicht war es aber auch die Strategie des VSVI, ihre entrustisch arbeitenden Genossen im Marxistisch-Leninistischen Studentenverband (MLS) (der MLS entstand 1972 aus einer maoistischen Mehrheitsströmung im Verband demokratischer Studenten [VDS], dem Studentenverband der KPÖ), im VSM und in anderen Gruppen in einer unabhängigen, offen trotzkistischen Partei zusammenzuführen, was dann mit der Gründung der GRM im August 1972 auch geschah. Unklar ist, wie viele Unterstützer Gruder um sich herum sammeln konnte und warum sie nicht offiziell bis 1971 der TOÖ/KLÖ beitreten. Zumindest zu Hallstein in der TOÖ bestand ein Kontakt, evtl. wurden aber weitere Sympathisanten im VSM erst um 1970 gewonnen, so dass ein Übertritt zur TOÖ taktisch nicht sinnvoll erschien.

¹²²⁵ Vgl. Svoboda, 1986, S. 150.

¹²²⁶ Ebd.

VSM aus dem Bundesjugendring, die Sache zog sich aber hin, bis sich der VSM im November 1976 dazu entschied, endgültig aus Bundesjugendring und SPÖ auszutreten – nicht ohne vorher noch einmal beträchtliche finanzielle Mittel eingefordert und auch erhalten zu haben.¹²²⁷

7.2.3 Sozialstrukturelle und organisatorische Bilanz der Jugendorientierung

Der personelle Aufbau der Sektionen des VSVI in Europa erfolgte in den späten sechziger Jahren auf der Grundlage der Rekrutierung von Studierenden und Schülern für die trotzkistische Bewegung. Die soziale Zusammensetzung änderte sich dem entsprechend von Organisationen mit einem starken Anteil von Industriearbeitern zu Organisationen, die in ihrer sozialen Zusammensetzung von einer studentischen „Intelligenz“ und einem aufstrebenden Facharbeiter- und Angestelltenmilieu dominiert waren. So bestand die französische Ligue Communiste bei ihrer Gründung 1969 zu 90 % aus Studierenden, erst 1973 änderte sich ihre soziale Zusammensetzung deutlich: 40 % Studierende, 20 % Lehrer, 9 % Industriearbeiter und 30 % übrige Lohnarbeiter.¹²²⁸ Die schweizerische Sektion wies Anfang der Siebziger ähnliche Relationen aus: Rund die Hälfte waren jünger als 25 Jahre, gerade einmal 10 % waren älter als 35 Jahre. Insgesamt stellten die Hochschulabsolventen, Studenten und Mittelschüler die Mehrheit in der RML dar.¹²²⁹ Auch in der GIM und der IKD stellten die Studierenden Anfangs die absolute Mehrheit, und auch die Mitglieder mit begonnenem oder abgeschlossenem Studium dürften in den siebziger und achtziger Jahren überrepräsentiert gewesen sein.¹²³⁰ Eine ähnliche Zusammensetzung wird es in der GRM gegeben haben. Dies sollte für die revolutionären Perspektiven des VSVI nun erst mal kein Problem darstellen, weil die Studentenbewegung, ebenso wie die der Jugend in den Betrieben, in der Konzeption des VSVI als „Neue Avantgarde mit Massencharakter“ die Klassenkämpfe der Zukunft anführen sollten. Zudem betonte man, dass sich die Verbundenheit mit der Arbeiterschaft in der Programmatik und nicht in der sozialen Zusammensetzung manifestiere, welche die Organisationen aufgrund der besonderen historischen Situation aufweise.¹²³¹

Das Scheitern des Konzeptes der revolutionären Jugendorganisation, aus der sich die neue revolutionäre Partei entwickeln sollte, musste implizit von allen hier dargestellten trotzkistischen Organisationen, außer der schweizerischen, eingestanden werden. Die GIM vereinigte sich mit der RKJ rund zweieinhalb Jahre nach deren Gründung, die IKD ging in der Nachfolgeorganisation der KJO auf, die sich aufgrund unterschiedlicher Strategien in Bezug auf die Jugend gespalten und dann als Spartacusbund wiedervereinigt hatte. Die Junge Garde der IAK wurde aufgelöst und in die Jusos überführt. Die österreichische GRM zog ebenfalls 1973 eine negative Bilanz ihrer einseitigen Orientierung auf ihren studentischen Sympathisantenkreis. Dabei ist aber zu beachten, dass die GRM mit Roten Maulwurfszirkeln seit 1973 (ebenso wie die RML in der Schweiz mit La Taupe und dem Maulwurf seit 1970/1971) Jugendarbeit als einen Aufbausektor unter anderen begriff – und eben nicht die Schaffung einer revolutionären Jugendorganisation als Grundlage einer revolutionären Partei verfolgte. Dies entsprach auch der tatsächlichen Situation einer quantitativ geringeren Jugendbewegung und damit der Notwendigkeit, sich als Gesamtorganisation dem Aufbau einer revolutionären Partei zu widmen, statt organisatorisch getrennt als Erwachsenen- und Jugendorganisation aufzutreten.

Die organisatorischen Entwicklungen der Trotzkisten um die 1968er Jahre zeigen deren spezifischen Charakteristika auf: Erstens wird die taktische Flexibilität unterschiedlicher Organisationsansätze deutlich, die auf der Grundlage einer theoretischen Neubestimmung der Rolle der (zum Teil „kleinbürgerlichen“) Jugend als „Vorhut der Arbeiterklasse“ erfolgte, die wiederum nur vor dem Hintergrund ihrer Krisentheorie verständlich ist, welche sich für die Trotzkisten in der gesellschaftspolitischen Situation bestätigte. Zum zweiten zeigt sich die Fähigkeit der trotzkistischen Kader, relativ schnell neue Organisationen ins Leben zu rufen, neue Kader zu entwickeln und zu festigen, die wiederum neue Mitglieder gewinnen. Der optimistische Bezug auf die „historische Rolle“ der Arbeiterklasse wird als weiteres Charakteristikum der Trotzkisten gerade in der Vorstellung von der „neuen Avantgarde“ deut-

¹²²⁷ Ebd., S. 152–156.

¹²²⁸ „Klassenkämpfer für die Universität?“ in: *Neue Zürcher Zeitung*, 22. Mai 1973, Morgenausgabe Nr. 2. AfZ: SAD-Dokumentation 5.1.6.4.1. 281 Bresche Hochschulgruppe (BHG).

¹²²⁹ Gilg, 1974, S. 108f.

¹²³⁰ Vgl. Brandt/Steinke, 1984, 1643.

¹²³¹ Vgl. Langguth, 1971, S. 157f.

lich. Ohne dass sich die Arbeiterklasse (in Deutschland, Österreich und der Schweiz) in Bewegung gesetzt hatte, verfügte sie laut VSVI schon über eine neue Avantgarde, die sich nun auf die Arbeiterklasse zu orientieren habe. Dies war aber wiederum nur Ausdruck des Verständnisses der Trotzkisten über die perspektivische „Bewusstwerdung“ der Arbeiterklasse, welche innerhalb kürzester Zeit zu einer revolutionären Perspektive gelangen würde. Diese Vorstellung hatte eine gewisse Anziehungs- kraft auf Teile der Jugend, weil damit nicht nur eine baldige revolutionäre Veränderung der Gesellschaft in Aussicht gestellt wurde, sondern weil man der Jugend eine Avantgardefunktion für diese Veränderungen zubilligte.

7.2.4 Bilanz einer theoretischen Neuorientierung: Die „Neue Avantgarde mit Massencharakter“

Wichtig im oben genannten Zusammenhang ist die Bedeutung der These von der „Neuen Massenavantgarde“, die für die Sektionen des VSVI in den siebziger Jahren von großer strategischer Bedeutung war und auch einen gewissen Anteil an der späteren Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen hatte.

Die Mitglieder des VSVI interpretierten die Aufbruchbewegung von 1968 im Kontext des von ihnen vorhergesagten Aufschwunges der Weltrevolution in Westeuropa, welcher sich in der Herausbildung einer „Neuen Avantgarde mit Massencharakter“ als Schüler-, Lehrlings- und Studierendenbewegung materialisierte. Die Entstehung dieser Avantgarde erkläre sich laut Pierre Frank daher, dass es „in der Praxis zu einem tiefen Bruch zwischen einer jungen Avantgarde in den imperialistischen Ländern und den traditionellen reformistischen Führungen der Arbeiterklasse“ kam.¹²³²

Diese Avantgarde sollte nicht nur für das eigene Programm gewonnen, sondern auch auf die Arbeiterklasse als soziale Trägerin der Revolution orientiert werden, was „zur Beteiligung der Vorhut-Trupps am revolutionären Kampf des Proletariats für die Machteroberung“¹²³³ führen sollte. Das VSVI in Europa konnte sich Ende der Sechziger vor allem durch die Gewinnung von Studierenden aufbauen und verband die nun veränderte eigene soziale Zusammensetzung mit der Perspektive, über die Gewinnung von Studierenden und Jugendlichen später umso stärker in die Arbeiterbewegung intervenieren zu können. Das Konzept, die Hegemonie in der Neuen Massenavantgarde zu erlangen, war zwar nicht nur auf Studenten gerichtet, wurde aber anscheinend von vielen Sektionen so interpretiert. So reduziert auch Boris Jezek (SOAL) im Rückblick die „Neue Massenavantgarde“ auf die Studierendenbewegung¹²³⁴ – dies wahrscheinlich aufgrund der geringeren politischen Beteiligung der Schüler- und Lehrlinge (von der Arbeiterschaft ganz zu schweigen). Da es sich noch nicht einmal um einen Massenavantgarde handelte („wegen der absoluten Kleinheit dieser Vorhut ziehen wir es vor von einer Neuen Avantgarde zu sprechen“)¹²³⁵, reduzierte sich der Begriff bei der GRM auf „Neue Avantgarde“:

„Diese NA (Neue Avantgarde) ist zwar zahlenmäßig schwach, gesellschaftlich noch relativ isoliert und ihrer sozialen Herkunft nach nicht proletarisch, sie agiert jedoch politisch im Rahmen der Arbeiterbewegung und markiert den Beginn einer Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Bürokraten.“¹²³⁶

Und weiter:

„Es ist die Aufgabe der revolutionären Marxisten, die politischen Schwächen der Neuen Avantgarde zu neutralisieren und sie entsprechend den Bedürfnissen revolutionärer Politik auf den Klassenkampf hin zu orientieren. Nur wenn das gelingt, wird sie ihre Vorhutfunktion bewahren und voll umsetzen.“¹²³⁷

Auch in der Schweiz betonte die RML 1973:

„In der heutigen Phase des Aufbaus einer revolutionären Organisation wäre es unserer Ansicht nach völlig falsch, die Wichtigkeit der Arbeit im Schüler und Studentenmilieu zu

¹²³² „Der 10. Weltkongress der IV. Internationale“, in: Frank, 1974, S. 186.

¹²³³ IV. Internationale (VSVI), „Der neue Aufstieg der Weltrevolution“ (1969), S. 82.

¹²³⁴ Vgl. Jezek, 1997, S. 240.

¹²³⁵ „Die Entwicklung der Klassenkämpfe und die Aufgaben der Revolutionären Marxisten“, in: GRM (Hrsg.), *Dokumente der Nationalen Delegiertenkonferenzen 1975 und 1976*, a.a.O., S. 38.

¹²³⁶ Ebd., S. 30.

¹²³⁷ Ebd.

unterschätzen und eine ‚proletküllerische‘ Wendung zu vollziehen, die aus der Arbeit „auf“ den Betrieben die einzige Aufgabe einer revolutionären Organisation machen würde.“¹²³⁸

Auch die GIM vertrat eine ähnliche Position: Es habe sich in Europa „eine mächtige Strömung radikalisierter Arbeiter mit der spezifisch jugendlichen Strömung verbunden und sie priorität auf die Arbeiterkämpfe hin orientiert“.¹²³⁹

Bei einer richtigen Politik könne „die neue Avantgarde als Politisierungsinstrument gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut eingesetzt werden“, woraus sich die Aufgabe ableite, „innerhalb der neuen Avantgarde ein politisch dominierendes Gewicht zu gewinnen“.¹²⁴⁰ Alle drei Organisationen betonten also den Kampf um die Hegemonie in der Neuen Avantgarde, dessen Notwendigkeit sich aus der sozialen und politischen Zusammensetzung eben dieser Avantgarde ergab. So hieß es in der politischen Resolution des 10. Weltkongresses:

„Diese neue Massenavantgarde kann in knappester Form charakterisiert werden als die Gesamtheit der Kräfte, die unabhängig und links von den traditionellen bürokratischen Führungen der Massenbewegung agieren. Es handelt sich um ein sowohl politisches als auch soziales Phänomen, da die neue Massenavantgarde die radikalisierten Schichten innerhalb der Jugend, der Arbeiterklasse, der Frauen umfaßt, von denen die Mehrheit unorganisiert, aber ein Teil Mitglieder oder Anhänger der Organisationen der extremen Linken ist: Trotzkisten, Zentranten, Maoisten, Mao-Spontaneisten usw.“¹²⁴¹

Da gerade die ML-Gruppen mit der GRM an den Hochschulen um die radikalisierten Studenten konkurrierten,¹²⁴² ergab sich daraus für die GRM die notwendige permanente Entlarvung und Bekämpfung der ML-Gruppen, um die Neue Avantgarde vom „schädlichen Einfluss“ derselben zu schützen und auf sie auf die Arbeiterbewegung hin zu orientieren.¹²⁴³ Auch in der Schweiz wollte die RML verhindern, dass „ein Teil der besten Elemente den Preis bezahlen muss für einen ‚Rückfall‘ in die schlimmsten politischen und theoretischen Entartungen der stalinistischen Periode“. Somit könne „die Stärkung des revolutionär-marxistischen Pols mit einem vollständigen und gut definierten Programm den Klärungsprozess in der neuen Avantgarde nur fördern“.¹²⁴⁴

Die GIM vertrat die Position, dass je eher die Maoisten „von der Bühne der Geschichte verschwinden, desto besser für die Arbeiterbewegung“¹²⁴⁵ und organisierte 1975 eine Veranstaltungsreihe in verschiedenen Städten, die sich mit „dem Rechtsschwenk der maoistischen Organisationen“ auseinandersetzte.¹²⁴⁶

Obwohl alle drei Organisationen des VSVI auf vielen verschiedenen politischen Feldern aktiv waren, vollzog sich der Organisationsaufbau bis über die Mitte der siebziger Jahre hinaus auf der Grundlage der Strategie der Gewinnung der Hegemonie in der Neuen Avantgarde und damit notwendigerweise verstärkt auf dem Feld der Hochschularbeit bzw. der allgemeinen Jugendarbeit. Dies war natürlich dem Umstand der Schwäche der „Neuen Avantgarde“ in den Betrieben geschuldet. Tatsächlich spricht

¹²³⁸ Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS, a.a.O., S. 12.

¹²³⁹ „Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft und die Aufgaben der revolutionären Marxisten. Politische Resolution der Internationalistischen Tendenz (IT), ZK-Mehrheits-Tendenz“, in: GIM (Hrsg.), *Der Stand der Klassenkämpfe und die Aufgaben der revolutionären Marxisten. Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1974*, Frankfurt/M. 1974, (die Internationale, Sondernummer 4), S. 19.

¹²⁴⁰ Ebd., S. 71.

¹²⁴¹ „Allgemeine politische Resolution“, in: GIM (Hrsg.), *Resolutionen und Dokumente des X. Weltkongresses der IV. Internationale*, Frankfurt/M.. o. J., (die Internationale, Sondernummer 5), S. 60.

Von der Definition eines Teils der neuen Avantgarde als Trotzkisten, Zentranten, Maoisten etc. in den Siebzigern war es nun um übrigen (in der Theorie) nicht mehr weit zur scheinbaren Vereinigung aller „radikal-antikapitalistischen Avantgardekräfte“ in einer neuen Internationale, von der das VSVI dann Mitte der Neunziger sprach. Siehe dazu IV. Internationale (VSVI), Der Aufbau der Internationale heute, 1995, a.a.O.

¹²⁴² Vgl. GRM, 1977, S. 38.

¹²⁴³ Ebd.

¹²⁴⁴ Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS, S. 13.

¹²⁴⁵ H. Lierow, „Editorial. In eigener Sache?“, in: *die Internationale*, Nr. 8, Dezember 1975, S. 10.

¹²⁴⁶ Im gleichen Jahr veröffentlichte die GIM eine rund 110-seitige Broschüre *Kritik des westdeutschen Maoismus* mit Beiträgen von Kurt Beiersdorfer und Winfried Wolf.

aber Pierre Frank im Rückblick auf den 10. Weltkongress des VSVI von 1974 vom „Entstehen einer neuen Massenavantgarde – v. a. in den Betrieben“. ¹²⁴⁷

Damit bestehe die Hauptaufgabe in

„der Eroberung der Hegemonie innerhalb dieser neuen Avantgarde mit Massencharakter, wobei das Gewicht auf unsere Verstärkung in der Arbeiterkomponente dieser Avantgarde liegt, um im Vergleich zur vorgehenden Periode qualitativ stärkere revolutionäre Organisationen aufzubauen“. ¹²⁴⁸

Zusammenfassend lässt sich bilanzieren, dass die Sektionen des VSVI auf eine Neue Avantgarde setzten, die sich hauptsächlich aus der Studentenbewegung rekrutierte und in der gegenüber den ML-Gruppen die Hegemonie zu erobern sei, da diese Avantgarde als Politisierungsinstrument gegenüber der Arbeiterbewegung einzusetzen sei. Diese Vorstellungen musste bis Mitte/Ende der Siebziger als gescheitert angesehen werden, die „Wende zu den Betrieben“ ab 1978 war unter anderem ein Eingeständnis diesen Scheiterns. ¹²⁴⁹ Die Entstehung von neuen sozialen („nicht-proletarischen“) Bewegungen hatte also für einen Teil der Trotzkisten bereits enorme Auswirkungen in Theorie und Strategie gezeigt. In Lateinamerika war die Guerillabewegung in den sechziger Jahren zur neuen Avantgarde geworden, in den nicht-kapitalistischen Ländern hatte man bereits in den fünfziger Jahren auf den linken Flügel der Bürokratie als neue Vorhut gesetzt und in den Industrieländern war nun eine „kleinbürgerliche“ Studentenbewegung zur neuen Avantgarde avanciert. Dies entsprach der Suche der Trotzkisten des VSVI nach dem revolutionären Subjekt im Prozess des „Neuen Aufschwungs der Weltrevolution in den drei Sektoren“.

In den frühen achtziger Jahren stellte sich nun die Frage, wie die Sektionen des VSVI auf die neuen sozialen Bewegungen reagieren sollten, doch zuvor müssen kurz die Mitsiebziger Jahre betrachtet werden, in denen eine enttäuschende Bilanz des Prozesses des „Aufschwunges der Weltrevolution“ gezogen werden musste.

7.3 Phase der Konsolidierung nach 1968 bis Mitte der siebziger Jahre

Der Zeitraum von Anfang bis Mitte der siebziger Jahre kann als Phase des Aufbaus und der Konsolidierung der trotzkistischen Organisationen begriffen werden. Dabei vollzogen sich mehrere wichtige Prozesse: Einerseits konnten die trotzkistischen Internationalen und deren Organisationen wachsen und in mehreren europäischen und auch lateinamerikanischen Ländern zu einem wichtigen politischen Faktor auf der radikalen Linken werden. Die Vertreter des „offiziellen“ Kommunismus mussten feststellen, dass seit Mitte der sechziger Jahre „in einer Reihe kapitalistischer Länder eine gewisse Wiederbelebung und ein Anwachsen trotzkistischer Aktivitäten“ festzustellen sei. Deren Einfluss auf die kleinbürgerliche radikale Jugend hänge

„mit dem ungleichem Heranreifen der objektiven und subjektiven Bedingungen des revolutionären Prozesses in der Welt sowie mit den Schwierigkeiten zusammen, die seine Entfaltung begleiten“. ¹²⁵⁰

Andererseits entstanden nun (besonders in Deutschland) sowohl durch länger zurückliegende, aber auch aktuelle Abspaltungen vom VSVI neue trotzkistische Organisationen (TLD, Voran, SAG, Spartacusbund und dessen Abspaltungen, zudem IAK und BSA), die auf der Grundlage der „Nachwehen“ von 1968 und einer gewissen politischen Radikalisierung der Jugend und der Arbeiterschaft ebenfalls geringfügig wachsen konnten. Zum dritten erfüllten sich zwar die Voraussagen über soziale Auseinandersetzungen bis hin zu Revolutionen, (1972-74 Streikwelle in Großbritannien und 1973 in Japan, Sieg des Vietkong 1975, Sturz der Diktatur in Argentinien, Revolutionsregierung in Guinea-Bissau, 1974 Nelkenrevolution in Portugal, 1974 Zusammenbruch des Obristen-Regimes in Griechenland, 1976 Sturz der Franco-Diktatur in Spanien), diese führten aber zu stabilen demokratischen Regimes oder waren nirgends als sozialistische Revolution dauerhaft erfolgreich (Vietnam einmal ausgenommen). Gleichwohl schien sich der Prozess der Weltrevolution (wenn auch in deformierter

¹²⁴⁷ „Der 10. Weltkongress der IV. Internationale“, in: Frank, 1974, S. 192.

¹²⁴⁸ Ebd., S. 193.

¹²⁴⁹ Auch Winfried Wolf sieht die Wende zur Industrie vor dem Hintergrund des gescheiterten „Wettlaufes“ mit den maoistischen Gruppen. Interview mit W. Wolf am 26.03.2005.

¹²⁵⁰ Poppenberg, 1979, S. 72.

Weise) weiter zu entwickeln. Das ägyptische Regime unter Nasser (bis 1970), Indonesien unter Sukarno (bis 1965), Ghana, Guinea, Irak, Syrien, Libyen etc. verstanden sich als nicht-kapitalistisch.¹²⁵¹ Das Ausbleiben der sozialen Revolution in Europa führte einerseits zur Desillusionierung, andererseits konnte man weiter auf den Aufschwung der Weltrevolution hoffen und sah sich in den eigenen Perspektiven bestätigt: das Problem bestehe weiterhin im fehlenden Faktor einer revolutionären Partei mit revolutionärer Führung, also dem Fehlen einer trotzkistischen Massenpartei.¹²⁵² Dass daraus eigentlich zu schlussfolgern gewesen wäre, dass auch die nächsten Jahre oder Jahrzehnte keine Revolution erfolgreich sein könne, da die Trotzkisten bis auf Ausnahmen in den meisten Ländern nur über schwache Kräfte verfügten, sprach natürlich niemand aus. Stattdessen orientierte sich eine Mehrheit des VSVI international auf die Guerillabewegung in Lateinamerika und auf die Studierenden in Europa und betonte auf dem 10. Weltkongress von 1974:

„Während mehrerer Jahre ist die Grundtendenz (die weder vorübergehende Rückschläge noch Teilniederlagen ausschließt) weder ein (...) Abflauen der Revolution noch eine (...) Neukonsolidierung des Imperialismus, sondern im Gegenteil der andauernde revolutionäre Aufschwung, die Vervielfältigung der kapitalistischen Krisen jeder Art, die Vervielfältigung der machtvollen Stöße der Massenbewegung, die bis zur Schaffung von Situationen der Doppelherrschaft geht oder diese Schwelle überschreitet.“¹²⁵³

Innerhalb der trotzkistischen Strömungen existierten zwar unterschiedliche Betonungen über die Entwicklung des Prozesses zur Revolution, insgesamt war man sich aber über „die Epoche der Revolution“ einig. So behauptete das Vereinigte Sekretariat: „Die sozialistische Revolution steht in Europa von neuem auf der Tagesordnung, nicht nur vom historischen (...), sondern sogar vom konjunkturellen Standpunkt aus betrachtet.“¹²⁵⁴ Spartacus-BL sprach von der „Aktualität der proletarischen Revolution in der Epoche des niedergehenden Imperialismus“.¹²⁵⁵ Die TLD meinte, dass „das Gebot der Stunde ist, den bürgerlichen Staatsapparat zu zertrümmern und die Diktatur des Proletariats zu errichten“.¹²⁵⁶ Ähnlich sah es die IAK: „In Europa steht die proletarische Revolution auf der Tagesordnung“.¹²⁵⁷ „In allen Ländern der Welt drängt der Kampf zur Entscheidung: Es geht um die politische Macht“.¹²⁵⁸ Die RML behauptete: „Wie in den Jahren 1919-23 oder 1944-48 steht die sozialistische Revolution in Europa erneut auf der Tagesordnung.“¹²⁵⁹ Der BSA sah ein Entwicklungsstadium, „wo wir vor dem Übergang des Klassenkampfes von einer Stufe in eine höhere stehen, einem Entwicklungsstadium, in dem alle trotzkistischen Parteien dazu aufgerufen sind, die Führung in dem Kampf um die Arbeitermacht zu erobern“.¹²⁶⁰

In Deutschland, Schweiz und Österreich stellte sich dieses Szenario nun etwas anders dar, und zwischen diesen drei Ländern gab es wiederum deutliche Unterschiede in der Entwicklung der sozialen Auseinandersetzungen. Hier gingen die Positionen erneut auseinander. Während die GIM einen „revolutionären Durchbruch“ für die BRD faktisch ausschloss, argumentierte der BSA/SJB damit, dass die Folgen der Wirtschaftskrise in kurzer Zeit die Frage von Sozialismus oder Faschismus auf die Tagesordnung stelle.¹²⁶¹

Ein vierter wichtiger Prozess vollzog sich bei der Verlagerung der Arbeit der europäischen Sektionen des VSVI ab Mitte der Siebziger. Der „Kampf um die Erringung der Hegemonie in der neuen Avantgarde mit Massencharakter“ im Rahmen der Arbeit an den Schulen und Hochschulen (wobei die Inter-

¹²⁵¹ Vgl. Füllerth, 2005, S. 258.

¹²⁵² Vgl. „Der 10. Weltkongreß der IV. Internationale“, in: Frank, 1974, S. 187.

¹²⁵³ Zitiert nach ebd., S. 194.

¹²⁵⁴ „Der Aufbau revolutionärer Parteien im kapitalistischen Europa (Thesenentwurf des Vereinigten Sekretariats zum 10. Weltkongress der IV. Internationale“, in: *die Internationale*, Nr. 1, Juli 1973, S. 10).

Noch 1976 vertrat Mandel die Position, die Arbeitermassen Westeuropas seien für die sozialistische Demokratie „aufgeschlossen“ (vgl. Kellner, 2004, S. 105).

¹²⁵⁵ *Spartacus*, Nr. 26. Dezember/Januar 1972, S. 41. ASF: 9.1.12 Spartacus-Gruppen.

¹²⁵⁶ Kommunistische Korrespondenz, Extrablatt, Mai 1975, S. 8.

¹²⁵⁷ Flugblatt der IAK/Junge Garde, August 1969, zitiert nach Madloch, 1976, Bd. 1, S. 141.

¹²⁵⁸ Maiaufruf der IAK und der JG, dokumentiert in: Autorenkollektiv, 1975, Teil II, S. 4.

¹²⁵⁹ Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS, a.a.O., S. 9.

¹²⁶⁰ *Der Funke*, Nr. 3, 15. März 1972, S. 2.

¹²⁶¹ Vgl. SJB-Programm und Perspektiven 1973/74, Essen 1973, S. 6, zitiert nach Madloch, 1976, Bd. 1, S. 200.

vention in Streikaktionen ebenfalls eine wichtige Rolle spielten) wurde von der Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen abgelöst. War der Kampf um die Hegemonie vor allem gegen die Maoisten auf den Themenfeldern Hochschule und Internationalismus geführt worden, so führte der Niedergang der Studentenbewegung und die nachlassende Mobilisierungsfähigkeit von internationalistisch inspirierten Propagandaaktionen zu einer Umorientierung der Trotzkisten auf die Ökologie- und die spätere Friedensbewegung. Die traditionell große Bedeutung der Internationalismusarbeit¹²⁶² hatte beim weiteren Aufbau der Sektionen seine Schwächen offenbart.¹²⁶³

7.4 Die neuen sozialen Bewegungen

Der Begriff „neue soziale Bewegungen“ umfasst in der Wissenschaftsliteratur und -diskussion (nicht unumstritten) die Alternativ-, die Anti-AKW-, die Ökologie-, die Dritte-Welt-, die Frauen- und die Friedensbewegung, weiter ihre Organisationen und Milieus. Brand et al. sehen in historischer Perspektive eine Überlappung von Bürgerinitiativen mit der Ökologiebewegung, und begreifen diese somit als qualitativ neue Stufe einer Bürgerinitiativbewegung.¹²⁶⁴ Die Absenz der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen während der Entstehungsphase der neuen sozialen Bewegungen führte zur ideologischen und politischen Führung der neuen Mittelschichten, welche die heterogene Bewegung dominieren konnte. Hier stellt sich die Frage nach den Ursachen der Entstehung dieser Bewegung. Dabei wird auf zwei Erklärungen verwiesen: Einmal auf ein entstandenes „postmaterielles Bewusstsein“ besonders in „der neuen Mittelschicht“,¹²⁶⁵ andererseits auf eine von Teilen der Bevölkerung getragene Abwehrreaktion gegen die sozialen, politischen und ökologischen Folgen der „fordistischen Gesellschaft“.¹²⁶⁶ Einig ist man sich darüber, dass die Folgen der „ungebremsten Kapitalverwertung“¹²⁶⁷ problematisiert und an den Staat als verantwortliche „Planungsbehörde“ adressiert wurden.¹²⁶⁸ Dadurch boten sich ideologische Anknüpfungspunkte für Organisationen jeglicher politischer Couleur. Die radikalen Kräfte konnten das Verhältnis Staat-Kapital-Umwelt problematisieren, Bürgerinitiativen konnten in Deutschland auf die Reformfreudigkeit der sozial-liberalen Koalition hoffen, andere Organisationen und Initiativen verfolgten die Doppelstrategie der parlamentarischen und außerparlamentarischen Orientierung.

Ähnlich wie in der Zeit der Studierendenbewegung spielten erneut ökonomische Ursachen (Krise 1974/75, Lehrstellenmangel, technologische Umbrüche) eine auslösende Rolle für eine kapitalismuskritische Bewegung. Dequalifizierung und Massenarbeitslosigkeit, Rücknahme von Reformen und die Gefahr der sozialen Deklassierung (gerade für Akademiker und Angestellte) führte zu Existenzängsten und Verweigerungshaltung. Der Protest entwickelte aber nicht erneut eine antikapitalistische¹²⁶⁹ und klassenförmige, sondern eine entweder staatsfixierte oder gegenkulturelle Perspektive: Aussteigeramt, alternatives Wirtschaften, Veränderung der Gesellschaft durch Veränderung des Menschen etc. reduzierten antisystemisches Denken auf eine mögliche Reform der gesellschaftlichen Verhältnisse:

„Nicht mehr das Verhältnis zwischen Arbeitern und Produktionsbedingungen bildete den strukturellen Konfliktanlaß, sondern das Verhältnis der Staatsbürger zum politisch-administrativen System.“¹²⁷⁰

Die Friedensbewegung als sozial und politisch weit gefächerte (und gleichzeitig letzte) Massenbewegung verlängerte die gegebenen

¹²⁶² Vgl. Gellrich, 1999, S. 69.

¹²⁶³ Kriesi weist darauf hin, dass je ausschließlicher eine Bewegung auf ein bestimmtes Thema orientiert ist, desto eher ist sie abhängig von Aufmerksamkeitszyklen, die im Falle internationaler Themen besonders kurz sind. Internationale Themen seien zudem schwierig parteipolitisch umzusetzen (Kriesi, 1992, S. 90).

¹²⁶⁴ Brand et al., 1986, S. 86.

¹²⁶⁵ Vgl. ebd., S. 87.

¹²⁶⁶ Vgl. J. Hirsch, „Jugendprotest und die Theorie neuer sozialer Bewegungen“, in: W. Breyvogel (Hrsg.), *Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotests*, Essen 1983, S. 86–88.

¹²⁶⁷ Brand et al., 1986, S. 87.

¹²⁶⁸ Vgl. G. Haasken / M. Wigbers, *Protest in der Klemme. Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1986, S. 186.

¹²⁶⁹ Vgl. L. Rolke, *Protestbewegungen in Deutschland. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs*, Opladen 1987, S. 317f.

¹²⁷⁰ Rolke, 1987, S. 19.

„Verhältnisse politischer Herrschaft projektiv in die Zukunft: die Friedensbewegung entwickelt kein Utopie, die den gegenwärtigen kapitalistischen Zusammenhang negativer Vergesellschaftung transzendieren würde – sei's durch den Anspruch auf direkte Demokratie, sei's durch emanzipatorische Selbstorganisation“.¹²⁷¹

Der Protestzyklus, der Mitte der sechziger Jahre seinen Anfang nahm und sich über eine antikapitalistische Jugendbewegung weiterentwickelte, umfasste in den siebziger Jahren zunehmend Bürger- und heterogene Alternativbewegung, die allerdings zur Entradikalisierung und Staatsorientierung beitrugen. Die „utopischen Energien der neuen sozialen Bewegungen“¹²⁷² versiegten, und sie wurden von einem „provokierend bewegten Veränderungsstachel im herrschenden institutionellen Gefüge zu einem mehr oder weniger kommensurablen Teil desselben“.¹²⁷³ „Keine dieser Bewegungen (...) hatte die Überwindung des Kapitalismus zum Ziel. Dies war eine in seiner Geschichte seiner industriellen Phase eine völlig neue Situation.“¹²⁷⁴

Der Protestzyklus lief somit spätestens Ende der achtziger Jahre aus:

„In Folge des Bildes, das aufgrund der Mobilisierungserfolge ‚der‘ neuen sozialen Bewegungen entstanden ist, kommt man – sofern nicht von Latenzphasen die Rede ist – kaum umhin, ihr nahezu völliges Verschwinden zu konstatieren. Denn was ist noch übrig von der manifesten Präsenz der Ökologie-, Dritte-Welt-, Friedens-, Anti-AKW- oder Frauenbewegung?“¹²⁷⁵

Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen

Hier kann nicht die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen in drei Ländern in den späten siebziger und achtziger Jahren nachgezeichnet werden – vielmehr soll ein kurzer stichpunktartiger Überblick zur Anti-AKW- und Friedensbewegung erfolgen, der die Dimensionen der neuen sozialen Bewegungen deutlich machen soll. Zudem wird kurz auf die Entstehung der jeweiligen Grünen Parteien eingegangen werden.

In Deutschland entstand 1971 in Wyhl eine Bürgerinitiative gegen den geplanten Bau eines AKW. 1975 besetzten 28.000 Menschen für acht Monate den AKW-Bauplatz und verliehen damit dem Widerstand in Wyhl einen Symbolcharakter.¹²⁷⁶ Mit den massiven Auseinandersetzungen um Grohnde und Brokdorf 1976/77 wurde das Potential der Anti-AKW-Bewegung deutlich sichtbar, doch hier scheiterte die versuchte Besetzung am massiven Polizeiaufgebot. Trotzdem hatten die Auseinandersetzungen einen weiteren Mobilisierungseffekt. Im März 1979 fand mit rund 100.000 Teilnehmern die bis dato größte Anti-AKW-Demonstration in Gorleben statt. Mit der gleichen Teilnehmerzahl kam in Brokdorf im Februar 1981 eine Demonstration zustande. Ab 1983 begann dann die Anti-AKW-Bewegung langsam auseinander zu bröckeln.

Im Dezember 1979 hatte sich gegen den NATO-Doppelbeschluss mit der Friedensbewegung die größte Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik gebildet. Im Oktober 1981 demonstrierten 300.000 Menschen in Bonn, im Juni 1982 waren es dann 400.000. Dieselbe Zahl von Demonstranten beteiligte sich im „Friedensherbst 1984“ an Menschenketten.¹²⁷⁷ Die Entwicklung der Grünen vollzog sich ab 1977/78 mit der Bildung von grünen und alternativen Listen, die Gründung als Partei „Die Grünen“ erfolgte 1980.

Auch die österreichische Anti-AKW-Bewegung entwickelte sich über Jahre. Ursprünglich war der Baubeschluss für ein AKW in Zwentendorf für Anfang 1971 geplant, die Bevölkerung im Umland reagierte

¹²⁷¹ Zitiert nach Haasken/Wigbers, 1986, S. 186.

¹²⁷² Brand et al. 1986, S. 268.

¹²⁷³ R. Roth, „Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie“, in: A. Klein / H.-J. Legrand / Th. Leif (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Opladen u. Wiesbaden 1991, S. 54.

¹²⁷⁴ Fülberth 2005, S. 287.

¹²⁷⁵ K.-U. Hellmann / A. Klein, „Editorial“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 4, 1994, S. 2.

Georg Haasken und Michael Wigbers stellten bereits 1986 für die Bundesrepublik fest, dass Studenten-, Ökologie-, Anti-AKW- und Friedensbewegung mit ihren primären Ansprüchen gescheitert seien oder nur Teilerfolge errungen haben. Protestanliegen, die auf parlamentarische Entscheide konzentrierten, wurden nach einem Negativbescheid fallengelassen, wobei dies nicht zuletzt mit der Rolle der SPD und des DGB in den sozialen Bewegungen zusammenhing bzw. mit der staatsbürgerlichen Fixiertheit der Träger der Bewegung selbst (vgl. Haasken/Wigbers, 1986, S. 183).

¹²⁷⁶ Ebd., S. 66.

¹²⁷⁷ Ebd. S. 88–91, 103.

kaum. Erst als Pläne der schweizerischen Regierung bekannt wurden, 5 km von Feldkirch (Vorarlberg) im Rheintal ein AKW bauen zu wollen, demonstrierten 20.000 Österreicher dagegen. Ab 1974 gewann dann die Anti-AKW-Bewegung an Fahrt. 120.000 Unterschriften wurden gesammelt, der maoistisch orientierte Kommunistische Bund mobilisierte in einem Zweckbündnis mit den konservativ-bürgerlichen Teilen der Anti-AKW-Bewegung in der „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner“ (IÖAG) Schüler, Studenten und Arbeiter. Die Planungen zum Bau eines zweiten AKWs sorgten für weitere Unruhe.¹²⁷⁸ Die GRM schlug 1978 die Forderung nach einem Volksbegehren vor, dass von der IÖAG übernommen wurde und auch von Bundeskanzler Kreisky aus taktischen Gründen befürwortet wurde.¹²⁷⁹ Dieses wurde von den AKW-Gegnern mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,5 zu 49,5 % gewonnen. Ein Höhepunkt der Friedensbewegung war die Verhinderung des Verkaufes von Panzern nach Chile im Jahre 1980, und für die Ökologiebewegung wird die Verhinderung des Wasserkraftwerkes in der Hainburger Au durch eine Besetzung im Dezember 1984 von großer Bedeutung gewesen sein, die zur endgültigen Aufgabe des Projektes 1995 führte. Am 8.12.1984 organisierte die Österreichische Hochschülerschaft einen Sternmarsch, der zur Besetzung des Geländes und zur Einstellung der Rodungsarbeiten führte. Am 19.12. kam es zu Zusammenstößen zwischen rund 2000 Polizeibeamten und den 4000 Besetzern, die Bundesregierung verhängte zwei Tage später den Rodungsstopp.¹²⁸⁰

Mit der Unterstützung durch die Anti-AKW-Bewegung gründete sich 1982 die konservative Vereinte Grüne Österreichs (VGÖ), 1983 die eher linksliberale Alternative Liste Österreich (ALÖ). Beide verfehlten 1983 den Einzug ins Parlament und zogen erst 1986 vereinigt als Grüne Alternative (GA) ins selbige ein. 1995 änderten sie ihren Namen in Die Grünen – Die Grüne Alternative (Grüne).

In der Schweiz hatte sich mit den Unfällen im Versuchsreaktor in Lucens (Kanton Waadt) und im Kernkraftwerk Mühlberg (Kanton Bern) in den Jahren 1969 und 1971 ein wachsender Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie entwickelt. Dieser richtete sich auch gegen die Planungen zu einem Kernkraftwerk in Kaiseraugst nahe Basel; 1975 formierte sich der Protest zu einer zweimonatigen Besetzung des Baugeländes durch mehrere hundert Demonstranten. Die beinahe geschlossene Ablehnung der lokalen Bevölkerung gegen das Bauvorhaben und die Ankündigung einer eidgenössischen Initiative für eine Demokratisierung der Baugenehmigungsverfahren durch die Protestbewegung führte dann zur Einstellung der Bauarbeiten.¹²⁸¹

Weitere Demonstrationen gegen den Betrieb von Atomkraftwerken fanden Pfingsten 1978 bei Lucens und Gösgen (Kanton Solothurn) statt, bei denen erneut eine Volksinitiative angekündigt wurde, die dann allerdings im Februar 1979 mit 49 % Zustimmung knapp scheitern sollte. In den Folgejahren sollten weitere Initiativen gegen den Ausbau der Atomkraft mit achtbaren Ergebnissen von über 40 % Zustimmung zwar scheitern, andererseits stieß der geplante Bau von Atomkraftwerken, z. B. bei Verbois, auf einen solchen Widerstand der Bevölkerung, dass dieser nicht über das Projektstadium hinaus kam.¹²⁸² Im Nationalrat hatten die Kernkraftbefürworter eine deutliche Mehrheit, so sprach sich dieser 1985 mit 120:60 Stimmen für das Kernkraftwerk Kaiseraugst aus, die Anträge der Sozialdemokraten, schrittweise aus der Atomenergie auszusteigen, wurden im Oktober 1986 abgelehnt. Doch 1986 konnten die AKW-Gegner einen Erfolg verbuchen, nachdem der Große Rat des Kanton Bern den Ausstieg aus der Atomenergie und den Verzicht auf den Bau des AKW Graben beschlossen hatte, gegen das es bereits seit 1977 die ersten Protestaktionen gegeben hatte. Mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl und der Verdopplung der Sitze der Grünen in den Nationalratswahlen von 1987 (von vier auf neun Sitze) geriet die stabile bürgerliche Mehrheit für die Atomkraft im Nationalrat langsam ins Wanken. Die Anti-AKW-Bewegung legte nun nach: Die SAP beispielsweise stellte fest, dass seit den zehn Jahren, in denen die Anti-AKW Bewegung nun existiere und eine alternative Energiepolitik fordere, fast nichts geschehen sei – notwendig wäre deshalb ein Erfolg der Bewegung durch die Stilllegung eines bestehenden AKW. Eine Demonstration zum Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe beim AKW

¹²⁷⁸ Vgl. Svoboda, 1998, S. 141–164.

¹²⁷⁹ Vgl. Jezek, 1997, S. 241.

¹²⁸⁰ Österreich Lexikon, Hainburger-Au-Besetzung, 31.07.2001. URL: <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.h/h086597.htm> (16.11.2005).

¹²⁸¹ Vgl. Rauber, 2003, S. 582f.

¹²⁸² Rauber, 2003, S. 583.

Mühlheim könnte ein Anfang zu einer erfolgreichen Kampagne „Mühlberg abstellen“ sein.¹²⁸³ Die Demonstration am 25.4.1987 mit rund 10.000 Kernkraftgegnern artete in Zusammenstöße mit der Polizei aus. Im September 1988 wurde dann unter das AKW Kaiseraugst der Schlussstrich gezogen, wobei die Betreiber entschädigt und die Option Kernkraft weiter aufrechterhalten wurden. Im Unterschied zu den Grünen in Deutschland, die aufgrund einer Massenbewegung von Umwelt- und Friedensaktivisten als deren Sprachrohr in die Parlamente gewählt wurden und in denen sich zu Anfang eine Reihe von sozialistischen Organisationen und Einzelpersonen befanden, entstand die Grüne Partei der Schweiz (GPS) in scharfer Abgrenzung zu den linken Organisationen und zu deren Programmatik. In Zuge dessen formierten sich links-alternative Grüne Bündnisse, die sich dem 1987 gegründeten Grünen Bündnis Schweiz (GBS) anschlossen. Einige von ihnen wurden von der sich auflösenden POCH gegründet (Bern und Luzern), andere entstanden durch die Initiative der SAP (SGA Zug, écologie et solidarité Fribourg, Alternative socialiste verte Vaud).¹²⁸⁴

Ähnlich wie in Deutschland löste der Beschluss zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa auch in der Schweiz Friedensdemonstrationen von nie gekanntem Ausmaß aus. 1981 demonstrierten bis zu 40.000 Menschen in Bern, am Vorabend der Stationierung kamen erneut bis zu 50.000 Menschen zusammen. Nach dem Vorbild der Ostermärsche der sechziger Jahre etablierte sich diese Protestform ab Anfang der Achtziger erneut, 1981 kamen innerhalb eines halben Jahres 100.000 Unterschriften für den „Schweizer Appell für Frieden, gegen den Atomtod“ zusammen. Demonstrationen gegen Militärausstellungen und Waffenplätze wurden durchgeführt, 1984 wurde die Initiative „für eine Schweiz ohne Armee“ lanciert,¹²⁸⁵ an dem die SAP maßgeblich beteiligt war. Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA)¹²⁸⁶ konnte sich mit ihrer Initiative zwar nicht durchsetzen, erreichte aber einen relativen Erfolg, als sich Ende November 1989 rund 36 % der Stimmbürger für eine Abschaffung der Armee innerhalb von zehn Jahren aussprachen und die Wähler in den Kantonen Genf und Jura die Initiative sogar mehrheitlich annahmen. Weitere Initiativen und Referenden erhielten 1992 und 2001 43 % und 49 % Zustimmung.¹²⁸⁷

7.4.1 Die Orientierung der Trotzkisten auf die neuen sozialen Bewegungen

Das Verhältnis der Trotzkisten zu den neuen sozialen Bewegungen bzw. den Protestbewegungen kann im folgenden aufgrund der Vielzahl von trotzkistischen Organisationen nur ausschnittweise dargestellt werden. Weder kann die politische Haltung aller Gruppen zur jeweiligen Protestbewegungen, noch soll jede Intervention in dieselben beschrieben und analysiert werden. Aufgrund der quantitativen und qualitativen Bedeutung der Sektionen des VSVI im Verhältnis zu den Organisationen konkurrierender Internationalen in Deutschland, Österreich und der Schweiz wird im folgenden der Haupttheoretiker des VSVI, Ernest Mandel, zur Einschätzung der sozialen Bewegungen aus trotzkistischer Sicht zitiert und im besonderen auch die Organisationen des VSVI schwerpunktartig dargestellt werden.

Mandel analysierte die Ökologiebewegung einerseits vor dem Hintergrund der Entwicklung und der späteren Stagnation der Produktivkräfte seit dem 2. Weltkrieg und andererseits aus einer ideologiekri-

¹²⁸³ Wie legen wir die AKW still? SSA: Ar 65.13.7 RML/SAP Dokumentation AKW 1986-1989.

¹²⁸⁴ Zur Entwicklung der Grünen in der Schweiz – mit ersten Umweltparteien in den 1970er Jahren, zahlreichen Kantonalparteien, den beiden im Hinblick auf die Nationalratswahlen von 1983 entstandenen nationalen Formationen GPS (gemäßigte Grüne) und GBS (linksalternative oder „Wassermelonen-Grüne“), dem langwierigen Fusionsprozess der beiden Formationen und ihren Wahlergebnissen – vgl. Werner Seitz, „Melonengrüne“ und „Gurkengrüne“. Die Geschichte der Grünen in der Schweiz“, in: Matthias Baer / Werner Seitz (Hrsg.), *Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis*, Zürich u. Chur 2008, S. 15–37; http://www.gruene.ch/web/gruene/de/die_gruenen/geschichte.html sowie die dort veröffentlichte Darstellung: Grüne / Les Verts / I Verdi, Geschichte der Grünen in der Schweiz, Bern 2009;

http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/die_gruenen/090421_dokumentation_d.pdf (siehe hier „Grüne in Kantonalparteien“, S. 15/16).

¹²⁸⁵ Vgl. Rauher, 2003, S. 638.

¹²⁸⁶ Die GSoA hatte sich Ende der achtziger Jahre zu einem der letzten verbindenden Kampagnen der SAP auf nationaler Ebene entwickelt. Sie entsprach dem Bedürfnis einer Schicht von SAP-Mitgliedern, Politik im Rahmen eines breiten grün-alternativen-sozialistischen Bündnisses zu verfolgen und eine national geführte Kampagne als SAP zu unterstützen. Die GSoA-Initiative konnte eine breite Unterstützung erreichen, unter anderem referierten Petra Kelly und Gert Bastian auf dem Pressefest der SAP am 1. Juli 1989 als Vorstandsmitglieder des Vereins „BRD ohne Armee“. Vgl. Staatsschutzakten Bresche (Organ der SAP), Aktennotiz vom 10.08.89. Ar 65.13.2 RML/SAP Staatsschutzakten.

¹²⁸⁷ Gruppe Schweiz ohne Armee, Wer ist die GSoA? 14.03.2005. URL: <http://www.gsoa.ch/gsoa/uber/> (16.11.2005).

tischen Perspektive vor dem Hintergrund der ideologischen „Gegenoffensive des Kapitals“ nach 1968: Die fünfziger und sechziger Jahre hätten eine gewisse Rückkehr zum Fortschrittsoptimismus des 19. Jahrhunderts mit sich gebracht. Ende der Sechziger sei dieser Optimismus im Zusammenhang mit dem verlangsamten ökonomischen Wachstum in sein Gegenteil umgekippt, wobei gleichzeitig das Kapital die Notwendigkeit gesehen hätte, die fortschrittlichen Bewegungen „abzubauen oder zu rekonvertieren“. Diese ideologische Gegenoffensive habe einen „deutlich irrationalen, antiwissenschaftlichen, menschenverachtenden, sozial-darwinistischen, sozio-biologischen Grundton“.¹²⁸⁸

„Neben der reaktionären Tendenz im ökologischen Bewußtsein“ gebe es allerdings „auch eine durchaus fortschrittliche Potenz, auch wenn sie sich noch nicht voll und ganz durchgesetzt hat. Diese fortschrittliche Potenz führt dazu, gerade in der Notwendigkeit der menschlichen Kontrolle über die Entwicklung von Technik und Produktivkraft einen zusätzlichen wichtigen Grund für demokratische Vergesellschaftung zu entdecken.“¹²⁸⁹

Die Stagnation der Produktivkräfte finde seinen Ausdruck nun auch im Reproduktionsbereich:

„Die Strukturkrise des Spätkapitalismus drückt sich u. a. in einer immer tieferen Strukturkrise der Produktionsverhältnisse aus, die alle bürgerlichen Klassenverhältnisse im allgemeinen berührt und nicht nur auf dem unmittelbar wirtschaftlichen Gebiet – dem der Produktion – seinen Ausdruck findet“.¹²⁹⁰

Weiter sei das geschärzte Massenbewusstsein als ein Resultat der umfassenden Krise dafür verantwortlich, dass diese Themen, die ja schon seit den Sechzigern präsent waren (autoritäre Erziehungssysteme, Kriegsgefahr) nun Hunderttausende Menschen mobilisieren würden:

„Wir sehen darin ein Zeichen dafür, daß die bürgerliche Gesellschaft unserer Tage für eine grundlegende soziale Revolution, die sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausdehnen wird, für den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft reif ist. Das wichtigste progressive Moment, das alle diese Bewegungen gemeinsam haben – abgesehen von jedem spezifischen Inhalt und ihren spezifischen Zielen – ist, daß sie eine allgemeine Tendenz der Selbstverteidigung, Selbstorganisation und Selbstverwaltung breiter Massen zum Ausdruck bringen“¹²⁹¹

Mandel leitet also aus der ökonomischen Strukturkrise eine politische Legitimationskrise im Überbau ab, die sich nun in der Selbstorganisation der Massen ausdrücke und damit die Reife der Gesellschaft für eine „grundlegende soziale Revolution“ anzeigen. Mandel operiert hier mit den klassischen Erklärungsmustern und Analysekategorien, welche für die Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis zur sozialen Revolution entwickelt wurden, wobei er das klassische marxistische Konzept von Krise-Bewusstsein-Revolution auf die neuen sozialen Bewegungen anwendet. Die Gleichsetzung von neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung im Sinne einer progressiven, anti-systemischen Bewegung resultierte aus der Vorstellung, dass jeweils beide aufgrund bestimmter antagonistischer Konfliktlagen entstanden seien – eine Vorstellung, die im übrigen auch in den Sozialwissenschaften bis in die achtziger Jahre üblich war.¹²⁹² Die Konstitutionsbedingungen der Arbeiterbewegung (Produktionsverhältnisse, soziale Lage) wurden als Maßstab und damit als Analysematrix sozialer Bewegungen (miss-) verstanden. Somit konnten diese als verhinderte Klassenbewegungen umgedeutet und mit klassenanalytischen Kategorien erklärt werden. Daher auch die notwendigerweise abstrakt gebliebene These einiger Trotzkisten, die sozialen Bewegungen könnten nur ihre „wirkliche Mission“ vollenden, wenn die Arbeiterklasse die Führung übernehme (siehe unten).

Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen lag vor allem darin, dass sich Massenbewegungen entwickelten, die das Politikmonopol der Parteien und der wirtschaftlichen Interessenorganisationen in Frage stellten und für Selbstbestimmung, Basisdemokratie und Selbstorganisation eintraten. Dies kann aus der Sicht der Kritischen Theorie als Prozess der „Entverdinglichung“ im „Manipulationskapitalismus“ (Lukács), aus handlungstheoretischer Sicht als Wider-

¹²⁸⁸ J. Agnoli / E. Mandel, *Offener Marxismus. Ein Gespräch über Dogmen, Orthodoxie und die Häresie der Realität*, Frankfurt/M. u. New York 1980, S. 58f.

¹²⁸⁹ Agnoli/Mandel, 1980, S. 64.

¹²⁹⁰ E. Mandel, *Revolutionärer Marxismus heute*, Frankfurt/M. 1982, S. 261.

¹²⁹¹ Mandel, 1982, S. 262.

¹²⁹² Vgl. Rolke, 1987, S. 28.

stand gegen die „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas) oder aus systemtheoretischer Sicht als Dysfunktion des Systems begriffen werden: „Proteste (...) indizieren Basiskonflikte, die das politische System nicht hinreichend beachtet und gelöst hat, markieren also Unruhen in der Gesellschaft“.¹²⁹³ Die Trotzkisten hatten ein anderes Verständnis der Hintergründe, die zur Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen führten. Sie begriffen diese Bewegungen aufgrund ihrer Orientierung auf revolutionäre Praxis und Strategie als Vorboten tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen. Dem entsprechend erklärt sich ihre Orientierung auf die Protestbewegungen nicht aus deren Surrogat-Funktion für die ausgebliebene politische Bewegung der Arbeiterklasse, sondern ähnlich wie bei der Studienbewegung als Indikator für eine steigende Unruhe in der Bevölkerung gegenüber dem kapitalistischen Gesellschaftssystem.

7.4.2 Politik, Organisationsaufbau und Kadergewinnung in den neuen sozialen Bewegungen

Die GIM beschränkte ihre Aktivitäten in der Ökologie- und Antiatombewegung auf die Teilnahme an Großdemonstrationen wie z. B. bei Kalkar und Wackersdorf, auf eine unregelmäßige Berichterstattung in *was tun* und auf die Mitarbeit einzelner Mitglieder in der Bewegung. Gefordert wurde die „Verstaatlichung der Energiewirtschaft unter Arbeiterkontrolle“¹²⁹⁴ und die Verhinderung der Inbetriebnahme von Atommeilern durch eine Massenbewegung, die unter anderen auch die Gewerkschaften und die SPD mit einschließen sollte. Militante Aktionen, wie sie vor allem vom KB und KBW gefordert wurden¹²⁹⁵ lehnte die GIM mit der Begründung ab, dass es eine Illusion sei, solche Projekte durch quasi militärische Aktionen zu verhindern.

Im Rahmen der Friedensbewegung engagierte sich die GIM Anfang der achtziger Jahre vor allem bei den gewerkschaftlichen Friedensaktivitäten und konnte so dieses Thema mit ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit verbinden. Laut Gellrich trat sie allerdings in den örtlichen Strukturen der Friedensbewegung kaum in Erscheinung, beteiligte sich aber an allen großen Demonstrationen,¹²⁹⁶ und auch in ihren Publikationen nahmen die Aktionen und Diskussionen der Friedensbewegung einen breiten Raum ein.¹²⁹⁷ Im Unterschied zur schnellen Reaktion auf die Antiatombewegung hatte man allerdings die Anfänge der Friedensbewegung nur unzureichend zur Kenntnis genommen, und eine gezielte Arbeit lief nur schwerfällig an.¹²⁹⁸ Die GIM beteiligte sich dann Ende der Siebziger an den programmatischen Diskussionen der grünen Listen, orientierte sich aber dabei auf die Bildung von sozialistischen Bündnissen, für die sie den linken Flügel der grün-bunten Bewegung gewinnen wollte.¹²⁹⁹ Die GIM lehnte dagegen einen Eintritt in die Partei Die Grünen mit der Begründung ab, dass „sich die kleinbürgerliche Orientierung und die desorientierenden Wirkungen ihrer programmatischen Aussagen klar erwiesen“ hätten.¹³⁰⁰

Gellrich kommt zu dem Schluss, dass die Aktivitäten der GIM auf dem Themenfeld Ökologie als relativ gering bezeichnet werden müssen.¹³⁰¹ Dies kann eine Erklärung für ihre Zurückhaltung bei der Gründung der Alternativen Listen bzw. der Partei der Grünen sein, da ein großer Teil der GIM-Mitgliedschaft der allgemeinen politischen Ausrichtung der Ökologiebewegung eher misstrauisch begegnete und sich in den späten Siebzigern und den Achtzigern eher auf das Gewerkschaftsmilieu orientierte. Die Einschätzung über die Grünen blieb innerhalb der GIM differenziert. Hamburger GIM-Aktivisten traten 1982 aus der Alternativen Liste (AL) aus, was den Positionen des Politischen Büros der GIM widersprach. Berliner Aktivisten kandidierten andererseits 1985 auf der Berliner AL-Liste und konnten eine Person in das Bezirksparlament entsenden. Die GIM konnte in der Phase der Hochzeit

¹²⁹³ F. Neidhardt / D. Rucht, „Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994: Ereignisse, Themen, Akteure“, in: Dieter Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklung*, Frankfurt/M. u. New York 2001, S. 30.

¹²⁹⁴ Gellrich, 1999, S. 81.

¹²⁹⁵ Vgl. Steffen, 2002, S. 184–187.

¹²⁹⁶ Vgl. ZK-Vorlage „Unsere nächsten Aufgaben“ zur Behandlung unter dem TOP „Frieden“, ZK-Material Nr. 2/83, S. 1–10. FES: Z 13332.

¹²⁹⁷ Gellrich, 1999, S. 65.

¹²⁹⁸ Vgl. Gellrich, 1999, S. 65, Fußnote 112.

¹²⁹⁹ Vgl. Gellrich, 1999, S. 41.

¹³⁰⁰ *was tun*, Nr. 282, 10.01.1980, zitiert nach Gellrich, ebd.

¹³⁰¹ Gellrich, 1999, S. 83.

der neuen sozialen Bewegungen von 1975 bis 1985¹³⁰² ihren Mitgliederstand nicht halten. Dieser sank von 1976 (600 Mitglieder) kontinuierlich bis 1985 (250), unterbrochen nur durch einen kleinen Aufstieg von 1982 auf 1983, der auf die verstärkte Arbeit im Jugendbereich zurückzuführen ist.¹³⁰³ Weitere Verluste musste die GIM im Zuge der Vereinigung mit der KPD hinnehmen, als 1986 rund 40 Mitglieder den Grünen beitraten.

Die konkurrierenden trotzkistischen Organisationen in Deutschland nahmen ebenfalls eine distanzierte Haltung zu den neuen sozialen Bewegungen ein, wenngleich sie sich in unterschiedlicher Intensität mit deren Themen beschäftigten. Der IAK und der Voran-Gruppe, die innerhalb der SPD und der Jusos wirkten, kam es darauf an, die Führung der SPD zu Fragen der Ökologie- und Friedensbewegung in die Pflicht zu nehmen und die Notwendigkeit einer sozialistischen Energiepolitik¹³⁰⁴ zu propagieren. Voran sah in der Friedensbewegung eine „kleinbürgerliche Massenbewegung“, deren „fortschrittlichen Seite“ aber nicht vergessen werden dürfe. Sie sei ein Ausdruck davon, dass wichtige Teile des Kleinbürgertums nicht mehr bereit seien, die „militärische Logik der herrschenden Klasse mitzutragen“. Zudem würden sich viele fortgeschrittene Arbeiter an der Bewegung beteiligen, was zur Polarisierung in der Arbeiterbewegung geführt habe.¹³⁰⁵ Da die Friedensbewegung außer dem Friedenswillen eines beachtlichen Teils der Bevölkerung keine Druckmittel zur Hand habe, müsse diese die Arbeiterbewegung ansprechen und überzeugen. Nur diese könne einen Wandel innerhalb der Gesellschaft herbeiführen.¹³⁰⁶ So vertraten Voran-Mitglieder die Forderung nach einem Generalstreik gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen,¹³⁰⁷ wiesen in ihrer Zeitung aber darauf hin, dass, wenn dieser erfolgreich sein wolle, „er von der breiten Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung aktiv und bewußt getragen werden (muß) – und nicht nur von der gewerkschaftlich organisierten Minderheit“.¹³⁰⁸

Die IAK/ISA ging auf die Umweltproblematik nur selten näher ein und verwies in klassisch orthodoxer Diktion auf die notwendige Revolution zur Lösung aller Probleme:

„Die gesamte Tendenz zur Zerstörung der Menschheit und ihrer natürlichen Lebensgrundlagen, (...) ist nichts als ein konkreter Ausdruck der Zerstörung der Produktivkräfte der Menschheit, der Tatsache, daß der Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase, der Endphase der Fäulnis steckt. (...) Gegen die drohende Zerstörung der menschlichen Kultur und Zivilisation durch den Imperialismus gibt es nur eine Lösung: den Sieg der proletarischen Revolution (...).“¹³⁰⁹

Eine Zusammenarbeit mit grün-alternativen Kräften entwickelte sich nur punktuell, so z. B. als sich Vertreter der ISA an einem Volksbegehren in Berlin im Rahmen ihrer Arbeit in der Alternativen Liste beteiligten.¹³¹⁰

In den Publikationen des BSA und der TLD wurde zu den Themen der neuen sozialen Bewegungen nur selten Stellung bezogen, allerdings finden sich in allen Publikationen der siebziger Jahre Berichte zur Internationalismusbewegung, des weiteren teilweise Artikel zu frauen- und jugendpolitischen Themen.

¹³⁰² Vgl. dazu die Graphik „Ausgewählte Aktionsformen 1965–1990“ in Kapitel 7.5.

¹³⁰³ Vgl. Gellrich, 1999, S. 19.

¹³⁰⁴ Vgl. K. Pfeifle, „Stoppt die Atomkraftwerke. Für eine sozialistische Energiepolitik!“ in: *Voran*, Nr. 20, März/April 1977, S. 1.

¹³⁰⁵ Deutsche Perspektiven und Aufgaben (DPuA), Oktober 1983, zitiert nach: Jusos Wiesbaden, Die Voran-Gruppe – Trotzkismus in der SPD, Wiesbaden, Juli 1988, S. 20.

¹³⁰⁶ „Generalstreik gegen Atomraketen? Frieden durch Sozialismus“, in: *Voran*, Nr. 65, Juli/August 1983, S. 3.

¹³⁰⁷ Oskar Lafontaine hatte bereits 1983 angeregt, dass gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen bis hin zum Generalstreik sinnvoll sein könnten.

¹³⁰⁸ Voran, Generalstreik gegen Atomraketen?, S. 3.

¹³⁰⁹ ISA, „Erklärung der ISA zu den Grünen“, in: *IAK*, Nr. 65, Mai 1980, S. 12–15, hier S. 12f.

¹³¹⁰ „Und dann gab es eine leichte Kursveränderung, weil wir natürlich auch gesehen haben, dass nicht mehr alle spannenden Leute in der SPD sind. Und dann haben wir erst mal ein paar Leute in die Grünen bzw. in Berlin in die Alternativen Listen geschickt. Und dazu gehörte eben auch ich. Und ich war dann auch relativ bald im Delegiertenrat der AL, mit Schily, Künast und Co. Wir haben damals ein Volksbegehren gegen den CDU-Senat gestartet, als Krankenhäuser privatisiert werden sollten, (...) konnten wir einige 1000 Unterschriften dagegen sammeln und auch erreichen, dass sich dann die AL dem anschloss. Und ich kann mich daran erinnern, dass ich als Vorsitzender diesen Komitees vor rund 1000 Mitgliedern der AL gegen die Führung dieses Antrag durchbringen konnte. (...) Auf jeden Fall haben wir damals mit allen möglichen Bürgerinitiativen, Maoisten und sonstigen Linken zusammengearbeitet.“ (Interview mit Heino Berg am 1.04.2005.)

Die trotzkistischen Organisationen in Österreich (GRM, SOAK, IKL) reagierten erst auf die Antiatombewegung, nachdem diese breitere Unterstützung gewonnen hatte. Da sich die „totale Klassenruhe“¹³¹¹ weiter fortsetzte und die Studentenbewegung versandet war, orientierte man sich zunehmend auf die grün-alternativen Bewegungen. Die verspätete Reaktion auf diese wird wohl auch dafür verantwortlich sein, dass die GRM wie die FÖJ, die Initiative „Gewerkschafter gegen die Atomkraft“ und die Linken innerhalb der SPÖ-Organisationen nur einen geringen Einfluss in der Bewegung ausüben konnte.¹³¹² Stärker dagegen war der maoistisch orientierte KB, dessen Einfluss auf seine „Vorfrontorganisation“ IÖAG allerdings von der GRM, der FÖJ und den Spontis kritisiert wurde.¹³¹³ Die IKL isolierte sich innerhalb der Bewegung, als sie für Enthaltung in der geplanten Volksabstimmung gegen das AKW Zwentendorf plädierte – Volksabstimmungen waren ihrer Meinung nach ein unbrauchbares bürgerlich-demokratisches Instrument.¹³¹⁴ Bereits 1977 hatte sich die Gruppe Commune von der IKL abgespalten, sie sollte später einen Kern der Alternativen Liste Wien (ALW) bilden.¹³¹⁵ Da diese Gruppe um ihre Führungsperson Ali Gronner aus einer Abspaltung von der GRM von 1975 stammte, ging zumindest ein Teil ehemaliger GRM-Mitglieder in der alternativen Bewegung vollständig auf.

Die GRM spielte in der Anti-AKW-Bewegung eher eine beobachtende Rolle und verfolgte Aktivitäten in Richtung einer Verbindung von Gewerkschaftern, Arbeitern und Atomkraftgegnern; somit war sie weniger von der Sogwirkung der alternativen Bewegung betroffen als beispielsweise die maoistisch orientierten Gruppen MLS und KB. Deren Höhepunkte waren unzweifelhaft ihr politischer Einfluss in der Studentenbewegung von 1970 bis 1972 und in der Bewegung gegen das AKW Zwentendorf 1977/78:

„In beiden Fällen stellten sich Erfolge auf Gebieten ein, die von der Organisation im besten Fall als Nebenfronten betrachtet wurden. Doch konnte die Rührigkeit des KB in der Anti-AKW-Bewegung schon nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß die Aktivitäten einer aufgeregten Intelligenz in eine andere Richtung als die Rekonstruktion der Partei der Arbeiterklasse gingen. Statt Aktivisten der Bewegung als neue Kader zu gewinnen, verlor der KB Kader an die neue Bewegung.“¹³¹⁶

Anders als der KB konnte die GRM mehr neue Mitglieder in der Bewegung gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf gewinnen, als sie gleichzeitig an diese verlor. Seit der Gründung der Kommunalpolitischen Initiative, der Vorläuferorganisation der Alternativen Liste Wien (ALW), im Jahre 1980,¹³¹⁷ diskutierte die GRM über die Möglichkeiten des eigenen Aufbaus solcher Bündnisse und Listen. 1984 entschied sich die GRM allerdings noch dafür, mit ihrer Jugendorganisation barricade in die SJ einzutreten, statt sich in der Alternativen Liste Österreich (ALÖ) zu engagieren. Zwei Jahre später, als diese Taktik gescheitert war, berichtete das Protokoll eines Treffens der Alternativen Liste Wien: „Hermann (SOAL) berichtet von Plänen seiner Organisation, in die Liste F(reda) M(eissner) B(lau) hineinzugehen.“¹³¹⁸ 1987 orientierte sich die GRM auf die Grün-Alternative-Liste (GAL), „weil sie hier Möglichkeiten und Ansätze für die Entwicklung eines Protestpotentials gegen Austeritätspolitik und Rechtspopulismus sahen“.¹³¹⁹

Die Orientierung auf die grüne Bewegung führte zu Auseinandersetzungen und Abspaltungen in der GRM, die laut Jezek folgende Hintergründe hatten: Rückschläge in der Arbeit bei ohnehin seltenen Erfolgen, revolutionäre Ungeduld, Orientierung auf marxistische Theorie bei Rückzug aus der Praxis, Forderungen nach erneuter „Proletarisierung“. Der folgende Mitgliederverlust erschwerte die Aufrechterhaltung von traditionellen Politikfeldern (Universität, Betriebsarbeit) und die ohnehin schwierige Gewinnung von neuen Mitgliedern. Mit der „ideologischen Stabilisierung“ der Grünen wurde die Möglichkeit, Einfluss in den Debatten zu erlangen, erschwert bzw. unmöglich.¹³²⁰ Ähnlich wie in der GIM hal-

¹³¹¹ Jezek, 1997, S. 242.

¹³¹² Svoboda, 1998, S. 162.

¹³¹³ Vgl. Foltin, 2004, S. 111.

¹³¹⁴ Vgl. Angerer, 1996, S. 198, Angerer, 1997, S. 209.

¹³¹⁵ Foltin, 2004, S. 91.

¹³¹⁶ Kaiser, 1987, S. 212.

¹³¹⁷ Schandl/Schattauer, 1996, S. 128.

¹³¹⁸ Zitiert nach Svoboda, 1998, S. 192.

¹³¹⁹ Jezek, 1997, S. 244.

¹³²⁰ Vgl. ebd.

bierte sich die Mitgliederzahl von 1978 (100) bis 1986 (50), gerade weil die vor allem jüngeren Mitglieder die Orientierung auf die ökologische Bewegung als zu weitgehend empfanden.

In der Schweiz konnte die RML bei der Besetzung des Bauplatzes bei Kaiseraugst¹³²¹ und den Aktionstagen Gösgen eine führende Rolle spielen, was mit dazu beigetragen haben mag, dass die RML 1978 vom VSVI mit der Koordination der internationalen Arbeit auf dem Gebiet der Antiatombewegung beauftragt wurde.¹³²² Die RML/SAP nahm an allen größeren Aktionen der Antiatombewegung teil (Graben-Fest 1977, Pfingstmarsch 1979, Laternenmarsch 1980, Atom-Straßendemo 1981, Mühleberg 1987), nahm aber auch in ihren Publikationen Stellung zu Themen wie Waldsterben, Straßenbau etc. Die RML/SAP hatte sich somit bis Ende der Achtziger zu einer sozialistischen Partei mit ökologischem Profil entwickelt und war zu einem Teil der Bewegung geworden. Die alternativen Grünen erhielten somit auch den bedeutendsten Impuls 1986/87 „von Seiten der POCH und der SAP, welche sich zum Teil sektionsweise auflösten und mit den grün-alternativen Kräften zu ‚Grünen Bündnissen‘ zusammenschlossen“.¹³²³ Die spezifische Entwicklung der bürgerlichen Grünen Partei der Schweiz (GPS), die erst nach und nach unabhängig organisierte Umweltgruppen zu sich herüberziehen konnte, stellte einen wichtigen Faktor für das Aufkommen der Idee in der SAP dar, selber eine sozialistisch-grüne Bewegung initiieren zu können. Diese Bewegung sollte vor allem durch links-alternative Grüne Bündnisse getragen werden, die sich dem 1987 gegründeten Grünen Bündnis Schweiz (GBS) anschlossen. Diese grün-alternativen Bündnisse besaßen allerdings Ende der Achtziger kein größeres soziales Umfeld und konnten kaum eine Verbindung zu den Asyl-, Frauen-, Dritte-Welt- und Gewerkschaftsbewegungen herstellen.¹³²⁴ Aufgrund des Rückgangs der sozialen Bewegungen und der elektoral übermächtigen Konkurrenz durch die GPS boten diese Bündnisse für die SAP eigentlich keine großartigen Perspektiven, doch zumindest boten sie die Hoffnung auf eine Perspektive, denn die ideelle Unterstützung für die Umweltbewegungen wuchs weiter an. Eine Befragung von 1.400 Bürgern in den Jahren 1988/89 stellte fest, dass 86 % den Umweltschutzbewegungen positiv gegenüberstanden, 10 % Mitglied einer solchen waren und 40 % sich vorstellen konnten, dort Mitglied zu werden.¹³²⁵ Unter den befragten Jugendlichen waren nur 5 % Mitglieder in einer Ökologiebewegung, doch fast 60 % konnten sich dies vorstellen.¹³²⁶

Obwohl die RML/SAP sich am stärksten von den hier beschriebenen Organisationen auf die Ökologiebewegung einließ, so konnte doch nicht der Mitgliederschwund durch Aktivisten aus diesem Bereich aufgefangen werden. Allerdings orientierten sich die Sektionen des VSVI nicht nur auf die Ökologiebewegung, sondern waren weiterhin auf vielen politischen Feldern aktiv, in denen der Mitgliederverlust aber auch nicht ausgeglichen werden konnte. Die Transformation der SAP zu einer sozialistischen Ökologiepartei Ende der achtziger Jahre war der letzte Versuch, als Partei zu überleben und zumindest die Mitgliederzahl ansatzweise zu halten. Doch auch diese Strategie konnte den Mitgliederverlust im Zeitraum von 1980 (800 Mitglieder) bis 1987 (500) nicht aufhalten.

7.4.3 Bilanz der theoretischen Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen

Der hohe Anteil einer bestimmten sozialen Schicht in der Ökologiebewegung, die in der marxistischen Terminologie als „Kleinbürger“ bezeichnet werden, warf natürlich innerhalb der trotzkistischen Bewegung die Frage auf, inwieweit eine Beteiligung an dieser Bewegung gerechtfertigt und zu verteidigen sei. Die neuen sozialen Bewegungen als Vorboten kommender Klassenkämpfe zu sehen, war eine Seite, die konkrete Mitarbeit in einer „nicht-proletarischen“ Bewegung die andere. Während die GIM hier deutlich zurückhaltender war, und die konkurrierenden trotzkistischen Organisationen sich teilwei-

¹³²¹ „Die RML hat von Anfang an grosse Kräfte für die Intervention in Kaiseraugst freigestellt, so dass ihre Sektionen Basel und Aargau in dieser Zeit keine andere Arbeit mehr leisteten.“ (Kritisches Forum / Revolutionäre Gruppe Basel / Rupture pour le communisme (Hrsg.), *Kaiseraugst: 1 Jahr Kampf gegen das Atomkraftwerk, 1 Jahr Erfahrungen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat*, o. O., o. J. ASF: Bro. 12.0.2.117.)

¹³²² Vgl. Scherrer, 2004, S. 91.

¹³²³ W. Seitz, Grüne Partei: Die Basis ist kritischer als die Führung. Wie oppositionell, wie grün, wie links? in: Wochen-Zeitung (WoZ), Nr. 16, 20. April 1990. URL: http://www.werner-seitz.ch/T_1990_1_GPS.html (19.05.2005).

¹³²⁴ Vgl. Diskussionsbeitrag von Christian, a.a.O., S. 3.

¹³²⁵ Ayberk, 1991, S. 242f.

¹³²⁶ G. Marques, „Die Jugend Schweizer und die Politik“, in: A. Melich (Hrsg.), *Die Werte der Schweizer*, Bern usw. 1991, S. 293.

se dezidiert gegen die Teilnahme an einer „kleinbürgerlichen Bewegung“ aussprachen, entwickelten GRM und SAP sukzessiv Thesen, die auf das „nach Links stoßen der Ökologiebewegung“ hinausließen. Die GRM setzte dabei stärker auf das mögliche Eingreifen der Arbeiterklasse in die Bewegung, die SAP sah in der Verschmelzung von Ideen der emanzipativen Bewegung mit der organisierten Arbeiterschaft einen Schlüssel zur Linksentwicklung bzw. Revolutionierung der sozialen Bewegungen. Innerhalb der GRM gründete sich in den Siebzigern die Arbeitsgruppe Sozialistische Ökologie, die laut Jezek „die ersten Ansätze zu einer marxistischen Kritik am Produktivkraftfetischismus“ leistete.¹³²⁷ Diese Kritik zielte vor allem Richtung Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Kommunistische Parteien, welche den Kampf gegen die Verschmutzung der Umwelt aufgrund der in der Linken üblichen Fortschrittsgläubigkeit vernachlässigt habe.¹³²⁸ Die GRM teilte dabei nicht die Wachstumskritik des Club of Rome, hinter dem sie die „weitblickendsten Kapitalisten“ vermutete, die sich im Interesse der Aufrechterhaltung des Systems gegen einen allzu forschen Raubbau an der Natur wandten.¹³²⁹ Vielmehr kritisierte sie die „orthodoxe“ ideologische Frontstellung in der Arbeiterbewegung: „Klassenkampf und Kampf um den Sozialismus auf der einen Seite, ein paar Kleinbürger mit Existenznoten auf der anderen Seite“.¹³³⁰

Die GRM war der Meinung, dass die Charakterisierung: „objektiv nicht antikapitalistische/kleinbürgerliche Bewegung“ nicht weiterhelfe, wichtig sei der subjektive (revolutionäre) Faktor, dessen Fehlen eine Bewegung zum Scheitern verurteilen bzw. dessen Existenz zu einer sozialistischen Stoßrichtung führen könne. Der Kampf gegen AKWs spiele sich zwar im Reproduktionssektor ab, in dem die Arbeiterklasse anders als im Produktionssektor nicht direkt auf den Lebensnerv des Kapitalismus Einfluss ausüben könnte, aber er sei ein spezieller Typ von Kampf, da es hier um das Überleben der gesamten Menschheit gehe. Zudem mache seine Überregionalität, also sein Internationalismus, eine wichtige Besonderheit gegenüber anderen Umweltbewegungen aus. Die Möglichkeit, eine antikapitalistische Dynamik zu entfalten sei damit „zehn- ja hundertmal höher als bei anderen vergleichbaren Reproduktionskämpfen“. Denn es seien keine Kompromissmöglichkeiten zwischen Atomlobby und Anti-AKW-Bewegung vorhanden und zudem stünde die Bewegung konfrontativ dem kapitalistischen Staatsapparat gegenüber. Voraussetzung für eine antikapitalistische Bewegung sei aber die notwendige Führung der Bewegung durch die Arbeiterklasse, die damit auch den Klassencharakter der Bewegung bestimmen könne. Selbst wenn die Bedingungen ungünstig dafür seien sollten, so wäre auch nur der „demokratische Kampf der Verhinderung (...) die ureigenste Sache jedes Revolutionärs“.¹³³¹

Mit dieser Argumentation ließ sich natürlich jeder „demokratische Kampf“ zu einem antikapitalistischen Kampf in spe umdeuten, solange denn die Arbeiterbewegung die Führung übernehmen würde. Die dachte allerdings gar nicht daran, eben weil es um einen Kampf im Reproduktionssektor ging, der den „Bürger“ bzw. den „Bürger im Arbeiter“ und nicht den „klassenbewussten Arbeiter“ ansprach. Zudem optierten gerade Sozialdemokratie und Gewerkschaften für neue Kernkraftanlagen und verbanden die Forderung nach „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ mit staatstragender Konflikteinhegung:

„Das unseres Erachtens entscheidende Problem besteht darin, dass die Arbeiterbewegung mit ihren Organisationen im Prozeß der ‚Institutionalisierung des Klassenkampfes‘ (Dahrendorf) selbst in den Bereich des organisierten, institutionalisierten, politischen Systems und in den staatlichen Apparat eingetreten ist.“¹³³²

¹³²⁷ Jezek, 1997, S. 241.

¹³²⁸ Auch in den Publikationen des von der deutschen GIM unterstütztem „Aktionskreis Leben“ wurde ausgeführt, dass nicht mehr die volle Entfaltung der Produktivkräfte entscheidend sei, wie dies selbst Marx gefordert habe, sondern dass die Vereinbarkeit mit dem ökologischen Gleichgewicht Vorrang habe. Wer ökologisch vernünftiges Verhalten fordere, könne dies nicht, ohne eine anderes Gesellschaftssystem zu fordern (vgl. Göbel, 1979, S. 9).

¹³²⁹ GRM (Hrsg.), *Nein zu den AKWs. Nein zur Profitier des Kapitals. Materialien zur Anti-AKW Diskussion*, Wien, o. J. [1975?], S. 22/23.

Vgl. auch „Die Klassenkampfsituation und revolutionäre Politik in Österreich (Politische Resolution)“, in: *Dokumente der 3. Nationalen Delegiertenkonferenz der GRM 1978*, Wien, o. J. [1978], S. 9–81, Abschnitt „XII. Der Kampf gegen Atomkraftwerke“, S. 64–68.

¹³³⁰ GRM (Hrsg.), *Nein zu den AKWs*, S. 24.

¹³³¹ Ebd., S. 35–37.

¹³³² Elmar Altvater, zitiert nach Haasken/Wigbers, 1986, S. 75.

Wichtig dabei ist aber nicht eine Kritik der damaligen Perspektiven der GRM, sondern der Prozess der theoretischen Umdeutung der sozialen Bewegungen zu Vorstufen kommender Klassenkämpfe und die gleichzeitige Annahme, dass die Übernahme der Führung der Bewegung durch die Arbeiterklasse der Bewegung einen antikapitalistische/sozialistische Stoßrichtung geben könne. Dies wird auch in der Einschätzung der GRM bezüglich Hainburg deutlich. Hermann Dworczak (GRM/SOAL) sah dort eine alternative Bewegung mit Ansätzen einer revolutionären Perspektive wirken bzw. scheute nicht den Vergleich mit einer revolutionären Massenbewegung: „Bei der Feldmesse [in Hainburg, F. N.] sei eben auch ein Hauch von Solidarnosc zu spüren gewesen: Das war Volksbewegung“.¹³³³

Anders als Dworczak sehen auch Schandl und Schattauer zwar eine Volksbewegung, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen:

„Politisch drückte sich in der Hainburg-Bewegung eine Regression sozialer Bewegungen aus, die der integrativen Führung durch Günther Nenning¹³³⁴ keinen Widerstand entgegensezten wollten. Ihrem faktischen Auftreten als soziale Bewegung korrespondierte der Bewußtseinsstand einer Bürgerinitiative. Die politische Handschrift Nennings mit all ihren Ritualisierung, Mythologisierung, ihrem Patriotismus, ihrer religiösen Propaganda – geistige Messen waren bedeutende Großereignisse im Rahmen der Agitation, (...) ihrer Bekennerei zu Verfassung und Gewaltmonopol verfolgte ein eindeutiges Ziel.“¹³³⁵

Die Autoren sehen in Hainburg weder einen „Hauch von Solidarnosc“, noch „einen Hauch von 1968“, sondern gerade den qualitativen Bruch mit der 68er-Tradition:

„Für die bisherigen neuen sozialen Bewegungen war zumindest eine Kritik der Entwicklung der Produktivkräfte, wenn auch zumeist keine der Produktionsverhältnisse, konstitutiv gewesen. In Hainburg fehlte selbst diese Dimension. Sie wurde ersetzt durch eine mythische Verklärung von Natur und Naturzuständen. Grüne Politik wurde schlichtweg auf Naturschutz reduziert. Hainburg brachte die bürgerliche Ökologie, die dieses Thema theoretisch bereits dominierte, auch praktisch zum Durchbruch. Verstand sich die Alternativbewegung noch als kulturrevolutionäre Kraft, reduzierte sich diese Ideologie in Hainburg auf zivilen Ungehorsam. Der einstige antikapitalistische Gestus hatte sich in einen patriotischen verwandelt. Spätestens an der Hainburg-Bewegung blamierte sich das linke und alternative Bewegungsverständnis nachhaltigst. Hainburg ließ so gänzlich alle Verzierungen vermissen, die von dieser Seite den neuen sozialen Bewegungen umgehängt wurden.“¹³³⁶

Die Ansicht, dass die Ökologiebewegung eine Vorstufe kommender Klassenkämpfe sei, ließ sich im Laufe der Jahre zu der Annahme ausweiten, dass auch die Grünen letztlich ein Ausdruck der Entwicklung hin zu diesen Kämpfen sein mussten. Dies vertritt implizit auch Angerer, der meint, dass sich in der GRM die Idee entwickelte, die Grünen nach links treiben zu können. Man habe diese Strategie damit gerechtfertigt, dass die Grünen im besonderen die wachsende Zahl von Angestellten anspreche – und damit potentiell eine Art „Arbeiterpartei der Zukunft“ darstelle. Diese Position sei vor allem von Hermann Dworczak und Franz Floss vorangetrieben und von der Mehrheit der Organisation unterstützt worden, während viele junge Mitglieder ihr skeptisch bis ablehnend gegenüber gestanden hätten.¹³³⁷ Die Grazer Gruppe integrierte sich dann auch recht schnell bei den Grünen, und Franz Floss konnte sich als fähiger Organisator auch auf Bundesebene der Grünen durchsetzen¹³³⁸ – eine Verankerung oder ein größerer politischer Einfluss bei den Grünen wurde aber nie erreicht.

Angerer betont allerdings auch, dass unter dem allgemeinen Eindruck des Niederganges der Linken den älteren Mitgliedern und auch der Führung die Überzeugung abhanden gekommen sei, dass es überhaupt noch Möglichkeiten zum Aufbau einer revolutionären Partei gäbe, andere hatten genug von der relativen Isolierung gehabt, und wollten endlich „große Politik“ machen.¹³³⁹

¹³³³ Zitiert nach Welzig, 1985, S. 100.

¹³³⁴ Günther Nenning wurde aus der SPÖ ausgeschlossen und später zu einem der wichtigsten Repräsentanten der Grünen.

¹³³⁵ Schandl/Schattauer, 1996, S. 174.

¹³³⁶ Ebd., S. 175.

¹³³⁷ Vgl. Angerer, 1996, S. 193, Angerer, 1997, S. 204.

¹³³⁸ 1991/1992 und von 2002 bis 2004 war Floss Bundesgeschäftsführer der Grünen.

¹³³⁹ Vgl. Angerer, 1996, S. 195, Angerer, 1997, S. 205.

Inwieweit hier eine Ermüdung der Kader und die neuen theoretische Konzepte zu den sozialen Bewegungen zusammenpasste, muss offen gelassen werden. Dworczak seinerseits weist dies zurück und hält die These von der Arbeiterpartei der Zukunft „für Quatsch“. Tatsächlich habe die damalige Minderheit die Orientierung auf die Basis und die Sympathisanten der Grünen generell zurückgewiesen und mit „fünfträngigen soziologischen Argumenten“ gehandelt. Natürlich hätten die Grünen bei Angestellten und Jugendlichen eine Wählerbasis gehabt, allerdings sei es der SOAL um die Gewinnung linker Aktivisten in den Grünen und aus dem Umfeld der Grünen gegangen und nicht um die Stilisierung eines neuen Typs von Arbeiterpartei.¹³⁴⁰

Obwohl auch in der Schweiz die These der „Neuen Avantgarde“ seit Mitte der Siebziger nicht mehr aufrechterhalten wurde, existierte doch das Interpretationsmuster der „Neuen Avantgarde“ als Vorbote zu erwartender gesellschaftlicher Konflikte weiter. Hatten die 68er nicht die ihnen zugesetzte Funktion als Avantgarde der Arbeiterklasse erfüllen können, so schienen sie doch Vorboten und Ausdruck einer kommenden Revolution zu sein. Wenn nun diese „Neue Avantgarde“ in ihrer postulierten Vorbotenfunktion die klassenmäßigen Bewusstwerdungsprozesse vorweggenommen bzw. aufgezeigt hatte, so mussten sich ihre konstitutiven Elemente in der Arbeiterklasse selber bald wiederfinden. Die konstitutiven Elemente der Bewegung von „1968“ können nun in den Begriffen Selbstbestimmung und -organisation, Bewegungsorientierung und Kritik an den bestehenden Verhältnissen und Institutionen zusammengefasst werden. Eine neue Bewegung mit eben diesen Elementen tauchte auf: Die Rebellion gegen die kapitalistischen Verhältnisse schien sich nun in den neuen sozialen Bewegungen fortzusetzen, damit konnte es erneut nur eine Frage der Zeit sein, bis die Arbeiterbewegung als Trägerin einer „wirklichen“ antikapitalistischen Rebellion auf den Plan trat. Die Friedens-, Frauen-, Ökologie- und Dritte-Welt-Bewegung verband (ebenso wie die Studentenbewegung) allerdings wenig mit der organisierten Arbeiterbewegung. Die Arbeiterklasse als politisches Subjekt wurde von diesen Bewegungen nicht angesprochen, dies geschah wenn auf der Ebene des individuellen Bürgers, der in Trennung von seiner Situation als „ausgebeutete Produktivkraft“ Proteste bzw. gesamtgesellschaftliche Reformen unterstützte.

Die ausbleibende Radikalisierung der Arbeiterschaft führte nun bei den schweizerischen Trotzkisten zu einer komplementären Entwicklungen: Um die „Ideen“ bzw. die konstitutiven Elemente von 1968 aufrechterhalten, fortschreiben und als Beispiel für die Arbeiterbewegung erfahrbar machen zu können, musste die RML die neuen sozialen Bewegungen mit der Arbeiterbewegung verknüpfen. So argumentierte Fritz Osterwalder (RML) im Jahre 1979:

„Wir können heute in der AKW- oder Frauenbewegung selbst dafür eintreten, dass sich diese Bewegungen auf die Arbeiterbewegung hinorientiert, und dass in der Arbeiterbewegung selbst Fragen wie AKW und Frauenunterdrückung aufgegriffen werden. (...) Aber wir wollen auch diese Impulse weiter geben in die Arbeiterbewegung, die von diesen Bewegungen lernen kann und ihnen wiederum ausserordentlich viel beibringen kann.“¹³⁴¹

Hier war bereits die revolutionäre Perspektive um 180 Grad gedreht worden: Den sozialen Bewegungen wurde eine Surrogatfunktion für das bislang ausgebliebene emanzipative Denken der Arbeiterbewegung zugeschrieben. Blieb nun weiterhin eine Bewegung der Arbeiterklasse (im Unterschied zu den neuen sozialen Bewegungen) aus, so konnte der emanzipative Anspruch an die Arbeiterbewegung eben nicht vermittelt werden und damit an der Arbeiterbewegung als revolutionärem Subjekt eigentlich nicht mehr festgehalten werden. Die gewünschte Orientierung der neuen sozialen Bewegungen auf die Arbeiterbewegung konnte von der RML zudem nicht einmal vermittelt werden – die revolutionäre Partei war in einem ihr fremden Milieu eben ein Fremdkörper, was entweder deren Auflösung in das Milieu oder dem völligen Rückzug aus demselben zur Folge haben musste. Der sich nun langsam ändernden Praxis der Trotzkisten folgte eine theoretische Neubestimmung sozialistischer Politik als Rechtfertigung bestehender Praxis: Bewegung statt Partei, Konsens statt Konflikt, Reform statt Revolution, linke Einheit statt Einheitsfronttaktik – was aber auf Widerstand in den eigenen Reihen stieß:

„Diese völlig an der Realität vorübergehenden Erwartungen und die Methode, mit der die Diskussion über das Einheitsprojekt geführt wurden, begünstigten die politische Verwir-

¹³⁴⁰ Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004.

¹³⁴¹ Haldimann, 1979, S. 161, 168.

rung zusehends. Plötzlich wurde da allen Ernstes von der Auflösung der Partei und von neuen Formen der Politik herumgeredet, als ob sich die Realität in der Schweiz, in Europa, auf der Welt plötzlich geändert hätte. Der aufgestaute Frust, gewachsen aus einem von diesen GenossInnen jahrelang selbst vertretenen sturen Parteiaufbaukonzeptes, schien seine verhängnisvollen Energien freizusetzen.“¹³⁴²

Das gesellschaftsverändernde Subjekt „Arbeiterklasse“ war in der Vorstellung der SAP-Führung sukzessive von dem gesellschaftsverändernden Subjekt „soziale Bewegung“ ersetzt worden, erstes noch im systemsprengenden, zweites im systemreformierenden Sinne, weil progressiv-reformorientiert agierend. Dabei war die Einsicht in das Ganze als Einheit seiner Elemente verloren gegangen, nämlich dass das kapitalistische System die neuen sozialen Bewegungen auffangen und produktiv wirksam machen konnte, da diese eben keine Antagonismen im System selber darstellen.

„So wenig aber jenes Ganze vom Leben, von der Kooperation und dem Antagonismus seiner Elemente abzusondern ist, so wenig kann irgendein Element auch bloß in seinem Funktionieren verstanden werden ohne Einsicht in das Ganze, das an der Bewegung des Einzelnen selbst sein Wesen hat.“¹³⁴³

So kann man mit Adorno sagen, dass auch für die sozialen Bewegungen in ihrer Charakterisierung als gesellschaftsveränderndes Moment folgendes gilt: Sie „werden, was sie sind, nicht an sich, sondern erst in der Relation zu der herrschenden Totale, von der sie abweichen“.¹³⁴⁴ Man kann dies auch wie Rolke in einer Synthese von Handlungs- und Systemtheorie ausdrücken:

„Da die Reproduktion der Subsysteme einer anderen Logik folgt als soziales Handeln, kann das Ergebnis des Konflikts nie eine Neustrukturierung des Subsystems entsprechend der handlungslogisch entworfenen Sollpläne der Bewegung sein. Insofern sie nur die Selbsttätigkeit bzw. die Selbstkorrektur in Gang setzen kann, liegt der Telos der Bewegung trotz gegenteiliger Ansprüche der Akteure nur in der erneuten Ausbalancierung des Verhältnisses von System und Lebenswelt, die günstigenfalls auch das System zu einer Anpassungsleistung (Variation) gezwungen hat.“¹³⁴⁵

7.5 Zwischen neuen und alten sozialen Bewegungen: Die Trotzkisten in den achtziger Jahren

Ab Ende der siebziger Jahre vollzogen sich in der radikalen Linken massive Krisenerscheinungen, die sich auf organisatorischer und theoretischer Ebene Bahn brachen. Zur Erklärung lassen sich verschiedene Momente heranziehen, die letztlich aber auf die gescheiterte bzw. nicht statt gefundene Revolutionierung der internationalen Arbeiterbewegung zurückzuführen ist. In Teilen der radikalen Linken und bei den Vertretern des akademischen Marxismus hatte die postulierte „Krise des Marxismus“ (Althusser) zu einer Infragestellung der als orthodox begriffenen Grundsätze geführt: Die Perspektive der Staatseroberung wurde durch die Organisierung eines „hegemonialen Blocks“ (Gramsci) ersetzt, in der die Arbeiterklasse nicht mehr notwendigerweise die führende Klasse sein müsse,¹³⁴⁶ in einer „programmierten Gesellschaft“ (Alain Touraine) müsse nun die Soziale Bewegung die Rolle der Arbeiterklasse in der „industriellen Gesellschaft“ ersetzen; es stehe der „Abschied vom Proletariat“ (Gorz) an. Franz Schandl fasst dies anschaulich zusammen: „Zog der *Klassenkampf* nicht mehr so recht, mußte die *Hegemonie* herhalten.“¹³⁴⁷

Für die Trotzkisten galt es nun, die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt zu verteidigen, wollte man in ihren Augen nicht den Marxismus insgesamt preisgeben. So kritisierte man nicht wie andere Linke die überholte Vorstellung von der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt, sondern stattdessen die revolutionäre Linke. Deren Schwäche bestand laut Mandel darin, dass sie nicht in der Lage

¹³⁴² Diskussionsbeitrag von Christian, a.a.O., S. 2 (10).

¹³⁴³ T. W. Adorno, „Zur Logik der Sozialwissenschaften“, in: *Aufsätze zur Gesellschaftstheorie und Methodologie*, Frankfurt/M. 1970, S. 111.

¹³⁴⁴ Ebd.

¹³⁴⁵ Rolke, 1987, S. 111, vgl. ebd. S. 449.

¹³⁴⁶ C. Mouffe, „Arbeiterklasse, Hegemonie und Sozialismus“, in: W. F. Haug / W. Elfferding (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*, Berlin 1982, S. 23.

¹³⁴⁷ Schandl, 1998, S. 106.

gewesen sei, den aufeinander folgenden Wellen der Radikalisierungen einen organisatorischen Bezugspunkt zu bieten. Der Hinweis auf die soziale Einbindung der Arbeiterschaft in das „System“ zählte hier für Mandel nicht: Die Arbeiterklasse sei heute weder stärker in die bürgerliche Gesellschaft integriert als früher, noch sei die Herrschaft der bürokratischen Apparate heute durch Manipulation und Medien wirksamer als in der Vergangenheit.¹³⁴⁸ Tatsächlich hätten sich

„infolge der organisatorischen Schwäche der linken Gruppen und ihrer politischen Fehler (...) sich diese aufeinanderfolgenden Wellen von Radikalisierung und Rebellion zum größten Teil niedergeschlagen in individueller Resignation, individueller Passivität nach vier, fünf, sechs, sieben Jahren“.¹³⁴⁹

Die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung hätten allerdings dabei versagt, sich führend vor diese Bewegungen zu stellen und ihr eine politische Gesamtorientierung zu geben, da erstens die SPD nichts getan habe, was die Stabilität der bürgerlichen Gesellschaft gefährdet oder auch nur in Frage gestellt hätte. Zweitens hätte der Prozess der „Ungleichzeitigkeit“ der Radikalisierung der Arbeiterklasse einerseits und der Intelligenz, der Jugend, der Frauen usw. andererseits eine gewisse Kluft zwischen beiden Bewegungen entstehen lassen. Im Gegensatz zu Frankreich mit dessen Mai 1968 oder Italien mit dem heißen Herbst 1969 (Generalstreiks von 10 bis 15 Millionen Arbeitern) konnten in Deutschland, in Österreich und der Schweiz nicht die Arbeiterklasse als zentrales politisches Subjekt erscheinen – dies führte auch dazu, dass die Arbeiterklasse für die sozialen Bewegungen keine offensichtlichen Verbündeten waren.¹³⁵⁰ Auch hier wird noch einmal das „Erfolgsgeheimnis“ der trotzkistischen Bewegungen deutlich, dem sie bis heute ihre Existenz verdanken: Kritik an der theoretischen Rolle der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt stand immer außerhalb des Denkbaren, und diese blieb somit im Zentrum der politischen Perspektiven, auch wenn andere soziale Bewegungen zeitweise als deren Vorhut gesehen wurden. In diesem Zusammenhang muss allerdings noch auf einen wichtigen Punkt hingewiesen werden: Wenn man die neuen sozialen Bewegungen als zusammenhängenden Protestzyklus begreift, dann muss man der Entwicklung einer bewegungsstabilisierenden und inkludierenden Gegenkultur eine wichtige Rolle beimessen. Diese Gegenkultur wandte sich nicht nur gegen die politischen und sozialen Verkehrsformen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch gegen die als dogmatisch begriffenen Organisations- und Praxisformen der radikalen Linken. Konnten diese Spannungstendenzen zu Beginn der Bewegungen noch kompensiert werden, indem die radikale Linke Hoffnungen und Ängste einer neuen Generation sinnfällig deutete und in handlungsleitenden Utopien bündelte,¹³⁵¹ so führte der zunehmende Vertrauensverlust in keynesianische und marxistische Theorieansätze, dem die neoliberalen „Tendenzwende“ folgte, im Lager der radikalen Linken zur Desorientierung und im Lager der neuen sozialen Bewegungen zum „Verlust des großen Ziels“ – und zum teilweisen Rückzug in die „Innerlichkeit“. Dagegen wandte sich wiederum der Protest der Jugendgeneration der frühen achtziger Jahre (aus dem sich die Bewegung der Autonomen entwickelte), die sich in einer „doppelten Artikulierung“ nicht nur gegen die dominante Kultur, sondern auch gegen die Politik der „faulen Kompromisse“ der neuen sozialen Bewegungen wandten.¹³⁵² Mit ihrer theoretischen Fixierung auf das Subjekt Arbeiterbewegung und deren „proletarischen Kultur“ saßen die Trotzkisten zwischen allen Stühlen. Dies führte einerseits dazu, dass diejenigen, die einen starken Anschluss an die neuen Bewegungen suchten, dem Trotzkismus verloren gingen, andererseits dazu, dass objektive politische und sozial-kulturelle Differenzen ein Aufgehen in diesen Bewegungen verhinderten.

Die relative gesellschaftliche Isolierung der (nicht entrustisch arbeitenden) Trotzkisten wurde von diesen nun in den späten Siebzigern immer deutlicher gesehen. Als man den Kampf um die „Neue Avantgarde“ aufgegeben hatte und auch in den neuen sozialen Bewegungen eher am Rand stand, besann man sich auf die Aufgabe, in den Betrieben neue Mitglieder zu gewinnen und organisierte den „langen Marsch“ durch die Betriebe. Nachdem es in der GRM und der GIM 1975 bzw. 1979 zum Aus-

¹³⁴⁸ Vgl. Agnoli/Mandel, 1980, S. 117.

¹³⁴⁹ Ebd., S. 118.

¹³⁵⁰ Vgl. Mandel, 1982, S. 263f.

¹³⁵¹ Vgl. Brand, 1987, S. 35.

¹³⁵² Vgl. H. Kriesi, „Neue soziale Bewegungen – der Protest einer Generation?“ in: M. Dahinden, *Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen*, Zürich 1987, S. 34f.

tritt von Mitglieder gekommen war, die erfolglos die Orientierung auf die Neue Avantgarde bekämpft und sich für eine verstärkte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ausgesprochen hatten, fand Ende der siebziger Jahre die „Wende zur Industrie“ statt – nun ging es darum, alle Kräfte auf die Betriebe zu orientieren. Dies sollte bei der GRM zu einem völligen Debakel führen („Totenstille“ in den Betrieben), bei der GIM halbherzig umgesetzt werden¹³⁵³ (die Industriearbeiter waren größtenteils bei einer Spaltung im Jahr 1979 endgültig verloren gegangen) und nur bei der RML/SAP relativ erfolgreich verlaufen (wenn auch nur in der Westschweiz). In diese Phase vollzog sich die Orientierung auf die „klassische“ Arbeiterbewegung nicht unbedingt in Ermangelung einer anderen sozialen Bewegung, sondern aufgrund der aufrechterhaltenen Orientierung auf das politische Subjekt „Arbeiterklasse“. Dies führte in Österreich zu einer Orientierung am linken Flügel der SPÖ, in der Schweiz zu verstärkter Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und zur Umbenennung der RML in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). In Deutschland begann die GIM mit verschiedenen Gruppen, die sich ebenfalls auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit konzentrierten, über eine engere Zusammenarbeit zu diskutieren. Inwieweit diese verstärkte Orientierung auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit seit Ende der Siebziger auch eine Reaktion gegenüber den Gefahren einer wachsenden „kleinbürgerlichen Orientierung“ in der Mitgliedschaft darstellte, kann hier nicht beantwortet werden.

1978 stellte die GIM zum wiederholten Male fest, dass die sozialistische Linke ebenso wie 1968 weitgehend isoliert von den traditionellen Arbeiterorganisationen und den Kämpfen der Arbeiterklasse sei. Aufgrund wichtiger Veränderungen in Betrieben und Gewerkschaften konnte trotzdem der erste Ansatz einer „Sozialistischen Alternative“ in der Arbeiterklasse ermöglicht werden.¹³⁵⁴ Somit wehrten sich Vertreter der GIM in der Diskussion um neue alternative Partiprojekte auf eine Reduzierung des Programms auf ökologische und radikaldemokratische Forderungen und forderten statt dessen ein Aktionsprogramm auf marxistischen Grundlage, das eine neue Partei auch für linke Kräfte in der SPD und den Gewerkschaften anziehend machen könne.¹³⁵⁵ Die Vorstellung, linksgewerkschaftliche Forderungen in den Mittelpunkt der Programmatik einer Alternativen Liste zu stellen, wurde von anderen Linken als eine Aktion von „Kamikaze-Politikern“¹³⁵⁶ bezeichnet und machte erneut deutlich, dass die GIM politische Konzeptionen in ein Milieu hinein zu tragen versuchte, das in der Arbeiterklasse nicht den führenden politischen Faktor sahen. Damit unterlag die GIM den gleichen Fehleinschätzungen wie die westdeutschen ML-Gruppen:

„Der originär marxistische Ansatz, fortschrittlichen Bewegungen durch die eigene Mitarbeit mit zum Durchbruch zu verhelfen, wurde durch die Vorstellung ersetzt, ‚avantgardistisch‘ diejenigen Inhalte in Bewegungen ‚hineinzutragen‘, die ihnen ‚fehlten‘. (...) Es galt, der Selbst-Verpflichtung als ‚Avantgarde‘ nachzukommen und ‚weitergehende‘ Inhalte auf entstandene Ansätze aufzupropfen.“¹³⁵⁷

Nachdem nun die GIM einer Mitarbeit in den Grünen ablehnend gegenüber gestanden hatte und sich der Zerfallsprozess der eigenen und der anderer sozialistischer Gruppen fortsetzte, besann man sich auf die Möglichkeit einer Vereinigung aller übrig gebliebenen radikalen Kräfte. Bestand die Vorstellung der GIM seit ihrer Gründung darin, entweder durch die Auswirkungen soziale Kämpfe oder durch Umgruppierungen innerhalb der radikalen Linken zu wachsen, blieb beim Ausblieben dieser Kämpfe nur

¹³⁵³ Winfried Wolf sieht die Art und Weise der Umsetzung der „Wende“ recht kritisch: „Mit mir haben maßgebliche Leute darüber verhandelt, ob ich nach Opel Rüsselsheim gehe und dann immer mit der Hand vor dem Mund geflüstert: ‚Nach drei Jahren kannst du wieder raus.‘ Irgendwie so als Show, sozusagen: ‚Geh du mal rein, an das Band und so, damit auch andere rein gehen.‘ (...) Die Genossen vom Spartacusbund haben das viel besser als wir gemacht, die hatten eine Reihe von Lehrlingsgruppen in den Betrieben, wo wir damals die Nase rümpften, weil wir ja bei der neuen Massenavantgarde gelandet waren. Und ein paar Jahre später entdeckte man dann: ‚Oh, wir haben ja gar nichts bei den Prolos.‘ Und dann gingen natürlich die Superintellektuellen in die Industrie rein. Und das war schon ein kleinbürgerlicher Zickzack.“ (Interview mit Winfried Wolf am 26.03.2005).

¹³⁵⁴ Vgl. W. Wolf, „Blaue Wunder mit grün-bunter Tarnkappe oder: Für eine sozialistische Alternative“, in: *Kritik. Zeitschrift für sozialistische Diskussion*, Nr. 18, 1978, S. 127f., 136.

¹³⁵⁵ Vgl. ebd., S. 140.

¹³⁵⁶ M. Krebs / M. Prütz, „Die Westberliner Alternativ-Posse“, in: *Kritik. Zeitschrift für sozialistische Diskussion*, Nr. 18, 1978, S. 154.

¹³⁵⁷ Ziesemer, 1981, S. 65f.

letzteres übrig. Bereits die Nationale Konferenz der GIM vom Juni 1980 hatte in einer Resolution den Wunsch formuliert,

„insbesondere mit den maoistischen, zentristischen und linksreformistischen Strömungen, die sich in einer Krise befinden, über die Perspektiven des Klassenkampfes und die sozialistische Strategie in Westdeutschland zu diskutieren“.¹³⁵⁸

1982 forderte Winfried Wolf ein Zeitungsprojekt „für eine sozialistische Alternative“, das eine Umgruppierung (damals noch mit dem KBW) vorbereiten sollte:

„Die Linke in Deutschland befindet sich im Prozess einer umfassenden Umgruppierung. SPD-Linke, Demokratische Sozialisten 82, Grüne, Bunte/Alternative und Auflösungsprozesse bei SB, KB und KBW bilden die wichtigsten Bestandteile dieses Umgruppierungsprozesses. (...) Objektiv besteht die Möglichkeit, im Aufbau einer revolutionären Organisation, einer sozialistischen Alternative, einen Schritt nach vorne zu tun. Es zeichnet sich jedoch noch kein definitives konkretes Projekt, wie und v. a. mit wem dies erfolgen könnte, ab“.¹³⁵⁹

Diese Umgruppierungsprozesse erfolgten auf dem Höhepunkt der neuen sozialen Bewegungen in der BRD, welche einen großen Einfluss auf die Orientierung einer Reihe von Aktivisten aus der radikalen Linken an den Grünen hatte. Mehrere Prozesse kulminierten in dieser Phase: Die erhoffte Radikalisierung der Arbeiterbewegung ließ weiterhin auf sich warten, die Grünen bildeten einen Anziehungspunkt für enttäuschte Linke, die radikale Linke war gesellschaftlich isoliert, obwohl die Aktionen der sozialen Bewegungen von Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre beständig zugenommen hatten.

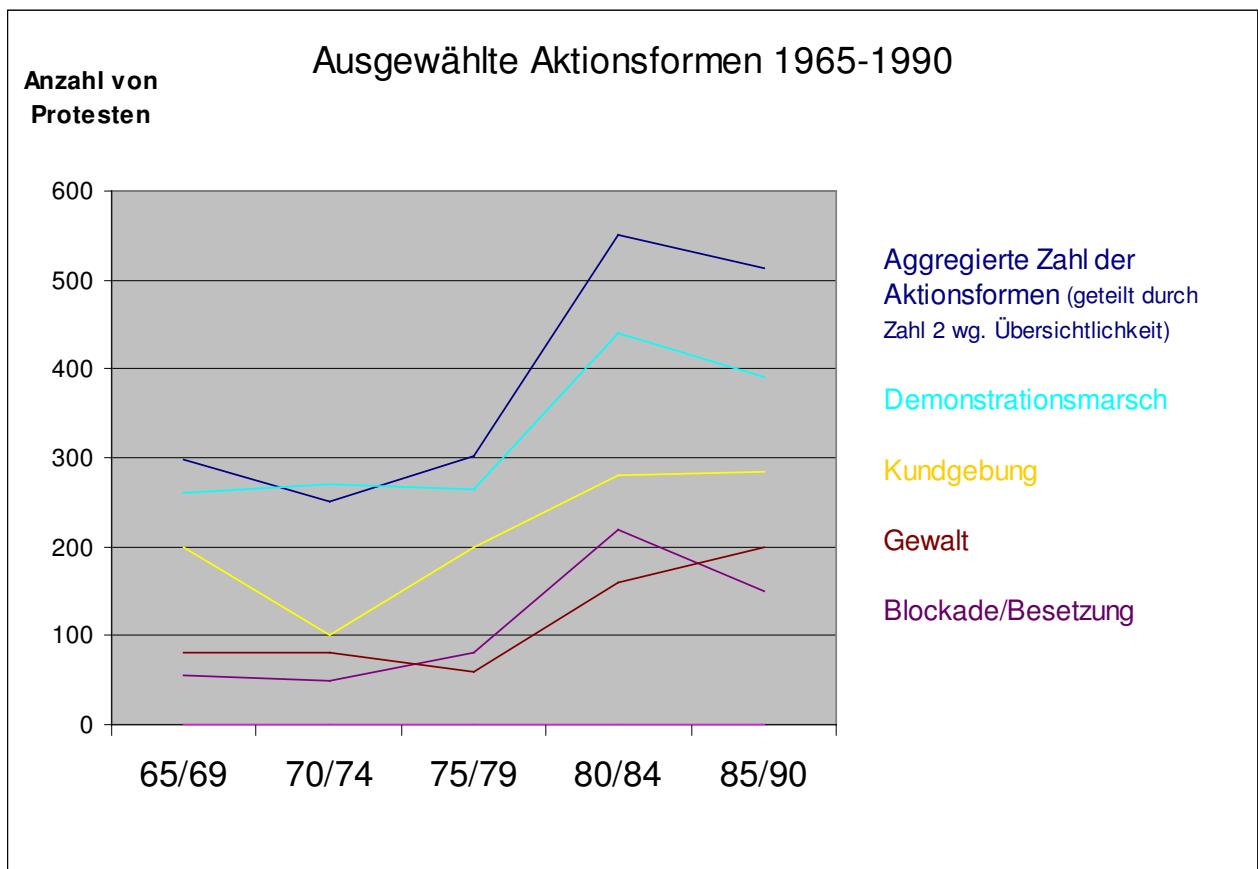


Abb. 9: Politische Aktivierung anhand ausgewählter Aktionsformen in der BRD (Quelle: Neidhardt; Rucht, 2001, S. 55; und eigene Berechnungen)

¹³⁵⁸ Zitiert nach IAK, Nr. 67/68, Dezember/Januar 1980/81.

¹³⁵⁹ GIM (Hrsg.), Rundbrief, Nr. 15 (neue Nummerierung), 23.04.82, S. 41. ASF: 9.1.5.III.

Die Gründung der VSP 1986 durch GIM und KPD kann also als ein Produkt der Krise der radikalen Linken begriffen werden; ohne soziale Bewegungen und nur minimaler Verankerung in den Betrieben wurde die GIM auf sich selbst und potentielle Bündnispartner zurückgeworfen. Ein Teil der GIM wollte eine weitere Isolierung der Linken von den sozialen Bewegungen nicht mitmachen und trat 1986 mit rund 40 Personen in die Grünen ein. Dies vollzog sich aufgrund der Schlussfolgerung, dass „endlich ernst gemacht wird mit einer Politik, die eingreift in Umgruppierungsprozesse und Massendifferenzierungen, wie sie heute schon stattfinden“.¹³⁶⁰ Dazu sollte die klassische Entrismustaktik nun in den Grünen angewendet werden. Dies wurde als „Dritter Weg“ zwischen reiner Orientierung auf die Betriebsarbeit und alternativen Parteiaufbauprojekten konzipiert. Die konzeptionelle Zerrissenheit der GIM resultierte aus dem Widerspruch zwischen ihrer Orientierung auf die Arbeiterklasse und deren relativen Lethargie, während sich die neuen sozialen Bewegungen als Interventions- und Rekrutierungsfeld anboten. Die GIM war seit Beginn der Siebziger in zwei Linien gespalten: Die „traditionalistische“ Linie orientierte sich auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und verband dabei angeblich „Ökonomismus und Sektierertum“¹³⁶¹, die „unorthodoxe“ Linie orientierte sich auf Prozesse der Umgruppierungen im linken Lager und in den neuen sozialen Bewegungen. Bereits die Dokumente der Internationalistischen Tendenz (IT) und Kompaß-Tendenz zur Nationalen Konferenz der GIM von 1974 sind Ausdruck zweier völlig entgegen gesetzter Orientierungen. Die IT sah ein „wachsendes revolutionäres Potential“ und „eine zunehmend radikalierte Arbeiterklasse“, zudem würden Studentenbewegung, Lehrlinge und kommunistische Gruppen die neue Avantgarde mit Massencharakter darstellen, die SPD sei als „bürgerliche Arbeiterpartei“ einzuschätzen¹³⁶². Die Kompass-Tendenz betonte dagegen die „nicht-revolutionäre Situation“ und sprach der Studentenbewegung und den kommunistischen Gruppen die Avantgarderolle ab. Die SPD wurde als bürgerliche Partei begriffen, die sich auf die Gewerkschaftsbürokratie stützte.¹³⁶³

Neben der GIM/VSP existierten in den achtziger Jahren eine Reihe von größeren und kleineren trotzkistischen Gruppen: Voran und ISA, die Entrismus in der SPD betrieben, und die Organisationen SAG, TLD und BSA, die als eigenständige Organisationen arbeiteten. Diese Gruppen und Organisationen waren bereits vor und in der ersten Hälfte der siebziger Jahre gegründet worden, kleine Zirkel und Gruppen entstanden in den Achtzigern aus Abspaltungen (beispielsweise KL, Gruppe Spartacus, SL) oder Neugründungen (GAM), die zumeist ebenfalls als eigenständige Gruppen auftraten.

Während die Voran-Gruppe und die ISA in den achtziger Jahren innerhalb der SPD ein langsames, aber beständiges Wachstum verzeichnen konnten, mussten die unabhängig arbeitenden trotzkistischen Gruppen Mitgliederverluste und Stagnationsphasen hinnehmen. Neben der GIM/VSP orientierte sich nur die SAG stärker auf die neuen sozialen Bewegungen, insbesondere auf die Immigrantenarbeit und in der Mitte der siebziger Jahre auf die Jugendarbeit. Dort unterstützte sie die Frankfurter „Heimkampfbewegung“ mit ihrer Jugendorganisation, den Roten Panthern. Aber auch sie verlor von 1979 bis 1989 rund zwei Drittel ihrer Mitgliedschaft und bestand 1989 aus ca. 100 Mitgliedern. Die Grünen boten auch für die SAG keine politische Alternative oder ein politisches Arbeitsfeld: Diese würden heute „als eine im wesentlichen linksreformistische Wahlpartei“ erscheinen und Umweltschutz sei für sie ein „klassenunspezifisches Gesellschaftsproblem“. Ihre Kritik richte sich gegen das Wachstum und die industrielle Technik und nicht gegen die Profitwirtschaft und die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Damit mache ihre kleinbürgerliche Gesellschaftskritik die Grünen offen für alle möglichen politischen Tendenzen, und die Mitglieder müssten darauf vorbereitet sein, dass der Weg der Grünen „von vorne links nach hinten rechts führe“.¹³⁶⁴

In Österreich stellte die GRM 1977 fest:

„Die extreme Linke befindet sich in einer Phase, in der die größtenteils studentische Radikalisierung, der sie ihre Entstehung verdankt, stagniert, ohne daß es zu Brüchen mit der

¹³⁶⁰ Ernst machen womit? a.a.O., S. 2.

¹³⁶¹ Ebd., S. 7.

¹³⁶² „Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft und die Aufgaben der revolutionären Marxisten“, in: GIM (Hrsg.), *Der Stand der Klassenkämpfe und die Aufgaben der revolutionären Marxisten*, a.a.O., S. 7, 25.

¹³⁶³ „Plattform unserer Arbeit. Plattform der Kompaß-Tendenz zur Nationalen Konferenz der GIM (generelle Linie)“, in: GIM (Hrsg.), *Der Stand der Klassenkämpfe und die Aufgaben der revolutionären Marxisten*, a.a.O., S. 111, 153, 124.

¹³⁶⁴ Vgl. V. Mosler, „Wohin treiben die Grünen?“ in: *Klassenkampf*, Nr. 11, Mai/Juni 1982, S. 10–12.

Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft gekommen wäre. „Spektakuläre“ Aktionen und Initiativen sind seltener geworden, die Tätigkeit der bestehenden Organisationen ist zu einem großen Teil propagandistischer Natur.“¹³⁶⁵

Gleichwohl konnte die GRM bis Anfang der achtziger Jahre aufgrund kleinerer Umgruppierungsprozesse und ihrer Arbeit an den Hochschulen geringfügig weiter wachsen. Erst 1981/82 vollzog die GRM die internationale Orientierung des VSVI, sich in den Betrieben zu verankern – recht spät, denn der Diskussionsprozess hatte in der GRM schon 1979/80 begonnen. 1980 hieß es in den Dokumenten zur 5. Nationalen Delegierten-Konferenz:

„Das politische Ziel ist der Aufbau einer Gewerkschaftsarbeit. Beim niedrigen Stand des Klassenbewußtseins und der ökonomisch ruhigen Situation sind die Möglichkeiten, Betriebsarbeit zu machen, sehr eingeschränkt“.¹³⁶⁶

Nun sollte durch Umschulungen und politisch motivierte Berufswahl die „Wende zu den Betrieben“ bzw. die „Wende zur Proletarisierung“ verwirklicht werden.¹³⁶⁷

Während die große Mehrheit der GRM diese taktische Orientierung teilte, entwickelten sich Differenzen um die Frage der konkreten Umsetzung und der vollständigen Orientierung auf dieses Ziel. Eine Minderheit plädierte für

„eine eindeutigere und systematischere Umsetzung der Wende, für entsprechende vorbereitende Schulungen, für eine Anpassung des Aktivitätsrhythmus der Organisation an die Möglichkeiten von Berufstätigen und in der Folge für eine deutlichere Reduktion der Kampagnenpolitik“.¹³⁶⁸

Die Differenzen führten letztlich dazu, dass weder Kampagnearbeit noch die Wende umgesetzt wurden und es zu einer relativen Paralysierung der Organisation kam. In der Folge traten eine Reihe von Mitgliedern aus. Rückblickend meint dazu Dworczak, dass die angestrebte Proletarisierung der Organisation letztlich ein Konstrukt bleiben musste, da die Bedingungen dafür aufgrund der Totenstille in den Betrieben einfach nicht gegeben waren. Anders habe sich die Situation noch zu Beginn der Siebziger dargestellt: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Europa hätten sich auch in den Betrieben in Österreich widergespiegelt, damals habe es eben nicht nur in den Reihen der Studierenden eine Bewegung gegeben.¹³⁶⁹

Der „Flop“¹³⁷⁰ der „Wende zu den Betrieben“ und der gescheiterte Versuch der Einflussnahme auf den linken Flügel der SPÖ, der den weiteren Aufbau einer eigenen Jugendorganisation zerstörte, führte Mitte der achtziger Jahre in der GRM zur erneuten Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen und auf die entstehende Grüne Partei. Die Rückschläge in der Arbeit mit der Grünen- und Friedensbewegung ließen dann aber erneute Forderung nach einer „Wende zur Proletarisierung“ aufkommen.¹³⁷¹ Die GRM/SOAL verlor so eine Reihe von jüngeren Mitgliedern an den ASt und die RKL. Mit dem Wegbruch einer ganzen Generation von erfahrenen Kadern war die SOAL in den frühen Neunziger Jahren nicht mehr zu erfolgreichen Interventionen in die antirassistischen und Anti-EU-Bewegungen fähig. Die Politik des VSVI, seine Sektionen in linke Projekte hinein aufzulösen, stellte die Fortexistenz der SOAL Anfang der Neunziger zusätzlich in Frage.

Die 1983 gegründete Gruppe Vorwärts arbeitete wie ihre deutsche Schwesterorganisation Voran in der Sozialdemokratie und orientierte sich hauptsächlich auf Schüler und Studenten. Ebenso wie der 1985 gegründete ASt, der sich als unabhängige Organisation ebenfalls auf Schüler und Studierendenarbeit konzentrierte, konnte man nur sehr langsam wachsen. Eine Abspaltung der GRM von 1980, die TOÖ, konnte keine nennenswerten Aktivitäten entfalten.

1987 fand gegen „das Sparpaket“ der Großen Koalition eine heftige, aber auch kurze Bewegung statt. Am 21. Oktober demonstrierten 10.000 Studierende in Wien, auch an anderen Universitäten kam es

¹³⁶⁵ „Österreich 1977. Eine politische Zwischenbilanz. Resolution der Nationalen Leitung der GRM vom März 1977“, in: GRM (Hrsg.), *Dokumente der Nationalen Delegiertenkonferenzen 1975 und 1976*, a.a.O., S. 130.

¹³⁶⁶ GRM (Hrsg.), *Dokumente der 5. Nationalen Delegierten-Konferenz der GRM 1980*, Wien 1980, S. 26.

¹³⁶⁷ Angerer, 1996, S. 191, Angerer, 1997, S. 201.

¹³⁶⁸ Ebd.

¹³⁶⁹ Gespräch mit Hermann Dworczak am 10.11.2004.

¹³⁷⁰ Jezek, 1997, S. 242.

¹³⁷¹ Vgl. ebd., S. 244.

zu Streik und Besetzungen. In den folgenden zwei Tagen schlossen sich Dutzende Schulen dem Streik an, so dass am 24. Oktober rund 40.000 Menschen gegen das Sparpaket in Wien auf die Straße gingen. Streiks, Besetzungen und Aktionen der Studierenden setzte sich bis Ende November fort, die Streikfront bröckelte aber zusehends: Zum Einen versuchte die konservative österreichische Hochschülerschaft (ÖH) den Streik abzuwürgen, die Bewegung blieb auf die Studierenden beschränkt und die staatlichen Organe saßen den Streik einfach aus,¹³⁷² so dass sich keine weiteren Konfrontationen entwickelten, die zu weiterer Radikalisierung hätten führen können:

„Das Audimax-Plenum versuchte die Radikalisierung aufrecht zu erhalten, wurde dabei aber vom Delegiertenrat, dominiert von Hochschulfunktionären, behindert. Lähmende Diskussionen zwischen sich radikalisierenden Studierenden, unterstützt von linken Splittergruppen wie insbesondere dem ArbeiterInnenstandpunkt (ASt) auf der einen Seite und den gemäßigten VertreterInnen von KSV, VSStÖ und einem Teil der Basisgruppen, vertrieben die letzten nicht organisierten AktivistInnen.“¹³⁷³

Trotz des schnellen Endes der Bewegung konnten auch hier die trotzkistischen Gruppen ihre Interventionsfähigkeiten ausspielen. Ihre Kadergruppen sammelten radikalisierte Studenten um sich, übernahmen aufgrund ihrer organisatorischen Fähigkeiten teilweise die Führung der Bewegung und organisierten Versammlungen, tägliche Streikinfos und Aktionen. Die SOAL, die von den internen Konflikten um die Ausrichtung auf die grüne Bewegung gelähmt war, konnte über den Studierendenstreik hinaus keinen Attraktionspol darstellen. Der ASt war in der Lage neue Mitglieder zu gewinnen und auch die Vorwärtsgruppe in der SPÖ konnte eine Reihe neuer Eintritte verzeichnen und legte damit den Grundstein für ihr weiteres Wachstum Ende der achtziger Jahre.

Die SAP orientierte sich seit ihrem Kongress von 1987 verstärkt an der Schaffung eines Grünen Bündnis Schweiz (GBS), das ihrer Vorstellung nach durch ein gemeinsames Bündnis von SAP, POCH und PSA hätte getragen werden sollen. Als eigenständiges Parteiprojekt sah sie für sich keine Perspektive mehr: Ohne Unterstützung sei kein einziger Parlamentssitz zu halten, die eidgenössischen Initiativen lägen bis auf die Armeeabschaffungs-Initiative hinter ihnen, dem entsprechend habe man beinahe vollständig von der medialen Bühne abtreten müssen. Trotzdem sei man weiterhin in der Lage, durch eine Konzentration der Kräfte in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen, auch wenn durch den zunehmenden föderalen Druck, lokalpolitisch zu agieren, die organisierten Widerstandskräfte beschränkt und zersplittern würden.¹³⁷⁴ Bis 1987 hatten sich mit dem GBS immerhin schon bescheidene Erfolge eingestellt.¹³⁷⁵ Die SAP sah das GBS als Chance, den Widerstand gegenüber der herrschenden Politik und den gesellschaftlichen Verhältnissen überhaupt am Leben zu halten und hoffte eine gesellschaftliche Dynamik durch einen Zusammenschluss aller „widerstandsbeireiten Kräfte“ anzustoßen. Deren Programmatik und politische Vertreter würden durch eine institutionelle Präsenz ernst genommen, neue Kräfte angezogen und es würde sich eine breite Diskussion um politische Inhalte in der ganzen Schweiz entwickeln.¹³⁷⁶ So stellte das 1987 nicht zustande gekommene Grüne Bündnis aller ökologischen und sozialistisch orientierten Kräfte die SAP vor größte Probleme:

„Es fehlt uns für den Moment ein den politischen Realitäten angepasstes, motivierendes Aufbauprojekt. Den Aufbau der letzten Jahre konnten und wollten wir NICHT IN DER GLEICHEN FORM weiterführen. Es ist klar, dass es in der heutigen Situation auf politischer Ebene neben der POCH keinen Platz gibt für eine zweite neulinke Kraft. Hier liegt unser SCHWIERIGSTES PROBLEM.“¹³⁷⁷

¹³⁷² Vgl. Foltin, 2004, S. 164–169.

¹³⁷³ Ebd., S. 169.

¹³⁷⁴ Vgl. Unser Aufbau heute, S. 1. SSA: Ar. 65.11.19 RML/SAP PB Aug. 1988-Aug. 1989.

¹³⁷⁵ Folgende Gruppen hatten sich dem Bündnis angeschlossen: Alternative socialiste verte (ASV), Waadt (Vaud); Écologie et Solidarité, Freiburg; Grüne Liste Aargau; Grüne Liste Baselland; Grüne Bündnisse von Luzern und Bern; Grüne Liste MUT (Mensch, Umwelt, Tier) St. Gallen; Autunna Verde Graubünden und Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) Zug.

¹³⁷⁶ Vgl. Wie kann sich das Grün-Alternative Bündnis weiter entwickeln, was ist unser Beitrag? SSA: Ar 65.11.18 RML/SAP. PB März-Mai 1988.

¹³⁷⁷ Sektionskongress 1988 SAP Zürich, S. 2. SSA: Ar 65.11.18 RML/SAP. Großbuchstaben im Original.

Auf der Ebene der nationalen Leitung erodierte das Politische Büro (PB) aufgrund der Regionalisierung der politischen Praxis und der damit verbundenen „Entautorisierung“ des PB. Eine Erneuerung der Leitung schien nicht mehr möglich, demzufolge wurde dem ZK die Wahl eines Ausschusses vorgeschlagen, der sich zweimonatlich treffen sollte. Dieser sollte das minimale Funktionieren der nationalen SAP-Politik und die Herausgabe der Parteiorgane garantieren. Bis zum (nie einberufenen) 8. Kongress hätten das ZK und die Stadtleitungen die politische Leitung der SAP zu garantieren.¹³⁷⁸ Bevor die SAP aber endgültig auseinander fallen sollte, wurden noch einmal eine Konsolidierung und die Neubestimmung von Perspektiven angestrebt. Auffällig dabei war allerdings eine Methodik in der Analyse und Diskussion, die zu Beginn jeder Debatte folgende Diskussionspunkte in den Mittelpunkt stellte: Einmal die Notwendigkeit einer „neuen Linie“ und zum Anderen die schwierige gesamtpolitische Situation, in der sich die Linke im allgemeinen und die SAP im Besonderen befände.¹³⁷⁹ Gleich einer „self-fulfilling prophecy“ wurde die objektive Lage zum bestimmenden Faktor der eigenen Politik gemacht, der man nur durch eine „neue Linie“ begegnen konnte – die sich aber ebenfalls wieder den objektiven Umständen anpasste. Der Aufbau (oder eher der Erhalt) einer revolutionären Partei war in der Führung mehrheitlich schon aufgegeben worden, nun ging es darum die „sozialistische Idee“ aufrechtzuerhalten und diese wenn möglich über die institutionelle Präsenz und soziale Netzwerke zu propagieren.¹³⁸⁰

Doch der Zerfallsprozess sollte sich nun auf allen Ebenen Bahn brechen. In den Sektionen funktionierten die Arbeitsgruppen nicht mehr, unter den Mitgliedern entwickelte sich ein „gewisser Hang zu unverbindlicher Konsumentenhaltung“,¹³⁸¹ die Stadtleitungen hielten die Sektionen eher zusammen, als Perspektiven zu geben, das Umfeld war mehr oder weniger weg gebrochen, kaum wurden noch neue Mitglieder gewonnen. Diese Probleme potenzierten sich aufgrund der mangelnden politischen Perspektiven und stellten die SAP zunehmend vor die Frage: „Wie kann unter diesen Bedingungen eine sozialistische Strömung ihre politische Identität und Aktivität lebendig halten?“¹³⁸²

Während die meisten Diskussionen um die Aufrechterhaltung der SAP als eine sozialistische Kraft die Frage des Erhalts einer revolutionären Partei mehr oder minder ausklammerten, begannen nun einige Mitglieder deutlicher zu werden:

„Ich denke, in einer weder nach vorrevolutionären Umtrieben riechenden Periode, noch revolutionär triefenden Gegenwart ist es grundsätzlich nicht möglich, eine revolutionäre Maschinerie aufzubauen. Eine revolutionäre Organisation baut man auf, um Revolution zu machen (wie banal). Was wenn die Revolution nicht in Sicht ist? Dann verrostet ein solches Ding in der Gerümpelkammer der Geschichte. Die gescheiterte IV. Internationale und die ihr angeschlossenen gescheiterten westeuropäischen Organisationen müssten wirklich einmal eine ernsthafte theoretische Aufarbeitung über 20 Jahre Revolutionsvorbereitung machen.“¹³⁸³

„Von der revolutionären Politik und den Übergangsforderungen haben wir Abschied nehmen müssen, da es dafür keine objektiven Möglichkeiten gibt. Das revolutionäre Rüst-

¹³⁷⁸ Vgl. Zur Lage der Nationalen Leitung (24.5.89). SSA: Ar 65.11.19 RML/SAP PB Aug. 1988-Aug. 1989/1.

¹³⁷⁹ Vgl. beispielsweise: Unser Aufbau heute. SSA: Ar. 65.11.19 RML/SAP PB Aug. 1988-Aug. 1989; Sektionskongress 1988 SAP Zürich. SSA: Ar 65.11.18 RML/SAP; Grüne Sammlung oder antikapitalistischer Widerstand? Basel 11. April 1988, S. 1. SSA: Ar 65.11.18. RML/SAP.

¹³⁸⁰ „Spätestens seit den Nationalratswahlen 1987 ist es Allgemeingut geworden: die SAP kann ihre früher errungene institutionelle Präsenz nicht mehr aus eigener Kraft verteidigen. Die Idee der ‚kleinen, aktiven Reformpartei links der SPS‘ mit revolutionär-sozialistischer Programmatik und entsprechenden ‚Antworten‘ zu allen Fragen ist damit de facto in Frage gestellt. Die Identitätsfindung muss deshalb eine beschränktere werden: Die SAP fördert den Zusammenschluß aller widerstandsbereiten Kräfte, um ihr politische Wirkung zu verleihen (GBS), hat aber ebenso das prioritäre Ziel, ungeachtet unmittelbarer politischer Wirkung auf der institutionellen und medialen Ebene, den Kampf gegen die sich überall durchsetzende Vereinzelung in der bürgerlichen Gesellschaft zu führen. Das Schaffen und Vernetzen sozialer Milieus, selektiv aufgrund bisheriger Errungenschaften von 20 Jahren Parteiaufbau: in einigen Betrieben und Gewerkschaften, unter Frauen und Jugendlichen. Diese zweite Aufgabe – der eigentliche Aufbau – gibt die Basis ab für jede weitere politische Tätigkeit.“ (Unser Aufbau heute, S. 1. SSA: Ar. 65.11.19 RML/SAP PB Aug. 1988-Aug. 1989/1.)

¹³⁸¹ Sektionskongress 1988 SAP Zürich, S. 4., a.a.O.

¹³⁸² Ebd.

¹³⁸³ Wohin mit unserer Organisation? Die Wahl zwischen vier Varianten. Sektionskongress 1988 SAP Zürich. SSA: Ar 65.11.18 RML/SAP.

zeug liegt im Keller versorgt; es liegt an uns, für eine möglichst gute Konservierung zu sorgen. Ich denke, was heute im Bereich des objektiv möglichen liegt, ist eine aktivistisch-reformistische Politik, die sich nicht in die Konkordanz einordnet. (...) Das Gesagte führt mich zu dem Schluss, dass ein Parteiaufbau gestützt auf unsere eigenen Kräfte heute keine realistische Perspektive ist.“¹³⁸⁴

Diesen Schlussfolgerungen wurde allerdings auch von einigen führenden Mitgliedern vehement widersprochen. Einer grün-alternativen Organisation wurde eine „breite Sammlung des antikapitalistischen Widerstandes“ gegenübergestellt, in der eine marxistisch-revolutionäre Partei mit internationalistischer Perspektive ihre Perspektiven und Ideen entwickeln und formulieren könne:

„Mit der politischen Desorientierung verbunden sind die tiefgreifenden Zweifel unter eigenen Mitgliedern, ob wir überhaupt noch eine revolutionär-sozialistische Partei oder Strömung aufbauen wollen. Der Einfluss von grünen, alternativen und sonstigen Ideen, beginnt auch in unseren eigenen Reihen, wenn auch verschwommen, zu wirken. Der sogenannte sozialistische Diskurs sei überholt, wird uns ständig entgegen gehalten. Ja, steter Tropfen höhlt den Stein. (...) Unsere Arbeit muss wieder darauf abzielen, revolutionäres Bewusstsein zu schaffen und Kader zu erziehen. Natürlich können wir mit dieser Stossrichtung zur Zeit nicht viele Leute begeistern. Aber mit radikalen Perspektiven können wir bei AktivistInnen, die nach grundsätzlich neuen Wegen suchen, am ehesten glaubwürdig erscheinen. Inhaltliche Selbstbeschränkungen machen uns als politische Kraft überflüssig, denn Reformismen gibt es schon mehr als genug, sozialdemokratische, grüne, alternative...“¹³⁸⁵

„Der enormen Integrationsgefahr der helvetischen Gesellschaft konnte nur mit dieser gesamtschweizerischen Perspektive entgegengewirkt werden. Für unsere Strömung, die mit einer revolutionär-marxistischen („trotzkistischen“) Programmatik angetreten ist (...) war (und ist!) sogar nicht nur die gesamtschweizerische, sondern auch die internationalistische Ausrichtung und *organisatorische Verbundenheit* (IV. Int.) ein Überlebensfaktor als RevolutionärInnen.“¹³⁸⁶

Aber auch die Kräfte, die in der SAP weiter für eine eigenständige trotzkistische Partei plädierten, lösten sich in Ermangelung eigener Perspektiven in neue Bewegungsorganisationen auf oder gaben ganz auf.

7.6 Die neunziger Jahre und der Charakter der einzelnen trotzkistischen Strömungen

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks hatte die Trotzkisten weit weniger betroffen als die maoistischen und stalinistischen Parteien. Trotzkis Perspektive, dass ohne eine politische Revolution innerhalb eines längeren Zeitraumes die Sowjetunion durch die Bürokratie selber wieder in das kapitalistische System re-integriert würde, bestätigt sich in den Augen der Trotzkisten. Doch dies brachte den „Rufern in der Wüste“ wenig Anerkennung und noch weniger neue Mitglieder für ihre Organisationen. Die Vorstellung eines demokratischen Sozialismus wurde durch die Niederlage des „realen Sozialismus“ völlig desavouiert. Dies betraf nicht nur die radikale Linke sondern auch die Sozialdemokratie, deren linker Flügel langsam in die Bedeutungslosigkeit versank. Die Voran-Gruppe (Deutschland) und die Vorwärts-Gruppe (Österreich) folgten in den Neunzigern ihrer Internationalen beim Austritt aus der Sozialdemokratie und mussten dabei einen Teil ihrer Mitgliedschaft zurücklassen. Daraus entwickelten sich der deutsche und österreichische Funke. Die ISA setzte unverdrossen ihre Arbeit in der SPD fort und verlor kontinuierlich ihre Mitglieder. Die SAG/Linksruck intervenierte von 1994 bis 2000 in die Jusos und konnte neue Mitglieder gewinnen, verlor aber vorher einen Teil ihrer Mitgliedschaft, die den Entrismus in die Jusos verweigerten. Von den daraus entstehenden drei Organisationen existiert nur noch eine Gruppe. Die Organisationen, die ihre unabhängige Arbeit fort-

¹³⁸⁴ Was kommt nach dem grünen Bündnis? Ein Beitrag zur Diskussion auf dem Sektionskongress. Sektionskongress 1988 SAP Zürich. SSA: Ar 65.11.18 RML/SAP.

¹³⁸⁵ Diskussionsbeitrag von Christian, a.a.O., S. 5f.

¹³⁸⁶ Aus den Thesen zum Aufbau in Bern, S. 3, Hervorhebungen im Original. SSA: Ar 65.14.3 RML/SAP Bern SAP/Grünes Bündnis 1986-1990.

setzten, konnten sich aufgrund ihrer geringen Größe oder ihres fortgesetzten Zerfalls (VSP) nicht in relevantem Maßstab aufbauen.

Ausgehend von enttäuschten VSP-Mitgliedern gründete sich der RSB im Jahre 1994, die VSP selber löste sich im Jahr 2000 auf. Weitere Gruppen in Deutschland wie die PSG, GAM, SpAD, Gruppe Spartacus und SL blieben bedeutungslos, neue Gruppen tauchten als Folge internationaler Spaltungen verstärkt seit dem Jahr 2000 auf. In Österreich verwandelte sich die aus verschiedenen Gruppen 1989 gegründete RKL in eine antiimperialistische Organisation und verabschiedete sich vom Trotzkismus. Der ASt konnte vom Niedergang anderer Gruppen ab den frühen Neunzigern profitieren, überwand Mitte der Neunziger eine Krise mit der Abspaltung einer kleineren Gruppe und konnte sich erst ab dem Jahr 2000 wieder quantitativ aufbauen. Die SOAL stabilisierte sich auf niedrigem Niveau. Der Vorwärts/SLP konnte langsam weiter wachsen, musste aber Ende der Neunziger eine Abspaltung verkraften. 1996 gründete sich die Gruppe Linkswende als Schwesterorganisation des deutschen Linksruck.

In der Schweiz entstand mit den Solidarités ein Bündnis, aus dem sich 2004 die Bewegung für den Sozialismus (MPS/BFS) neu konstituierte. Die GTS/OST setzte ihren tiefen Entrismus fort.

7.7 Organisationspolitische Bilanz des Zeitraums nach 1968 bis 2000

Zieht man unter dem Gesichtspunkt der Größe und der heutigen relativen Bedeutung der trotzkistischen Gruppen eine Bilanz nach rund 30 Jahren, so wird folgendes deutlich: Die trotzkistischen Strömungen können in einer ersten Analyse in zwei Gruppen eingeteilt werden. Einmal die Gruppen, die ein strategisches Verhältnis zur Sozialdemokratie als Hauptvertreterin der Arbeiterbewegung entwickelten, und die Gruppen, die ein taktisches Verhältnis zu ihr hatten. Strategisches Verhältnis meint die Vorstellung, dass sich der Klassenkampf in einer massiven Linksentwicklung und dem Herausbrechen radikaler Teile der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie ausdrücken werde – somit müsse man in derselben arbeiten. Taktisches Verhältnis meint kurzfristigen Entrismus zu betreiben, wenn sich diese Prozesse tatsächlich abspielen werden, ansonsten ist zuerst der Aufbau der unabhängigen Organisation voranzutreiben.

Die Gruppen, die zum Teil jahrzehntelang in der SPD/SPÖ gearbeitet hatten, konnten sich nach ihrem dortigen Austritt aufgrund ihrer relativen Größe und ihrer Arbeit in der antifaschistische Bewegung – trotz personeller Verluste – weiter aufbauen (Voran/SAV, Vorwärts/SLP, beide CWI).

Die Gruppen des Funke, die sich von Voran und Vorwärts abgespalten hatten und in der Sozialdemokratie verblieben, konnten sich ebenfalls weiter aufbauen. In Österreich allerdings weit erfolgreicher als in Deutschland.

Die SAG/Linksruck konnte sich in der SPD revitalisieren, die Linkswende in der SPÖ zumindest einen kleinen Kreis von Aktivisten aufbauen. Beide Sektionen der IST konnten dann gestärkt in die globalisierungskritische Bewegung intervenieren.

Die GTS/OST und die IAK/ISA (Sektionen des ISVI – Lambertisten) sind mit ihrer Strategie des tiefen Entrismus in der Sozialdemokratie mehr oder weniger aufgegangen.

Die GIM/VSP, die GRM/SOAL und die RML/SAP (alle VSVI) und auch der Spartacusbund (als „Verwandter 3. Grades“ der GIM) sind in den fraktionellen Auseinandersetzungen um die Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen zerrieben worden.

Gruppen wie GAM und ASt (beide LFI), PSG (IKVI) und SpAD (IKL), die auf die Umgruppierung der revolutionären Kräfte setz(t)en sind bedeutungslos geblieben, einzig der RSB (VSVI) konnte sich durch seine Betriebsarbeit und eine geduldige Aufbauarbeit eine gewisse Bedeutung im trotzkistischen Spektrum erhalten.

In dieser Bilanz wird deutlich, dass sowohl eine lange wie eine kurze Phase der Entrismus in der Sozialdemokratie einen Teil der Trotzkisten in die neunziger Jahre „retten“ wie auch revitalisieren und weiter aufbauen konnten. Diejenigen Gruppen, die auf „revolutionäre Umgruppierungen“, d. h. Spaltung anderer kommunistischer (vorzugsweise trotzkistischer Gruppen) bzw. Neugründungen kleiner Gruppen setzten, scheiterten (jedenfalls im Rückblick auf die vergangenen 30 Jahre) kläglich. Ebenso erging es den Organisationen des VSVI, die auf die Neuformierung breiter, antikapitalistischer Organisationen und Parteien gesetzt hatten.

Es stellen sich hier aber weitere Fragen: Warum konnten sich Voran und Vorwärts bis Anfang/Mitte der Neunziger in der Sozialdemokratie aufbauen und ihre Abspaltungen ebenfalls, die ISA und die OST aber nicht? Warum konnten Erstgenannte nach ihrem Austritt und der Gründung einer eigenständigen Organisation weiter wachsen, die anderen unabhängigen Gruppen aber nicht? Wodurch war es der SAG möglich, nach 25 Jahren unabhängiger Arbeit mit rund 50 Personen in die SPD einzutreten, diese nach fünf Jahren mit 1000 Mitgliedern zu verlassen und durch die Intervention in die globalisierungskritische Bewegung weitere 200 Mitglieder zu gewinnen?

Eine Antwort findet sich in der Fähigkeit der (Jugend-) Kader, in einer Bewegung neue Mitglieder zu gewinnen und zu organisieren. Dies gelang gerade den Gruppen, die bereits innerhalb der Sozialdemokratie eine Schicht von Jugendkadern ausbilden konnten, eben weil sie dort regelmäßig kleinere und größere Aktionen im Jugendbereich durchführen und eine organisatorische und politische Infrastruktur aufbauen konnten. Dies fehlte sowohl den unabhängigen Organisationen wie auch den libertistischen Gruppen ISA und OST – diese waren schlichtweg überaltert und orientierten sich statt auf die Jugendbewegungen (beispielsweise im Antifa-Bereich) auf die Prozesse in und um Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Auch die SAG konnte mit einer relativ jungen Mitgliedschaft in die Jusos eintreten und ihre straffe Kaderorganisation dort ausbauen. Dabei profitierte sie von der personellen und politischen Auszehrung der Jusos und konnte Teile der Linken, die mit der Politik ihrer Partei unzufrieden waren, an sich ziehen – oft, indem sie einfach ein Aktionsangebot machten, wozu die etablierten Juso-Strukturen nicht mehr in der Lage waren. Ähnliches war der Funke-Gruppe in Österreich möglich, die Ortsvereine der SJ übernehmen bzw. dominieren, und sich ab Ende der Neunziger zusätzlich durch einen „Linksruck“ in der SJ aufbauen konnte.

Die Grundlage zur Befähigung der trotzkistischen Kader zur Bildung neuer Gruppen ist dabei die theoretische (im Sinne einer unorthodoxen Offenheit gegenüber sozialen Bewegungen) und taktische (im Sinne einer schnellen taktischen Umorientierung bei sich entwickelnden Protestbewegungen) Flexibilität. Dies unterscheidet einen Teil der trotzkistischen Strömung wie den Linksruck/Linkswende, die SAV/SLP und teilweise die isl/SOAL von anderen trotzkistischen Organisationen, die den sozialen Bewegungen ebenfalls eine geschlossenen Krisentheorie, eine Erklärung für das Scheitern der „Realsozialismus“ und der Krise des „Sozialreformismus“ anbieten können. Diese Thesen sollen nun im weiter am Beispiel der globalisierungskritischen Bewegung und der Gründung der WASG, als einer neuen Partei „links von der SPD“, geprüft werden.

7.8 Die globalisierungskritische Bewegung

Der Aufstand der Zapatisten im mexikanischen Bundesstaat Chiapas 1994 bildete einen der wichtigsten ideologischen Bezugspunkte im Formierungsprozess der globalisierungskritischen Bewegung. Vor der Weltöffentlichkeit wurde durch eine marxistisch inspirierte Guerillabewegung, unterstützt durch weite Teile der Bevölkerung in Chiapas, die Notwendigkeit des internationalen Widerstandes gegen die Auswirkungen der Globalisierung betont. Die Zapatisten trugen zur forcierten Entwicklung einer globalisierungskritischen Bewegung bei, die Armut, Ausbeutung, Verschuldung und Diskriminierung als Folgen einer entfesselten globalen Ökonomie diskutierte. Auch hier waren erneut ökonomisch-soziale Prozesse der Auslöser für eine Bewegung, welche die Folgen einer unkontrollierten Globalisierung von Märkten kritisierte. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien, wachsender grenzüberschreitender Handel durch Deregulierung der Märkte, die ungeheure Kapitalkonzentration in multinationalen Konzernen und Finanzzentren, die sich von ihren Nationalstaaten scheinbar entkoppelten, schienen den National- und damit den Sozialstaat erodieren zu lassen, bedrohten aber auch Kulturgüter, Umweltressourcen und demokratische Rechte der Bevölkerungen. Der Zusammenbruch der Finanzmärkte in Ostasien 1997, ausgelöst durch Spekulationswellen gegen die dortigen Währungen, rückten die Macht der Finanzspekulanten erneut ins Zentrum der Kritik. 1999 demonstrierten in Seattle 40.000 Menschen erfolgreich gegen eine Konferenz der WTO, was in der Folgezeit ein regelrechtes „Gipfelhopping“ der Bewegung auslöste. Diese beeindruckte durch ihren Internationalismus und die politische und soziale Bandbreite: Indische Bauern, Industriearbeiter, Regenwald-Aktivisten, Studenten, Kommunisten, Liberale, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften verband der Protest gegen den „Terror der Ökonomie“ (Viviane Forrester). Der „naturwüchsige Prozess“ der Glo-

balisierung wurde zunehmend in Frage und die Staats- und Regierungschiefs als mehr oder weniger bewusste Agenten des internationalen Kapitals an den Pranger gestellt:

„Empirische Untersuchungen der Langzeitentwicklungen der entwickelten Ökonomien legen nahe, dass ‚Globalisierung‘ keine neue Phase des Kapitalismus, sondern eine ‚Rhetorik‘ ist, die Regierungen heraufbeschwören, um ihre bereitwillige Unterordnung unter die Finanzmärkte zu rechtfertigen. Weit davon entfernt, wie es unablässig wiederholt wird, die unvermeidliche Folge des wachsenden Außenhandels zu sein, sind Deindustrialisierung, die Zunahme der Ungleichheiten und die Widersprüche der Sozialpolitik Ergebnis hausgemachter politischer Entscheidungen, die das Umkippen der Klassenverhältnisse zu Gunsten der Eigentümer des Kapitals reflektieren.“¹³⁸⁷

Auch bei dieser weltweiten Bewegung stellt sich die Frage nach dem handelnden politischen Subjekt und dessen Strategien zur Überwindung der Folgen der Globalisierung und des Neoliberalismus.¹³⁸⁸

7.8.1 Die Orientierung der Trotzkisten auf die globalisierungskritische Bewegung

Diese Frage wird von den Trotzkisten erneut durch den Verweis auf die Rolle der Arbeiterklasse beantwortet, die sich auf internationaler Ebene gegen Sozialabbau und den Verlust demokratischer Rechte zur Wehr setzen und zusammenschließen müsse.¹³⁸⁹ Die Globalisierung der Produktion verlange eine Globalisierung des Widerstandes der Lohnabhängigen, um ihre potentielle ökonomische Macht innerhalb der Produktionssphäre ausspielen zu können.¹³⁹⁰ In Folge der Überakkumulation von Kapital, welches durch sinkende Profitraten im produktiven Sektor ausgelöst wurde, drücke sich die Globalisierung vor allem in der Kapitalkonzentration im Finanzsektor aus,¹³⁹¹ aber auch in der Durchkapitalisierung, damit Deregulierung und Restrukturierung der Klassenbeziehungen im Produktionsprozess auf Weltmarktebene. Notwendig sei also eine Koordinierung des Widerstandes auf internationaler Ebene durch die Arbeiterbewegung, die auch von den linken Gewerkschaftern eingefordert wird.¹³⁹²

Aus dieser Krisentheorie ergibt sich für die Trotzkisten die Perspektive des internationalen Widerstandes und damit die politische Anschlussfähigkeit an die globalisierungskritische Bewegung – auch wenn wie in der Vergangenheit die Arbeiterbewegung teilweise nur ein imaginierter Bestandteil der Bewegung geblieben ist, auf die man aber nun erneut die Bewegung orientieren will.¹³⁹³ Problematisch dabei bleibt nicht die plausible theoretische Verknüpfung von Arbeiterklasse und globalisierungskritischer Bewegung, sondern die fehlenden praktischen Beispiele dieser Verknüpfung, die sich im Bewusstsein der Bewegung niederschlagen müssen, um eine Orientierung auf das politische Subjekt Arbeiterklasse zu ermöglichen. Der Mobilisierungserfolg von Seattle und Genua beruhte zwar gerade darauf, das wichtige und große Basisorganisationen der Gewerkschaften an diesen Protesten teil-

¹³⁸⁷ P. Bourdieu / L. Wacquant, La nouvelle vulgate planétaire, in: Le Monde diplomatique, Online-Ausgabe, Mai 2000. URL: <http://www.monde-diplomatique.fr/2000/05/BOURDIEU/13727> (28.10.2005).

¹³⁸⁸ Ulrich Beck antwortet auf die Frage „Wie ist soziale Gerechtigkeit in der globalen Ära möglich?“, dass niemand eine Antwort darauf habe: „Auch die nächste Frage: Gibt es so etwas wie transnationale, soziale Sicherungssysteme?, ist ebenso schwer zu beantworten, wie sie in den kommenden Jahren heiß diskutiert werden wird.“ (U. Beck, *Was ist Globalisierung?* Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt/M. 1997, S. 257.)

¹³⁸⁹ Vgl. IV. Internationale (VSVI), Der Aufbau der Internationale heute, 1995, a.a.O.; N. Beams, Der Marxismus und die Globalisierung der Produktion, in: neue Arbeiterpresse, Nr. 861, 26. Juni 1997. URL: <http://www.wsws.org/de/1997/jun1997/global26.shtml>. (18.09.2005).

¹³⁹⁰ Vgl. GAM, Vorschlag für die programmatischen Grundlagen der WASG, o. J. URL: <http://www.arbeitermacht.de/programm/wasg/> (17.09.2005).

¹³⁹¹ Vgl. S. Stanicic, Empire oder Imperialismus? 2.10.2002. URL: <http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&sid=182> (17.09.2005).

¹³⁹² Vgl. Linksruck-Netzwerk, Wie schafft die gewerkschaftliche Linke den Anschluss an die antikapitalistische Bewegung? in: Sozialismus von unten, Nr. 6, Frühjahr 2001. URL: <http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu6/gewerkschaft.html> (17.09.2005).

¹³⁹³ „Wir sehen zwei weitere zentrale Fragen, die revolutionäre Sozialistinnen in der Bewegung aufwerfen müssen: erstens die Notwendigkeit der Orientierung auf die Arbeiterklasse und zweitens die Notwendigkeit des Aufbaus neuer politischer Organisationen der Arbeiterklasse, neuer Arbeiterparteien“. (S. Stanicic, *Welcher Weg zum Sozialismus?* Eine kritische Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis von Linksruck, Berlin 2001, S. 7).

nahmen¹³⁹⁴ – daraus resultierte aber nur eine beschränkte strategische Orientierung der Bewegung auf diese. Die länderspezifische „Trägheit“ der deutschen, österreichischen und schweizerischen Gewerkschaften haben allerdings auch ihren Anteil daran. Mit der Aufrechterhaltung der Perspektive des internationalen Widerstandes durch die Arbeiterbewegung können die Trotzkisten zumindest die Beschränkung der Bewegung auf den Rahmen einer konstruierten „Zivilgesellschaft“, oder die begrenzt wirksame nationalstaatliche Orientierung auf Sozialreformen vermeiden.

7.8.2 Politik, Organisationsaufbau und Kadergewinnung in der globalisierungskritischen Bewegung

Das globalisierungskritische Netzwerk attac wurde im Jahre 2000 in Deutschland gegründet. Konzipiert als heterogenes Bündnis verschiedenster sozialer Bewegungen und Organisationen, trafen dort die politischen Kräfte aufeinander, die seit dem Auseinanderfallen der neuen sozialen Bewegungen in den späten Achtzigern bündnispolitisch getrennte Wege gegangen waren (insofern sie damals tatsächlich Bündnisse geschmiedet hatten): Gewerkschafter, Studenten, Umweltschützer, Feministinnen, Friedensbewegte, Sozialisten, Trotzkisten etc. In attac setzte schnell eine Auseinandersetzung um das Programm und um die „richtigen“ sozialpolitischen Forderungen ein. Während die Gewerkschaften in attac einen Bündnispartner fanden,¹³⁹⁵ der aufgrund seiner weitgehenden Akzeptanz in der Gesellschaft und seiner politischen Integrationskraft die Anliegen der Gewerkschaftsführung unterstützend begleiten sollte,¹³⁹⁶ so wollten sozialistische Kräfte attac gerade dazu nutzen, kapitalismuskritische Ideen zu diskutieren und zu propagieren und kritisierten die attac-Führung für die aus ihrer Sicht pro-kapitalistischen Positionen.

Die Bedeutung von attac im Prozess der a) Reformulierung kapitalismuskritischer Positionen und der b) Reorganisation kapitalismuskritischer Bewegung war zwischen den trotzkistischen Organisationen ebenso wie innerhalb der gesamten radikalen Linken umstritten. Auf der einen Seite verstand ein Teil derselben das attac-Netzwerk als Ausdruck sowohl einer ideologischen Destabilisierung des Neoliberalismus wie auch als Ausdruck einer Infragestellung des gesamten kapitalistischen Systems. Andererseits kritisierten andere linke Organisationen attac für dessen „Reformismus“ und dessen politisch unklare Haltung zum kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem – wobei hier die Kritik an attac vorbei geht, weil dessen Selbstverständnis als politisches Netzwerk gerade durch die Heterogenität der Bewegung geprägt war. Die Unterstützung oder die Mitarbeit der radikalen Linken im attac-Netzwerk hing dem entsprechend von deren Akzeptanz für die dort vertretenen politischen Inhalte ab und von der Frage, wie und ob sich attac programmatisch weiter radikalisieren würde.

Linksruck trat 2001 in das attac-Netzwerk ein. Auf internationaler Ebene vollzogen zu dieser Zeit eine Reihe von Mitgliedsorganisationen der International Socialists (IS) den Schritt in die neuen globalisierungskritischen Bündnisse. Die IS vertrat die Position, dass sich eine Neuformierung der Linken auf internationaler Ebene vollzöge, die es der eigenen Internationale erlaube hinsichtlich ihrer Größe und ihres Einflusses zu wachsen. Dazu wurden den Ereignissen in und nach Seattle 1999 ein Inhalt und eine Funktion zugesprochen, die an die Einschätzungen des VSVI zur 68er Revolte erinnern:

„Seattle bedeutete die Fusion der Radikalität der Jugendlichen mit der Klassenwut der Arbeiter. Umwelt- und Dritte Welt-Aktivisten gingen gemeinsam auf die Straße mit Arbeitern, die die Unterseite des US-Booms gesehen hatten. Es kam zu einer gegenseitigen Befruchtung von Jugendradikalisierung und Klassenpolarisierung.“

¹³⁹⁴ Die Mobilisierungen der Gewerkschaften für die globalisierungskritischen Proteste in Genua resultierten aus der vorangegangenen Bewegung gegen die Streichung des Kündigungsschutzes in Italien, einem erfolgreichen Generalstreik und den Demonstrationen gegen den „Krieg gegen den Terrorismus“.

¹³⁹⁵ „Uns fehlt der politische Akteur, der bereit ist, unsere Konzepte aufzugreifen. (...) Wenn die Distanz zu den politischen Partnern wächst, müssen wir an unserer eigenen Kraft arbeiten und dazu auch Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen eingehen. Wir werden zum Beispiel zu einem europaweiten Aktionstag der Gewerkschaften Anfang April aufrufen. Und voraussichtlich im Mai veranstalten wir mit der IG Metall und attac einen Perspektivenkongress.“ (Verdi-Vorsitzender Frank Bsirske, Interview, Der Tagesspiegel, 15.12.2003. URL: <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/15.12.2003/891071.asp> [22.01.2004]).

¹³⁹⁶ Dass sich die Arbeiterbewegung und die NSB annähern werden, wenn sich „eine strukturelle Desintegration von mittelständischen Schichten verfestigt“ – soll heißen, wenn die soziale Krise den Mittelstand erreicht – wurde schon in den achtziger Jahren gemutmaßt. Siehe dazu Kriesi, 1987, S. 328.

Seattle ist das Modell und der Pol, an dem sich erfolgreicher antikapitalistischer Widerstand orientieren muß.“¹³⁹⁷

Die Heterogenität der globalisierungskritischen Bewegung wurde als eine politische Herausforderung begriffen, da schon relativ schnell eine Differenzierung zwischen Reformisten und radikaleren Kräften zu erwarten sei. Organisationen wie attac würden aufgrund der Desillusionierung mit der Politik der rot-grünen Regierung ständig weiter wachsen können:

„Der Ablösungsprozeß von Rot-Grün kombiniert mit der Perspektive des Widerstands von Seattle bietet ungeheures Potential. Ein sich ständig neuauflösendes Reservoir von Menschen, die aktiv nach einer Alternative zur kapitalistischen Politik von Rot-Grün suchen, steht eine ‚alte‘ Linke gegenüber, die aufgrund von Sektierertum und Pessimismus (Autonomie) oder Opportunismus (parlamentarische Linke) völlig unfähig ist, dieses Potential auszunützen.“¹³⁹⁸

Weiter habe die Bewegung zumindest die Bedingungen für die intellektuelle und politische Debatte verändert, auch wenn deren antikapitalistische Theorie oft zweideutig sei. Die politischen Methoden und Organisationsformen müssten dem entsprechend auf die Mitarbeit in den Organisationen der antikapitalistischen Bewegung ausgerichtet werden:

„Der Aufbau der Antikriegsbewegung findet unter den Rahmenbedingungen der antikapitalistischen Bewegung statt. Dabei ist das rasante Wachstum von ATTAC die wichtigste Entwicklung für Revolutionäre in Deutschland. (...) Jedes Linksruck-Mitglied soll zugleich Mitglied bei ATTAC sein. (...) Linksruck will eine revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen. Das tun wir nicht neben, sondern in der Bewegung. (...) Linksruck wird nicht der neue SDS – Linksruck arbeitet als revolutionäre Organisation innerhalb einer SDS-ähnlichen Struktur (eine linke Sammlungsbewegung), nämlich ATTAC“.¹³⁹⁹

Führende Mitglieder von Linksruck arbeiteten dem entsprechend ab 2002 im attac-Rat und im bundesweiten Koordinierungskreis mit. Demonstrationen von attac wurden auf lokaler Ebene von Linksruck-Aktivisten geleitet, die auch an Universitäten und in einigen Städten attac-Gruppen aufbauten. Linksruck schien die Strategie der Etablierung eines linken Flügels in attac zu verfolgen, die inhaltlichen politischen Auseinandersetzungen zu verschärfen und „mittel- und langfristig Menschen, die wir in Debatten und Praxis von der Richtigkeit revolutionärer Politik überzeugen können“¹⁴⁰⁰ für den Linksruck gewinnen zu wollen.¹⁴⁰¹ Entgegen dem Anspruch des Linksruck, zuerst die eigene Partei aufzubauen zu wollen, betonen Vertreter einiger Linksruck-Ortsgruppen, dass der Aufbau der allgemeinen Bewegung im Vordergrund stehe:

„Wir wollen nicht in ATTAC, um irgendwelche LinksreformistInnen für abstrakten revolutionären Marxismus zu gewinnen. Wir wollen in ATTAC, weil wir die Antikriegsbewegung aufbauen wollen. Die meisten wichtigen Leute, mit denen wir die Antikriegsbewegung aufbauen wollen, orientieren sich von sich aus auf ATTAC“.¹⁴⁰²

Auch die SAV gründete attac-Gruppen und war in lokalen Koordinierungskreisen vertreten, hatte aber mit der Orientierung ihrer Mitgliedschaft auf attac ebenfalls einige Schwierigkeiten. Anfang 2002 war nur ein kleinerer Teil überhaupt in attac-Gruppen aktiv, weiter gab es auch Differenzen darüber, ob man attac-Gruppen aufbauen müsse, um die Bewegung zu stärken oder eher in diese Gruppen intervenieren sollte, um Mitglieder zu gewinnen. Die SAV trat dann im Mai 2002 in das attac-Netzwerk ein, und versuchte ebenso wie Linksruck sich mit programmatischen und organisatorischen Vorschlägen

¹³⁹⁷ Shah/Bornost, 2000. URL: www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu4/rotgrun.html (18.09.2004).

¹³⁹⁸ Ebd.

¹³⁹⁹ Resolution der Aktivenkonferenz des Linksruck vom 02.12.01. Papier beim Autor.

¹⁴⁰⁰ Christine Buchholz, zitiert nach Projektwerkstatt, Linksruck über attac und umgekehrt, November 2001. URL: www.projektwerkstatt.de/debatte/struktur/attac_lr.html (09.07.2004).

¹⁴⁰¹ 2002 begannen auch die Medien auf die Diskussionen innerhalb des Netzwerkes, der Linksruck wolle attac unterwandern, zu reagieren. Im Februar erklärte die *taz*, dass es heiße, dass einige Ortsgruppen aufpassen müssten, nicht von der zu Dogmatismus neigenden Gruppe Linksruck übernommen zu werden (U. Winkelmann, „Die Welt ist nicht genug“, in: *die tageszeitung*, 16.02.2002, Magazin, S. III). Die *Frankfurter Rundschau* schrieb von einer „dubiosen Gruppe“, denen auf der Bundeskonferenz erklärt wurde: „Attac ist keine Partei und kein Parteiersatz, keine NGO, keine Gewerkschaft und kein antikapitalistischer Kampfverband“ (Y. Holl, „Attac sucht die Einheit in der Verschiedenheit“, in: *Frankfurter Rundschau*, 27.05.2003).

¹⁴⁰² Fraktion der Seattle Bolschewik, zitiert nach Projektwerkstatt, 2001.

einzubringen. Dabei arbeitete sie ebenso wie Linksruck nicht mit der Vorstellung in attac mit, dass dieses ein sozialistisches Programm annehmen müsse:

„Wir haben immer erklärt, dass wir eine radikalere und antikapitalistische Ausrichtung für attac vorschlagen, aber kein sozialistisches Programm (weil dieses zur Zeit die Breite von attac sprengen würde). Wir sind uns der Sensibilitäten gegenüber Organisationen und Parteien in der attac-Mitgliedschaft bewusst, wir verteidigen den Pluralismus bei Attac und lehnen jegliche Versuche von politischen Gruppen, attac oder bestimmte Attac AG's mit undemokratischen Mitteln zu dominieren, ab.“¹⁴⁰³

Kritik an den Führungsgremien in attac wurde von der SAV schärfer und deutlicher formuliert als dies Linksruck tat. So wurde in einer Stellungnahme zum attac-Ratschlag vom Januar 2003 dem Koordinierungskreis mangelnde Transparenz, Behinderung von Gründungen von bundesweiten Arbeitsgruppen, Verzögerung von Veröffentlichungen von Protokollen und das Vermeiden von kontroversen Debatten vorgeworfen und ein gemeinsames Papier mit dem DGB scharf kritisiert.¹⁴⁰⁴ Die SAV schien so insgesamt ein kritisches Verhältnis zu attac zu haben.

Die internationale sozialistische linke (isl) hatte ebenfalls Mitglieder an exponierter Stelle. Sie sah ihre Aufgaben in den Sozialforen und in attac darin, einen Beitrag sowohl zu einem politischen Klärungsprozess, wie auch zum Aufbau von Strukturen in der Bewegung leisten zu wollen. Kritisches Potential müsse vernetzt werden und dabei spielen die Sozialforen (von lokaler bis weltweiter Ebene) eine herausragende Rolle.¹⁴⁰⁵

PSG, GAM, RSB, Funke und andere trotzkistische Propagandagruppen hatten bereits während des Gründungsprozesses von attac in Deutschland eine ablehnende Haltung eingenommen. Die durchgängige Einschätzung lautet, dass es sich bei attac um eine reformistische Organisation handelt, welche effektive Mobilisierungen der Arbeitnehmerschaft verhindere und damit auch den Kampf gegen die Gewerkschafts- und SPD-Führung blockiere. So würden Streikforderungen in attac abgelehnt, ebenso die Orientierung darauf, die Arbeiterschaft in den Kampf zu führen. Einzelne trotzkistische Gruppen wie die KLD erblickten in den Organisationen der globalisierungskritischen Bewegung generell ein „Ablenkungsmanöver“ durch das internationale Kapital:

„Aufgrund ihrer Krise versuchen die Imperialisten, die wachsende Bewegung des sozialen Kampfes zu zerstreuen und zu neutralisieren, sie mit zentralen linken Formen der Klassenkollaboration und Integration zu manipulieren, um so die Krise der Herrschaft der Bourgeoisie zu stabilisieren. (...) Die alten reformistischen Bürokratien der Sozialdemokratie und die stalinistischen kommunistischen Parteien sowie die Führungen der ‚Neuen Linken‘ der ‚Antiglobalisierungs‘-Bewegung (Weltsozialforum, ATTAC usw., unterstützt durch Sektoren der weit ausgedehnten ‚Linken‘, einschließlich einiger derjenigen, die sich selbst – wie das ‚Vereinigte Sekretariat der 4. Internationale‘ – als ‚Trotzkisten‘ bezeichnen) werden im Rahmen dieser betrügerischen Mitte-links-Lösung eingesetzt“¹⁴⁰⁶

Die Teile der trotzkistischen Strömungen, die attac als den organisatorischen Ausdruck eines politischen Übergangsstadiums zu sich weiter entwickelnden Klassenkämpfen begriffen, vollzogen mit der Entstehung von „Wahlalternative“ und „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ eine erneute Umorientierung auf die neu entstehende Partei, die WASG. Linksruck und SAV entschlossen sich dazu, die Mitarbeit in den attac-Gruppen und dem attac-Netzwerk im Jahr 2004 einzustellen bzw. einschlafen zu lassen. Die Bilanz der beiden Organisationen wird ernüchternd gewesen sein. Linksruck verlor 2001 nicht nur mehr als die Hälfte seiner Mitglieder aufgrund interner Differenzen, sondern auch aufgrund der Problematik, dass die Leitung die Mitgliedschaft ab 2001 zwar auf attac ausrichtete, dann nur wenige neue Mitglieder gewann und sich zudem mit Tendenzen innerhalb der Organisation auseinandersetzen musste, die nicht die eigene Organisation, sondern „die Bewegung“ aufbauen wollten. Auch die

¹⁴⁰³ C. Ludwig / L. Redler / S. Stanicic, Die Zukunft von Attac – Basisbewegung oder Regierungsberater? 17.02.2003. URL: <http://www.sozialismus.info/modules.php?name=News&file=article&sid=360> (19.12.2003).

¹⁴⁰⁴ Vgl. ebd.

¹⁴⁰⁵ Vgl. isl, Die sozialistische Perspektive erneuern! Elemente politischer Orientierung, o. J. URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/elemente/elemente.htm> (18.7.2005).

¹⁴⁰⁶ KLD, Aufruf zu einem Weltkongress für die Wiedergründung der Vierten Internationale, o. J. URL: http://www.kommunistischeliga.de/bwvi_1.htm (17.05.2004).

SAV hatte keine größeren Mitgliedsgewinne zu verzeichnen, verlor aber auch keine Mitglieder an die Bewegung oder an attac, da ihr Verhältnis zu diesen von Anfang an recht kritisch geblieben war.

Die globalisierungskritische Bewegung konnte in Österreich erst 2001 richtig Fuß fassen. Seit 1997 fanden in Salzburg die Treffen des World Economic Forum (WEF) statt, aber erst 2001, inspiriert durch die internationale Protestwelle, begannen verschiedene Gruppen mit einer groß angelegten Mobilisierung gegen das WEF-Treffen.¹⁴⁰⁷ Bereits seit dem Frühjahr 2000 hatte sich gegen die neue ÖVP-FPÖ-Regierung eine massive Protestbewegung entwickelt, die mehrere Monate anhalten sollte. Ende des Jahres demonstrierten Studierende erneut gegen Bildungsabbau. Somit wurden die Proteste nach Seattle 1999 durch innenpolitische Entwicklungen relativ überdeckt. Die Politisierung, die Zehntausende Jugendliche erfasst hatte, und die Erfahrungen im Widerstand gegen den forcierten Umbau des Sozialstaates schufen eine Voraussetzung für die globalisierungskritischen Proteste 2001 und 2002, die seit Februar 2003 durch eine starke Antikriegsbewegung abgelöst wurden. Im Mai 2003 kam es zudem zu Streikmaßnahmen des ÖGB gegen die Pensionsreform der ÖVP-FPÖ-Regierung und im November 2003 streikten die Eisenbahnbeschäftigte gegen die Privatisierung der ÖBB.

Nach dem ersten Europäischen Sozialforum (ESF) im November 2002 in Florenz beschlossen österreichische Globalisierungskritiker ein Austrian Social Forum (ASF) zu gründen, dessen erstes Treffen in Hallein vom 28. Mai bis zum 1. Juni 2003 stattfand und zu dem zwischen 1000 und 1500 Teilnehmer kamen.¹⁴⁰⁸ Am zweiten Treffen des ASF in Linz 2004 beteiligten sich KPÖ, Teile der SPÖ und Gewerkschaftshauptamtliche, die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH), attac, Friedensinitiativen, Immigrantenorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und die trotzkistischen Organisationen SOAL, Linkswende und ASt.

Die trotzkistischen Organisationen hatten sich zwar alle an den globalisierungskritischen Protesten beteiligt, nahmen allerdings eine unterschiedliche Haltung zu attac¹⁴⁰⁹ und zum ASF ein. Während SOAL, ASt, AL und Linkswende sich in Arbeitsbereichen des ASF engagierten, schenkten SLP und Funke dem ASF keine besondere Aufmerksamkeit. Jedenfalls standen sie (wenn man sich ihre schriftlichen Publikationen ansieht) den Antikriegsprotesten und den gewerkschaftlichen Aktionen im Jahre 2003 inhaltlich deutlich näher als den Globalisierungsprotesten. Dies erklärt sich vor allen Dingen mit der Orientierung dieser Organisationen auf die sozialen Bewegungen unter dem Blickwinkel der möglichen Verknüpfung zur Arbeiterbewegung. Diese Verknüpfung wird dabei weniger abstrakt-theoretisch, sondern praktisch verstanden. Dort, wo keine direkte Beteiligung der Arbeiterbewegung möglich oder sinnvoll erscheint, sind bestimmte Organisationsformen der sozialen Bewegung von geringerem Interesse. Dieses Verständnis wird in der theoretischen Aufarbeitung der globalisierungskritischen Bewegung deutlich. So fokussierte die SLP ihre Kritik am Globalisierungsprozess auf „das Gegeneinanderausspielen von Standorten und Belegschaften“,¹⁴¹⁰ wenn auch von SLP und Funke allgemein die Rolle der globalisierungskritische Bewegung für das Entstehen eines „antikapitalistischen Bewusstseins“ betont wird.¹⁴¹¹ Für den Funken war es

„immer klar, dass diese Bewegung – international und noch viel mehr in Österreich – nur ein kleiner Vorbote¹⁴¹² für einen Wiederaufschwung des allgemeinen Klassenkampfes darstellte. (...) Die ‚Antiglobalisierungsbewegung‘, die vor allem international eine nicht zu

¹⁴⁰⁷ „Die Mobilisierung zu den Protesten wurde vorbereitet und getragen von traditionellen Parteien wie KPÖ und Grünen; der Sozialistischen Jugend; von ATTAC sowie den relativ jungen Organisationen einer neuen Linken in Österreich, wie Linkswende, Sozialistische LinksPartei (SLP), ArbeiterInnenstandpunkt, Antifaschistische Linke (AL) u.a.“ (W. Hörtner, Antikapitalistischer Frühling, in: Südwind Magazin, Nr. 11, 2001. URL: http://www.suedwind-magazin.at/z_detail.asp?ID=1556 [26.10.2005]). Interessant ist dabei die Benennung von ausschließlich trotzkistischen Organisationen als „neue Linke“.

¹⁴⁰⁸ Foltin, 2004, S. 274.

¹⁴⁰⁹ Attac Österreich wurde im Jahre 2002 gegründet.

¹⁴¹⁰ J. Evers, Für eine neue ArbeiterInnenpartei eintreten, Oktober 1999. URL: <http://www.slp.at/zeitung/zo097mittelseite.html> (21.12.2004).

¹⁴¹¹ Vgl. W. Hörtner, Antikapitalistischer Frühling, a.a.O.

¹⁴¹² Auch hier findet man die Vorstellung von der Vorbotenfunktion einer jugendlichen, nicht-proletarischen Bewegung für die kommenden Klassenkämpfe der Arbeiterbewegung. Der Unterschied zu den unorthodoxen Organisationen wie Linksruck/Linkswende und isl/SOAL scheint darin zu bestehen, dass diesen Bewegungen kein Avantgardecharakter zugesprochen wird – dem entsprechend wird die Tendenz zur Auflösung in der „neuen Avantgarde“ von den orthodoxen Trotzkisten vermieden.

vernachlässigende Dynamik entwickelt hat, hat mit Sicherheit den Differenzierungsprozess innerhalb der Gewerkschaftsbewegung beschleunigt. Linke Träumereien, bei den Sozialforen würde ein neues ‚revolutionäres Subjekt‘ entstehen, haben mit der Realität jedoch nichts zu tun.“¹⁴¹³

Auch die SLP bzw. die von ihr initiierte Jugendorganisation Sozialistischer Widerstand International (SWI) grenzten sich scharf von attac ab:

„In Österreich ist der Rechtsruck von ATTAC wohl am stärksten zu spüren. Die ‚Demokratische Offensive‘ – gegründet 1999 als Reaktion auf den Wahlsieg der FPÖ und die drohende blauschwarze Koalition – ist heute genauso tot, wie ‚SOS-Mitmensch‘. Viele ihrer führenden Persönlichkeiten zogen sich bereits wieder zurück. Andere, die frustriert waren über die Früchte ihrer eigenen Arbeit, sind heute bei ATTAC gelandet. Ihre Positionen hinken denen ihrer KollegInnen in anderen Ländern weit hinterher“.¹⁴¹⁴

Für Linkswende findet sich dagegen das Subjekt kommender Klassenkämpfe zum Teil in der Bewegung selber verankert:

„Unser vorrangiges Ziel ist heute, aus der antikapitalistischen Bewegung eine neue Linke zu formieren; das mittelfristige Ziel ist, die Inspiration und Agitationsformen der antikapitalistischen Bewegung in die Betriebe und Gewerkschaften einfließen zu lassen, eine neue soziale ‚Bewegung von unten‘ zu bilden“.¹⁴¹⁵

Gerade die Linkswende konnte sich so durch die globalisierungskritische Bewegung aufbauen und neue Kontakte erschließen:

„Wir gründeten zu dieser Zeit sofort eine Reihe von Aktionsgruppen, die gegen das IWF-Treffen in Prag mobilisieren. Mit zwei Bussen fuhren wir nach Prag, demonstrierten erfolgreich gegen den IWF und kamen mit mehreren neuen Linkswende-Mitgliedern zurück. (...) Wir brachten aber noch viel mehr AktivistInnen, die von der antikapitalistischen Stimmung angesteckt waren nach Wien zurück, die für den Aufbau der antikapitalistischen Bewegung in Österreich entscheidend waren, obwohl sie nicht gleich Linkswende beigetreten sind. Manche halfen z.B. mit, unsere Vernetzungsprojekte, wie ‚Menschen vor Profite‘ aufzubauen.“¹⁴¹⁶

Auch der ASt verfolgt eine ähnliche Perspektive wie die Linkswende:

„Mit einer solchen Perspektive wollen wir RevolutionärInnen heute die neue Anti-Globalisierungsbewegung umwandeln: Von einer Bewegung, die derzeit nur zu einem geringen Teil bewusst antikapitalistisch ist und sich in erster Linie nur gegen die brutalsten Auswirkungen des globalen Kapitalismus richtet zu einer tatsächlich revolutionären Bewegung.“¹⁴¹⁷

Im folgenden bietet die Existenz von nur einer trotzkistischen Organisation in der Schweiz, der Bewegung für den Sozialismus (BFS), den Raum, ausführlicher auf den Zusammenhang von internationalistischem Denken, weltweiter ökonomischer Entwicklung und der globalisierungskritischen Bewegung aus Sicht der Trotzkisten einzugehen. Dass die BFS nicht stellvertretend für das Verhältnis der Trotzkisten insgesamt zu dieser Bewegung stehen kann, dürfte bei der Heterogenität der Strömungen deutlich geworden sein.

Die Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung in der Schweiz begann während der Vorbereitung zur WTO-Tagung in Genf im Mai 1998, welche von heftigen Demonstrationen begleitet werden sollte. Die teilnehmenden Aktivisten kamen aus Solidaritätsgruppen, feministischen Gruppen oder der

¹⁴¹³ Der Funke, 10 Jahre Funke – 10 Jahre gegen den Strom, 28.12.2003. URL:

<http://www.derfunke.at/hpneu/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=93> (01.12.2004).

¹⁴¹⁴ P. Hörtner, Sozialistischer Widerstand International, 15.01.2002. URL: <http://slp.at/index.php/artikel+M59ccb6c50ba> (26.10.2005).

¹⁴¹⁵ Karl Pretzli, zitiert nach W. Hörtner, Antikapitalistischer Frühling, a.a.O.

¹⁴¹⁶ K. Andrä, „Wir wollen eine Organisation, die für Sozialismus von Unten kämpft!“ in: *Linkswende*, Nr. 88, Dezember 2004.

¹⁴¹⁷ ASt, Die Anti-Globalisierungsbewegung am Beispiel von ATTAC: Reform oder Revolution? o. J. URL:

<http://www.arbeiterinnenstandpunkt.net/ast112acm.html> (26.10.2005).

Asylbewegung.¹⁴¹⁸ Nachdem im September 1999 in Fribourg attac-schweiz gegründet wurde, organisierte man zusammen mit anderen Globalisierungskritikern erstmals im Jahr 2000 mit „Das andere Davos“ eine alternative Veranstaltungsreihe zum jährlichen Treffen des WEF. attac-schweiz trat in der Vergangenheit deutlich verbal-radikaler als ihre Schwesterorganisationen in Österreich oder Deutschland auf: Formulierungen wie „Strategien gegen den weltweiten Kapitalismus“ oder die Benennung der Globalisierung als „neoliberal-imperialistisches Projekt der globalen Enteignung“ finden sich in Aufrufen und Erklärungen.

Ehemalige Mitglieder der RML/SAP hatten noch gegen Ende der neunziger Jahre in den solidaritéS-Gruppen mitgearbeitet. 2002 wurde aus diesen heraus die Bewegung für den Sozialismus (BFS) gegründet. Die BFS sieht sich als marxistischer Teil der globalisierungskritischen Bewegung, unterstützte beispielsweise das Forum „Das andere Davos“ und konnte sich auch in attac einen großen Einfluss erarbeiten.¹⁴¹⁹ Für die BFS ergibt sich aus der besonderen geographischen und politischen Situation der Schweiz heraus eine starke Betonung des internationalistischen Aspektes ihrer Arbeit:

„Es ist deshalb für eine sozialistische Kraft in der Schweiz eine alltägliche Notwendigkeit, sich in einer internationalistischen Perspektive zu bewegen – so eindeutig, wie es die Rolle des schweizerischen Imperialismus in den internationalen Zusammenhängen geworden ist. Um eine Kraft aufzubauen, die sich dem System, in dem wir leben, radikal entgegenstellt, ist ein neues internationales und internationalistisches Paradigma unumgänglich.“¹⁴²⁰

Dabei geht die BFS ähnlich wie andere trotzkistische Strömungen von einer Analyse der Weltökonomie aus, um daraus Schlussfolgerungen für ihre nationale Aufgabenstellungen abzuleiten:

„Der Wendepunkt der 80er Jahre bestand in der Umsetzung einer umfassenden Umstrukturierung der Produktion, deren Ziel die Ankurbelung des Verwertungszyklus des Kapitals (Ankurbelung der Profitrate) war, was ein Bestandteil der neokonservativen Offensive darstellte. Dies hatte auf die ArbeiterInnenbewegung (insbesondere auf die Gewerkschaftsbewegung) und auf die Lohnabhängigen insgesamt tiefgreifende Auswirkungen“.¹⁴²¹

Die Ausarbeitung neuer Programmatiken und Praxen vollzieht sich weiterhin auf der Grundlage der klassischen marxistischen Theorie. So hat die Existenz der globalisierungskritischen Bewegung trotz ihrer theoretischen Schwächen in den Augen der BFS ihre Berechtigung – allerdings wird deren Entwicklung in die Matrix der klassischen Imperialismustheorie eingeordnet:

„Die Proteste gegen die kapitalistische Globalisierung äussern sich in Form einer grossen Vielfalt von Initiativen (...). Alle diese Organisationen stellen unter verschiedenen Gesichtspunkten die Globalisierung des Kapitals mehr oder weniger grundsätzlich in Frage und beziehen Stellung (...). In Wirklichkeit wird dadurch die Diskussion über den Imperialismus wieder auf die Tagesordnung gesetzt, über die Machtverhältnisse zwischen den herrschenden Klassen der Zentrumsländer und den Ländern und der Bevölkerung der Peripherie“.¹⁴²²

Die BFS vermeidet dabei allerdings die Bewegung als „antikapitalistisch“ zu bezeichnen, und spricht daher von Kräften, „die sich ‚antikapitalistisch‘ nennen oder unter einem solchen mehr oder weniger klar ausgearbeiteten ‚Impuls‘ stehen“.¹⁴²³

¹⁴¹⁸ Vgl. B. Dytrich, Mit dem Wef. Neben dem Wef. Gegen das Wef, WoZ-online, 23.01.2003. URL: <http://www.woz.ch/archiv/old/03/04/604.html> (11.02.2005).

¹⁴¹⁹ Vgl. J. Wartenweiler, Ein ganz linkes Nein, in: WoZ, 18.8.2005. URL: http://antifa.unihannover.tripod.com/WoZ_zum_MPS.htm (11.12.2005).

¹⁴²⁰ Die Bewegung für den Sozialismus (BFS) unterwegs zur Gründungsversammlung, o. J. URL: <http://www.bfs-zh.ch/Ueber-uns/gruendungsversammlung.htm> (05.06.2005).

¹⁴²¹ C.-A. Udry, Erste Skizze für eine programmatische Ausarbeitung (Teil 1), November 2002, S. 4. URL: http://www.bfs-zh.ch/Ueber_uns/programmatische_Skizze_Teil_1.pdf (05.06.2005).

¹⁴²² Ebd.

¹⁴²³ Udry, Erste Skizze, a.a.O.

Die BFS sieht demzufolge für die Kräfte, die sich zur sozialistischen Linken in der Schweiz zählen, „die doppelte Aufgabe, eine globalisierungskritische Bewegung aufzubauen und gleichzeitig darin zu intervenieren“.¹⁴²⁴

7.9 Die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG)

Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) fand vor dem Hintergrund anhaltender Proteste gegen die Hartz-IV-Gesetze der rot-grünen Bundesregierung statt. An dem Zustandekommen einer neuen Protestwelle hatten linksradikale Organisationen keinen unerheblichen Anteil.¹⁴²⁵ Da sich auf der Demonstration gegen Sozialabbau in Berlin im Jahr 2003 ca. 100.000 Menschen beteiligten, sah sich der DGB genötigt, für den 3. April 2004 im Rahmen des „europäischen Aktionstages gegen Sozialabbau“ zu weiteren Protesten aufzurufen, an denen in drei Städten insgesamt rund eine halbe Millionen Menschen teilnahmen. Im Spätsommer 2004 demonstrierten in 230 Städten rund 200.000 Menschen im Rahmen der „Montagsdemonstrationen“, weitere 50.000 kamen Anfang Oktober 2004 in Berlin zu einer bundesweiten Demonstration der Montagsbündnisse zusammen. Zur gleichen Zeit hatten sich die Wahlalternative 2006 (Berlin, Hamburg) und die Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (Bayern) konstituiert und wurden durch den Druck der Ereignisse zu einer schnellen Fusion als Verein Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V. im Juli 2004 gezwungen. Damit entstand eine neue politische Kraft links von der SPD, die sich als Partei im Januar 2005 konstituierte und vor allem Gewerkschafter, enttäuschte Sozialdemokraten und linksliberale Aktivisten anzog. Durch die Teilnahme an der Landtagswahl in NRW im Mai 2005 und dem späteren Beitritt von Oskar Lafontaine wuchs die WASG auf rund 12.000 Mitglieder (Stand Dezember 2005) an. Zusammen mit der Linkspartei/PDS erreichte man bei den vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 8,7 % der Stimmen.

Die Gründung der WASG vollzog sich programmatisch auf der Ablehnung der neoliberalen Wirtschaftspolitik der vergangenen 20 Jahre und auf der Basis einer Wiederbelebung der keynesianisch inspirierten Wirtschaftstheorien der frühen siebziger Jahre. Vor allem die Mitglieder der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, auch Memorandum-Gruppe¹⁴²⁶ genannt, dessen Mitglied Axel Troost im Bundesvorstand und in der Programmkommission der WASG sitzt, übten maßgeblichen Einfluss auf das Programm aus. Die Vorstellungen der Memorandum-Gruppe finden sich dort in einer prägnanten Form wieder und sind

„ein Kondensat ihrer Vorschläge aus den vergangenen Jahren, allerdings fokussiert als Antwort auf die Vorlagen, die die herrschende Politik ihnen zugespielt hat: Hartz IV, die Riester-Rente und Ulla Schmidts Teilprivatisierung der Gesundheitsversorgung, den Abbau staatlicher Leistungen, kombiniert mit Steuersenkungen. So ist das Dokument in seinen stärksten Teilen weniger ein wirtschafts- oder gar gesellschaftspolitisches als ein sozial- und fiskalpolitisches Programm“.¹⁴²⁷

Tatsächlich finden sich nur wenige Formulierungen im Programmentwurf der WASG, die eine gesellschaftspolitische Vision über die „Rettung des Sozialstaates“ hinaus formulieren.¹⁴²⁸ Dieser ist wenig

¹⁴²⁴ K. Vogt, Das erste Europäische Sozialforum, in: Debatte, Nr. 4, Oktober 2002. URL: <http://www.debatte.ch/pages/03/09.html> (11.02.2005).

¹⁴²⁵ „Es gibt einerseits kommunistische Gruppen wie MLPD, Sozialistische Alternative Voran (SAV) und Linksruck, die die Idee für den 1. November hatten und für die Mobilisierung an der Basis wichtig waren, aber durch ihren Führungsanspruch und ihre Wortradikalität immer wieder Leute abschrecken“. (J. Elsässer, „(DGB-SPD) x (ML-Sekten) = NSB“, in: *junge Welt*, 10.11.2003, S. 5.)

¹⁴²⁶ „Die Memoranden werden seit 1975 als Gegentexte zu den Gutachten des ‚Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung‘ erarbeitet.“ (G. Fülberth, Soziale ohne Bewegung, in: *Jungle World*, Nr. 3, 20. 01.2005. URL: <http://www.jungle-world.com/seiten/2005/03/4719.php> [17.08.2005].)

¹⁴²⁷ Ebd.

¹⁴²⁸ So unterstrich die Wahlalternative 2006 in einem Positionspapier, mit dem sie im März 2004 an die Öffentlichkeit trat, dass es „heute nicht um ‚Reform oder Revolution‘, sondern um sozialen Reformismus oder weiteren Vormarsch der neoliberalen Reaktion“ gehe (www.wahlalternative.de, in: *Sozialismus*, 31. Jg., Heft 4, April 2004, S. 17.)

Auch einer der Initiatoren der Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Thomas Händel, betonte gegen den drohenden Parteiausschluss aus der SPD, dass „sich alle von uns vertretenen Positionen in Parteidokumenten der SPD wiederfinden“ („Eine andere Politik ist machbar“, in: *Sozialismus*, April 2004, S. 21).

konkret formuliert und lässt daher breiten Spielraum für gesellschaftspolitische Interpretationen, die auch die Teilnahme von Kommunisten und Trotzkisten rechtfertigen können:

„Die neoliberal bestimmte Politik lehnen wir ab. Unsere Grundlage sind die gemeinsamen Anliegen und Forderungen von Gewerkschaften und anderen sozialen und demokratischen Organisationen, Initiativen und Bewegungen. Diese wollen wir weiter entwickeln und zu einem Programm der sozialen und demokratischen, friedlichen, emanzipatorischen und ökologisch verträglichen Alternative verbinden. (...) Im Mittelpunkt steht dabei die soziale Frage. Es geht um bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung. Unsere Alternativen sind konkret und sie sind machbar. Eine andere Welt ist möglich als die, in der das Kapital bestimmt. Demokratie ist die Alternative. Wenn die Menschen es wollen, können sie eine solidarische Zukunft schaffen, in der die Interessen der Millionen mehr zählen als die der Millionäre“.¹⁴²⁹

Die Mitgliederstruktur der WASG setzt sich vor allem durch ehemalige Mitglieder aus der SPD, den Grünen, der PDS, der DKP und der CDU zusammen. Daneben arbeiten linke Intellektuelle, Gewerkschaftsmitglieder, Mitglieder sozialer Bewegungen wie attac, alternative Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Anhänger der christlichen Soziallehre, pragmatische Kommunisten sowie auch Personen aus dem bisherigen Nicht- und Protestwählerpotenzial mit.¹⁴³⁰ Dem entsprechend präsentiert sich in der WASG die ganze Bandbreite der Kritik am Neoliberalismus. Zwei Strömungen können dabei als die jeweiligen politischen Extrempole ausgemacht werden. Auf dem linken Pol die SAV, die eine „reine Linkspartei sozialistischer Prägung etablieren“ will und das Wahlbündnis mit der Linkspartei aufgrund deren Regierungsbeteiligung kritisierte, und auf dem rechten Pol der „Leverkusener Kreis“, der einen sozialdemokratischen Charakter der WASG für notwendig hält und das Linksbündnis u. a. mit der Begründung ablehnte, „die PDS sei lediglich die Nachfolgerpartei der SED“.¹⁴³¹

7.9.1 Die Orientierung der Trotzkisten auf die WASG

In den bisherigen Unterkapiteln wurde versucht, die Fortexistenz der trotzkistischen Organisationen durch deren Verständnis eines revolutionären Marxismus, ihren Charakter als Kaderorganisationen und ihre Krisentheorie als Grundlagen für die Intervention in die sozialen Bewegungen zu erklären. Eine weitere These dieser Untersuchung behauptet, dass das Fortbestehen der trotzkistischen Organisationen unter anderem in deren flexiblen Anwendung der marxistischen Theorie zu begründen ist. Allerdings unterscheiden sich die Organisationen trotz ihrer geringen Größe signifikant in ihren Mitgliederzahlen und ihrem politischen Einfluss. Um dies erklären zu können, muss die vorgestellte These weiter differenziert werden. So kann der Fortbestand der trotzkistischen Organisationen auf eine notwendige Bedingung, und ein Wachstum bzw. ein gewisser politischer Einfluss weniger Organisationen auf eine hinreichende Bedingung zurückgeführt werden. Die notwendige Bedingung besteht in der Orthodoxie¹⁴³² (Dogmatik der Philosophie und der Theorie), die hinreichende Bedingung in der Flexibilität des Programms, der Methode und der Taktik. Nach von Weiß ist eine Methode der Nachvollzug einer Theorie bzw. eines Programms und impliziert ein in einer Theorie festgelegtes Programm zunächst denklogisch. Die Taktik wiederum ist im Verhältnis zur Methode instrumentell. Somit vollzieht sich von der Theorie (und dem davon abgeleiteten Programm) über die Methode zur Taktik eine „sachlogische Konsequenz“.¹⁴³³

Während Philosophie und Theorie einen Interpretationsrahmen bieten, der „ideologische Standfestigkeit“ (und damit im schlechtesten Falle auch eine Form von „Wirklichkeitsresistenz“) ermöglicht, sind Programm, Methode und Taktik als Praxisformen im Verhältnis zu gesellschaftlichen Entwicklungen zu begreifen. Diese Praxisformen wirken auf die Theorie (welche ein Kondensat praktischer Anschauung

¹⁴²⁹ WASG, Vorschläge für programmatische Grundlagen (27.06.2004), S. 3. URL: http://www.wahlalternative-asg.de/homepages/wahlalternative-asg/file_uploads/wasgprogrammentwurf.pdf (19.07.2004).

¹⁴³⁰ Vgl. Wikipedia, Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, 12.11.2005. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Wahlalternative> (11.12.2005).

¹⁴³¹ Ebd.

¹⁴³² Die Verwendung des Begriffes „orthodox“ soll in einem wissenschaftlich neutralen Sinne, als ein Festhalten an Lehrmeinungen begriffen werden.

¹⁴³³ Von Weiß, 1975, S. 41.

und Erfahrung ist) zurück und ermöglichen im besten Falle eine kritische Weiterentwicklung derselben, oder führen zu einer dogmatischen Erstarrung. Wenn die deduktive Ableitung von der Theorie zur Taktik einen Sinn haben soll, dann ist eine dogmatische Erstarrung der Praxis oder eine taktische Inflexibilität nicht in der praktischen Borniertheit der Akteure zu suchen, sondern in der Dogmatik ihrer Theorien. Die „Praxisresistenz“ einiger trotzkistischer Organisationen, die sich am Beispiel der Ablehnung der Mitarbeit in der WASG manifestierten, verweist auf einen überhistorischen Bezug auf abstrakte marxistische Wahrheiten, die von der Wirklichkeit überholt worden sind. Problematisch in der Kategorisierung der Gruppen als orthodox oder dogmatisch ist die Tatsache, dass sich wiederum einige Gruppen dieser Kategorie entziehen, indem sie ihrer ursprünglich orthodoxen Theorie einer grundlegenden Revision unterziehen und damit als heterodox gelten können. Dies als produktive Weiterentwicklung oder als Revisionismus zu kennzeichnen, soll hier nicht zur Debatte stehen. Der folgenden Darstellung des Verhältnisses der trotzkistischen Organisationen zur WASG liegt die Überlegung zugrunde, dass deren Beteiligung bzw. die Nichtbeteiligung an der WASG keine willkürliche Entscheidung, sondern Ausdruck von orthodoxer Theorie und praktischer Flexibilität bzw. dogmatisierter Theorie und praktischer Inflexibilität ist.¹⁴³⁴

Drei grundlegend unterschiedliche Konzepte zum Aufbau einer neuen Arbeiterparteien trennen die trotzkistische Bewegung in Deutschland. Ein Teil sieht in der Formierung der WASG eine Etappe in der Herausbildung einer neuen Arbeiterpartei, unterscheidet sich aber noch einmal in der Frage, ob diese sozialistische Programmpunkte vertreten müsse. Der andere Teil lehnt die WASG als „Neuaufguss“ der Sozialdemokratie ab und fordert den Aufbau einer sozialistischen/revolutionären Arbeiterpartei. Eine dritte Strömung arbeitet weiterhin in der SPD und wirbt dort für einen sozialistischen Flügel.

Die SAV hatte bereits seit Mitte der neunziger Jahre die propagandistische Forderung nach Aufbau einer reformorientierten neuen Arbeiterpartei gestellt. Dies geschah aus der Konsequenz ihrer Analyse von der Veränderung der SPD von einer „bürgerlichen Arbeiterpartei zu einer rein bürgerlichen Partei“,¹⁴³⁵ was eine neue Interessensvertretung der abhängig Beschäftigten nötig mache:

„Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen“.¹⁴³⁶

Die SAV begründet ihre Mitarbeit in einer neuen Partei (in diesem Fall der WASG) damit,

„dass die Masse der Arbeiterklasse nicht auf direktem Weg zu revolutionären, sozialistischen Schlussfolgerungen gelangen wird. Das bedeutet auch, dass eine revolutionäre Organisation, wie SAV oder Linksruick, nicht geradlinig zu einer Massenkraft wird anwachsen können. (...) Die Erfahrung mit Reformismus und Linksreformismus wird die Masse der Arbeiterklasse in Zukunft aber nicht in den alten traditionellen Parteien, wie der SPD, machen, sondern in neuen Formationen, die erst noch entstehen werden“.¹⁴³⁷

Der Linksruick betonte dagegen erst nach seinem Austritt aus der SPD im Jahre 1999 und der nachlassenden Anziehungskraft der globalisierungskritischen Bewegung, dass

„wir eine linke Alternative zur Regierung (brauchen): Eine Alternative, die wir aus dem Widerstand gegen die Regierung aufbauen und die einen Pol der Hoffnung für Millionen bildet, die sich von SPD und Grünen abwenden“.¹⁴³⁸

¹⁴³⁴ Diese These wird mit einer empirischen Untersuchung in Kapitel 6 gestützt werden. Im diesem Unterkapitel geht es zunächst nur um die Darstellung praktischer Konsequenzen aus einer behaupteten Orthodoxie bzw. Dogmatik der divergenten Theorien der trotzkistischen Strömungen.

¹⁴³⁵ Stanicic, 2001, S. 16.

¹⁴³⁶ Ebd., S. 19.

¹⁴³⁷ Ebd.

¹⁴³⁸ Linksruick, Unser Standpunkt: Ein Schlag gegen Schröder, in: Linksruick, Nr. 169, 21.01.2004. URL: http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_457.html (28.11.2005).

Die Forderung nach Aufbau einer neuen Arbeiterpartei wurde allerdings nicht erhoben, und mit der WASG soll erst einmal eine „Sozialstaatspartei“ aufgebaut werden.

Die ISL verfolgt seit ihrer Gründung das Ziel des Aufbaus einer sich neu formierenden Linken und der

„Mitwirkung in oder den Anstoß für pluralistische Parteien und breitere antikapitalistische Gruppierungen; den Aufbau einer eigenständigen organisierten Kraft, die in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine Funktion, nicht eine ‚Mission‘ zu erfüllen hat“.¹⁴³⁹

„Wir tun dies mit dem langfristigen Ziel, aus den sozialen Bewegungen heraus und mit vielen anderen zusammen in Deutschland wieder eine breite Partei der sozialistischen Opposition zu schaffen, die Teil dieser internationalen Neuformierung sein will“.¹⁴⁴⁰

Die GAM propagiert dagegen das Ziel des Aufbaus einer revolutionären Arbeiterpartei, war aber dazu bereit, sich am Formierungsprozess der WASG zu beteiligen. Diesen sah sie als Ausdruck einer nachlassenden Bindekraft der SPD und betonte die Notwendigkeit, dass „sich RevolutionärInnen wie Linke überhaupt in diesen Formierungsprozess einmischen“.¹⁴⁴¹ Nach dem Bundesparteitag der WASG vom 7./8. Mai 2005 trat die GAM aus und begründete diesen Schritt mit der politischen Rechtsentwicklung der WASG innerhalb eines Jahres. Programm und Praxis entsprächen denen einer bürgerlichen Partei. Sie sei zudem nicht mehr als eine „weitere reformistische Minipartei“, eine „kleine reformistische Parteisekte“ die keine weitergehende Perspektive verkörpere.¹⁴⁴² Nach den vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 musste die GAM ihre Position korrigieren:

„Hier zeigt sich, welche Dynamik mit der Formierung der Linkspartei begonnen hat und welche Chancen sich dabei auftun: Chancen zum Aufbau einer kämpferischen Arbeiterpartei; Chancen, eine antikapitalistische, revolutionäre Politik zu popularisieren; Chancen, die Enttäuschung über die SPD zu einem wirklichen politischen und organisatorischen Bruch mit dem Reformismus weiter zu treiben; Chancen, die betriebliche Basis, soziale Bewegungen und die Linke im Kampf zu vereinen und eine bundesweite, kampffähige Basisstruktur aufzubauen.“¹⁴⁴³

Dies mündete in den Wiedereintritt der GAM in die WASG, der in der „Neuen Internationale“ vom November 2005 bekannt gegeben wurde:

„In der Opposition gegen die Regierungsbeteiligung der PDS, die sich derzeit in der Berliner WASG entwickelt, ist zumindest die Chance angelegt, dass wichtige, aktive Teile dieser Strömung die grundlegend falsche Richtung dieses Projekts durchschauen und für die Perspektive einer klassenkämpferischen Arbeiterpartei gewonnen werden können, die gegenüber dem Gesamtsystem die Machtfrage aufwirft. Dafür kämpfen wir als Arbeitermacht in der WASG-Linken“.¹⁴⁴⁴

7.9.2 Politik, Organisationsaufbau und Kadergewinnung in der WASG

Die SAV hatte immer wieder betont, dass im Rahmen der Mitarbeit in einer neuen Arbeiterpartei die eigenen Strukturen und die unabhängige Arbeit als marxistische Organisation nicht beendet werden würden.¹⁴⁴⁵ Marxisten hätten heute eine doppelte Aufgabe: „die Arbeiterbewegung im breiten Sinne wieder aufzubauen und gleichzeitig eine revolutionäre Partei aufzubauen“.¹⁴⁴⁶

Auch der Linksruck, der sich als eine revolutionäre Organisation versteht, gab sein Aufbauprojekt mit dem Eintritt in die WASG nicht auf – wobei in seinem Selbstverständnis „der Wiederaufbau eines sozialistischen Pols Grundvoraussetzung für die Errichtung des Sozialismus“¹⁴⁴⁷ wichtiger als der ei-

¹⁴³⁹ Dubois, 2003, S. 22.

¹⁴⁴⁰ ISL, Die sozialistische Perspektive erneuern! a.a.O.

¹⁴⁴¹ GAM, WASG: Eine verpasste Chance. Warum wir aus der WASG austreten. Infomail 210, 14. Mai 2005. URL: <http://www.arbeitermacht.de/infomail/210/wahlalternative.htm> (28.11.2005).

¹⁴⁴² Vgl. ebd.

¹⁴⁴³ H. Hohn, Linkspartei nach der Wahl. Fraktion oder Aktion? in: Neue Internationale, Nr. 104, Oktober 2005. URL: <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni104/linkspartei.htm> (28.11.2005).

¹⁴⁴⁴ M. Lehner, Berliner Linke und die PDS. Quo vadis WASG? in: Neue Internationale, Nr. 105, November 2005. URL: <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni105/wasg.htm> (14.02.2006).

¹⁴⁴⁵ Vgl. Stanicic, 2001, S. 19.

¹⁴⁴⁶ Stanicic, 2001, S. 19.

¹⁴⁴⁷ Siehe „Linksruck politische Grundsätze“ in jeder Ausgabe der Zeitung *Linksruck*.

gene Parteiaufbau zu sein scheint – was ein flexibles und elastisches Reagieren auf den innerparteilichen Anpassungsdruck natürlich vereinfacht.

Die ist vertritt keine eindeutige Position zur Frage ihres Verhältnisses als organisierte Strömung innerhalb der WASG. Einige ihrer Mitglieder setzen sich dafür ein, ihre eigene Organisation zurückzunehmen und vorrangig die WASG als Sammlungspartei aufzubauen. Andere betonen die notwendige Sammlung oppositioneller Kräfte, um nach einem eventuellen Scheitern der WASG einen neuen Anlauf zu nehmen.

Im Februar 2005 kam es zu massiven Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern des Bundesvorstandes der WASG mit der SAV. In einem Papier wurden folgende Unvereinbarkeitsbeschlüsse festgehalten:

„2.) Doppelmitgliedschaften sind generell im Rahmen unseres Status bis zum 31.12.2005 zulässig. Die SAV ist laut ihrer gegenwärtigen Satzung eine Partei. Sollte dies bis Ende des Jahres so bleiben, greift das Statut der ASG. (...)

4.) FunktionsträgerInnen und KandidatInnen auf den Listen der ASG, die gleichzeitig der SAV angehören, werden aufgefordert, aus der SAV auszutreten“.¹⁴⁴⁸

Dagegen erhoben sich innerhalb der WASG Proteste, die den Bundesvorstand nur dazu veranlasste, nicht mehr die SAV als einzige problematische Organisation zu benennen, sondern den Unvereinbarkeitsbeschluss auf „Parteien oder parteiähnlichen Organisationen“ auszudehnen. Die SAV hatte allerdings mittlerweile in ihren Statuten den Begriff „Partei“ durch „Organisation“ ersetzt.¹⁴⁴⁹ Der Konflikt schwelte weiter bis zur folgenden Bundesdelegiertenkonferenz, auf der eine Doppelmitgliedschaft von WASG und PDS-Mitgliedern bestätigt wurde, welche den Unvereinbarkeitsbeschluss erst einmal obsolet machte.

Die Mitarbeit einiger trotzkistischer Organisationen innerhalb der WASG wirft die Frage auf, inwieweit es sich hier um eine Strategie der Unterwanderung, also „Entrismus“¹⁴⁵⁰, oder um eine Organisierung als innerparteiliche Plattform bzw. Fraktion handelt. Dem Vorwurf der Unterwanderung der Wahlalternative durch Linksruck, SAV und isl¹⁴⁵¹ kann deutlich widersprochen werden. Die Mitglieder verschweigen nicht ihre Zugehörigkeit zu ihren Organisationen und ebenso wenig ihre politischen Ziele. Die Kritik speist sich vor allem aus den Bedenken von Mitgliedern der WASG, dass ein allzu offenes Auftreten für eine sozialistische Programmatik potentielle Mitglieder und Wähler verschrecken könnte, aber auch aus der Annahme, dass organisierte Gruppen von Sozialisten in einer „Sozialstaatspartei“ nur ihren eigenen Organisationsaufbau verfolgen könnten. Daniel Bensaid erinnert allerdings daran, dass sich in der Entstehungsgeschichte von Arbeiterparteien immer organisierte Gruppen als revolutionäre Strömungen entwickelten.¹⁴⁵² Auch entspricht die Bezeichnung „Entrismus“ nicht der historischen Bedeutung des Begriffes, da es sich bei der WASG nicht um eine etablierte Arbeiterpartei handelt, in der auf kurzfristige Sicht Mitglieder gewonnen werden sollen. Selbst der „Integrationentrismus“ der deutschen Sektion der IV. Internationale (1953 bis 1968) oder der „Tendenzentrismus“ der Voran-Gruppe (1973 bis 1994) waren als Methodik bzw. Taktik an historische Umstände gebunden, die beiden Organisationen als „Fremdkörper“ in der Sozialdemokratie eine Verschleierung ihrer Eigenständigkeit als revolutionäre Organisationen auferlegte. Mit dem Bekennnis der WASG, eine neue Partei unter Einschluss aller linken Kräfte bilden zu wollen, ist die Taktik des Entrismus obsolet ge-

¹⁴⁴⁸ WASG, Landesverband Hessen, Bundesvorstandssitzung zur Mitgliedschaft. URL: <http://www.asg-hessen.de/index.php?sparte=artikel&rubrik=19> (18.11.2005).

¹⁴⁴⁹ SAV, Statut der SAV (beschlossen im Februar 1998, zuletzt geändert am 27. März 2005). URL: <http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&file=article&sid=59> (17.09.2005).

¹⁴⁵⁰ Der Begriff Entrismus scheint überhaupt ein Synonym für die Mitarbeit von Trotzkisten in jedweder Organisation zu sein. Selbst in Betrieben und Gewerkschaften sollen diese „entrantisch“ gearbeitet haben (vgl. Göbel, 1979, S. 7, 11).

¹⁴⁵¹ Altermedia Deutschland, Linke Wahlalternative WASG wehrt sich gegen linksextreme Unterwanderung durch SAV (19.04.05). URL: http://de.altermedia.info/general/linke-wahlalternative-wasg-wehrt-sich-gegen-linksextreme-unterwanderung-durch-sav-190405_2461.html (17.9.2005); Pressemitteilungen des Innenministeriums NRW (22.03.06). URL: http://www.im.nrw.de/pm/220306_819.html (14.05.2006); kommunisten-online.de, Was für eine Alternative stellt die Wahl-Alternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) derzeit dar? (06.05.06). URL: <http://www.kommunisten-online.de/blackchannel/wasg-alternative.htm> (17.05.2006); Die Welt, Auch Trotzkisten wollen Linkspartei „unterwandern“ (16.06.05). URL: <http://www.welt.de/data/2005/07/16/746411.html> (17.09.05).

¹⁴⁵² Vgl. Bensaid, 2004, S. 78.

worden. Daraus ergibt sich, dass sich die Mitarbeit der trotzkistischen Organisationen auf der Grundlage einer innerparteilichen Plattform oder Tendenz vollzieht, auch wenn bislang die jeweiligen Gruppen ihre eigene Plattform organisieren.

7.9.3 Reformprogramm oder sozialistisches Programm?

Zwischen der SAV und dem Linksruck entwickelte sich im Februar 2004 eine sonst zwischen beiden Organisationen unübliche Debatte, in diesem Fall über die programmatische Ausrichtung der WASG. Christine Buchholz als Mitglied des Bundesvorstandes der WASG und Leitungsmittelglied des Linksruck plädierte für ein Programm, das dem momentanen Bedürfnis einer breiten Schicht von Menschen nach einem Reformprogramm entgegen komme:

„Deswegen hat die ASG ein Reformprogramm erarbeitet, in dem sich alle wieder finden können. Jeder Versuch, das Programm der ASG auf ein sozialistisches Programm einzubringen, würde das Spektrum derer einschränken, die in der ASG eine (neue) politische Heimat finden könnten. (...) Wenn es uns gelingt, den Sammlungscharakter dieser Bewegung mit dem Reformprogramm einer ‚Sozialstaatspartei‘ zu verbinden, können wir eine erfolgreiche Partei werden“.¹⁴⁵³

„Wir argumentieren für ein konsensfähiges Reformprogramm, weil wir glauben, dass sich nur so eine breite Opposition gegen Neoliberalismus organisieren kann, die relevante Teile der Gesellschaft umfasst. Es geht darum, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ändern und dazu bietet die ASG eine einmalige historische Chance“.¹⁴⁵⁴

Die SAV-Bundesleitung argumentierte dagegen, dass ein reines Reformprogramm langfristig zur Akzeptanz der heutigen Verhältnisse führen würde:

„In Zeiten des kapitalistischen Niedergangs besteht kaum Spielraum für Reformen im eigentlichen Sinne des Wortes. Eine Partei, die für soziale Gerechtigkeit eintritt wird sehr schnell mit dem kapitalistischen System in Konflikt geraten. Der Druck zu Sachzwangspolitik wird enorm sein“.¹⁴⁵⁵

Die Propagierung sozialistischer Positionen dient damit einer erkenntnisleitenden Perspektive: Ohne sozialistisches Programm (bzw. dessen Elemente), welches Offensivcharakter hat und Perspektiven bietet, sei keine grundlegenden Reformen im heutigen kapitalistischen Gesellschaftssystem möglich. Tatsächlich gäbe es heute eine wachsende Offenheit gegenüber sozialistischen Ideen:

„Natürlich hat die Arbeiterklasse heute in ihrer Mehrheit kein sozialistisches Bewusstsein. Es gibt aber eine breite Ablehnung der bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Parteien und Institutionen und eine Offenheit für demokratischen Sozialismus. Die entscheidende Frage für eine Partei mit sozialistischen Grundsätzen wäre, wie sie dieses Selbstverständnis vermittelt“.¹⁴⁵⁶

Die Argumentationslinie beider Organisationen entspricht dabei ihren traditionellen theoretischen Vorstellungen zum Verhältnis von Avantgarde und Klasse. Linksruck vertritt die Ansicht, dass der Arbeiterklasse kein sozialistisches Programm vorgesetzt werden kann und sich ein solches erst aufgrund der Erfahrungen der Arbeiterschaft in Zukunft durchsetzen könne. Die Avantgarde könne höchstens Hilfestellung in der politischen Praxis geben. Die SAV geht dagegen von der Notwendigkeit sozialistischer Forderungen aus, um den Formierungsprozess eines sozialistischen Flügels innerhalb der WASG voranzutreiben, die Akzeptanz sozialistischer Ideen zu verbreitern, einer „Neuaufage der Sozialdemokratie“ entgegenzuwirken und „die keynesianistische Ideologie der Bundesvorstandsmeinung in Frage“¹⁴⁵⁷ zu stellen. Damit werden Erkenntnisprozesse innerhalb der WASG-Mitgliedschaft antizipiert, die von einer im klassischen Sinne verstandenen Avantgarde beschleunigt und konkretisiert

¹⁴⁵³ C. Buchholz, Die Chance ist da, in: Linksruck, Nr. 194, 2.03.2005. URL: http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1345.html (25.10.2005).

¹⁴⁵⁴ W. Halbauer, Antwort von Linksruck auf den offenen Brief der SAV, 9.03.2005. URL: <http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&sid=1202> (25.10.2005).

¹⁴⁵⁵ S. Stanicic, Offener Brief an Linksruck, 27.02.2005. URL: www.sozialismus.info/modules.php?name=News&file=article&sid=1183 (25.10.2005).

¹⁴⁵⁶ Ebd.

¹⁴⁵⁷ Gemeinsam für Arbeit, Bildung und soziale Sicherung kämpfen! ASG aufbauen statt spalten! Stellungnahme der SAV vom 23. Februar 2005. URL: <http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&file=article&sid=1179> (25.10.2005).

werden sollen. Auch hier wird noch einmal die grundlegend unterschiedliche Herangehensweise bei der Organisationen an programmatische und methodische Fragen deutlich. Während die SAV klassisch materialistisch von den ökonomischen Entwicklungstendenzen auf das Bewusstsein schließt und damit ein Übergangsprogramm aus den jeweiligen Entwicklungsphasen des Kapitalismus ableitet, formuliert der Linksruck sein Programm abhängig vom Bewusstsein der Arbeiterklasse. Dessen niedriger Stand erlaubt nun kein Übergangsprogramm, welches auf die soziale Revolution verweist. Daraus ergibt sich nun die Darstellung eines Tages- oder Kampfprogramms (welches zum großen Teil mit dem der WASG identisch ist) und die Darstellung eines Fernziels (Sozialismus) in den „politischen Grundsätzen“ des Linksruck.¹⁴⁵⁸

Die isl nimmt dagegen bei ihren inhaltlichen Forderungen an die WASG eine Mittelposition ein:

„Eine neue Kraft der Linken sollte daher einen breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess über eine Alternative zum Kapitalismus anstoßen. Konsens dabei sollte sein, dass die angestrebte Wirtschaftsordnung nicht auf Konkurrenz, nationalem Egoismus und maximalem Profit gründet, sondern auf der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse in ökologischer Verantwortung. Dies kann nur eine gemeinwirtschaftliche Ordnung sein. Die neue linke Partei muss umfassend auf internationale Solidarität setzen und auf internationaler Ebene (angefangen mit Europa) Verbindung mit den antikapitalistischen Kräften aufnehmen und gemeinsame Initiativen entwickeln.“¹⁴⁵⁹

Die GAM stimmte noch 1999 mit dem Linksruck und der SAV überein, dass es richtig sei, ein revolutionäres Programm nicht zur Bedingung für die Unterstützung einer entstehenden Arbeiterpartei zu machen.¹⁴⁶⁰ Nach ihrem Austritt aus der WASG vertrat sie den Standpunkt, dass Revolutionäre dafür eintreten müssten, dass eine neue Arbeiterpartei „von Beginn an revolutionär ist“.¹⁴⁶¹ Dies sei aber nicht als Ultimatum an andere politische Strömungen zu verstehen, sondern als Vorschlag, die Grundlagen einer solchen Partei zu diskutieren.¹⁴⁶² Die GAM hatte der SAV vorgeworfen, dass ihr Programm „linksreformistisch“ und das des Linksruck „liquidatorisch“ sei,¹⁴⁶³ was bedeuten würde, dass beide keine treibende Kraft für ein sozialistisches Programm in der Zukunft dieser Neuen Arbeiterpartei darstellen könnten.¹⁴⁶⁴ Nachdem sie nun die „Dynamik in der Formierung der Linkspartei“ entdeckt hatte, forderte sie den Linksruck und die SAV dazu auf „für die Formierung eines revolutionären Flügels im Prozess der Formierung der Linkspartei einzutreten, dafür ihre Programme vorzuschlagen und einen Kampf darum aufzunehmen!“¹⁴⁶⁵

7.9.4 Die Strategie des unabhängigen Aufbaus einer sozialistischen / revolutionären Partei

Der RSB tritt seit seiner Gründung im Jahre 1994 für den Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei mit Masseneinfluss ein:

„Eine solche Partei mit Masseneinfluß gibt es heute nicht. Sie wird auch nicht am grünen Tisch, sondern nur in den Kämpfen der Arbeiterklasse entstehen können. Nur wenn wir an diesen Kämpfen teilnehmen, können wir die Entstehung einer neuen Arbeiterpartei im revolutionär-sozialistischen Sinne beeinflussen“.¹⁴⁶⁶

Die WASG wird als bürgerliche Partei verstanden, deren Charakterisierung als „reformistisch“ falsch sei, da mit Reformismus die Vorstellung eines Weges zum Sozialismus über Reformen verbunden ist. Davon könne für die WASG keine Rede sein. Für andere sozialistische Organisationen würden sich die Illusionen über die Stärke des Reformismus mit der Hoffnung auf einen Differenzierungsprozess in der Arbeiterklasse verbinden „für den dann unterschiedliche parteipolitische Optionen in der Gewerk-

¹⁴⁵⁸ Vgl. dazu Kapitel 3.2.

¹⁴⁵⁹ isl, Für eine neue Partei der Linken. Erklärung der isl-Landesmitgliederversammlung Nordrhein-Westfalen, 15. Oktober 2005. URL: <http://linkezeitung.de/Positionen/Beitraege/fuereineneueparteiderlinken.htm> (28.11.2005).

¹⁴⁶⁰ Falke, 1999.

¹⁴⁶¹ GAM, WASG: Eine verpasste Chance, a.a.O.

¹⁴⁶² Ebd.

¹⁴⁶³ Ebd.

¹⁴⁶⁴ Falke, 1999.

¹⁴⁶⁵ H. Hohn, Linkspartei nach der Wahl, a.a.O.

¹⁴⁶⁶ RSB, 2000.

schaftsbürokratie oder Ablösungsprozesse von der SPD herhalten müssen“.¹⁴⁶⁷ Dabei sei mit dem Übergang der sozialliberalen SPD zum Neoliberalismus ab Mitte der 90er Jahre einfach nur der gesellschaftliche Platz für eine sozialliberale Partei frei geworden: „Den zu besetzen bemühen sich die rechtsreformistische PDS und die sozialliberale WASG zur Zeit noch getrennt, vielleicht aber bald – nach der NRW-Wahl – gemeinsam“.¹⁴⁶⁸

Aber auch beim RSB scheint das Ergebnis der Linkspartei/PDS bei der Bundestagswahl 2005 zu einem Positionswechsel geführt zu haben. Nun will man mit der Linkspartei/PDS die praktische Zusammenarbeit in der außerparlamentarischen Bewegung suchen und sich gleichzeitig solidarisch-kritisch mit ihren Positionen auseinanderzusetzen:

„Aber erstmals seit vielen Jahren wird auch von einem nennenswerten Teil der Bevölkerung über Alternativen zum Neoliberalismus nachgedacht. (...) Für uns als revolutionäre SozialistInnen ist es in jedem Fall erfreulich, wenn im Rahmen dieser neu aufbrechenden Diskussionen, der Informationen und Argumente, die von der Linkspartei jetzt massiver verbreitet werden können, linkes Gedankengut in breiteren Kreisen bekannt wird. (...) Auf der anderen Seite sehen wir auch, wie mit der Verbreitung der Positionen der Linkspartei so manche Illusion in die Vereinbarkeit von Arbeiterinteressen und der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems einhergeht.“

(...) Im Gegensatz zum Entstehen der Grünen definiert sich die neue Formation als eine links stehende Partei. Ihr Klassencharakter wird zwar vom geschriebenen Programm her und über so manche Stellungnahme ihrer Parteführer in Frage gestellt, aber die dem Neoliberalismus gegenüber kritischen KollegInnen im Betrieb betrachten die Linkspartei/PDS als eine Partei an der Seite der ‚Arbeitenden‘ und der Armen“.¹⁴⁶⁹

Die PSG verfolgt das Ziel des Aufbaus einer neuen Arbeiterpartei auf internationaler und sozialistischer Grundlage.¹⁴⁷⁰ Die Gründung der WASG wird als Ablenkungsmanöver von Bürokraten in Gewerkschaften und Sozialdemokratie gesehen:

„Mit der Gründung der Linkspartei wollen sie verhindern, dass Arbeiter die notwendigen Schlussfolgerungen aus dem Bankrott des Reformismus ziehen und sich einer sozialistischen Perspektive zuwenden, die sich gegen die kapitalistische Ordnung wendet.“¹⁴⁷¹

Da „Lafontaines nationales Reformprogramm in eine politische Sackgasse“¹⁴⁷² führe, sieht die PSG die Gefahr, dass die Hoffnungen in eine sich formierende Linkspartei enttäuscht werden. Diese könne damit auch keine Ermutigung für die Arbeiterklasse darstellen:

„Wer behauptet eine Linkspartei aus PDS und WASG sei schon alleine deshalb fortschrittlich, weil sie das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach links verschiebe, ist entweder hoffnungslos naiv oder ein politischer Scharlatan. Mit demselben Argument wurde vor sieben Jahren die rot-grüne Regierung angepriesen – und es war schon damals falsch.“¹⁴⁷³

Damit stellt sich die Frage, welche Partei überhaupt fortschrittlich sein kann, wenn aus sozialistischer Perspektive die Linkspartei keinen Fortschritt gegenüber der rot-grüne Regierung darstellt. Wahrscheinlich nur eine Organisation wie die PSG, die aber wohl kaum das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nach links verschieben kann. Der Mitarbeit in der entstehenden Linkspartei wird demzufolge auch eine Absage erteilt. Auf die Frage, ob es nicht besser wäre, die Kräfte der Linken in einer Partei zu vereinigen, antwortet die PSG mit einer historischen Analogie, die ihresgleichen sucht:

¹⁴⁶⁷ B. B., Die sozialistische Linke und die Wahlalternative, 1.04.2005. URL:

http://www.rsb4.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1179&Itemid=135 (12.04.2005).

¹⁴⁶⁸ Ebd.

¹⁴⁶⁹ D. Berger, Die Haltung des RSB zur Linkspartei: Praktische Aktionseinheit und solidarische Kritik, 17.10.2005. URL: http://www.rsb4.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1184&Itemid=135 (12.04.2006).

¹⁴⁷⁰ wsws, Wahlkampf der Partei für Soziale Gleichheit trifft auf große Resonanz, 28. Juni 2005. URL: <http://www.wsws.org/de/2005/jun2005/kamp-j28.shtml> (04.12.2005).

¹⁴⁷¹ wsws, Fragen an die Partei für Soziale Gleichheit, September 2005. URL: <http://www.wsws.org/de/2005/sep2005/fra2-s10.shtml> (28.11.2005).

¹⁴⁷² U. Rippert, Lafontaine und die „Linkspartei“. Die Sackgasse des nationalen Reformismus, 10. Juni 2005. URL: <http://www.wsws.org/de/2005/jun2005/lafo-j10.shtml> (28.11.2005).

¹⁴⁷³ Ebd.

„Welche verheerenden Folgen eine prinzipienlose Einheit der Linken hat, zeigt die Niederlage des spanischen Bürgerkriegs in den 1930er Jahren. Im Namen der Volksfront gegen den Faschismus taten sich damals die stalinistische Kommunistische Partei mit den linken Parteien der spanischen Bourgeoisie zusammen. Um die Volksfront nicht zu gefährden, im Namen der Einheit, wurden sozialistische Forderung zurückgestellt, revolutionäre Elemente verfolgt und liquidiert. (...) Unterstützung für Lafontaine und Gysi im Namen der Einheit der Linken ist nicht besser als die stalinistische Volksfrontpolitik. Sie kann nur zu Demoralisierung und Enttäuschung führen, die letztlich den Rechten in die Hände arbeiten.“¹⁴⁷⁴

Die SpAD betont die Notwendigkeit des Aufbaus einer „revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei“ und sieht ebenso wie die PSG die WASG und die Linkspartei/PDS als Hindernis für den Aufbau einer solchen Partei. Laut SpAD setzt sich der Kern der WASG aus „sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbürokraten“ zusammen, die taktisch mit der SPD gebrochen haben, ohne grundsätzlich die sozialdemokratische Ideologie in Frage zu stellen. Aus den Protesten gegen Hartz IV sei die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit nur deshalb entstanden, um diesem Protest ein parlamentarisches Ventil zu geben und ihn dahingehend zu kanalisieren, dass man Druck auf die SPD ausübt, doch bitte sozialer zu sein.¹⁴⁷⁵ Statt einem „drittklassigen sozialdemokratischen Verschnitt“, der ein Hindernis für das Bewusstsein der Arbeiterklasse darstelle, benötige man eine „revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die revolutionäres Bewusstsein in die Arbeiterklasse trägt“.¹⁴⁷⁶

Eine Sonderrolle nehmen hier die ISA mit ihrer entrustischen Organisation Soziale Politik und Demokratie und die Organisation Der Funke ein. Nach wie vor gehen diese anscheinend von der Möglichkeit aus, dass sich soziale Auseinandersetzungen in der SPD (als politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse) niederschlagen werden, und dass nach wie vor die Möglichkeit bestünde, dass sich ein sozialistischer Flügel dort herausbilden würde. Im März 2004 erklärte die Soziale Politik und Demokratie: „Wir brauchen unsere SPD wieder- nicht irgendeine Linkspartei“.¹⁴⁷⁷

Die „lambertistische“ ISA bleibt damit in ihrer dogmatischen Orthodoxie gefangen, wie sie kennzeichnend für deren gesamte Geschichte ist.

Beim Funke scheint allerdings eine neue Taktik umgesetzt zu werden. Seit einiger Zeit arbeitet man mit Gruppen der Jugendorganisation [solid!] zusammen, welche der Linkspartei.PDS nahe steht.

Da der historische Bruch mit dem CWI 1991 auf der Grundlage des Streites um die entrustische Taktik erfolgte, ist ihr Verbleib in der Sozialdemokratie nachvollziehbar. Insoweit wird allerdings auch die Fortsetzung einer dogmatischen Orthodoxie deutlich, die bereits im CWI mit seiner Entrusttaktik angelegt war. Die Zusammenarbeit mit [solid!]-Gruppen zeigt allerdings auch, dass die Funke-Mitglieder eine gewisse Reflektionsfähigkeit aufgrund praxisorientierter Arbeit aufrechterhalten konnten. Bei einer erfolgreichen Fusion von WASG und Linkspartei.PDS und deren Stabilisierung im politischen Raum wird der Funke höchstwahrscheinlich die SPD verlassen.

¹⁴⁷⁴ wsws, Fragen an die Partei für Soziale Gleichheit, a.a.O.

¹⁴⁷⁵ Vgl. SpAD, Für Klassenkampf gegen Sozialraub. PDS/WASG-Linkspartei keine Alternative zur SPD. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! in: Spartakist, Nr. 159, Sommer 2005. URL: <http://www.icl-fi.org/deutsch/spk/159/pdswasg.html> (12.12.2005).

¹⁴⁷⁶ Ebd.

¹⁴⁷⁷ Soziale Politik und Demokratie, Nr. 112, 3. März 2004, zitiert nach Verfassungsschutzbericht 2004, S. 164. URL: http://www.bundesamt fuer verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2004/vsbericht_2004.pdf.

Kapitel 8: Ergebnisse

Im vorangegangenen Kapitel wurde das Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen unter der Fragestellung der spezifischen Eigenschaften der trotzkistischen Bewegung untersucht und es wurde aufgezeigt, inwieweit die Orientierung auf die neuen sozialen Bewegungen Theorie und Praxis verschiedener trotzkistischer Strömungen beeinflusste. Dabei wurden die Hypothesen bestätigt, die das Wachstum und die Stabilität der trotzkistischen Organisationen im Zusammenhang mit ökonomischen und politischen Krisen sehen, in denen sich die Organisationen durch eine geschlossene Krisentheorie, durch die Ausbildung eines Kaderstammes, durch ein flexibles Reagieren auf geänderte politische Rahmenbedingungen und die Propagierung eines revolutionären Marxismus/Internationalismus revitalisieren können. Im folgenden werden die Ergebnisse der Untersuchung erneut in Thesen zusammengefasst und im historischen Kontext der Zeit von 1950 bis heute präzisiert.

8.1 Organisationspolitische Migration als Überlebensstrategie

Der quantitativen Schwäche und dem hohen theoretischen Niveau der Trotzkisten entsprach ihrer Organisationsform von Kaderorganisationen, die aufgrund ihrer politischen Isolation bereits in den dreißiger Jahren in verschiedenen sozialdemokratischen Parteien kurzfristig die Entrismustaktik anwandten.¹⁴⁷⁸ Dies geschah, nachdem man sich seit Mitte der zwanziger Jahre als Fraktion innerhalb der kommunistischen Parteien organisiert hatte und 1933 aus der kommunistischen Bewegung in die Diaspora emigriert war. Die kurzfristige Taktik des Entrismus wurde später im Rahmen des Nachkriegsaufschwunges bei der Mehrheit der Trotzkisten zu einer langfristigen Strategie, die in verschiedenen Ländern unterschiedliche Erfolge vorweisen konnte.

Die geringe Anzahl der Trotzkisten in den fünfziger Jahren korrelierte mit der ebenfalls geringen Anzahl revolutionärer Kräfte außerhalb von Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien. Die Gründung der Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP) in Deutschland im Jahre 1951 und die der Proletarischen Aktion und des Sozialistischen Arbeiterbund (SAB) in der Schweiz in den Jahren 1945 bzw. 1953 stellte den Versuch dar, die wenigen revolutionären Kräfte unterschiedlicher politischer Herkunft auf organisatorischer Ebene zusammenzufassen. Die Zeitschrift SOPO (1954-1966) versuchte dies in Deutschland auf theoretischer Ebene. Die Immigration in sozialdemokratische (und stalinistische Parteien) ab 1951 wurde zwar mit der Spaltung der IV. Internationale bezahlt, doch dort konnte man eine lange Zeit (über 15 Jahre) auf die nächste tiefe gesellschaftliche Krise der kapitalistischen Produktionsweise warten, die für die Trotzkisten nie in Frage gestanden hatte.¹⁴⁷⁹ Dieses Wissen half, sie im Fremdkörper der Sozialdemokratie überwintern zu lassen. Die nächste Emigration fand dann um 1968 statt, als die sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien von einem großen Teil der Vierten Internationale wiederum verlassen wurden, um mit ihren Kaderorganisationen erneut zu versuchen, in der Jugend-, Studenten- und Arbeiterbewegung revolutionäre Massenorganisationen aufzubauen. Auf theoretischer Ebene hatten ISVI und VSVI in den fünfziger und sechziger Jahren versucht, die Entwicklung in Osteuropa (deformierte Arbeiterstaaten) und Lateinamerika (Guerillabewegung) zu verarbeiten und entwickelte in den späten sechziger Jahren zur Jugend- und Studentenbewegung die Theorie der „Neuen Avantgarde mit Massencharakter“. Diese erneute theoretische Entwicklung wurde mit der taktischen Wende des Austritts aus der Sozialdemokratie verbunden. Die Hoffnungen in die Jugendbewegung als „Transmissionsriemen“ der Radikalisierung der Arbeiterbewegung erfüllte sich nicht im erhofften Ausmaß,¹⁴⁸⁰ zumindest war man aber von kleinen Propagandagruppen zu kleinen Kaderorganisationen gewachsen. In den siebziger Jahren kamen die Trotzkisten nur bedingt aus ihrer Isolation heraus, tatsächlich erwies sich der westeuropäische Kapitalismus mit seinem Sozialstaatsmodell und dem System der Sozialpartnerschaft krisenresistenter als erwartet. In Ermangelung revolutionärer Bewegungen (zumindest in den drei hier untersuchten Ländern) wandte man sich Mitte der siebziger Jahre teilweise den neuen sozialen Bewegungen zu. Im VSVI vollzog sich die nächste flexi-

¹⁴⁷⁸ Die taktische Flexibilität beschreibt Bensaid an dem Beispiel der französischen Trotzkisten, die zwischen 1932 und 1939 insgesamt fünf Taktiken des Organisationsaufbaus umsetzen: 1932 als Teil der kommunistischen Partei, 1933 als unabhängige Partei, 1934 Eintritt in die SFIO, 1935 wieder unabhängige Partei, 1939 Eintritt in die PSOP (Sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei). Vgl. Bensaid, 2004, S. 33.

¹⁴⁷⁹ Siehe Kapitel 7.1.

¹⁴⁸⁰ Siehe Kapitel 7.2.4.

ble Anwendung trotzkistischer Theorie: Man schätzte die grün-alternativen Bewegungen als Ausdruck einer politischen Destabilisierung des kapitalistischen Gesellschaftssystems ein, orientierte sich auf die Mitarbeit in den neuen sozialen Bewegungen und versuchte, diese in Richtung Arbeiterbewegung zu orientieren. Auch hier hätte eine erneute Immigration stattgefunden, wenn sich aus der Bewegung Parteien mit einem Mindestmaß an sozialistischem Anspruch entwickelt hätten.¹⁴⁸¹ Insoweit trifft das Paradox zu, dass die Trotzkisten gerade deshalb politisch überlebten, weil diese Bewegungen selber innerhalb von zehn Jahren niedergingen, auch wenn die trotzkistischen Organisationen ihr Kaderreservoir ähnlich wie in der Jugend- und Studentenbewegung um 1968 auffrischen konnten. Die Abhängigkeit der trotzkistischen Bewegung vom „Auf und Ab“ des ökonomischen Zyklus der kapitalistischen Gesellschaft und der darauf reagierenden bzw. entstehenden sozialen Bewegungen, in denen neue Kader gewonnen wurden und alte austraten,¹⁴⁸² stürzte die Organisationen (besonders die des VSVI) ab Mitte der achtziger Jahre in eine tiefere Krise, da die neuen sozialen Bewegungen im Sande verlaufen waren. Die nächste theoretische und taktische Wende fand statt, indem man versuchte, mit Bündnissen und Fusionen einen Attraktionspol für die Neuformierung der radikalen Linken zu bieten. In den Neunziger Jahren vollzogen sich aufgrund der neuen Weltlage unterschiedliche Prozesse von Neubewertung der traditionellen Arbeiterparteien, der Bündnispolitik und der Taktik des Organisationsaufbaus. Während sich einige Organisationen vom orthodoxen Trotzkismus durch die flexible Anwendung oder Auslegung der trotzkistischen Theorie entfernten, andere schon gar nicht mehr ihre taktischen Schritte theoretisch rechtfertigen wollten, hielten manche Organisationen an dogmatischen Glaubenssätzen fest, die sie in der Vergangenheit gegen die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie und Kommunisten und gegen die „Revisionisten“ aus dem trotzkistischen Lager verteidigt hatten. Eine organisatorische Migration fand nun nach allen Seiten statt: Teilweise lösten sich Organisationen auf (SAP), fusionierten (GIM), verabschiedeten sich vom Trotzkismus (RKL), traten in die Sozialdemokratie ein (SAG/Linksruck), traten dort aus (Voran/SAV; Vorwärts/SOV), wobei daraufhin von Teilen der Organisationen eine Gegenreaktion in Form neuer Abspaltungen erfolgte. Mit der globalisierungskritischen Bewegung in den späten neunziger Jahren wandten sich trotzkistische Organisationen wiederum einer sozialen Bewegung zu, konnten neue Kader gewinnen und immigrierten dann in Deutschland in die neue Partei Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG).

Insgesamt wird hier die Fähigkeit zur Anwendung einer flexiblen Theorie und Taktik deutlich, die von den größeren und politisch einflussreicherem trotzkistischen Organisationen im Laufe der Jahrzehnte mindestens einmal erfolgreich eingesetzt wurde: Verändern sich die politischen Rahmenbedingungen, dann orientiert man sich je nach Tradition der eigenen Organisation auf neue Arbeitsfelder bzw. Organisationsstrukturen. Diejenigen Organisationen, die ein unorthodoxes Verhältnis zu den sozialen Bewegungen hatten, traten bei Erscheinung derselben auf der politischen Bühne aus den traditionellen Arbeiterparteien aus, um als eigenständige Organisation aufzutreten (Sektionen des VSVI). Diejenigen, die ein orthodoxes und kritisches Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen hatten, traten erst mit der postulierten Verbürgerlichung der Sozialdemokratie aus, um sich eigenständig zu organisieren (Sektionen des CWI/KAI), während diejenigen, die immer auf ihre Eigenständigkeit gepoht hatten, sowohl in der Sozialdemokratie kurzfristig arbeiteten, wie auch tief in das Milieu der neuen sozialen Bewegungen intervenierten (Sektionen der IST). Alle drei finden sich heute in Deutschland in der WASG wieder – natürlich mit konträren Positionen zum Charakter und den Aufgaben der WASG.¹⁴⁸³

Eine Reihe kleinerer trotzkistischer Organisationen sind seit ihrer Gründung entweder immer eigenständig geblieben oder arbeiten weiterhin innerhalb der Sozialdemokratie. Auch wenn es ihnen nicht an Orthodoxy als notwendige Bedingung für das politische Überleben mangelt, so fehlt doch die theo-

¹⁴⁸¹ Teilweise lösten sich tatsächlich trotzkistische Parteien (SAP) in grün-alternativen Parteien auf oder gingen teilweise zu diesen über (Abspaltungen von GIM und IKL).

¹⁴⁸² Zur Frage, warum altgediente Kader die Organisation verlassen, antwortete Pröbsting: „Der Parteiaufbau frißt seine Kinder“ und meinte damit den enormen Druck, der auf den Aktivisten in Bezug auf Zeit, materiellem Verzicht und Anspannung lastet; zudem könnten gerade Zeiten der politischen Umorientierung altgediente Kader inaktiv werden lassen (Gespräch mit Michael Pröbsting am 7.11.2004).

¹⁴⁸³ Siehe Kapitel 3.3: Organisationsaufbau.

retische und taktische Flexibilität in Hinblick auf die traditionellen Arbeiterparteien und sozialen Bewegungen als hinreichende Bedingung für Wachstum und relativen Einfluss in der Linken.¹⁴⁸⁴

8.2 Ideologische Stabilisierung durch marxistische Krisentheorie

Trotzki entwickelte 1921 auf dem 3. Weltkongress der III. Internationale in der Debatte nach seinem Referat mit dem Titel „Die wirtschaftliche Weltkrise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale“ die These: „Weder Verelendung noch Prosperität als solche können zur Revolution führen, sondern die Wechsel von Prosperität und Verelendung, Krisen, Schwankungen, das Fehlen jeglicher Stabilität – das sind die treibenden Kräfte der Revolution.“¹⁴⁸⁵

Dies richtete sich sowohl gegen eine „Verelendungstheorie“ wie auch gegen die Vorstellung über Notwendigkeit einer Blüte der Prosperität, um die Arbeiterklasse zu revolutionieren. Dabei unterteilte Trotzki die kapitalistische Entwicklung in Epochen (nichtperiodisch auf- und absteigende Kurven) und Zyklen (periodisch auf- und absteigende Kurven), wobei die Zyklen aus innerkapitalistischen und die Epochen aus politischen Rahmenbedingungen zu erklären seien.¹⁴⁸⁶ Mandels „Theorie der langen Wellen“¹⁴⁸⁷ baute auf Trotzkis Überlegungen auf und boten damit der trotzkistischen Bewegung ein politisch-ökonomisches Instrumentarium, das sich ausgehend von einem dialektischen Verständnis von Weltpolitik und -markt weder auf eine Verelendungstheorie noch auf eine Prosperitätstheorie kaprizierte, wie sie in Teilen der Linken en vogue waren und sind. Mit der Weltwirtschaftskrise von 1974 hatte ein Epochenwechsel eingesetzt, der (in den Augen der Trotzkisten) mit sinkenden Profitraten und wachsender Arbeitslosigkeit als Grundtendenz die zyklischen Krisen mit „Prosperität und Verelendung“ bestimmen sollte – und damit eine wachsende Radikalisierung auslösen würde.¹⁴⁸⁸ Unterschätzt wurden die Auswirkungen des „Goldenen Zeitalters des Kapitalismus“ (Hobsbawm) auf das Bewusstsein der Arbeiterbewegung und die angehäuften materiellen Reserven, die weiterhin Krisentendenzen abmildern konnten (der Zusammenbruch des Ostblocks tat dann das Übrige dazu). Trotzdem waren die Trotzkisten mit ihrer fundierten Krisentheorie, deren Voraussagen sich in der Rezessionsphase 1966/67 wie auch der Weltwirtschaftskrise von 1973/74 bestätigten, in der Lage, sowohl neue Anhänger zu überzeugen wie auch die eigene Mitgliedschaft ideologisch zu stabilisieren und beständig auf herannahende gesellschaftliche Erschütterungen einzustimmen. Das Wissen um die zyklische Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise war dabei nicht nur ein wichtiger Faktor zum Überleben in der Sozialdemokratie bis Ende der sechziger Jahre, sondern gab gerade nach den Erfahrungen der Rezessionsphase 1966/67 Auftrieb für die Intervention in die Studenten- und Jugendbewegung.

Dass sich allerdings bei der Vielzahl trotzkistischer Organisationen in Hinblick auf die Krisentheorie eine ganze Skala von kritischer Analyse bis „Katastrophismus“ aufzeigen lässt, dürfte selbstverständlich sein.

¹⁴⁸⁴ Siehe Kapitel 7.9.1: Die Orientierung der Trotzkisten auf die WASG, sowie den Abschnitt „Dogmatismus, Orthodoxie und Heterodoxie“ im Nachtrag.

¹⁴⁸⁵ Schlusswort von Trotzki zur Debatte über sein Referat, zitiert nach „Vorwort der amerikanischen Herausgeber“ (Mai 1941), in: *Die langen Wellen der Konjunktur. Beiträge zur Marxistischen Konjunktur- und Krisentheorie*, Berlin 1972, S. 121.

¹⁴⁸⁶ Vgl. L. Trotzki, „Die Kurve der kapitalistischen Entwicklung“, in: *Die langen Wellen der Konjunktur*, S. 123–132.

Bei dieser deutschsprachigen Erstveröffentlichung handelt es sich um eine Übersetzung der englischsprachigen Fassung, die im Mai 1941 in der US-amerikanischen Zeitschrift *Fourth International* erschien. Trotzkis Text ist ein Brief vom 21. April 1923 an die Redaktion der Zeitschrift der Sozialistischen Akademie (veröffentlicht in *Westnik Sozialistitscheskoi Akademii*, Bd. IV, April-Juni 1923).

Auf Deutsch ist eine vollständige Abschrift zu finden in Eric Wegners Artikel „Imperialismustheorie von der frühen Komintern zur Vierten Internationale“, in: *Marxismus*, Nr. 21, September 2002, S. 37–43.

Der russische Wirtschaftswissenschaftler Nikolai Dmitrijewitsch Kondratiew (1892–1938), der von 1920 bis 1929 das Moskauer Konjunktur-Institut leitete, veröffentlichte ab 1922 mehrere Analysen der „großen Zyklen“, die ab 1926 als „lange Wellen der Konjunktur“ bekannt waren. In seiner Theorie werden die langen Zyklen im Gegensatz zu Trotzkis Thesen aus der inneren Entwicklungsdynamik des Kapitalismus erklärt.

Vgl. V. Barnett, *Kondratiev and the Dynamics of Economic Development. Long Cycles and Industrial Growth in Historical Context*, Basingstoke, Hampshire, u. London 1998; V. Barnett, „Trotsky, Kondrat'ev, and Long Waves“, in: *Journal of Trotsky Studies*, Nr. 2, 1994, S. 1–15.

¹⁴⁸⁷ Siehe Mandel, 1972; Mandel, 1983; F. Louçã, „Ernest Mandel und der Pulsschlag der Geschichte“, in: G. Achcar (Hrsg.), *Gerechtigkeit und Solidarität. Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus*, Köln 2003, S. 104–119.

¹⁴⁸⁸ Vgl. Kapitel 7.3.

8.3 Konsequente Kaderpolitik als Grundlage des Organisationsaufbaus

Brandt/Steinke sehen die Anziehungskraft der Trotzkisten für einen bestimmten Typ von revolutionärem Intellektuellen im

„hohe(n) Grad an theoretischer Systematisierung der revolutionären Praxis, verbunden mit stark visionär-utopischen Elementen (...) und dem Anschluß an eine reale – wenn auch kleine – Weltpartei; dem Bewusstsein, der ‚Avantgarde der Avantgarde‘ anzugehören; schließlich der ‚Prinzipienfestigkeit‘ und der gleichzeitigen Fähigkeit zur Selbstkritik“.¹⁴⁸⁹

Dies unterscheidet die Trotzkisten von anderen revolutionären Strömungen.

Diese Eigenschaften bildeten die Grundlage sowohl für den Aufbau von Kaderorganisationen wie auch dem notwendigen Standhalten des Drucks „ideologisch feindlicher Milieus“. In den verschiedenen Phasen der sozialen Bewegungen wurde die Notwendigkeit des Aufbaus und der Erziehung der Kader in den Mittelpunkt gestellt, die sowohl Masseneinfluss gewinnen, wie auch fähig sein sollten, als „Arbeiterkader“ „treibendes Element bei der Neugruppierung und bei der Bildung embryonaler Gewerkschaftstendenzen zu sein“.¹⁴⁹⁰ Die Ausbildung von Kadern sollte dabei das „Resultat einer ernsthaften Auswahl und Schulung sein“,¹⁴⁹¹ wobei der in einigen Organisationen noch bis heute existierende Kandidatenstatus einer halbjährige „Prüfungszeit“ diente. Grundlagenseminare, Lesekreise und Schulungen in den Klassikern, frühmorgendliche Zeitungsverkäufe, die Teilnahme an politischen Aktionen, die Arbeit im Schul-, Hochschul- oder Gewerkschaftsbereich und die Verantwortlichkeit für bestimmte Aufgaben in den örtlichen Gruppen bildete Kader aus, die ihr Leben der Revolution widmeten – jedenfalls solange, bis Familie, Beruf, soziales Umfeld oder auch enttäuschte Hoffnungen ihren Tribut einforderten. Aber nicht alle Kader ermüdeten oder wurden enttäuscht, was unter anderem mit dem trotzkistischen Grundverständnis eines kritischen Marxismus zusammenzuhängen scheint: Die Beantwortung der Frage, warum der Trotzkismus im Unterschied zu der maoistischen Bewegung überlebt habe, fiel bei mehreren Interviewpartnern ähnlich aus. So meint Michael Pröbsting (ASt, Österreich), dass der wesentliche Unterschied die Kritikfähigkeit und die realistische Einschätzung politischer Entwicklungen durch die Kader gewesen sei, was bei den Maoisten nie sonderlich ausgeprägt gewesen wäre. Diese Fähigkeiten hätten sich in Programm und Anschauung der Trotzkisten niedergeschlagen, die auf dieser Grundlage neue Kader hätten herausbilden und damit in die Jugend- und Studentenbewegungen intervenieren können. Dabei wäre gerade die Fähigkeit, die eigene Sprache in die der Bewegung übersetzen zu können, für die Gewinnung neuer Mitglieder notwendig.¹⁴⁹² Klemens Alff (ehemals GIM, Deutschland) sieht in der Weitergabe der marxistischen Theorie das verbindende Element von Praxisfähigkeit und Organisationsaufbau:

„Ich glaube, das hängt damit zusammen, dass alle Trotzkisten (auch die blödesten) gewissermaßen das gesamte Erbe des Marxismus in sich drinnen haben. (...) Und deshalb können wir in immer neuen Situationen auch immer wieder die richtigen Antworten geben. (...) Man gewinnt natürlich jüngere Leute, aber nicht nur allein deswegen, weil sich die Menschen für ihre Interessen in Bewegung setzen, sondern weil die Trotzkisten sinnvolle Vorschläge machen, die angenommen werden und in der Lage sind, ihre Mitglieder theoretisch auszubilden.“¹⁴⁹³

Auch Winfried Wolf (ehemals GIM, VSP, PDS) begreift die Fähigkeit zur kritischen Analyse als eine Bedingung für die politische Verankerung und den Aufbau der Organisation:

„Bei allen K-Gruppen und Sekten war und ist die IV. Internationale eine Gruppe, die in Bezug auf ihre realistische Einschätzung der Weltpolitik und der Weltökonomie nicht so weit weg von der Realität lag wie die KPD/AO oder der Kommunistische Bund Westdeutschlands. (...) Und das macht sicherlich bis heute die Stärke der Sektionen aus, die

¹⁴⁸⁹ Brandt/Steinke, 1984, S. 1645f.

¹⁴⁹⁰ Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS, a.a.O., S. 13.

¹⁴⁹¹ Ebd.

¹⁴⁹² Gespräch mit Michael Pröbsting am 7.11.2004.

¹⁴⁹³ Interview mit Klemens Alff am 31.03.2005.

nach wie vor verankert sind, wie zum Beispiel die LCR in Frankreich. Die haben eine Reihe von Kadern, gute Traditionen und Verbindung zu Massenkämpfen.“¹⁴⁹⁴

In diesen Einschätzungen wird deutlich, dass der Aufbau eines Kaderstammes neben der theoretischen und praktischen Ausbildung vor allem die Erziehung der Kader zur Kritikfähigkeit beinhaltet. So erlaubt eine kritische Analyse von gesellschaftlichen Prozessen die Aufrechterhaltung eines Marxismus, welcher in seiner kompromisslosen Anwendung vor allem für kritische und radikalierte Jugendliche einen Attraktionspol darstellen kann. In Phasen gesellschaftlicher Radikalisierung konnten so neue Mitglieder gewonnen, zu Kadern ausgebildet und der Wegfall ermüdeter Kader ausgeglichen werden.

8.4 Revolutionstheorie und Rolle der Arbeiterklasse als sinnstiftende Perspektive

Mit dem Festhalten am revolutionären Marxismus ist untrennbar das Festhalten an der historischen Rolle der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt verbunden. Aufgrund der relativen politischen Passivität der Arbeiterklasse in den hochindustrialisierten Ländern ergibt sich aus jeder Art von systemimmanenter Krise die Hoffnung für die Trotzkisten, dass damit der Beginn einer Bewusstwerdung der Arbeiterklasse verbunden ist. Da die Legitimation einer revolutionären Organisation notwendig mit der Annahme einer kommenden Revolution verbunden ist, muss deren möglicher Beginn in jeder „Bruchstelle des Systems“ gesucht werden. Dabei wird das Schema „(ökonomische) Krise = Bewusstwerdung der Arbeiterklasse“ von der marxistischen Analyse der Stellung der Arbeiterklasse im Produktions- und Reproduktionsprozess abgeleitet. Hierzu gesellt sich allerdings oft eine lineare Fortschreibung von festgestellten Krisenprozessen, was beispielhaft an folgendem Zitat verdeutlicht werden kann:

„Die heutige Welle von Jugendradikalisierung findet vor dem Hintergrund der verschärften Krise des kapitalistischen Systems statt. Das Zentrum der Jugendradikalisierung, ihre soziale Zusammensetzung, verlagert sich international *immer mehr* auf die Arbeiterjugend. Obwohl die Mehrheit der radikalierten Jugendlichen in Deutschland noch von Oberschülern gestellt wird, so ist auch hier ein *deutlicher Zuwachs* von Jugendlichen aus Betrieb und Berufsschule sowie Arbeitslosen an den Mobilisierungen zu verzeichnen.“¹⁴⁹⁵

Die soziale und politische Integration der Arbeiterklasse durch die Sozialpartnerschaft (Verbürgerlichungstheorie) wurde von den Trotzkisten nie akzeptiert, statt dessen kritisierte man lieber sich selber, die radikale Linke und die Führung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften¹⁴⁹⁶ und lehnte sich an Trotzkis Diktum aus dem „Übergangsprogramm“ von 1938 an: „Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet.“¹⁴⁹⁷ Der Bezug auf die Arbeiterklasse wurde auch von den Trotzkisten aufrechterhalten, die sich ideologisch den neuen sozialen Bewegungen angenähert hatten, indem postuliert wurde, dass die Ziele dieser Bewegungen nur durch die politische Führung der Arbeiterbewegung verwirklicht werden könnten. Solange kein neues historisches Subjekt zur Verwirklichung der sozialen Revolution bestimmbar ist, solange werden die Trotzkisten an der Arbeiterklasse als diesem Subjekt festhalten. Mandel sah in Russland bereits Anfang der Neunziger den Klassenkampf wieder in eine neue Phase eintreten¹⁴⁹⁸ und fasste die historisch-perspektivische Gebundenheit der eigenen Strömung an die Arbeiterklasse in folgenden Sätzen zusammen:

„Letztlich müssen Marxisten Marx' Überzeugung teilen, daß die Zukunft des Sozialismus unlösbar mit den Kämpfen der real existierenden Arbeiterklasse verknüpft ist – d. h. mit ihren unmittelbaren Interessen, so wie sie diese selbst sieht. Sie müssen auch Marx' Überzeugung teilen, daß sich die Machbarkeit des Sozialismus aus den Widersprüchen

¹⁴⁹⁴ Interview mit Winfried Wolf am 26.03.2005.

¹⁴⁹⁵ Für eine revolutionär-sozialistische Jugendorganisation. Resolution der Delegierten-Konferenz der GIM zur Jugendarbeit Juni 1982, S. 21. ASF: 9.1.5. IV. Kursiv F. N.

¹⁴⁹⁶ Vgl. Kapitel 7.5.

¹⁴⁹⁷ Trotzki, 1997, S. 83.

¹⁴⁹⁸ Vgl. E. Mandel, *Macht und Geld*. Eine marxistische Theorie der Bürokratie, Köln 2000, S. 18.

des Kapitalismus ergibt, daß sich die Wesensmerkmale der neuen Gesellschaft im Schoß der fortgeschrittensten kapitalistischen Gesellschaften entwickeln.“¹⁴⁹⁹

8.5 Theoretische und praktische Flexibilität gegenüber neuen politischen Bewegungen

Während die IV. Internationale und ihre Sektionen die Nachkriegsentwicklungen in recht impressionistischer Weise (ökonomischer Zusammenbruch, 3. Weltkrieg, revolutionäre Umbrüche) verarbeitet hatte, kehrten sie im Rahmen der Entrismusphase ab 1953 zu einer „revolutionären Realpolitik“ zurück. Ihre politische Isolation innerhalb der Arbeiterbewegung, bedingt durch die einsetzende politische und ökonomische Stabilisierung, führte zu der Einsicht, dass es sich bei der damaligen Form des Entrismus um „eine Strategie auf lange Sicht für den Aufbau revolutionärer Massenparteien“¹⁵⁰⁰ handele. Dies entgegen der Sicht

„sektiererische(r) Elemente, die sich der Illusion hingaben, daß eine revolutionäre Massenpartei, in einem Land, in welchem die Arbeiterbewegung über traditionelle Massenparteien verfügt, geschaffen werden könne, durch die individuelle Erweiterung der existierenden kleinen trotzkistischen Kerne“.¹⁵⁰¹

Auch wenn man sich im Rahmen der Entrismusarbeit um eine tiefgehende Integration bemühte, wurde doch der Kontakt zu den frühen außerparlamentarischen Bewegungen (Remilitarisierung, Anti-Atomtod-Bewegung, Notstandsgesetze etc.) gesucht. Dies umso stärker, als der Verbleib in den sozialdemokratischen Parteien kaum noch zu rechtfertigen war. Mit der Orientierung auf eine „Neue Avantgarde“, ausgehend von den Ereignissen des Jahres 1968, vollzog sich ein radikaler Schwenk des Austritts aus den sozialdemokratischen Parteien bzw. in Österreich und der Schweiz der Aufbau unabhängiger Organisationen. Hierbei sei „keine paternalistische oder polemisch sterile Haltung einzunehmen, Ultimatum zu vermeiden, den schöpferischen Marxismus mit Festigkeit zu verteidigen, vor allem konkrete Initiativen anzubieten und neue Formen der Aktion im Betrieb zu finden“.¹⁵⁰² Die Theorie der „Neuen Avantgarde“ war die Reaktion auf die Aktivierung eines „jungen Sektors“ der Arbeiterklasse, dessen Auftreten durch die ökonomischen Entwicklungen der sechziger Jahre erklärt wurde. Im Unterschied zu einer Reihe von kommunistischen Strömungen, welche die Arbeiterklasse mit der Industriearbeiterschaft gleichsetzten, begriffen die Trotzkisten die „neue Intelligenz“ aufgrund ihrer ungesicherten Stellung im Produktionsprozess als legitimen Teil der Arbeiterklasse. Dies ist im übrigen auch ein wichtiger Faktor für die Resistenz der Trotzkisten gegenüber der allgemein akzeptierten Behauptung, dass die Arbeiterklasse verschwunden sei. Allerdings erfüllte sich nicht die Hoffnung auf die Rolle der Neuen Avantgarde als Transmissionsriemen zur Radikalisierung der Arbeiterschaft. Die Entwicklungen der neuen sozialen Bewegungen wurde dann erneut als Ausdruck ökonomischer Destabilisierung gedeutet, die sich (vorläufig) im Reproduktionssektor manifestierte. Während auf den „kleinbürgerlichen Charakter“ der neuen sozialen Bewegungen hingewiesen wurde, stellte man die Notwendigkeit der Verteidigung und des Ausbaus demokratischer Errungenschaften gegen „Atomstaat“ und Militarismus heraus und unterstützte den Anspruch der Bewegung auf Emanzipation gegenüber staatlicher Ignoranz und Gängelung durch Politik und Verwaltungen. Mit der Kritik am „Produktivkraftfetischismus“, als Ausdruck einer ins Irrationale umgeschlagenen rationalistischen Philosophie der Moderne, mit der Betonung der Frauenfrage und der Kritik am Wettrüsten waren Teile der Trotzkisten für einen gewissen Zeitraum anschluss- und lernfähig gegenüber den nSB, die Selbstorganisation und Wertrationalität gegen „Expertokratie“ und die Profitmaximierung legitimierende Zweckrationalität verteidigten. Mit der einsetzenden Institutionalisierung bzw. Professionalisierung der grün-alternativen Bewegung erschien für die Teile der Trotzkisten, die sich nicht in der Sozialdemokratie befanden, ein Zusammensehen mit den radikaleren Teilen dieser Bewegung und der radikalen Linken zunehmend dringlicher. In Deutschland sollten die Grenzen des Versuchs, mit der VSP eine vereinigte sozialistische Partei aufzubauen, schnell sichtbar werden. Das Projekt der „Radikalen Linken“ scheiterte Anfang der Neunziger. In Österreich kam ein ähnliches Projekt nie zustande, in der

¹⁴⁹⁹ Ebd., S. 16.

¹⁵⁰⁰ [E. Mandel], „Die Arbeiten des 20. Plenums des Internationalen Exekutiv Komitees. Am Beginn einer neuen Etappe der entristischen Arbeit. Bericht von dem Genossen Germain“, in: GIM Köln (Hrsg.), *Die Taktik des Entrismus*, Köln, o. J., S. 1.

¹⁵⁰¹ Ebd., S. 2.

¹⁵⁰² IV. Internationale (VSVI), „Der neue Aufstieg der Weltrevolution“ (1969), S. 82f.

Schweiz löste man sich sukzessive in die alternative Bewegung auf. Im „bleiernen Jahrzehnt“ der Neunziger konnten nur mehr einzelne Gruppen von kurzfristigen Bewegungen profitieren (Friedensbewegung, Antifaschistische Bewegung), zumeist ging es darum, die Organisation zusammenzuhalten und auf bessere Zeiten zu hoffen. Erst mit der globalisierungskritischen Bewegung waren die Trotzkisten mit ihren internationalistischen Programmatik wieder anschlussfähig und konnten im Rahmen ihrer Arbeit in attac zum Teil eine organisatorische Rolle spielen. Mit der Wiederkehr der sozialen Frage durch die Hartz IV-Bewegung und der Gründung der WASG in Deutschland fanden sich die Trotzkisten auf ihrem ureigensten Gebiet wieder. Die Forderung nach Aufbau einer neuen Partei für Arbeitnehmer und Arbeitslose, statt des Beharren auf eine homogene revolutionäre Partei, zeigte erneut die theoretische Flexibilität der wichtigsten trotzkistischen Gruppen auf, wobei diese innerhalb der WASG konträre Positionen zur Frage der Zugeständnisse an den herrschenden Mainstream der Linken (Reierungsbeteiligung und reformorientierte Programmatik) vertreten.

8.6 Antibürokratischer Marxismus als notwendige Grundlage zukünftiger sozialistischer Bewegungen

Mit der russischen Revolution von 1917 bestätigt sich zum ersten Male die Voraussage von Marxisten, dass die Arbeiterklasse den Kapitalismus stürzen kann (wenn auch abweichend von der marxschen Annahme, dass sich dies in einem der höchstentwickelten kapitalistischen Länder vollziehen werde). Dieses „Urerlebnis“ Trotzkis und anderer Kommunisten wurde mit der bürokratischen Entartung des jungen Sowjetstaates ab Mitte der zwanziger Jahre konfrontiert; die Verteidigung der Revolution fiel mit dem Kampf gegen die neue Bürokratie zusammen, die Hoffnungen auf Reformen innerhalb des politischen Systems wurden durch die Hoffnung einer Revolution gegen die neuen Machthaberersetzt.¹⁵⁰³ Die Erfahrung und die Perspektive einer (erneuten) Revolution als Ausdruck historischer Notwendigkeiten und der Glauben an die Möglichkeit der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse durch das „richtige“ revolutionäre Programm wurde konstituierend für den Trotzkismus, der in seinem Verständnis als legitimer Erbe des Marxismus und Leninismus sowohl für die soziale Revolution im „Westen“ wie auch für die politische Revolution im „Osten“ und für die Verteidigung seiner Ansichten auch innerhalb der eigenen Gefolgschaft stritt. Im Rahmen der Verteidigung der Theorie der Permanenten Revolution gegen Stalins Theorie des Sozialismus in einem Land verallgemeinerte Trotzki 1928 die Erfahrung der russischen Revolution für die gesamte unterentwickelte Welt: Der Kampf für demokratische Reformen und die nationale Befreiung könne nur durch die Diktatur des Proletariats als Führung der Bauernschaft erfolgreich sein, wobei die demokratische Revolution unter diesen Bedingungen unmittelbar in die sozialistische Revolution hinein wachse.¹⁵⁰⁴ Mit der Theorie der permanenten Revolution und der Analyse der bürokratischen Entartung der Sowjetunion bewaffnet, sahen sich die Trotzkisten als die alleinigen Verteidiger und die theoretische Vorhut der Weltrevolution. Die Differenz zwischen diesen Aufgaben und der realen Stärke bzw. der tatsächlichen Schwäche der trotzkistischen Organisationen konnte nicht in der Realität der politischen Entwicklungen gelöst werden. Mit den andauernden Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung gewann die Verteidigung des revolutionären Erbes in Form des revolutionären Programms an immenser Bedeutung. Bedingt durch die quantitative Schwäche der trotzkistischen Organisationen bei notwendiger Verteidigung ihres Programms, blieb der Trotzkismus die „Wissenschaft der Revolution“, die „trotzkistischen Theoretiker sind Meister der Dialektik“,¹⁵⁰⁵ die theoretisch begründet und nachvollziehbar aus jeder Niederlage den

¹⁵⁰³ Siehe Kapitel 1.1.2.

¹⁵⁰⁴ Vgl. Trotzki, 1981, S. 148–154.

¹⁵⁰⁵ Bartsch, 1977, S. 151, 150.

In seinem Buch über „die politische Generation“ der Jahre 1967 bis 1977 und „Farbe Rot, die dieses Jahrzehnt noch einmal (wenn auch trügerisch) dominiert hat“ (Vorwort, S. 9) hat Gerd Koenen, ehemaliges Leitungsmitglied der „neoleninistischen Kaderorganisation Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)“ (S. 14), über die deutschen Trotzkisten geschrieben: „historisch-materialistisch betrachtet, war die manische Fraktionierungs- und Spaltungstätigkeit der Trotzkisten Ausdruck einer politischen *Daseinsform* eigener, unwiederholbarer Art (...). (...) Die Trotzkisten (...) waren so etwas wie die *Luftmenschen* dieser ganzen neorevolutionären Bewegung, die in ihrer IV. Internationale wie in einer vierten Dimension der Geschichte lebte. In ihrer Version nahm der ‚revolutionäre Marxismus‘ vollends die Züge einer reinen Schriftreligion an. (...) Die ganze Welt, Geschichte wie Gegenwart, war für sei ein endloser Pil-Pul von Taktiken und Strategien, Zitaten und Auslegungen, eine Mühle

kommenen Sieg herleiten konnten (was blieb ihnen auch sonst übrig). Die Verteidigung von Programm und Perspektiven wurde für viele Gruppen zum Lebensinhalt und zu ihrer Existenzberechtigung:

„Während aber Maoisten und Sowjetphile sich auf real existierende Staaten, die ‚Eurolinien‘ zumindest auf relevante gesellschaftliche Organisationen berufen können, deren Praxis man goutieren kann oder eben nicht, bleibt den Trotzkisten nur ein Arsenal an Schriften, Manifesten, Parolen, Überlegungen zur Bewältigung der Tagespolitik. Um hier Wirkung zu erzielen, müssen sie taktieren. Unablässig suchen sie die glatte Marmorwand des Spätkapitalismus nach Spalten ab, um in diese ihre Finger zu stecken und sie zu erweitern. Meist schließt sich der Spalt und der Finger ist nun ab. Nun beginnt der Streit, ob der daneben liegende Riß nicht der geeigneter gewesen wäre, und dieser wird von eindrucksvollen Exegesen der klassischen Schriften begleitet – und in der Regel mit einer Spaltung der Organisation abgeschlossen.“¹⁵⁰⁶

Das Erbe Trotzkis beinhaltet ein tiefes Misstrauen in eine bürokratische Verwaltung über Menschen, denen er als zur Selbstorganisation fähige und selbsttätige Subjekte die Kraft zur Emanzipation von den gesellschaftlichen Verhältnissen zusprach. Seine fast 20-jährige theoretische Auseinandersetzung mit der „bürokratischen Entartung“ der Sowjetunion unter Stalin knüpfte in modifizierter Form an seine Auseinandersetzungen mit Lenins Vorstellungen von Kaderorganisation (Partei von Berufsrevolutionären) Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts an,¹⁵⁰⁷ indem er die Notwendigkeit freier und selbsttätiger Organisierung der Subjekte als (Vor-) Bedingung einer neuen Gesellschaftsformation betonte. Die Bürokratisierung der Arbeiterbewegung insgesamt, letztlich Ausdruck der gesellschaftlichen Arbeitsteilung,¹⁵⁰⁸ blieb ein theoretischer Fixpunkt der Kritik und des Handelns der Trotzkisten im Laufe ihrer Geschichte. Die auch heute aktuellen Forderungen nach einer Begrenzung der Funktionsgehälter, der jederzeitigen Wähl- und Abwählbarkeit aller politischen Vertreter und der Kontrolle derselben durch die Basis sind Vorstellungen, die sich bereits in Marx' berühmter Schrift *Der Bürgerkrieg in Frankreich*¹⁵⁰⁹ finden lassen. Weitere Forderungen nach innerer Demokratie und politischer/materieller Unabhängigkeit der Organisationen, sowie das Tendenz- und Fraktionsrecht sind ebenfalls Vorstellungen, die schon in der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts vorherrschten. Im Verständnis der Verteidigung und des Ausbaus von Rechten der Selbstbestimmung und der Möglichkeiten der Selbstorganisation in und um die Organisationen der Arbeiterbewegung liegt vielleicht auch eine der Schwächen des Trotzkismus, nämlich die ideologische Einbindung und die Erziehung zur Unmündigkeit der Arbeiterklasse durch den Prozess der kapitalistischen Produktionsweise selber nicht erkennen zu können, der in Form von bürgerlichen Institutionen (Althusser nannte sie „ideologische Staatsapparate“) eine Bewusstwerdung über die eigenen Möglichkeiten verhindert. Nach wie vor ist das große Thema der Sozialwissenschaften im zwanzigsten Jahrhundert, nämlich die Frage nach den Möglichkeiten von reflexiver Subjektivität im Zeitalter der Rationalisierung, welches u. a. als „Verdinglichung“ (Lukács), „stählernes Gehäuse der Hörigkeit“ (Weber) oder „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas) seinen theoretischen Ausdruck fand, auch in der „Postmoderne“ nicht passé. Ernest Mandel sieht die Chancen für einen „neuen Durchbruch zum Sozialismus“ abhängig von dem Zurückdrängen des Einflusses der Bürokratien in den Massenbewegungen der kapitalistischen und stalinistischen/nachstalinistischen Länder.¹⁵¹⁰ Die Trotzkisten würden für eine sich entwickelnde sozialistische Bewegung einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten, indem sie Einsichten in die Bedingungen

der Dialektik, in der das Mehl der banalen Empirie fein gemahlen und zu neuen, raffinierten Texten ausgebacken wurde.“ (*Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Köln 2001, S. 278, 279.)

¹⁵⁰⁶ Hans Scheifele, 1988, S. 13, zitiert nach Svoboda, 1998, S. 172.

¹⁵⁰⁷ Vgl. L. Trotzki, „Unsere politischen Aufgaben“ (1904), in: *Schriften zur revolutionären Organisation*, Reinbek bei Hamburg 1970.

Lenin gab später seine sehr enge Konzeption der Kaderpartei im Zuge der Möglichkeit zur (halb-) legalen Parteitätigkeit wieder auf. Auch deshalb schloss Trotzki sich im Sommer 1917 Lenins bolschewistischer Partei unter Anerkennung deren Organisationsprinzipien an.

¹⁵⁰⁸ Mandel, 2000, S. 63.

¹⁵⁰⁹ Vgl. „Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation“, in: MEW, Bd. 17, S. 371.

¹⁵¹⁰ Mandel, 2000, S. 16.

der Bürokratisierung Russlands und des realen Sozialismus vermitteln könnten. So hat laut Bensaid der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ eine neue Generation von Aktivisten von einem kompromittierten Gegenmodell befreit, und Trotzkis „unzureichendes Erbe ohne Gebrauchsleitung“ könnte zu einer Auflösung des Amalgams von Stalinismus und Kommunismus beitragen.¹⁵¹¹

8.7 Die neuen sozialen Bewegungen als „Beschleuniger“ eines post-leninistischen Organisationsverständnisses?

Das vorangegangene Kapitel untersuchte ebenfalls die Frage, inwieweit der Einfluss der sozialen Bewegungen die trotzkistischen Organisationen veränderte bzw. inwieweit diese gegenüber deren Einfluss resistent blieben. Dabei wurde deutlich, dass die Sektionen des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale (GIM, GRM/SOAL, RML/SAP) aufgrund ihrer Tradition, auf neue politische Entwicklungen mit einer undogmatischen Theoriebildung zu reagieren, sich am weitestgehenden den Inhalten und Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen annäherten. Diese Tradition entwickelte sich im VSVI durch eine Reihe von Ereignissen bereits ab Ende des 2. Weltkrieges.¹⁵¹² Dabei muss die Frage offen bleiben, ob es sich hierbei um ein opportunistisches Nachgeben aufgrund des Drucks politischer Entwicklungen¹⁵¹³ oder ob es sich hier um eine der neuen politischen Situationen angemessene Weiterentwicklung marxistischer Theorie und Taktik handelte. Eine weitere Strömung, die IS (SAG/Linksruck in Deutschland), hatte mit der heterodoxen Theorie des „Staatskapitalismus“ ebenfalls die Grundlagen für ein selbstkritisches und unorthodoxes Verständnis der trotzkistischen Theorie geschaffen und nahm wie die Sektionen des VSVI teilweise die Tradition der „68er-Bewegung“ in sich auf. Diejenigen Organisationen, welche die theoretischen Umbrüche des IS bzw. des VS der IV. Internationale bekämpft hatten und nicht mehr mit tragen wollten, näherten sich aufgrund ihrer Erfahrungen neuen politischen Entwicklungen mit größter theoretischer Vorsicht, nach dem Motto: Lieber etwas orthodoxer, dafür dann aber nicht opportunistisch. Dies unterschiedliche Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen lässt sich in deren verschiedenen Phasen nachweisen. Bereits in der Jugend- und Studentenbewegung sahen die Sektionen des VSVI die Vorhut einer zu neuem Bewusstsein erwachenden Arbeiterklasse, die politischen Auseinandersetzungen wurden demzufolge vor allem im Hochschulbereich geführt. Denjenigen Kräften, die weiter auf das klassische Proletariat und die Betriebsarbeit verwiesen, spalteten sich notgedrungen ab. Die konkurrierenden trotzkistischen Gruppen in der Sozialdemokratie (Voran, IAK/ISA, GTS) gestanden den Studierenden höchstens eine Rolle im aktiven Kampf unter Führung der Arbeiterklasse zu, ähnliches vertraten die unabhängig arbeitenden Gruppen (SAG, BSA, Spartacusbund, IKL, TLD etc.). Eine ähnliche Konstellation ergab sich bei den neuen sozialen Bewegungen, wobei die Sektionen des VSVI diesen nicht einfach das Konzept der „Neuen Avantgarde“ überstülpten, sondern die gemeinsamen Interessen von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen betonten. Die in drei der höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern Europas notwendigerweise vorherrschende „Staatsfixierung“ der neuen sozialen Bewegungen hinterließ auch auf die Trotzkisten ihren Eindruck, welche dafür in gewisser Weise auch durch die Staatsfixierung der Arbeiterbewegung anfällig waren. Der „Kampf für Demokratie“, der gegen die Elitenherrschaft der politischen Klasse die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung forderte, abstrahierte von den ökonomischen Grundlagen und damit den gesellschaftlichen Widersprüchen in dieser Demokratie.¹⁵¹⁴ In Ermangelung ökonomischer Auseinandersetzungen wandte man sich somit den Auseinandersetzungen im Reproduktionsbereich zu und hoffte, dass die Arbeiterbewegung hier die Führung übernehmen würde bzw. wollte Emanzipation und Selbstbestimmung durch die neuen sozialen Bewegungen in die Arbeiterbewegung „hineinragen“. Gerade der beständige Rekurs der schweizerischen RML/SAP auf die „Errungenschaften von 1968“ forcierte eine Neuausrichtung der politischen Strategien.

¹⁵¹¹ Vgl. Bensaid, 2004, S. 104.

¹⁵¹² Siehe Kapitel 1.

¹⁵¹³ Vgl. GAM, Der Letzte macht das Licht aus. Die Todesagonie des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale, o. J. URL: <http://www.arbeitermacht.de/dateien/broschueren/vs.htm> (24.12.2004).

¹⁵¹⁴ „An den Staat als Zentrum der Politik und der politischen Auseinandersetzungen wird darum die Forderung nach Demokratisierung gerichtet (...). Wirtschaftsdemokratie steht nicht im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen mit der Perspektive, die ökonomische Logik zu durchbrechen und damit erst politische Veränderungen zu erlauben. Die ökonomische Logik bleibt gleichsam Privatsache, in der Sphäre des Privaten, um die sich der politische Kampf nicht dreht.“ (A. Fisahn, „Kritische Staats-theorien“, in: *Sozialismus*, April 2006, S. 33.)

gie: Wahlorientierung statt Betriebsarbeit, linke Einheit statt Einheitsfront, Bewegung statt Partei. In Kapitel 4 wurde bereits auf die besonderen Integrationsfaktoren des schweizerischen politischen Systems hingewiesen, aber auch in anderen Sektionen des VS VI fand in den achtziger Jahren durch die Kombination von Niederlagen bzw. ausgebliebener Aktivierung der Arbeiterbewegung und des teilweise übernommenen Organisationsverständnis der neuen sozialen Bewegungen eine deutliche Änderung in Strategie und Taktik der VS VI-Sektionen statt. Dies führte in den Neunzigern dazu, dass sich die österreichische SOAL im Rahmen des Konzeptes der Zivilgesellschaft auf eine Formierung einer neuen Linken orientierte (und dabei anscheinend die Erfahrungen der deutschen VSP bereits vergessen hatte), während die deutsche ISL in ihren Gründungsdokumenten den Aufbau einer eigenständigen organisierten Kraft betonte, „die in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine Funktion, nicht eine ‚Mission‘ zu erfüllen hat“.¹⁵¹⁵ Die schweizerische SOAL sieht in ihrer Gruppe „ein Experimentierfeld, um neue Formen des Diskutierens, Entscheidens und Lernens zu erproben. Statt Expertentum und Hierarchie stellen wir kollektives Funktionieren ins Zentrum“.¹⁵¹⁶

Die Mitarbeit einiger Strömungen in der Sozialdemokratie bzw. das orthodoxe Politikverständnis anderer Strömungen hatte zwar zur relativen Isolierung derselben von den nSB geführt (Ausnahme ist die SAG, die sich bereits in den Siebzigern positiv auf Migrantenarbeit, auf die Hausbesetzerszene und Minderheitenpolitik orientiert hatte), aber auch die Aufrechterhaltung eines orthodoxen Trotzkismus unterschiedlicher Schattierungen ermöglicht. Mit der Globalisierungskritischen Bewegung wurde erneut der unterschiedliche Einflussgrad sozialer Bewegungen auf die Theoriebildung und Praxis sowohl der orthodoxen wie der unorthodoxen Trotzkisten deutlich. Linksruck vollzog mit der Analyse, dass es in Seattle „zu einer gegenseitigen Befruchtung von Jugendradikalisierung und Klassenpolarisierung“ kam und Seattle „das Modell und der Pol, an dem sich erfolgreicher antikapitalistischer Widerstand orientieren muß“¹⁵¹⁷ sei, eine theoretische Neubestimmung „antikapitalistischer“ Strategie, der dem Konzept der „Neuen Avantgarde“ des VS VI in den späten Sechzigern recht ähnlich ist. Die rigorose Betonung der Notwendigkeit für die WASG, ein breites linkes Projekt zu sein, das sich schnellstmöglich mit der Linkspartei.PDS vereinen müsse, erinnert ebenfalls an das ehemalige Projekt der Vereinigten Sozialistischen Partei, nur diesmal auf einer anderen quantitativen und qualitativen Grundlage. Für die orthodoxen Organisationen (von einzelnen kleineren Gruppen abgesehen) führte weder die Globalisierungskritische Bewegung noch die Entstehung der WASG zu einer Änderung von Strategie, Taktik und Organisationsverständnis. Einzig die SAV beteiligte sich mit ihrem orthodoxen Politik- und Organisationsverständnis an beiden Bewegungen und geriet dort mit der ISL und insbesondere dem Linksruck in Konflikt. Sollte die hier vertretene These zutreffen, dass der intensive Kontakt mit neuen politischen Bewegungen diejenigen trotzkistischen Organisationen mit einer gewissen Organisationsgröße und einem gewissen politischen Einfluss in den Bewegungen notwendigerweise zu einer Änderung von Theorie und Strategie bringen muss, steht der SAV dieser Prozess noch bevor. Im Unterschied zu Kellner sieht die SAV aber nicht die Zukunft des Trotzkismus „als Teil eines Neuformierungsprozesses der antikapitalistischen Linken im Herzen der neuen Politisierungsprozesse“,¹⁵¹⁸ sondern weiterhin als Teil eines Neuformierungsprozesses der Führung einer revolutionären Arbeiterbewegung. Solange dieses orthodoxe Verständnis aufrechterhalten bleibt, solange werden SAV und kleinere trotzkistische Gruppen keine Änderungen an Theorie und Strategie vornehmen.

¹⁵¹⁵ Dubois, 2003, S. 22.

¹⁵¹⁶ Ebd.

¹⁵¹⁷ A. Shah/ S. Bornost, 2000. URL: www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu4/rotgrun.html (18.09.2004).

¹⁵¹⁸ Kellner, 2004, S. 156.

Teil 4

Zusammenfassung der angewandten Methodik und der Ergebnisse

Ausgehend von der Frage, warum die trotzkistischen Strömungen im Unterschied zur Mehrzahl der Organisationen der sogenannten Neuen Linken weiter existent sind und im Unterschied zu den kommunistischen Organisationen ihren Mitgliederstand halten und teilweise ausbauen konnten, wurde die Theorie entwickelt, dass dies mit ihrem Festhalten am revolutionären Marxismus, weiter ihrer Fähigkeit, neue politische Fragen aufzunehmen und theoretisch verarbeiten zu können und ihrem Verständnis von einem antibürokratischen Marxismus zusammenhängt, was ihnen auch für die Zukunft das politische Überleben ermöglichen wird. Zur Beschreibung des weiteren Gangs der Untersuchung wurde diese Theorie in Thesenform präzisiert: Das Festhalten am revolutionären Marxismus drückt sich in einer geschlossenen Krisentheorie, im Aufbau von Kaderorganisationen und der Orientierung auf die Arbeiterklasse als „revolutionärem Subjekt“ aus: Die Fähigkeit, neue politische Fragen aufzunehmen, wird in der Flexibilität von Theorie und Taktiken und in der Interventionsfähigkeit in neue Bewegungen deutlich. Der antibürokratische Marxismus der Trotzkisten wiederum drückt(e) sich in der Kritik an der Degeneration der nicht-kapitalistischen Staaten und der Kritik der bürokratischen Apparate in den Arbeiterparteien und Gewerkschaften aus.

Die historisch-empirische Darstellung im ersten Teil der Arbeit (Geschichte der IV. Internationale und deren Konkurrenzorganisationen, der trotzkistischen Gruppen in Deutschland, Österreich und der Schweiz und deren theoretischen Differenzen) diente einem umfassenden Überblick über das Phänomen „Trotzkismus“, in welchem gezeigt werden konnte, dass es heute wenig sinnvoll ist, verallgemeinernd von „dem“ Trotzkismus zu sprechen, da Trotzkis Theorien durch die jeweiligen Organisationen unterschiedlich weiterentwickelt wurden. Die Darstellung diente weiter der Beschreibung der praktischen Umsetzung von Theorie, Strategie und Taktiken der trotzkistischen Strömungen.

Die Charakteristika der trotzkistischen Strömungen bilden allerdings nur eine mögliche abhängige Variable, die ihre Fortexistenz erklärt. Andere Variablen, wie die politische Kultur oder das politische System eines Landes, die Art und Weise der Organisationsform oder auch der Grad der Orthodoxy/Heterodoxy können einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung und Fortexistenz der trotzkistischen Organisationen ausüben. Im zweiten Teil dieser Arbeit wurden demzufolge die politische Kultur und die politischen Systeme in Deutschland, Österreich und der Schweiz skizziert und festgestellt, dass objektive Umstände, wie eine vorherrschende Konsenskultur, ein ausgeprägter Konservatismus der Bevölkerung, eine dominant inklusive Strategie des Staates (in Deutschland eher exklusiv, dafür hoher Institutionalisierungsdruck und Wohlfahrtsstaat) und ein entwickelter Sozialstaat nur eine schwach entwickelte radikale Linke zuließen, die im besonderen in der halbdirekten Demokratie der Schweiz einem hohen Integrationsdruck ausgesetzt war. Diese Faktoren können zwar die geringe politische Bedeutung der Trotzkisten (und anderer radikaler Linker) in diesen drei Ländern erklären und bestätigen auch, dass die Variable Politische Kultur die Entwicklung trotzkistischer und linksradikaler Organisationen mitbestimmt, sie geben aber keine Auskunft über Erklärungsmomente für die Fortexistenz dieser Organisationen. Dagegen konnte die organisationssoziologische Betrachtung des Verhältnisses von sozialen Bewegungen und Organisationstyp der trotzkistischen Organisationen im anschließenden Kapitel zeigen, dass Wachstum, Stabilität und Zerfall der Gruppen nicht monokausal mit dem Faktor Stärke der sozialen Bewegung oder dem Faktor Organisationstyp, sondern mit der jeweiligen spezifischen Kombination beider Faktoren zu erklären sind. Die Organisationen, die mit einem integrativen Organisationstyp vom Wachstum der sozialen Bewegungen am meisten profitieren konnten, zerfielen auch beim Abflauen der Bewegung schneller, während die exklusiven Organisationen weniger von den Bewegungen profitieren konnten, sich dafür aber weitaus besser im Organisationsaufbau stabilisieren konnten.

Ausgehend von der Annahme, dass der Organisationstyp als Praxisform dem theoretischen Fundament einer Organisation entspricht, wurde im anschließenden Kapitel der Grad der Orthodoxy/Heterodoxy durch eine Analyse des Sprachstils näher bestimmt. Hier konnte festgestellt werden, dass sich der Sprachstil der Organisationen in drei Kategorien einteilen lässt (dogmatisch, ortho-

dox und heterodox), und dass bis auf eine Ausnahme die verschiedenen Sprachstile der Offenheit bzw. Abgeschlossenheit der jeweiligen Organisationen gegenüber den neuen sozialen Bewegungen entsprachen. Damit bestätigte sich die Annahme, dass der jeweilige Sprachstil als Ausdruck des Grades der Orthodoxy dem jeweiligen Organisationstyp entspricht, da sich die inklusiven Organisationen, die in der Vergangenheit im Rahmen sozialer Bewegungen schnell wuchsen und schnell wieder zerfielen, in der Kategorie „Heterodox“ wiederfanden, während die exklusiven Organisationen, die sich von den sozialen Bewegungen isolierten, in der Kategorie „Dogmatisch“ zu finden waren. Die Organisationen wiederum, die exklusiv in ihrer Theorie, aber inklusiv in ihren Mitgliedskriterien sind, hatten ein eher kritisches Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen (ignorierten sie aber auch nicht völlig) und fanden sich in der Kategorie „Orthodox“ wieder. Diese Organisationen zählen im übrigen auch zu den größten und politisch einflussreichsten. Im zweiten Teil der Arbeit konnte also gezeigt werden, dass neben den allgemeinen Charakteristika der trotzkistischen Strömungen auch Variablen wie politische Kultur, politisches System, Organisationstyp und Grad der Orthodoxy / Heterodoxy die Entwicklung der trotzkistischen Organisationen beeinflussen.

Da es in dieser Arbeit aber weniger um die Entwicklung einzelner Organisationen, sondern um die theoretische Annahme ging, dass die Existenz der trotzkistischen Strömungen mit bestimmten Charakteristika zu erklären ist, wurden im dritten Teil Hypothesen aufgestellt und geprüft, die einen Zusammenhang zwischen den jeweiligen gesellschaftlichen Phasen von Stabilität, Krisen, der Entwicklung sozialer Bewegungen und der der trotzkistischen Organisationen herstellte. So konnte auf der Grundlage der Beschreibung der Entwicklung verschiedener Organisationen ausgehend von der Nachkriegszeit bis zur Studentenbewegung, über die Phase der neuen sozialen Bewegungen bis zum Ende des „Realsozialismus“ und der neunziger Jahre bis heute aufgezeigt werden, dass das Wachstum und die Stabilität der trotzkistischen Gruppen zwar von gesellschaftlichen Krisenzyklen abhängen, dass sie aber aufgrund ihres kritischen marxistischen Selbstverständnisses und ihrer theoretischen und taktischen Flexibilität in Phasen gesellschaftlicher Stabilität auch mit einem reduzierten Kaderstamm „überwintern“ und sich revitalisieren können.

Schluss: Welche Perspektiven hat der Trotzkismus?

„Für die Zukunft wird sich die Frage stellen, ob sich die abzeichnende Entwicklung, dass die kommunistischen Parteien des Westens entweder zur Bedeutungslosigkeit absinken oder aber sich an die Sozialdemokratie angleichen, auch das historische Erbe der Trotzkisten als Verteidiger des reinen Marxismus mit sich bringen wird.“¹⁵¹⁹

30 Jahre nach dieser Frage lässt sich konstatieren, dass „das historische Erbe“ zwar weiterhin vorhanden ist, aber nicht ausgezahlt wurde. Bislang war die Arbeiterbewegung als Testamentsvollstrecker nicht Willens oder in der Lage den Trotzkisten ihr Erbteil zukommen zu lassen, die Erbstreitigkeiten innerhalb der trotzkistischen Familie und mit ihren Verwandten, der Sozialdemokratie und den Kommunisten, werden wohl noch viele Jahre weitergehen.

Als „schwarzes Schaf“ der sozialistischen Familie war es aber den Trotzkisten aufgrund ihrer taktischen Anpassungsfähigkeit unter Beibehaltung ihrer marxistischen Identität, ihrer Organisationsform als Kaderorganisationen und ihrer Abstinenz von Regierungsverantwortung und Kritik am „Realsozialismus“ möglich, ein marxistisches Verständnis aufrechtzuerhalten, welches zwar aufgrund der gesellschaftspolitischen Stabilität in Westeuropa völlig deplaziert schien, aber langsam wieder in Teilen der sozialen Bewegungen und in sich neu formierenden Parteien nicht nur geduldet wird, sondern auch Gehör findet.

„Der Trotzkismus ist das gute Gewissen des Kommunismus. Er beruht auf der Idee, dass das innere Gehäuse trotz aller totalitären Entartungen und Schrecken des GULAG heil geblieben ist und eine Wiederauferstehung aus den Ruinen ermöglicht. (...) Die Trotzkisten verkörpern die Beständigkeit des Ideals. Werden sie im 21. Jahrhundert dazu beitragen, eine von der Barbarei kompromittierte Strömung zu regenerieren? Mit anderen Worten: Wird der Trotzkismus den Sowjetkommunismus überleben? Lässt sich die Leiche wiederbeleben? Hier liegt ein weiteres Paradox: Die Trotzkisten erscheinen als die

¹⁵¹⁹ Vogelsanger, 1976, S. 217.

letzten Verteidiger der ehemaligen sozialistischen Länder und als die einsamen Hüter einer erlöschenden Flamme.“¹⁵²⁰

Weniger pathetisch, als es Bourseiller tut, lässt sich die Frage nach der Zukunft des Trotzkismus tatsächlich als Frage nach der Zukunft des Marxismus in seiner radikal-kritischen, sozialrevolutionären Form stellen. Die zunehmenden Krisenerscheinungen auf ökonomischer, sozialer und politischer Ebene werden es zumindest ermöglichen, dass die Idee einer Gesellschaftsalternative, die sich gegen Konkurrenz, Ausbeutung und Unterdrückung stellt, wieder Gehör finden wird. Ob dies eine Renaissance des Marxismus bedeutet, ist offen. Man kann dies mit dem Verweis auf den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ anzweifeln, aber man kann es mit dem Verweis auf die aktuellen Debatten über die kapitalistische Globalisierung, dem Versagen des neoliberalen Modells und dem Wiedererstarken der sozialistischen Bewegung in einigen Teilen der Welt (Venezuela, Brasilien, Bolivien) auch begründen.

Wichtiger als die Spekulation über die Entwicklungen der Zukunft ist die Frage, inwieweit die Trotzkisten in der Lage sein werden, sich in die zukünftigen sozialen Kämpfe und Debatten einzubringen. Dazu ist sicherlich die Möglichkeit des Rückgriffes auf die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte von Vorteil, in denen die Trotzkisten mit ihrem revolutionären, internationalistischen und antibürokratischen Verständnis theoretisch, praktisch und organisationserhaltend agieren konnten, auch wenn sie die meiste Zeit isoliert waren und in ihren Zielen scheiterten. Das dialektische Verständnis von Subjekt und Geschichte sieht gerade im Scheitern nur einen weiteren Anfang. So ist laut Bensaid der Preis des Sieges in der Niederlage der Trotzkisten die Möglichkeit,

„von Neuem beginnen zu können, indem das Gedächtnis und die Elemente eines Verständnisses des ‚Zeitalters der Extreme‘ (Hobsbawm) neuen Generationen übermittelt werden, die notwendig sind, um in den Ungewissheiten und den Gefahren des Jahrhunderts navigieren zu können, das gerade begonnen hat“¹⁵²¹

Somit muss der Trotzkismus als Strömung der Arbeiterbewegung nicht unbedingt ein Atavismus des „kurzen zwanzigsten Jahrhunderts“ (Hobsbawm) der Kriege und Revolutionen sein. Mit Trotzkis Theorie der Permanenten Revolution erfolgte am Anfang des letzten Jahrhunderts eine Weiterentwicklung marxistischer Revolutionstheorie, die der deterministischen Sicht einer etappenweisen Entwicklung der notwendigen materiellen und gesellschaftlichen Grundlagen für eine sozialistische Revolution diametral entgegenstand. Trotzki dachte die soziale Revolution radikal im Kontext eines globalen Kapitalismus und einer globalen Gesellschaft:

„Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein und wird dadurch allein schon zur permanenten Revolution. Die Machteroberung durch das Proletariat schließt die Revolution nicht ab, sondern eröffnet sie nur. Der sozialistische Aufbau ist nur auf der Basis des Klassenkampfes im nationalen und internationalen Maßstab denkbar“¹⁵²²

Trotzki, der „westlichste“ aller russischen Revolutionäre, machte seine internationalistische Orientierung zum Ausgangspunkt seiner theoretischen Anschauungen. Dieses theoretische Erbe erlaubte seinen Anhängern auch die Zeiten völliger Isolation durchzustehen, wenn auch um den Preis einer Mystifizierung der Weltrevolution, die ununterbrochen weiter wirke, doch aufgrund der „historischen Krise der Führung des Proletariats“ nicht durchbrechen könne. Als theoretische Strömung scheint der Trotzkismus wie keine andere Interpretationsform des Marxismus für das Zeitalter der „Globalisierung“ und des internationalen Weltmarktes prädestiniert zu sein, aber auch in subjektiver (und damit in ideologiestabilisierender) Hinsicht bietet eine internationalistische Perspektive den Vorteil, sozialrevolutionäre Prozesse in anderen Ländern als Impulsgeber und als eine Vorwegnahme zukünftiger Erschütterungen im eigenen Land zu begreifen.

Inwieweit der Trotzkismus weiterhin eine politische Randerscheinung bleibt, ist somit von der theoretischen und praktischen Arbeit einiger trotzkistischer Parteien und der Durchsetzung gegenüber der Linken insgesamt abhängig. Die Trotzkisten (und die Theorien, auf die sie sich berufen) sind innerhalb

¹⁵²⁰ Bourseiller, 2002, S. 227f.

¹⁵²¹ Bensaid, 2004, S. 11.

¹⁵²² Trotzki, 1969, S. 151.

der Linken, und insbesondere der deutschen Linken, so unbeliebt wie nur wenige andere politischen Strömungen:

„Daß auch die deutschen Linken ihren Sonderweg haben, läßt sich an ihrem Verhältnis zu Leo Trotzki ganz gut ablesen. ‚Trotzkist‘ zu sein, das bedeutet auch heute noch den reflexhaften Ausschluß aus der heiligen Gemeinschaft, wie immer sie sich gerade auch nenne – demokratische Linke, demokratisch-sozialistische Linke, radikale Linke, anti-deutsche Linke, intellektuelle Linke etc. Und während es im Englischen und Französischen schon lange eine umfangreiche Edition gesammelter Schriften von Trotzki und eine ausgedehnte und nicht nur auf die extreme Linke begrenzte Diskussion über Trotzkis Theorien gibt, so gilt dies nicht für Deutschland. Hier gilt noch immer das ‚Trotzki-Tabu‘ (Gerhard Zwerenz), hier wird noch immer lieber eine ausweichende Linie Luxemburg-Gramsci gezogen, um sich den politischen Traumata der eigenen Vergangenheit zu nähern, als zum Kern des Problems selbst vorzustoßen“.¹⁵²³

Die mangelnde „Beliebtheit“ innerhalb der Linken ist darauf zurückzuführen, dass die Trotzkisten immer wieder den Finger auf die verschiedenen Wunden in den sozialistischen Bewegungen legten. Ungebunden an ein „trotzkistisches Mutterland“ konnten die Entwicklungen in der Sowjetunion, China, Kuba und in den osteuropäischen Ländern kritisiert werden, wenn auch einige Strömungen zeitweise oder vollständig dem Druck ihrer sozialistischen Kontrahenten nachgaben. Die intellektuelle Linke wurde für ihre „revolutionäre Impotenz“ kritisiert, die antideutsche Linke für ihren „Verrat“ am Internationalismus. Der demokratischen Linken warf man ihre Parlamentarismusfixiertheit vor, der radikalen Linken ihre Überheblichkeit gegenüber der Arbeiterbewegung.

„Die Trotzkisten verkörpern die Beständigkeit des Ideals“ (Bourseiller), dies nicht nur in der Theorie, sondern auch in der „Realpolitik“. Ein Beispiel dafür bietet die SAV, der es durch beständige Kritik an der Sparpolitik der Berliner Linkspartei PDS gelang, innerhalb der Berliner Wahlalternative (WASG) erfolgreich eine Urabstimmung für einen eigenständigen Wahlantritt zu initiieren. Daraufhin erfolgte der „reflexhafte Ausschluß aus der heiligen Gemeinschaft“:

„Das sind auch Leute, die schon länger in sektiererischen Strukturen daheim sind, etwa der SAV, einer Gruppe, die man als trotzkistisch bezeichnet, wobei der alte Trotzki sich im Grab umdrehen würde, wenn er das sehen könnte“¹⁵²⁴; „Trotzkisten will ich nicht. Wie die politisch handeln, ist für mich rational nicht nachvollziehbar“¹⁵²⁵; „Es wird zu einer gemeinsamen neuen Linken in ganz Deutschland kommen, unabhängig davon, dass Sektierer der Splittergruppe SAV diese Neugründung zu verhindern versuchen“¹⁵²⁶; „die Quersteller (...) gehen dorthin zurück wo sie herkommen. In Trotzkis Traumwelt der 3. Internationalen. Dort gehören sie auch hin“.¹⁵²⁷

Dabei verfolgte die SAV nur konsequent die Aussage im Wahlmanifest der WASG: „Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die Sozialabbau betreibt.“¹⁵²⁸

Die Frage nach der Zukunft des Trotzkismus ist auch im Zusammenhang mit der Zukunft der verschiedenen Strömungen innerhalb der Linken zu sehen. Die kommunistischen Parteien und Organisationen hatten ihr Existenzrecht an das Bekenntnis zur bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion geknüpft und grübeln nun über die Ursachen des Zusammenbruches des „real existierenden Sozialismus“ (und über ihre eigene Existenzberechtigung). Rein quantitativ stärker als die Trotzkisten sind sie allerdings mit dem Problem einer zunehmenden Überalterung konfrontiert und strahlen schon deshalb nur eine geringe Anziehung auf Jugendliche aus. In der Frage der Zukunftsähigkeit sind die Trotzkisten biologisch klar im Vorteil. Die „postmaterialistische Linke“ ist nach Steffen hinsichtlich der „harten Themen“ in der sozialen Frage wenig kompetent und in der Bedeutungslosigkeit verschwun-

¹⁵²³ Roteswinterhude, Gegen alle Widrigkeiten ist die Herausgabe eines weiteren Bandes der Trotzki-Werke gegückt, o. J. URL: <http://www.roteswinterhude.de/trotzki.htm> (12.12.2005).

¹⁵²⁴ Ulrich Maurer, Fraktionsgeschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag, zitiert nach *Der Tagesspiegel*, 30.11.2005.

¹⁵²⁵ Lothar Bisky im Interview mit der *Leipziger Volkszeitung*, 10.12.2005.

¹⁵²⁶ Presseerklärung von Oskar Lafontaine am 27.02.2006.

¹⁵²⁷ die *tageszeitung*, Berlin lokal, 27.2.2006. Tatsächlich verwechselt der Autor Felix Lee die 3. Internationale mit der 4. Internationale.

¹⁵²⁸ Wahlmanifest der WASG. 03.06.2005. URL: http://www.kandidatenwatch.de/images/_wasg-wahlmanifest.pdf (20.01.2006).

den.¹⁵²⁹ Im Unterschied zur reformorientierten „demokratischen Linken“ verfügen die Trotzkisten zwar über eine weniger entwickelte politische Anpassungsfähigkeit, dagegen konnten sie aber ihre marxistische Identität aufrechterhalten. Zudem ermöglicht ihnen ihr theoretisch fundierter Antibürokratismus, sich einer weitgehenden Anpassung zu entziehen und die jeweiligen Führungen von Organisationen und Parteien der Arbeiterbewegung unter Druck durch deren Mitgliedschaft zu setzen. Mit einer gewissen Nonchalance ließe sich konstatieren, dass die Trotzkisten im marxistischen Spektrum wohl einfach „übrig bleiben“ werden. Gleichwohl können sie sich aber nicht dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse entziehen. Sollte die Perspektive der Radikalisierung der Arbeiterbewegung (vor allem auf europäischer Ebene) nicht eintreten bzw. erneut eine Niederlage nach der anderen erlitten werden, wird sich sowohl der Trend Richtung Integration und Auflösung in die soziale Bewegung und reformorientierte Parteiprojekte wie auch der Trend der sektiererischen Selbstisolation verstärken. Eine interessante Beobachtung machte der DDR-Wissenschaftler und „Linksopportunistusforscher“ Norbert Madloch Ende der achtziger Jahre:

„Die Affinität zum Sozialreformismus hat heute dazu geführt, daß in ganzen internationalen Richtungen des Trotzkismus eine verstärkte Tendenz der Hinwendung zu linkssozialistischen Positionen zu verzeichnen ist. Das trifft besonders auf Gruppierungen des ‚Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale‘ sowie die ‚Militant‘-Richtung im internationalen Trotzkismus zu. Hier vollzieht sich tendenziell eine Abwendung von extremen Denk- und Handlungsweisen des orthodoxen Trotzkismus. Das äußert sich vor allem in einer realistischeren Beurteilung der internationalen Lage und in einem nicht mehr so aggressiven Antikommunismus und Antisowjetismus. Damit ist nicht mehr die Möglichkeit auszuschließen, daß sich – ähnlich wie einst die größte nationale Sektion der ‚IV. Internationale‘, die ‚Lanka Gerechtigkeitspartei‘ in Sri Lanka – nicht nur einzelne Kräfte, sondern ganze Gruppen vom Trotzkismus lösen und in mehr linkssozialistische Vereinigungen verwandeln können.“¹⁵³⁰

Die Trotzkisten, als Erben einer spezifischen Tradition des Marxismus, werden wohl auch in Zukunft immer wieder von sich hören lassen. Dabei werden sie unvermeidlich in den Konflikt mit denjenigen geraten, welche die organisatorische Einheit der Linken über die politischen Differenzen stellen und sei es als reformorientierte oder als revolutionäre Parteien die Arbeiterbewegung verwalten oder zum „eigenen Glück zwingen“ wollen und damit der Kraft zur Selbstemanzipation der Bewegung eine Absage erteilen:

„Das Fiasko des organisatorischen Fetischismus wird für ihr politisches Bewußtsein unvermeidlich das Fiasko des Marxismus, der ‚Orthodoxie‘ bedeuten, da der gesamte Marxismus sich für sie in einigen primitiven organisatorischen Formeln konkretisiert; mehr noch, es wird dies das Fiasko des Glaubens an das Proletariat als Klasse sein, das sich nicht zur Diktatur führen ließ, obwohl ihm dazu so klare und direkte Marschrouten geboten wurden.

Enttäuscht werden sie von uns gehen – die einen zum Reformismus, die anderen zum Anarchismus, und wenn es sich ergeben wird, daß wir ihnen auf der Kreuzung zweier politischer Straßen begegnen, werden wir sie an diese Prophezeiung erinnern.“¹⁵³¹

Nachtrag: Zur politischen Soziologie und zu Theorie und Praxis der trotzkistischen Organisationen

Um den Trotzkismus und die trotzkistischen Organisationen ranken sich eine Reihe von Mythen, da sich die Trotzkisten einerseits innerhalb der Sozialdemokratie über ihre Zugehörigkeit zu einer revolutionären Internationalen bedeckt hielten, zum Anderen die unabhängigen Trotzkisten mit ihren Forderungen und Programmen teilweise „im Stile von religiösen Eiferern“¹⁵³² auftraten. Durch ihr Wachstum

¹⁵²⁹ Vgl. Steffen, 2002, S. 5.

¹⁵³⁰ Autorenkollektiv, *Linksradikalismus*, 1989, S. 300f.

¹⁵³¹ Trotzki, 1970, S. 133f.

¹⁵³² die *tageszeitung*, 25.01.1988, S. 5.

seit Ende der sechziger Jahre und ihre „Theorielastigkeit“ wurden sie zumeist unter der Rubrik „linke Intellektuelle“ verbucht, ihr radikales Marxismusverständnis trug ihnen wenig schmeichelnde Bezeichnungen wie Sektierer, Dogmatiker und Utopisten ein. Im folgenden sollen die gesellschaftlichen und wissenschaftstheoretischen Hintergründe dargestellt werden, die zu einer Einordnung der Trotzkisten in durch Vorurteile bestimmte Kategorien führten. Zudem soll das erkenntnistheoretische Problem der Objektivität behandelt werden, durch welches sich die Tendenz zum Sektierertum bzw. dessen Gegensatz, der Opportunismus, erklären lässt. Des weiteren sind auch Dogmatik und Heterodoxie keine „Eigenschaften“ bestimmter politischer Organisationen, sondern Ausdruck eines genauer zu bestimmenden Ungleichgewichts von Theorie und Praxis.

Trotzkismus und radikale Linke als Intellektuellenbewegung?

Während sich die sogenannte „alte Linke“ in der sozialen Zusammensetzung ihrer Organisationen durch einen hohen Anteil an Arbeiterinnen und Arbeitern auszeichne(te), befanden sich in den Organisationen der „Neuen Linken“ nach 1968 zumeist Studenten, Schüler, Akademiker und Angestellte. Wie bereits in Kapitel 2 dargestellt, konnten sich die Trotzkisten aufgrund ihrer bis in die zwanziger Jahre zurückreichenden Geschichte um einen „proletarischen Kern“ (proletarisch im sozialen und ideologischen Sinn) bilden. Die soziale Zusammensetzung verschob sich ab Ende der sechziger Jahre deutlich zu studentischen Mitgliedern aus dem „neuen Mittelstand“. Diese Phase im organisatorischen Aufbau sollte nun entweder durch die „objektive Entwicklung der Klassenkämpfe“ oder (wie es die ML-Gruppen taten) durch die subjektive Entscheidung zur „Proletarisierung“ überwunden werden. Die Trotzkisten agierten in ihrer Absicht sich zu „proletarisieren“ im Unterschied zu den maoistisch inspirierten Gruppen deutlich unaufgeregt. Im Vertrauen auf die Radikalisierung der Arbeiterschaft durch kommende ökonomische Krisen, sollte bis zum möglichen Aufbau von revolutionären Parteien zunächst die radikalsten Teile der Studierendenschaft und der Jugend als Teil einer Avantgarde fungieren, die beispielhaft Klassenaktionen auslösen und die Arbeiter „mitreißen“ könne. Die Mitglieder der IV. Internationale/VSVI sahen in den Studierendenprotesten eine Rebellion gegen zweckrationales Handeln und entfremdetes wissenschaftliches Arbeiten.¹⁵³³ Die Vergesellschaftung der Wissenschaften/Intelligenz bzw. deren Potenzierung als Produktivkraft konnte im Kontext des historischen Materialismus als Rebellion der Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse interpretiert werden. Zudem erschien die Studentenrebellion als Vorbote eines Wechsels der Mittelschichten zur Arbeiterklasse. Insoweit unterschieden sich die Trotzkisten des VSVI nicht von anderen revolutionären Organisationen der „Neuen Linken“, allerdings bildete die „Dialektik der Interventionssektoren“ (Universität, Ausbildungsstätten, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit) einen deutlichen Kontrapunkt zum „Proletkult“ der maoistisch inspirierten Organisationen.

Anders sah es bei den konkurrierenden trotzkistischen Organisationen aus. Diese teilten nicht die Auffassung von der Rolle der radikalen Studierendenschaft als Teil einer neuen Avantgarde, sondern hatten sich entweder „die Jugend“ als potentielles revolutionäres Subjekt erkoren (IKD) oder orientierten sich wie der BSA, der Spartacusbund, die SAG, die TLD und die IKL in den Siebzigern auf Arbeiter(jugendliche) und Auszubildende. Die IAK, die Voran-Gruppe und der Vorwärts arbeiteten in der Sozialdemokratie und orientierten sich dort ebenfalls auf Auszubildende und junge Arbeitnehmer. Dies sowohl in der Phase der Jugendbewegung um 1968 wie auch in den Jahrzehnten danach.

Dass es sich bei der sozialen Zusammensetzung der trotzkistischen Organisationen zumeist in der Mehrheit um Schüler und Studenten handelt(e), hat andere Ursachen als deren Intellektualität, zumal sich eine ähnliche Zusammensetzung in den meisten Organisationen der „Neuen Linken“ finden lässt. Man kann zur Erklärung verschiedene Ursachen anführen: Die Suche nach alternativen Gesellschaftsentwürfen, die andere Werte als die der Elterngeneration beinhalteten, eine allgemeine Revolutionsfreudigkeit „der Jugend“ oder eine Begeisterungsfähigkeit von Studierenden für den verwickelten dialektischen Materialismus... Dies alles sind (teilweise zutreffende) analytische Konstruktionen, die aber auch ein Unverständnis für die radikale Infragestellung der bestehenden gesellschaftlichen Ver-

¹⁵³³ GIM, „Thesen zur Studentenbewegung in Westdeutschland“, a.a.O., S. 32–43.

hältnisse durch Mitglieder dieser Gesellschaft ausdrücken: „Ihre entlastende Funktion, Protest und Revolte nicht ernst nehmen zu müssen, liegt auf der Hand.“¹⁵³⁴

Summiert man die primären Beschreibungsmerkmale für die Trotzkisten in den siebziger Jahren, dann entsteht folgendes Bild: Diese werden als Anziehungspunkt für Intellektuelle gesehen,¹⁵³⁵ die sich als „Meister der Dialektik“ und der marxistischen Theorie in „Kadergruppen und kleinen militänen Parteien“ organisieren¹⁵³⁶ und die heute nicht nur als „Vorläufer und Archetypen der ‚Neuen Linken‘ insgesamt“¹⁵³⁷ gelten, sondern auch starken Einfluss auf führende Vertreter des SDS hatten¹⁵³⁸ und in der Nach-68er Phase eine ideologisch inspirierende Kraft darstellten.¹⁵³⁹ Beschrieben wird hier eben nicht die Tradition eines antibürokratischen und internationalistischen, sich auf die Arbeiterklasse orientierenden Marxismus, sondern die zeitweilige und begrenzte Einflussnahme auf die studentische Jugendbewegung. Statt Inhalte wird hier die Form der Interaktion mit der 68er-Bewegung hervorgehoben, um die Trotzkisten dann als intellektuelle Sonderbewegung des Marxismus unter der Rubrik „Neue Linke“ historisch „entsorgen“ zu können. Dies korrespondiert mit dem „Erschrecken“ über deren erneutes Auftauchen:

„Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat die Beharrungskraft der trotzkistischen Strömungen etwas Schockierendes. Angesichts des Zusammenbruchs des ‚real existierenden Sozialismus‘ hätte niemand eine Kopeke darauf gewettet, dass dieses politische Phänomen überleben würde, zumal die letzten Achtundsechziger ihren Dienst quittierten.“¹⁵⁴⁰

Die Zuschreibung „Intellektuellenbewegung“ intendiert auch eine gewisse Häme gegenüber dem verfehlten Ziel des Aufbaus einer „proletarischen Partei“, was allerdings die trotzkistischen Organisationen auch selber mit zu verantworten haben. Schon die 68er-Bewegung war nicht mehr in den traditionellen (und lieb gewonnenen) Kategorien „kleinbürgerlich“ oder „mittelständisch“ zu erfassen. Geht man von der These aus, dass sich nicht die Mittelschichten, sondern die Arbeiterschichten gewandelt haben, dass „eine neue, dem Postfordismus entsprechende ArbeiterInnenklasse, die sich – und das ist der Punkt – kulturell, lebensweltlich, habituell und in den alltäglichen Lebensformen vom fordristischen Proletariat, genauer, vom imaginierten und idealisierten Bild des fordristischen Massenarbeiters, unterscheidet“¹⁵⁴¹, entstanden ist, dann verliert der imaginäre Gegensatz von Arbeiter- und Intellektuellenbewegung an Bedeutung. Insoweit wäre damit auch die Frage nach einem klassenmäßigen Widerspruch von „alter Arbeiterbewegung“ und studentischen, nicht-proletarischen Mitgliedern innerhalb der trotzkistischen Organisationen hinfällig.

Exklusivität linksradikaler Organisationen

Der Begriff „Intellektuellenbewegung“ intendiert zudem eine Exklusivität in der sozialen Stellung, die sich scheinbar schlecht mit den anvisierten egalitären Zielen verträgt. Erst wenn man von diesen von Vorurteilen geprägten Zuschreibungen absieht, kann die soziologische Definition der Exklusivität von sozialen Gruppen in den Blick genommen werden.

Während inklusive politische Organisationen, wie etablierten Parteien und Organisationen, von ihren Mitgliedern neben einem finanziellen Beitrag nur eine allgemeine Zustimmung zu den verfolgten Zielen erwarten, sind exklusive Organisationen, wie die der neuen sozialen Bewegungen und der revolutionären Linken, weit anspruchsvoller. Sie verlangen nicht nur die Übereinstimmung des politischen Handelns der Mitglieder mit der Organisation, sondern auch einen höheren finanziellen Beitrag und vor allem die Aufgabe eines großen Teils ihres Privatlebens.¹⁵⁴² Während sich in den Parteien ein

¹⁵³⁴ K. Reitter, Die 68er Bewegung – Versuch einer Darstellung. Teil 1, in: grundrisse. zeitschrift für linke theorie & debatte, Nr. 3, 2002. URL: http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse03/3_68erBewegungTeil1.htm (17.05.2005).

¹⁵³⁵ Langguth, 1983, S. 132.

¹⁵³⁶ Bartsch, 1977, S. 150, 152.

¹⁵³⁷ Koenen, 2001, S. 280.

¹⁵³⁸ Ebd., S. 277.

¹⁵³⁹ G. Langguth, *Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung*, München 2001, S. 123.

¹⁵⁴⁰ Bourseiller, S. 220.

¹⁵⁴¹ K. Reitter, Die 68er Bewegung – Versuch einer Darstellung. Teil 2, in: grundrisse. zeitschrift für linke theorie & debatte, Wien, Nr. 4, 2002. URL: http://www.grundrisse.net/grundrisse04/4_68erBewegungTeil2.htm (5.09.2008).

¹⁵⁴² Vgl. Prätorius, 1984, S. 59.

formales und distanziertes Klima zwischen Parteiführung und Basis etabliert hat, fungieren radikale Organisationen zum Teil als „Lebensgemeinschaften“ und schützen sich tendenziell gegen die Umwelt ab. Dies wirkt natürlich immunisierend gegenüber Organisationsdefiziten und Zieltransformationen. Zum einen gibt es die Tendenz, die soziale Struktur (soziale Milieus und/oder ethnische Strukturen) permanent zu reproduzieren, was der Konservierung von Theorien und Arbeitsmethoden Vorschub leistet. Zum Anderen kann eine Neuorientierung auf mittel- bis langfristige Ziele nur schwer umgesetzt werden, da die selbstzentrierte Sichtweise eher auf veränderte Umweltbedingungen hoffen lässt, als dass die Notwendigkeit erkannt wird, sich selbst anzupassen bzw. neu zu orientieren.

Da alle politischen Bewegungen letztlich auf die Konstruktion einer „collective identity“ (Klasse, Milieu, Lebensstile) angewiesen sind, in der Rituale, eigene Symbole, Zeichen, Sprache, Kleidung etc. ein „Wir gegen Die“ verstärken und nachvollziehbar machen,¹⁵⁴³ wird eine notwendige permanente Infra-gestellung der eigenen Methoden und eine Reflektion der sich ändernden politischen Umweltbedin-gungen erschwert. Kleine Parteien und Gruppen sind dieser Problematik umso stärker ausgesetzt, da dort ein stärkeres Identitätsgefühl notwendig ist.

Die Ausrichtung auf die antizipierten politischen Entwicklungen ist dabei der Schlüssel zum Verständ-nis für die Inklusionsmechanismen, die in exklusiven radikalen Parteien und Organisationen wirken. Da im marxistischen Verständnis die Arbeiterklasse von einer „Klasse an sich“ zu einer „Klasse für sich“ werden muss, um die gesellschaftlichen Bedingungen zu ihren Gunsten zu ändern, das Wissen um ihre Mission und die Speicherung historischen Erfahrungen allerdings bis dahin in der revolutionä-ren Organisation verbleiben, schafft die Zugehörigkeit zu dieser ein hohes Maß an Exklusivität und immunisiert so auch gegenüber Kritik von außen. Aus dieser Konstellation heraus kann jede politische Entwicklung als Erfolg betrachtet werden, die sich scheinbar in Richtung „Bewusstwerdung“ der Klas-se vollzieht. Nicht nur weil sich positive Entwicklungen sogar in negativen Erfahrungen finden lassen („Aus Niederlagen lernen“), sondern weil auch niemand einen Gradmesser für eine progressive Ent-wicklung von Klassenbewusstsein besitzt, und ein Erfolg leichter zu behaupten, als empirisch zu be-weisen ist. Die daraus entstehende eigene Sicht der Welt und ihrer Entwicklung kann zwar mit konträ-ren Auffassungen der sozialen Umwelt kollidieren, doch zumeist wird die Inklusion der Mitglieder durch eine Abschottung gegenüber der kritischen und zweifelnden Umwelt gestärkt werden.

Langguth schreibt, dass die marxistisch-leninistischen Kaderorganisationen mit ihrer Forderung nach revolutionärer Disziplin und völliger Unterordnung des Privatlebens unter die Ziele der Partei auf Dauer keine Anziehungskraft haben konnten.¹⁵⁴⁴ Aber auch hier ist zwischen den verschiedenen Organi-zationen zu unterscheiden. Reitter sieht zwar die Trotzkisten und Maoisten in einer dichotomen Kate-gorisierung der Nach-68er-Bewegung als autoritäres Spiegelbild der „Hippies“, hält es allerdings für falsch, diese Gruppen als besonders autoritär strukturiert zu bezeichnen:

„Es war eher Selbstdisziplin und freiwillige Bereitschaft zum Einsatz, die mit Notwendig-keit rigide innere Strukturen produzierte. Doch die Ablehnung der subjektiven Emanzipa-tion – als bürgerlicher Individualismus gegeißelt – war nicht völlig aus der Luft gegriffen. Nach dem Verlöschen der eigentlichen 68er Bewegung trat die subjektive Seite und das Festhalten an einer weltumspannenden Perspektive tatsächlich in einen gewissen Ge-gensatz“.¹⁵⁴⁵

Inwieweit diese Selbstdisziplinierung als Last oder als akzeptiertes notwendiges Übel empfunden wurde, hing nun sowohl von der jeweiligen Bezugsgruppe wie von der eigenen Person ab. Darauf, dass die exklusiven Organisationen nicht unbedingt autoritäre Strukturen produzieren müssen, verweisen auch Mitglieder der trotzkistischen Organisationen:

„In der Anfangsphase war die GIM tatsächlich noch sehr von der APO-Bewegung ge-prägt, da gab es diese Seminargurus, die hatten Feuerbach und Althusser drauf, und dann gab es auch eine sehr starke Ausprägung des Machotums. Die haben immer ver-

¹⁵⁴³ Vgl. K.-U. Hellmann, „Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick“, in: K.-U. Hellmann / R. Koopmans (Hrsg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Opladen u. Wiesbaden 1998, S. 19.

¹⁵⁴⁴ Vgl. Langguth, 1983, S. 34.

¹⁵⁴⁵ K. Reitter, Die 68er Bewegung, Teil 2.

sucht, sich die Mädels aus den Seminaren unter den Nagel zu reißen – so war das überhaupt damals. Auf der anderen Seite gab es diese ganz puritanischen Maoisten, die keine Rockmusik hören durften und alle in ihren Einheitsbundeswehrparkern herumliefen, und wir waren eben eher einen bunter Haufen.“¹⁵⁴⁶

Politisches Sektierertum und Opportunismus

Je weniger Kompromisse eine politische Organisation eingeht und je mehr sie an ihren Überzeugungen festhält, desto eher wird sie als „sektiererisch“ abgestempelt werden. Was bei großen Parteien als Standfestigkeit gilt, scheint bei kleinen Organisationen für ihre Politikunfähigkeit zu sprechen. Trotz des denunziatorischen Inhaltes kann der Begriff „Sekte“ für eine politikwissenschaftliche Analyse gewinnbringend angewandt werden. Dazu kann nicht das Verhältnis von radikalen Organisationen zu ihren Kritikern, sondern nur das Verhältnis dieser Organisationen zu ihrer sozialen Umwelt bzw. zu den sozialen Bewegungen, auf die sie sich beziehen, betrachtet werden:

„In der Tat, jede Sekte ist religiös. (...) Er [Lassalle] fiel in den Fehler Proudhons, die reelle Basis seiner Agitation nicht aus den wirklichen Elementen der Klassenbewegung zu suchen, sondern letzterer nach einem gewissen doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben zu wollen. (...) Die Sekte sucht ihre *raison d'être* und ihren *point d'honneur* nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung *gemein* hat, sondern in dem *besondren Schibboleth*, das sie von ihr *unterscheidet*.“¹⁵⁴⁷

Vor dem Hintergrund dieser Aussage besteht ein Hauptcharakteristikum politischer Sekten darin, dass sie bei einem Verzicht auf tatsächliche Praxis auf ein Programm beharren und dies einer Bewegung anbieten, das dem Bewusstseinstand der angesprochenen Zielgruppen weit voraus greift. Um den daraus folgenden Umstand der politischen Isolierung verdrängen zu können, muss sich das Programm zumeist an eine imaginäre Avantgarde richten. Dabei entwickelt sich die Vorstellung, dass über die Avantgarde auch langfristig „die Massen“ das richtige Programm anerkennen werden (nämlich das eigene). Diese Vorstellung kann sich aus unterschiedlichen Interpretationen der marxistischen Bewusstseinsphilosophie speisen: Einmal, dass den Massen die richtige Einsicht für das revolutionäre Handeln bedingungslos zugesprochen wird (wenn die Zeit dafür reif ist), dann daraus, dass die bewusste Minderheit der unbewussten Mehrheit den Weg aufzeigen müsse oder drittens, dass die Avantgarde stellvertretend für die Masse handeln müsse. Dabei wird Sein und Bewusstsein sozialer Schichten und Klassen nicht als dialektische Einheit gesehen, sondern als getrennte Dispositionen: Die Masse ist revolutionär oder nicht, und sie ist sich ihrer Aufgabe bewusst oder auch nicht. Forderungen wie: Bewaffnete Milizen, Arbeiterräte etc. können von einigen Organisationen deswegen in jeder Situation aufrechterhalten werden, weil der fatalistische Standpunkt bezogen wird, dass, wenn die Massen das revolutionäre Programm heute nicht begreifen, dann werden sie es eben morgen tun. So wird nicht ein Standpunkt eingenommen, der das Programm mit dem Bewusstsein entwickelt, sondern der Standpunkt, dass sich das Bewusstsein dem Programm anzupassen habe. Die Legitimation der politischen Sekten bezieht sich also aus dem Selbstverständnis, der Masse immer weit voraus zu sein.

Das Denken in absoluten Kategorien, welches prozessuale Entwicklungen negiert, kann nur in der Reproduktion des verdinglichten Denkens enden. Aus dem Subjekt „revolutionäre Organisation“, welches auf die gesellschaftliche Entwicklung einwirken soll, wird aufgrund der unverstandenen gesellschaftlichen Beziehungen das zu erhaltende Objekt, dessen „ewiges“ Programm im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht. Praxis findet damit ihr Ziel nur noch in der Reinhaltung der Lehre, in der Verteidigung der theoretischen Anschauungen. Diese Entsubjektivierung ist die Folge einer unverstandenen Ziel-Mittel-Relation. Ziel und Mittel stehen in einem dialektischen Wechselverhältnis zueinander, das Mittel ist immer auch Ziel, d. h. dass die Unterordnung des eigenen Lebens unter das Ziel der gesellschaftlichen Veränderung nicht zur sektenhaften Lebensweise und dem Ausschluss aller gesellschaftlichen Bindungen und institutionalisierten Formen führen darf. Denn mit dem Mittel ändert sich auch das Ziel, mit gesellschaftlicher Isolation und dem theoretischen „Rechthaben“ steht nicht mehr die

¹⁵⁴⁶ Interview mit Klemens Alff am 31.03.2005.

¹⁵⁴⁷ Karl Marx an Johann Baptist von Schweitzer, 13. Oktober 1868, in: MEW, Bd. 32, S. 569.

Veränderung der Gesellschaft, sondern die Selbstbestätigung der eigenen isolierten Existenz im Mittelpunkt des Bewusstseins. Cardorff verdeutlicht den oben beschriebenen Zusammenhang:

„Wiederum dient die Opposition gegen die Gestalt, die die maoistischen ‚K-Gruppen‘ und ML-Zirkel politischer Strategie gegeben haben, der Legitimation [für den Rückzug anderer sozialistischer Gruppen, F. N.]: abstrakter Propagandismus, Zentralverwaltung eines allwissenden politischen Programms, jesuitische Moral, politischer Zwangscharakter, Lebensfeindlichkeit des propagierten Kader-Vorbildes, Flucht vor den Alltagsproblemen erscheinen als Inbegriff politischer Strategie. Viele der nach Zehntausenden zählenden ehemaligen Mitglieder sehen sich verraten, weil sie ihre unermüdliche politische Aktivität als *Opfer für ein objektives Programm*, die sozialistische Revolution, begriffen haben, und politische und persönliche Strukturierung im Nichts bzw. in eine Reproduktion bürgerlicher Verhaltensweisen verlaufen ist.“¹⁵⁴⁸

Entsubjektivierung und falsche Ziel-Mittel-Relation sind zwar Folgen eines subjektiven Sich-Verhaltens, aber durch unverstandene objektive Prozesse bzw. durch das Unverständnis bedingt, dass subjektive Sichtweisen objektive gesellschaftliche Prozesse nicht objektiv nachvollziehen können. Letztendlich bedeutet das Beharren auf die ewig-gültige theoretischen Anschauungen eine Flucht vor der Analyse komplexer gesellschaftlicher Prozesse. Dabei ist die Entwicklung zum Sektenwesen (oder zum Opportunismus) nicht in der Exklusivität linksradikaler Organisationen angelegt, sondern bedarf einer historischen und erkenntnistheoretischen Herleitung. Der sektiererische Charakter einer Reihe von trotzkistischer Organisationen, welche zu den unbedeutenderen Gruppen in diesem Spektrum zählen, muss vor dem Hintergrund einer politischen Isolierung betrachtet werden, die seit mehr als 60 Jahren besteht und die sich durch die Verteidigung der „reinen Lehre“ gegenüber bestimmten Revisionen im internationalen Trotzkismus weiter potenzierte. Insoweit forderten die Entwicklungen und Veränderungen, die auf die kleinen Kaderorganisationen der Trotzkisten nach dem 2. Weltkrieg einstürmten, ihren Tribut. Die unterschiedlichen Einschätzungen in der IV. Internationale zur neuen Weltlage sprengte diese 1953 in zwei konkurrierende Strömungen.¹⁵⁴⁹ Ebenso führten die unterschiedlichen Einschätzungen zum Charakter der stalinistischen Staaten und deren Führungen zu weiteren Abspaltungen bzw. zum Wachstum von ehemals kleinen Gruppen zu wichtigen Konkurrenten der IV. Internationale. Unterschiedliche Positionen über den Verlauf und den sozialen Charakter der kolonialen Revolutionen waren für weitere Abspaltungen verantwortlich, ebenso sorgten die unterschiedlichen Perspektiven bezüglich der neuen sozialen Bewegungen für Spaltungen. Die Trotzkisten waren wie andere revolutionäre Strömungen auf die Gradwanderung zwischen flexilem Reagieren und Intervenieren in politische Bewegungen, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Organisation und Propagierung des revolutionären Marxismus gezwungen:

„Darum hat das eigentlich läbliche Bestreben, sich mit wirklichen revolutionären Bewegungen zu verbinden, die – ohne das revolutionär-sozialistische Programm zu unterschreiben – mehr oder weniger gegen die kapitalistische Klassengesellschaft oder die im kapitalistischen Weltsystem vorherrschenden („imperialistischen“) Mächte gerichtet sind, auch seine Kehrseite: Die Suche nach ‚Abkürzungen‘ und die Preisgabe wichtiger Elemente der eigenen Position“.¹⁵⁵⁰

Es galt also immer einerseits nicht dem Opportunismus, andererseits nicht dem Sektierertum zu verfallen. Anpassung und Distanz, Flexibilität und Festigkeit, Empathie und kühle Analyse sind „Aggregatzustände“ der politischen Praxis, zwischen denen alle politischen Organisationen schwanken müssen, weil eine Analyse der „objektiven“ Situation erst im Nachhinein möglich ist. Erst wenn sich eine Tendenz zu einem bestimmten Aggregatzustand verfestigt, wird eine politische Linie sichtbar, die als Opportunismus oder Sektierertum zu kennzeichnen ist. Die jeweilige Bewertung der Situation im Nachhinein kann dann dazu führen, dass eine Organisation ihre Linie beibehält oder eine radikale Kehrtwendung zum Anderen Extrem durchführt.

¹⁵⁴⁸ P. Cardorff, *Irrationalismus und Rationalismus in der sozialistischen Bewegung*. Über den Zugang zum sozialistischen Handeln, Hamburg 1980, S. 184 (Kursivierung hinzugefügt von F. N.).

¹⁵⁴⁹ Siehe Kapitel 1.2.2.

¹⁵⁵⁰ Kellner, 2004, S. 139.

Das Problem der subjektiven Bewertung „objektiver“ Prozesse

Kellner, der die Darstellung des Trotzkismus mit einer kritische Sicht auf seine eigene Tradition verbindet, erklärt in richtiger Weise die Tendenzen zum Opportunismus als Folge der Konfrontation mit sich tendenziell antikapitalistisch entwickelnden Bewegungen, von denen man sich nicht durch zu radikales Auftreten isolieren wollte. In überraschender Weise wechselt er dann aber die Perspektive des Drucks der objektiven Umstände bei der Betrachtung des politischen Sektierertums. Dieses über-schätzt die eigene Organisation, stelle sie über die Bewegung (um darin nicht unterzugehen) und verfechte unerschütterliche Wahrheiten.¹⁵⁵¹ Dies alles ist richtig, aber Kellner führt hier subjektive Umstände an, die das Sektierertum von der politischen Bewegung trennen. Wenn man davon ausgeht, dass historische Prozesse (als Ergebnis kollektiver Subjekte) stärker als das subjektive Wollen und Meinen Einzelner ist, dann bleibt hier nach der Rolle der objektiven Umstände zu fragen. Opportunismus oder Anpassung bedeutet letztlich ein Rückfall der sich im marxistischen Verständnis als Avantgarde begreifenden Partei auf das gleiche Niveau der Bewegung bzw. ein Anpassen an die rückständigsten Teile der Bewegung. Sektierertum ergibt sich aus der gleichen Quelle des Problems, nämlich die Differenz zwischen Bewegung und revolutionärer Organisation verringern zu wollen. Statt eines Rückfalls ergibt sich hier ein Vorbreschen, das aber die Differenz zu den fortschrittlichsten Teilen der Bewegung aufrechterhält. Der Opportunismus speist sich aus der Vorstellung, dass die Bewegung nicht viel weiter gehen wird, das Sektierertum speist sich dagegen aus der Vorstellung, dass sich die Bewegung schnellstmöglich weiterentwickeln wird. Die sich aus Antizipation und kritischer Überprüfung der gesellschaftlichen Prozesse ergebende politische Praxis wird in beiden Fällen verfehlt, weil die objektiven Umstände in ihrer momentanen Betrachtung keine realistische Bewertung erlauben, sie erscheinen als „objektiv“ gegeben, weil sich in ihnen die Vorstellungen und Erfahrungen der Subjekte widerspiegeln und die kritische Reflexion der eigenen Subjektivität nicht mitgedacht wird. Der „Druck der objektiven Umstände“ bzw. das Unvermögen mit der Differenz zwischen eigener Organisation und der Bewegung nicht umgehen zu können, ist in Wirklichkeit das Problem. Die Bewegung erscheint „objektiv“ entweder „zu wenig“ weit entwickelt oder sie erscheint „objektiv“ schon kurz vor der Revolution. Die unterschiedlichen subjektiven Raster, die Bewegungen bewerten, können je nach Standpunkt der Organisationen die Bewegung als eine anfängliche oder weit entwickelte, als nicht existent oder kurz vor dem Durchbruch, als reaktionär oder als progressiv bewerten. Objektive Umstände sind also subjektiv bewertete Ereignisse.

Objektive Entwicklungen können sich außerhalb und unabhängig von unserer eigenen Erkenntnis entwickeln, genauso wie Objekte außerhalb unserer Erkenntnis existieren können. Eine tiefe Rezession oder ein Generalstreik ist ein „objektiver Umstand“ mit Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse, egal wie man diese nun in ihrer weiteren Entwicklung interpretieren mag. Doch genau diese Auswirkungen werden nun von der Bevölkerung und/oder Bewegung und der revolutionären Organisation unterschiedlich interpretiert, weil unterschiedliche Perspektiven, Hoffnungen, Erwartungen, Ängste und Selbstdefinitionen existieren. Denn die Art und Weise wie sie bewertet werden (zu Objekten werden) ist von unserem Kenntnisstand, Erfahrungen und Vorstellungen abhängig. Die Ursache des Sektierertums liegt also nicht in der Überschätzung und der Überbetonung der Organisation und auch nicht in seinem Wahrheitspostulat, genauso wenig wie der Opportunismus in der Geringsschätzung und der Unterbetonung der Organisation und im Fehlen von theoretischer Klarheit liegt. Die Ursache ist die nicht herzustellende Identität von Subjekt und Objekt, von subjektiver Einschätzung der Lage und objektiver Realität, welche die politische Praxis von Organisationen, deren Mitglieder nicht kritisch reflektieren können, zu einem der beiden Pole treibt.

Dogmatismus, Orthodoxy und Heterodoxy

Während Sektierertum und Opportunismus die jeweiligen Pole politischer Praxis (Programm, Methode, Taktik) darstellen, sind Dogmatismus und Heterodoxy die Pole philosophischer und theoretischer Orthodoxy, also einer Sicht der Welt, deren Grundlage nicht in Frage gestellt wird. Orthodox sind in diesem Verständnis alle systematisch entwickelten philosophischen „Lehrmeinungen“, sei es nun der Konservatismus, der Liberalismus oder der Marxismus. Da Orthodoxy und Dogmatismus zu politi-

¹⁵⁵¹ Vgl. ebd., Abschnitt „Zwischen Selbstauflösung und Sektierertum“, S. 139–144.

schen „Kampfbegriffen“ verkommen sind, soll im folgenden kurz auf ihren inhaltlichen Gehalt eingegangen werden, um mit ihnen theoretisch arbeiten zu können. Dogmatik meint im allgemeinen Sprachgebrauch das starre Festhalten an Ideologien oder Glaubenssätzen. Dass gerade Konservatismus und Marxismus dem Vorwurf des Dogmatismus ausgesetzt sind, lässt sich durch die Vorherrschaft der „positivistisch beschnittenen Ideologiekritik“ (Habermas) erklären:

„Wenn nämlich jener Typus von Wissenschaft die Anleitung zu rationalem Verhalten monopolisiert, müssen alle konkurrierenden Ansprüche auf wissenschaftliche Orientierung im Handeln abgewiesen werden. (...) Als dogmatisch muß jetzt jede Theorie erscheinen, die auf Praxis anders als in der Weise der Potenzierung und Perfektionierung der Möglichkeiten zweckrationalen Handelns bezogen ist.“¹⁵⁵²

Als dogmatisch wird dabei der Anspruch verurteilt, die vom Positivismus gezogene Grenze zwischen Erkennen und Werten, Vernunft und Entscheidung zu negieren, indem man sich in seinem Erkenntnisinteresse von der Antizipation einer emanzipierten Gesellschaft leiten lässt.¹⁵⁵³ Der Glaube an eine fortschreitende Rationalisierung bzw. ihre In-Wert-Setzung als unhinterfragter Ausgangspunkt positivistischer Wissenschaft wird nun selber Ideologie oder Mythos.

Dogmatismus kann aus einer erkenntnistheoretischen Sicht als „Interessen, die das Bewußtsein unter der Herrschaft der Dinge und der verdinglichten Zusammenhänge beugen, als materielle in der gesellschaftlichen Basis entfremdeter Arbeit, versagter Befriedigungen und unterdrückter Freiheit“ begriffen werden, die „historisch bestimmt verankert“ sind.¹⁵⁵⁴ Dogmatismus als Folge unverstandener gesellschaftlicher Zusammenhänge nimmt hierbei die Form von Ideologie an.

Dogmatismus lässt sich auch (und vielleicht gerade) bei den Organisationen finden, die sich am Ziel einer emanzipierten Gesellschaft orientieren, die heutige Gesellschaft überwinden wollen und meinen, den objektiven Gang der gesellschaftlichen Prozesse (und gerade ihre Rolle darin) erkannt und in der Praxis verarbeitet zu haben. Die bei einigen trotzkistischen Organisationen vorherrschende sektiererische Erstarrung der Praxis (politischer Absentismus bei allen nicht-proletarischen und reformerischen Bewegungen) ist dabei in der Dogmatik der Theorie zu suchen und zu erklären.

Der jeweilige Inhalt des Programms und das jeweilige Verhältnis zu den sozialen Bewegungen erlauben eine Einteilung der untersuchten Organisationen in Kategorien von dogmatisch-orthodox, undogmatisch-orthodox und heterodox:

Dogmatisch-orthodoxe Organisationen wie PSG, SpAD, Gruppe Spartakus und ISA/OST zeichnen sich durch den hohen Grad von Übereinstimmung der Mitgliedschaft zu theoretischen und programmatischen Fragen aus. Ihre Programme betonen die Notwendigkeit des Aufbaus einer Avantgardepartei bzw. einer revolutionären (Arbeiter)Partei, als den nächsten Schritt für die Bewegung. Ausnahme sind hier die ISA und OST, die in der Sozialdemokratie arbeiteten, wobei ihr fatalistisches Warten auf die Entwicklung eines radikalen linken Flügels in diesen Parteien dem Fatalismus von PSG, SpAD etc. auf die Bewusstwerdung der Massen entspricht. Bewegungen wie attac und Parteien wie die WASG werden als politische Gegner betrachtet, welche der Arbeiterklasse nur „Demoralisierung und Enttäuschung“¹⁵⁵⁵ bringen werden. Ihre theoretischen Grundlagen basieren auf einer dogmatischen Auslegung des „Übergangsprogramm“ von 1938, das auf die vorausgesagte Weltrevolution und völlig anderen Beziehungen zwischen den Klassen Bezug nahm. Die Verteidigung dieses Programms gegen den „Opportunismus“ anderer trotzkistischer Strömungen führte zu einer theoretischen Dogmatik, die sich in der Praxis als Intervention mit einem mehr oder weniger vollständigem revolutionärem Programm niederschlug. (Auch hier gibt es die Ausnahme der PSG, die ein Aktionsprogramm in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt). Die Verabsolutierung der Bedeutung eines revolutionären Programms findet sich auch bei den Entrismusorganisationen von ISA und OST in den sozialdemokratischen Parteien wieder – als völliges Verstecken eines revolutionären Programms. Die daraus entstehende politi-

¹⁵⁵² J. Habermas, *Theorie und Praxis*. Sozialphilosophische Studien, Frankfurt/M. 1972, S. 317.

¹⁵⁵³ Vgl. ebd., S. 315–318.

¹⁵⁵⁴ Ebd., S. 314f.

¹⁵⁵⁵ PSG, Fragen an die Partei für Soziale Gleichheit. September 2005. URL:

<http://gleichheit.de/wahlsite/index.php?topnav=party&subnav=faqs&lang=de&id=4> (28.11.2005).

sche Isolation führte dazu, dass keine Rückkopplung realer Praxis an die Theorie geleistet werden konnte.

In diese Kategorie fallen streng genommen auch Organisationen wie der RSB oder die GAM bzw. der AST, die direkt oder indirekt aus der Tradition der mandelistischen IV. Internationale stammen. Die Opposition gegen deren „Revisionismus“ führte zwar zu einer eher dogmatisch-orthodoxen Theorie und Programmatik, gleichzeitig sind beide in Methode und Taktik doch flexibel. Da aber Theorie und Praxis zusammenfallen, ist ihre Politik öfters durch plötzliche Wendungen gekennzeichnet.¹⁵⁵⁶

Als weitgehend undogmatisch-orthodox können die SAV, die SLP und der Funke gekennzeichnet werden. SAV und SLP haben ihre dogmatische Orientierung auf den Tendenzentrismus aufgegeben, der Funke in Deutschland versteht sich mittlerweile als marxistische Tendenz in der Arbeiterbewegung und ist nicht mehr ausschließlich auf die SPD orientiert. Der Funke in Österreich arbeitet allerdings weiterhin in der SPÖ, wobei sich hier die Frage stellt, inwieweit das Verhältnis zum „Tendenzentrismus“ tatsächlich für eine Charakterisierung als orthodox oder dogmatisch ausreichend ist. Als sinnvollere Indizien können hier die Programme dieser Strömungen angeführt werden und der Bezug zu den sozialen Bewegungen (als nachrangiges Arbeitsfeld), der bei diesen Organisationen ebenso undogmatisch-orthodox ist: Weder wird diese als „kleinbürgerliche Bewegung“ abgelehnt, noch spricht man ihr eine besondere Rolle für den Aufbau einer sozialistischen Bewegung zu. Als undogmatisch-orthodox kann auch die BFS gelten, die einen orthodoxeren Standpunkt als die IV. Internationale einnimmt, für soziale Bewegungen dennoch offen ist und deren Theorie und Programm sowohl eine kritische Reflexion der eigenen Rolle wie die Erfahrungen ihrer politischen Praxis widerspiegeln.

Die heterodoxen Organisationen wie isl und Linksruck bzw. Linkswende zeichnen sich sowohl durch ein hohes Maß von flexiblem Reagieren auf neue politische Entwicklungen, wie auch der Existenz von Differenzen bei taktischen und programmatischen Fragen in den Reihen der Mitgliedschaft aus. Hierbei gibt es Unterschiede in der Art und Weise der innerparteilichen Debatten. Während dem Linksruck oft vorgeworfen wird, diese zu unterdrücken, so waren und sind sie in der GIM, der VSP und der isl geradezu „ein Muss“. Des weiteren intervenieren die heterodoxen Organisationen in soziale Bewegungen, um diese im Gesamten aufzubauen und reduzieren dabei ihr Programm, um möglichst viele Menschen anzusprechen. Während die isl betont, die Bewegung nicht bevormunden zu wollen, so hat Linksruck den Anspruch, diese anführen zu wollen. Allerdings scheint den Mitgliedern oft der Unterschied zwischen ihrer Organisation und der sozialen Bewegung, aus der sie gewonnen wurden, nicht ganz klar zu sein bzw. die Führung kann dies nicht deutlich genug darstellen. Während die orthodoxen Parteien nur langsam Mitglieder gewannen oder verloren, so ist die Entwicklung der heterodoxen Parteien durch schnellen An- und Abstieg der Mitgliederzahlen gekennzeichnet. Während die ehemalige VSP (GIM plus KPD) nach acht Jahren wieder ihr Ausgangsniveau (vor der Vereinigung 1986) von 250 Personen erreichte, so fielen die Mitgliederzahlen des Linksruck nach sechs Jahren Wachstum wieder auf das Niveau von 1996 (500 Mitglieder) zurück.¹⁵⁵⁷ Grundlage für das Wachstum von Linksruck schien eine „Politik des weit geöffneten Tores“ zu sein, bei der Mitglieder auf der Grundlage von permanenter Aktivität und niedrigen Eintrittskriterien gewonnen wurden. Die GAM meint in Bezug auf die englische Schwesterorganisation des Linksruck, SWP:

„So hat sich die SWP an verschiedene Bewegungen angepasst (...). Der letzte Schwenk geht in Richtung Anpassung an das libertäre Element, den kleinbürgerlichen Illusionen der Bewegung von Seattle.

Jede ‚Wende‘ führte zur Anpassung an ein bestimmtes Publikum und zur Gewinnung von Mitgliedern aus diesem Milieu. Immer geht das mit einer Anpassung an die jeweils vorherrschenden bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Bewusstseinselemente in diesem Milieu einher.

(...) Daher enden viele dieser Wenden mit dem Verlust eines großen Teils der neu Gewonnenen und der Jagd nach einem neuen Milieu.“¹⁵⁵⁸

¹⁵⁵⁶ Siehe Kapitel 7.9.3 und 7.9.4.

¹⁵⁵⁷ Siehe Graphik in Kapitel 3.1.2.

¹⁵⁵⁸ Siehe Graphik in Kapitel 3.1.2.

Linksruck, Linkswende und isl vertreten (heute) keine orthodoxe Theorie und dem entsprechend kein orthodoxes Programm. Linksruck bzw. Linkswende trennte die heterodoxe Staatskapitalismustheorie bereits seit Ende der vierziger Jahre von den anderen Trotzkisten, ihre Theorie des „Sozialismus von unten“ verarbeitet zudem in gewisser Weise die „kulturrevolutionären“ Emanzipationsbestrebungen der Nach-68er-Phase, was der isl und der IV. Internationale mit ihrer Betonung der Notwendigkeit der Selbstorganisation der Arbeiterklasse auch nicht fremd ist. Indem die heterodoxen Organisationen davon ausgehen, dass man an die Arbeiterbewegung nicht mehr mit einem klassischen Übergangsprogramm herantreten kann, besteht die Möglichkeit, in der Praxis die Forderungen von sozialen Bewegungen aufzugreifen und mit dem eigenen Programm, das Sozialismus als ein Fernziel beinhaltet, zu verknüpfen.

Irrationalismus und Rationalismus

„Die Trotzkisten leiden – wie sämtliche Revolutionäre – an der ‚Krankheit‘ der ‚revolutionären Ungeduld‘. Um sich selbst anzuspornen bzw. den bloßen Verwaltern des status quo unterzuheizen, wird nicht selten eine Verschränkung von Katastrophismus – was die objektiven wirtschaftlichen und politischen Bedingungen betrifft – und rosa Brille – was die Chancen der Revolutionäre anbelangt – an Stelle einer nüchternen Analyse dargeboten.“¹⁵⁵⁹

Diese „Krankheit“ ergibt sich notwendigerweise aus dem Spannungsverhältnis von Irrationalismus und Rationalismus, d. h. auf der einen Seite dem Optimismus und dem Gefühl von „Missionarismus“ Raum geben und auf der anderen Seite eine nüchterne wissenschaftliche Analyse der gesellschaftspolitischen Entwicklung darlegen zu müssen. Zwei Beispiele für das Propagieren von Optimismus durch leitende Kader trotzkistischer Organisationen können dies verdeutlichen:

„Die Frage, ob er tatsächlich an den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch gewaltiger Klassenkämpfe in Österreich glaube, beantwortete Kader Georg Hoffmann-Ostenhof¹⁵⁶⁰ verneinend, doch meinte er, man müsse die Mitglieder und Sympathisanten in diesem Glauben bestärken, da sie sonst den exorbitanten hohen Arbeitsaufwand nicht mehr bei behalten würden.“¹⁵⁶¹

Tariq Ali schreibt in seinen Erinnerungen über Ernest Mandel:

„Gleich vielen seiner Generation war er über die Restauration des Kapitalismus in Rußland erschüttert, obgleich er versuchte, diese Tatsache hinter berauschender Rhetorik zu verbergen. Er wußte, daß das Spiel letztlich für die nächsten vier oder fünf Jahrzehnte gelaufen war, aber er befürchtete, ‚die Kader zu demoralisieren‘, und der Schein wurde aufrechterhalten, in Wirklichkeit sei nichts Grundsätzliches passiert. Leben und Kampf gingen weiter wie zuvor.“¹⁵⁶²

Einer der Gründe für die Spaltungstendenzen radikaler Organisationen lässt sich so im Widerspruch von optimistischen Vorhersagen zur konstatierenden Wirklichkeit finden.¹⁵⁶³ Spaltungspotential baut sich dort auf, wo sich Teile der Organisation jeweils auf einen der beiden „Geisteszustände“ polarisieren, d. h. irrationalistisch ihren eigenen Einfluss und die Möglichkeiten massiv überschätzen oder übertreiben, während andere Teile sich rationalistisch verhalten und die politische Situation aufgrund vorliegender Daten und Fakten einschätzen. Die „irrationale“, optimistische Seite nimmt dabei die Entwicklungen voluntaristisch vorweg, die „rationale“ Seite verhält sich realistisch zu den politischen

¹⁵⁵⁹ Dworczak, 1987, S. 228.

Peter Cardorff hält es für ein Kennzeichen aller politischen Strömungen, dass diese schon aus Gründen der Selbstlegitimation analytisch auf die Herausarbeitung der für sie positiven Züge der politischen Entwicklungen konzentrieren (Cardorff, 1980, S. 260).

¹⁵⁶⁰ Bis Ende der Achtziger leitendes Mitglied der österreichischen GRM/SOAL, der österreichischen Sektion des VSVI.

¹⁵⁶¹ Svoboda, 1998, S. 209.

¹⁵⁶² Ali, 1998, S. 15.

¹⁵⁶³ Brandt/Steinke erklären die übertrieben optimistischen Ansichten der IV. Internationale (VSVI) in den Siebzigern aus dem Widerspruch, dass zwar die eigenen Prognosen meist bestätigt wurden, aber überwiegend negativ und auf Pessimismus ließe sich keine handelnde, politische Organisation aufbauen. Dem entsprechend „trat der Orthodoxy bald eine Tendenz der betont optimistischen und teilweise impressionistischen Züge tragenden Einschätzung radikalsozialistischer bzw. nationalrevolutionärer Strömungen außerhalb des trotzkistischen Lagers an die Seite“ (Brandt/Steinke, 1984, S. 1616).

Entwicklungen – eine Synthese ist hier scheinbar nicht möglich. Bei der Bewertung von politischen Prozessen kann man sich nun gegenseitig nach Ausgang der Ereignisse entweder eine „sektiererische“ oder eine „opportunistische“ Sicht vorwerfen, eine Überschätzung oder Unterschätzung der Ereignisse.

Letztlich kollidieren hier zwei Erkenntnistheorien – eine irrationale und idealistische Sicht, die vom subjektiven „Machen der Geschichte“ durch Berufung, Wollen oder die Tat unabhängig von den gesellschaftlichen Bedingungen ausgeht und zum Anderen eine rationelle, materialistisch-empirische Sicht, die Subjekte in Abhängigkeit von den zu konstatierten strukturellen Bedingungen gesellschaftlicher Entwicklung sieht. Zwar lassen sich diese Gegensätze hier zum Satz: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx) auflösen, doch stellt sich immer wieder die Frage nach eben diesen Rahmenbedingungen und dem Bewusstsein der handelnden Subjekte.

Allerdings agierten die Trotzkisten im Unterschied zu den maoistisch orientierten Gruppen, die ihre Mitglieder regelrecht im Aktionismus verheizten,¹⁵⁶⁴ selbstkritischer und analysierten ihre Möglichkeiten zumeist (aber nicht immer) nüchterner:

„Perspektivisch scheinen für die revolutionären Marxisten heute zwei Momente vorrangig zu sein. Revolutionspsychologisch geht es um einen ‚längerem Atem‘, um einen Abbau des Voluntarismus, um realistischere (Selbst)Einschätzungen – ohne im mindesten einen Abstrich von der Substanz revolutionärer Programmatik zu machen. Zweitens bedarf der revolutionäre Marxismus der ständigen Aktualisierung, des kontinuierlichen theoretischen Feinschliffs, um sich die – ihm typische – Lebendigkeit zu bewahren und auf neue Phänomene – wie die Ökologiebewegung bzw. das Auftauchen des grün-alternativen Spektrums – offen wenn auch keineswegs opportunistisch – nachträglich zu reagieren“¹⁵⁶⁵.

Irrationale Elemente der sozialistischen Theorie spielten in der Geschichte der sozialistischen Bewegungen auf einer metaphysischen Ebene eine bedeutende Rolle. Zu nennen wären hier Georges Sorel und Benito Mussolini, die den „Mythos“ und den „Glauben“ zum Zentrum ihrer theoretischen Anschauungen über das Verhältnis von Theorie und Aktion machten.¹⁵⁶⁶ Mythos und Glaube würden die Massen vorwärtstreiben – letztlich kommt hier eine (vor)bürgerliche Kapitalismuskritik zum Vorschein, die dem rational-strategischen Denken eine irrationale Gegenkonzeption entgegenhält und die „Masse“ als von ihrer eigenen Rückständigkeit getriebene gesellschaftliche Kraft begreift. Das handelnde Subjekt ist hier nicht der sich selbst bewusste Mensch, sondern die Parteiführung, die ein irrationales Denken zum Programm erhebt. Elemente dieses Denkens finden sich auch im anarchistischen „Unmittelbarkeitskult“: Bewusstseinsveränderung für die „Masse“ wird durch die „Aktion“ der revolutionären Minderheit erreicht. Nicht die determinierte Geschichte¹⁵⁶⁷ oder der Mythos treiben hier die Masse zur Aktion, sondern die geschaffenen Umstände, die von den Anarchisten initiiert wurden.

Lassen sich nun Irrationalismus und Rationalismus aufheben? Der Gegensatz von Unbewusstsein und Bewusstsein wird durch die Bewusstwerdung aufgehoben, folglich spielt die Reflektion (welche eine Bedingung der Erkenntnis ist) des Irrationalen eine bedeutende Rolle. Das irrationale Denken kann dabei nicht vom rationalen Denken geschieden oder das eine gegen das andere ausgespielt werden, weil der „Irrationalismus einer utopischen Praxis“ dem Rationalismus weiterhin zum Durchbruch verhelfen muss.¹⁵⁶⁸ Fortschritt, soll er nicht nur ein technischer, sondern ein gesellschaftlicher sein, ist auf die Suche nach Sinn, nach Vernunft und wertender Entscheidung angewiesen, welche

¹⁵⁶⁴ Vgl. Autorenkollektiv, *Wir warn die stärkste der Partein...* Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977.

¹⁵⁶⁵ Dworczak, 1987, S. 229.

¹⁵⁶⁶ Vgl. Cardorff, 1980, S. 45–50.

¹⁵⁶⁷ Bernstein konnte sich mit seinem Ausspruch „Die Bewegung ist mir alles, das Ziel nichts“ auf den (explizit) sozialdemokratischen Standpunkt stellen, dass der geschichtliche Prozess automatisch in Richtung Sozialismus laufe (Determiniertheit der geschichtlichen Entwicklung).

¹⁵⁶⁸ „Weil aber diese Neugeburt einer sozialen Einheit bereits in die rationalistische Epoche fällt, weist das proletarische Denken vielleicht noch im gesteigerten Maße als das bürgerliche das Element des Rationalismus auf (...). [Aber] Die proletarische Rationalisierung kann (...) solange sie eine Opposition ist, nicht jenes irrationale Element entbehren, das zu einer jeden ‚Aktion‘ notwendig ist.“ (K. Mannheim, *Konservatismus*. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, Frankfurt/M. 1984, S. 88.)

sich scheinbar irrational dem Schein des Rationalen entgegenstellen. Im Rationalen scheint der Irrationalismus gebannt, doch da er nur in diesem aufgehoben wurde, bemächtigt sich seine verleugnete Existenz der rationalen Vernunft und wirkt als Mythos bzw. als Glaube an die Vernünftigkeit des Rationalismus weiter. Sowohl die Reflexion über das eigene optimistische (oder pessimistische Denken), dass in die politischen Analysen von Organisationen eingehen müsste, wie auch die Reflexion über die Notwendigkeit von Irrationalismus und die „Beschränktheit“ von Rationalismus wären notwendige Bestandteile einer Diskussion, die Enttäuschungen vermeiden hilft und der gesellschaftlichen Wirklichkeit näher kommt.

Abkürzungsverzeichnis:

AGM	Arbeitsgruppe Marxismus
AIK	Antiimperialistische Koordination Wien
AKL	Arbeitskreis Leben
AL	Antifaschistische Linke
ALÖ	Alternative Liste Österreich
ALW	Alternative Liste Wien
AMAS	Arbeitskreis marxistischer und antiautoritärer Schüler
AML	Arbeitskreis marxistischer Lehrlinge
ANR	Aktion Neue Rechte
Antikapitalistas	Antikapitalistisches Netzwerk
ASF	Austriens Social Forum
ASJG	Autonome Sozialistische Jugendgruppen
ATG	Arbeitsgemeinschaft Trotzkistischer Gewerkschafter
ATS	Arbeitsgemeinschaft Trotzkistischer Schüler
BFS	Bewegung für den Sozialismus
B&G	Betrieb- und Gewerkschaft
BKD	Bund der Kommunisten Deutschlands
BL (Spartacus)	Bolschewiki-Leninisten
Bolfra	Bolschewistische Fraktion
BRKI	(Bewegung) Bund für eine revolutionäre kommunistische Internationale
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BT	Bolschewistische Tendenz
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
CCDS	Comité pour l'unité contre le démantèlement social
CWI	Committee for a Workers' International
DFU	Deutsche Friedensunion
DS	Demokratische Sozialisten
EAP	Europäische Arbeiterpartei
ELC	European Labours Committees
FMR	Frazione Marxista Rivoluzionaria
FNL	Föderation Neue Linke
FÖJ	Freie Österreichische Jugend
FSG	Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter
FSZ	Fortschrittliche Studentenschaft Zürich
TF	Trotzkistische Fraktion
GAB	Grüne und Alternative Basel
GAE	Gewerkschaftliche Aktionseinheit
GAG	Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft
GAL	Grün-Alternative-Liste
GAM	Gruppe Arbeitermacht
GBK	Gruppe Berliner Kommunisten
GBS	Grünes Bündnis Schweiz
GE	Gewerkschaftliche Einheit
GI	Gruppe Internationale
GIM	Gruppe Internationale Marxisten
GIS	Gruppe Internationale SozialistInnen
GLB	Gewerkschaftlichen Linksblock
GOA	Gruppe oppositioneller Arbeiter
GOGs	Gruppen Oppositioneller Gewerkschafter
GOR	Gruppo Operaio Rivoluzionario

GPS	Grüne Partei der Schweiz
GRK	Gruppe Revolutionärer Kommunisten (Trotzkisten)
GRS	Gruppe Revolutionäre SozialistInnen/Vierte Internationale
GRS	Gruppen Revolutionärer Studenten
GSG	Gruppe sozialistischer Gewerkschafter
GSJ	Gruppen sozialistischer Jugend
GSoA	Gruppe Schweiz ohne Armee
GTS	Groupe Trotskiste de Suisse
IAK	Internationale Arbeiterkorrespondenz
IAL	Internationale Arbeiterliga
IAV	Internationale Arbeitervereinigung
IBT	Internationale Bolschewistische Tendenz
ICL	International Communist League
IdK	Internationale der Kriegsdienstgegner
IKD	Internationale Kommunisten Deutschlands
IKL	Internationale Kommunistische Liga
IKÖ	Internationale Kommunisten Österreichs
IKS	Internationale Kommunisten der Schweiz
IKVI	Internationales Komitee der Vierten Internationale
ILO	Internationale Linke Opposition
IMG	International Marxist Group
IMT	Internationale Marxistische Tendenz
IMT	Internationale Mehrheitstendenz
Inprekorr	Internationale Pressekorrespondenz
intakt	Internationalistische Aktion
IÖAG	Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner
IPZ	Institut für politologische Zeitfragen
IRK	Internationale Revolutionäre Kommunisten
IRMA	Internationale Revolutionäre Marxistische Assoziation
IRMT	Internationale revolutionäre marxistische Tendenz
IRO	Initiative für eine revolutionäre Organisation
IS	Internationale Sozialisten
IS	Internationales Sekretariat
ISA	Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation
ISF	Internationales Sozialistisches Forum
ISG	International Socialist Group
isl	internationale sozialistische linke
ISO	Internationale Sozialistische Organisation
ISR	International Socialist Resistance
IS	Internationale Sozialisten
iSt	Internationale Spartakistische Tendenz
ISVI	Internationales Sekretariat der Vierten Internationale
IT	Internationalistische Tendenz
ITO	Internationale Trotzkistische Opposition
IUSY	International United Socialist Youth
IVKK	Internationales Verbindungskomitee der Kommunisten
IZ	Internationales Zentrum für den Wiederaufbau der IV. Internationale
JP	Jeunesses progressistes vaudoises
JRE	Jugend gegen Rassismus in Europa
KAG	Kommunistische Arbeitergruppe
KAI	Komitee für eine Arbeiterinternationale
KfsV	Komitee für soziale Verteidigung

K-Gruppen	Kommunistische Gruppen
KHD	Kärntner Heimatdienst
KJD	Kommunistische Jugend Deutschland
KJO	Kommunistische Jugendorganisation – Spartacus
KJÖ	Kommunistische Jugend Österreichs
KL	Kommunistische Liga
KLD	Kommunistische Liga Deutschland
KO	Kommunistische Organisation (Spartacus)
KOVI-BRD	Kommunistische Organisation für die Vierte Internationale
KPO	Kommunistische Partei-Opposition
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
KT	Kompaß-Tendenz
LCR	Ligue Communiste Révolutionnaire
LCR/ETA VI	Liga Communista Revolucionaria
LFI	Liga für die 5. Internationale
LPYS	Labour Party Young Socialists
LRKI	Liga für eine revolutionär kommunistische Internationale
LRP	Liga für die Revolutionäre Partei
LTF	Leninistisch-trotzkistische Fraktion
LTT	Leninistisch-trotzkistische Tendenz
MAS	Marxistische Aktion der Schweiz
ML	Marxisten-Leninisten
MLS	Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation
MOMA	Monatsmagazin
MSG	Marxistische Studentengruppe
NA	Neuen Avantgarde
NII	Notwendige Internationale Initiative
NK	Nationale Konferenz
NDP	National-Demokratische Partei
ÖBL	Österreichische Bolschewiki-Leninisten
OCR	Communiste Révolutionnaire
OG	Organisation Gegen den Strom
OK	Organisationskomitee für den Wiederaufbau der Vierten Internationale
ÖMV	Österreichische Mineralölverwaltung Aktiengesellschaft
OST	Organisation Socialiste Travailleurs
PA	Proletarische Aktion
PdAS	Partei der Arbeit der Schweiz
PK	Paritätisches Komitee für den Wiederaufbau (Reorganisierung) der Vierten Internationale
POB	Progressive Organisation Basel
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
POP	Parti Ouvrier Populaire
PSA	Partito socialista autónomo
PSG	Partei für soziale Gleichheit
PT	Parti Travailleurs
PTS	Partido de los Trabajadores por el Socialismo
RAJÖ	Revolutionäre Arbeiterjugend
RAPÖ	Revolutionäre Arbeiterpartei Österreichs
RAZ	Revolutionäre Aufbauorganisation
RCP	Revolutionary Communist Party
RIJ	Revolutionäre Internationale der Jugend
RJO	Revolutionäre Jugendorganisation

RKJ	Revolutionär-Kommunistische Jugend
RKL	Revolutionär Kommunistische Liga
RKÖ	Revolutionäre Kommunisten Österreichs
RM	Revolutionärer Marxismus
RMF	Revolutionär Marxistische Fraktion
RML	Revolutionär Marxistische Liga
RS	Réunion Spéciale
RSB	Revolutionär Sozialistischer Bund
RSJ	Revolutionäre Sozialistische Jugend (Jugendorg. der GIM)
RSJ	Revolutionäre Sozialistische Jugend (Jugendorg. der SAP)
RWP	Revolutionary Workers Party
SAB	Sozialistischer Arbeiterbund
SAG	Sozialistische Arbeitergruppe
SAI	Sozialistische Arbeiterinitiative
SAJS	Sozialistische Arbeiterjugend der Schweiz
SAK	Sozialistische Arbeiterkonferenz
SAP	SchülerAktionsPlatform
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei (Abspaltung von SPD in den Dreißigern)
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei (umbenannte RML)
SAP	Sozialistische Arbeiterpolitik
SARA	Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte
SAV	Sozialistische Alternative (VORAN)
SAZ	Sozialistische Arbeiterzeitung
SBAS	Sozialistische Basis Aargau/Solothurn
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SDS	Sozialistischer Studentenbund Deutschlands
SGA	Sozialistisch-Grüne Alternative
SGL	Sozialistische Gruppe Ludwigshafen
SI	Sozialistische Initiative
SIP	Sosyalist Isciler Partisi
SJB	Sozialistischer Jugendbund
SJ	Sozialistische Jugend Österreichs
SL	Sozialistische Liga
SOAL	Sozialistische Alternative
SOPÖ	Sozialistische Politik
SÖS	Sozialistische Österreichische Studentenbund
SOV	Sozialistische Offensive Vorwärts
SoZ	Sozialistische Zeitung
SP	Socialist Party
SpAD	Spartakist-Arbeiterpartei
SWI	Sozialistischer Widerstand International
SWP	Socialist Workers Party
T1	Tendenz 1
TILC	Trotzkistisches Internationales Liaison-Komitee
TLD	Trotzkistische Liga Deutschlands
TNK	Tendenz Neuer Kurs
UAP	Unabhängige Arbeiterpartei
UCPO	Union des cercles pour une politique ouvrière
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UG	Unabhängige Gewerkschaft
UIT	Unidad Internacional de los Trabajadores
VAA	Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik

VDS	Verband demokratischer Studenten
VGÖ	Vereinte Grüne Österreichs
VL	Vereinigte Linke
VMA	Vereinigung Marxistischer Arbeiter
VMA	Verband Marxistischer Arbeiterjugend
VMS	Verband Marxistischer Studenten
VO	Voce Operaia
VSM	Verband Sozialistischer Mittelschüler
VSP	Verein für solidarische Perspektiven e.V.
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei
VStÖ	Verband Sozialistischer Studenten Österreichs
VSVI	Vereinigtes Sekretariat der Vierten Internationale
VUS	Vereinigung unabhängiger Sozialisten
WASG	Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit
WP	Workers Power
WRP	Workers Revolutionary Party
WSL	Workers Socialist League
WSWS	World Socialist Website
ZK	Zentralkomitee

Abbildungsverzeichnis:

Abb. 1: Deutsche Linke und Trotzkisten im Zeitvergleich (Quelle: Zahlen aus den Verfassungsschutzberichten von 1976-2003.).....	79
Abb. 2: Mitgliederentwicklung einzelner Gruppen zur Gesamtentwicklung (Quelle: Zahlen aus den Verfassungsschutzberichten von 1971-2003; Moreau/Lang, 1996; Jünke, 2001.)	80
Abb. 3: Vergleich: Anzahl von Gruppen und Mitgliedern. (Quelle: Zahlen aus Verfassungsschutzbericht 1976-2003)	80
Abb. 4: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von sozialer Umwelt und sozialen Bewegungen	171
Abb. 5: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von politischer Orientierung und sozialer Bewegung	172
Abb. 6: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von Typen von Organisationen und sozialer Bewegung	173
Abb. 7: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von Konkurrenzsituation der Organisationen untereinander und sozialer Umwelt	174
Abb. 8: Wandel von Organisationen im Spannungsverhältnis von internen Prozessen in Abhängigkeit von Typen der Organisation.....	175
Abb. 9: Politische Aktivierung anhand ausgewählter Aktionsformen in der BRD (Quelle: Neidhardt; Rucht, 2001, S. 55; und eigene Berechnungen).....	219
Abb. 10: Stammbaum der trotzkistischen Internationalen.....	299
Abb. 11: Stammbaum der deutschen trotzkistischen Organisationen	300
Abb. 12: Stammbaum der österreichischen trotzkistischen Organisationen.....	301
Abb. 13: Stammbaum der schweizerischen trotzkistischen Organisationen	302

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Relation häufig genannter Begriffe zum Thema Krieg.	177
Tabelle 2: Relation häufig genannter Begriffe zum Thema Sozialpolitik.	179

Bibliographie

1. Ungedruckte Quellen

Archive

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Periodika

Z 13332: ZK-Materialien der GIM

Jugendarbeit. ZK-Material Nr. 1/83

ZK-Vorlage „Unsere nächsten Aufgaben“ zur Behandlung unter dem TOP „Frieden“. ZK-Material, Nr. 2/83.

Ernst machen womit? Mit einer Politik die eingreift in Umgruppierungsprozesse. ZK-Sitzung 15./16.X.85, Material II.

Z 13046

„Was will die ‚Commune‘?“ in: *Commune! Revue des revolutionären Marxismus*, Nullnummer, Januar 1977.

Z 13163

„Kommunistische Liga gegründet oder: Der Maulwurf gräbt auch in der BRD“, in: *Revolution*, Nr. 1, Mai 1978.

XX 3029

Ulrich, H.: „Die GIM im Wahlkampf. Teil 1“, in: *Der Funke*, Nr. 108. 10. September 1976, S. 8/9.

Erklärung des Internationalen Komitees der IV. Internationale, in: *Der Funke*, Nr. 1 bis Nr. 3, Februar und März 1972.

Broschüren

C 85-1439; C 98-2367 Jungsozialisten in der SPD, Köln: *Die 4 1/2te Internationale und die Rolle ihrer Anhänger bei den Jusos und in der SPD*, Köln 1979.

Sammlung Hermann Weber – Trotzkismus-Archiv

Ordner (Box) Nr. 48:

Das Junge Wort, Nr. 95, 10. Juni 1973.

ISA, ISF, BF: An die Delegierten der Nationalen Konferenz der GIM, 26.06.1980.

Ordner (Box) Nr. 37 (Nachlass G. Bartsch):

Bartsch, Günter: Selbstzerstörung des Spartacusbundes?

Ordner (Box) Nr. 73:

Typoskript, 6.10.1976.

Fraktionserklärung der Proletarischen Fraktion, 12. Juni 1977.

Archiv der sozialen Bewegungen Freiburg (ASF)

9.1.5 Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)

9.1.5 III. Überregionale Mitteilungsblätter, Rundbrief (1974 bis 1982), Vietnam-Info

RKJ-Info, Nr. 5, Oktober 1970.

RKJ-Info, Nr. 8, Dezember 1970.

Zentraler Rundbrief, Nr. 27, 7/1970.

Rundbrief, Nr. 15 (neue Nummerierung), 23.04.1982

9.1.5 IV. GIM-Broschüren

Für eine revolutionär-sozialistischen Jugendorganisation. Resolution der Delegierten-Konferenz der GIM zur Jugendarbeit, Juni 1982.

9.1.12 Spartacus-Gruppen

IV. *Spartacus*. Zentralorgan von Spartacus (Bolschewiki-Leninisten).

Internationale Korrespondenz. Bulletin der IKD zum Aufbau der vierten Internationale. Nr. 1, März 1973.

Spartacus, Nr. 26, Dezember/Januar 1972.

9.1.13 Sonstige Trotzkisten

I. Sozialistische Arbeitergruppe

Beilage zu *Klassenkampf*, Nr. 25/26, Juli/August 1973

Klassenkampf

„Politische Plattform“, in: *Klassenkampf*, Nr. 38/39, August/September 1974.

VI. Diverse

Sozialistische Liga

„Editorial“, in: *Aktion*, Nr. 2, 12. März 1982.

Internationale Revolutionäre Kommunisten

Die Junge Garde – für die revolutionäre Internationale der Jugend, Nr. 12, Mai 1972.

Kommunistische Liga

ASF: 9.1.13.VI *Revolution*, Sondernummer, Juni 1982.

VII. Gruppe Arbeitermacht

„Generalstreik – der Weg zum Sieg!“ in: *Arbeitermacht*, Nr. 1, Juli 1984

Grundlegende Prinzipien unseres Programms. Politische Plattform der Gruppe Arbeitermacht, Frankfurt/M., Dezember 1983, (Schriftenreihe der Gruppe Arbeitermacht, Nr. 2).

Offener Brief an die GIM Ortsgruppe MZ/WI.

Broschüren:

Bro. 12.0.2.117. Kritisches Forum / Revolutionäre Gruppe Basel / Rupture pour le communisme (Hrsg.), *Kaiseraugst: 1 Jahr Kampf gegen das Atomkraftwerk, 1 Jahr Erfahrungen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat*, o. O., o. J.

Bibliothek der Arbeiterkammer Wien

B 64861/1/2 GRM (Hrsg.), *Dokumente der Nationalen Delegiertenkonferenzen der GRM 1975 und 1976*, Wien 1977.

B 64861/3 GRM (Hrsg.), *Dokumente der 3. Nationalen Delegiertenkonferenz der GRM 1978*, Wien o. J.

B 68852 GRM (Hrsg.), *Nein zu den AKWs*. Nein zur Profitgier des Kapitals. Materialien zur Anti-AKW Diskussion, Wien, o. J. [1975?].

Österreichische Nationalbibliothek

948005-C. NEU Per: *Arbeiterkampf*.

1181478-D. NEU Per: *die linke*.

1096492-D NEU Per: *Rotfront*.

Schweizer Sozialarchiv (SSA), Zürich

SSA: 335 Trotzkismus

SSA: 335 412a-13. Informationsmaterial der IKS, Zürich 1946/1947.

SSA: 335 412a-16. Marxistische Aktion der Schweiz: Ausgangspunkt, Ziel, Weg und Tagesaufgabe der deutschen Arbeiterklasse, o. O., 1949.

SSA: 335 414b-12. Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Sektion Zug: Die ersten 10 Jahre, Zug 1983.

SSA: 335 414b Z. Thesen der SAP zur Jugendbewegung, 11.10.1980.

SSA: 335 415b-1. Spartacus – Kommunistische Jugendorganisation: Die politischen Grundlagen der Kommunistischen Jugendorganisation, o. O., o. J.

SSA: Ar 65 RML/SAP national

Ar 65.11.18. Politbüro, Zentralkomitee

Mappe 2: RML/SAP PB ca. März-Mai 1988

Bemerkungen zum Stand und zum Konzept unserer Arbeit unter Jugendlichen.

Diskussionsbeitrag von Christian an die Sektion Basel, das PB und das ZK: Grüne Sammlung oder antikapitalistischer Widerstand? Basel, 11. April 1988.

Was kommt nach dem grünen Bündnis? Ein Beitrag zur Diskussion auf dem Sektionskongress. Sektionskongress 1988 SAP Zürich.

Wie kann sich das Grün-Alternative Bündnis weiter entwickeln, was ist unser Beitrag?

Wohin mit unserer Organisation? Die Wahl zwischen vier Varianten. Sektionskongress 1988 SAP Zürich.

Ar. 65.11.19. Politbüro 1988 - 1989

Mappe 1: RML/SAP PB Aug. 1988-Aug. 1989

Unser Aufbau heute.

Zur Lage der nationalen Leitung (24.5.89).

Mappe 3: RML/SAP 1988. PB ca. Januar bis Mai 1988.

Was kommt nach POCH und SAP? in: *WoZ*, Nr. 5, 5. Februar 1988, S. 4/5.

Ar 65.12.1. Interne Akten und Dokumentationen 1970–1977.

Mappe 2: Interne Berichte/Zirkulare, 1973-1975/1.

Bilanz Matisa.

Diskussionsbeitrag zur Entwicklung der Schülerarbeit seit dem zweiten Kongress. 22.11.1975.

Zur Ausrichtung der Mittelschularbeit und Präzisierung unserer Initiativen, 18.10.1974.

Mappe 3: Interne Zirkulare, 1973 – ca. 1975/6

Brief des Politischen Büros der RML an die SBAS.

Mappe 4: Interne Berichte, Zirkulare, 1976–1978.

Intern, Text über Lausanne.

Lokalpolitik, Diskussionsvorschlag der SL [Zürich, 28.3.77].

Protokoll des ZK vom 4./5. Juni 1977.

Ar 65.12.2. Interne Akten und Dokumentationen 1981–1988

Mappe 1: Zirkulare des nationalen Sekretariats, 1981/1982.

Für die Gründung einer Revolutionären Jugendorganisation. Bilanz unseres Aufbaus seit dem 5. Kongress.

Mappe 2: Zirkulare und Dokumentationen des Nat. Sekretariats, 1982–1984.

Über die Feminisierung der SAP.

Ar 65.12.3. Finanzen 1981–1990

Jahresabschluss 88/89.

Ar 65.13.1. Thematische Akten – Historisches

Mappen 1 und 2: Unterlagen zum Ausschlussverfahren gegen vier Schaffhauser Spartakisten.

Brief von H., P., S vom 14. Mai 1984 und Brief von B. vom 16. Mai 1984.

Fraktionserklärung.

Information der ZK-Kommission an die Mitglieder der SAP. 02.07.1984.

Kurzprotokolle der ZK-Kommissionssitzung mit den Genossen B., H., P. S. Sitzung vom 2.6.84 in Zürich.

Ar 65.13.2. Staatsschutzakten, ca. 1992

Aktennotiz vom 21.5.1982.

Staatsschutzakten Maulwurf, 8.2.1980.

Staatsschutzakten Maulwurf, 21.3.1983.

Ar 65.13.7. Dokumentation AKW, 1986–1989

Wie legen wir die AKW still?

Ar 65.14.2 Basel

Mappe 4: RML/SAP Basel 1987–1990

Antikapitalistisches Bündnis und Aufbau einer sozialistischen Organisation, August 1990.

Einige Überlegungen zur laufenden Diskussion.

Situationsbericht der Sektion Basel der SAP, Mai 1988.

Ar 65.14.3. Bern, Luzern

Mappe 2: RML/SAP Bern SAP/Grünes Bündnis 1986–1990.

Thesen zum Aufbau in Bern.

Ar 65.14.15. Frauenarbeit 1979–1987

Mappe 3: National Frauenkommission 1984–1987.

OFRA-MOZ-SAP: Ihre Entwicklung und ihr Verhältnis zueinander.

Ar. 65.15.2. RSJ 1978–1986

Statuten der Revolutionäre Sozialistischen Jugendorganisation RSJ, 20. März 1983.

Bilanz des nationalen RSJ-Aufbaus [um 1985].

Ar 65.17.2 Internationales Kommunistisches Sekretariat (IKS), Schulungsunterlagen und Textsammlung 1943–1970.

Mappe 3: Proletarische Aktion der Schweiz (PA), 1949–1970

„Von der ‚Proletarischen Aktion‘ zum ‚Klassenkampf‘ und zum Marxistischen Kampfbund“, in: *Klassenkampf*, Nr. 1, 1946, S. 1/2.

Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), ETH Zürich

SAD – Schweizerischer Aufklärungsdienst / Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie

5.1.3.9. Revolutionär-Marxistische Liga (RML)

230 RML

Bresche, vierseitiges Flugblatt zur Kandidatur der RML bei den kantonalen Wahlen 1975.

233 RML Außenpolitik

Unsere Meetings, in: *Bresche*, Nr. 18, April 1973.

RML: „Franco tot – Nieder mit der Diktatur“.

Maulwurf: „Franco ist abgekratzt, nieder mit dem Franquismus“.

5.1.6.4.1. Bresche Hochschule

281 Bresche Hochschulgruppe (BHG):

„Klassenkämpfer für die Universität?“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Morgenausgabe Nr. 2, 22. Mai 1973

5.1.13.2. Neue Linke, Aargau

351 Sozialistische Basis Aargau/Solothurn.

Müller, F.: „Zersplitterung der Aargauer Oppositionellen. Das ‚Team 67‘ und die Folgen“, in: *National Zeitung*, 11. Juli 1973.

„Zusammenschluß zwischen SBAS und RML/LMR. Gemeinsame Erklärung“, in: *bresche*. Organ der Revolutionären Marxistischen Liga, Zürich, Nr. 31, Mai 1974.

IPZ – Institut für politologische Zeitfragen, Archiv

RML 1.0.0.-1.5.0.

Ligue marxiste révolutionnaire (LMR), Oktober 1973, 11 Seiten.

Flechtner, M.-R.: „Der Revolution den Weg ebnen. Ziele und Arbeitsmethoden der linksextremen Bewegungen in der Schweiz“, in: *Der Bund*, Nr. 281, 1. Dezember 1974, S. 5/6.

„Und wenn die Marxisten doch recht hätten?“ in: *Walliser Bote*, 31. August 1973.

„Die Ligue marxiste révolutionnaire und der Mini-Spion“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14. Mai 1973.

„Revolutionär Marxistische Liga tagt in Zürich“, in: *Die Ostschweiz*, 2. März 1976.

„Krisenzeichen bei der RML“, in: *Aargauer Tagblatt*, Ausg. Neue Bürgerzeitung, 30. März 1976.

„RML will an Nationalratswahlen teilnehmen“, in: *Luzerner Neueste Nachrichten*, 4. Juli 1978.

„RML besetzte Konsulat in Genf“, in: *Tagesanzeiger*, 30. Oktober 1976.

„Argentinische Botschaft besetzt“, *Berner Nachrichten*, 31. Mai 1978.

„RML-Leute im iranischen Konsulat in Genf“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 24. August 1979.

Sozialversicherung: Der Gegenvorschlag des Bundesrates als Teil der Unternehmeroffensive! Uni-Bresche, Flugblatt.

IPZ – Institut für politologische Zeitfragen, Informationen

Horchem, Hans Josef: „Kommunistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“, in: *IPZ-Informationen*, Zürich, Nr. S/18, Juni 1980.

wf – Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft

wf-Archiv I+II

17.4.11.1. RML/SAP

„Basisriß bei den Tessiner Autonomen Sozialisten“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. Juni 1973.

23.8.4. SAP

„In 13 Jahren 250 Breschen geschlagen“, in: *Bresche*, Nr. 250, 2. Juli 1984.

„Sozialistische Jugendorganisation gegründet“, in: *Baseler Zeitung*, 21. März 1983.

PA Biographische Sammlung – Personendossiers

„Hanspeter Uster, Justiz und Polizeidirektor. Chnuschpi regiert“, in: *Das Magazin*, Nr. 45, 8./9. November 1991, S. 14.

„Josef Lang holt Hajo Leuteneggers Sitz“, in: *Neue Luzerner Zeitung*, 20. Oktober 2003.

Briefe und Emails von:

KOVI-BRD an den Autor vom 12.01.2004

ITO an den Autor vom 09.02.2004

SLP an den Autor vom 15.10.2004

Jakob Moneta an den Autor vom 09.11.2005

Jakob Moneta an den Autor vom 15.12.2005

Michael Pröbsting an den Autor vom 14.02.2006

Sonja Grusch an den Autor vom 20.02.2006

Robert Eiter an den Autor vom 13.03.2006

Peter Berens an den Autor vom 26.10.2006

Interviews und Gespräche mit:

Wilfried Dubois am 15.04.2004

Michael Pröbsting am 7.11.2004

Hermann Dworczak am 10.11.2004

Sonja Grusch am 12.11.2004

Helmut Wendler am 12.03.2005

Jürgen Rahlmeyer am 30.03.2005

Klemens Alff am 31.03.2005

Heino Berg am 1.04.2005

Winfried Wolf am 16.04.2005

Rolf ? und Lothar Moser am 14.05.2005

2. Gedruckte Quellen

Aufsätze und Monographien

Abendroth, Wolfgang: „Zum Problem der Rolle der Studenten und der Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen der spätkapitalistischen Gesellschaft. Kritische Bemerkungen zur Analyse Herbert Marcuses“, in: *Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft*, Berlin, 9. Jg., Nr. 45, Dezember 1967, S. 408–413.

Adamo, Hans: *Antileinismus in der BRD*. Tendenzen, Inhalt und Methoden der Leninfälschung in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung des internationalen Leninjahres 1970, Frankfurt/M.: Marxistische Blätter, 1970, (Marxistische Taschenbücher).

Adorno, Theodor W.: „Der Positivismus

sstreit in der deutschen Soziologie“, in: ders., *Aufsätze zur Gesellschaftstheorie und Methodologie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1970, (Theorie), S. 167–245.

Zuerst veröffentlicht als Einleitung in: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Neuwied u. Berlin: Hermann Luchterhand, 1969, (Soziologische Texte, Bd. 58).

Adorno, Theodor W.: „Zur Logik der Sozialwissenschaften“, in: ders., *Aufsätze zur Gesellschaftstheorie und Methodologie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1970, (Theorie), S. 108–128.
Korreferat, gehalten im Oktober 1961.

Agnoli, Johannes / Mandel, Ernest: *Offener Marxismus*. Ein Gespräch über Dogmen, Orthodoxie und die Häresie der Realität, Frankfurt/M. u. New York: Campus, 1980.

Alexander, Robert J.: *International Trotskyism, 1929-1985. A Documented Analysis*, Durham u. London: Duke University Press, 1991, (Hoover Institution Publications, Bd. 119).

- Ali, Tariq: *Street Fighting Years*. Autobiographie eines '68ers, aus dem Englischen übersetzt von Monika Claus-Feikert, Köln: Neuer ISP Verlag, 1998.
- Alles, Wolfgang: *Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930*, 2. Aufl., Köln: Neuer ISP Verlag, 1994, (Wissenschaft und Forschung, Bd. 1).
- Anderson, Perry: *Über den westlichen Marxismus*, aus dem Englischen übersetzt von Reinhard Kaiser, Frankfurt/M.: Syndikat, 1978.
- Angerer, Ulrich: „Trotzkismus in Österreich von den 20er Jahren bis heute“, in: *Marxismus*, Wien, Nr. 9, September 1996, S. 11–217.
In der 2. Ausgabe, 1997: S. 12–227.
- Aubert, Jean-François: *So funktioniert die Schweiz*. Dargestellt anhand einiger konkreter Beispiele, Muri bei Bern: Cosmos, 1980.
Originalausgabe 1978.
- Autorenkollektiv: *Wir warn die stärkste der Partein...* Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen. Berlin: Rotbuch, 1977, (Rotbuch, Bd. 177).
- Autorenkollektiv: *Kleines politisches Wörterbuch*, 2. Ausg., Berlin: Dietz, 1973.
- Autorenkollektiv (unter Leitung von Norbert Madloch): *Linksradikalismus*. Linksradikale Kräfte in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin: Dietz, 1989.
- Ayberk, Ural: „Die Schweizer und die Politik“, in: Anna Melich (Hrsg.), *Die Werte der Schweizer*, Bern usw.: Peter Lang, 1991, S. 233–273.
- Backes, Uwe / Jesse, Eckhard: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Propyläen, 1993.
- Backes, Uwe: *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten*. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1989.
- Barnett, Vincent: *Kondratiev and the Dynamics of Economic Development*. Long Cycles and Industrial Growth in Historical Context, Basingstoke, Hampshire, u. London: Macmillan Press; New York: St. Martin's Press, 1998, (Studies in Russian and East European History and Society).
- Barnett, Vincent: „Trotsky, Kondrat'ev, and Long Waves“, in: *Journal of Trotsky Studies*, Glasgow, Nr. 2, 1994, S. 1–15.
- Bartsch, Günter: *Trotzkismus als eigentlicher Sowjetkommunismus?* Die IV. Internationale und ihre Konkurrenzverbände, Berlin u. Bonn-Bad Godesberg: J. H. W. Dietz Nachf., 1977, (Internationale Bibliothek, Bd. 98).
- Beck, Ulrich: *Was ist Globalisierung?* Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1997, (Edition Zweite Moderne).
- Beiersdorfer, Kurt: „Kommunistische Politik in der Sackgasse. Bemerkungen zum Beschuß des ZK des KBW zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten“, in: Winfried Wolf / K. Beiersdorfer, *Kritik des westdeutschen Maoismus*, Frankfurt/M.: Internationale Sozialistische Publikationen, 1975, (Rote Hefte, Nr. 7), S. 90–111.
- Bellers, Jürgen: *Betrachtungen zur Außenpolitik in China, Rußland und Indien*, Siegen: Scylda, 2006, (Schriftenreihe des Faches Politikwissenschaft).
- Bensaïd, Daniel: *Was ist Trotzkismus?* Ein Essay, aus dem Französischen übersetzt von Harald Etzbach, Paul B. Kleiser, Patrick Ramponi, Köln: Neuer ISP Verlag, 2004.
- Bilz, Fritz: „Auferstanden aus Ruinen. Neugründung, Konsolidierung, Anpassung – Die Zeit von 1945 bis 1960“, in: Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Köln (Hrsg.), „...die treiben es ja auch zu weit“. 75 Jahre Kölner Jusos – ein Sammelband, Dortmund: spw, 1996, S. 34–52.
URL: <http://www.spw-rheinland.de/index.php?lang=1&idcatseite=170> (13.08.2004).
- Blum, Roger: „Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986“, in: *SVPW-Jahrbuch Annuaire ASSP*, Bern, Bd. 26: Politische Parteien und neue Bewegungen, 1986, S. 119–150.
- Boller, Hans: *Jugendradikalisierung und Neue Linke in der Schweiz*, Diss. Universität Zürich, Zürich: Juris, 1976.

- Bourseiller, Christophe: „Doktrinärer Rigorismus und strategischer Pragmatismus – Trotzki und der Trotzkismus“ [aus dem Französischen übersetzt], in: Uwe Backes u. Stéphane Courtois (Hrsg.), „*Ein Gespenst geht um in Europa*“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln: Böhlau, 2002, (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 20), S. 213–228.
- Brand, Karl-Werner: „Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen“, in: Roland Roth / Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. u. New York: Campus, 1987, S. 30–44.
- Brand, Karl-Werner / Büsser, Detlef / Rucht, Dieter: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft*. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, 2. Ausg., Frankfurt/M. u. New York: Campus, 1986, (Reihe Campus, Bd. 1011).
- Brandt, Peter / Steinke, Rudolf: „Die Gruppe Internationale Marxisten“, in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteien-Handbuch*. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1980, Bd. II: FDP bis WAV, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984, (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 39), S. 1599–1647.
- Brenner, Robert: *Boom & Bubble*. Die USA in der Weltwirtschaft, aus dem amerikanischen Englisch übertragen von Frieder Otto Wolf, Hamburg: VSA, 2002. Originalausgabe 2002.
- Brenner, Robert / Glick, Mark: „Der Regulationsansatz: Theorie und Geschichte“ (aus dem Englischen übersetzt von Martin Jakob), in: *Marxismus*, Wien, Nr. 14, Juli 1999, S. 37–129. Zuerst veröffentlicht in *new left review*, London, Nr. 188, Juli/August 1991.
- Butterwegge, Christoph: *SPD und Staat heute*. Ein Beitrag zur Staatstheorie und zur Geschichte der westdeutschen Sozialdemokratie, Berlin: das europäische buch, 1979.
- Cardorff, Peter: *Irrationalismus und Rationalismus in der sozialistischen Bewegung*. Über den Zugang zum sozialistischen Handeln, Hamburg: Junius, 1980.
- Challand, Benoît: *La Ligue marxiste révolutionnaire en Suisse romande (1969-1980)*, mit einem Vorwort von Marc Vuilleumier, Fribourg: Chaire d'histoire contemporaine de l'Université du Fribourg, 2000, (Aux sources du temps présent, Bd. 6).
- Chun, Lin: *Wortgewitter*. Die britische Linke nach 1945, aus dem Englischen übersetzt von Birgit Brandt, Hamburg: Rotbuch, 1996. Originalausgabe 1993.
- Cliff, Tony: *State Capitalism in Russia*, mit einer Einleitung u. einem Nachwort von Chris Harman, London, Chicago, Melbourne: Bookmarks, 1988. Geschrieben 1948; erste Buchausgabe 1955.
- Cliff, Tony: *A World to Win*. Life of a Revolutionary, mit einer Einleitung von Paul Foot, London, Chicago u. Sydney: Bookmarks, 2000.
- Cohn-Bendit, Gabriel / Cohn-Bendit, Daniel: *Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus*, aus dem Französischen übersetzt, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1968, (rororo aktuell, Bd. 1156/1157).
- Dahmer, Helmut: „1968‘ und die Folgen“, in: *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, hrsg. von Bärbel Danneberg, Fritz Keller, Aly Machalicky, Julius Mende, Wien: Döcker, 1998, S. 23–34.
- Dahmer, Helmut: „Zur Geschichte der ‚Permanenten Revolution‘, *Politische Orientierungen*. Marxismus und Stalinismus. Politische Pädagogik. Außerparlamentarische Opposition. Psychoanalyse und Gesellschaft, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 1973, (Fischer-Taschenbuch, Bd. 6214), S. 9–33.
- Demirovic, Alex: „Regulation und Hegemonie. Intellektuelle, Wissenspraktiken und Akkumulation“, in: Alex Demirovic / Hans-Peter Krebs / Thomas Sablowski (Hrsg.), *Hegemonie und Staat*. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster: Westfälisches Dampfboot, 1992, S. 128–157.
- Dworczak, Hermann: „Der lange Atem oder Trotzki must wait“, in: Bernhard Kuschey (Hrsg.), *Linke Spuren*. Marxismus seit den 60er Jahren. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1987, (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 27), S. 215–232.
- Ebner, Paulus / Vocelka, Karl: *Die zahme Revolution*. '68 und was davon blieb, Wien: Ueberreuter, 1998.

- Engels, Friedrich: „Engels an August Bebel“, 20. Juni 1873, in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke*, Berlin: Dietz, 1966, Bd. 33, S. 588–592.
- Esser, Josef / Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim (Hrsg.), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg: VSA, 1994. – 235 S.
- Fisahn, Andreas: „Kritische Staatstheorien“, in: *Sozialismus*, 33. Jg., Heft 4, April 2006, S. 25–33.
- Foltin, Robert: *Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich*, Wien: Edition Grundrisse, 2004.
- Frank, Pierre: *Die Geschichte der IV. Internationale*, im Anhang: Der 10. Weltkongreß der IV. Internationale, [aus dem Französischen übersetzt], Hamburg: Internationale Sozialistische Publikationen, o. J. [1974].
Originalausgabe 1969.
- Friedrich, Carl J., unter Mitarbeit von Zbigniew K. Brzezinski: *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart: W. Kohlhammer, 1957.
- Fülberth, Georg: *G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus*, Köln: PapyRossa, 2005.
- Fülberth, Georg: *KPD und DKP 1945–1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung*, Heilbronn: Distel, 1990, (Distel Hefte, Beiträge zur politischen Bildung). – 215 S.
- Fülberth, Georg: „Thesen zur westeuropäischen Sonderstellung der westdeutschen Arbeiterbewegung in der Krise 1973 ff.“, in: *Abendroth-Forum. Marburger Gespräche aus Anlaß des 70. Geburtstags von Wolfgang Abendroth*, hrsg. von Frank Deppe, Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Rainer Rilling, Hans Karl Rupp, Theo Schiller, Karl Theodor Schuon, Burkhard Tuschling, Marburg: Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, 1977, (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung. Bd. 6), S. 52–55.
- Ganguillet, Gilbert: „Formen der politischen Artikulation“, in: *Politische Aktivierung in der Schweiz, 1945–1978*, hrsg. von Hanspeter Kriesi, René Levy, Gilbert Ganguillet, Heinz Zwicky, Diessenhofen: Rüegger, 1981, S. 421–547.
- Gellrich, Günther: *Die GIM. Zur Politik und Geschichte der Gruppe Internationale Marxisten 1969–1986*, mit einem Vorwort von Jakob Moneta, Köln: Neuer ISP Verlag, 1999, (Wissenschaft & Forschung, Bd. 14).
- Gilcher-Holtey, Ingrid: „1968 in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich“, in: *1968 – ein europäisches Jahr?* hrsg. von Etienne François, Matthias Middell, Emmanuel Terray, Dorothee Wierling, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 1997, (Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, Bd. 6), S. 67–77.
- Gilg, Peter: *Jugendliches Drängen in der schweizerischen Politik. Struktur, Ziele und Aktionsformen von politischen Gruppen der jungen Generation*, Bern: Francke, 1974, (Helvetia Politica. Schriftenreihe des Forschungszentrums für schweizerische Politik an der Universität Bern, Series B, Vol. IX).
- Göbel, Uwe: „Trotzkisten und Gewerkschaften“, in: *Gewerkschaftsreport* des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, 13. Jg., Heft 3, 1979, S. 5–12.
- Grant, Ted: *The Unbroken Thread. The Development of Trotskyism Over 40 Years*, mit einer Einleitung von John Pickard, London: Fortress, 1989.
- Greiffenhagen, Martin: „Der Totalitarismusbegriff in der Regimenlehre“, in: Martin Greiffenhagen / Reinhard Kühnl / Johann Baptist Müller (Hrsg.), *Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs*, München: List, 1972, (List Taschenbücher Wissenschaft, Politik, Bd. 1556), S. 23–59.
- Gurr, Ted Robert: *Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg*, aus dem Amerikanischen übersetzt von Joachim Schulte, Düsseldorf u. Wien: Econ, 1972.
- Haasken, Georg / Wigbers, Michael: *Protest in der Klemme. Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M.: Neue Kritik, 1986.
- Habermas, Jürgen: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1973, (edition suhrkamp, Bd. 623).

- Habermas., Jürgen: *Theorie und Praxis*. Sozialphilosophische Studien, Neuausgabe, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1971, (suhrkamp taschenbuch, Bd. 9).
1. Ausgabe 1963; 1. Aufl. der Neuausgabe.
- Haldimann, Urs [Hrsg.], *Sozialismus in der Schweiz?* Pierre Aubert, Werner Carobbio, Eduard Hafner, Helmut Hubacher, Arnold Künzli, Peter Lötscher, Richard Müller, Stefan Niklaus, Karl Odermatt, Fritz Osterwalder, Jürg Stöcklin, Jean Ziegler im Gespräch mit Urs Haldimann, Basel: Lenos, 1979, (Politprint, Bd. 8).
- Hellmann, Kai-Uwe: „Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick“, in: Kai-Uwe Hellmann / Ruud Koopmans (Hrsg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung*. Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Opladen u. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998, S. 9–30.
- Hellmann, Kai-Uwe: „Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft“, in: Ansgar Klein / Hans-Josef Legrand / Thomas Leif (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen*. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen u. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1999, S. 91–113.
- Hellmann, Kai-Uwe / Klein, Ansgar: „Editorial“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 7, Heft 4, 1994, S. 2–9.
- Hirsch, Joachim: „Jugendprotest und die Theorie neuer sozialer Bewegungen“, in: Wilfried Breyvogel (Hrsg.), *Autonomie und Widerstand*. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotests, Essen: Rieddon, 1983, (Studien zur Jugendforschung, Bd. 1), S. 84–97.
- Hobsbawm, Eric J.: „The Aristocracy of Labour Reconsidered“, in: ders., *Worlds of Labour*. Further Studies in the History of Labour, London: Weidenfeld and Nicolson, 1984, S. 227–251.
- Hobsbawm, Eric J.: „Debating the Labour Aristocracy“, in: ders., *Worlds of Labour*. Further Studies in the History of Labour, London: Weidenfeld and Nicolson, 1984, S. 214–226.
- Hobsbawm, Eric J.: „Lenin und die ‚Arbeiteraristokratie‘“, in: ders., *Revolution und Revolte*. Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20. Jahrhundert, aus dem Englischen übersetzt von Irmela Rüters u. Rainer Wirtz, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1977, S. 174–184.
- Jakob, Martin: „Die Regulationstheorie. Eine Einführung“, in: *Marxismus*, Wien, Nr. 14, Juli 1999, S. 7–35.
- Jeanneret, Pierre: *Popistes*. Histoire du Parti ouvrier et populaire vaudois, 1943–2001, Lausanne: Éditions d'en bas, 2002.
- Jesse, Eckhard: „Extremismus“, in: Uwe Andersen / Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Ausg., Opladen: Leske + Budrich, 1995, S. 162–165.
- Jungclas, Georg: *Georg Jungclas*. 1902–1975. Eine politische Dokumentation. Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre, mit einem Nachwort von Ernest Mandel, Hamburg: Junius, 1980.
- Kaase, Max: „Linksextremismus“, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 2: Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik, hrsg. von Manfred G. Schmidt, München u. Zürich: Piper, 1983, S. 218–222.
- Kailitz, Steffen: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.
- Kaiser, Konstantin: „Die Kunst des Drachentötens. Bemerkungen zum ‚Maoismus‘“, in: Bernhard Kuhschey (Hrsg.), *Linke Spuren*. Marxismus seit den 60er Jahren. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1987, (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 27), S. 197–214.
- Keller, Fritz: „Mailüfterl über Krähwinkel“, in: *Die 68er*. Eine Generation und ihr Erbe, hrsg. von Bärbel Danneberg, Fritz Keller, Aly Machalicky, Julius Mende, Wien: Döcker, 1998, S. 36–67.
- Keller, Fritz: *Wien, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde*, 2. Ausg., Wien: Junius, 1988.
- Kellner, Manuel: *Trotzkismus*. Einführung in seine Grundlagen – Fragen nach seiner Zukunft, Stuttgart: Schmetterling, 2004, (Reihe Theorie.org).

- Klingemann, Hans D. / Pappi, Franz U.: *Politischer Radikalismus*. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen, München u. Wien: R. Oldenbourg, 1972.
- Koenen, Gerd: *Das rote Jahrzehnt*. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2001.
- Krebs, Mario / Prütz, Michael: „Die Westberliner Alternativ-Posse“, in: *Kritik*. Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Berlin, Nr. 18, 1978, S. 145–157.
- Krieg in Europa*. Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien, hrsg. von Johann Gaisbacher, Karl Käser, Christian Promitzer, Barbara Sax, Johann Schögler, mit einem Vorwort von Paul Parin, Linz: edition sandkorn; Frankfurt/M.: Dipa-Verlag, 1992, (Sonderreihe der „Ost-West-Gegeninformationen“, Bd. I).
- Kriesi, Hanspeter: „Aktivierungsthemen“, in: *Politische Aktivierung in der Schweiz*, 1945-1978, hrsg. von H. Kriesi, René Levy, Gilbert Ganguillet, Heinz Zwicky, Diessenhofen: Rüegger, 1981, S. 67–204.
- Kriesi, Hanspeter: „Neue soziale Bewegungen: Auf der Suche nach ihrem gemeinsamen Nenner“, in: *Politische Vierteljahrsschrift*. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, 28. Jg., Heft 3, September 1987, S. 315–334.
- Kriesi, Hanspeter: „Neue soziale Bewegungen – der Protest einer Generation?“ in: Martin Dahinden (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen*, Zürich: Verlag der Fachvereine, 1987, (Zürcher Hochschulforum, Bd. 10), S. 25–42.
- Kriesi, Hanspeter: „Organisationsentwicklung von sozialen Bewegungen“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 5. Jg., Heft 4, 1992, S. 85–93.
- Kühnl, Reinhard: „Linke‘ Totalitarismusversionen“, in: Martin Greiffenhagen / Reinhard Kühnl / Johann Baptist Müller (Hrsg.), *Totalitarismus*. Zur Problematik eines politischen Begriffs. München: List, 1972, S. 97–119.
- Kühnl, Reinhard: „Zur politischen Funktion der Totalitarismustheorien in der BRD“, in: Martin Greiffenhagen / Reinhard Kühnl / Johann Baptist Müller (Hrsg.), *Totalitarismus*. Zur Problematik eines politischen Begriffs. München: List, 1972, S. 7–21.
- Kulemann, Peter: *Die Linke in Westdeutschland nach 1945*. Die erste Nachkriegszeit, zwischen sozialdemokratischer Integration und dem Stalinismus der KPD – das Scheitern der „Titoistischen“ Unabhängigen Arbeiterpartei UAP 1950, Hannover: SOAK; Frankfurt/M.: ISP, 1978, (Texte zur Arbeiterbewegung).
- Langguth, Gerd: *Mythos '68*. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München: Olzog, 2001.
- Langguth, Gerd: *Protestbewegung*. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln: Wissenschaft und Politik, 1983, (Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 30).
- Langguth, Gerd: *Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1976*, Köln: Wissenschaft und Politik, 1976.
- Langguth, Gerd: *Protestbewegung am Ende*. Die Neue Linke als Vorhut der DKP, Mainz: v. Hase & Koehler, 1971.
- Lehmann, Hans Georg: *Deutschland-Chronik 1945 bis 2000*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2000, (Schriftenreihe, Bd. 366).
- Lenin, Wladimir Iljitsch: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß“, in: ders., *Werke*, Bd. 22, Berlin: Dietz, 1960, S. 189–309.
Geschrieben Januar bis Juni 1916.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: „Konspekt zu Hegels ‚Wissenschaft der Logik‘“, in: ders., *Werke*, Bd. 38: Philosophische Werke, Berlin: Dietz, 1964, S. 77–229.
Geschrieben September bis Dezember 1914.
- Liessmann, Konrad Paul: „Soviel Theorie war nie. Ansichten aus dem Innenleben des revolutionären Weltgeistes“, in: *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, hrsg. von Bärbel Danneberg, Fritz Keller, Aly Machalicky, Julius Mende, Wien: Döcker, 1998, S. 116–123.

- Louçã, Francisco: „Ernest Mandel und der Pulsschlag der Geschichte“ (aus dem Französischen übersetzt von John Neelsen), in: Gilbert Achcar (Hrsg.), *Gerechtigkeit und Solidarität. Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus*, Köln: Neuer ISP Verlag, 2003, S. 104–119.
- Löwenthal, Richard: *Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewendeten Revolution*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer, 1970, (Urban-Taschenbücher, Bd. 803).
- Lubitz, Wolfgang / Lubitz, Petra: *Trotskyist Serials Bibliography*, 1927–1991, mit einem Vorwort von Paolo Casciola, München, London, New York, Paris: K. G. Saur, 1993.
 URL: http://www.trotskyana.net/LubitzBibliographies/Serials_Bibliography/zsn-bibl_ms.pdf (18.04.2004).
- Lubitz, Wolfgang / Lubitz, Petra (Hrsg.), *Trotsky Bibliography. An International Classified List of Publications about Leon Trotsky and Trotskyism, 1903–1998*, 3. Ausg., 2 Bde., München, New York, London, Paris: K. G. Saur, 1999.
- Madloch, Norbert: Zur Auseinandersetzung mit der Ideologie, Politik und Praxis des Linksopportunismus in der BRD und in Westberlin, 2 Bde., Diss., Berlin, Akademie für Gesellschaftswissenschaften, 1976.
- Mandel, Ernest / Wolf, Winfried: *Ende der Krise oder Krise ohne Ende? Bilanz der Weltwirtschaftsrezession und der Krise in der Bundesrepublik*, Westberlin: Klaus Wagenbach, 1977, (Politik, Bd. 78).
- Mandel, Ernest: *Die Langen Wellen im Kapitalismus. Eine marxistische Erklärung*, aus dem Englischen von Angelika Meixner, Frankfurt/M.: isp, 1983.
 Originalausgabe 1980.
- Mandel, Ernest: *Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie*, aus dem Englischen übersetzt von Björn Krüger, Köln: Neuer ISP Verlag, 2000.
 Originalausgabe 1992.
- Mandel, Ernest: *Marxistische Wirtschaftstheorie*, aus dem Französischen übersetzt von Lothar Boepple, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1968.
 Originalausgabe 1952.
- Mandel, Ernest: *Revolutionärer Marxismus heute*, mit einer Einleitung von Jon Rothschild, aus dem Englischen übersetzt, Frankfurt/M.: isp, 1982.
 Originalausgabe 1979.
- Mandel, Ernest: *Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1972, (edition suhrkamp, Bd. 521).
- Mandel, Ernest: „Über das Verhältnis Selbstorganisation der Klasse – Vorhutpartei“, in: Theodor Bergmann / Gert Schäfer (Hrsg.), *Leo Trotzki – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft. Beiträge zum internationalen Trotzki-Symposium, Wuppertal 26.–29. März 1990*, Mainz: Decaton, 1993, S. 64–78.
- Mannheim, Karl: *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*, hrsg. von David Kettler, Volker Meja, Nico Stehr, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1984, (suhrkamp taschenbuch wissen, Bd. 478).
- Marcuse, Herbert: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, aus dem amerikanischen Englisch übersetzt von Alfred Schmidt, Neuwied u. Berlin: Luchterhand, 1967, (Soziologische Texte, Bd. 40).
 Originalausgabe 1964.
- Marcuse, Herbert: *Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud*, aus dem amerikanischen Englisch übersetzt von Marianne von Eckardt-Jaffe, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1965, (Bibliothek Suhrkamp, Bd. 158).
 Originalausgabe 1955.
- Marie, Jean-Jacques: *Die ersten fünfzehn Jahre der IV. Internationale*, aus dem Französischen übersetzt, Dortmund: intarlit, 1979, (Lehren des Klassenkampfes).
- Marques, Guilhermina: „Die Jugend Schweizer und die Politik“, in: Anna Melich (Hrsg.), *Die Werte der Schweizer*, Bern usw.: Peter Lang, 1991, S. 275–321.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich: „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850“, in: dies., Werke, Bd. 7, Berlin: Dietz, 1960, S. 244–254.

- Marx, Karl: „Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation“, in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke*, Berlin: Dietz, 1962, S. 313–365.
 Geschrieben April/Mai 1871.
- Marx, Karl: *Das Kapital*. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, mit einem Geleitwort von Karl Korsch, Frankfurt/M. u. Berlin: Ullstein, 1969, (Ullstein Buch, Nr. 4025–4028).
- Marx, Karl: „Karl Marx an Johann Baptist von Schweitzer in Berlin (Entwurf)“, 13. Oktober 1868, in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke*, Berlin: Dietz, 1965, Bd. 32, S. 568–571.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich: „Manifest der Kommunistischen Partei“, in: dies., *Werke*, Bd. 4, Berlin: Dietz, 1959, S. 459–493.
 Geschrieben Dezember 1847 / Januar 1848, anonym veröffentlicht Ende Februar oder März 1848 in London.
- Möller, Kurt: „Extremismus“, in: Bernhard Schäfers / Wolfgang (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, 2. Ausg., Opladen: Leske + Budrich, 2001, S. 194–207.
- Moreau, Patrick: „Biographisches Porträt: Jakob Moneta“, in: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, hrsg. von Uwe Backes u. Eckhard Jesse, Baden-Baden, Bd. 7, 1995, S. 184–191.
- Moreau, Patrick / Lang, Jürgen: *Linksextremismus*. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn: Bouvier, 1996, (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, Bd. 8).
- Mouffe, Chantal: „Arbeiterklasse, Hegemonie und Sozialismus“ (aus dem Französischen übersetzt von Peter Jehle u. Jan Rehmann), in: Wolfgang Fritz Haug / Wieland Elfferding (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*, Berlin: Argument, 1982, (Argument Sonderband 78), S. 23–38.
- Müller, Johann Baptist: „Kommunismus und Nationalsozialismus. Ein sozio-ökonomischer Vergleich“, in: Martin Greiffenhagen / Reinhard Kühnl / Johann Baptist Müller (Hrsg.), *Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs*, München: List, 1972, S. 61–96.
- Neidhardt, Friedhelm / Rucht, Dieter: „Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994: Ereignisse, Themen, Akteure“, in: Dieter Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklung*, Frankfurt/M. u. New York: Campus, 2001, S. 27–70.
- North, David: *Das Erbe, das wir verteidigen*. Ein Beitrag zur Geschichte der Vierten Internationale, aus dem amerikanischen Englisch übersetzt, Essen: Arbeiterpresse, 1988.
- Olzog, Günter / Liese, Hans-J.: *Die politischen Parteien in Deutschland*. Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung, 19., überarb. Aufl., München: Olzog, 1991, (Geschichte und Staat, Bd. 277).
- Poppenberg, Werner: Wirkungsbedingungen und Wirkungsfaktoren des Trotzkismus. Zu antileinistischen Parteiauffassungen der trotzkistischen Gruppen in der BRD, Diss., Leipzig, 1979.
- Poulantzas, Nicos: *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, aus dem Französischen übersetzt von Günter Seib u. Erika Hültenschmidt, Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, 1980. Originalausgabe 1968.
- Prätorius, Rainer: *Soziologie der politischen Organisationen*. Eine Einführung, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1984.
- Rabehl, Bernd: „Geschichte wird gemacht, es geht voran‘ – Über die existentialistischen Grundlagen des Marxismus der Außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre im westlichen Deutschland“, in: Bernhard Kuschey (Hrsg.), *Linke Spuren. Marxismus seit den 60er Jahren*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1987, (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 27), S. 21–57.
- Raschke, Joachim: *Soziale Bewegungen*. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/M. u. New York: Campus, 1985.
- Raschke, Joachim: „Zum Begriff der sozialen Bewegung“, in: Roland Roth / Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. u. New York: Campus, 1987, S. 19–29.
- Rauber, André: *Formierter Widerstand*. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944–1991, aus dem Französischen übersetzt, Zürich: Edition 8, 2003. Originalausgabe 2000.

- Rensmann, Lars: „Obskure Extremismus-Forschung“, in: *Ossietzky*. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Hannover, 3. Jg., Nr. 17, 26. August 2000, S. 585–590.
- Rinke, Kuno: *Zur Geschichte des Begriffs und der Theorie von der Arbeiteraristokratie in der europäischen Arbeiterbewegung*. Von den Anfängen bis 1933, Frankfurt/M. usw.: Peter Lang, 1997, (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXII: Soziologie, Bd. 309).
- Rolke, Lothar: *Protestbewegungen in der BRD*. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987, (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 97).
- Roth, Roland: „Fordismus und neue soziale Bewegungen. Gesellschaftliche Entwicklungsphasen als theoretischer Bezugsrahmen für die Analyse sozialer Bewegungen“, in: Ulrike C. Wasmuth (Hrsg.), *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1989, S. 13–37.
- Roth, Roland: „Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie. Herausforderungen, Innovationen und paradoxe Konsequenzen“, in: Ansgar Klein / Hans-Josef Legrand / Thomas Leif (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*, Opladen u. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1999, S. 47–63.
- Ryschkowski, Nikolaus J.: *Die linke Linke*, München u. Wien: Olzog, 1968, (Geschichte und Staat, Bd. 129/130).
- Schandl, Franz: „Blindlinks. Randglossen eines späten Abkömmlings“, in: *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, hrsg. von Bärbel Danneberg, Fritz Keller, Aly Machalicky, Julius Mende, Wien: Döcker, 1998, S. 104–114.
- Schandl, Franz / Schattauer, Gerhard: *Die Grünen in Österreich*. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, Wien: Promedia, 1996.
- Schlomann, Friedrich-Wilhelm: „Trotzkisten – Europäische Arbeiter-Partei – ,Maoisten“¹, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn, Nr. 27/80, 5. Juli 1980, S. 12–28.
- Schram, Stuart R.: *Die permanente Revolution in China*. Dokumente und Kommentar, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1966, (edition suhrkamp, Bd. 151).
- Schröder, Jürgen: *Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie*. Ein Beitrag zur Untersuchung der ‚K-Gruppen‘, Berlin: Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, 1990, (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 40).
URL: <http://www.mao-projekt.de/BRD/ALG/Schroeder.shtml>
URL: <http://userpage.fu-berlin.de/~archapo/Online/MAO/BRD/Schroeder.html> (26.10.2005).
- Schüle, Annegret: *Trotzkismus in Deutschland bis 1933*. „Für die Arbeitereinheitsfront zur Abwehrfront des Faschismus“, [mit einem Beitrag von] Pierre Broué: „Die deutsche Linke und die russische Opposition 1926–1928“, Köln: Eigendruck im Selbstverlag, 1989.
- Schumann, Klaus: *Das Regierungssystem der Schweiz*, mit einem Vorwort von F. A. Hermens, Köln, Berlin, Bonn, München: Heymann, 1971, (Demokratie und Frieden, Bd. 11).
- Schwendter, Rolf: „Nachwort“, in: Fritz Keller, *Wien, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde*, 2. Ausg., Wien: Junius, 1988, S. 164–167.
- Seitz, Werner: „„Melonengrüne“ und „Gurkengrüne“. Die Geschichte der Grünen in der Schweiz“, in: Matthias Baer / Werner Seitz (Hrsg.), *Die Grünen in der Schweiz*. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Zürich u. Chur: Rüegger, 2008, S. 15–37.
- Spira, Leopold: „KPÖ: Die wiederverlorene Autonomie“, in: Bernhard Kuschey (Hrsg.), *Linke Spuren. Marxismus seit den 60er Jahren*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1987, (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 27), S. 153–166.
- Spiro, Herbert J. / Barber, Benjamin R.: „Counter-Ideological Uses of ,Totalitarianism“², in: *Politics and Society*, Bd. 1, Nr. 1, Herbst 1970, S. 3–22.
- Staudinger, Martin / Zellhofer, Klaus: „Kleine Brüder des Terrors. Die Entführung des Industriellen Walter Palmers durch Terroristen der ‚Bewegung 2. Juni‘ und ihre österreichischen Handlanger“, in: *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, hrsg. von Bärbel Danneberg, Fritz Keller, Aly Machalicky, Julius Mende, Wien: Döcker, 1998, S. 82–103.

- Steffen, Jens-Peter: *Militant Tendency*. Trotzkismus in der Labour Party, Frankfurt/M., Berlin, Bern, New York, Paris, Wien: Peter Lang, 1994, (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI: Politikwissenschaft, Bd. 247).
- Svoboda, Wilhelm: *Revolte und Establishment*. Die Geschichte des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler 1953–1973, Wien, Köln, Graz: Böhlau, 1986.
- Svoboda, Wilhelm: *Sandkastenspiele*. Eine Geschichte linker Radikalität in den 70er Jahren, Wien: Promedia, 1998, (Edition Spuren).
- Trotzki, Leo: „Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus. Eine historisch-theoretische Untersuchung“ (1. Februar 1935), in: ders., *Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur*, hrsg. von Helmut Dahmer, Rudolf Segall, Reiner Tosstorff, Hamburg: Rasch und Röhrling, 1988, (Schriften, Bd. 1.1: 1929–1936), S. 581–609.
- Trotzki, Leo: *Die permanente Revolution*, aus dem Russischen übersetzt von Alexandra Ramm, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 1981, (Fischer Taschenbücher, Bd. 6628). Geschrieben zum größten Teil 1928; zuerst veröffentlicht 1930.
- Trotzki: „Die Kurve der kapitalistischen Entwicklung“, in: *Die langen Wellen der Konjunktur*. Beiträge zur Marxistischen Konjunktur- und Krisentheorie von Parvus, Karl Kautsky, Leo Trotzki, N. D. Kondratieff, Ernest Mandel, Berlin: Olle & Wolter, Edition Prinkipo, 1972, S. 121–132. Brief vom 21. April 1923 an die Redaktion, zuerst veröffentlicht in *Westnik Sozialisticheskoi Akademii*, Bd. IV, April-Juli 1923.
- Trotzki, Leo: *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale*. Das Übergangsprogramm, Essen: Arbeiterpresse, 1997, (Trotzki-Bibliothek).
- Trotzki, Leo: „Unsere politischen Aufgaben“ (1904), in: ders., *Schriften zur revolutionären Organisation*, hrsg. und aus dem Russischen übersetzt von Hartmut Mehringer, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch, 1970, (Rowohlt Klassiker der Literatur und der Wissenschaft, Bd. 270–273; Texte des Sozialismus und Anarchismus), S. 7–134.
- Trotzki, Leo: „Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie?“ in: ders., *Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur*, hrsg. von Helmut Dahmer, Rudolf Segall, Reiner Tosstorff, Hamburg: Rasch und Röhrling, 1988, (Schriften, Bd. 1.2: 1936–1940), S. 687–1011. Geschrieben September 1935 bis August 1936.
- Trotzki, Leo: *Verteidigung des Marxismus*, aus dem amerikanischen Englisch übersetzt, Berlin: Verlag Neuer Kurs, 1973, (Trotzki Sammelbuch, Bd. 12).
- Trotzki, L.: „Die wirtschaftliche Weltkrise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale“, in: *Die langen Wellen der Konjunktur*. Beiträge zur Marxistischen Konjunktur- und Krisentheorie von Parvus, Karl Kautsky, Leo Trotzki, N. D. Kondratieff, Ernest Mandel, Berlin: Olle & Wolter, Edition Prinkipo, 1972, S. 78–120. Referat, gehalten auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale am 22. Juni 1921.
- Tschäni, Hans: *Parteien, Programme, Parolen*, Aarau, Frankfurt/M., Salzburg: Sauerländer; Zürich: Ex Libris, 1979.
- Ulram, Peter A.: „Politische Kultur der Bevölkerung“, in: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, hrsg. von Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Franz Horner, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, Emmerich Tálos, 3. Aufl., Wien: Manz, 1997, S. 514–525.
- Vogelsanger, David: *Trotzkismus in der Schweiz*. En Beitrag zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung bis zum Zweiten Weltkrieg, Diss. Universität Zürich, Zürich: Zentralstelle der Studentenschaft, 1986.
- Watt, David: „Die Linke in Großbritannien“, in: Hans Rühle / Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa*, Bd. II: Nordländer, Opladen: Leske + Budrich, 1979, (Uni-Taschenbücher, Bd. 762), S. 35–77.
- Weber-Schäfer, Peter: „Zum politischen Denken Mao Tse-tungs“, in: *Maoismus*. Kontinuität und Diskontinuität. Bilanz und Perspektiven der Entwicklung nach dem Tode Mao Tse-tungs, Bochum: Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, 1977, S. 3–32.

- Weinzen, Hans Willi: „Arbeiteraristokratie“, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 1: Abbau des Staates bis Avantgarde, 2. Ausg., Hamburg u. Berlin: Argument, 1996, Sp. 422–429.
- Weiß, Andreas von: „Linksradikale Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre politische Bedeutung“, in: *Zeitschrift für Politik*. Organ der Hochschule für Politik München, Neue Folge, Jg. 22, Heft 1, 1975, S. 41–58.
- Weiß, Andreas von: *Die Neue Linke*. Kritische Analyse, Boppard: Harald Boldt, 1969.
- Welzig, Elisabeth: *Die 68er*. Karrieren einer rebellischen Generation, mit einer Einleitung von Anton Pelinka, Wien, Köln, Graz: Hermann Böhlau Nachf., 1985.
- Widgery, David [Hrsg.], *The Left in Britain 1956–1968*, mit einer Einleitung von Peter Sedgwick, Harmondsworth, Middlesex: Penguin Books, 1976, (Peregrine Books).
- Wiegel, Gerd: *Die Zukunft der Vergangenheit*. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hege monie – vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte, Köln: PapyRossa, 2001.
- Wippermann, Wolfgang: *Totalitarismustheorien*. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt: Primus, 1997.
- Wisler, Dominique: *Drei Gruppen der Neuen Linken auf der Suche nach der Revolution*, Zürich: Seismo, 1996.
- Wolf, Winfried: „Blaue Wunder mit grün-bunter Tarnkappe oder: Für eine sozialistische Alternative“, in: *Kritik*. Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Nr. 18, 1978, S. 125–144.
- Zald, Mayer N. / Ash, Roberta: „Organisationsformen sozialer Bewegungen: Wachstum, Zerfall und Wandel“, in: Walter R. Heinz / Peter Schöber (Hrsg.), *Theorien kollektiven Verhaltens*. Beiträge zur Analyse sozialer Protestaktionen und Bewegungen, Bd. 2, Darmstadt u. Neuwied: Luchterhand, 1973, (Sammlung Luchterhand, Bd. 119), S. 7–44.
- Ziegler, Jean: *Eine Schweiz, über jeden Verdacht erhaben*, aus dem Französischen übersetzt von Klara Obermüller, 3. Aufl., Darmstadt u. Neuwied: Luchterhand, 1980.
Originalausgabe 1976.
- Ziesemer, Bernd: „Fraktionsmentalität und soziale Bewegungen. Zu einigen Aspekten des Scheiterns der KPD“, in: Karl Schlögel, Willi Jasper, Bernd Ziesemer, *Partei kaputt*. Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken, Berlin: Olle & Wolter, 1981, (Edition VielFalt, Bd. 4), S. 63–84.

Broschüren, Dokumentationen, Schriften, Artikel

- „Die Krise der Bürgerlichen“, in: *Rotfront*, Wien, Nr. 4, April 1975.
- „Von der RML zur SAP“, in: *Bresche*, Zürich, Nr. 166, 6. Oktober 1980, S. 3.
- Achcar, Gilbert: „Ernest Mandels Aktualität“ (29. Juni 2005, aus dem Englischen übersetzt von Sandra Kleinlercher), in: *Inprekorr*, Köln, Nr. 406/407, September/Oktober 2005, S. 47–50.
URL: http://www.ernestmandel.org/de/übermandel/txt/ernest_mandels_aktualität.htm (16.05.2006).
- Anderfuhren, Alex: „Ansätze zu einem sozialistischen Projekt für die 90er Jahre in Zürich. Auf zu neuen Ufern?“ in: *Bresche*, 19. Jg., Nr. 357, Heft 5, Mai 1990, S. 13–16.
- AST: „10 Jahre LRKI“, in: *Revolutionärer Marxismus*, Nr. 29, Winter 1999, S. 43–46.
- AST: „Sozialdemokratie, Stalinismus und der österreichische Trotzkismus“, in: *Revolutionärer Marxismus*, Nr. 29, Winter 1999, S. 33–42.
- Autorenkollektiv Juso-UB-Vorstand Bochum (Hrsg.), *Die unbehelligte Unterwanderung der SPD durch Trotzkisten*. Dokumentation, Bochum 1975.
- Birchall, Ian: „Abschied vom Proletariat‘. Andre Gortz. Eine Buchbesprechung“, in: *Klassenkampf*. Zeitschrift der Sozialistischen Arbeitergruppe, Hannover, Nr. 22, Mai/Juni 1984, S. 17–19.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2001*, Berlin 2001.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2002*, Berlin 2002.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2003*, Berlin 2003.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2004*, Berlin 2004.
- Dannat, Anton: „Trotzkismus in Deutschland 1924–2000“, in: SAV (Hrsg.), *Die Internationale*. Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale, Köln 2000, S. 24–34.
- Der Funke: „Wer wir sind und wofür wir stehen“, in: *Der Funke*, Nr. 56, Sommer 2005, S. 27.

- [Drexler, Franz / Wegner, Eric]: „Interview mit Franz Drexler“ (geführt von Eric Wegner am 24. Juni 1994), in: *Marxismus*, Nr. 10, Dezember 1996, S. 7–27.
 URL: http://www.agmarxismus.net/vergrnr/m10_1_drexler.htm (15.11.2004).
- Dubois, Wilfried: „Korrigiertes Selbstverständnis. 15. Weltkongress der IV. Internationale“, in: *Sozialistische Zeitung*, Köln, 18. Jg., Nr. 4, April 2003, S. 22.
- Evers, John: „Zur Geschichte des Vorwärts“, in: *Marxismus*, Wien, Nr. 9, 2. Ausg., 1997, S. 247–253.
- Feistmann, Marco: „Umbau auf der Linken“, in: *Bresche-Magazin*, Januar 1993, S. 15.
- Fischer, H.: Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Semesterarbeit, o. O., 1982.
- Floss, Franz: „15 Jahre permanente Hoffnung“, in: *die linke*, Nr. 18, 1987, S. 7.
- g., h.: „Studenten für den Sozialismus“, in: *Voran*, Nr. 7, 1974, S. 6.
- GAM: „Offener Brief zur Politik der sozialistischen Liga“ (20.12.1995), in: *Revolutionärer Marxismus*, Wien, Nr. 17, Frühjahr 1996, S. 36–40.
- GIM: „Thesen zur Studentenbewegung in Westdeutschland“, in: *die internationale*, Mannheim, Jg. 3, Nr. 3: Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1970, 1970, S. 32–43.
- GIM: „Der Umbruch in der Nachkriegsgeschichte des westdeutschen Imperialismus“, in: *die internationale*, Jg. 3, Nr. 3, 1970, S. 3–12.
- GIM: *Wider den „National-Trotzkismus“*, Hamburg: ISP, 1971, (die internationale, Jg. 4, Nr. 3/4).
- GIM (Hrsg.), *Resolutionen und Dokumente des X. Weltkongresses der IV. Internationale*. Politische Resolution. Thesen zum Aufbau revolutionärer Parteien in Europa, Frankfurt/M.: ISP, o. J. [1975], (die Internationale, Sondernummer 5).
- GIM (Hrsg.), *Der Stand der Klassenkämpfe und die Aufgaben der revolutionären Marxisten*. Dokumente der Nationalen Konferenz der GIM 1974, Frankfurt/M.: ISP, 1974, (die Internationale, Sondernummer 4).
- GRM (Hrsg.), *Dokumente der 3. Nationalen Delegiertenkonferenz der GRM 1978*, Wien, o. J. [1978].
- GRM (Hrsg.), *Dokumente der 5. Nationalen Delegiertenkonferenz der GRM 1980*, Wien 1980.
- GRM (Hrsg.), *Dokumente der Nationalen Delegiertenkonferenzen 1975 und 1976*, Wien o. J. [1977].
- Gruppe Arbeiterstimme: „Unser Bonner Flugblatt: Friedensdemonstration – und was weiter?“, in: *Arbeiterstimme*. Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis, Nürnberg, 11. Jg., Nr. 3(57), Dezember 1981, S. 62/63.
- Gruppe Arbeiterstimme: „Unsere Jahreskonferenz 1981“, in: *Arbeiterstimme*. Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis, Nürnberg, 11. Jg., Nr. 3(57), Dezember 1981, S. 19/20.
- Hallas, Duncan: *Geschichte der Vierten Internationale*, aus dem Englischen übersetzt, Köln: Internationale Sozialisten, 1995.
 URL: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/hallas/1972/xx/gegenstrom.htm>;
<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/hallas/1973/xx/niedergang-vi.htm#f20>
- Hallas, Duncan: *Kritik des orthodoxen Trotzkismus*, Köln: Internationale Sozialisten, 1995.
 URL: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/hallas/1969/xx/krit-4int.htm>
- Hallas, Duncan: „Trotzkismus neu bewertet“ (aus dem Englischen übersetzt von T. Shark), in: *Klassenkampf*. Zeitschrift für internationalen Sozialismus, Frankfurt/M., Nr. 8, Oktober 1980, S. 46–51.
 URL: <http://www.marxists.de/trotzism/hallas/neubewert.htm>;
<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/hallas/1977/xx/neubewert.htm>
- Haller, Fritz: „Kleine Geschichte des ASt“, in: *Marxismus*, Wien, Nr. 9, 2. Ausg., 1997, S. 228–237.
- Holz, H.: „Gegen Faschismus, Krieg und Stalinismus. Die Geschichte des österreichischen Trotzkismus 1927–1950 – seine Geschichte, seine Politik, sein Kampf (Teil 2)“, in: *ArbeiterInnenstandpunkt*, Nr. 102, Oktober 1999, S. 8–15.
- Holz, H.: „Niemals gebrochen! Die Geschichte des österreichischen Trotzkismus 1927–1950 – seine Geschichte, seine Politik, sein Kampf“ (Teil 1), in: *ArbeiterInnenstandpunkt*, Nr. 101, September 1999, S. 10–12.
- Hülsberg, Werner: „9.–10. Juni in Frankfurt: Nationale Konferenz der GIM“, in: *was tun*, Frankfurt/M., XII. Jg., Nr. 267/268, 28. Juni 1979, S. 25–27.
- Hurst, Eva / Stohler, Martin: „Neues aus Basel – „Solidarität! Aerobic für Altlinke““, in: *Bresche*, Zürich, 213. Jg., Nr. 407/408, Juli/August 1994, S. 53/54.

- IAK (Hrsg.), *Klasseneinheitsfront, Arbeiterregierung, Dialektischer Materialismus*, Dortmund: Dröge, 1975, (Wiederaufbau der 4. Internationale, Bd. 4).
- IKD: „Erklärung der Internationalen Kommunisten Deutschlands über ihr Verhältnis zum ,Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale“ (3.1.1971, einstimmig beschlossen von der Nationalen Konferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands), in: *Die vierte Internationale*, Berlin, Jg. 2, Nr. 1, Januar 1971, S. 3–5.
- IKD: *Marxismus oder Empirio-Dogmatismus*. Die Internationalen Kommunisten Deutschlands antworten dem „Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale“, o. O., 28. August 1970.
- IKD: „Zur Plattform der Internationalen Kommunisten Deutschlands“, in: *Die Vierte Internationale*, Nr. 1, Jg. 1, Juli 1970, S. 11–37.
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1984*.
- Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2002*.
- ISA: „Erklärung der ISA zu den Grünen“, in: IAK, Nr. 65, Mai 1980, S. 12–15.
- IV. Internationale [VS]: „Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche“ (1963), in: *die internationale*. Theoretisches Organ des revolutionären Marxismus, 8. Jg., Nr. 3/4, Dezember 1963, S. 3–43; nachgedruckt in: *die Internationale*. Theoretische Zeitschrift der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion der IV. Internationale, Sondernummer 1, Dezember 1973, S. 3–43.
- IV. Internationale [VS]: „Der neue Aufstieg der Weltrevolution. Thesen des 9. Weltkongresses der IV. Internationale“ (1969), in: *die Internationale*. Organ der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion der IV. Internationale, Jg. 2, Nr. 2, 1969, S. 1–39; nachgedruckt (neu gesetzt) in: *die Internationale*. Theoretische Zeitschrift der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion der IV. Internationale, Sondernummer 1, Dezember 1973, S. 44–94.
- IV. Internationale, Vereinigtes Sekretariat: „Der Aufbau revolutionärer Parteien im kapitalistischen Europa (Thesenentwurf des Vereinigten Sekretariats zum 10. Weltkongress der IV. Internationale“, in: *die Internationale*, Hamburg, Nr. 1, Juli 1973, S. 8–57.
- Jezek, Boris: „GRM/SOAL – die österreichische Sektion der IV. Internationale. Permanente Hoffnung“, in: *Marxismus*, Nr. 9, 2. Aufl., 1997, S. 239–245.
- Jezek, Boris: „Wofür steht die KPÖ“, in: *die linke*, Wien, Nr. 13, 15.10.2004, S. 2/3.
- Jünke, Christoph: „„Vereinigen statt spalten“. Eine kleine Geschichte der VSP 1986–2000“, Beilage zur *SoZ – Sozialistische Zeitung*, Köln, 16. Jg., Nr. 8/9, 26.4.2001.
- [Jungclas, Georg]: „Referatmanuskript des Genossen George Jungclas, gehalten auf einer Schulung der GIM und RKJ in Köln“, in: GIM Köln (Hrsg.), *Die Taktik des Entrismus*. Dokumentation, o. O. [Köln], o. J., S. 17–59.
- Kayitare, G.: „Angriffe gegen Voran in Aachen“, in: *Voran*, Nr. 91, Juni 1987, S. 2.
- L., A. (Kopenhagen): Leserbrief, in: *Marxismus*, Wien, Nr. 12, Dezember 1997, S. 129/130.
- L., K. [Lhotzky, Kurt]: „Zur Geschichte der Trotzkistischen Gruppe Österreichs (TGÖ)“, in: *Marxismus*, Wien, Nr. 12, Dezember 1997, S. 142–147.
- Landesamt für Verfassungsschutz Bayern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 2002*.
- Lierow, Hartmut: „Editorial. In eigener Sache?“, in: *die Internationale*. Theoretische Zeitschrift der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), deutsche Sektion der IV. Internationale, Nr. 8, Dezember 1975, S. 5–11.
- Loew, Raimund: „Le trotskisme en Autriche“, in: *Quatrième Internationale*, Paris, Neue Folge, Nr. 13, Januar-März 1974, S. 21–24.
- [Mandel, Ernest]: „Die Arbeiten des 20. Plenums des Internationalen Exekutiv Komitees. Am Beginn einer neuen Etappe der entrustischen Arbeit. Bericht von dem Genossen Germain“, in: GIM Köln (Hrsg.), *Die Taktik des Entrismus*. Dokumentation, o. O. [Köln], o. J., S. 1–9.
- Marquis, Jean-François: Proletarische Aktion. Une organisation révolutionnaire en Suisse (1945–1949), Diss., Genf, 1983.
- MLPD (Hrsg.), *Programm der Marxistisch-Leninistischen Partei (MLPD)*, Essen: Neuer Weg, 2000.
- Moneta, Jakob: *Solidarität im Zeitalter des Skeptizismus*. Kommentare aus drei Jahrzehnten, mit einem Geleitwort von Georg Füllerth, Köln, November 2004, (Sozialistische Texte, Nr. 1).

- Mosler, Volkhard: „1974–84: 10 Jahre Krise. Wo ist der Klassenkampf geblieben?“ in: *Klassenkampf*. Zeitschrift der Sozialistischen Arbeitergruppe, Hannover, Nr. 24, November/Dezember 1984, S. 20–23.
- Mosler, Volkhard: „Wohin treiben die Grünen?“ in: *Klassenkampf*. Zeitschrift für internationalen Sozialismus, Hannover, Nr. 11, Mai/Juni 1982, S. 10–12.
- OST: „La discussion et la réalisation de nos tâches“, in: *Action Socialiste*, Nr. 143, 27.10.1995, S. 1.
- OST: „La situation en Suisse et nos tâches“, in: *Action Socialiste*, Nr. 115, 15.09.1990, S. 5/6.
- OST: „La situation politique en Suisse et nos tâches. Déclaration de l'Organisation Socialiste des Travailleurs“, in: *Action Socialiste*, Nr. 144, 13.12.1995, S. 1.
- Osterwalder, Fritz: „1968 in der Deutschschweiz. Das Ende des kalten Krieges“, in: *Bresche*, Nr. 2, Juni 1988, S. 23/24.
- PB (Politisches Büro) der GRM: „Nationalratswahlen 1975. Stellungnahme des Politischen Büros der GRM“, in: *Rotfront*, Wien, Nr. 5, Juni 1975, S. 6/7.
- Pfeifle, K.: „Stoppt die Atomkraftwerke. Für eine sozialistische Energiepolitik!“ in: *VORAN*, Nr. 20, März/April 1977, S. 1.
- „Resolutions-Vorschlag zum IEK – Dezember 1969“, in: GIM Köln (Hrsg.), *Die Taktik des Entrismus*. Dokumentation, o. O. [Köln], o. J., S. 14–16.
- RSB (Hrsg.), *Programm des Revolutionär Sozialistischen Bundes / IV. Internationale (RSB)*. Be- schlossen auf der dritten Delegiertenkonferenz (November 1996), Mannheim, o. J. [1997]. URL: <http://www.rsb4.de/Dokumente/Programm-des-RSB.pdf> (12.11.2004).
- Sabado, François: „Der 15. Weltkongress der IV. Internationale“, in: *Inprekorr*, Köln, Nr. 376/377, März/April 2003, S. 50/51.
- URL: <http://www.nadeshda.org/foren/cl.medien.inprekorr/p7s22a20.html> (17.04.2004).
- Scheifele, Hans: No-Future-Bewegung. 1970-1981. Autonome linke Politik im Österreich der 70iger Jahre. Eine annotierte Bibliographie anhand von Beständen aus dem Archiv der Gewerkschaftlichen Einheit, Wien, bibliothekarische Hausarbeit, Wien, 1988.
- Scherrer, Lucien: Potemkinsche Dörfer und Stadtguerilla. Die linksextremen Organisationen PdA, POCH und RML zwischen internationalistischer Theorie und Praxis, 1969-1981, Lizziatsarbeit Bern, 2004.
- Scheuer, Christa, Leserbrief, in: *Marxismus*, Wien, Nr. 12, Dezember 1997, S. 131–133.
- Sigerist, Peter: „Einige Überlegungen zur Bilanz seit dem 7. Kongress der SAP. System-Widerstand oder reformerisches Vorschlagsprofil?“ in: *Bresche*. Das sozialistische Magazin, Zürich, 21. Jg., Nr. 386, Heft 10, Oktober 1992, S. 34–36.
- Sigerist, Peter: "Die SAP im Rückblick. Aus der Geschichte lernen", in: *Bresche*, Heft 10, Oktober 1992, S. 32–34.
- SL: „Eine historische Niederlage der weltweiten konterrevolutionären Front“, in: *Internationaler Kurier*, März 1990, S. 3.
- SOAL/IKL (Hrsg.), *Das Elend der Grünen*. Gemeinsame Broschüre der Sozialistischen Alternative und der Internationalen Kommunistische Liga, Salzburg u. Wien, November 1986.
- Sozialistische Aktion: „1992-1997 Fünf Jahre Arbeitskreis Kommunistische Politik – AKP Fünf Jahre Sozialistische Aktion/AKP“, in: *Sozialistische Aktion*, Wien, Nr. 2, August/September 1997, S. 10/11.
- Sozialistische Alternative (Hrsg.), *Grundsatzprogramm der Sozialistischen Alternative*, Berlin 1999.
- Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Sektion Zug: *Die ersten 10 Jahre*, Zug 1983.
- Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) (Hrsg.), *Wen vertritt die FPÖ wirklich? Ist die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei?* Wien 1997.
- Stanicic, Sascha: „Voran und SAV – Kurzer Abriss der Geschichte der deutschen Sektion des KAI“, in: *SAV* (Hrsg.), *Die Internationale*. Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale, Köln 2000, S. 19–23.
- Stanicic, Sascha: *Welcher Weg zum Sozialismus?* Eine kritische Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis von Linksruck, Berlin 2001.

Taaffe, Peter: „Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale“, in: SAV (Hrsg.), *Die Internationale*. Geschichte des Komitees für eine Arbeiterinternationale, Köln 2000, S. 4–18.

[Thomas, Heinrich / Schafranek, Hans]: „Interview mit Heinrich Thomas“ (geführt von Hans Schafranek im Juni 1986), in: *Marxismus*, Wien, Nr. 10, Dezember 1996, S. 72–131.
Interview um etwa ein Drittel gekürzt von Manfred Scharinger und Eric Wegner.
URL: http://www.agmarxismus.net/vergrnr/m10_5_thomas.htm(15.11.2004).

Tiefenort, M.: „DDR 1989. Revolution und Konterrevolution“, in: *Voran*, Nr. 165, November 1994, S. 2.

Voran: „15 Jahre Verteidigung des Marxismus“, in: *Voran*, Nr. 100, Mai 1988.

Voran: „Generalstreik gegen Atomraketen? Frieden durch Sozialismus“, in: *Voran*, Nr. 65, Juli/August 1983, S. 3.

Voran-Redaktion: „Perspektiven für die DDR“, in: *Voran*, Nr. 115, November 1989, S. 2.

Wahlalternative 2006: „www.wahlalternative.de“, in: *Sozialismus*, 31. Jg., Heft 4, April 2004, S. 17.

Wagner, Winfried: Trotzkismus in Österreich. Politische Theorie und Geschichte der trotzkistischen Bewegung in Österreich, Diss., Salzburg, 1976.

Tageszeitungsartikel

Aly, Götz: „Mielke-Prozeß: Lederhut hinter Panzerglas“, in: *die tageszeitung*, 11.02.1992, S. 5.

Elsässer, Jürgen: „(DGB-SPD) x (ML-Sekten) = NSB“, in: *junge Welt*, 10.11.2003, S. 5.

Holl, Y.: „Attac sucht die Einheit in der Verschiedenheit“, in: *Frankfurter Rundschau*, 27.05.2003.

Malzahn, Ch.: „Vermutlich trägt er einen hellen Mantel“, in: *die tageszeitung*, 31.07.1992, S. 3.

Meueler, Christoph: „Klappe auf statt Klappe zu“, in: *junge Welt*, 19.02.2000, S. 17.

Neuber, Harald: „Rebellen und Revolutionäre“, in: *junge Welt*, 30.12.2005, S. 6.

Olles, Werner: „Wir sind die Rote Garde des Proletariats‘. Zur Geschichte der kommunistischen Splittergruppen und ML-Bewegungen in der Bundesrepublik“, in: *Junge Freiheit*, 2.02.2001, S. 8.
URL: <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.364.0.html>

Semler, Christian: „Der Heizer auf der Kommandobrücke“, in: *die tageszeitung*, 29.04.1996, S. 3.

usche: „Erich oder Nichterich“, in: *die tageszeitung*, 13.12.1991, S. 21.

Winkelmann, Ulrike: „Die Welt ist nicht genug“, in: *die tageszeitung*, 16.02.2002, Magazin, S. III.

Wolf, Winfried: „Gespenstisch heimatlos. Der Mythos Che Guevara und die weltweite Revolte 1967/68“, in: *junge Welt*, 10.10.1997, S. 15.

Flugblätter und Schriften beim Autor

Antifaschistische Linke (AL): Uni-Streik gegen Schwarz-Blau.

AL: Widerstand! Schwarz-Blau stoppen! *Morgenrot*, Wien, Sondernummer 6a, 2000.

Berthy, A.: „Von der SWP zur SAG – Die Geschichte einer trotzkistischen Strömung“, in: *Die wahre Lebensfreude* (verbandsinterne Infoblätter der Jusos Hamburg), Oktober 1995.

Internationales Exekutivkomitee der UIT: Die Weltlage, unsere Politik und Aufgaben.

Juso-Bezirksvorstand Mittel-Rhein: Beschlußvorlage zur Sitzung des Juso-Bezirksvorstandes MR [Mittelrhein] am Donnerstag, den 3.08.1995.

Jusos Wiesbaden: Die Voran-Gruppe – Trotzkismus in der SPD, Wiesbaden, Juli 1988.

Linksruck: Bulletin II zur Vorbereitung der bundesweiten Linksruck-Aktivenkonferenz in Frankfurt/Main am 24./25.2.2001.

Linksruck: Ergebnisse der Aktivenkonferenz des Linksruck, 1./2. Dezember 2001.

Linksruck: Resolution der Aktivenkonferenz des Linksruck, 2. Dezember 2001.

Linkswende: Die Linke und der Widerstand.

Linkswende: Haider = Hitler.

Linkswende-Hochschulgruppe: Widerstands-Notizen, Nr. 1.

Sozialistische Liga (SL): Eine historische Niederlage der weltweiten konterrevolutionären Front, in: *Internationaler Kurier*, März 1990.

Voran, Sonderausgabe Kernenergie, undatiert (um 1978).

3. Internet

AGM: Erklärung zum Austritt einiger Genoss/inn/en, 23.12.2003.
URL: <http://www.agmarxismus.net/stellungnahmen/austritte.htm> (12.11.2004).

- AGM: Erklärung zum Zusammenschluss von AGM und IRO, Mai 2003.
 URL: <http://www.agmarxismus.net/stellungnahmen/agm-iro.htm> (12.11.2004).
- AGM: Grundsätze der Arbeitsgruppe Marxismus, o. J.
 URL: <http://www.agmarxismus.net/grundsaetze/grundsatz1.htm> (17.02.2005).
- Altermedia Deutschland: Linke Wahlalternative WASG wehrt sich gegen linksextreme Unterwanderung durch SAV, 19.04.05. URL: http://de.altermedia.info/general/linke-wahlalternative-wasg-wehrt-sich-gegen-linksextreme-unterwanderung-durch-sav-190405_2461.html (17.9.2005).
- Andrä, Kerstin: „Wir wollen eine Organisation, die für Sozialismus von unten kämpft!“ In: Linkswende, Nr. 88, Dezember 2004. URL: http://www.linkswende.org/cgi-bin/paperview.cgi?paper_id=45 (12.02.2005).
- Antifaschistische Linke: Trotzkismus in Österreich. Biographie einer Bewegung, in: Morgenrot, Nr. 18, Mai/Juni 2002. URL: <http://www.sozialismus.net/zeitung/mr18/trotzkismus-oe.html> (18.02.2005).
- antikapitalistas: Wer wir sind, o. J. URL: <http://www.antikaps.de/self.html> (09.07.2004).
- Arbeitsgruppe Marxismus (AGM): 10 Jahre AGM, August 2004.
 URL: http://www.agmarxismus.net/stellungnahmen/10_jahre_agm.htm (17.02.2005).
- ASt: Die Anti-Globalisierungsbewegung am Beispiel von ATTAC: Reform oder Revolution? o. J.
 URL: <http://www.arbeiterinnenstandpunkt.net/ast112acm.html> (26.10.2005).
- B. B.: Die sozialistische Linke und die Wahlalternative, 1.04.2005.
 URL: http://www.rsb4.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1179&Itemid=135 (12.04.2005).
- Beams, Nick: Der Marxismus und die Globalisierung der Produktion, in: neue Arbeiterpresse, Nr. 861, 26. Juni 1997. URL: <http://www.wsbs.org/de/1997/jun1997/glob-j26.shtml>. (18.09.2005).
- Berger, Daniel: Die Haltung des RSB zur Linkspartei: Praktische Aktionseinheit und solidarische Kritik, 17.10.2005.
 URL: http://www.rsb4.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1184&Itemid=135 (12.04.2005).
- BFS: Die Bewegung für den Sozialismus (BFS) unterwegs zur Gründungsversammlung, o. J.
 URL: <http://www.bfs-zh.ch/Ueber-uns/gruendungsversammlung.htm> (05.06.2005).
- BFS: Weshalb eine Bewegung für den Sozialismus? August 2002.
 URL: http://www.bfs-zh.ch/Ueber_uns/Ueber_uns1.htm (05.06.2002).
- Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc: La nouvelle vulgate planétaire, in: Le Monde diplomatique, Online-Ausgabe, Mai 2000. URL: <http://www.monde-diplomatique.fr/2000/05/BOURDIEU/13727> (28.10.2005).
- Buchholz, Christine: Die Chance ist da, Linksruck, Nr. 194, 2.03.2005.
 URL: http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1345.html (25.10.2005).
- Callinicos, Alex: Die antikapitalistische Bewegung und die revolutionäre Linke, März 2001.
 URL: http://www.linksruck.de/ueberuns/artikel/ac_iso.rtf (17.04.2004).
- Callinicos, Alex: „Sozialistische Linke und Umgruppierung heute“ (aus dem Englischen übersetzt von Hans-Günter Mull), in: *Sozialistische Hefte* für Theorie und Praxis, Köln, [Nr.] 5, Dezember 2003, S. 19–26.
 URL: <http://www.sopos.org/aufsaetze/403c9b85357a4/1.phtml> (12.11.2005). Zuerst erschienen in: *Links. International Journal of Socialist Renewal*, Broadway, New South Wales, Nr. 23, Januar-April 2003.
- Cliff, Tony: State Capitalism in Russia (1955/1974). 11.09.2002.
 URL: <http://www.marxists.org/archive/cliff/works/1955/statecap/index.htm> (17.04.2004).
- Der Funke: 10 Jahre Funke – 10 Jahre gegen den Strom, 28.12.2003.
 URL:
<http://www.derfunke.at/hpneu/modules.php?op=modload&name=News&file=index&catid=&topic=33> (31.10.2004).
- Der Funke: 10 Jahre Funke – 10 Jahre gegen den Strom, 28.12.2003.
 URL: <http://www.derfunke.at/hpneu/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=93> (01.12.2004).

- Der Funke: Internationaler Einsatz für marxistische Ideen, 2002.
 URL: <http://www.derfunke.de/rubrik/programm/standort.html> (18.04.2005).
- Der Funke: Soll die Einheit der Linken an der Berliner Kommunalpolitik scheitern? Geduldige marxistische Überzeugungsarbeit statt bürokratischer Ultimaten und organisatorischer Allheilmittel! 21. Dezember 2005. URL:
http://www.derfunke.de/rubrik/linksbuendnis/soll_einheit_der_linken_scheitern.html (18.01.2006).
- Die Welt: Auch Trotzkisten wollen Linkspartei "unterwandern", 16.06.2005.
 URL: <http://www.welt.de/data/2005/07/16/746411.html> (17.09.05).
- Dyttrich, Bettina: Mit dem Wef. Neben dem Wef. Gegen das Wef, WoZ-online, 23.01.2003.
 URL: <http://www.woz.ch/archiv/old/03/04/604.html> (11.02.2005).
- Ecklin, Dorothée / Perdrizat, Daniel: Neuchâtel: Que peut faire un militant de SolidaritéS dans un exécutif? in: solidaritéS, Nr. 47, 15.06.2004, S. 18/19.
 URL: <http://www.solidarites.ch/journal/index.php3?action=4&aut=220> (20.04.2005).
- Evers, John: Für eine neue ArbeiterInnenpartei eintreten, Oktober 1999.
 URL: <http://www.slp.at/zeitung/zo097mittelseite.html> (21.12.2004).
- Falke, Brigitte: Grundsatzprogramm der SAV: Neues Programm – alte Fehler, in: Arbeitermacht, Nr. 56, Mai/Juni 1999. URL: <http://www.arbeitermacht.de/thema/linke/sav/programm.htm> (11.05.2004).
- Fülberth, Georg: Soziale ohne Bewegung, in: Jungle World, Nr. 3, 20.01.2005.
 URL: <http://www.jungle-world.com/seiten/2005/03/4719.php> (17.08.2005).
- G26ch.info: Ereignisse im Bundeshaus 1902-2002. 8. März 2005. URL:
http://www.g26.ch/texte_013.html (18.05.2005).
- GAM: Der Letzte macht das Licht aus. Die Todesagonie des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale, o. J. URL: <http://www.arbeitermacht.de/dateien/broschueren/vs.htm> (24.12.2004).
- GAM: Ein revolutionäres Programm für die BRD. Programm der Gruppe Arbeitermacht, April 2002.
 URL: <http://www.arbeitermacht.de/programm/arbeitermacht02/index.htm> (12.11.2005).
- GAM: Nachruf Tony Cliff, Januar. 2005. URL: <http://www.arbeitermacht.de/theorie/lrcliffnachruf.htm> (18.04.2005).
- GAM: Opportunismus und gescheiterte Manöver. Die morenistische Internationale Arbeiterliga in den 80er Jahren, o. J. URL: <http://www.arbeitermacht.de/broschueren/sl/ka1.htm> (24.12.2004).
- GAM: Vorschlag für die programmatischen Grundlagen der WASG, o. J.
 URL: <http://www.arbeitermacht.de/programm/wasg/> (17.09.2005).
- GAM: Eine verpasste Chance. Warum wir aus der WASG austreten, Infomail 210, 14. Mai 2005.
 URL: <http://www.arbeitermacht.de/infomail/210/wahlalternative.htm> (28.11.2005).
- GRA: Wer wir sind und was wir wollen, 28.09.2004. URL: <http://www.gra.net.tf/> (12.11.2004).
- Grüne / Les Verts / I Verdi: Geschichte der Grünen in der Schweiz, Bern: Grüne Partei der Schweiz, 2009.
http://www.gruene.ch/web/gruene/de/die_gruenen/geschichte.html
http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/die_gruenen/090421_dokumentation_d.pdf
- Gruppe für revolutionärer Arbeiter/innen/politik (GRA): Erklärung zum Bruch mit der AGM (Arbeitsgruppe Marxismus), Januar 2004. URL: <http://home.pages.at/zrap/grundlagen.htm> (12.11.2004).
- Gruppe Schweiz ohne Armee: Wer ist die GSoA? 14.03.2005. URL: <http://www.gsoa.ch/gsoa/uber/> (16.11.2005).
- Händel, Thomas: „Eine andere Politik ist machbar“, in: *Sozialismus*, 31. Jg., Heft 4, April 2004, S. 18–21.
- Haenisch, Stefanie: 1968: Alle reden vom Scheitern – Wir nicht! 2000/2001.
 URL: http://www.linksruck.de/artikel_407.html; http://www.lrhg.de/artikel/sh_1968.htm (14.11.2004).
- Halbauer, Werner: Antwort von Linksruck auf den offenen Brief der SAV, 9.03.2005.
 URL: <http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&sid=1202> (25.10.2005).
- Holberg, Anton: In der deutschen ISO und wieder hinaus (Proletarian Revolution, Nr. 58, Winter 1999).
 URL: http://www.lrp-cofi.org/KOVI_BRD/Dokument/ISO.html (09.07.2004).

- Hohn, Hannes: Linkspartei nach der Wahl. Fraktion oder Aktion? in: Neue Internationale, Nr. 104, Oktober 2005. URL: <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni104/linkspartei.htm> (28.11.2005).
- Hörtner, Pablo: Sozialistischer Widerstand International, 15.01.2002.
URL: <http://slp.at/index.php/artikel+M59ccb6c50ba> (26.10.2005).
- Hörtner, Werner: Antikapitalistischer Frühling, in: Südwind Magazin, Nr. 11, 2001.
URL: http://www.suedwind-magazin.at/z_detail.asp?ID=1556 (26.10.2005).
- Innenministerium NRW: Pressemitteilungen des Innenministeriums NRW, 22.03.2006.
URL: http://www.im.nrw.de/pm/220306_819.html (14.05.2006).
- Institute for Social Research and Analysis (SORA): Wahlen in Österreich 1994 bis 2001, 15.04.2004.
URL: http://www.sora.at/wahlen/wahlanalysen/wahlen_oesterreich/ (19.12.2004).
- International Trotskyist Opposition (ITO): Theses on the Crisis of the Fourth International and the Tasks of Consistent Trotskyists, 5. September 1998. URL: http://ito.gn.apc.org/ito_crisisfi.htm (14.12.2005).
- Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten): Grundsatzdeklarung und einige Elemente des Programms, Februar 1998. URL: <http://www.icl-fi.org/GERMAN/DOP.htm> (12.11.2004).
- isl: Beschluss zur IV. Internationale, Januar 2002. URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl> (18.07.2005).
- isl: Für eine neue Partei der Linken. Erklärung der isl-Landesmitgliederversammlung Nordrhein-Westfalen, 15. Oktober 2005.
URL: <http://linkezeitung.de/Positionen/Beitraege/fuereineneueparteiderlinken.htm> (28.11.2005).
- isl: Die sozialistische Perspektive erneuern! Elemente politischer Orientierung, o. J.
URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/elemente/elemente.htm> (18.7.2005).
- isl: Über die Losung der Arbeiterpartei in Deutschland, Dezember 2003.
URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/arbeiterpartei.htm> (18.07.2005).
- isl: Was wir wollen (beschlossen von bundesweiter Mitgliederversammlung, Juni 2001), 14. Juni 2003.
URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/visitenkarte.htm> (18.07.2005).
- isl: Die isl und die SoZ, Dezember 2002. URL: <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl/soz.htm> (18.07.2005).
- IV. Internationale [VS]: Der Aufbau der Internationale heute. Resolution des 14. Weltkongresses der IV. Internationale, 1995. URL: <http://www.inprekorr.de/aufbau.htm> (14.12.2004).
- IV. Internationale: Manifest der IV. Internationale 1940 zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution, 23.1.2005.
URL: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1940/kriegman/index.htm>. (14.08.2004).
- Jünke, Christoph: Viktor Agartz (1897 bis 1964) und die sozialistische Linke, in: junge Welt, 9./10.12.2004, S. 10/11. URL: <http://www.jungewelt.de/2004/12-10/004.php> (15.08.2005).
- KLD: Aufruf zu einem Weltkongress für die Wiedergründung der Vierten Internationale, o. J.
URL: http://www.kommunistischeliga.de/bwvi_1.htm (17.05.2004).
- Klein, W.: Linksruck: Vom Leninismus zum Zentrismus oder Zurück zum „Pol“, o. J.
URL: <http://www.internationalesozialisten.de/kk25/linksrk.html> (14.11.2004).
- Knobel, Margrit: Die neuen sozialen Bewegungen in der Schweiz. Teil 1, 1997.
URL: http://socio.ch/movpar/t_knob01.htm (30.04.2004).
- Kominform.at: Das Abschneiden der LINKE, 19.06.2004.
URL: <http://www.kominform.at/article.php?story=20040617212444391> (12.12.2004).
- Kominform.at: SOAL zieht sich aus der „LINKEn“ zurück. Walter allein zuhaus? 29.11.2004.
URL: <http://www.kominform.at/article.php?story=20041129131756640> (12.12.2004).
- Kommunismus: Arbeitsdenkschrift „Jüdische Arbeiter, Kameraden“ (1943), in: Kommunismus, Nr. 2, Februar 2001. URL: <http://www.geocities.com/icgcikg/german/kommunismus2.htm> (12.12.2004).
- Kommunisten-online.de: Was für eine Alternative stellt die Wahl-Alternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) derzeit dar? 6.05.2006.
URL: <http://www.kommunisten-online.de/blackchanel/wasg-alternative.htm> (17.05.2006).
- Landy, Sy: Zwanzig Jahre LRP, in: Proletarian Revolution, Nr. 53, Winter 1997.
URL: http://www.lrp-cofi.org/KOVI_BRD/Dokument/20_Jahre_LRP.html (09.7.2004).

- Langer, Günter: Politik der „revolutionären Phrase“: Marxist-Leninist Rabehl und die „Kleinbürgerlichkeit“, 25.06.1999. URL: <http://www.isioma.net/sds06199.html> (17.9.2005).
- Lehner, Markus: Berliner Linke und die PDS. Quo vadis WASG? in: Neue Internationale, Nr. 105, November 2005. URL: <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni105/wasg.htm> (14.02.2006).
- Linke Opposition im Linksruck Netzwerk: Reader der Linken Opposition im Linksruck Netzwerk, 1996. URL: <http://mitglied.lycos.de/lionelj/Linksruck.htm> (12.11.2003).
- Linksruck: Unser Standpunkt: Ein Schlag gegen Schröder, in: Linksruck, Nr. 169, 21.01.2004. URL: http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_457.html (28.11.2005).
- Linksruck-Netzwerk: Wie schafft die gewerkschaftliche Linke den Anschluss an die antikapitalistische Bewegung? in: Sozialismus von unten, Nr. 6, Frühjahr 2001. URL: <http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu6/gewerkschaft.html> (17.09.2005).
- LCI: An ongoing history: the LRCI ten years on, 19. April 2000. URL: <http://www.workerspower.com/wpglobal/lrcihistory.html> (06.11.2004).
- LRKI: Vorwärts zur Fünften Internationale! 6. Kongress der LRKI, in: Neue Internationale, Nr. 80, Mai 2003. URL: <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni80/fuenfte.htm> (28.10.2003).
- Ludwig, Claus / Redler, Lucy / Stanicic, Sascha: Die Zukunft von Attac – Basisbewegung oder Regierungsberater? Auswertung und Schlussfolgerungen des Attac-Ratschlags vom Januar 2003, 17.02.2003. URL: <http://www.sozialismus.info/modules.php?name=News&file=article&sid=360> (19.12.2003).
- Niethammer, Ludwig: Bundestagswahl 2005: PSG erhält 15.365 Stimmen, 20. September 2005. URL: www.wsbs.org/de/2005/sep2005/psg-s20.shtml (11.02.2006).
- Österreich Lexikon: Hainburger-Au-Besetzung, 31.07.2001. URL: <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.h/h086597.htm> (16.11.2005).
- Projektwerkstatt: Linksruck über attac und umgekehrt, November 2001. URL: www.projektwerkstatt.de/debatte/struktur/attac_lr.html 09.07.2004.
- PSG: Fragen an die Partei für Soziale Gleichheit, September 2005. URL: <http://gleichheit.de/wahlsite/index.php?topnav=party&subnav=faqs&lang=de&id=4> (28.11.2005).
- PSG: Perspektivresolution, verabschiedet von der nationalen Konferenz des Bundes Sozialistischer Arbeiter am 30. März 1997. URL: <http://gleichheit.de/persp.htm> (11.12.2004).
- Reitter, Karl: Die 68er Bewegung – Versuch einer Darstellung. Teil 1, in: grundrisse. zeitschrift für linke theorie & debatte, Wien, Nr. 3, 2002. URL: http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse03/3_68erBewegungTeil1.htm (17.05.2005). http://www.grundrisse.net/grundrisse03/3_68erBewegungTeil1.htm (5.09.2008).
- Reitter, Karl: Die 68er Bewegung – Versuch einer Darstellung. Teil 2, in: grundrisse. zeitschrift für linke theorie & debatte, Wien, Nr. 4, 2002. URL: http://www.grundrisse.net/grundrisse04/4_68erBewegungTeil2.htm (5.09.2008).
- Richardson, Matthew: Zur Lage des internationalen Cliffismus. ISO-USA gegen SWP-GB: wer ist opportunistischer? o. J. URL: http://www.lrp-cofi.org/KOVI_BRD/Dokument/ISO-SWP.html (14.11.2004).
- Rippert, Ulrich: Lafontaine und die „Linkspartei“. Die Sackgasse des nationalen Reformismus, 10. Juni 2005. URL: <http://www.wsbs.org/de/2005/jun2005/lafo-j10.shtml> (28.11.2005).
- Roteswinterhude: Gegen alle Widrigkeiten ist die Herausgabe eines weiteren Bandes der Trotzki-Werke gegückt, o. J. URL: <http://www.roteswinterhude.de/trotzki.htm> (12.12.2005).
- RSB, Politisches Komitee: Vorwort, zu: Die SPD – eine bürgerliche Partei, 10.2.2000. URL: http://www.rsb4.de/index.php?option=com_content&task=view&id=934&Itemid=135 (12.04.2005).

- SAV: Gemeinsam für Arbeit, Bildung und soziale Sicherung kämpfen! ASG aufbauen statt spalten!
 Stellungnahme der SAV vom 23. Februar 2005.
 URL: <http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&file=article&sid=1179> (25.10.2005).
- SAV: Statut der SAV (beschlossen im Februar 1998, zuletzt geändert am 27. März 2005).
 URL: <http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&file=article&sid=59> (17.09.2005).
- Seitz, Werner: Grüne Partei: Die Basis ist kritischer als die Führung. Wie oppositionell, wie grün, wie links? in: Woch-Zeitung (WoZ), Nr. 16, 20. April 1990. URL: http://www.werner-seitz.ch/T_1990_1_GPS.html (19.05.2005).
- Sewell, Rob: Crisis of Working Class Political Representation, 18. Januar 2006.
 URL: <http://www.socialist.net/content/view/2376/29/> (14.02.2006).
- SGA Zug: Medienmitteilung der SGA Zug, 12.11.2003. URL: <http://www.sga-zug.ch/pages/33.htm> (14.05.2005).
- Shah, Ahmed / Bornost, Stefan: Halb-Zeit Rot-Grün, in: Sozialismus von unten, Nr. 4/5, 2000.
 URL: <http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu4/rotgrun.html> (18.09.2004).
- SLP (Hrsg.), Keine faulen Kompromisse – vorwärts zum Sozialismus. Ein historischer Abriss unserer Arbeit und Methoden, Wien, o. J. [2005].
 URL: http://www.slp.at/uploads/tx_userproduktquellen/SLP-Geschichte_Web.pdf
- solidaritéS: Initiative cantonale GE: Initiatives fiscales „Pour la suppression des cadeaux fiscaux au profit des très hauts revenus...“ et pour une „Contribution temporaire de solidarité des grandes fortunes“, April 2005. URL: <http://www.solidarites.ch/journal/index.php3> (13.05.2005).
- solidaritéS: Qui sommes-nous? in: solidaritéS, Nr. 26, 28.04.2003.
 URL: http://www.solidarites.ch/journal/index.php3?action=2&id=932&num=26&db_version=2 (20.04.2005).
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz.
 URL: http://lexikon.freenet.de/Sozialdemokratische_Partei_der_Schweiz (17.04.2005).
- Soziale Politik & Demokratie, 25.4.2003.
 URL: <http://home.t-online.de/home/Soziale.Politik.und.Demokratie/abos.html> (28.10.2003).
- Sozialistische Alternative/Solidarität: Selbstdarstellung, 15.4.2005.
 URL: <http://www.soal.ch/Kontakt/UeberunsSelbstdarstellung.htm> (17.04.2005).
- Sozialistische Jugend Österreich: 110 Jahre Sozialistische Jugend, 2004.
 URL: http://www.sjoe.at/foxplus/content/content.php?__check_c__=47111&content_id=1205 (20.12.2004).
- SpAD: Für Klassenkampf gegen Sozialraub. PDS/WASG-Linkspartei keine Alternative zur SPD Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! in: Spartakist Nr. 159, Sommer 2005.
 URL: <http://www.icl-fi.org/deutsch/spk/159/pdswasg.html> (12.12.2005).
- Spartakist-Extrablatt: IKL-Erklärung zum Prager Protest gegen IWF und Weltbank, 20. September 2000.
 URL: <http://www.icl-fi.org/deutsch/oldsite/PRAGUE.HTM> (12.11.2004).
- Stanicic, Sascha: Empire oder Imperialismus? 02.10.2002.
 URL: <http://www.sozialismus.info/index.php?name=News&sid=182> (17.09.2005).
- Stanicic, Sascha: Offener Brief an Linksruck. 27.02.2005.
 URL: <http://www.sozialismus.info/modules.php?name=News&file=article&sid=1183> (25.10.2005).
- Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes von 1971 bis 1991, Diss., Marburg, 2002.
 URL: <http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2002/0060/pdf/z2001-0060.pdf>
 Buchausgabe unter dem gleichen Titel: Berlin, Hamburg, Göttingen 2002.
- Steiger, Jost: Un an de prison pour anti-militarisme: témoignage de Jost Steiger, in: solidaritéS, Nr. 60, 24.01.2005, S. 23.
 URL: http://www.solidarites.ch/journal/index.php3?action=2&num=52&db_version=2 (20.04.2005).
- Suchanek, Martin: 65 Jahre Vierte Internationale. Aufstieg und Fall, in: Neue Internationale, Nr. 83, September 2003. URL: <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni83/vierte.htm> (12.11.2005).

- Suchanek, Martin: Klasse, Partei, Programm. Von der Ersten zur Fünften Internationale, in: Revolutionärer Marxismus, Nr. 34, Mai 2004.
URL: <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm34/klasseparteiprogramm.htm> (12.11.2004).
- Trotzkistische Fraktion (für die Vierte Internationale): Aufruf zur kritischen Wahlunterstützung für die PSG bei der EU-Wahl, o. J.
URL: <http://www.ft-europa.org/html/modules.php?name=News&file=article&sid=25> (20.02.2006).
- Udry, Charles-André: Erste Skizze für eine programmatische Ausarbeitung (Teil 1), Ende November 2002.
URL: http://www.bfs-zh.ch/Ueber_uns/programmatische_Skizze_Teil_1.pdf (05.06.2005).
- Verfassungsschutzbericht Sachsen, 2002. URL:
<http://www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/extremismus/organisationen/links/trotzki/index.html>.
- Vogt, Karin: Das erste Europäische Sozialforum, in: Debatte, Nr. 4, Oktober 2002.
URL: <http://www.debatte.ch/pages/03/09.html> (11.02.2005).
- Wartenweiler, Johannes: Ein ganz linkes Nein, in: WoZ, 18.8.2005.
URL: http://antifa.unihannover.tripod.com/WoZ_zum_MPS.htm (11.12.2005).
- WASG: Vorschläge für programmatische Grundlagen, 27.06.2004.
URL: http://www.wahlalternative-asg.de/homepages/wahlalternative-asg/file_uploads/wasgprogrammentwurf.pdf (19.07.2004).
- WASG, Landesverband Hessen: Bundesvorstandssitzung zur Mitgliedschaft.
URL: <http://www.asg-hessen.de/index.php?sparte=artikel&rubrik=19> (18.11.2005).
- Wikipedia: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, 12.11.2005.
URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Wahlalternative> (11.12.2005).
- Wilhelmi, D.: Editorische Notiz, 2. Februar 2006.
URL: <http://www.ak-marxismus.de/theorie/voceoperaia.html> (03.03.2006).
- „Wir werden andere Bündnisse eingehen“. Interview des Tagesspiegel mit Frank Bsirske, 15.12.2003.
URL: <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/15.12.2003/891071.asp> (22.01.2004).
- Wolf, Winfried: Gefährlicher Marxist und Visionär. Zum zehnten Todestag von Ernest Mandel. Kein Nachruf, in: junge Welt, 20.08.2005, S. 10.
URL: http://www.marxistische-bibliothek.de/ernest_mandel.html (16.05.2006).
- wsws: Fragen an die Partei für Soziale Gleichheit. September 2005.
URL: <http://www.ws ws.org/de/2005/sep2005/fra2-s10.shtml> (28.11.2005).
- wsws: Wahlkampf der Partei für Soziale Gleichheit trifft auf große Resonanz, 28. Juni 2005.
URL: <http://www.ws ws.org/de/2005/jun2005/kamp-j28.shtml> (04.12.2005).
- wsws: Was ist das WSWS? Februar 2003. URL: <http://www.ws ws.org/de/ws ws-de.shtml> (15.11.2004).
Die Zivilgesellschaft als Akteurin einbringen (Interview mit Leo Gabriel, geführt von Angela Klein, zuerst veröffentlicht in *Sozialistische Zeitung*, September 2004).
URL: <http://linke.cc/news/article.php?story=20040923113206718> (21.12.2004).

Abb.10: Stammbaum internationaler trotzkistischen Organisationen

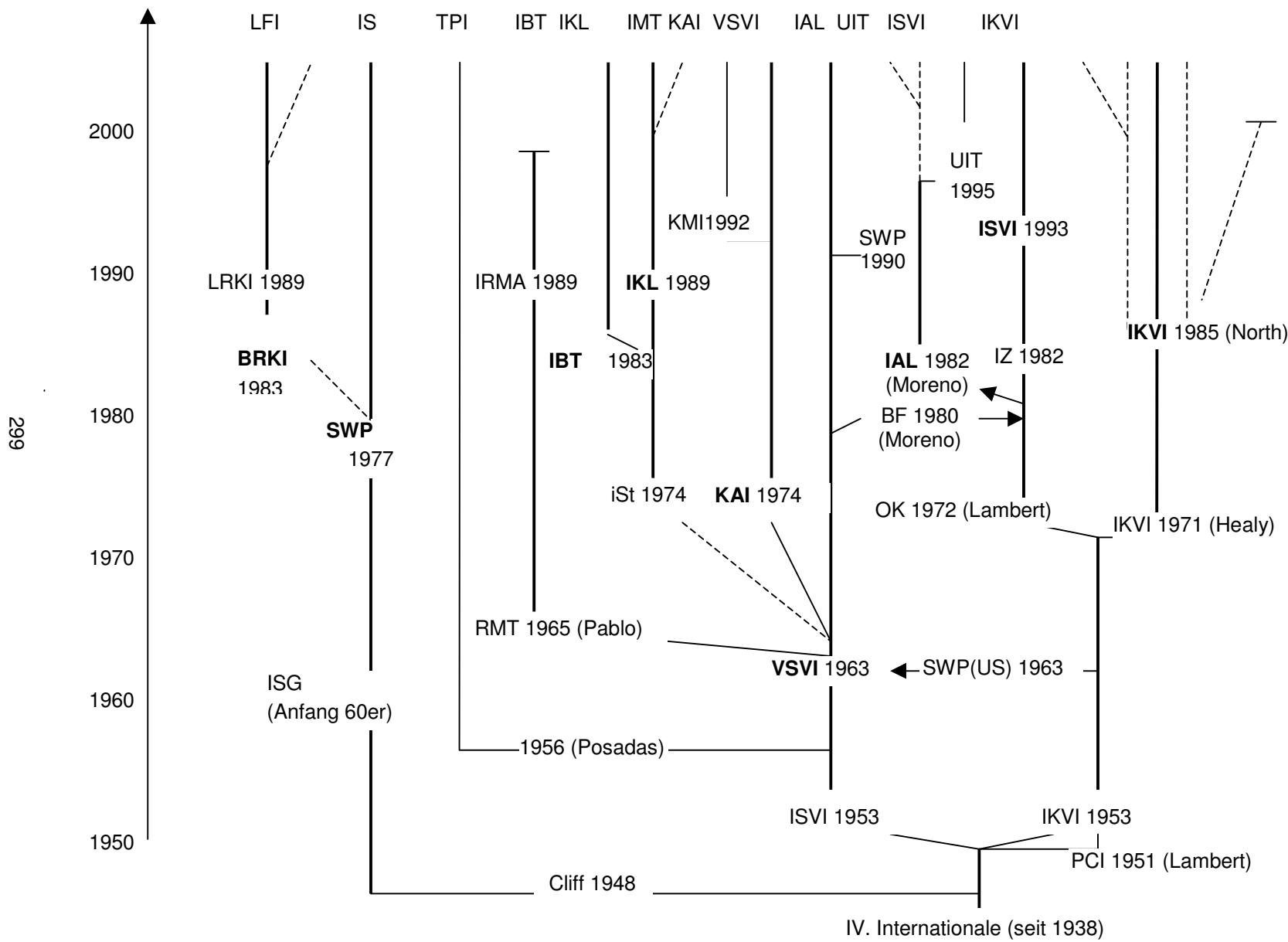


Abb.11: Stammbaum der deutschen trotzkistischen Organisationen

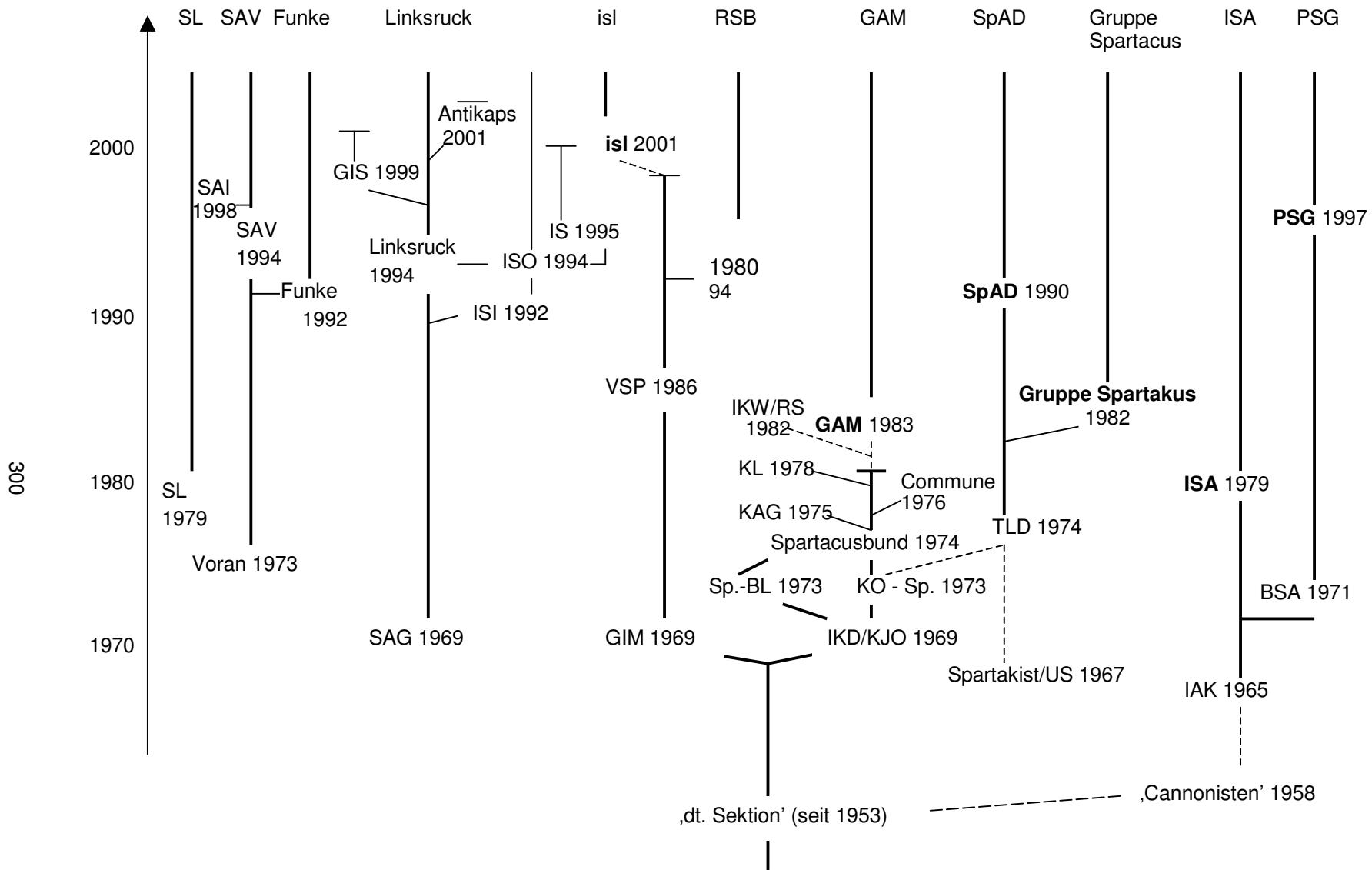
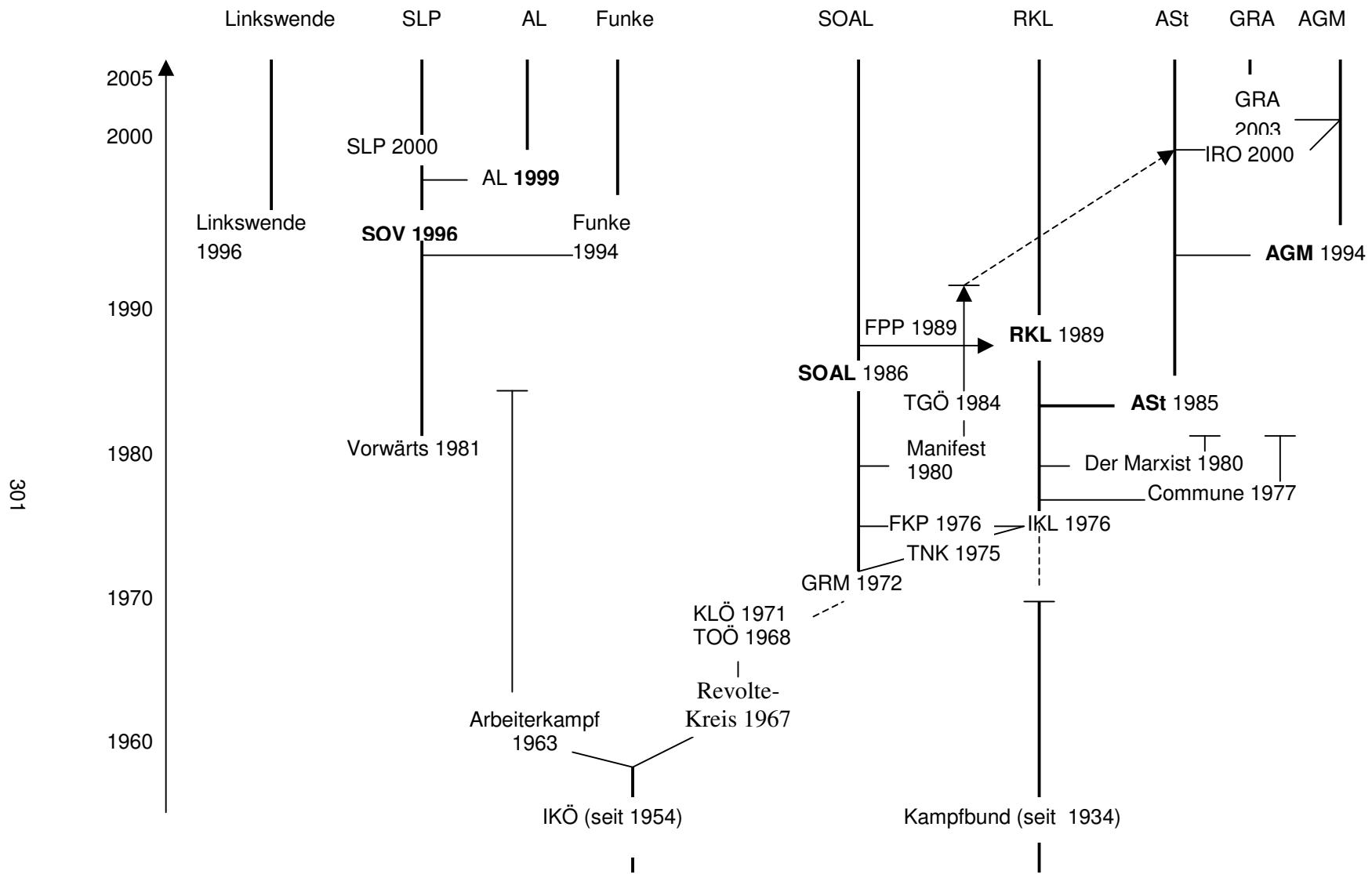


Abb. 12: Stammbaum der österreichischen trotzkistischen Organisationen



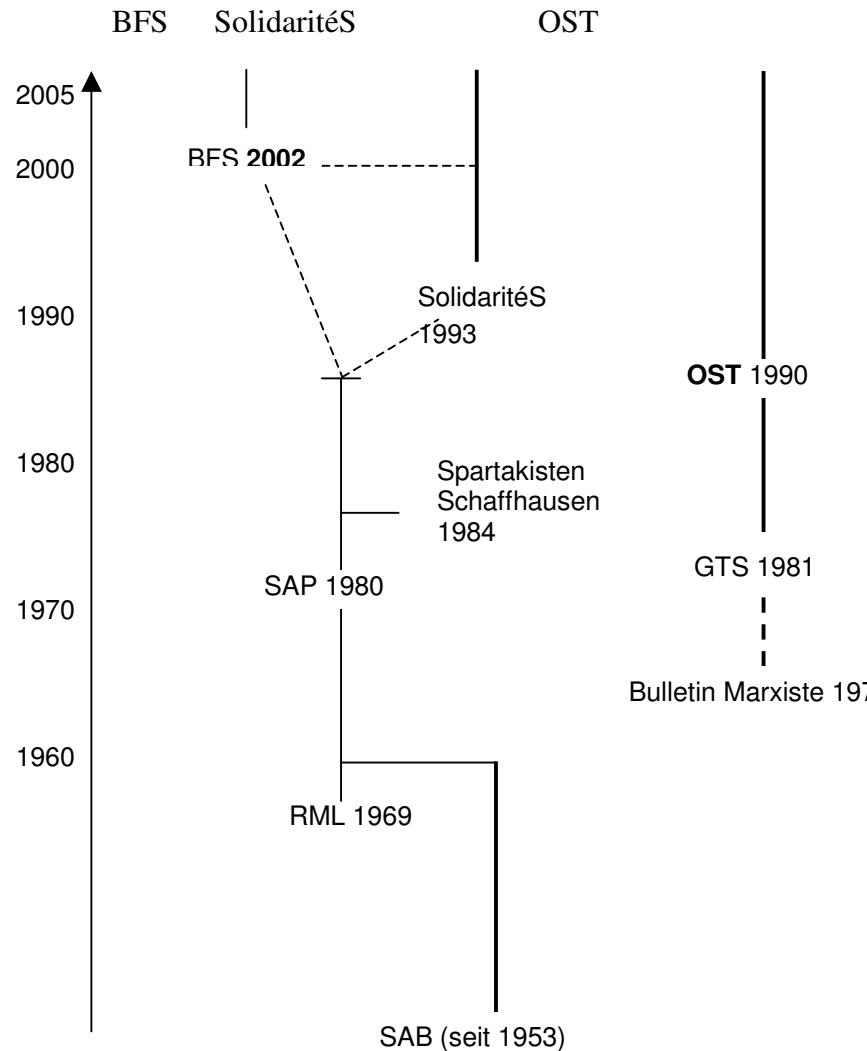


Abb. 13: Stammbaum der schweizerischen trotzkistischen Organisationen